S/INF/66

Vereinte Nationen

Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats

1. August 2010 – 31. Juli 2011

Sicherheitsrat
Offizielles Protokoll

S/INF/66

Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats

1. August 2010 – 31. Juli 2011

Sicherheitsrat
Offizielles Protokoll

Vereinte Nationen • New York 2011

HINWEISE FÜR DEN LESER

Der vorliegende Band der *Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats* enthält die Resolutionen und Beschlüsse des Rates vom 1. August 2010 bis 31. Juli 2011 zu Sachfragen sowie Beschlüsse zu einigen wichtigeren Verfahrensfragen. Die Resolutionen und Beschlüsse sind in Teil I und Teil II jeweils unter einem allgemeinen Titel aufgeführt, der auf die behandelten Fragen hinweist. In jedem dieser Teile sind die Fragen nach dem Zeitpunkt ihrer erstmaligen Behandlung durch den Rat im Berichtszeitraum geordnet; die Resolutionen und Beschlüsse zu den einzelnen Fragen sind in chronologischer Reihenfolge aufgeführt.

Die Resolutionen sind in der Reihenfolge ihrer Verabschiedung nummeriert. Jeder Resolution folgt eine Angabe des Abstimmungsergebnisses. Beschlüsse werden gewöhnlich ohne Abstimmung gefasst.

*
* *

BESONDERER HINWEIS FÜR DIE DEUTSCHE AUSGABE

Aufgrund der Resolution 3355 (XXIX) der Generalversammlung vom 18. Dezember 1974 werden seit dem 1. Juli 1975 ausgewählte Dokumente der Vereinten Nationen ins Deutsche übersetzt und bei Quellenangaben auch in Deutsch zitiert. Nicht in Deutsch verfügbare Dokumente werden zur Vereinfachung von Recherchen und Bestellungen in Englisch zitiert. Handelt es sich um Übereinkommen, wird zusätzlich auch auf die amtlichen Fassungen in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Staaten hingewiesen.

ABKÜRZUNGEN

ABl. EG = Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl. EU = Amtsblatt der Europäischen Union
AS = Amtliche Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
dBGBl. = (deutsches) Bundesgesetzblatt
dRGBl. = (deutsches) Reichsgesetzblatt
LGBl. = Liechtensteinisches Landesgesetzblatt
öBGBl. = Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich
öRGBl. = Reichsgesetzblatt (Österreich)
SR = Systematische Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)

S/INF/66

ISSN 1020-1084

Inhalt

Seite

Mitglieder des Sicherheitsrats in den Jahren 2010 und 2011 vii

Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats vom 1. August 2010 bis 31. Juli 2011 1

Teil I. Fragen, die vom Sicherheitsrat aufgrund seiner Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit behandelt wurden

Punkte im Zusammenhang mit der Situation im Nahen Osten:

A. Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage 1

B. Die Situation im Nahen Osten 4

Kommunikationen betreffend die Indien-Pakistan-Frage 10

Die Situation in Zypern 10

Die Situation betreffend Westsahara 18

Die Situation in Timor-Leste 21

Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen 28

Die Situation zwischen Irak und Kuwait 29

Die Situation in Liberia 30

Die Situation in Somalia 38

Punkte im Zusammenhang mit der Situation im ehemaligen Jugoslawien:

A. Die Situation in Bosnien und Herzegowina 73

B. Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999) 80

C. Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht 81

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind 85

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind 89

Die Situation in Georgien 107

Die Frage betreffend Haiti 107

Die Situation in Burundi 116

Die Situation in Afghanistan 121

Die Situation in Sierra Leone 139

Seite

Beziehungen zwischen Kamerun und Nigeria 145

Die Situation in der Region der Großen Seen Afrikas* 145

Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo 146

Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik 162

Kinder und bewaffnete Konflikte 165

Die Situation in Guinea-Bissau 171

Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten 177

Frauen und Frieden und Sicherheit 253

Unterrichtung durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs 263

Unterrichtung durch den Amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 263

Sitzung des Sicherheitsrats mit den truppen- und polizeistellenden Ländern gemäß Resolution 1353 (2001), Anlage II, Abschnitte A und B:

A. Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern 264

B. Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung 264

C. Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon 265

D. Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara 265

E. Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo 266

F. Mission der Vereinten Nationen in Liberia 266

G. Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire 267

H. Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti 267

I. Mission der Vereinten Nationen in Sudan 268

J. Hybrider Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur 268

K. Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad 269

Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen 269

Unterrichtungen durch die Vorsitzenden der Nebenorgane des Sicherheitsrats 309

Die Situation in Côte d'Ivoire 309

Mission des Sicherheitsrats 345

Die Förderung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit 345

Zentralafrikanische Region 346

Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen 347

Berichte des Generalsekretärs über Sudan 352

* So ab Dokument S/INF/59 (*Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats, 1. August 2003 - 31. Juli 2004*). Dieser Tagesordnungspunkt lautete in Deutsch davor „Die Situation im ostafrikanischen Zwischenseengebiet".

Seite

Friedenskonsolidierung nach Konflikten 402

Die Situation betreffend Irak 409

Nichtverbreitung 424

Friedenskonsolidierung in Westafrika 426

Nichtverbreitung/Demokratische Volksrepublik Korea 427

Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats 428

Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit:

A. Sicherstellung der wirksamen Rolle des Sicherheitsrats bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit 432

B. Die Interdependenz von Sicherheit und Entwicklung 435

C. Auswirkungen der HIV/Aids-Epidemie auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit 439

D. Auswirkungen des Klimawandels 442

Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion 444

Frieden und Sicherheit in Afrika 447

Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit 450

Schreiben des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen vom 18. Dezember 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats 450

Schreiben des Ständigen Vertreters Kambodschas bei den Vereinten Nationen vom 6. Februar 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats 451

Die Situation in Libyen 451

Teil II. Weitere vom Sicherheitsrat behandelte Fragen

Dokumentation, Arbeitsmethoden und Verfahren des Sicherheitsrats 471

Behandlung des Entwurfs des Berichts des Sicherheitsrats an die Generalversammlung 473

Internationaler Gerichtshof:

Wahl eines Mitglieds des Internationalen Gerichtshofs 474

Empfehlung betreffend die Ernennung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen 474

Aufnahme neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen 475

Vom 1. August 2010 bis 31. Juli 2011 erstmals in die Tagesordnung des Sicherheitsrats aufgenommene Punkte 477

Verzeichnis der vom 1. August 2010 bis 31. Juli 2011 vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen 479

In offizieller Sitzung behandelte und nicht verabschiedete Resolutionsentwürfe 483

Verzeichnis der vom 1. August 2010 bis 31. Juli 2011 vom Präsidenten des Sicherheitsrats abgegebenen Erklärungen 485

Mitglieder des Sicherheitsrats in den Jahren 2010 und 2011

In den Jahren 2010 und 2011 gehörten dem Sicherheitsrat folgende Mitglieder an:

2010	**2011**
Bosnien und Herzegowina	Bosnien und Herzegowina
Brasilien	Brasilien
China	China
Frankreich	Deutschland
Gabun	Frankreich
Japan	Gabun
Libanon	Indien
Mexiko	Kolumbien
Nigeria	Libanon
Österreich	Nigeria
Russische Föderation	Portugal
Türkei	Russische Föderation
Uganda	Südafrika
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland
Vereinigte Staaten von Amerika	Vereinigte Staaten von Amerika

Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats vom 1. August 2010 bis 31. Juli 2011

Teil I. Fragen, die vom Sicherheitsrat aufgrund seiner Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit behandelt wurden

PUNKTE IM ZUSAMMENHANG MIT DER SITUATION IM NAHEN OSTEN

A. Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage[1]

Beschlüsse

Auf seiner 6372. Sitzung am 17. August 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Oscar Fernandez-Taranco, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6388. Sitzung am 17. September 2010 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Robert H. Serry, den Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess und Persönlichen Beauftragten des Generalsekretärs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6404. Sitzung am 18. Oktober 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Bangladeschs, Boliviens (Plurinationaler Staat), Costa Ricas, Ecuadors, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Islands, Israels, Jordaniens, Katars, Marokkos, Mauretaniens, Nicaraguas, Norwegens, Pakistans, Saudi-Arabiens, Sri Lankas, Südafrikas, Tadschikistans, Tunesiens und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter Palästinas bei den Vereinten Nationen aufgrund seines an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags vom 15. Oktober 2010[2] im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Oscar Fernandez-Taranco, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei

---

[1] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2000 verabschiedet.

[2] Dokument S/2010/533, Teil des Protokolls der 6404. Sitzung.

den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6430. Sitzung am 23. November 2010 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6448. Sitzung am 14. Dezember 2010 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Robert H. Serry, den Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess und Persönlichen Beauftragten des Generalsekretärs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6470. Sitzung am 19. Januar 2011 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, Algeriens, der Arabischen Republik Syrien, Australiens, Bangladeschs, Chiles, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Japans, Jordaniens, Kubas, Malaysias, Marokkos, Norwegens, Pakistans, der Philippinen, Saudi-Arabiens, Sudans, Tadschikistans, Tunesiens, der Türkei, Ugandas und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter Palästinas bei den Vereinten Nationen aufgrund seines an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags vom 17. Januar 2011[3] im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, und Herrn Abdou Salam Diallo, den Vorsitzenden des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6484. Sitzung am 18. Februar 2011 beschloss der Rat, die Vertreter Afghanistans, Ägyptens, Algeriens, Argentiniens, Aserbaidschans, Bahrains, Bangladeschs, Belarus', Belgiens, Boliviens (Plurinationaler Staat), Botsuanas, Brunei Darussalams, Chiles, Costa Ricas, der Demokratischen Volksrepublik Korea, der Demokratischen Volksrepublik Laos, Dschibutis, Ecuadors, Finnlands, Grenadas, Griechenlands, Guatemalas, Guineas, Guyanas, Indonesiens, Iraks, Irlands, Islands, Israels, Jemens, Jordaniens, Katars, der Komoren, Kubas, Kuwaits, Lesothos, Liechtensteins, Luxemburgs, Malaysias, Malis, Maltas, Marokkos, Mauretaniens, Mauritius', Mexikos, Namibias, Nicaraguas, Norwegens, Omans, Österreichs, Pakistans, Papua-Neuguineas, Perus, der Philippinen, Saudi-Arabiens, Schwedens, der Schweiz, Senegals, Serbiens, Simbabwes, Sloweniens, Somalias, St. Vincents und der Grenadinen, Sudans, Tadschikistans, Tunesiens, der Türkei, Turkmenistans, Uruguays, Venezuelas (Bolivarische Republik), der Vereinigten Arabischen Emirate, Vietnams und Zyperns, gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne

[3] Dokument S/2011/23, Teil des Protokolls der 6470. Sitzung.

Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter Palästinas bei den Vereinten Nationen aufgrund seines an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags vom 18. Februar 2011[4] im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung stimmte der Rat über den in Dokument S/2011/24 enthaltenen Resolutionsentwurf ab. Das Abstimmungsergebnis lautete wie folgt: 14 Ja-Stimmen (Bosnien und Herzegowina, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Gabun, Indien, Kolumbien, Libanon, Nigeria, Portugal, Russische Föderation, Südafrika und Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland) und 1 Nein-Stimme (Vereinigte Staaten von Amerika). Der Resolutionsentwurf wurde aufgrund des Vetos eines ständigen Mitglieds des Rates nicht verabschiedet.

Auf seiner 6488. Sitzung am 24. Februar 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Robert H. Serry, den Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess und Persönlichen Beauftragten des Generalsekretärs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6501. Sitzung am 22. März 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Oscar Fernandez-Taranco, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6520. Sitzung am 21. April 2011 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Australiens, Bangladeschs, Irans (Islamische Republik), Israels, Japans, Jordaniens, Katars, Kubas, Malaysias, der Malediven, Marokkos, Mexikos, Namibias, Norwegens, Pakistans, Saudi-Arabiens, Tadschikistans, Tunesiens, der Türkei, Ugandas, Venezuelas (Bolivarische Republik) und der Vereinigten Republik Tansania gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter Palästinas bei den Vereinten Nationen aufgrund seines an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags vom 18. April 2011[5] im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, und Herrn Abdou Salam Diallo, den Vorsitzenden des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

[4] Dokument S/2011/79, Teil des Protokolls der 6484. Sitzung.

[5] Dokument S/2011/259, Teil des Protokolls der 6520. Sitzung.

Auf seiner 6540. Sitzung am 19. Mai 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Robert H. Serry, den Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess und Persönlichen Beauftragten des Generalsekretärs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6562. Sitzung am 23. Juni 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6590. Sitzung am 26. Juli 2011 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Bangladeschs, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Islands, Israels, Japans, Jordaniens, Kasachstans, Kirgisistans, Kubas, Kuwaits, Malaysias, Marokkos, Nicaraguas, Pakistans, der Türkei, Ugandas und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags der Geschäftsträgerin a.i. der Ständigen Beobachtervertretung Palästinas bei den Vereinten Nationen vom 21. Juli 2011[6] den Ständigen Beobachter Palästinas bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Robert H. Serry, den Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess und Persönlichen Beauftragten des Generalsekretärs, und Herrn Abdou Salam Diallo, den Vorsitzenden des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

B. Die Situation im Nahen Osten[7]

Beschluss

Auf seiner 6375. Sitzung am 30. August 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Belgiens, Israels, Italiens und Spaniens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation im Nahen Osten

> Schreiben des Generalsekretärs vom 11. August 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/430 und Corr.1)“.

[6] Document S/2011/444, Teil des Protokolls der 6590. Sitzung.

[7] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1967 verabschiedet.

Resolution 1937 (2010) vom 30. August 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen über Libanon, insbesondere die Resolutionen 425 (1978) und 426 (1978) vom 19. März 1978, 1559 (2004) vom 2. September 2004, 1680 (2006) vom 17. Mai 2006, 1701 (2006) vom 11. August 2006, 1773 (2007) vom 24. August 2007, 1832 (2008) vom 27. August 2008 und 1884 (2009) vom 27. August 2009, sowie die Erklärungen seines Präsidenten über die Situation in Libanon,

in Reaktion auf das Ersuchen der Regierung Libanons in einem Schreiben des Außenministers Libanons vom 20. Juli 2010 an den Generalsekretär, das Mandat der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon unverändert um einen weiteren Zeitraum von einem Jahr zu verlängern, und unter Begrüßung des an den Präsidenten des Sicherheitsrats gerichteten Schreibens des Generalsekretärs vom 11. August 2010, in dem er diese Verlängerung empfiehlt[8],

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur vollständigen Durchführung aller Bestimmungen der Resolution 1701 (2006) und im Bewusstsein seiner Verantwortung, zur Herbeiführung einer ständigen Waffenruhe und einer langfristigen Lösung beizutragen, wie in der genannten Resolution vorgesehen,

mit der Aufforderung an alle beteiligten Parteien, sich verstärkt um die Durchführung aller Bestimmungen der Resolution 1701 (2006) zu bemühen,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über alle Verstöße in Verbindung mit der Resolution 1701 (2006), insbesondere über den in dem Schreiben des Generalsekretärs vom 11. August 2010 angeführten jüngsten gravierenden Verstoß vom 3. August 2010, und mit Interesse erwartend, dass die Truppe ihre Untersuchung rasch abschließt, damit solche Vorfälle in Zukunft verhütet werden,

betonend, wie wichtig es ist, das mit Resolution 1701 (2006) verhängte Verbot des Verkaufs und der Lieferung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial voll einzuhalten,

daran erinnernd, wie überaus wichtig es ist, dass alle beteiligten Parteien die Blaue Linie in ihrer Gesamtheit achten, und den Parteien nahelegend, ihre in Abstimmung mit der Truppe unternommenen Anstrengungen zur sichtbaren Markierung der Blauen Linie zu beschleunigen,

sowie unter Hinweis auf die einschlägigen Grundsätze in dem Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal[9],

in Würdigung der aktiven Rolle und der Einsatzbereitschaft des Personals der Truppe, namentlich ihres Kommandeurs, und mit dem Ausdruck seiner hohen Anerkennung für die Mitgliedstaaten, die zu der Truppe beitragen, sowie unterstreichend, dass der Truppe alle erforderlichen Mittel und Ausrüstungsgegenstände zur Durchführung ihres Mandats zur Verfügung stehen müssen,

unter Hinweis auf das Ersuchen der Regierung Libanons, eine internationale Truppe zu entsenden, die ihr bei der Ausübung ihrer Autorität im gesamten Hoheitsgebiet behilflich sein soll, und erneut erklärend, dass die Truppe ermächtigt ist, im Einsatzgebiet ihrer Truppen alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die nach ihrer Einschätzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten liegen, um sicherzustellen, dass ihr Einsatzgebiet nicht für

[8] S/2010/430 und Corr.1.

[9] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2051, Nr. 35457. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1997 II S. 230; LGBl. 2001 Nr. 4; öBGBl. III Nr. 180/2000; AS 2007 6919.

feindselige Aktivitäten gleich welcher Art genutzt wird, und allen Versuchen, sie mit gewaltsamen Mitteln an der Wahrnehmung ihres Mandats zu hindern, zu widerstehen,

unter Begrüßung der Anstrengungen des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, einschließlich der Truppe, weiter aufmerksam zu verfolgen, und betonend, dass der Rat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

mit der Aufforderung an die Mitgliedstaaten, den Libanesischen Streitkräften nach Bedarf behilflich zu sein, um sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu befähigen, im Einklang mit Resolution 1701 (2006),

feststellend, dass die Situation in Libanon nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, das derzeitige Mandat der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon bis zum 31. August 2011 zu verlängern;

2. *würdigt* die positive Rolle der Truppe, deren Dislozierung zusammen mit den Libanesischen Streitkräften zur Schaffung eines neuen strategischen Umfelds im südlichen Libanon beigetragen hat, begrüßt die Ausweitung der zwischen der Truppe und den Libanesischen Streitkräften abgestimmten Aktivitäten und fordert zu einer weiteren Verstärkung dieser Zusammenarbeit auf;

3. *begrüßt* die Dislozierung einer zusätzlichen Brigade der Libanesischen Streitkräfte am 1. August 2010 und fordert die Regierung Libanons auf, die im südlichen Libanon dislozierten Libanesischen Streitkräfte im Einklang mit Resolution 1701 (2006) weiter aufzustocken;

4. *fordert* alle beteiligten Parteien *nachdrücklich auf*, die Einstellung der Feindseligkeiten zu achten, eine Verletzung der Blauen Linie zu verhüten und sie in ihrer Gesamtheit zu achten und mit den Vereinten Nationen und der Truppe uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

5. *missbilligt entschieden* die jüngsten Zwischenfälle, an denen Friedenssicherungskräfte der Truppe beteiligt waren, betont, wie wichtig es ist, die Fähigkeit der Truppe zur Erfüllung ihres Mandats nach Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrats nicht zu beeinträchtigen, und fordert alle Parteien auf, ihre Verpflichtung zur Achtung der Sicherheit des Personals der Truppe und des sonstigen Personals der Vereinten Nationen streng einzuhalten und zu gewährleisten, dass die Bewegungsfreiheit der Truppe im Einklang mit ihrem Mandat und ihren Einsatzregeln voll geachtet wird;

6. *fordert* alle Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Sicherheitsrat und dem Generalsekretär uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, um greifbare Fortschritte in Richtung auf eine ständige Waffenruhe und eine langfristige Lösung zu erzielen, wie in Resolution 1701 (2006) vorgesehen, und betont, dass die Parteien noch mehr tun müssen, um die vollständige Durchführung der Resolution 1701 (2006) voranzubringen;

7. *fordert* die Regierung Israels *nachdrücklich auf*, ihre Armee rascher und ohne weitere Verzögerung aus dem nördlichen Ghadschar abzuziehen, in Koordinierung mit der Truppe, die aktiv auf Israel und Libanon eingewirkt hat, um diesen Abzug zu ermöglichen;

8. *bekräftigt* seine Forderung nach der Schaffung einer Zone zwischen der Blauen Linie und dem Litani-Fluss, die frei von bewaffnetem Personal, Material und Waffen ist, außer denjenigen der Regierung Libanons und der Truppe;

9. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Truppe unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch künftig alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die

truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, Präventiv- und Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass derartige Handlungen in Fällen, an denen ihr Personal beteiligt ist, ordnungsgemäß untersucht und bestraft werden;

10. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat auch weiterhin alle vier Monate oder zu jedem anderen von ihm für geeignet erachteten Zeitpunkt über die Durchführung der Resolution 1701 (2006) Bericht zu erstatten;

11. *begrüßt* die in dem Schreiben des Generalsekretärs vom 12. Februar 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats vorgelegten Schlussfolgerungen[10] der von der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und der Truppe gemeinsam durchgeführten technischen Überprüfung und fordert ihre rasche Umsetzung;

12. *betont*, wie wichtig und notwendig die Herbeiführung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten auf der Grundlage aller seiner einschlägigen Resolutionen ist, einschließlich seiner Resolutionen 242 (1967) vom 22. November 1967, 338 (1973) vom 22. Oktober 1973, 1515 (2003) vom 19. November 2003 und 1850 (2008) vom 16. Dezember 2008;

13. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6375. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6462. Sitzung am 22. Dezember 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Die Situation im Nahen Osten

> Bericht des Generalsekretärs über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2010 (S/2010/607)“.

Resolution 1965 (2010)
vom 22. Dezember 2010

Der Sicherheitsrat,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 1. Dezember 2010 über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung[11] und in Bekräftigung seiner Resolution 1308 (2000) vom 17. Juli 2000,

1. *fordert* die beteiligten Parteien zur sofortigen Durchführung seiner Resolution 338 (1973) vom 22. Oktober 1973 *auf*;

2. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch weiterhin alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Sicherheitsrat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, Präventiv- und Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass derartige Handlungen in Fällen, an denen ihr Personal beteiligt ist, ordnungsgemäß untersucht und bestraft werden;

[10] S/2010/86.

[11] S/2010/607.

3. *beschließt*, das Mandat der Truppe um einen Zeitraum von sechs Monaten, das heißt bis zum 30. Juni 2011, zu verlängern;

4. *ersucht* den Generalsekretär, am Ende dieses Zeitraums einen Bericht über die Entwicklung der Lage und die zur Durchführung der Resolution 338 (1973) getroffenen Maßnahmen vorzulegen.

Auf der 6462. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Ebenfalls auf der 6462. Sitzung gab die Präsidentin des Sicherheitsrats im Anschluss an die Verabschiedung der Resolution 1965 (2010) im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[12]:

„Im Zusammenhang mit der soeben verabschiedeten Resolution über die Verlängerung des Mandats der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung bin ich ermächtigt worden, im Namen des Sicherheitsrats die folgende ergänzende Erklärung abzugeben:

‚Bekanntlich heißt es in Ziffer 13 des Berichts des Generalsekretärs über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung[11]: „‚… die Situation im Nahen Osten ist angespannt, woran sich voraussichtlich auch nichts ändern wird, solange keine umfassende, alle Aspekte des Nahost-Problems einbeziehende Regelung erzielt werden kann.‘ Diese Erklärung des Generalsekretärs gibt die Auffassung des Sicherheitsrats wieder.‘“

Am 28. Januar 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[13]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 25. Januar 2011 betreffend Ihre Absicht, gemäß Artikel 2 Ziffer 5 *d*) der Anlage zu Resolution 1757 (2007) ein Auswahlgremium für den Sondergerichtshof für Libanon zu ernennen[14], den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben enthaltenen Absicht und Information Kenntnis.“

Am 25. März 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[15]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 23. März 2011 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Juha Kilpia (Finnland) zum Missionsleiter und Stabschef der Organisation der Vereinten Nationen zur Überwachung des Waffenstillstands zu ernennen[16], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.“

Auf seiner 6524. Sitzung am 27. April 2011 beschloss der Rat, den Vertreter der Arabischen Republik Syrien gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“ teilzunehmen.

[12] S/PRST/2010/30.

[13] S/2011/39.

[14] S/2011/38.

[15] S/2011/190.

[16] S/2011/189.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6572. Sitzung am 30. Juni 2011 beschloss der Rat, die Vertreter Israels und der Arabischen Republik Syrien gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation im Nahen Osten

> Bericht des Generalsekretärs über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2011 (S/2011/359)“.

Resolution 1994 (2011) vom 30. Juni 2011

Der Sicherheitsrat,

besorgt feststellend, dass die Situation im Nahen Osten angespannt ist, woran sich voraussichtlich auch nichts ändern wird, solange keine umfassende, alle Aspekte des Nahost-Problems einbeziehende Regelung erzielt werden kann,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 13. Juni 2011 über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung[17] und in Bekräftigung seiner Resolution 1308 (2000) vom 17. Juli 2000,

mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die schwerwiegenden Vorkommnisse vom 15. Mai und 5. Juni 2011 im Einsatzgebiet der Truppe, die die seit langem eingehaltene Waffenruhe gefährdeten,

1. *fordert* die beteiligten Parteien zur sofortigen Durchführung seiner Resolution 338 (1973) vom 22. Oktober 1973 *auf*;

2. *fordert* alle Parteien *auf*, bei den Einsätzen der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung voll zu kooperieren und die Sicherheit sowie den ungehinderten und sofortigen Zugang des Personals der Vereinten Nationen bei der Wahrnehmung seines Mandats zu gewährleisten, im Einklang mit den bestehenden Vereinbarungen;

3. *erinnert* daran, dass beide Parteien verpflichtet sind, das Truppenentflechtungsabkommen vom 31. Mai 1974[18] voll einzuhalten, und fordert die Parteien auf, größte Zurückhaltung zu üben und Verletzungen der Waffenruhe und der Pufferzone zu verhindern;

4. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Truppe unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch weiterhin alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Sicherheitsrat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, Präventiv- und Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass derartige Handlungen in Fällen, an denen ihr Personal beteiligt ist, ordnungsgemäß untersucht und bestraft werden;

5. *beschließt*, das Mandat der Truppe um einen Zeitraum von sechs Monaten, das heißt bis zum 31. Dezember 2011, zu verlängern;

[17] S/2011/359.

[18] Siehe S/11302/Add.1.

6. *ersucht* den Generalsekretär, am Ende dieses Zeitraums einen Bericht über die Entwicklung der Lage und die zur Durchführung der Resolution 338 (1973) getroffenen Maßnahmen vorzulegen und darin auch eine Bewertung der operativen Kapazitäten der Truppe samt etwaigen Empfehlungen aufzunehmen, um sicherzustellen, dass sie über die für die Erfüllung ihrer mandatsmäßigen Aufgaben am besten geeignete Konfiguration verfügt.

Auf der 6572. Sitzung einstimmig verabschiedet.

KOMMUNIKATIONEN BETREFFEND DIE INDIEN-PAKISTAN-FRAGE[19]

Beschlüsse

Am 21. Dezember 2010 richtete die Präsidentin des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[20]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 15. Dezember 2010 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Raúl Gloodtdofsky Fernández (Uruguay) zum Leitenden Militärbeobachter und Missionsleiter der Militärbeobachtergruppe der Vereinten Nationen in Indien und Pakistan zu ernennen[21], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die von der darin geäußerten Absicht Kenntnis nehmen."

Am 18. Juli 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[22]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 14. Juli 2011 betreffend Ihren Vorschlag, Thailand in die Liste der Mitgliedstaaten aufzunehmen, die Militärbeobachter für die Militärbeobachtergruppe der Vereinten Nationen in Indien und Pakistan zur Verfügung stellen[23], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von dem in Ihrem Schreiben enthaltenen Vorschlag Kenntnis."

DIE SITUATION IN ZYPERN[24]

Beschluss

Auf seiner 6445. Sitzung am 14. Dezember 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Die Situation in Zypern

---

[19] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1948 verabschiedet.

[20] S/2010/663.

[21] S/2010/662.

[22] S/2011/432.

[23] S/2011/431.

[24] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1963 verabschiedet.

Bericht des Generalsekretärs über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern (S/2010/605)

Bericht des Generalsekretärs über seinen Gute-Dienste-Auftrag in Zypern (S/2010/603)“.

Resolution 1953 (2010)
vom 14. Dezember 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 26. November 2010 über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern[25] und seinen Bericht vom 24. November 2010 über seinen Gute-Dienste-Auftrag in Zypern[26],

feststellend, dass die Regierung Zyperns zugestimmt hat, dass es angesichts der Verhältnisse auf der Insel notwendig ist, die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern über den 15. Dezember 2010 hinaus in Zypern zu belassen,

sich der festen Überzeugung des Generalsekretärs *anschließend*, dass die Verantwortung für die Herbeiführung einer Lösung in erster Linie bei den Zyprern selbst liegt, und bekräftigend, dass den Vereinten Nationen die Hauptrolle dabei zukommt, den Parteien bei der Herbeiführung einer umfassenden und dauerhaften Regelung in Bezug auf den Zypern-Konflikt und die Teilung der Insel behilflich zu sein,

unter Begrüßung der in den umfassenden Verhandlungen bisher erzielten Fortschritte und der gemeinsamen Erklärungen der Führer, namentlich derjenigen vom 23. Mai und 1. Juli 2008,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die schleppenden Fortschritte in den letzten Monaten, *betonend*, dass der Status quo nicht fortbestehen kann und dass sich augenblicklich eine einmalige Gelegenheit für rasche und entscheidende Fortschritte bietet, und die Führer mit allem Nachdruck auffordernd, die Verhandlungsdynamik zu verstärken, um sicherzustellen, dass diese Gelegenheit zur Herbeiführung einer dauerhaften, umfassenden und gerechten Regelung, die auf einer beide Volksgruppen einschließenden, bizonalen Föderation und auf politischer Gleichberechtigung beruht, wie in den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats dargelegt, in vollem Umfang genutzt wird,

unter Betonung der Bedeutung, die die internationale Gemeinschaft der vollen, flexiblen und konstruktiven Mitwirkung aller Parteien an den Verhandlungen beimisst, sich der Auffassung des Generalsekretärs anschließend, dass eine Lösung in greifbare Nähe gerückt ist, und mit Interesse erwartend, dass in naher Zukunft auf der Grundlage des bislang Erreichten entscheidende Fortschritte erzielten werden,

es begrüßend, dass der Generalsekretär während seines Treffens mit den beiden Führern am 18. November 2010 darum bemüht war, zu Fortschritten anzuregen, und dass er die Absicht hat, mit den beiden Führern im Januar 2011 zusammenzutreffen, und Kenntnis nehmend von seiner Absicht, dem Rat im Februar 2011 eine aktualisierte Bewertung des Sachstands vorzulegen,

sowie begrüßend, dass einige der von den Führern angekündigten vertrauensbildenden Maßnahmen durchgeführt wurden, und mit der Aufforderung, erneute Anstrengungen zur Durchführung der verbleibenden Maßnahmen zu unternehmen und weitere Schritte zum Aufbau von Vertrauen zwischen den Volksgruppen zu vereinbaren und einzuleiten,

[25] S/2010/605.

[26] S/2010/603.

bekräftigend, wie wichtig es ist, dass Zyprer die Grüne Linie weiter überqueren, es begrüßend, dass der Übergang Limnitis/Yeşilirmak im Oktober 2010 eröffnet wurde, und dazu ermutigend, im beiderseitigen Einvernehmen weitere Übergangsstellen zu öffnen,

überzeugt, dass eine umfassende und dauerhafte Zypern-Regelung viele wichtige Vorteile für alle Zyprer hätte, beide Seiten und ihre Führer nachdrücklich dazu auffordernd, eine positive öffentliche Rhetorik zu fördern, und sie dazu ermutigend, beiden Volksgruppen lange vor etwaigen Referenden klar die Vorteile der Regelung sowie die Notwendigkeit zu erläutern, zu ihrer Herbeiführung vermehrte Flexibilität und Kompromissbereitschaft zu zeigen,

die Auffassung vertretend, dass die Untergrabung der Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen den Friedensprozess selbst untergräbt,

hervorhebend, dass die internationale Gemeinschaft den Führern der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe auch weiterhin unterstützend zur Seite stehen wird, um ihnen dabei behilflich zu sein, die sich derzeit bietende Chance voll zu nutzen,

Kenntnis nehmend von der Einschätzung des Generalsekretärs, wonach die Sicherheitslage auf der Insel und entlang der Grünen Linie weiterhin stabil ist, und alle Seiten nachdrücklich auffordernd, alle Handlungen, die zu einer Verschärfung der Spannungen führen, die bislang erzielten Fortschritte untergraben oder den guten Willen auf der Insel schädigen könnten, zu vermeiden,

unter Hinweis darauf, dass der Generalsekretär der festen Überzeugung ist, dass die Situation in der Pufferzone verbessert würde, wenn beide Seiten das von den Vereinten Nationen verwendete Aide-mémoire von 1989 akzeptierten,

unter Begrüßung der Fortschritte bei der Weiterverfolgung der Minenräumtätigkeit, der Räumung der verbleibenden Minenfelder erwartungsvoll entgegensehend und sich nachdrücklich für eine Einigung über die Ausweitung der Minenräumoperationen auf andere verbleibende Gebiete aussprechend,

sowie begrüßend, dass der Ausschuss für Vermisste in Zypern Fortschritte erzielt und seine wichtige Tätigkeit fortgesetzt hat, und darauf vertrauend, dass dieser Prozess die Aussöhnung zwischen den Volksgruppen fördern wird,

darin übereinstimmend, dass die aktive Beteiligung von Gruppen der Zivilgesellschaft für den politischen Prozess unerlässlich ist und dazu beitragen kann, dass jede künftige Regelung von Bestand ist, unter Begrüßung aller Bemühungen um die Förderung von Kontakten zwischen den beiden Volksgruppen und entsprechender Veranstaltungen, namentlich durch alle auf der Insel tätigen Stellen der Vereinten Nationen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an beide Seiten, das aktive Engagement der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlichen und gewerblichen Organisationen zu fördern und alle Hindernisse für derartige Kontakte aus dem Weg zu räumen,

betonend, dass der Rat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

unter Begrüßung der Absicht des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, namentlich die der Truppe, weiter aufmerksam zu verfolgen, und in Anbetracht der Wichtigkeit einer Eventualplanung in Bezug auf die Regelung, gegebenenfalls einschließlich Empfehlungen für weitere Anpassungen des Mandats, der Truppenstärke und des Einsatzkonzepts der Truppe, unter Berücksichtigung der Entwicklungen vor Ort und der Auffassungen der Parteien,

sowie unter Begrüßung der fortgesetzten Bemühungen von Herrn Alexander Downer als Sonderberater des Generalsekretärs für Zypern mit dem Auftrag, den Parteien bei der Führung umfassender Verhandlungen mit dem Ziel einer umfassenden Regelung behilflich

zu sein, und der Bemühungen von Frau Lisa Buttenheim als Sonderbeauftragte des Generalsekretärs in Zypern,

sich dem Dank des Generalsekretärs an die Regierung Zyperns und die Regierung Griechenlands für ihre freiwilligen Beiträge zur Finanzierung der Truppe sowie seinem Ersuchen um weitere freiwillige Beiträge seitens anderer Länder und Organisationen *anschließend* und mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für die Mitgliedstaaten, die Personal zur Truppe beitragen,

die Anstrengungen *begrüßend und befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

1. *begrüßt* die bisher in den umfassenden Verhandlungen erzielten Fortschritte und die dadurch eröffneten Aussichten auf weitere Fortschritte in naher Zukunft auf dem Weg zu einer umfassenden und dauerhaften Regelung;

2. *nimmt Kenntnis* von den Empfehlungen im Bericht des Generalsekretärs[26] und fordert die beiden Führer auf,

a) die Verhandlungsdynamik zu verstärken und sich konstruktiv und offen an dem Prozess zu beteiligen, namentlich indem sie zur Vorbereitung ihres Treffens mit dem Generalsekretär im Januar 2011 einen praktischen Plan zur Klärung der wichtigsten noch verbleibenden Streitpunkte erarbeiten;

b) die öffentliche Atmosphäre, in der die Verhandlungen geführt werden, zu verbessern, namentlich indem sie sich in öffentlichen Aussagen auf Konvergenzen und den Weg voran konzentrieren und konstruktivere und stärker aufeinander abgestimmte Botschaften vermitteln;

c) die Zivilgesellschaft nach Bedarf stärker an dem Prozess zu beteiligen;

3. *fordert mit Nachdruck* die Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen und sieht der Vereinbarung und Einleitung weiterer derartiger Schritte, einschließlich der Öffnung weiterer Übergangsstellen, erwartungsvoll entgegen;

4. *bekräftigt* alle seine einschlägigen Resolutionen über Zypern, insbesondere die Resolution 1251 (1999) vom 29. Juni 1999 und die späteren Resolutionen;

5. *bekundet* der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern *seine volle Unterstützung* und beschließt, ihr Mandat um einen weiteren, am 15. Juni 2011 endenden Zeitraum zu verlängern;

6. *fordert* beide Seiten *auf*, auch künftig dringend und unter Achtung des Mandats der Truppe Konsultationen mit der Truppe über die Festlegung des Verlaufs der Pufferzone und über das Aide-mémoire der Vereinten Nationen von 1989 zu führen, mit dem Ziel, zu einer baldigen Einigung über die noch offenen Fragen zu gelangen;

7. *fordert* die türkisch-zyprische Seite und die türkischen Truppen *auf*, den militärischen Status quo in Strovilia wiederherzustellen, der vor dem 30. Juni 2000 bestand;

8. *ersucht* den Generalsekretär, bis zum 1. Juni 2011 einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution, einschließlich über die Frage der Eventualplanung im Hinblick auf die Regelung, vorzulegen und den Sicherheitsrat nach Bedarf über die Geschehnisse unterrichtet zu halten;

9. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Truppe unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch künftig alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die

truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie Disziplinar- und andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

10. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6445. Sitzung mit 14 Stimmen bei einer Gegenstimme (Türkei) verabschiedet.

Beschlüsse

Am 12. Januar 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[27]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 10. Januar 2011 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Chao Liu (China) zum Kommandeur der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern zu ernennen[28], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6554. Sitzung am 13. Juni 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in Zypern

Bericht des Generalsekretärs über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern (S/2011/332)

Bewertungsbericht des Generalsekretärs über den Stand der Verhandlungen in Zypern (S/2011/112)".

Resolution 1986 (2011)
vom 13. Juni 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 31. Mai 2011 über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern[29] und seines Berichts vom 4. März 2011 über seinen Gute-Dienste-Auftrag in Zypern[30],

feststellend, dass die Regierung Zyperns zugestimmt hat, dass es angesichts der Verhältnisse auf der Insel notwendig ist, die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern über den 15. Juni 2011 hinaus in Zypern zu belassen,

sich der festen Überzeugung des Generalsekretärs *anschließend*, dass die Verantwortung für die Herbeiführung einer Lösung in erster Linie bei den Zyprern selbst liegt, und bekräftigend, dass den Vereinten Nationen die Hauptrolle dabei zukommt, den Parteien bei der Herbeiführung einer umfassenden und dauerhaften Regelung in Bezug auf den Zypern-Konflikt und die Teilung der Insel behilflich zu sein,

unter Begrüßung der in den umfassenden Verhandlungen bisher erzielten Fortschritte und der gemeinsamen Erklärungen der Führer, namentlich derjenigen vom 23. Mai und 1. Juli 2008,

[27] S/2011/14.

[28] S/2011/13.

[29] S/2011/332.

[30] S/2011/112.

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die nach wie vor schleppenden Fortschritte, betonend, dass der Status quo nicht fortbestehen kann, und die Führer mit allem Nachdruck auffordernd, die Verhandlungsdynamik, insbesondere in den Kernfragen, zu verstärken, um eine dauerhafte, umfassende und gerechte Regelung herbeizuführen, die auf einer beide Volksgruppen einschließenden, bizonalen Föderation und auf politischer Gleichberechtigung beruht, wie in den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats dargelegt,

unter Betonung der Bedeutung, die die internationale Gemeinschaft der vollen, flexiblen und konstruktiven Mitwirkung aller Parteien an den Verhandlungen beimisst, sich der Auffassung des Generalsekretärs anschließend, dass eine Lösung in greifbare Nähe gerückt ist, und mit Interesse erwartend, dass in naher Zukunft, namentlich bis zu dem Treffen des Generalsekretärs mit den Führern im Juli 2011, auf der Grundlage des bislang Erreichten entscheidende Fortschritte erzielt werden,

es begrüßend, dass der Generalsekretär während seines Treffens mit den beiden Führern am 26. Januar 2011 darum bemüht war, zu Fortschritten anzuregen, und dass er die Absicht hat, mit den beiden Führern im Juli 2011 zusammenzutreffen, und Kenntnis nehmend von seiner Absicht, dem Sicherheitsrat im Juli 2011 eine aktualisierte Bewertung des Sachstands vorzulegen,

in Anbetracht der Notwendigkeit, die Prüfung militärischer vertrauensbildender Maßnahmen und die Erörterungen darüber voranzubringen, und mit der Aufforderung, erneute Anstrengungen zur Durchführung aller verbleibenden vertrauensbildenden Maßnahmen zu unternehmen und weitere Schritte zum Aufbau von Vertrauen zwischen den Volksgruppen zu vereinbaren und einzuleiten,

bekräftigend, wie wichtig es ist, dass Zyprer die Grüne Linie weiter überqueren, und dazu ermutigend, im beiderseitigen Einvernehmen weitere Übergangsstellen zu öffnen,

überzeugt, dass eine umfassende und dauerhafte Zypern-Regelung viele wichtige Vorteile für alle Zyprer hätte, beide Seiten und ihre Führer nachdrücklich dazu auffordernd, eine positive öffentliche Rhetorik zu fördern, und sie dazu ermutigend, beiden Volksgruppen lange vor etwaigen Referenden klar die Vorteile der Regelung sowie die Notwendigkeit zu erläutern, zu ihrer Herbeiführung vermehrte Flexibilität und Kompromissbereitschaft zu zeigen,

die Auffassung vertretend, dass die Untergrabung der Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen den Friedensprozess selbst untergräbt,

hervorhebend, dass die internationale Gemeinschaft den Führern der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe auch weiterhin unterstützend zur Seite stehen wird, um ihnen dabei behilflich zu sein, die sich derzeit bietende Chance voll zu nutzen,

Kenntnis nehmend von der Einschätzung des Generalsekretärs, wonach die Sicherheitslage auf der Insel und entlang der Grünen Linie weiterhin stabil ist, und alle Seiten nachdrücklich auffordernd, alle Handlungen, die zu einer Verschärfung der Spannungen führen, die bislang erzielten Fortschritte untergraben oder den guten Willen auf der Insel schädigen könnten, zu vermeiden,

unter Hinweis darauf, dass der Generalsekretär der festen Überzeugung ist, dass die Situation in der Pufferzone verbessert würde, wenn beide Seiten das von den Vereinten Nationen verwendete Aide-mémoire von 1989 akzeptierten,

mit Bedauern feststellend, dass beide Seiten den Zugang zu den verbleibenden Minenfeldern in der Pufferzone verwehren und dass daher die Minenräumung in Zypern zum Stillstand gekommen ist, feststellend, dass von den Minen in Zypern nach wie vor Gefahr ausgeht, und sich nachdrücklich für eine rasche Einigung über die Erleichterung der Wiederaufnahme der Minenräumoperationen und die Räumung der verbleibenden Minenfelder aussprechend,

es begrüßend, dass der Ausschuss für Vermisste in Zypern Fortschritte erzielt und seine wichtige Tätigkeit fortgesetzt hat, und darauf vertrauend, dass dieser Prozess die Aussöhnung zwischen den Volksgruppen fördern wird,

darin übereinstimmend, dass die aktive Beteiligung von Gruppen der Zivilgesellschaft für den politischen Prozess unerlässlich ist und dazu beitragen kann, dass jede künftige Regelung von Bestand ist, unter Begrüßung aller Bemühungen um die Förderung von Kontakten zwischen den beiden Volksgruppen und entsprechender Veranstaltungen, namentlich durch alle auf der Insel tätigen Stellen der Vereinten Nationen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an beide Seiten, das aktive Engagement der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlichen und gewerblichen Organisationen zu fördern und alle Hindernisse für derartige Kontakte aus dem Weg zu räumen,

betonend, dass der Rat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

unter Begrüßung der Absicht des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, namentlich die der Truppe, weiter aufmerksam zu verfolgen, und in Anbetracht der Wichtigkeit einer Eventualplanung in Bezug auf die Regelung, gegebenenfalls einschließlich Empfehlungen für weitere Anpassungen des Mandats, der Truppenstärke und des Einsatzkonzepts der Truppe, unter Berücksichtigung der Entwicklungen vor Ort und der Auffassungen der Parteien,

sowie unter Begrüßung der fortgesetzten Bemühungen von Herrn Alexander Downer als Sonderberater des Generalsekretärs für Zypern mit dem Auftrag, den Parteien bei der Führung umfassender Verhandlungen mit dem Ziel einer umfassenden Regelung behilflich zu sein, und der Bemühungen von Frau Lisa Buttenheim als Sonderbeauftragte des Generalsekretärs in Zypern,

sich dem Dank des Generalsekretärs an die Regierung Zyperns und die Regierung Griechenlands für ihre freiwilligen Beiträge zur Finanzierung der Truppe sowie seinem Ersuchen um weitere freiwillige Beiträge seitens anderer Länder und Organisationen *anschließend* und mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für die Mitgliedstaaten, die Personal zur Truppe beitragen,

die Anstrengungen *begrüßend und befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

1. *begrüßt* die bisher in den umfassenden Verhandlungen erzielten Fortschritte und die dadurch eröffneten Aussichten auf weitere Fortschritte in naher Zukunft auf dem Weg zu einer umfassenden und dauerhaften Regelung;

2. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs[30];

3. *verweist* auf die Resolution 1953 (2010) des Sicherheitsrats vom 14. Dezember 2010 und fordert die beiden Führer auf,

a) die Verhandlungsdynamik zu verstärken, sich konstruktiv und offen an dem Prozess zu beteiligen und zur Vorbereitung ihres Treffens mit dem Generalsekretär im Juli 2011 auf eine Annäherung in den verbleibenden Kernfragen hinzuarbeiten;

b) die öffentliche Atmosphäre, in der die Verhandlungen geführt werden, zu verbessern, namentlich indem sie sich in öffentlichen Aussagen auf Konvergenzen und den Weg voran konzentrieren und konstruktivere und stärker aufeinander abgestimmte Botschaften vermitteln;

c) die Zivilgesellschaft nach Bedarf stärker an dem Prozess zu beteiligen;

4. *fordert mit Nachdruck* die Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen und sieht der Vereinbarung und Einleitung weiterer derartiger Schritte, einschließlich militärischer vertrauensbildender Maßnahmen und der Öffnung weiterer Übergangsstellen, erwartungsvoll entgegen;

5. *fordert* alle Parteien *nachdrücklich auf*, auf der ganzen Insel, einschließlich der militärischen Sperrgebiete im Norden, den Forderungen des Ausschusses für Vermisste in Zypern in Bezug auf Exhumierungen stärker entgegenzukommen;

6. *bekräftigt* alle seine einschlägigen Resolutionen über Zypern, insbesondere die Resolution 1251 (1999) vom 29. Juni 1999 und die späteren Resolutionen;

7. *bekundet* der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern *seine volle Unterstützung* und beschließt, ihr Mandat um einen weiteren, am 15. Dezember 2011 endenden Zeitraum zu verlängern;

8. *fordert* beide Seiten *auf*, auch künftig dringend und unter Achtung des Mandats der Truppe Konsultationen mit der Truppe über die Festlegung des Verlaufs der Pufferzone und über das Aide-mémoire der Vereinten Nationen von 1989 zu führen, mit dem Ziel, zu einer baldigen Einigung über die noch offenen Fragen zu gelangen;

9. *fordert* die türkisch-zyprische Seite und die türkischen Truppen *auf*, den militärischen Status quo in Strovilia wiederherzustellen, der vor dem 30. Juni 2000 bestand;

10. *fordert* beide Seiten *auf*, den Minenräumern den Zugang zu gestatten und die Räumung der verbleibenden Minen in Zypern innerhalb der Pufferzone zu erleichtern, und fordert beide Seiten nachdrücklich auf, die Minenräumoperationen über die Pufferzone hinaus auszuweiten;

11. *ersucht* den Generalsekretär, bis zum 1. Dezember 2011 einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution, einschließlich über die Frage der Eventualplanung im Hinblick auf die Regelung, vorzulegen und den Sicherheitsrat nach Bedarf über die Geschehnisse unterrichtet zu halten;

12. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Truppe unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch künftig alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie Disziplinar- und andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

13. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6554. Sitzung einstimmig verabschiedet.

DIE SITUATION BETREFFEND WESTSAHARA[31]

Beschluss

Auf seiner 6523. Sitzung am 27. April 2011 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Spaniens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Westsahara

Bericht des Generalsekretärs über die Situation betreffend Westsahara (S/2011/249)“.

Resolution 1979 (2011) vom 27. April 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen über Westsahara *und sie bekräftigend*,

in Bekräftigung seiner nachdrücklichen Unterstützung für die Anstrengungen des Generalsekretärs und seines Persönlichen Gesandten für Westsahara zur Durchführung der Resolutionen 1754 (2007) vom 30. April 2007, 1783 (2007) vom 31. Oktober 2007, 1813 (2008) vom 30. April 2008, 1871 (2009) vom 30. April 2009 und 1920 (2010) vom 30. April 2010,

in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, den Parteien bei der Herbeiführung einer gerechten, dauerhaften und für beide Seiten annehmbaren politischen Lösung behilflich zu sein, die die Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara im Rahmen von Regelungen vorsieht, die mit den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen im Einklang stehen, und Kenntnis nehmend von der Rolle und den Verantwortlichkeiten der Parteien in dieser Hinsicht,

mit der erneuten Aufforderung an die Parteien und die Staaten der Region, umfassender mit den Vereinten Nationen und miteinander zusammenzuarbeiten und ihre Mitwirkung zu verstärken, um den derzeitigen Stillstand zu überwinden und Fortschritte in Richtung auf eine politische Lösung zu erzielen,

unter Begrüßung der Anstrengungen des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, einschließlich der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara, weiter aufmerksam zu verfolgen, und erneut erklärend, dass der Sicherheitsrat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die zunehmenden Verstöße gegen bestehende Vereinbarungen und mit der Aufforderung an die Parteien, ihre jeweiligen Verpflichtungen zu achten,

Kenntnis nehmend von dem dem Generalsekretär am 11. April 2007 vorgelegten Vorschlag Marokkos[32] und die ernsthaften und glaubwürdigen marokkanischen Anstrengungen begrüßend, den Prozess einer Lösung näherzubringen, sowie Kenntnis nehmend von dem dem Generalsekretär am 10. April 2007 vorgelegten Vorschlag der Frente Popular para la

[31] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1975 verabschiedet.

[32] Siehe S/2007/206, Anlage.

Liberación de Saguía el-Hamra y de Río de Oro (Volksfront für die Befreiung von Saguia el-Hamra und Río de Oro)[33],

in diesem Zusammenhang die Parteien *bittend*, stärkeren politischen Willen für eine Lösung unter Beweis zu stellen, namentlich indem sie erweiterte Gespräche über ihre jeweiligen Vorschläge führen,

Kenntnis nehmend von den vier unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs durchgeführten Verhandlungsrunden und den laufenden informellen Gesprächsrunden in Manhasset (Vereinigte Staaten von Amerika) und Mellieha (Malta) und erfreut über die Fortschritte, die die Parteien im Hinblick auf die Aufnahme direkter Verhandlungen erzielt haben,

es begrüßend, dass die Parteien vereinbart haben, neue Verhandlungsansätze sowie Einzelthemen zu sondieren,

betonend, wie wichtig es ist, die Menschenrechtssituation in Westsahara und in den Lagern in Tindouf zu verbessern, und den Parteien nahelegend, in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft unabhängige und glaubwürdige Maßnahmen zur Gewährleistung der vollen Achtung der Menschenrechte zu erarbeiten und durchzuführen, eingedenk ihrer diesbezüglichen völkerrechtlichen Verpflichtungen,

unter Begrüßung der Einrichtung eines Nationalen Rates für Menschenrechte in Marokko und der für Westsahara geplanten Komponente sowie der Zusage Marokkos, allen Sonderverfahren des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen vorbehaltlosen und uneingeschränkten Zugang zu gewährleisten[34],

sowie unter Begrüßung der Durchführung des vom Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Abstimmung mit der Frente Popular para la Liberación de Saguía el-Hamra y de Río de Oro erarbeiteten Programms für einen verstärkten Flüchtlingsschutz, das Ausbildungs- und Sensibilisierungsinitiativen auf dem Gebiet der Menschenrechte umfassen wird,

das Amt des Hohen Kommissars *ersuchend*, auch weiterhin die Frage einer Registrierung der Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern von Tindouf zu prüfen,

die Einigung *begrüßend*, die die Parteien dem Kommuniqué des Persönlichen Gesandten des Generalsekretärs vom 18. März 2008[35] zufolge erzielt haben, der Einführung von Familienbesuchen auf dem Landweg und der Fortsetzung des bestehenden Programms für Familienbesuche auf dem Luftweg mit Interesse entgegensehend und den Parteien nahelegend, bei der Umsetzung ihrer Einigung mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten,

sowie unter Begrüßung der von den Parteien eingegangenen Verpflichtung, den Verhandlungsprozess durch Gespräche unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen fortzusetzen,

in der Erkenntnis, dass die Konsolidierung des Status quo langfristig kein annehmbares Ergebnis ist, und ferner feststellend, dass Fortschritte bei den Verhandlungen unerlässlich sind, um alle Aspekte der Lebensqualität des Volkes von Westsahara zu verbessern,

in Bekräftigung seiner Unterstützung für den Persönlichen Gesandten des Generalsekretärs, Herrn Christopher Ross, und für die Arbeit, die er zur Erleichterung von Verhandlungen zwischen den Parteien leistet, und begrüßend, dass er laufende Konsultationen mit den Parteien und den Nachbarstaaten führt,

---

[33] S/2007/210, Anlage.

[34] Siehe S/2011/207, Anlage.

[35] S/2008/251, Anhang I.

sowie in Bekräftigung seiner Unterstützung für den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westsahara und Leiter der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara, Herrn Hany Abdel-Aziz,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 1. April 2011[36],

1. *bekräftigt* die Notwendigkeit, die mit der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara geschlossenen Militärabkommen in Bezug auf die Waffenruhe in vollem Umfang einzuhalten, und fordert die Parteien auf, diese Abkommen uneingeschränkt zu befolgen;

2. *fordert* alle Parteien *auf*, bei den Einsätzen der Mission voll zu kooperieren und die Sicherheit sowie den ungehinderten und sofortigen Zugang des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals bei der Wahrnehmung ihres Mandats zu gewährleisten, im Einklang mit den bestehenden Vereinbarungen;

3. *begrüßt* die von den Parteien eingegangene Verpflichtung, den Prozess der Abhaltung informeller Gespräche im kleinen Kreis zur Vorbereitung einer fünften Verhandlungsrunde fortzusetzen, und erinnert daran, dass er sich der in dem Bericht des Generalsekretärs vom 14. April 2008 enthaltenen Empfehlung angeschlossen hat, wonach es für Verhandlungsfortschritte unerlässlich ist, dass die Parteien Realismus und einen Geist des Kompromisses an den Tag legen[37];

4. *fordert* die Parteien *auf*, weiter den politischen Willen zu zeigen und in einer dem Dialog förderlichen Atmosphäre zu arbeiten, um in eine intensivere und stärker sachbezogene Verhandlungsphase einzutreten, und so die Durchführung der Resolutionen 1754 (2007), 1783 (2007), 1813 (2008), 1871 (2009) und 1920 (2010) und den Erfolg der Verhandlungen sicherzustellen, unter anderem indem sie den in Ziffer 120 des Berichts des Generalsekretärs vom 1. April 2011[36] genannten Ideen Beachtung schenken;

5. *bekräftigt seine nachdrückliche Unterstützung* für die Entschlossenheit, mit der der Generalsekretär und sein Persönlicher Gesandter in diesem Zusammenhang auf eine Lösung der Westsahara-Frage hinarbeiten, und begrüßt die Intensivierung der Treffen und Kontakte;

6. *fordert* die Parteien *auf*, die Verhandlungen unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs ohne Vorbedingungen und in redlicher Absicht unter Berücksichtigung der seit 2006 unternommenen Anstrengungen und der späteren Entwicklungen fortzusetzen, mit dem Ziel, eine gerechte, dauerhafte und für beide Seiten annehmbare politische Lösung herbeizuführen, die die Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara im Rahmen von Regelungen vorsieht, die mit den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen im Einklang stehen, und verweist auf die Rolle und die Verantwortlichkeiten der Parteien in dieser Hinsicht;

7. *bittet* die Mitgliedstaaten, für diese Gespräche angemessene Unterstützung zu gewähren;

8. *ersucht* den Generalsekretär, den Sicherheitsrat regelmäßig und mindestens zweimal jährlich über den Stand dieser unter seiner Schirmherrschaft geführten Verhandlungen und die dabei erzielten Fortschritte unterrichtet zu halten, und bekundet seine Absicht, zur Entgegennahme und Erörterung des Berichts des Generalsekretärs zusammenzutreten;

9. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, weit vor Ablauf des Mandatszeitraums einen Bericht über die Situation in Westsahara vorzulegen;

[36] S/2011/249.

[37] Siehe S/2008/251, Ziff. 66.

10. *begrüßt* es, dass die Parteien und die Nachbarstaaten zugesagt haben, regelmäßige Treffen mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen abzuhalten, um vertrauensbildende Maßnahmen zu prüfen und nach Möglichkeit zu erweitern;

11. *fordert* die Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, freiwillige Beiträge zur Finanzierung vertrauensbildender Maßnahmen zu leisten, die vermehrte Kontakte zwischen voneinander getrennten Familienmitgliedern, insbesondere Familienbesuche, sowie sonstige von den Parteien vereinbarte vertrauensbildende Maßnahmen ermöglichen;

12. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen seines nächsten Berichts zu untersuchen, mit welchen Herausforderungen die Einsätze der Mission in Anbetracht der Situation vor Ort konfrontiert sind;

13. *beschließt*, das Mandat der Mission bis zum 30. April 2012 zu verlängern;

14. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in der Mission uneingeschränkt beachtet wird, und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

15. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6523. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Am 26. Juli 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[38]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 22. Juli 2011 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Abdul Hafiz (Bangladesch) zum Kommandeur der Truppe der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara zu ernennen[39], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

DIE SITUATION IN TIMOR-LESTE[40]

Beschlüsse

Auf seiner 6405. Sitzung am 19. Oktober 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Australiens, Malaysias, Neuseelands, der Philippinen, Portugals, Südafrikas und Timor-Lestes gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Timor-Leste

---

[38] S/2011/460.

[39] S/2011/459.

[40] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1975 verabschiedet.

Bericht des Generalsekretärs über die Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste (S/2010/522)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Ameerah Haq, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Timor-Leste und Leiterin der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6485. Sitzung am 22. Februar 2011 beschloss der Rat, die Vertreter Australiens, Japans, Neuseelands, der Philippinen und Timor-Lestes (Ministerpräsident und Minister für Verteidigung und Sicherheit) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Timor-Leste

Bericht des Generalsekretärs über die Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste (für den Zeitraum vom 21. September 2010 bis 7. Januar 2011) (S/2011/32)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Ameerah Haq, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Timor-Leste und Leiterin der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6487. Sitzung am 24. Februar 2011 beschloss der Rat, die Vertreter Australiens, Japans, Malaysias, Neuseelands, der Philippinen und Timor-Lestes gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Timor-Leste

Bericht des Generalsekretärs über die Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste (für den Zeitraum vom 21. September 2010 bis 7. Januar 2011) (S/2011/32)“.

Resolution 1969 (2011) vom 24. Februar 2011

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung aller seiner früheren Resolutionen und der Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Timor-Leste, insbesondere der Resolutionen 1599 (2005) vom 28. April 2005, 1677 (2006) vom 12. Mai 2006, 1690 (2006) vom 20. Juni 2006, 1703 (2006) vom 18. August 2006, 1704 (2006) vom 25. August 2006, 1745 (2007) vom 22. Februar 2007, 1802 (2008) vom 25. Februar 2008, 1867 (2009) vom 26. Februar 2009 und 1912 (2010) vom 26. Februar 2010,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 25. Januar 2011[41],

in Bekräftigung seines uneingeschränkten Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Timor-Lestes und zur Förderung langfristiger Stabilität in dem Land,

Kenntnis nehmend von der allgemeinen Stabilität infolge weiterer Verbesserungen der politischen und der Sicherheitslage und unter Begrüßung des nachdrücklichen Bekenntnisses der Führung und der sonstigen Interessenträger in Timor-Leste zur Förderung des nationalen Dialogs und der friedlichen und alle Seiten einschließenden Beteiligung an den demokratischen Prozessen sowie ihrer laufenden Anstrengungen, die Aufrechterhaltung des Friedens, der Stabilität und der Einheit zu fördern,

die Anstrengungen *begrüßend*, die die Regierung Timor-Lestes unternimmt, um die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen lokalen und nationalen Behörden zu fördern, unter anderem durch die vom 27. bis 29. Dezember 2010 abgehaltenen Konsultationen über die Entwicklungspläne der Regierung für 2011, und zu weiteren Anstrengungen in dieser Hinsicht ermutigend,

sowie die Anstrengungen *begrüßend*, die die politische Führung Timor-Lestes unternimmt, um allen politischen Parteien Möglichkeiten zu verschaffen, zu Fragen von nationalem Interesse beizutragen, beispielsweise durch die vom 21. bis 23. Oktober 2010 abgehaltene Abschlusskonferenz des Nationalen konsensorientierten Dialogs über Wahrheit, Gerechtigkeit und Aussöhnung,

in Bekräftigung der Notwendigkeit, die Unabhängigkeit der Richterschaft zu achten, unter Betonung der Notwendigkeit, gegen Straflosigkeit vorzugehen, gleichzeitig Kenntnis nehmend von dem anhaltenden schwerwiegenden Mangel an Ressourcen im Justizsystem, und die Führung Timor-Lestes ermutigend, wie von der Unabhängigen Sonderuntersuchungskommission für Timor-Leste empfohlen[42], weitere verstärkte Anstrengungen zur Feststellung der Verantwortlichkeit für schwere Straftaten zu unternehmen, namentlich für diejenigen, die während der Krise im Jahr 2006 begangen wurden,

es begrüßend, dass das Nationale Parlament Timor-Lestes gemäß seiner am 14. Dezember 2009 verabschiedeten Entschließung am 21. September 2010 Beratungen über die Entwürfe der Gesetze zur Wiedergutmachung und zur Schaffung von Nachfolgeeinrichtungen für die Kommission für Aufnahme, Wahrheit und Aussöhnung und die Kommission für Wahrheit und Freundschaft aufgenommen hat, und zu weiteren Fortschritten bei der Fertigstellung dieser Rechtsvorschriften ermutigend,

sowie unter Begrüßung der Fortschritte bei der Stärkung der Kapazitäten in den Sektoren Justiz und Strafvollzug, die zu einer Ausweitung des Zugangs zur Justiz, einer Verringerung der Zahl der noch anhängigen Strafsachen und einer Verbesserung der Gefängnisinfrastruktur sowie zum Erlass wichtiger Rechtsvorschriften wie des Strafgesetzbuchs und des Gesetzes gegen häusliche Gewalt geführt haben,

die Schritte *anerkennend*, die von der Regierung Timor-Lestes unternommen wurden, um die institutionellen Kapazitäten und die Wirksamkeit der Kommission zur Bekämpfung der Korruption und der Kommission für den öffentlichen Dienst weiter zu stärken und die breite Unterstützung für Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen zu konsolidieren, und betonend, wie wichtig wirksame Gesetze, Institutionen, Mechanismen und Normen zur Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz der öffentlichen Verwaltung für die langfristige Stabilität und Entwicklung des Landes sind,

[41] S/2011/32.

[42] Siehe S/2006/822, Anlage.

es begrüßend, dass ein gemeinsamer Mechanismus für die Planung und Durchführung des Übergangsprozesses seine Arbeit aufgenommen hat, insbesondere dass die erste Tagung des Hochrangigen Ausschusses für den Übergangsprozess abgehalten und Einigung über die Einrichtung von sieben gemeinsamen technischen Arbeitsgruppen erzielt wurde, und betonend, wie wichtig es ist, dass dieser Prozess auf eine den nationalen Prioritäten und Anliegen förderliche Weise abläuft,

sowie unter Begrüßung der weiteren Fortschritte im Hinblick auf die volle Wiederübernahme der Hauptverantwortung für die Polizeiaufgaben durch die Nationalpolizei von Timor-Leste,

bekräftigend, dass es notwendig ist, die am 1. Dezember 2006 zwischen der Regierung Timor-Lestes und der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste geschlossene Vereinbarung über die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Timor-Leste und über Hilfe für die Reform, die Umstrukturierung und den Wiederaufbau der Nationalpolizei von Timor-Leste und des Innenministeriums[43] vollständig durchzuführen, und mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass die Regierung Timor-Lestes 52 Polizisten der Nationalpolizei, denen schwere Disziplinarverstöße und Straftaten zur Last gelegt werden, die Zertifizierung erteilt hat,

feststellend, dass die Nationalpolizei von Timor-Leste auch nach der Wiederübernahme der Polizeiaufgaben in allen Distrikten und Bereichen bei ihrer weiteren institutionellen Entwicklung und der Fortsetzung des Kapazitätsaufbaus unterstützt werden muss, insbesondere durch die Vermittlung von Kompetenzen zur Bewältigung der bestehenden Anforderungen,

mit dem Ausdruck seiner vollen Unterstützung für die Rolle, die die internationalen Sicherheitskräfte auf Ersuchen der Regierung Timor-Lestes wahrnehmen, um die Regierung Timor-Lestes und die Mission bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Stabilität zu unterstützen,

die Fortschritte *begrüßend*, die die Regierung Timor-Lestes bei der Herbeiführung eines starken Wirtschaftswachstums und einer robusten sozioökonomischen Entwicklung erzielt hat, darunter die Senkung des Anteils der in Armut lebenden Bevölkerung und die Verbesserung der Indikatoren für die menschliche Entwicklung, und gleichzeitig Kenntnis nehmend von den Herausforderungen, die nach wie vor bestehen, wenn es darum geht, ein alle einschließendes, nachhaltiges Wachstum herbeizuführen, insbesondere durch die Förderung der ländlichen Entwicklung, des Privatsektors und der Schaffung von Arbeitsplätzen, vor allem für Jugendliche, und durch die Regelung der Landeigentums- und Besitzrechte,

sowie unter Begrüßung der von der Regierung Timor-Lestes eingegangenen Verpflichtung und der von ihr ergriffenen Maßnahmen zur Förderung der Ziele der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats vom 31. Oktober 2000, einschließlich der zum Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt ergriffenen Maßnahmen, insbesondere der Maßnahmen zur Anwendung des neuen Gesetzes gegen häusliche Gewalt und der Arbeit der bei der Nationalpolizei von Timor-Leste eingerichteten Stellen für besonders gefährdete Menschen sowie der sonstigen die Lage von Frauen und Mädchen betreffenden Maßnahmen,

Kenntnis nehmend von den Anstrengungen der Regierung Timor-Lestes zur Fertigstellung des Nationalen Strategischen Entwicklungsplans für den Zeitraum von 2011 bis 2030 und betonend, dass diese Anstrengungen fortgesetzt werden müssen,

[43] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2402, Nr. 43121.

unter Hinweis darauf, dass Timor-Leste zwar bei vielen Aspekten seiner politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie bei der Erschließung der Humanressourcen und dem Aufbau von Institutionen Fortschritte erzielt hat, jedoch in Bereichen, die mit den tieferen Ursachen der Krise von 2006 zusammenhängen, nach wie vor mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert ist und die fortgesetzte Hilfe der bilateralen und multilateralen Partner benötigt, um sein Potenzial für ausgewogenes und nachhaltiges Wachstum voll zu entfalten,

in Anerkennung des Beitrags, den Timor-Leste dabei geleistet hat, die entscheidende Bedeutung des Aufbaus von Institutionen in der Friedenskonsolidierung nach einem Konflikt unter Beweis zu stellen,

betonend, wie wichtig es für Timor-Lestes langfristige Stabilität ist, 2012 einen friedlichen, glaubwürdigen und transparenten Wahlprozess zu gewährleisten,

sowie betonend, wie wichtig es ist, dafür Sorge zu tragen, dass die Machtbalance zwischen den Kerninstitutionen des Staates auch künftig verstanden und geachtet wird,

die fortgesetzten Anstrengungen *begrüßend*, die die Regierung Timor-Lestes unternimmt, um die volle Wiedereingliederung der Binnenvertriebenen in ihre Gemeinden und in die timorische Gesellschaft zu gewährleisten,

in Anerkennung der wichtigen Rolle, die die Mission nach wie vor bei der Förderung des Friedens, der Stabilität und der Entwicklung in Timor-Leste wahrnimmt, und mit dem Ausdruck seines Dankes für die von der Mission und dem Landesteam der Vereinten Nationen unter der Leitung der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Timor-Leste unternommenen Bemühungen,

1. *beschließt*, das Mandat der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste unter Beibehaltung der derzeit genehmigten Personalstärke bis zum 26. Februar 2012 zu verlängern;

2. *fordert* alle Parteien in Timor-Leste, insbesondere die politischen Führer, *nachdrücklich auf*, auch weiterhin zusammenzuarbeiten und einen politischen Dialog zu führen sowie den Frieden, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung, die Förderung des Schutzes der Menschenrechte und das Voranbringen der nationalen Aussöhnung in dem Land zu festigen, und bekräftigt seine volle Unterstützung für die fortgesetzten Bemühungen der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Timor-Leste zur Bewältigung der kritischen politischen und sicherheitsbezogenen Probleme des Landes, namentlich zur Förderung einer Kultur der demokratischen Regierungsführung, durch integrative und kooperative Prozesse;

3. *ersucht* die Mission, im Rahmen ihres laufenden Mandats entsprechend dem Ersuchen der Regierung Timor-Lestes und nach Maßgabe der Empfehlungen der geplanten Wahlbewertungsmission die erforderliche Unterstützung für die Vorbereitung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2012 zu gewähren, und legt der internationalen Gemeinschaft nahe, bei diesem Prozess behilflich zu sein;

4. *bekräftigt* die Wichtigkeit dessen, dass die Regierung Timor-Lestes die Überprüfung und Reform des Sicherheitssektors in Timor-Leste fortsetzt, insbesondere die Notwendigkeit, die Rollen und Aufgaben der Falintil-Forças de Defesa de Timor-Leste (Falintil-Verteidigungskräfte Timor-Lestes) und der Nationalpolizei von Timor-Leste voneinander abzugrenzen, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu stärken und die zivilen Aufsichts- und Rechenschaftsmechanismen der beiden Sicherheitsinstitutionen zu verbessern, und ersucht die Mission, die Regierung Timor-Lestes auf ihr Ersuchen hin bei ihren Bemühungen in dem Land weiterhin zu unterstützen;

5. *betont*, wie wichtig es ist, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Glaubwürdigkeit und Integrität der Nationalpolizei von Timor-Leste zu gewährleisten,

namentlich die Erledigung aller gegen Polizisten der Nationalpolizei noch anhängigen Disziplinar- und Strafverfahren;

6. *ermutigt* zu weiteren Anstrengungen, damit die Wiederübernahme der Hauptverantwortung für die Polizeiaufgaben durch die Nationalpolizei von Timor-Leste in allen Distrikten und Bereichen auf der Grundlage der zwischen der Regierung Timor-Lestes und der Mission vereinbarten Kriterien[44] abgeschlossen werden kann, so auch durch gemeinsam festgelegte Maßnahmen zur Ausweitung der institutionellen Kapazität der Nationalpolizei in den verbleibenden Distrikten und Bereichen;

7. *billigt* entsprechend der Empfehlung in Ziffer 61 des Berichts des Generalsekretärs[41] die Umgliederung der Polizeikomponente der Mission, die dem sich wandelnden Charakter ihrer Rolle und Aufgabe in Timor-Leste Rechnung tragen soll, und den Plan für ihren Abzug im Einklang mit den Wünschen der Regierung Timor-Lestes, nach Maßgabe der Bedingungen vor Ort und nach dem erfolgreichen Abschluss des Wahlprozesses 2012;

8. *ersucht* die Mission, auch weiterhin übergangsweise die Rechtsdurchsetzung und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in den Distrikten und Bereichen, in denen die Wiederübernahme der Hauptverantwortung für die Polizeiaufgaben durch die Nationalpolizei von Timor-Leste noch aussteht, zu gewährleisten und der Nationalpolizei nach der Wiederübernahme der Hauptverantwortung für die Polizeiaufgaben operative Unterstützung im Rahmen ihres laufenden Mandats und entsprechend den Vereinbarungen zwischen der Regierung Timor-Lestes und der Mission zu gewähren;

9. *ersucht* die Mission *außerdem*, nach der Wiederübernahme der Hauptverantwortung für die Polizeiaufgaben durch die Nationalpolizei von Timor-Leste in allen Distrikten und Bereichen ihre weitere institutionelle Entwicklung und die Fortsetzung des Kapazitätsaufbaus zu unterstützen, namentlich durch die rasche Entsendung der 19 zusätzlichen zivilen Sachverständigen zu ihrer Polizeikomponente, wie im Bericht des Generalsekretärs ausgeführt, bekundet seine Unterstützung für die Anstrengungen der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Nationalpolizei und der Polizeikomponente der Mission, einen Plan für die weitere Unterstützung des Kapazitätsaufbaus für die Nationalpolizei von Timor-Leste auszuarbeiten, dessen Schwerpunkt auf den im Strategischen Entwicklungsplan für die Nationalpolizei für 2011-2012 genannten fünf Hauptbereichen ihrer weiteren Entwicklung liegen wird, und betont die bedeutende Rolle, die dabei den anderen bilateralen und multilateralen Partnern zukommt, und die Wichtigkeit der Förderung einer timorischen Führungsrolle;

10. *unterstreicht*, dass das Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien nach Bedarf regelmäßig aktualisiert werden und in vollem Einklang mit den Bestimmungen dieser Resolution stehen müssen;

11. *erklärt erneut*, wie wichtig die stattfindenden Bemühungen zur Herbeiführung von Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit sind, bekundet seine Unterstützung für die Arbeit der Mission, mit der sie im Rahmen ihres Mandats der Regierung Timor-Lestes in dieser Hinsicht behilflich ist, sowie für die Initiativen zur Stärkung des Büros des Beauftragten für Menschenrechte und Justiz und unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die Regierung die in dem Bericht der Unabhängigen Sonderuntersuchungskommission für Timor-Leste vom 2. Oktober 2006 enthaltenen Empfehlungen[42], einschließlich seiner Ziffern 225 bis 228, umsetzt;

12. *unterstreicht*, dass es wichtig ist, unter Berücksichtigung der Empfehlungen der unabhängigen umfassenden Bedarfsermittlung und mittels der Umsetzung des Strategischen Plans der Regierung Timor-Lestes für den Justizsektor einen koordinierten Ansatz zur Reform des Justizsektors zu verfolgen, und dass weiterhin die Notwendigkeit besteht,

[44] Siehe S/2009/504, Ziff. 20.

die Justizfunktionen immer mehr in timorische Hand übergehen zu lassen und die Kapazitäten des Landes in diesem Bereich zu verstärken, namentlich durch die Ausbildung und Spezialisierung von einheimischen Anwälten und Richtern, und betont die Notwendigkeit fortgesetzter Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft für den Kapazitätsaufbau und die Stärkung der Institutionen in diesem Sektor, aufbauend auf den jüngsten positiven Entwicklungen, namentlich der Ausarbeitung und dem Erlass wichtiger Rechtsvorschriften wie des Strafgesetzbuchs und des Gesetzes gegen häusliche Gewalt;

13. *ersucht* die Mission, ihre Anstrengungen fortzusetzen und nach Bedarf zur Steigerung der Wirksamkeit des Gerichtswesens anzupassen, um der Regierung Timor-Lestes bei der Durchführung der von der Untersuchungskommission empfohlenen Verfahren behilflich zu sein;

14. *fordert* die Mission *auf*, die Regierung Timor-Lestes bei ihren Maßnahmen zur Koordinierung der Zusammenarbeit der Geber in Bereichen des institutionellen Kapazitätsaufbaus weiter zu unterstützen;

15. *ist sich* der Wichtigkeit der von der Regierung Timor-Lestes konzipierten Entwicklungspläne *bewusst*, insbesondere der Aufmerksamkeit, die der Infrastruktur, der ländlichen Entwicklung und dem Kapazitätsaufbau im Bereich der Humanressourcen gewidmet wird, und fordert diesbezüglich die Mission auf, auch weiterhin in Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen sowie allen in Betracht kommenden Partnern die Regierung und die zuständigen Institutionen bei der Konzipierung von Maßnahmen zur Verringerung der Armut, zur Verbesserung der Bildung und zur Förderung dauerhafter Existenzgrundlagen und des Wirtschaftswachstums zu unterstützen;

16. *ermutigt* die Regierung Timor-Lestes, die Perspektiven der Friedenskonsolidierung in Bereichen wie der Beschäftigung und der Ermächtigung, mit besonderem Schwerpunkt auf den ländlichen Gebieten und der Jugend, sowie der sozioökonomischen Entwicklung auf lokaler Ebene, insbesondere im Agrarsektor, zu stärken;

17. *ersucht* die Mission, im Einklang mit den Resolutionen des Sicherheitsrats 1325 (2000), 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 geschlechtsspezifische Gesichtspunkte als Querschnittsthema umfassend in ihr gesamtes Mandat zu integrieren, betont, wie wichtig es ist, dass der Sicherheitssektor verstärkt den besonderen Bedürfnissen der Frauen entgegenkommt, und bekräftigt die Ratsresolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen und die Resolution 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz von humanitärem Personal und Personal der Vereinten Nationen;

18. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um dafür zu sorgen, dass die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch von der Mission uneingeschränkt befolgt wird, und den Rat darüber unterrichtet zu halten, und fordert die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen zu ergreifen und sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

19. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, den Rat regelmäßig über die Entwicklungen vor Ort unterrichtet zu halten und dem Rat spätestens am 15. Oktober 2011 und am 26. Januar 2012 Berichte mit aktuellen Informationen über den Hochrangigen Ausschuss für den Übergangsprozess und Fortschritte hinsichtlich der nach den Wahlen durchzuführenden wesentlichen Aufgaben sowie über die Planung für die Präsenz der Vereinten Nationen in Timor-Leste über die Wahlen von 2012 hinaus vorzulegen;

20. *erklärt erneut*, wie wichtig die mittelfristige Strategie und die Kriterien[45] für die Messung und Verfolgung der Fortschritte in Timor-Leste und für die Bewertung des Umfangs und der Art der Unterstützung der Vereinten Nationen und ihrer Zusammenarbeit mit der Regierung Timor-Lestes sind, wobei diese Kriterien ständig aktiv überprüft werden, und unterstreicht, wie wichtig es ist, dass in diesem Prozess die Führer und das Volk Timor-Lestes die Träger der Strategie sind;

21. *ermutigt* die Regierung Timor-Lestes, die Mission, das Landesteam der Vereinten Nationen und die anderen maßgeblichen Interessenträger, auch im Rahmen des Hochrangigen Ausschusses für den Übergangsprozess, die laufenden Erörterungen über die Strategie und die Modalitäten für den Übergangsprozess und die Vorbereitungen für künftige Änderungen des Charakters und des Umfangs der Präsenz der Vereinten Nationen vor Ort in der Zeit nach der Mission weiter zu verstärken;

22. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6487. Sitzung einstimmig verabschiedet.

FRIEDENSSICHERUNGSEINSÄTZE DER VEREINTEN NATIONEN[46]

Beschlüsse

Auf seiner 6370. Sitzung am 6. August 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Bangladeschs, Indiens, Kanadas, Pakistans, der Philippinen und der Republik Korea gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, und Generalleutnant Chikadibia Obiakor, Militärberater für die Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Generalleutnant Sikander Afzal, Kommandeur der Truppe der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, Generalleutnant Babacar Gaye, Kommandeur der Truppe der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, Generalmajor Moses Bisong Obi, Kommandeur der Truppe der Mission der Vereinten Nationen in Sudan, Generalmajor Robert Mood, Missionsleiter und Stabschef der Organisation der Vereinten Nationen zur Überwachung des Waffenstillstands, Generalmajor Luiz Guilherme Paul Cruz, Kommandeur der Truppe der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti, Generalmajor Abdul Hafiz, Kommandeur der Truppe der Operation der Vereinten Nationen in Côte d’Ivoire, und Generalmajor Elhadji Mouhamedou Kandji, Kommandeur der Truppe der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

[45] S/2009/72, Anhang.

[46] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1990 verabschiedet.

Am 13. August 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[47]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 6. August 2010 betreffend Ihre Absicht, Herrn Zachary Muburi-Muita (Kenia) zum Leiter des Büros der Vereinten Nationen bei der Afrikanischen Union im Range eines Beigeordneten Generalsekretärs zu ernennen[48], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6592. Sitzung am 27. Juli 2011 behandelte der Rat den Punkt „Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Generalleutnant Patrick Nyamvumba, Kommandeur des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, Generalleutnant Chander Prakash, Kommandeur der Truppe der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, Generalmajor Alberto Asarta Cuevas, Kommandeur und Missionsleiter der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon, und Generalmajor Muhammad Khalid, Kommandeur der Truppe der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

DIE SITUATION ZWISCHEN IRAK UND KUWAIT[49]

Beschlüsse

Am 3. März 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[50]:

> „Ich beehre mich, Ihr Schreiben vom 14. Februar 2011[51] zu beantworten, in dem Sie auf die Resolution 1284 (1999) des Sicherheitsrats Bezug nehmen, in der das Mandat für den Hochrangigen Koordinator für vermisste Staatsangehörige Kuwaits und dritter Staaten und vermisste kuwaitische Vermögenswerte erteilt wurde.
>
> Die Ratsmitglieder bekräftigen ihre anhaltende Unterstützung für die wichtige Tätigkeit des Hochrangigen Koordinators.
>
> Ich möchte Sie davon unterrichten, dass der Rat beschlossen hat, ihrem Ersuchen stattzugeben und aus den Restmitteln im Treuhandkonto nach Ratsresolution 1958 (2010) den Betrag von 239.750 US-Dollar vorzusehen, um die Fortsetzung der Tätigkeit des Hochrangigen Koordinators und seines Unterstützungspersonals bis zum 30. Juni 2011 zu finanzieren.

---

[47] S/2010/434.

[48] S/2010/433.

[49] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1990 verabschiedet.

[50] S/2011/99.

[51] S/2011/98.

Der Rat ersucht um die Vorlage eines umfassenden Berichts bis zum 30. Juni 2011 über die im gegenwärtigen Mandatszeitraum des Hochrangigen Koordinators erzielten Fortschritte."

Am 29. Juli 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[52]:

„Ich beehre mich, Ihr Schreiben vom 26. Juli 2011[53] zu beantworten, in dem Sie auf Ziffer 14 der Resolution 1284 (1999) des Sicherheitsrats Bezug nehmen, in der das Mandat für den Hochrangigen Koordinator für vermisste Staatsangehörige Kuwaits und dritter Staaten und vermisste kuwaitische Vermögenswerte erteilt wurde.

Die Ratsmitglieder bekräftigen ihre anhaltende Unterstützung für die wichtige Tätigkeit des Hochrangigen Koordinators.

Ich möchte Sie von dem Beschluss des Rates unterrichten, 214.600 US-Dollar aus der Betriebsmittelreserve und den für Verwaltungs- und Betriebskosten vorgesehenen Restmitteln im Treuhandkonto vorzusehen, um die Fortsetzung der Tätigkeit des Hochrangigen Koordinators und seines Unterstützungspersonals bis zum 31. Dezember 2011 zu finanzieren."

DIE SITUATION IN LIBERIA[54]

Beschlüsse

Auf seiner 6379. Sitzung am 8. September 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreterin Liberias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Liberia

Einundzwanzigster Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in Liberia (S/2010/429)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Ellen Margrethe Løj, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Liberia und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6383. Sitzung am 15. September 2010 beschloss der Rat, die Vertreterin Liberias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Liberia

Einundzwanzigster Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in Liberia (S/2010/429)".

---

[52] S/2011/478.

[53] S/2011/477.

[54] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1991 verabschiedet.

Resolution 1938 (2010) vom 15. September 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Liberia und der Subregion, insbesondere die Resolutionen 1509 (2003) vom 19. September 2003, 1626 (2005) vom 19. September 2005, 1836 (2008) vom 29. September 2008 und 1885 (2009) vom 15. September 2009,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 11. August 2010[55] und von den darin enthaltenen Empfehlungen Kenntnis nehmend,

sowie die Anstrengungen *begrüßend*, die die Regierung Liberias unternimmt, um die nationale Aussöhnung und die wirtschaftliche Erholung zu fördern, die Korruption zu bekämpfen und Effizienz und eine gute Regierungsführung zu fördern, insbesondere die Maßnahmen zur Verstärkung der staatlichen Kontrolle über die natürlichen Ressourcen und zur Regelung der wichtigen Frage der Bodenreform,

Kenntnis nehmend von dem Schlussbericht und den Empfehlungen der Kommission für Wahrheit und Aussöhnung, einer wichtigen Chance für das Volk Liberias, die Agenda der nationalen Aussöhnung weiter voranzubringen und einen konstruktiven nationalen Dialog über die tieferen Ursachen des liberianischen Konflikts zu führen,

in der Erkenntnis, dass für eine dauerhafte Stabilität in Liberia und in der Subregion gut funktionierende und tragfähige staatliche Institutionen, namentlich im Bereich der Sicherheit und der Rechtsstaatlichkeit, erforderlich sein werden,

unter Hinweis auf die Kriterien für die Abbauphase der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, einschließlich der Schlüsselkriterien für die Liberianische Nationalpolizei und die nationale Sicherheitsstrategie, unter Begrüßung der erzielten Fortschritte und besorgt über die Bereiche, in denen nach wie vor nur schleppende Fortschritte erzielt werden,

Kenntnis nehmend von der Empfehlung des Generalsekretärs, nach den Wahlen eine technische Bewertungsmission nach Liberia zu entsenden, die sich insbesondere mit den laufenden Vorbereitungen für die Übertragung der Sicherheitsaufgaben von der Mission auf die nationalen Behörden befassen und Fristen für den weiteren Abbau der Militärkomponente der Mission empfehlen wird,

es begrüßend, dass die Regierung Liberias um die Mitwirkung der Kommission für Friedenskonsolidierung an der Reform des Sicherheitssektors, der Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit und der nationalen Aussöhnung ersucht hat,

in der Erkenntnis, dass es in allen Sektoren nach wie vor erhebliche Probleme gibt, darunter auch die anhaltende Gewaltkriminalität,

unter Begrüßung der Anstrengungen des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, einschließlich der Mission, weiter aufmerksam zu verfolgen, und erneut erklärend, dass der Sicherheitsrat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

mit dem Ausdruck seines Dankes für die fortgesetzte Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Afrikanischen Union,

mit Besorgnis Kenntnis nehmend von den Bedrohungen für die Stabilität in der Subregion, einschließlich Liberias, insbesondere denjenigen, die vom Drogenhandel, der organisierten Kriminalität und von illegalen Waffen ausgehen,

---

[55] S/2010/429.

mit Lob für die Arbeit der Mission, unter der Leitung der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Liberia, und für den bedeutenden Beitrag, den sie nach wie vor zur Wahrung des Friedens und der Stabilität in Liberia leistet, und mit Befriedigung Kenntnis nehmend von der engen Zusammenarbeit zwischen der Mission und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire sowie mit den Nachbarregierungen bei der Koordinierung der Sicherheitsaktivitäten in den Grenzgebieten der Subregion,

davon Kenntnis nehmend, dass die Mission gemäß der Empfehlung im Sonderbericht des Generalsekretärs vom 10. Juni 2009[56] die dritte Phase ihres Abbaus abgeschlossen hat, und begrüßend, dass der Planungsprozess für die Übertragung der Sicherheitsaufgaben von der Mission auf die nationalen Behörden eingeleitet wurde,

mit Besorgnis Kenntnis nehmend von den Verzögerungen bei den Vorbereitungen für die allgemeinen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Oktober 2011 und betonend, dass die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen bei den liberianischen Behörden liegt, die von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit, unter Verurteilung der anhaltenden sexuellen Gewalt, unter Begrüßung der fortgesetzten Anstrengungen der Mission und der Regierung Liberias zur Förderung und zum Schutz der Rechte von Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kindern, in der Erkenntnis, dass bei der Bewältigung des ernsten Problems der geschlechtsspezifischen Gewalt, der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs nach wie vor Schwierigkeiten bestehen, und mit der Aufforderung an die Mitgliedstaaten, die Regierung bei ihren Bemühungen stärker zu unterstützen,

unter Begrüßung der Anstrengungen zur Einsetzung der Unabhängigen nationalen Menschenrechtskommission und unter Hinweis auf die Rolle, die eine voll funktionsfähige Kommission als eine wichtige öffentlich zugängliche Menschenrechtsinstitution und als ein Mechanismus zur Überwachung und Weiterverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen der Kommission für Wahrheit und Aussöhnung wahrnehmen könnte,

erneut erklärend, dass der Sondergerichtshof für Sierra Leone zur Gewährleistung seiner Sicherheit nach wie vor der Unterstützung durch die Mission bedarf, vorbehaltlich dessen, dass diese Frage im weiteren Verlauf der Tätigkeit des Gerichtshofs regelmäßig überprüft wird,

feststellend, dass die Situation in Liberia nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, das Mandat der Mission der Vereinten Nationen in Liberia bis zum 30. September 2011 zu verlängern;

2. *ermächtigt* die Mission, der Regierung Liberias auf ihr Ersuchen hin bei der Durchführung der allgemeinen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2011 behilflich zu sein, indem sie logistische Unterstützung gewährt, insbesondere zur Erleichterung des Zugangs zu abgelegenen Gebieten, die internationale Wahlhilfe koordiniert und die liberianischen Institutionen und politischen Parteien dabei unterstützt, eine die Durchführung friedlicher Wahlen begünstigende Atmosphäre zu schaffen;

3. *fordert* die liberianischen Behörden *auf*, dafür zu sorgen, dass alle noch offenen Fragen im Hinblick auf die Rahmenbedingungen für die Wahlen endgültig geregelt werden, damit die Wahlen angemessen vorbereitet werden können;

[56] S/2009/299.

4. *billigt* die Empfehlung des Generalsekretärs, wonach die Durchführung freier, fairer und friedlicher Wahlen ein Schlüsselkriterium für den künftigen Abbau der Mission sein soll;

5. *ermutigt* die Mission und die Regierung Liberias zu weiteren Fortschritten bei der Planung des Übergangsprozesses, insbesondere zur Durchführung einer umfassenden Situationsbewertung und zur Feststellung der kritischen Mängel, die behoben werden müssen, damit ein erfolgreicher Übergang stattfinden kann, und ersucht den Generalsekretär, in Abstimmung mit der Regierung einen gemeinsamen Übergangsplan zur Übertragung der Verantwortung für die innere Sicherheit von der Mission auf die zuständigen nationalen Behörden zu erstellen und regelmäßig über die dabei erzielten Fortschritte und gegebenenfalls über die Durchführung des Plans zu informieren;

6. *bekräftigt seine Absicht*, den Generalsekretär zu ermächtigen, im Einklang mit den Bestimmungen der Resolution 1609 (2005) vom 24. Juni 2005 nach Bedarf vorübergehend Truppen zwischen der Mission und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu verlegen, und fordert die truppenstellenden Länder auf, die diesbezüglichen Maßnahmen des Generalsekretärs zu unterstützen;

7. *betont*, dass die Friedenssicherung, die Friedenskonsolidierung und die Entwicklung kohärent und integriert ablaufen müssen, um zu einem wirksamen Vorgehen in Postkonfliktsituationen zu gelangen, ersucht den Generalsekretär um Koordinierung und Zusammenarbeit mit der Kommission für Friedenskonsolidierung und legt der Kommission nahe, im Anschluss an enge Konsultationen mit der Regierung Liberias über die Feststellungen ihrer jüngsten Mission sowie deren Empfehlungen zu der Frage Bericht zu erstatten, wie sie am besten raschere Fortschritte herbeiführen kann, vor allem im Bereich der Reform des Sicherheitssektors, der Rechtsstaatlichkeit und der nationalen Aussöhnung;

8. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass das militärische Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien regelmäßig aktualisiert werden und in vollem Einklang mit den Bestimmungen dieser Resolution stehen, und ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat und den truppenstellenden Ländern über sie Bericht zu erstatten;

9. *ersucht* den Generalsekretär, die Fortschritte bei der Erfüllung der Schlüsselkriterien weiter zu überwachen, insbesondere bei den Vorbereitungen für die Wahlen 2011 und beim Aufbau der Kapazitäten der Liberianischen Nationalpolizei, ersucht den Generalsekretär in diesem Zusammenhang, dafür zu sorgen, dass die Polizeikomponente der Mission über den im Rahmen ihres Mandats erforderlichen Sachverstand, einschließlich ziviler Sachverständiger, verfügt, und ersucht ihn ferner, die derzeitigen Kriterien dahingehend zu überarbeiten, dass sie die Kriterien für den Übergangsprozess einschließen, und ersucht den Generalsekretär, dem Rat regelmäßig über die dabei erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten;

10. *fordert* die Regierung Liberias *auf*, in Abstimmung mit der Mission, dem Landesteam der Vereinten Nationen und den internationalen Partnern verstärkte Anstrengungen zum Aufbau voll funktionsfähiger und unabhängiger nationaler Sicherheits- und Rechtsstaatsinstitutionen zu unternehmen, und ermutigt sie zu diesem Zweck zu koordinierten Fortschritten bei der Umsetzung aller Pläne zum Aufbau des Sicherheits- und Justizsektors;

11. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat regelmäßig über die Situation vor Ort unterrichtet zu halten, während Liberia in diese nächste kritische Phase eintritt, und ihm bis 15. Februar 2011 einen Halbzeitbericht und bis 15. August 2011 einen Bericht über die in den Ziffern 2, 5 und 9 angesprochenen Fragen vorzulegen;

12. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6383. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 13. Oktober 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[57]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 11. Oktober 2010 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Muhammad Khalid (Pakistan) zum Kommandeur der Truppe der Mission der Vereinten Nationen in Liberia zu ernennen[58], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6454. Sitzung am 17. Dezember 2010 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Liberia".

Resolution 1961 (2010)
vom 17. Dezember 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Liberia und Westafrika,

unter Begrüßung der nachhaltigen Fortschritte, die die Regierung Liberias seit Januar 2006 beim Wiederaufbau Liberias zum Wohl aller Liberianer mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft erzielt hat,

unter Hinweis auf seinen Beschluss, die Maßnahmen in Ziffer 10 der Resolution 1521 (2003) vom 22. Dezember 2003 betreffend aus Liberia stammende Rundhölzer und Holzprodukte nicht zu verlängern, und betonend, dass Liberia weitere Fortschritte im Holzsektor erzielen muss, indem es das Nationale Forstreformgesetz, das am 5. Oktober 2006 Gesetzeskraft erlangte, und andere neue Rechtsvorschriften betreffend die Transparenz der Einnahmen (das Gesetz über die liberianische Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft) und die Lösung der Frage der Landbesitz- und -nutzungsrechte (das Gesetz über die Rechte der Gemeinwesen in Bezug auf Waldgebiete und das Gesetz zur Schaffung einer Bodenkommission) wirksam anwendet und durchsetzt,

sowie unter Hinweis auf seinen Beschluss, die Maßnahmen in Ziffer 6 der Resolution 1521 (2003) betreffend Diamanten aufzuheben, unter Begrüßung der Beteiligung der Regierung Liberias am Kimberley-Prozess und ihrer diesbezüglichen Führungsrolle auf regionaler und internationaler Ebene, und die Regierung ermutigend, ihr Engagement und ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um die Wirksamkeit des Zertifikationssystems des Kimberley-Prozesses[59] zu gewährleisten,

betonend, dass der Mission der Vereinten Nationen in Liberia auch weiterhin eine wichtige Rolle dabei zukommt, in ganz Liberia für größere Sicherheit zu sorgen und der Regierung Liberias dabei behilflich zu sein, ihre Autorität im ganzen Land zu etablieren, insbesondere in den Gebieten, die Diamanten, Holz und andere natürliche Ressourcen produzieren, und den Grenzgebieten,

Kenntnis nehmend von dem nach Ziffer 9 *f*) der Resolution 1903 (2009) vom 17. Dezember 2009 vorgelegten Schlussbericht der Sachverständigengruppe für Liberia[60], der sich auch mit den Themen Diamanten, Holz, zielgerichtete Sanktionen sowie Waffen und Sicherheit befasst,

---

[57] S/2010/524.

[58] S/2010/523.

[59] Siehe A/57/489.

[60] Siehe S/2010/609.

nach Überprüfung der mit den Ziffern 2 und 4 der Resolution 1521 (2003) und mit Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) vom 12. März 2004 verhängten Maßnahmen und der Fortschritte bei der Erfüllung der in Ziffer 5 der Resolution 1521 (2003) genannten Bedingungen, Kenntnis nehmend von der Zusammenarbeit der Regierung Liberias mit der Mission bei der Kennzeichnung von Waffen und schlussfolgernd, dass diesbezüglich keine ausreichenden Fortschritte erzielt worden sind,

seine Entschlossenheit unterstreichend, die Regierung Liberias bei ihren Bemühungen zur Erfüllung der Bedingungen der Resolution 1521 (2003) zu unterstützen, das Engagement der Kommission für Friedenskonsolidierung begrüßend und allen Interessenträgern, einschließlich der Geber, nahelegend, die Regierung Liberias bei ihren Bemühungen zu unterstützen,

Kenntnis nehmend von der Umsetzung der Leitlinien der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und den Sachverständigengruppen der Sanktionsausschüsse des Sicherheitsrats,

feststellend, dass die Situation in Liberia trotz der erheblichen Fortschritte, die dort erzielt wurden, nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die mit Ziffer 4 der Resolution 1521 (2003) verhängten Maßnahmen betreffend Reisen um einen Zeitraum von zwölf Monaten ab der Verabschiedung dieser Resolution zu verlängern;

2. *weist darauf hin*, dass die mit Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) verhängten Maßnahmen in Kraft bleiben, nimmt mit ernster Besorgnis Kenntnis von dem Ausbleiben von Fortschritten hinsichtlich der Durchführung der mit Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) verhängten finanziellen Maßnahmen und verlangt, dass die Regierung Liberias alle erforderlichen Anstrengungen unternimmt, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen;

3. *beschließt*, die zuvor mit Ziffer 2 der Resolution 1521 (2003) verhängten und mit den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1683 (2006) vom 13. Juni 2006, Ziffer 1 *b*) der Resolution 1731 (2006) vom 20. Dezember 2006 und den Ziffern 3 bis 6 der Resolution 1903 (2009) geänderten Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter um einen Zeitraum von zwölf Monaten ab der Verabschiedung dieser Resolution zu verlängern;

4. *bekräftigt erneut seine Absicht*, die mit Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) verhängten Maßnahmen mindestens einmal jährlich zu überprüfen, und weist den Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1521 (2003) an, in Abstimmung mit der Regierung Liberias und den jeweiligen vorschlagenden Staaten und mit Hilfe der Sachverständigengruppe für Liberia die veröffentlichten Gründe für die Aufnahme von Einträgen in die Listen betreffend Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten sowie die Richtlinien des Ausschusses nach Bedarf zu aktualisieren;

5. *beschließt*, alle genannten Maßnahmen auf Antrag der Regierung Liberias zu überprüfen, sobald die Regierung dem Rat berichtet, dass die in Resolution 1521 (2003) festgelegten Bedingungen für die Beendigung der Maßnahmen erfüllt sind, und dem Rat Informationen vorlegt, die eine solche Einschätzung rechtfertigen;

6. *beschließt außerdem*, das Mandat der nach Ziffer 9 der Resolution 1903 (2009) ernannten Sachverständigengruppe um einen weiteren Zeitraum bis zum 16. Dezember 2011 zu verlängern, mit folgenden Aufgaben:

a) zwei Anschluss-Bewertungsmissionen in Liberia und seinen Nachbarstaaten durchzuführen, um zu untersuchen, inwieweit die mit Resolution 1903 (2009) geänderten Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter umgesetzt werden beziehungsweise ob dagegen

verstoßen wird, und einen Halbzeitbericht und einen Schlussbericht darüber zu erstellen, die auch alle Informationen enthalten, die für die Benennung der in Ziffer 4 *a*) der Resolution 1521 (2003) und in Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) beschriebenen Personen durch den Ausschuss von Belang sind, sowie Angaben über die verschiedenen Quellen zur Finanzierung des unerlaubten Waffenhandels, wie etwa die natürlichen Ressourcen;

b) die Wirkung und die Effektivität der mit Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) verhängten Maßnahmen zu bewerten, insbesondere auch im Hinblick auf die Vermögenswerte des ehemaligen Präsidenten Charles Taylor;

c) Bereiche aufzuzeigen und Empfehlungen dazu abzugeben, in denen die Kapazitäten Liberias und der Staaten in der Region gestärkt werden können, um die Durchführung der mit Ziffer 4 der Resolution 1521 (2003) und Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) verhängten Maßnahmen zu erleichtern;

d) im Kontext des sich entwickelnden Rechtsrahmens Liberias zu bewerten, inwieweit Wälder und andere natürliche Ressourcen zu Frieden, Sicherheit und Entwicklung statt zu Instabilität beitragen und inwieweit einschlägige Rechtsvorschriften (das Nationale Forstreformgesetz, das Gesetz zur Schaffung einer Bodenkommission, das Gesetz über die Rechte der Gemeinwesen in Bezug auf Waldgebiete und das Gesetz über die liberianische Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft) und andere Reformanstrengungen zu diesem Übergang beitragen, und gegebenenfalls Empfehlungen zu geben, wie diese natürlichen Ressourcen besser zum Fortschritt des Landes in Richtung auf dauerhaften Frieden und nachhaltige Stabilität beitragen könnten;

e) zu bewerten, inwieweit die Regierung Liberias das Zertifikationssystem des Kimberley-Prozesses[59] befolgt, und sich bei dieser Bewertung mit dem Kimberley-Prozess abzustimmen;

f) dem Rat über den Ausschuss bis zum 1. Juni 2011 einen Halbzeitbericht und bis zum 1. Dezember 2011 einen Schlussbericht über alle in dieser Ziffer genannten Fragen vorzulegen und dem Ausschuss gegebenenfalls vor diesen Terminen informelle Aktualisierungen vorzulegen, insbesondere über Fortschritte im Forstsektor seit der Aufhebung der mit Ziffer 10 der Resolution 1521 (2003) verhängten Maßnahmen im Juni 2006 und im Diamantensektor seit der Aufhebung der mit Ziffer 6 der Resolution 1521 (2003) verhängten Maßnahmen im April 2007;

g) mit den anderen einschlägigen Sachverständigengruppen, insbesondere der mit Ziffer 9 der Resolution 1946 (2010) vom 15. Oktober 2010 wiedereingesetzten Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire und der mit Ziffer 5 der Resolution 1952 (2010) vom 29. November 2010 wiedereingesetzten Sachverständigengruppe für die Demokratische Republik Kongo, in Bezug auf die natürlichen Ressourcen aktiv zusammenzuarbeiten;

h) mit dem Zertifikationssystem des Kimberley-Prozesses aktiv zusammenzuarbeiten;

i) dem Ausschuss bei der Aktualisierung der veröffentlichten Gründe für die Aufnahme von Einträgen in die Listen betreffend Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten behilflich zu sein;

7. *ersucht* den Generalsekretär, die Sachverständigengruppe wiedereinzusetzen und die erforderlichen finanziellen und sicherheitsbezogenen Vorkehrungen zu treffen, um die Arbeit der Gruppe zu unterstützen;

8. *fordert* alle Staaten und die Regierung Liberias *auf*, mit der Sachverständigengruppe in allen Aspekten ihres Mandats uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

9. *weist darauf hin*, dass die Verantwortung für die Kontrolle des Umlaufs von Kleinwaffen innerhalb des Hoheitsgebiets von Liberia sowie zwischen Liberia und den Nachbarstaaten bei den zuständigen staatlichen Behörden liegt, im Einklang mit dem

Übereinkommen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten von 2006 über Kleinwaffen und leichte Waffen, deren Munition und anderes dazugehöriges Material[61];

10. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, dass die Mission im Rahmen ihrer Kapazität und innerhalb ihrer Einsatzgebiete der Regierung Liberias, dem Ausschuss und der Sachverständigengruppe auch weiterhin behilflich ist und unbeschadet ihres Mandats ihre in früheren Resolutionen, namentlich Resolution 1683 (2006), festgelegten Aufgaben auch weiterhin durchführt;

11. *legt* der Regierung Liberias *eindringlich nahe*, die Empfehlungen der Überprüfungsgruppe des Kimberley-Prozesses von 2009 umzusetzen, um die internen Kontrollen über den Abbau und die Ausfuhr von Diamanten zu stärken;

12. *legt* dem Kimberley-Prozess *nahe*, weiter mit der Sachverständigengruppe zusammenzuarbeiten und über die Entwicklungen im Hinblick auf die Anwendung des Zertifikationssystems des Kimberley-Prozesses durch Liberia Bericht zu erstatten;

13. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6454. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6493. Sitzung am 3. März 2011 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Sierra Leones gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Liberia

Schreiben des Generalsekretärs vom 11. Februar 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/74)“.

Resolution 1971 (2011)
vom 3. März 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Liberia und in Sierra Leone, insbesondere die Resolution 1626 (2005) vom 19. September 2005, in der er die Mission der Vereinten Nationen in Liberia ermächtigte, Soldaten nach Sierra Leone zu entsenden, um die Sicherheit des Sondergerichtshofs für Sierra Leone zu gewährleisten,

unter Begrüßung des Schreibens des Generalsekretärs vom 11. Februar 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[62],

mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für den Beitrag der Soldaten der Mission, insbesondere des mongolischen Kontingents, zur Gewährleistung der Sicherheit des Gerichtshofs,

feststellend, dass die Kanzlerin des Gerichtshofs das Sekretariat mit einem Schreiben vom 13. Oktober 2010 darüber unterrichtete, dass die militärische Wache der Mission über Februar 2011 hinaus nicht mehr benötigt würde, und dass die Regierung Sierra Leones darum ersucht hat, den Abzug auf Ende Februar oder Anfang März 2011 zu verschieben,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

[61] Siehe United Nations Institute for Disarmament Research, *Disarmament Forum*, Nr. 4, 2008, *The Complex Dynamics of Small Arms in West Africa*. Verfügbar unter http://www.unidir.org.

[62] S/2011/74.

1. *beschließt*, die in Ziffer 5 der Resolution 1626 (2005) erteilte Ermächtigung aufzuheben, und ersucht die Mission der Vereinten Nationen in Liberia, die die Sicherheit des Sondergerichtshofs für Sierra Leone gewährleistenden Soldaten bis zum 7. März 2011 abzuziehen;

2. *beschließt außerdem*, die in Ziffer 7 der Resolution 1626 (2005) enthaltene Ermächtigung und den Auftrag an die Mission, Bedienstete des Gerichtshofs zu evakuieren, falls es zu einer schwerwiegenden Sicherheitskrise kommen sollte, von der diese Soldaten und der Gerichtshof betroffen sind, aufzuheben;

3. *erwartet mit Interesse* die erfolgreiche Gewährleistung der Sicherheit des Gerichtshofs durch örtliches Sicherheitspersonal und ersucht das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone, in den bestehenden Eventualfallplänen für Sicherheitsevakuierungen die maßgeblichen Bediensteten des Gerichtshofs einzubeziehen.

Auf der 6493. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6495. Sitzung am 16. März 2011 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreterin Liberias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Liberia

> Zweiundzwanzigster Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in Liberia (S/2011/72)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Ellen Margrethe Løj, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Liberia und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, und Prinz Zeid Ra’ad Zeid Al-Hussein, den Ständigen Vertreter Jordaniens bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Liberia-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

DIE SITUATION IN SOMALIA[63]

Beschlüsse

Auf seiner 6374. Sitzung am 25. August 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Dänemarks, Indiens, Kenias, Norwegens, der Philippinen, der Republik Korea, der Seychellen, Singapurs, Somalias, Sri Lankas, Südafrikas, der Ukraine und der Vereinigten Republik Tansania gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

> Bericht des Generalsekretärs gemäß Resolution 1918 (2010) des Sicherheitsrats (S/2010/394)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Patricia O’Brien, die Untergeneralsekretärin für Rechtsangelegenheiten und

[63] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1992 verabschiedet.

Rechtsberaterin der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Peter Schwaiger, den Stellvertretenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 23. August 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Téte António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund des Antrags des Ständigen Vertreters Ugandas bei den Vereinten Nationen vom 24. August 2010 an den Ratspräsidenten und gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[64]:

„Der Sicherheitsrat ist nach wie vor zutiefst besorgt über die Bedrohung, die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See gegen Schiffe für die Situation in Somalia und die anderen Staaten in der Region sowie für die internationale Schifffahrt und die Sicherheit der der gewerblichen Seeschifffahrt dienenden Schifffahrtswege darstellen.

Der Rat ist fest davon überzeugt, dass die für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verantwortlichen Personen, einschließlich derjenigen, die zu solchen Handlungen aufstacheln oder sie absichtlich erleichtern, vor Gericht gestellt werden sollen, und vertritt in dieser Hinsicht die Auffassung, dass die wirksame Strafverfolgung der mutmaßlichen Seeräuber und derjenigen, die sie unterstützen, von künftigen seeräuberischen Angriffen abschrecken kann. Der Rat hält es daher für äußerst wichtig, langfristige Lösungen für das Problem der Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber und des Freiheitsentzugs verurteilter Seeräuber zu finden, die es gestatten, konkrete und dauerhafte Ergebnisse zu erzielen und so zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Somalia beizutragen, und erinnert in dieser Hinsicht daran, dass Frieden und Stabilität innerhalb Somalias, die Stärkung der staatlichen Institutionen, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit erforderlich sind, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Seeräuberei und den bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias auf Dauer ein Ende gemacht wird.

Der Rat begrüßt den in seiner Resolution 1918 (2010) erbetenen Bericht des Generalsekretärs über mögliche Optionen zur Förderung des Ziels der Strafverfolgung und des Freiheitsentzugs der für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verantwortlichen Personen, insbesondere auch Optionen zur Einrichtung von Sonderkammern nationaler Gerichte, möglicherweise mit internationalen Komponenten, oder eines regionalen oder internationalen Gerichtshofs, samt entsprechenden Regelungen für den Freiheitsentzug, unter Berücksichtigung der Arbeit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias, der bestehenden Praxis bei der Errichtung internationaler und gemischter Gerichtshöfe sowie des für die Erreichung konkreter und dauerhafter Ergebnisse nötigen Zeitaufwands und Mittelbedarfs[65]. Der Rat stellt fest, dass der Bericht die Herausforderungen bei der Bewältigung dieses Problems aufzeigt, insbesondere die begrenzten Justizkapazitäten der Staaten in der Region, die Kapazitäten der Haftanstalten und die Regelungen zur Rückführung der von ausländischen Gerichten strafrechtlich verfolg-

[64] S/PRST/2010/16.

[65] S/2010/394.

ten Verdächtigen, und vertritt die Auffassung, dass der Bericht eine solide Grundlage für die künftige Tätigkeit zur Stärkung der internationalen, regionalen und nationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel, Seeräuber vor Gericht zu stellen, bietet.

Der Rat würdigt die laufenden Anstrengungen der Staaten, einschließlich der Staaten in der Region, insbesondere Kenias und der Seychellen, mutmaßliche Seeräuber vor ihren nationalen Gerichten anzuklagen, wobei er betont, dass alle Staaten diese Anstrengungen fortsetzen müssen, so auch indem sie die Seeräuberei nach ihrem innerstaatlichen Recht unter Strafe stellen.

Der Rat betont, dass die Staaten und die internationalen Organisationen auch weiterhin das Problem angehen müssen, dass die Justiz- und Strafvollzugssysteme in Somalia und den anderen Staaten in der Region nur begrenzt in der Lage sind, mutmaßliche Seeräuber wirksam strafrechtlich zu verfolgen, in Untersuchungshaft zu nehmen und gegen sie verhängte Freiheitsstrafen zu vollstrecken. In dieser Hinsicht weiß der Rat die Hilfe zu schätzen, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und andere internationale Organisationen und Geber in Abstimmung mit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias derzeit gewähren, um die Justiz- und Strafvollzugssysteme in Somalia, Kenia, den Seychellen und anderen Staaten in der Region besser in die Lage zu versetzen, mutmaßliche Seeräuber strafrechtlich zu verfolgen und gegen sie verhängte Freiheitsstrafen im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen zu vollstrecken. Der Rat bekräftigt außerdem, dass das Völkerrecht, wie im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982[66], insbesondere seinen Artikeln 100, 101 und 105, niedergelegt, den rechtlichen Rahmen für die Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See sowie für sonstige Meerestätigkeiten vorgibt.

Der Rat unterstreicht, dass die Fortschritte bei der Strafverfolgung und beim Freiheitsentzug der für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verantwortlichen Personen, einschließlich derjenigen, die zu solchen Handlungen aufstacheln oder sie absichtlich erleichtern, regelmäßig überprüft werden müssen, damit mögliche weitere Schritte geprüft werden können, die gewährleisten, dass diese Personen zur Verantwortung gezogen werden. Der Rat legt der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias nahe, die diesbezüglichen Erörterungen unter Berücksichtigung der Vor- und Nachteile der verschiedenen in dem Bericht des Generalsekretärs beschriebenen Optionen fortzusetzen.

Der Rat begrüßt die Absicht des Generalsekretärs, einen Sonderberater für rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Seeräuberei vor der Küste Somalias zu ernennen, eingedenk dessen, wie wichtig es ist, die Anstrengungen des Sekretariats, einschließlich des Sonderberaters, mit der laufenden Arbeit aller einschlägigen internationalen Akteure zu koordinieren.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, in seinen dem Rat nach Ziffer 17 der Resolution 1897 (2009) vorzulegenden Bericht unter Berücksichtigung der Arbeit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias alle neuen Informationen und Feststellungen über mögliche Wege zur Förderung der laufenden Zusammenarbeit, darunter mit den Staaten in der Region, bei der Strafverfolgung und dem Freiheitsentzug der für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verantwortlichen Personen aufzunehmen.

Der Rat bekundet seine Absicht, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.“

[66] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1833, Nr. 31363. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1994 II S. 1798; öBGBl. Nr. 885/1995; AS 2009 3209.

Am 26. August 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[67]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 25. August 2010 betreffend Ihre Absicht, Herrn Jack Lang (Frankreich) zu Ihrem Sonderberater für rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Seeräuberei vor der Küste Somalias zu ernennen[68], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6386. Sitzung am 16. September 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Algeriens, Äthiopiens, Kenias (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Norwegens und Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über Somalia (S/2010/447)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Augustine P. Mahiga, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia und Leiter des Politischen Büros der Vereinten Nationen für Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Téte António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, und Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6407. Sitzung am 21. Oktober 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Somalias (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Somalia" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ramtane Lamamra, den Kommissar für Frieden und Sicherheit der Afrikanischen Union, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner nichtöffentlichen 6408. Sitzung am 21. Oktober 2010 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

> „Auf seiner nichtöffentlichen 6408. Sitzung am 21. Oktober 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Die Situation in Somalia'.
>
> Gemäß dem auf der 6407. Sitzung gefassten Beschluss würdigte der Präsident die Anwesenheit von Herrn Yusuf Hassan Ibrahim, dem Minister für auswärtige Angelegenheiten Somalias, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und gemäß Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates.
>
> Wie zuvor in Konsultationen des Rates vereinbart, lud der Präsident die Vertreter Äthiopiens und Burundis gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Charta und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

[67] S/2010/452.

[68] S/2010/451.

Gemäß dem auf der 6407. Sitzung gefassten Beschluss würdigte der Präsident die Anwesenheit von Herrn Ramtane Lamamra, dem Kommissar für Frieden und Sicherheit der Afrikanischen Union, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates.

Wie zuvor in Konsultationen des Rates vereinbart, lud der Präsident Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Die Ratsmitglieder, Herr Ibrahim, der Vertreter Burundis, Herr Lamamra, Herr Serrano, Frau Susana Malcorra, die Untergeneralsekretärin für die Unterstützung der Feldeinsätze, und Generalmajor Nathan Mugisha, der Kommandeur der Truppe der Mission der Afrikanischen Union in Somalia, führten einen Meinungsaustausch."

Auf seiner 6417. Sitzung am 9. November 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs gemäß Resolution 1897 (2009) des Sicherheitsrats (S/2010/556)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, und Herrn Juri Fedotow, den Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6429. Sitzung am 23. November 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Dänemarks, Deutschlands, Griechenlands, Kanadas, Norwegens, Somalias und der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs gemäß Resolution 1897 (2009) des Sicherheitsrats (S/2010/556)".

Resolution 1950 (2010) vom 23. November 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen betreffend die Situation in Somalia, insbesondere die Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008, 1816 (2008) vom 2. Juni 2008, 1838 (2008) vom 7. Oktober 2008, 1844 (2008) vom 20. November 2008, 1846 (2008) vom 2. Dezember 2008, 1851 (2008) vom 16. Dezember 2008, 1897 (2009) vom 30. November 2009 und 1918 (2010) vom 27. April 2010, sowie die Erklärung seines Präsidenten vom 25. August 2010[64],

nach wie vor zutiefst besorgt über die anhaltende Bedrohung, die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See gegen Schiffe für die rasche, sichere und wirksame Leistung humanitärer Hilfe an Somalia und die Region, die Sicherheit von Seeleuten und anderen Personen, die internationale Schifffahrt und die Sicherheit der der gewerblichen Seeschifffahrt dienenden Schifffahrtswege sowie für andere gefährdete Schiffe, namentlich auch für die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durchgeführten Fischereitätigkeiten, darstellen, sowie zutiefst besorgt über den Umstand, dass die von der Seeräuberei aus-

gehende Bedrohung bis zum westlichen Indischen Ozean reicht, und über den Anstieg der Kapazitäten der Seeräuber,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über Berichte, wonach Kinder an der Seeräuberei vor der Küste Somalias beteiligt sind,

in der Erkenntnis, dass die anhaltende Instabilität in Somalia zu dem Problem der Seeräuberei und der bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias beiträgt, und betonend, dass die internationale Gemeinschaft umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Seeräuberei und der ihr zugrundeliegenden Ursachen ergreifen muss,

in Bekräftigung seiner Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias, einschließlich der Rechte Somalias in Bezug auf die natürlichen Ressourcen vor seiner Küste, namentlich die Fischereiressourcen, im Einklang mit dem Völkerrecht, und betonend, wie wichtig es ist, im Einklang mit dem Völkerrecht die illegale Fischerei und das illegale Einbringen, namentlich toxischer Stoffe, zu verhüten,

ferner bekräftigend, dass das Völkerrecht, wie im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982[66] niedergelegt, den rechtlichen Rahmen für die Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See sowie für sonstige Meerestätigkeiten vorgibt,

unter erneuter Berücksichtigung der in Somalia herrschenden Krisensituation und des Umstands, dass die Übergangs-Bundesregierung über begrenzte Fähigkeiten verfügt, um Seeräuber aufzugreifen oder nach ihrem Aufgreifen strafrechtlich zu verfolgen oder um die Gewässer vor der Küste Somalias, einschließlich der internationalen Seeschifffahrtsstraßen und der Hoheitsgewässer Somalias, zu patrouillieren oder zu sichern,

Kenntnis nehmend von den mehrfachen Ersuchen der Übergangs-Bundesregierung um internationale Hilfe zur Bekämpfung der Seeräuberei vor der Küste Somalias, namentlich von dem Schreiben des Ständigen Vertreters Somalias bei den Vereinten Nationen vom 20. Oktober 2010, in dem die Übergangs-Bundesregierung dem Sicherheitsrat für seine Unterstützung dankt, die Bereitschaft der Übergangs-Bundesregierung bekundet, eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten und mit Regionalorganisationen zur Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias zu erwägen, und darum ersucht, die Bestimmungen der Resolution 1897 (2009) um weitere zwölf Monate zu verlängern,

in Würdigung der Anstrengungen der von der Europäischen Union geführten Operation Atalanta, der Operationen „Allied Protector“ und „Ocean Shield“ der Nordatlantikvertrags-Organisation, der „Combined Task Force 151“ der multinationalen Seestreitkräfte und anderer in nationaler Eigenschaft in Zusammenarbeit mit der Übergangs-Bundesregierung und miteinander handelnder Staaten zur Bekämpfung der Seeräuberei und zum Schutz gefährdeter Schiffe, die die Gewässer vor der Küste Somalias durchfahren, und unter Begrüßung der Anstrengungen einzelner Länder, darunter China, Indien, Iran (Islamische Republik), Japan, Jemen, Malaysia, die Republik Korea, die Russische Föderation und Saudi-Arabien, die Schiffe und/oder Luftfahrzeuge in der Region eingesetzt haben, wie in dem Bericht des Generalsekretärs[69] dargelegt,

unter Begrüßung der Anstrengungen zum Aufbau von Kapazitäten, die der Treuhandfonds der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation für den Dschibuti-Kodex (ein auf Initiative Japans geschaffener Multi-Geber-Treuhandfonds) und der Treuhandfonds zur Unterstützung der Initiativen der Staaten gegen die Seeräuberei vor der Küste Somalias

[69] S/2010/556.

unternommen haben, und anerkennend, dass alle beteiligten internationalen und regionalen Organisationen uneingeschränkt zusammenarbeiten müssen,

mit Besorgnis feststellend, dass die nach wie vor begrenzten Kapazitäten und unzureichenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Erleichterung der Ingewahrsamnahme und Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber nach ihrer Ergreifung einem robusteren internationalen Vorgehen gegen die Seeräuber vor der Küste Somalias hinderlich waren und in einigen Fällen dazu geführt haben, dass Seeräuber freigelassen wurden, ohne vor Gericht gestellt zu werden, unabhängig davon, ob es ausreichende Beweise für eine Strafverfolgung gab, und erneut erklärend, dass das Übereinkommen vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt[70] im Einklang mit den Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Bekämpfung der Seeräuberei vorsieht, dass die Vertragsparteien Straftatbestände schaffen, ihre Gerichtsbarkeit begründen und die Personen übernehmen, die für die Inbesitznahme eines Schiffes oder die Ausübung der Herrschaft darüber durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt oder durch eine andere Form der Einschüchterung verantwortlich sind oder dessen verdächtigt werden,

unterstreichend, wie wichtig es ist, die Sammlung und Sicherung von Beweismitteln für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias und ihre Weiterleitung an die zuständigen Behörden weiter zu verbessern, unter Begrüßung der Arbeit, die die Internationale Seeschifffahrts-Organisation, die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation (INTERPOL) und Wirtschaftsvereinigungen gegenwärtig leisten, um Seeleuten Leitlinien für die Tatortsicherung nach seeräuberischen Handlungen an die Hand zu geben, und feststellend, wie wichtig es für die erfolgreiche Strafverfolgung seeräuberischer Handlungen ist, dass es Seeleuten ermöglicht wird, in Strafverfahren auszusagen,

in Würdigung der Anstrengungen Kenias und der Seychellen, mutmaßliche Seeräuber vor ihren nationalen Gerichten anzuklagen, unter Begrüßung des Engagements Mauritius', mit Anerkennung Kenntnis nehmend von der Hilfe, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, der Treuhandfonds zur Unterstützung der Initiativen der Staaten gegen die Seeräuberei vor der Küste Somalias und andere internationale Organisationen und Geber in Abstimmung mit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias derzeit gewähren, um Kenia, die Seychellen, Somalia und andere Staaten in der Region, einschließlich Jemens, dabei zu unterstützen, Maßnahmen zu treffen, um aufgegriffene Seeräuber im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen strafrechtlich zu verfolgen oder nach der an einem anderen Ort erfolgten Strafverfolgung in einem Drittstaat in Haft zu nehmen, und betonend, dass die Staaten und die internationalen Organisationen die diesbezüglichen internationalen Anstrengungen weiter verstärken müssen,

es begrüßend, dass die nationalen und die regionalen Verwaltungsbehörden Somalias bereit sind, miteinander und mit den Staaten, die mutmaßliche Seeräuber strafrechtlich verfolgt haben, zusammenzuarbeiten, damit verurteilte Seeräuber im Rahmen geeigneter Abkommen über die Überstellung von Gefangenen, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, nach Somalia repatriiert werden können,

sowie unter Begrüßung des in Resolution 1918 (2010) erbetenen Berichts des Generalsekretärs[65] und der laufenden Anstrengungen innerhalb der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias und des Sekretariats der Vereinten Nationen, mögliche zusätzliche Mechanismen zur wirksameren Strafverfolgung der Personen zu erkunden, die der

[70] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1678, Nr. 29004. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1990 II S. 494, 508; LGBl. 2003 Nr. 46 und 47; öBGBl. Nr. 406/1992; AS 1993 1910 1923.

Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verdächtigt werden,

betonend, dass die Staaten mögliche Methoden zur Unterstützung der Seeleute, die Opfer von Seeräubern sind, prüfen müssen, und in dieser Hinsicht die Arbeit begrüßend, die innerhalb der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias und der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation gegenwärtig geleistet wird, um Leitlinien für die Betreuung von Seeleuten und anderen Personen, gegen die seeräuberische Handlungen verübt worden sind, zu erstellen,

mit Anerkennung Kenntnis nehmend von den laufenden Anstrengungen des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, namentlich mit Hilfe des Treuhandfonds zur Unterstützung der Initiativen der Staaten gegen die Seeräuberei vor der Küste Somalias Maßnahmen zur Ausweitung der Kapazität des Strafvollzugssystems Somalias, einschließlich der Behörden der Regionen, für die Inhaftierung verurteilter Seeräuber im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen zu unterstützen,

eingedenk des Verhaltenskodexes von Dschibuti betreffend die Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle gegen Schiffe im westlichen Indischen Ozean und im Golf von Aden (Verhaltenskodex von Dschibuti)[71] und in Anerkennung der Anstrengungen der Unterzeichnerstaaten, den geeigneten ordnungspolitischen und rechtlichen Rahmen zu schaffen, um die Seeräuberei zu bekämpfen, ihre Kapazität zur Patrouille der Gewässer der Region auszuweiten, verdächtige Schiffe aufzubringen und mutmaßliche Seeräuber strafrechtlich zu verfolgen,

hervorhebend, dass Frieden und Stabilität innerhalb Somalias, die Stärkung der staatlichen Institutionen, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit notwendig sind, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Seeräuberei und den bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias auf Dauer ein Ende gemacht wird, und ferner hervorhebend, dass die langfristige Sicherheit Somalias von dem wirksamen Aufbau der Nationalen Sicherheitskräfte und der Somalischen Polizei durch die Übergangs-Bundesregierung, im Rahmen des Abkommens von Dschibuti und im Einklang mit einer nationalen Sicherheitsstrategie, abhängt,

feststellend, dass die Vorfälle von Seeräuberei und die bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias die Situation in Somalia verschärfen, die nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *erklärt erneut*, dass er alle seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfälle gegen Schiffe in den Gewässern vor der Küste Somalias verurteilt und missbilligt;

2. *ist sich dessen bewusst*, dass die anhaltende Instabilität in Somalia eine der Ursachen ist, die dem Problem der Seeräuberei zugrundeliegen, und zu dem Problem der Seeräuberei und der bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias beiträgt, und betont, dass die internationale Gemeinschaft umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Seeräuberei und der ihr zugrundeliegenden Ursachen ergreifen muss;

3. *nimmt abermals mit Besorgnis* Kenntnis von den in dem Bericht der Überwachungsgruppe für Somalia vom 20. November 2008 enthaltenen Feststellungen, wonach die Zahlung immer höherer Lösegelder und die Nichtdurchsetzung des mit Resolution 733 (1992) vom 23. Januar 1992 verhängten Waffenembargos die Zunahme der Seeräuberei

[71] Siehe International Maritime Organization, Dokument C 102/14, Anhang, Anlage 1.

vor der Küste Somalias fördern[72], und fordert alle Staaten auf, mit der Überwachungsgruppe für Somalia und Eritrea uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, namentlich in Bezug auf den Informationsaustausch betreffend mögliche Verstöße gegen das Waffenembargo;

4. *fordert* die Staaten und Regionalorganisationen, die über die entsprechenden Kapazitäten verfügen, *erneut auf*, sich am Kampf gegen die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias zu beteiligen, insbesondere indem sie im Einklang mit dieser Resolution und dem Völkerrecht Marinefahrzeuge, Waffen und Militärluftfahrzeuge einsetzen sowie Boote, Schiffe, Waffen und ähnliches Gerät, die bei der Begehung seeräuberischer Handlungen und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verwendet werden oder für deren Verwendung es einen hinreichend begründeten Verdacht gibt, beschlagnahmen und beseitigen;

5. *würdigt* die Arbeit, die die Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias leistet, um die Koordinierung der Maßnahmen zur Abschreckung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias in Zusammenarbeit mit der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation, den Flaggenstaaten und der Übergangs-Bundesregierung zu erleichtern, und fordert die Staaten und die internationalen Organisationen nachdrücklich auf, diese Anstrengungen auch weiterhin zu unterstützen;

6. *anerkennt* Somalias Rechte in Bezug auf die natürlichen Ressourcen vor seiner Küste, namentlich die Fischereiressourcen, im Einklang mit dem Völkerrecht, erinnert daran, wie wichtig es ist, im Einklang mit dem Völkerrecht die illegale Fischerei und das illegale Einbringen, namentlich toxischer Stoffe, zu verhüten, und fordert die Staaten und die interessierten Organisationen, namentlich die Internationale Seeschifffahrts-Organisation, auf, Somalia, einschließlich der Behörden der Regionen, und den benachbarten Küstenstaaten auf Ersuchen technische Hilfe zur Stärkung ihrer Fähigkeit zu gewähren, die Sicherheit der Küsten und der Seeschifffahrt zu gewährleisten, einschließlich zur Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias und den Küsten der Nachbarländer, und betont, wie wichtig die diesbezügliche Koordinierung über die Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias ist;

7. *ermutigt* die Mitgliedstaaten, im Kampf gegen Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See auch weiterhin mit der Übergangs-Bundesregierung zusammenzuarbeiten, stellt fest, dass der Übergangs-Bundesregierung die Hauptrolle im Kampf gegen Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See zukommt, und beschließt, die in Ziffer 10 der Resolution 1846 (2008) und Ziffer 6 der Resolution 1851 (2008) festgelegten und mit Resolution 1897 (2009) verlängerten Ermächtigungen, die denjenigen Staaten und Regionalorganisationen erteilt wurden, die im Kampf gegen Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias mit der Übergangs-Bundesregierung zusammenarbeiten und deren Namen dem Generalsekretär von der Übergangs-Bundesregierung vorab notifiziert wurden, für einen weiteren Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Datum dieser Resolution zu verlängern;

8. *bekräftigt*, dass die in dieser Resolution verlängerten Ermächtigungen ausschließlich auf die Situation in Somalia Anwendung finden und die Rechte, Pflichten oder Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten nach dem Völkerrecht, einschließlich der Rechte oder Pflichten nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen[66], in Bezug auf jede andere Situation unberührt lassen, und unterstreicht insbesondere, dass diese Resolution nicht so anzusehen ist, als werde dadurch Völkergewohnheitsrecht geschaffen, und bekräftigt ferner, dass diese Ermächtigungen nur aufgrund des Schreibens vom 20. Oktober 2010 verlängert wurden, in dem die Zustimmung der Übergangs-Bundesregierung übermittelt wurde;

[72] Siehe S/2008/769, Anlage, Abschn. VIII.C.

9. *bekräftigt außerdem*, dass die mit Ziffer 5 der Resolution 733 (1992) verhängten und in den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1425 (2002) vom 22. Juli 2002 weiter ausgeführten Maßnahmen nicht für Waffen und militärisches Gerät gelten, die zur ausschließlichen Nutzung der Mitgliedstaaten und Regionalorganisationen bestimmt sind, die Maßnahmen im Einklang mit Ziffer 7 ergreifen, oder für die Bereitstellung technischer Hilfe an Somalia, die ausschließlich den in Ziffer 6 genannten Zwecken dient, die nach dem in den Ziffern 11 *b*) und 12 der Resolution 1772 (2007) vom 20. August 2007 vorgegebenen Verfahren von diesen Maßnahmen ausgenommen wurden;

10. *ersucht* die zusammenarbeitenden Staaten, geeignete Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die Tätigkeiten, die sie gemäß den Ermächtigungen in Ziffer 7 durchführen, in der Praxis nicht dazu führen, dass sie Schiffen von Drittstaaten das Recht der friedlichen Durchfahrt verwehren oder dieses beeinträchtigen;

11. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, Somalia auf Ersuchen der Übergangs-Bundesregierung und mit Notifizierung an den Generalsekretär dabei behilflich zu sein, die Kapazitäten in Somalia, einschließlich der Behörden der Regionen, zu stärken, um diejenigen, die somalisches Hoheitsgebiet dafür nutzen, kriminelle seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See zu planen, zu erleichtern oder zu begehen, vor Gericht zu stellen, und betont, dass alle gemäß dieser Ziffer ergriffenen Maßnahmen mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen im Einklang stehen müssen;

12. *fordert* alle Staaten und insbesondere die Flaggen-, Hafen- und Küstenstaaten, die Staaten der Staatsangehörigkeit der Opfer und der Urheber von Seeräuberei und bewaffneten Raubüberfällen sowie die sonstigen Staaten, die nach dem Völkerrecht oder innerstaatlichem Recht Zuständigkeit besitzen, *auf*, bei der Bestimmung der Zuständigkeit sowie bei den Ermittlungen gegen alle Personen, die für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle vor der Küste Somalias verantwortlich sind, einschließlich derjenigen, die zu einer seeräuberischen Handlung aufstacheln oder sie erleichtern, und bei ihrer strafrechtlichen Verfolgung im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass alle den Justizbehörden übergebenen Seeräuber einem Gerichtsverfahren unterworfen werden, und Hilfe zu gewähren, indem sie unter anderem Hilfe bei der Verfahrensweise und Logistik in Bezug auf die ihrer Hoheitsgewalt und Kontrolle unterstehenden Personen leisten, wie Opfer, Zeugen und Personen, die infolge von nach dieser Resolution durchgeführten Maßnahmen festgenommen wurden;

13. *fordert* alle Staaten *außerdem auf*, Seeräuberei nach ihrem innerstaatlichen Recht unter Strafe zu stellen und die Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber, die vor der Küste Somalias aufgegriffen werden, und die Verhängung von Freiheitsstrafen über verurteilte Seeräuber im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, wohlwollend zu prüfen;

14. *bekräftigt sein Interesse* an der weiteren Prüfung aller sieben im Bericht des Generalsekretärs[65] beschriebenen Optionen für die Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber, die verschiedene Ebenen der internationalen Beteiligung vorsehen, unter Berücksichtigung weiterer neuer Informationen und Bemerkungen seitens des Generalsekretärs auf der Grundlage der Konsultationen, die sein Sonderberater für rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Seeräuberei vor der Küste Somalias derzeit führt, mit dem Ziel, weitere Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass Seeräuber zur Verantwortung gezogen werden, und unter Betonung der Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit der Staaten, der regionalen und der internationalen Organisationen zur Erreichung dieses Ziels, und legt der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias nahe, ihre diesbezüglichen Erörterungen fortzusetzen;

15. *fordert* alle Staaten *nachdrücklich auf*, im Rahmen ihrer bestehenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die unerlaubte Finanzierung seeräuberischer Handlungen und das Waschen der Erträge daraus zu verhüten;

16. *fordert* die Staaten *nachdrücklich auf*, in Zusammenarbeit mit INTERPOL und dem Europäischen Polizeiamt (Europol) weiter gegen internationale kriminelle Netzwerke, die an der Seeräuberei vor der Küste Somalias beteiligt sind, einschließlich der für die unerlaubte Finanzierung und Erleichterung Verantwortlichen, zu ermitteln;

17. *unterstreicht* in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die Ermittlungen gegen diejenigen, die unerlaubt seeräuberische Angriffe vor der Küste Somalias finanzieren, planen, organisieren oder daraus widerrechtlich Nutzen ziehen, und ihre Strafverfolgung zu unterstützen;

18. *würdigt* die Einrichtung des Treuhandfonds zur Unterstützung der Initiativen der Staaten gegen die Seeräuberei vor der Küste Somalias und des Treuhandfonds der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation für den Dschibuti-Kodex (eines auf Initiative Japans geschaffenen Multi-Geber-Treuhandfonds) und fordert die von der Seeräuberei betroffenen staatlichen wie auch die nichtstaatlichen Akteure, insbesondere die internationalen Schifffahrtsunternehmen, nachdrücklich auf, dazu beizutragen;

19. *fordert* die Vertragsstaaten des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen und des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt[70] *nachdrücklich auf*, ihre einschlägigen Verpflichtungen aus diesen Übereinkommen und nach dem Völkergewohnheitsrecht uneingeschränkt zu erfüllen und mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation, anderen Staaten und anderen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um Justizkapazitäten für die erfolgreiche Strafverfolgung der Personen, die der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verdächtigt werden, aufzubauen;

20. *begrüßt* die Überarbeitungen, die die Internationale Seeschifffahrts-Organisation an ihren Empfehlungen und Leitlinien zur Verhütung und Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle gegen Schiffe[73] vorgenommen hat, unterstreicht, wie wichtig es ist, dass alle Akteure, einschließlich der Schifffahrtsindustrie, diese Empfehlungen und Leitlinien umsetzen, und fordert die Staaten nachdrücklich auf, in Zusammenarbeit mit der Schifffahrts- und der Versicherungsindustrie sowie der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation auch weiterhin bewährte Vermeidungs-, Ausweich- und Abwehrverfahren und Sicherheitshinweise zu den im Falle eines Angriffs oder während der Fahrt in den Gewässern vor der Küste Somalias zu ergreifenden Maßnahmen auszuarbeiten und umzusetzen, und fordert die Staaten ferner nachdrücklich auf, ihre Staatsangehörigen und Schiffe je nach Fall in ihrem ersten Anlaufhafen unmittelbar im Anschluss an die Begehung oder den Versuch einer seeräuberischen Handlung oder eines bewaffneten Raubüberfalls auf See oder nach ihrer Freilassung für forensische Untersuchungen verfügbar zu machen;

21. *ersucht* die mit der Übergangs-Bundesregierung zusammenarbeitenden Staaten und Regionalorganisationen, den Sicherheitsrat und den Generalsekretär in neun Monaten über den Stand der Maßnahmen zu unterrichten, die sie in Ausübung der ihnen in Ziffer 7 erteilten Ermächtigungen durchgeführt haben, und ersucht ferner alle Staaten, die über die Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias zum Kampf gegen die Seeräuberei vor der Küste Somalias beitragen, einschließlich Somalias und anderer Staaten in der Region, innerhalb derselben Frist über ihre Anstrengungen zur Begründung der Gerichtsbarkeit und zur Zusammenarbeit bei den Ermittlungen und der Strafverfolgung im Zusammenhang mit Seeräuberei Bericht zu erstatten;

22. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat innerhalb von elf Monaten nach Verabschiedung dieser Resolution über die Durchführung dieser Resolution und über die Situa-

[73] Siehe International Maritime Organization, Dokumente MSC.1/Circ.1333, Anhang, und MSC.1/Circ.1334, Anhang.

tion in Bezug auf Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias Bericht zu erstatten;

23. *bekundet seine Absicht*, die Situation zu überprüfen und gegebenenfalls zu erwägen, die in Ziffer 7 erteilten Ermächtigungen auf Ersuchen der Übergangs-Bundesregierung um weitere Zeiträume zu verlängern;

24. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6429. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6461. Sitzung am 22. Dezember 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Somalia“ teilzunehmen.

Resolution 1964 (2010)
vom 22. Dezember 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Somalia,

sowie unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, über Frauen und Frieden und Sicherheit und über Kinder und bewaffnete Konflikte,

in Bekräftigung seiner Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias,

unter erneutem Hinweis auf sein Eintreten für eine umfassende und dauerhafte Regelung der Situation in Somalia,

in Bekräftigung seiner uneingeschränkten Unterstützung für den Friedensprozess von Dschibuti, der den Rahmen für eine dauerhafte politische Lösung in Somalia vorgibt, mit dem Ausdruck seiner Unterstützung für die Übergangs-Bundescharta, in Anerkennung der Notwendigkeit, die Aussöhnung und den Dialog unter der somalischen Bevölkerung zu fördern, und betonend, wie wichtig auf breiter Grundlage beruhende und repräsentative Institutionen sind, die aus einem letztlich alle Seiten einschließenden politischen Prozess hervorgehen,

bekräftigend, *dass er* die Übergangs-Bundesregierung in ihrer Rolle als Bestandteil des Friedensprozesses von Dschibuti *unterstützt*, betonend, dass den Übergangs-Bundesinstitutionen die Hauptverantwortung dabei zukommt, auf kohärente Weise und mit vereinten Kräften zu arbeiten, um die in der Übergangsperiode verbleibenden Aufgaben abzuschließen, insbesondere den Verfassungsgebungsprozess und die Grundversorgung der Bevölkerung, und sie ermutigend, verstärkte Anstrengungen in dieser Hinsicht zu unternehmen,

in der Erkenntnis, dass Frieden und Stabilität in Somalia von Aussöhnung und effektiver staatlicher Tätigkeit in ganz Somalia abhängen, und alle somalischen Parteien, die zum Gewaltverzicht bereit sind, ermutigend, zusammenzuarbeiten, um Frieden und Stabilität herzustellen,

in Würdigung des Beitrags der Mission der Afrikanischen Union in Somalia zu dauerhaftem Frieden und dauerhafter Stabilität in Somalia, mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für die Regierungen Ugandas und Burundis, die weiterhin Truppen und Ausrüstung für die Mission bereitstellen, und unter Verurteilung aller Feindseligkeiten gegen die Mission und die Übergangs-Bundesregierung,

sowie in Würdigung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia, Herrn Augustine P. Mahiga, und in Bekräftigung seiner festen Unterstützung für die von ihm unternommenen Anstrengungen,

Kenntnis nehmend von den Somalia betreffenden Beschlüssen des vom 19. bis 27. Juli 2010 in Kampala abgehaltenen Gipfeltreffens der Afrikanischen Union und den Somalia betreffenden Empfehlungen der am 15. Oktober 2010 in Addis Abeba abgehaltenen Ministertagung des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union[74] und die Ernennung des früheren Präsidenten Jerry Rawlings zum Hohen Beauftragten der Afrikanischen Union für Somalia begrüßend,

erneut erklärend, dass der Wiederaufbau, die Ausbildung, die Ausrüstung und die Erhaltung der somalischen Sicherheitskräfte wichtig und für die langfristige Stabilität Somalias unverzichtbar sind, mit dem Ausdruck seiner Unterstützung für die laufende Ausbildungsmission der Europäischen Union in Uganda und betonend, wie wichtig die koordinierte, rechtzeitige und dauerhafte Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft ist,

mit Lob für die Mitgliedstaaten und die Organisationen, die Beiträge zur Unterstützung der Mission und der Übergangs-Bundesregierung geleistet haben, die internationale Gemeinschaft ermutigend, zusätzliche Finanzmittel zu mobilisieren, um je nach Bedarf die Mission und die Übergangs-Bundesregierung zu unterstützen, und in der Erkenntnis, wie wichtig eine rasche und berechenbare Finanzierung für die Übergangs-Bundesregierung und die Mission ist,

die internationale Gemeinschaft *ermutigend*, weitere Stabilisierungsbemühungen zugunsten relativ stabiler Gebiete in ganz Somalia zu unterstützen,

mit dem erneuten Ausdruck seiner ernsthaften Besorgnis über die anhaltenden Kampfhandlungen in Somalia und ihre Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, unter Verurteilung aller Angriffe, einschließlich der Terroranschläge auf die Übergangs-Bundesregierung, die Mission und die Zivilbevölkerung durch bewaffnete Oppositionsgruppen und ausländische Kämpfer, insbesondere Al-Shabaab, und unter Hervorhebung der terroristischen Bedrohung, die von somalischen bewaffneten Oppositionsgruppen und ausländischen Kämpfern, insbesondere Al-Shabaab, für Somalia und für die internationale Gemeinschaft ausgeht,

betonend, wie wichtig es ist, wirksame Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, um die Übergangs-Bundesregierung und die Mission zu unterstützen und den politischen Prozess zu festigen, und mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die anhaltenden Angriffe auf Journalisten,

mit dem erneuten Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage in Somalia, es nachdrücklich verurteilend, dass bewaffnete Gruppen in Somalia gezielt humanitäre Helfer angreifen und die Auslieferung humanitärer Hilfe behindern, wodurch die Erbringung solcher Hilfe in einigen Gebieten verhindert wurde, und unter Missbilligung der wiederholten Angriffe auf humanitäres Personal,

mit dem Ausdruck seiner nachdrücklichen Verurteilung aller Gewalt- und Missbrauchshandlungen und Menschenrechtsverletzungen, die unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen gegen Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, und humanitäres Personal begangen werden, unter Betonung der Verantwortung aller Parteien in Somalia, ihre diesbezüglichen Verpflichtungen voll einzuhalten, und bekräftigend, wie wichtig es ist, die Straflosigkeit zu bekämpfen,

[74] Siehe S/2010/539, Anlage.

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über den erheblichen Rückgang der für Somalia bereitgestellten humanitären Mittel und mit der Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, zu den laufenden und künftigen konsolidierten humanitären Appellen beizutragen,

unter Hinweis auf seine Resolution 1950 (2010) vom 23. November 2010, in der Erkenntnis, dass die anhaltende Instabilität in Somalia zu dem Problem der Seeräuberei und der bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias beiträgt, betonend, dass die internationale Gemeinschaft umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Seeräuberei und der ihr zugrunde liegenden Ursachen ergreifen muss, und unter Begrüßung der Anstrengungen der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias, der Staaten und der internationalen und regionalen Organisationen,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 9. September 2010[75] und der darin enthaltenen Empfehlungen zum weiteren Vorgehen der Übergangs-Bundesregierung auf dem Gebiet der Politik, der Sicherheit und des Wiederaufbaus mit Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft,

feststellend, dass die Situation in Somalia eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union zu ermächtigen, den Einsatz der Mission der Afrikanischen Union in Somalia, die befugt ist, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihr bestehendes, in Ziffer 9 der Resolution 1772 (2007) vom 20. August 2007 enthaltenes Mandat auszuführen, bis zum 30. September 2011 fortzuführen;

2. *ersucht* die Afrikanische Union, den Einsatz der Mission in Somalia fortzuführen und ihre Truppenstärke von der derzeit mandatierten Zahl von 8.000 Soldaten auf 12.000 Soldaten zu erhöhen und sie somit besser zur Ausführung ihres Mandats zu befähigen;

3. *nimmt Kenntnis* von den Somalia betreffenden Empfehlungen des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 15. Oktober 2010[74] und unterstreicht seine Absicht, die Situation vor Ort weiter zu verfolgen und bei seinen künftigen Beschlüssen zur Mission Fortschritte hinsichtlich der Erfüllung der folgenden Ziele zu berücksichtigen:

a) beträchtliche Fortschritte der Übergangs-Bundesregierung in Bezug auf die für die Übergangsperiode verbleibenden Aufgaben, insbesondere den Verfassungsgebungsprozess und die Grundversorgung der Bevölkerung;

b) Verabschiedung eines Nationalen Sicherheits- und Stabilisierungsplans und wirksamer Aufbau der Nationalen Sicherheitskräfte und der Somalischen Polizei, mit verstärkten Befehlsketten, durch die Übergangs-Bundesregierung im Rahmen des Abkommens von Dschibuti und im Einklang mit dem Plan;

c) Fortsetzung und Verstärkung der Aussöhnungsbemühungen und der politischen Kontaktarbeit der Übergangs-Bundesregierung im Rahmen des Abkommens von Dschibuti unter Beteiligung aller Gruppen, die zur Zusammenarbeit und zum Gewaltverzicht bereit sind;

d) mit Unterstützung der Mission Festigung der Sicherheit und der Stabilität in Somalia durch die Übergangs-Bundesregierung auf der Grundlage klarer, in eine politische Strategie integrierter militärischer Ziele;

[75] S/2010/447.

4. *ersucht* den Generalsekretär, über seinen Sonderbeauftragten für Somalia auch weiterhin seine Guten Dienste einzusetzen, um mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die Aussöhnung unter allen Somaliern und den Friedensprozess allgemein zu fördern;

5. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Afrikanischen Union über das Büro der Vereinten Nationen bei der Afrikanischen Union auch weiterhin technische und sachkundige Beratung für die Planung und den Einsatz der Mission zur Verfügung zu stellen, einschließlich des überarbeiteten Einsatzkonzepts für künftige Aktivitäten der Mission;

6. *ersucht* die Mission, der Übergangs-Bundesregierung auch weiterhin beim Aufbau der Somalischen Polizei und der Nationalen Sicherheitskräfte behilflich zu sein und die Integration der von anderen Mitgliedstaaten oder Organisationen innerhalb und außerhalb Somalias ausgebildeten somalischen Einheiten zu unterstützen;

7. *ersucht* den Generalsekretär, für die Mission bis zum 30. September 2011 auch weiterhin das in Resolution 1863 (2009) vom 16. Januar 2009 geforderte Paket logistischer Unterstützung für bis zu 12.000 Missionssoldaten bereitzustellen, das Ausrüstungen und Dienstleistungen, einschließlich Unterstützung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, nicht jedoch die Überweisung finanzieller Mittel beinhaltet, wie im Schreiben des Generalsekretärs vom 30. Januar 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[76] beschrieben, unter Gewährleistung der Rechenschaftspflicht und Transparenz für die aus den Mitteln der Vereinten Nationen getätigten Ausgaben entsprechend Ziffer 6 der Resolution 1910 (2010) vom 28. Januar 2010;

8. *ermutigt* die Mitgliedstaaten, die Mission und die Institutionen des somalischen Sicherheitssektors durch die Bereitstellung geeigneter und notwendiger Ausrüstung und technischer Hilfe zu unterstützen;

9. *fordert* die Mitgliedstaaten und die regionalen und internationalen Organisationen *erneut auf*, rasch und ohne Vorbehalte großzügige Beiträge zu dem Treuhandfonds der Vereinten Nationen für die Mission zu leisten oder direkte bilaterale Spenden zur Unterstützung der Mission zu leisten, und legt den Gebern nahe, eng mit den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union zusammenzuarbeiten, um die rasche Bereitstellung angemessener Mittel und Ausrüstungen zu gewährleisten, insbesondere im Hinblick auf die Bezüge der Missionssoldaten, die logistische Selbstversorgung und die Kosten für kontingenteigene Ausrüstung, insbesondere Gerät mit tödlicher Wirkung;

10. *erinnert* an seine in Resolution 1863 (2009) gegebene Absichtserklärung betreffend die Einrichtung eines Friedenssicherungseinsatzes der Vereinten Nationen, weist darauf hin, dass bei jedem Beschluss über die Entsendung eines derartigen Einsatzes unter anderem die im Bericht des Generalsekretärs vom 16. April 2009[77] genannten Bedingungen berücksichtigt würden, und ersucht den Generalsekretär, die in den Ziffern 82 bis 86 des Berichts aufgeführten Schritte zu unternehmen, sofern die in dem Bericht genannten Bedingungen gegeben sind;

11. *hebt hervor*, dass für die Gewährleistung der langfristigen Sicherheit Somalias der Aufbau wirksamer somalischer Sicherheitskräfte erforderlich ist, und fordert die Mitgliedstaaten und die regionalen und die internationalen Organisationen erneut auf, rasch großzügige Beiträge zu dem Treuhandfonds der Vereinten Nationen für die somalischen Sicherheitsinstitutionen zu leisten und im Einklang mit den Ziffern 11 *b*) und 12 der Resolution 1772 (2007) Hilfe für die somalischen Sicherheitskräfte anzubieten, namentlich durch die Bereitstellung von Ausbildung und Ausrüstung in Abstimmung mit der Mission;

[76] S/2009/60.

[77] S/2009/210.

12. *ersucht* den Generalsekretär, die Übergangs-Bundesregierung auch weiterhin beim Aufbau der Übergangs-Sicherheitsinstitutionen, namentlich der Somalischen Polizei und der Nationalen Sicherheitskräfte, sowie bei der Ausarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie zu unterstützen, die der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz der Menschenrechte Rechnung trägt und die auch Pläne zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, für Justiz- und Strafvollzugskapazitäten sowie den rechtlichen und politischen Rahmen für die Tätigkeit ihrer Sicherheitskräfte enthält, einschließlich Lenkungs-, Überprüfungs- und Aufsichtsmechanismen;

13. *bekräftigt*, dass die mit Ziffer 5 der Resolution 733 (1992) vom 23. Januar 1992 verhängten und in den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1425 (2002) vom 22. Juli 2002 weiter ausgeführten Maßnahmen nicht für Versorgungsgüter und technische Hilfe gelten, die der Übergangs-Bundesregierung nach den Ziffern 11 *b*) und 12 der Resolution 1772 (2007) für den Aufbau ihrer Institutionen des Sicherheitssektors im Einklang mit dem Friedensprozess von Dschibuti und unter Einhaltung des in Ziffer 12 der Resolution 1772 (2007) festgelegten Benachrichtigungsverfahrens zur Verfügung gestellt werden;

14. *erneuert seinen Aufruf* an alle somalischen Parteien, das Abkommen von Dschibuti zu unterstützen, und fordert die Einstellung aller Feindseligkeiten, Handlungen der bewaffneten Konfrontation und Versuche, die Übergangs-Bundesregierung zu schwächen;

15. *fordert* die sofortige Einstellung aller Gewalt- oder Missbrauchshandlungen, die unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen gegen Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, und humanitäres Personal begangen werden, und betont, dass alle Parteien und bewaffneten Gruppen in Somalia gehalten sind, ihren Verpflichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen von Feindseligkeiten nachzukommen, insbesondere durch die Vermeidung unterschiedsloser oder übermäßiger Gewaltanwendung;

16. *fordert* alle Parteien *auf*, den schweren Rechtsverletzungen gegenüber Frauen und Kindern in Somalia ein Ende zu setzen, begrüßt die Entschlossenheit der Übergangs-Bundesregierung, einen Koordinator für die Frage der Einziehung von Kindersoldaten zu ernennen, und ersucht den Generalsekretär, eine fortlaufende Überwachung und Berichterstattung über die Lage der Kinder in Somalia zu gewährleisten, mit der Übergangs-Bundesregierung weiter einen Dialog mit dem Ziel zu führen, einen termingebundenen Aktionsplan zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten auszuarbeiten, und die Kinderschutzkomponente des Politischen Büros der Vereinten Nationen für Somalia zu stärken;

17. *fordert* alle Parteien und bewaffneten Gruppen *auf*, die Sicherheit des humanitären Personals und der humanitären Hilfsgüter durch geeignete Schritte zu gewährleisten, und verlangt, dass alle Parteien den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang sicherstellen, damit hilfebedürftige Personen im ganzen Land rasch humanitäre Hilfe erhalten können;

18. *ersucht* den Generalsekretär, über seinen Sonderbeauftragten für Somalia und das Politische Büro der Vereinten Nationen für Somalia verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um alle Tätigkeiten des Systems der Vereinten Nationen in Somalia wirksam zu koordinieren und dafür einen integrierten Ansatz zu erarbeiten, Gute Dienste und politische Unterstützung für die Anstrengungen zur Herbeiführung dauerhaften Friedens und dauerhafter Stabilität in Somalia zu leisten und von der internationalen Gemeinschaft Ressourcen und Unterstützung sowohl für die kurzfristige Wiederherstellung als auch für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung Somalias zu mobilisieren und dabei die Empfehlungen in seinem Bericht vom 31. Dezember 2009[78] zu berücksichtigen;

[78] S/2009/684.

19. *begrüßt* die vom Politischen Büro der Vereinten Nationen für Somalia und anderen Stellen und Einrichtungen der Vereinten Nationen, einschließlich des Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union Mission in Somalia, ergriffenen Maßnahmen zur Verstärkung der Präsenz der Vereinten Nationen in Somalia und ermutigt zu weiteren Entsendungen von Personal der Vereinten Nationen nach Somalia, insbesondere Mogadischu, nach Maßgabe der Sicherheitsbedingungen, wie im Bericht des Generalsekretärs vom 9. September 2010[75] ausgeführt;

20. *ersucht* den Generalsekretär, ab dem 1. Januar 2011 alle vier Monate über alle Aspekte dieser Resolution Bericht zu erstatten, und bekundet seine Absicht, die Situation im Rahmen seiner in der Erklärung seines Präsidenten vom 31. Oktober 2001[79] und seinen Resolutionen 1863 (2009), 1872 (2009) vom 26. Mai 2009 und 1910 (2010) festgelegten Berichtspflichten des Generalsekretärs zu überprüfen;

21. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6461. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6467. Sitzung am 14. Januar 2011 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Somalias (Ministerpräsident) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über Somalia (S/2010/675)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Augustine P. Mahiga, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6473. Sitzung am 25. Januar 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Schreiben des Generalsekretärs vom 24. Januar 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/30)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Jack Lang, den Sonderberater des Generalsekretärs für rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Seeräuberei vor der Küste Somalias, und Herrn Stephen Mathias, den Beigeordneten Generalsekretär für Rechtsangelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6494. Sitzung am 10. März 2011 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, Äthiopiens, Dänemarks, Eritreas, Indonesiens, Italiens, Japans, Katars, Kenias, Norwegens, der Philippinen, der Republik Korea, Schwedens, Spaniens, Somalias (Ministerpräsident), Sudans, Tadschikistans, Thailands, der Türkei, Ugandas, der Ukraine, der Vereinigten Arabischen Emirate und der Vereinigten Republik Tansania gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

[79] S/PRST/2001/30.

„Die Situation in Somalia

Umfassende Strategie für die Verwirklichung von Frieden und Sicherheit in Somalia

Schreiben des Ständigen Vertreters Chinas bei den Vereinten Nationen vom 3. März 2011 an den Generalsekretär (S/2011/114)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Augustine P. Mahiga, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia und Leiter des Politischen Büros der Vereinten Nationen für Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Boubacar Diarra, den Sonderbeauftragten des Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union für Somalia, und Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[80]:

„Der Sicherheitsrat betont die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie zur Förderung der Schaffung von Frieden und Stabilität in Somalia durch Kooperationsbemühungen aller Interessenträger in den Bereichen politischer Prozess, Aufbau des Sicherheitssektors, humanitäre Hilfe, Schutz von Zivilpersonen, Menschenrechte, sozioökonomische Entwicklung, Terrorismusbekämpfung und Bekämpfung der Seeräuberei. Der Rat bekundet erneut seine tiefe Besorgnis über die anhaltende Instabilität in Somalia, die zu einer Vielzahl von Problemen wie Terrorismus, seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias sowie einer katastrophalen humanitären Lage geführt hat.

Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für das Abkommen von Dschibuti als Grundlage für die Beilegung des Konflikts in Somalia. Er fordert die Übergangs-Bundesinstitutionen nachdrücklich auf, den Aussöhnungsprozess auszuweiten und zu konsolidieren, sich verstärkt um den Abschluss der in der Übergangsperiode verbleibenden Aufgaben zu bemühen und mit Vorrang die rasche Fertigstellung der Verfassung und die Grundversorgung der Bevölkerung anzugehen und damit die Voraussetzungen für eine bessere Zukunft für die Somalier, namentlich ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die Verwirklichung ihrer Menschenrechte, zu schaffen.

Der Rat begrüßt die Arbeit, die der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Somalia, Herr Augustine P. Mahiga, leistet, um das somalische Volk dabei zu unterstützen, in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft eine Einigung über Regelungen für die Zeit nach Ende des Übergangszeitraums zu erzielen. Er fordert die Übergangs-Bundesinstitutionen mit allem Nachdruck auf, an diesem Prozess auf eine konstruktivere, offenere und transparentere Weise mitzuwirken, die einer Ausweitung des politischen Dialogs und der politischen Beteiligung gemäß dem Geist des Abkommens von Dschibuti förderlich ist. Der Rat ersucht den Generalsekretär, in seinen dem Rat vor dem Ablauf des Übergangszeitraums vorzulegenden regelmäßigen Berichten die Achtung dieser Grundsätze zu bewerten. Diese Grundsätze sind unerlässlich für die künftige Zusammenarbeit zwischen der internationalen Gemeinschaft und den Übergangs-Bundesinstitutionen. Der Rat stellt fest, dass der Übergangszeitraum im August 2011 ablaufen wird. Der Rat bedauert den Beschluss des Übergangs-Bundesparlaments, sein Mandat einseitig und ohne Durchführung der notwendigen

[80] S/PRST/2011/6.

Reformen zu verlängern, und fordert die Übergangs-Bundesinstitutionen nachdrücklich auf, weitere einseitige Maßnahmen zu unterlassen.

Der Rat bekundet seine nachdrückliche Unterstützung für die Arbeit des Sonderbeauftragten, Herrn Mahigas, begrüßt die von ihm und von den Vereinten Nationen unternommenen Anstrengungen und fordert eine verstärkte Präsenz der Vereinten Nationen in Somalia und eine erhöhte Kohärenz der dortigen Aktivitäten der Vereinten Nationen.

Der Rat erklärt, wie wichtig der Aufbau staatlicher Institutionen und die Stärkung des Aufbaus ziviler Kapazitäten in ganz Somalia sind, wozu auch gehört, die Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben, der Verhütung und Beilegung von Konflikten, der Friedenskonsolidierung und dem sozioökonomischen Wiederaufbau zu gewährleisten. Der Rat fordert die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, zu diesem Zweck zusätzliche Unterstützung für die Übergangs-Bundesregierung und die lokalen und regionalen Verwaltungsbehörden zu mobilisieren.

Der Rat bekundet seine ernsthafte Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage in Somalia und die Auswirkungen der derzeitigen Dürre, infolge deren über 2 Millionen Somalier dringend humanitäre Hilfe benötigen und die Flüchtlingsströme in die Nachbarländer erheblich zugenommen haben. Der Rat bekundet außerdem seine Besorgnis über den anhaltenden Rückgang der für Somalia bereitgestellten humanitären Mittel. Der Rat würdigt die Arbeit der humanitären Helfer und fordert alle Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, zu den laufenden und künftigen konsolidierten humanitären Appellen beizutragen.

Der Rat verurteilt es nachdrücklich, dass Al-Shabaab und andere bewaffnete Gruppen in Somalia gezielt humanitäre Helfer angreifen und die Auslieferung humanitärer Hilfe behindern, und verlangt, dass alle Parteien den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang sicherstellen, damit rasch humanitäre Hilfe ausgeliefert werden kann.

Der Rat betont, wie wichtig es ist, die somalischen Sicherheitskräfte zu stärken, wozu auch der Aufbau einer wirksamen Führung gehört. Unter Betonung der Hauptverantwortung der Somalier für die Herbeiführung von politischer Stabilität, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit fordert der Rat die Mitgliedstaaten und die regionalen und internationalen Organisationen nachdrücklich auf, rasch großzügige Beiträge zu dem Treuhandfonds der Vereinten Nationen für die somalischen Sicherheitsinstitutionen zu leisten und den somalischen Sicherheitskräften Hilfe zu gewähren.

Der Rat erkennt die Fortschritte an, die von der Mission der Afrikanischen Union in Somalia und den somalischen Nationalen Sicherheitskräften bei der Konsolidierung der Sicherheit und der Stabilität in Mogadischu erzielt worden sind. Der Rat bedauert zutiefst die bei den jüngsten Kämpfen erlittenen Verluste an Menschenleben und ist sich der beträchtlichen Opfer bewusst, die die Mission und die somalischen Nationalen Sicherheitskräfte gebracht haben. Der Rat bekundet den Regierungen Burundis und Ugandas seinen aufrichtigen Dank für ihr Engagement zugunsten der Mission und spricht ihnen sowie der Übergangs-Bundesregierung und dem somalischen Volk sein Beileid aus.

Der Rat verurteilt alle Angriffe und namentlich die Terroranschläge auf die Übergangs-Bundesregierung, die Mission der Afrikanischen Union in Somalia und die Zivilbevölkerung durch bewaffnete Oppositionsgruppen und ausländische Kämpfer, insbesondere Al-Shabaab.

Der Rat betont, wie wichtig berechenbare, zuverlässige und rechtzeitig bereitgestellte Ressourcen sind, damit die Mission der Afrikanischen Union in Somalia ihr Mandat besser erfüllen kann. Der Rat fordert die internationale Gemeinschaft auf, dringend und ohne Vorbehalte Beiträge zu dem Treuhandfonds der Vereinten Natio-

nen für die Mission oder direkt zur Unterstützung der Mission zu leisten. Er nimmt Kenntnis von den Somalia betreffenden Empfehlungen des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 15. Oktober 2010[74] und unterstreicht seine Absicht, die Situation weiter zu verfolgen. Er ermutigt dazu, die vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 1964 (2010) genehmigte Entsendung von 4.000 zusätzlichen Missionssoldaten möglichst rasch und vollständig durchzuführen.

Der Sicherheitsrat betont, dass alle Parteien und bewaffneten Gruppen in Somalia gehalten sind, ihren Verpflichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen von Feindseligkeiten nachzukommen, insbesondere durch die Vermeidung unterschiedsloser oder übermäßiger Gewaltanwendung. Der Rat bekundet seine tiefe Besorgnis über die von den Konfliktparteien begangenen anhaltenden Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder in Somalia und fordert nachdrücklich die sofortige Umsetzung aller Schlussfolgerungen seiner Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte in Somalia.

Der Rat ist nach wie vor ernsthaft besorgt über die von der Seeräuberei und den bewaffneten Raubüberfällen vor der Küste Somalias ausgehende Bedrohung, insbesondere über den Umstand, dass die von der Seeräuberei ausgehende Bedrohung inzwischen bis zum westlichen Indischen Ozean reicht, dass die Seeräuber ihre Kapazitäten ausgebaut haben und dass sie zunehmend Gewalt einsetzen. Der Rat verurteilt diese Gewalt, namentlich Geiselnahmen, Morde und andere Gewalthandlungen an Personen, mit größtem Nachdruck. Der Rat ist sich dessen bewusst, dass die anhaltende Instabilität in Somalia zu dem Problem der Seeräuberei und der bewaffneten Raubüberfälle beiträgt, und betont, dass umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Seeräuberei und der ihr zugrundeliegenden Ursachen ergriffen werden müssen.

Der Rat fordert alle Mitgliedstaaten, insbesondere die Staaten in der Region, auf, jede Handlung zu unterlassen, die gegen die Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea verstößt, und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um diejenigen, die gegen die Embargos verstoßen, zur Rechenschaft zu ziehen, und erklärt, wie wichtig es ist, die Überwachung der Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea durch die beständige, von Wachsamkeit geprägte Untersuchung von Verstößen zu verstärken, eingedenk dessen, dass die strikte Durchsetzung der Waffenembargos die Sicherheitslage in der Region insgesamt verbessern wird.

Der Rat begrüßt die Bemühungen der Afrikanischen Union, der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung und anderer Regionalorganisationen zur Förderung des Friedens und der Stabilität in Somalia und bekundet der Mission der Afrikanischen Union in Somalia und den Ländern, die Truppen und Polizei für sie stellen, insbesondere Burundi und Uganda, erneut seine volle Unterstützung."

Auf seiner 6496. Sitzung am 17. März 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Somalia" teilzunehmen.

Resolution 1972 (2011) vom 17. März 2011

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung aller seiner früheren Resolutionen und der Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Somalia, insbesondere der Resolution 733 (1992) vom 23. Januar 1992, mit der ein Embargo für alle Lieferungen von Waffen und militärischem Gerät nach Somalia (im Folgenden als „Waffenembargo gegen Somalia" bezeichnet) verhängt und in späteren einschlägigen Resolutionen weiter ausgeführt und geändert wurde, sowie der Resolutionen 1844 (2008) vom 20. November 2008 und 1916 (2010) vom 19. März 2010,

in Bekräftigung seiner Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias,

unter Verurteilung der Ströme von Waffen, Munition und damit zusammenhängender finanzieller und technischer Hilfe nach und durch Somalia, die gegen das Waffenembargo gegen Somalia verstoßen und eine ernsthafte Gefährdung des Friedens und der Stabilität in Somalia darstellen,

erneut darauf bestehend, dass alle Staaten, insbesondere die Staaten der Region, jede Handlung unterlassen, die gegen das Waffenembargo gegen Somalia verstößt, und alle erforderlichen Schritte unternehmen, um diejenigen, die gegen das Embargo verstoßen, zur Rechenschaft zu ziehen,

mit der Aufforderung an alle Staaten, die in Resolution 1844 (2008) verhängten gezielten Maßnahmen wirksam durchzuführen,

unterstreichend, wie wichtig die Wahrung der Grundsätze der Neutralität, der Unparteilichkeit, der Menschlichkeit und der Unabhängigkeit bei der Gewährung humanitärer Hilfe ist,

in Anbetracht der vom Sicherheitsrat durchgeführten Überprüfungen der Wirkungen der in Ziffer 5 der Resolution 1916 (2010) genannten Maßnahmen und Kenntnis nehmend von den am 12. Juli[81] und 23. November 2010[82] und am 11. März 2011[83] übermittelten Berichten des Residierenden und Humanitären Koordinators der Vereinten Nationen für Somalia,

feststellend, dass die Situation in Somalia nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *betont*, dass alle Staaten verpflichtet sind, den mit Resolution 733 (1992) verhängten und in späteren einschlägigen Resolutionen weiter ausgeführten und geänderten Maßnahmen sowie den mit Resolution 1844 (2008) verhängten Maßnahmen uneingeschränkt Folge zu leisten;

2. *bekräftigt*, dass alle Parteien verpflichtet sind, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts in Somalia zu fördern und zu gewährleisten;

3. *unterstreicht* die Wichtigkeit humanitärer Hilfseinsätze, verurteilt jede Politisierung humanitärer Hilfe oder ihren Missbrauch oder ihre Unterschlagung und fordert die Mitgliedstaaten und die Vereinten Nationen auf, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um diese Praktiken in Somalia einzuschränken;

4. *beschließt*, dass die den Mitgliedstaaten in Ziffer 3 der Resolution 1844 (2008) auferlegten Verpflichtungen für einen Zeitraum von sechzehn Monaten ab dem Datum dieser Resolution und unbeschadet der anderenorts durchgeführten humanitären Hilfsprogramme keine Anwendung auf die Zahlung von Geldern, andere finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen finden, die erforderlich sind, um die rasche Bereitstellung dringend benötigter humanitärer Hilfe in Somalia durch die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen oder -programme, humanitäre Hilfe leistende humanitäre Organisationen mit Beobachterstatus in der Generalversammlung oder ihre Durchführungspartner zu gewährleisten;

[81] Siehe S/2010/372.

[82] Siehe S/2010/580.

[83] Siehe S/2011/125.

5. *ersucht* den Nothilfekoordinator, dem Sicherheitsrat zum 15. November 2011 und erneut zum 15. Juli 2012 über die Durchführung der Ziffern 3 und 4 und über alle Hindernisse für die Bereitstellung humanitärer Hilfe in Somalia Bericht zu erstatten, und ersucht die zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen und die humanitäre Hilfe leistenden humanitären Organisationen mit Beobachterstatus bei der Generalversammlung, dem Residierenden und Humanitären Koordinator der Vereinten Nationen für Somalia bei der Ausarbeitung dieser Berichte behilflich zu sein, indem sie sachdienliche Informationen zu den Ziffern 3 und 4 vorlegen;

6. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6496. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6512. Sitzung am 11. April 2011 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Dänemarks, Italiens, Somalias, Spaniens und der Ukraine, gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Somalia“ teilzunehmen.

Resolution 1976 (2011)
vom 11. April 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen betreffend die Situation in Somalia, insbesondere die Resolutionen 1918 (2010) vom 27. April 2010 und 1950 (2010) vom 23. November 2010,

nach wie vor ernsthaft besorgt über die wachsende Bedrohung, die die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See gegen Schiffe für die Situation in Somalia und die anderen Staaten in der Region sowie für die internationale Schifffahrt, die Sicherheit der der gewerblichen Seeschifffahrt dienenden Schifffahrtswege und die Sicherheit von Seeleuten und anderen Personen darstellen, sowie ernsthaft besorgt darüber, dass Seeräuber und an bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias beteiligte Personen in erhöhtem Maß Gewalt anwenden,

unter nachdrücklicher Verurteilung der zunehmenden Praxis von Geiselnahmen durch die vor der Küste Somalias operierenden Seeräuber, mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die unmenschlichen Bedingungen, denen Geiseln in Gefangenschaft ausgesetzt sind, in Anbetracht der nachteiligen Auswirkungen auf ihre Familien die sofortige Freilassung aller Geiseln fordernd und feststellend, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in der Frage der Geiselnahme ist,

nachdrücklich darauf hinweisend, wie wichtig es ist, eine umfassende Lösung für das Problem der Seeräuberei und der bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias zu finden,

unter Betonung der Notwendigkeit, das Potenzial Somalias für nachhaltiges Wirtschaftswachstum als Mittel zur Bekämpfung der Ursachen, die der Seeräuberei zugrunde liegen, einschließlich der Armut, zu fördern und so zu einer dauerhaften Beseitigung der Seeräuberei und der bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias und der damit verbundenen illegalen Tätigkeiten beizutragen,

in Bekräftigung seiner Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias, einschließlich der Rechte Somalias in Bezug auf die natürlichen Ressourcen vor seiner Küste, namentlich die Fischereiressourcen, im Einklang mit dem Völkerrecht, daran erinnernd, wie wichtig es ist, im Einklang mit dem Völkerrecht die illegale Fischerei und das illegale Einbringen, namentlich

toxischer Stoffe, zu verhüten, und unter Betonung der Notwendigkeit, Vorwürfe der illegalen Fischerei und des illegalen Einbringens zu untersuchen,

gleichzeitig *besorgt* darüber, dass Seeräuber versucht haben, Vorwürfe der illegalen Fischerei und des illegalen Einbringens toxischer Abfälle in somalischen Gewässern zu benutzen, um ihre kriminellen Tätigkeiten zu rechtfertigen,

bekräftigend, dass das Völkerrecht, wie im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982[66], insbesondere seinen Artikeln 100, 101 und 105, niedergelegt, den rechtlichen Rahmen für die Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See sowie für sonstige Meerestätigkeiten vorgibt,

sowie bekräftigend, dass die Bestimmungen dieser Resolution ausschließlich auf die Situation in Somalia Anwendung finden und die Rechte, Pflichten oder Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten nach dem Völkerrecht unberührt lassen,

mit der erneuten Aufforderung an die Staaten und Regionalorganisationen, die über die entsprechenden Kapazitäten verfügen, sich am Kampf gegen die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias zu beteiligen, insbesondere indem sie im Einklang mit Resolution 1950 (2010) und dem anwendbaren Völkerrecht, namentlich den Menschenrechtsnormen, Marinefahrzeuge, Waffen und Militärluftfahrzeuge einsetzen sowie Boote, Schiffe, Waffen und ähnliches Gerät, die bei der Begehung seeräuberischer Handlungen und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verwendet werden oder für deren Verwendung es einen hinreichend begründeten Verdacht gibt, beschlagnahmen und beseitigen,

unterstreichend, wie wichtig eine Verstärkung der laufenden Arbeit zur Bewältigung der Probleme ist, die sich dadurch ergeben, dass die Justizsysteme Somalias und der anderen Staaten in der Region nur begrenzt zu einer wirksamen Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber in der Lage sind,

mit Anerkennung Kenntnis nehmend von der Hilfe, die die Vereinten Nationen, namentlich ihr Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, und andere internationale Organisationen und Geber in Abstimmung mit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias derzeit gewähren, um die Justiz- und Strafvollzugssysteme in Somalia, Kenia, den Seychellen und anderen Staaten in der Region besser in die Lage zu versetzen, mutmaßliche Seeräuber strafrechtlich zu verfolgen und verurteilte Seeräuber im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen in Haft zu nehmen,

in Würdigung derjenigen Staaten, die ihr innerstaatliches Recht geändert haben, um Seeräuberei unter Strafe zu stellen und es leichter zu machen, mutmaßliche Seeräuber vor ihren nationalen Gerichten anzuklagen, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, namentlich den Menschenrechtsnormen, und betonend, dass die Staaten diesbezüglich weitere Anstrengungen unternehmen müssen,

gleichzeitig *besorgt feststellend*, dass das innerstaatliche Recht einer Reihe von Staaten weder die Seeräuberei unter Strafe stellt noch Verfahrensbestimmungen für eine wirksame Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber enthält,

ferner mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass eine große Zahl der Seeräuberei verdächtigter Personen freigelassen werden müssen, ohne vor Gericht gestellt zu werden, erneut erklärend, dass die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Bekämpfung der Seeräuberei unterlaufen werden, wenn die für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verantwortlichen Personen nicht strafrechtlich verfolgt werden, und entschlossen, Bedingungen zu schaffen, die gewährleisten, dass Seeräuber zur Rechenschaft gezogen werden,

in der Erkenntnis, dass dringend weitere entschiedene Schritte unternommen werden müssen, um den Anstrengungen zur Bekämpfung der Seeräuberei mehr Stoßkraft zu verleihen,

mit dem Ausdruck seines Dankes für die Arbeit, die der Sonderberater des Generalsekretärs für rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Seeräuberei vor der Küste Somalias, Herr Jack Lang, geleistet hat, um neue Lösungen für ein wirksameres Vorgehen gegen die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias, namentlich durch die wirksamere Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber und die Inhaftnahme verurteilter Seeräuber, zu erkunden, und mit Dank Kenntnis nehmend von den Schlussfolgerungen und Vorschlägen in dem Bericht des Sonderberaters an den Sicherheitsrat[84],

feststellend, dass die Vorfälle von Seeräuberei und die bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias die Situation in Somalia verschärfen, die nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

1. *begrüßt* den Bericht des Sonderberaters des Generalsekretärs für rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Seeräuberei vor der Küste Somalias[84];

2. *ist sich dessen bewusst*, dass die anhaltende Instabilität in Somalia eine der Ursachen ist, die dem Problem der Seeräuberei zugrunde liegen, und zu dem Problem der Seeräuberei und der bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias beiträgt, und betont, dass die internationale Gemeinschaft umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Seeräuberei und der ihr zugrundeliegenden Ursachen ergreifen muss;

3. *fordert* die Staaten *auf*, in der Frage der Geiselnahme nach Bedarf zusammenzuarbeiten;

4. *ersucht* die Staaten, das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechungsbekämpfung, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Politische Büro der Vereinten Nationen für Somalia und die Regionalorganisationen, der Übergangs-Bundesregierung und den Behörden der Regionen in Somalia dabei behilflich zu sein, in gesetzlosen Gebieten, in denen vom Land ausgehende Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Seeräuberei stattfinden, ein System der Regierungsführung, der Rechtsstaatlichkeit und der polizeilichen Kontrolle zu schaffen, und ersucht außerdem die Übergangs-Bundesregierung und die Behörden der Regionen in Somalia, ihre eigenen diesbezüglichen Anstrengungen zu verstärken;

5. *ersucht* die Staaten und die Regionalorganisationen, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Somalia zu unterstützen und so zu einer dauerhaften Beseitigung der Seeräuberei und der bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias sowie der sonstigen damit verbundenen illegalen Tätigkeiten beizutragen, insbesondere in den Schwerpunktbereichen, die von der vom 21. bis 23. Mai 2010 abgehaltenen Konferenz von Istanbul über Seeräuberei in Somalia empfohlen wurden[85];

6. *bittet* die Staaten und die Regionalorganisationen, ihre Unterstützung und Hilfe für die Bemühungen Somalias um die Entwicklung der nationalen Fischerei und von Hafenaktivitäten gemäß dem Regionalen Aktionsplan für Gefahrenabwehr in der Schifffahrt im östlichen und südlichen Afrika und im Indischen Ozean fortzusetzen, und betont in dieser Hinsicht, wie wichtig eine möglichst rasche Abgrenzung der Meeresräume Somalias im Einklang mit dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen[66] ist;

[84] S/2011/30, Anlage.

[85] Siehe S/2010/272, Anlage.

7. *verweist* auf die Absätze sechs und sieben der Präambel dieser Resolution und auf Ziffer 2 der Resolution 1950 (2010) und ersucht den Generalsekretär, innerhalb von sechs Monaten über den Schutz der natürlichen Ressourcen und der Gewässer Somalias und über Vorwürfe der illegalen Fischerei und des illegalen Einbringens, namentlich toxischer Stoffe, vor der Küste Somalias Bericht zu erstatten und dabei die Untersuchungen zu berücksichtigen, die das Umweltprogramm der Vereinten Nationen und andere zuständige Stellen und Organisationen zu dieser Angelegenheit bereits durchgeführt haben, und bekundet seine Bereitschaft, die Angelegenheit weiter zu verfolgen;

8. *fordert* die Staaten *nachdrücklich auf*, einzeln oder im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen die Untersuchung von Vorwürfen der illegalen Fischerei und des illegalen Einbringens, namentlich toxischer Stoffe, wohlwollend zu prüfen, mit dem Ziel, diese Straftaten zu verfolgen, wenn sie von ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Personen begangen wurden;

9. *fordert* die Staaten und Regionalorganisationen, die mit der Übergangs-Bundesregierung bei der Bekämpfung der Seeräuberei vor der Küste Somalias zusammenarbeiten, *auf*, ihre Koordinierung weiter zu verstärken, um wirksam von seeräuberischen Angriffen abzuschrecken, sie zu verhüten und auf sie zu reagieren, namentlich über die Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias;

10. *legt* den Staaten und Regionalorganisationen, die mit der Übergangs-Bundesregierung zusammenarbeiten, *nahe*, Somalia bei der Stärkung seiner Kapazitäten auf dem Gebiet der Küstenwache behilflich zu sein, insbesondere indem sie die Entwicklung einer Küstenüberwachung vom Land aus unterstützen und gegebenenfalls ihre diesbezügliche Zusammenarbeit mit den Behörden der Regionen Somalias verstärken, nachdem alle erforderlichen Genehmigungen seitens des Ausschusses des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 751 (1992) und 1907 (2009) vorliegen;

11. *fordert* die Staaten, die Regionalorganisationen, die Vereinten Nationen, die Internationale Seeschifffahrts-Organisation und andere geeignete Partner *auf*, für die Umsetzung des Verhaltenskodexes von Dschibuti betreffend die Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf Schiffe im westlichen Indischen Ozean und im Golf von Aden (Verhaltenskodex von Dschibuti)[71], des Regionalen Aktionsplans für Gefahrenabwehr in der Schifffahrt im östlichen und südlichen Afrika und im Indischen Ozean, auf den sich die Minister am 7. Oktober 2010 in Mauritius einigten, und des Berichts der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias über die Ermittlung des regionalen Bedarfs jede erforderliche technische und finanzielle Unterstützung zu gewähren, in Anerkennung des von den Ländern der Region in diesen Dokumenten zum Ausdruck gebrachten politischen Willens, die Seeräuberei mit allen erdenklichen Mitteln, einschließlich der Strafverfolgung und des Freiheitsentzugs, zu bekämpfen;

12. *würdigt* die Anstrengungen, die die Schifffahrtsbranche in Zusammenarbeit mit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias und mit der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation bei der Erarbeitung und Verbreitung der aktualisierten Fassung der Besten Managementpraktiken zur Abschreckung der Seeräuberei vor der Küste Somalias und im Gebiet des Arabischen Meeres[86] unternommen hat, und betont, wie entscheidend wichtig die Anwendung der darin empfohlenen besten Praktiken für die Schifffahrtsbranche ist;

13. *fordert* alle Staaten, namentlich die Staaten in der Region, *nachdrücklich auf*, Seeräuberei nach ihrem innerstaatlichen Recht unter Strafe zu stellen, betonend, wie wichtig es ist, die Aufstachelung zu seeräuberischen Handlungen, ihre Erleichterung sowie die Verabredung und Versuche zur Begehung solcher Handlungen unter Strafe zu stellen;

[86] International Maritime Organization, Dokument MSC.1/Circ.1337, Anlage 2.

14. *ist sich dessen bewusst*, dass Seeräuberei ein Verbrechen ist, das der universellen Gerichtsbarkeit unterliegt, und fordert in dieser Hinsicht die Staaten erneut auf, die Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber, die vor der Küste Somalias aufgegriffen werden, und die Inhaftnahme verurteilter Seeräuber im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen wohlwollend zu prüfen;

15. *unterstreicht* die Notwendigkeit, gegen diejenigen, die unerlaubt seeräuberische Angriffe vor der Küste Somalias finanzieren, planen, organisieren oder widerrechtlich davon profitieren, zu ermitteln und sie strafrechtlich zu verfolgen, in Anbetracht dessen, dass Personen und Einrichtungen, die zu einer seeräuberischen Handlung aufstacheln oder diese vorsätzlich erleichtern, selbst Seeräuberei im Sinne des Völkerrechts betreiben, und bekundet seine Absicht, die Möglichkeit der Anwendung zielgerichteter Sanktionen gegen diese Personen und Einrichtungen weiterhin zu verfolgen, wenn sie die in Ziffer 8 der Resolution 1844 (2008) vom 20. November 2008 festgelegten Kriterien für die Aufnahme in die Liste erfüllen;

16. *bittet* die Staaten, einzeln oder in Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen, dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL) ihre innerstaatlichen Rechtsrahmen für die Festnahme mutmaßlicher Seeräuber auf See zu prüfen, um sicherzustellen, dass ihre Rechtsvorschriften angemessene, mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen vereinbare Verfahren vorsehen, und bittet die Staaten außerdem, die für die Sicherung von Beweismitteln geltenden innerstaatlichen Verfahren zu prüfen, die in Strafverfahren angewendet werden können, um die Zulässigkeit dieser Beweismittel zu gewährleisten, und fordert die Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias auf, zu dieser Arbeit beizutragen;

17. *bittet* die Staaten und die Regionalorganisationen, einzeln oder in Zusammenarbeit unter anderem mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und der INTERPOL Somalia und den anderen Staaten der Region bei der Stärkung ihrer Kapazitäten zur Bekämpfung der Seeräuberei, einschließlich der Umsetzung von Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche, bei der Einsetzung von Stellen für Finanzermittlungen und bei der Stärkung der forensischen Kapazitäten behilflich zu sein, damit sie gegen die an der Seeräuberei beteiligten internationalen kriminellen Netzwerke vorgehen können, und unterstreicht in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die Ermittlungen gegen diejenigen, die unerlaubt seeräuberische Angriffe vor der Küste Somalias finanzieren, planen, organisieren oder widerrechtlich davon profitieren, und ihre strafrechtliche Verfolgung zu unterstützen;

18. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, die Sammlung und Sicherung von Beweismitteln für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias und ihre Weiterleitung an die zuständigen Behörden weiter zu verbessern, und begrüßt die weitere Arbeit, die die Internationalen Seeschifffahrts-Organisation, die INTERPOL und Branchengruppen leisten, um dabei behilflich zu sein, Seeleuten Leitlinien für die Tatortsicherung nach seeräuberischen Handlungen an die Hand zu geben, in Anbetracht dessen, wie wichtig es für die erfolgreiche Strafverfolgung seeräuberischer Handlungen ist, dass es Seeleuten ermöglicht wird, in Strafverfahren auszusagen;

19. *fordert* die Staaten und die internationalen Organisationen *nachdrücklich auf*, Beweismittel und Informationen für die Zwecke der Bekämpfung der Seeräuberei auszutauschen, mit dem Ziel, die wirksame Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber und die Inhaftnahme verurteilter Seeräuber zu gewährleisten;

20. *ersucht* die Staaten, das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und die Regionalorganisationen, im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen Maßnahmen zur Erleichterung der Überstellung mutmaßlicher Seeräuber zur Durchführung von Gerichtsverfahren und verurteilter Seeräuber zur Verbüßung ihrer Freiheitsstrafen zu prüfen, namentlich im Rahmen entsprechender

Überstellungsabkommen oder -vereinbarungen, und würdigt die Anstrengungen, die die Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias in dieser Hinsicht bislang unternommen hat;

21. *begrüßt*, dass die nationalen und regionalen Verwaltungsbehörden Somalias bereit sind, miteinander und mit den Staaten, die mutmaßliche Seeräuber strafrechtlich verfolgt haben, zusammenzuarbeiten, damit verurteilte Seeräuber im Rahmen geeigneter Abkommen über die Überstellung von Gefangenen, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, nach Somalia repatriiert werden können, würdigt in dieser Hinsicht die Gespräche zwischen der Regierung der Seychellen und den nationalen und regionalen Verwaltungsbehörden Somalias, die zu einer grundsätzlichen Einigung über einen rechtlichen Rahmen für die Überstellung verurteilter Seeräuber nach Somalia im Anschluss an ihre strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung in den Seychellen geführt haben, und ermutigt die Staaten, ihre diesbezüglichen Anstrengungen fortzusetzen;

22. *fordert* die Staaten, das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung auf der Grundlage der Unterstützung durch die Geber sowie die Regionalorganisationen *nachdrücklich auf*, die internationale Hilfe zum Ausbau der Strafvollzugskapazitäten in Somalia, namentlich durch den baldigen Bau zusätzlicher Vollzugsanstalten in Puntland und Somaliland, zu konsolidieren, und ersucht das Büro, auch weiterhin Ausbildung für das Strafvollzugspersonal im Einklang mit den einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen bereitzustellen und die Einhaltung dieser Normen weiter zu überwachen;

23. *ersucht* die Übergangs-Bundesregierung, mit Unterstützung durch das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung einen vollständigen Katalog von Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Seeräuberei zu erarbeiten und zu verabschieden, und begrüßt in dieser Hinsicht die positiven Schritte, die in Puntland unternommen wurden, und die Fortschritte, die in Somaliland erzielt werden;

24. *unterstreicht* die Notwendigkeit, die wirksame Koordinierung der Anstrengungen zur Bekämpfung der Seeräuberei zu gewährleisten, und ersucht in dieser Hinsicht den Generalsekretär, das Politische Büro der Vereinten Nationen für Somalia als Koordinierungsstelle der Vereinten Nationen für die Bekämpfung der Seeräuberei, einschließlich des Kampala-Prozesses, zu stärken;

25. *unterstützt* die laufenden Anstrengungen der Staaten der Region beim Aufbau von Gerichten oder Kammern, die für Seeräuberei zuständig sind, in der Region, begrüßt, dass Staaten und internationale Organisationen diese Anstrengungen in Absprache mit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias unterstützen, und ersucht den Generalsekretär, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Staaten und den internationalen Organisationen bei diesen Tätigkeiten behilflich zu sein;

26. *beschließt*, die Schaffung spezialisierter somalischer Gerichte für Verfahren gegen mutmaßliche Seeräuber in Somalia wie auch in der Region, einschließlich eines auf Seeräuberei spezialisierten extraterritorialen somalischen Gerichts, entsprechend den Empfehlungen in dem Bericht des Sonderberaters des Generalsekretärs für rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Seeräuberei vor der Küste Somalias und im Einklang mit den anwendbaren Menschenrechtsnormen, dringend zu prüfen, ersucht den Generalsekretär, innerhalb von zwei Monaten über die Modalitäten dieser Strafverfolgungsmechanismen Bericht zu erstatten, insbesondere auch über die Beteiligung internationalen Personals und über sonstige internationale Unterstützung und Hilfe, und dabei die Arbeit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias zu berücksichtigen und in Abstimmung mit den betroffenen Staaten der Region vorzugehen, und bekundet seine Absicht, in dieser Angelegenheit weitere Beschlüsse zu fassen;

27. *fordert* die von der Seeräuberei betroffenen staatlichen wie auch nichtstaatlichen Akteure, insbesondere die internationalen Schifffahrtsbetreibenden, *nachdrücklich auf*, die

genannten justiz- und strafvollzugsbezogenen Projekte über den Treuhandfonds zur Unterstützung der Initiativen der Staaten gegen die Seeräuberei vor der Küste Somalias zu unterstützen;

28. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6512. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6532. Sitzung am 11. Mai 2011 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Äthiopiens und Somalias (Ministerpräsident) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über Somalia (S/2011/277)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Augustine P. Mahiga, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia und Leiter des Politischen Büros der Vereinten Nationen für Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[87]:

„Der Sicherheitsrat bekundet erneut seine tiefe Besorgnis über die anhaltende Instabilität in Somalia, die zu einer Vielzahl von Problemen wie Terrorismus, seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias, Geiselnahmen sowie einer katastrophalen humanitären Lage geführt hat, und bekräftigt die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie zur Förderung der Schaffung von Frieden und Stabilität in Somalia durch Kooperationsbemühungen aller Interessenträger.

Der Rat bekräftigt seine Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias. Er bekräftigt seine Unterstützung für das Abkommen und den Friedensprozess von Dschibuti als Grundlage für die Beilegung des Konflikts in Somalia. Er erklärt erneut, wie wichtig das politische Aufeinanderzugehen und die Aussöhnung in Somalia sind, und betont, wie wichtig auf breiter Grundlage beruhende repräsentative Institutionen sind, die aus einem letztlich alle Seiten einschließenden politischen Prozess hervorgehen.

Der Rat bekundet seine Unterstützung für die Arbeit, die der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Somalia, Herr Augustine P. Mahiga, die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union zur Förderung des Friedens und der Aussöhnung in Somalia leisten.

Der Rat stellt fest, dass der Übergangszeitraum im August 2011 ablaufen wird. Er würdigt den Sonderbeauftragten für seine Arbeit zur Erleichterung des Konsultationsprozesses, den die Somalier untereinander führen, um in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft und im Rahmen des Abkommens von Dschibuti eine Einigung über Regelungen für die Zeit nach Ende des Übergangszeitraums zu erzielen. In dieser Hinsicht begrüßt er das am 12. und 13. April 2011 in Nairobi abgehaltene Konsultativtreffen auf hoher Ebene. Der Rat begrüßt es, dass ein breites Spektrum somalischer Interessenträger und Partner daran teilgenommen hat. Er bedauert zutiefst, dass die Übergangs-Bundesregierung nicht an diesem Konsultativtreffen teil-

[87] S/PRST/2011/10.

genommen hat, und fordert sie nachdrücklich auf, sich uneingeschränkt, konstruktiv und ohne weitere Verzögerung an dem von dem Sonderbeauftragten moderierten Konsultationsprozess zu beteiligen und seine Bemühungen, den Friedensprozess voranzubringen, zu unterstützen.

Der Rat begrüßt die bevorstehende Abhaltung eines Konsultativtreffens in Mogadischu zur Weiterführung der auf dem Konsultativtreffen auf hoher Ebene in Nairobi in Gang gesetzten Debatte. Der Rat fordert alle somalischen Interessenträger nachdrücklich auf, an diesem Treffen teilzunehmen und dazu beizutragen, dass die Regelungen für die Beendigung der Übergangszeit im August 2011 abschließend festgelegt werden. Er fordert die internationale Gemeinschaft, die Vereinten Nationen und die internationalen Organisationen auf, dieses Treffen uneingeschränkt zu unterstützen.

Der Rat erklärt erneut, dass die Verantwortung für die Herbeiführung von Frieden, Sicherheit und Aussöhnung in Somalia in erster Linie bei den Somaliern liegt. Er bedauert die von den Übergangs-Bundesinstitutionen gefassten Beschlüsse zur einseitigen Verlängerung ihrer Mandate und fordert sie nachdrücklich auf, weitere einseitige Maßnahmen zu unterlassen. Der Rat fordert die Übergangs-Bundesinstitutionen nachdrücklich auf, sich auf die Durchführung von Reformen zu konzentrieren, um ihre Legitimität, Repräsentativität und Glaubwürdigkeit zu stärken, und so bald wie möglich zu einer Einigung über die Abhaltung von Wahlen für das Amt des Präsidenten und das des Parlamentspräsidenten zu gelangen, ohne die es keine Mandatsverlängerung geben kann.

Der Rat bekundet seine Besorgnis über die Zwietracht zwischen den Übergangs-Bundesinstitutionen und ihre Auswirkungen auf den politischen Prozess und die Sicherheitslage. Er fordert die Übergangs-Bundesinstitutionen auf, Kohäsion und Einheit sicherzustellen und sich auf den Abschluss der in dem Abkommen von Dschibuti und der Übergangs-Bundescharta vorgesehenen Aufgaben für die Übergangsperiode zu konzentrieren. Er betont die Wichtigkeit der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Führung durch den Präsidenten und den Parlamentspräsidenten.

Der Rat stellt mit Besorgnis fest, dass zahlreiche Kernaufgaben der Übergangsperiode noch immer unerledigt sind, und fordert die Übergangs-Bundesinstitutionen nachdrücklich auf, im Hinblick auf den Abschluss dieser Aufgaben vor dem Ende der Übergangszeit konkrete Ergebnisse zu erzielen und dabei den Vorrang auf Fortschritte bei der Aussöhnung, der Ausarbeitung der Verfassung und der Grundversorgung zu legen. Er bekundet seine Absicht, die Situation weiter zu verfolgen, und stellt fest, dass seine künftige Unterstützung für die Übergangs-Bundesinstitutionen von der Erbringung konkreter Ergebnisse abhängen wird.

Der Rat würdigt die Mission der Afrikanischen Union in Somalia und die somalischen Sicherheitskräfte nachdrücklich für die von ihnen erzielten Fortschritte bei der Festigung der Sicherheit und der Stabilität in Mogadischu und anerkennt die erheblichen Opfer, die diese Kräfte erbracht haben. Er fordert die Übergangs-Bundesregierung auf, diese taktischen Fortschritte zu nutzen, indem sie bei der Erleichterung der Grundversorgung, bei der Integration der militärischen Ziele in eine klare politische Strategie im Einklang mit dem Abkommen von Dschibuti und bei der Erfüllung aller anderen in Ziffer 3 der Resolution 1964 (2010) genannten Kriterien erkennbare Fortschritte erzielt. Er fordert eine verstärkte Präsenz der Vereinten Nationen in Mogadischu und anderen Teilen Somalias und fordert die Vereinten Nationen auf, auf koordinierte Weise vorzugehen.

Der Rat bekundet erneut seine nachdrückliche Unterstützung für die Mission der Afrikanischen Union in Somalia und dankt den Regierungen Burundis und Ugandas weiterhin für die Bereitstellung von Truppen. Er betont, wie wichtig berechenbare, zuverlässige und rechtzeitig bereitgestellte Ressourcen sind, damit die Mission ihr

Mandat besser erfüllen kann. Der Rat fordert die internationale Gemeinschaft auf, dringend und ohne Vorbehalte Beiträge für die Mission zu leisten. Er nimmt Kenntnis von den Somalia betreffenden Empfehlungen des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 15. Oktober 2010[74] und unterstreicht seine Absicht, die Situation weiter zu verfolgen.

Der Sicherheitsrat fordert alle Staaten, insbesondere diejenigen in der Region, auf, die Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea uneingeschränkt einzuhalten. Der Rat verurteilt die Angriffe und namentlich die Terroranschläge auf die Übergangs-Bundesregierung, die Mission der Afrikanischen Union in Somalia und die Zivilbevölkerung durch bewaffnete Oppositionsgruppen und ausländische Kämpfer, insbesondere Al-Shabaab. Er fordert alle Oppositionsgruppen auf, ihre Waffen niederzulegen und sich dem Friedensprozess anzuschließen."

Auf seiner 6560. Sitzung am 21. Juni 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Somalias einzuladen, gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über die Modalitäten für die Schaffung spezialisierter somalischer Gerichte für Verfahren gegen mutmaßliche Seeräuber (S/2011/360)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Patricia O'Brien, die Untergeneralsekretärin für Rechtsangelegenheiten und Rechtsberaterin der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6564. Sitzung am 24. Juni 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Somalia".

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[88]:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias. Er bekräftigt seine Unterstützung für das Abkommen und den Friedensprozess von Dschibuti als Grundlage für die Beilegung des Konflikts in Somalia. Er verweist außerdem erneut auf die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie zur Förderung der Schaffung von Frieden und Stabilität in Somalia durch Kooperationsbemühungen aller Interessenträger.

Der Rat begrüßt die Unterzeichnung des Abkommens von Kampala am 9. Juni 2011 und lobt Präsident Museveni und den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia, Herrn Augustine P. Mahiga, für das Führungsgeschick, das sie bei der Erleichterung dieser Einigung bewiesen haben.

Der Rat fordert die Unterzeichner des Abkommens von Kampala auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Er nimmt Kenntnis von der Ernennung des neuen Ministerpräsidenten der Übergangs-Bundesregierung und sieht der raschen Ernennung eines neuen Kabinetts erwartungsvoll entgegen. Er fordert die Unterzeichner auf, Kohäsion, Einheit und die Ausrichtung auf den Abschluss der in dem Abkommen von Dschibuti und der Übergangs-Bundescharta vorgesehenen Aufgaben für die Übergangsperiode sicherzustellen. Er fordert die Übergangs-Bundesinstitutionen auf, im Rahmen eines letztlich alle Seiten einschließenden politischen Prozesses und unter

[88] S/PRST/2011/13.

Berücksichtigung der Notwendigkeit, die Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben sicherzustellen, auf breiter Grundlage beruhende, repräsentative Institutionen aufzubauen.

In dieser Hinsicht und unter Hinweis auf die Treffen des Rates mit somalischen Parteien am 25. Mai 2011 in Nairobi fordert der Rat die Übergangs-Bundesinstitutionen auf, umfassende Konsultationen mit anderen somalischen Gruppen, einschließlich der lokalen und regionalen Verwaltungsbehörden, zu führen und eng mit den Ländern der Region, den Regionalorganisationen und der gesamten internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Er begrüßt das bevorstehende Konsultativtreffen unter Beteiligung der Übergangs-Bundesinstitutionen und aller somalischen Interessenträger, auf dem ein von den Übergangs-Bundesinstitutionen umzusetzender Fahrplan mit den wichtigsten Aufgaben und Prioritäten für die nächsten 12 Monate sowie mit klaren Zeitplänen und Zielvorgaben vereinbart werden soll. Der Rat stellt fest, dass die künftige Unterstützung für die Übergangs-Bundesinstitutionen von der Erfüllung dieser Aufgaben abhängen wird. Der Rat fordert alle somalischen Interessenträger nachdrücklich auf, konstruktiv und verantwortungsvoll an diesem Treffen mitzuwirken.

Der Rat erklärt erneut, dass die Verantwortung für die Herbeiführung von Frieden, Sicherheit und Aussöhnung in Somalia in erster Linie bei den Somaliern liegt. Er weist darauf hin, dass gezielte Maßnahmen gegen diejenigen verhängt werden können, die an Handlungen beteiligt sind oder Handlungen unterstützen, die den Frieden, die Sicherheit oder die Stabilität Somalias bedrohen, einschließlich Handlungen, die das Abkommen von Dschibuti oder den politischen Prozess gefährden oder die die Übergangs-Bundesinstitutionen oder die Mission der Afrikanischen Union in Somalia mit Gewalt bedrohen, die gegen das Waffenembargo verstoßen oder die die Bereitstellung humanitärer Hilfe in Somalia oder den Zugang dazu behindern.

Der Rat würdigt die Mission der Afrikanischen Union in Somalia und die somalischen Sicherheitskräfte für die von ihnen erzielten Fortschritte bei der Festigung der Sicherheit und der Stabilität in Mogadischu und anerkennt die erheblichen Opfer, die diese Kräfte erbracht haben."

Auf seiner 6596. Sitzung am 29. Juli 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in Somalia

Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 751 (1992) und 1907 (2009) betreffend Somalia und Eritrea vom 18. Juli 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/433)".

Resolution 2002 (2011)
vom 29. Juli 2011

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seiner früheren Resolutionen und der Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Somalia und betreffend Eritrea, insbesondere Resolution 733 (1992) vom 23. Januar 1992, mit der ein Embargo für alle Lieferungen von Waffen und militärischem Gerät nach Somalia verhängt wurde (im Folgenden als „Waffenembargo gegen Somalia" bezeichnet), und die Resolutionen 1519 (2003) vom 16. Dezember 2003, 1558 (2004) vom 17. August 2004, 1587 (2005) vom 15. März 2005, 1630 (2005) vom 14. Oktober 2005, 1676 (2006) vom 10. Mai 2006, 1724 (2006) vom 29. November 2006, 1744 (2007) vom 20. Februar 2007, 1766 (2007) vom 23. Juli 2007, 1772 (2007) vom 20. August 2007, 1801 (2008) vom 20. Februar 2008, 1811 (2008) vom 29. April 2008, 1844 (2008) vom 20. November 2008, 1853 (2008) vom 19. Dezember 2008, 1862 (2009) vom 14. Januar 2009, 1907 (2009) vom 23. Dezember 2009, 1916 (2010) vom 19. März 2010 und 1972 (2011) vom 17. März 2011,

daran erinnernd, dass gemäß seinen Resolutionen 1744 (2007) und 1772 (2007) das Waffenembargo gegen Somalia keine Anwendung findet auf *a*) Waffen und militärisches Gerät, technische Ausbildung und Hilfe, die ausschließlich zur Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia oder zur Nutzung durch diese bestimmt sind, und *b*) von Staaten bereitgestellte Versorgungsgüter und technische Hilfe, die ausschließlich als Beitrag zum Aufbau der Institutionen des Sicherheitssektors bestimmt sind, im Einklang mit dem in den besagten Resolutionen genannten politischen Prozess und mit der Maßgabe, dass der Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 751 (1992), dessen Mandat gemäß Resolution 1907 (2009) erweitert wurde (im Folgenden als „der Ausschuss" bezeichnet), innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Eingang einer vorab und von Fall zu Fall erfolgenden Benachrichtigung über die Bereitstellung solcher Güter oder Hilfe keine ablehnende Entscheidung getroffen hat,

sowie unter Hinweis auf seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009 und 1998 (2011) vom 12. Juli 2011 über Kinder und bewaffnete Konflikte, die Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 und 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 über Frauen und Frieden und Sicherheit und die Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1325 (2000), 1612 (2005), 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006, 1820 (2008), 1882 (2009), 1888 (2009) und 1889 (2009) über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

in Bekräftigung seiner Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias, Dschibutis und Eritreas,

bekräftigend, dass das Friedensabkommen von Dschibuti und der Friedensprozess die Grundlage für eine Beilegung des Konflikts in Somalia bilden, mit dem erneuten Ausdruck seines Eintretens für eine umfassende und dauerhafte Regelung der Situation in Somalia auf der Grundlage der Übergangs-Bundescharta und unter erneutem Hinweis auf die dringende Notwendigkeit, dass alle somalischen Führer konkrete Schritte zur Fortsetzung des politischen Dialogs unternehmen,

Kenntnis nehmend von dem gemäß Ziffer 6 *k*) der Resolution 1916 (2010) am 18. Juli 2011 vorgelegten Bericht der Überwachungsgruppe für Somalia und Eritrea[89] und den darin enthaltenen Bemerkungen und Empfehlungen,

unter Verurteilung der Ströme von Waffen und Munition nach und durch Somalia und Eritrea, die gegen das Waffenembargo gegen Somalia und das gemäß Resolution 1907 (2009) verhängte Waffenembargo gegen Eritrea (im Folgenden als „Waffenembargo gegen Eritrea" bezeichnet) verstoßen und eine ernsthafte Bedrohung des Friedens und der Stabilität in der Region darstellen,

mit der Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, insbesondere die Staaten der Region, jede Handlung zu unterlassen, die gegen die Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea verstößt, und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um diejenigen, die gegen die Embargos verstoßen, zur Rechenschaft zu ziehen,

erneut erklärend, wie wichtig es ist, die Überwachung der Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea durch die beständige, von Wachsamkeit geprägte Untersuchung von Verstößen zu verstärken, eingedenk dessen, dass die strikte Durchsetzung der Waffenembargos die Sicherheitslage in der Region insgesamt verbessern wird,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Einschüchterungshandlungen gegen die Überwachungsgruppe und die Einmischung in die Arbeit der Überwachungsgruppe,

[89] Siehe S/2011/433.

mit dem erneuten Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage in Somalia und die Auswirkungen der derzeitigen Dürre und Hungersnot, es nachdrücklich verurteilend, dass bewaffnete Gruppen in Somalia gezielt humanitäre Helfer angreifen und die Auslieferung humanitärer Hilfe behindern, wodurch die Erbringung solcher Hilfe in einigen Gebieten verhindert wurde, und unter Missbilligung der wiederholten Angriffe auf humanitäres Personal,

mit dem erneuten Ausdruck seiner nachdrücklichen Verurteilung aller Gewalt- und Missbrauchshandlungen und Verletzungen, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht gegen Zivilpersonen, namentlich Kinder, begangen werden, betonend, dass die Täter vor Gericht gestellt werden müssen, unter Hinweis auf alle seine einschlägigen Resolutionen über Frauen und Frieden und Sicherheit, über Kinder und bewaffnete Konflikte und über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und daher die Auffassung vertretend, dass die bestehenden Benennungskriterien für gezielte Maßnahmen nach Resolution 1844 (2008) bekräftigt und weiter gestärkt werden müssen,

bekräftigend, dass die Übergangs-Bundesinstitutionen und die Geber bei der Zuweisung finanzieller Ressourcen sich gegenseitig Rechenschaft ablegen und transparent sein müssen,

mit der Aufforderung, der Veruntreuung von Finanzmitteln, die die Fähigkeit der lokalen Behörden zur Bereitstellung von Diensten in Somalia untergräbt, ein Ende zu setzen,

feststellend, dass die Situation in Somalia, die den Frieden und die Aussöhnung in Somalia untergrabenden Handlungen Eritreas sowie die Streitigkeit zwischen Dschibuti und Eritrea nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellen,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, dass die Maßnahmen in den Ziffern 1, 3 und 7 der Resolution 1844 (2008) auf Personen und die Bestimmungen der Ziffern 3 und 7 der genannten Resolution auf Einrichtungen Anwendung finden, die nach Feststellung des Ausschusses

a) an Handlungen beteiligt waren oder Handlungen unterstützt haben, die den Frieden, die Sicherheit oder die Stabilität Somalias bedrohen, einschließlich Handlungen, die das Abkommen von Dschibuti vom 19. August 2008 oder den politischen Prozess bedrohen oder die die Übergangs-Bundesinstitutionen oder die Mission der Afrikanischen Union in Somalia mit Gewalt bedrohen;

b) gegen das in Ziffer 6 der Resolution 1844 (2008) bekräftigte allgemeine und vollständige Waffenembargo verstoßen haben;

c) die Gewährung humanitärer Hilfe an Somalia oder den Zugang zu humanitärer Hilfe oder die Verteilung humanitärer Hilfsgüter in Somalia behindert haben;

d) politische oder militärische Führer sind, die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht in Somalia Kinder in bewaffneten Konflikten einziehen oder einsetzen;

e) für Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht in Somalia verantwortlich sind, namentlich das gezielte Vorgehen gegen Zivilpersonen, insbesondere Kinder und Frauen, in Situationen bewaffneten Konflikts, einschließlich Tötung und Verstümmelung, sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Angriffen auf Schulen und Krankenhäuser sowie Entführung und Vertreibung;

2. *ist der Auffassung*, dass die in Ziffer 1 *a*) genannten Handlungen unter anderem die Veruntreuung finanzieller Ressourcen umfassen können, die die Fähigkeit der Übergangs-Bundesinstitutionen untergräbt, ihre im Rahmen des Abkommens von Dschibuti eingegangenen Verpflichtungen zur Bereitstellung von Diensten zu erfüllen;

3. *ist außerdem der Auffassung*, dass jeder über Häfen unter der Kontrolle von Al-Shabaab laufende nichtlokale Handel, der eine finanzielle Unterstützung für eine benannte Einrichtung darstellt, den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit in Somalia bedroht und dass daher Personen und Einrichtungen, die diesen Handel treiben, von dem Ausschuss benannt und den mit Resolution 1844 (2008) festgelegten gezielten Maßnahmen unterworfen werden können;

4. *fordert* die Übergangs-Bundesregierung *auf*, zu erwägen, den großen Handelsschiffen jeglichen Handel mit den Häfen unter der Kontrolle von Al-Shabaab zu untersagen;

5. *verlangt*, dass alle Parteien den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang sicherstellen, damit hilfebedürftige Personen in ganz Somalia rasch humanitäre Hilfe erhalten können, unterstreicht seine ernste Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage in Somalia, fordert alle Parteien und bewaffneten Gruppen nachdrücklich auf, durch geeignete Schritte die Sicherheit des humanitären Personals und der humanitären Hilfsgüter zu gewährleisten, und bekundet seine Bereitschaft, zielgerichtete Sanktionen gegen diese Personen und Einrichtungen anzuwenden, wenn sie die in Ziffer 1 *c*) festgelegten Kriterien für die Aufnahme in die Liste erfüllen;

6. *beschließt*, das in Ziffer 3 der Resolution 1558 (2004) genannte und mit Ziffer 6 der Resolution 1916 (2010) verlängerte Mandat der Überwachungsgruppe zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, so rasch wie möglich die notwendigen Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, um die Überwachungsgruppe für Somalia und Eritrea, bestehend aus acht Sachverständigen, für einen Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Datum dieser Resolution wiedereinzusetzen und dabei gegebenenfalls den Sachverstand der Mitglieder der Überwachungsgruppe nach Resolution 1916 (2010) heranzuziehen, im Einklang mit Resolution 1907 (2009), um das erweiterte Mandat der Gruppe zu erfüllen, das folgenden Inhalt hat:

a) dem Ausschuss bei der Überwachung der Durchführung der in den Ziffern 1, 3 und 7 der Resolution 1844 (2008) verhängten Maßnahmen behilflich zu sein, namentlich indem sie ihm alle Informationen über Verstöße übermittelt, und in ihre Berichte an den Ausschuss alle Informationen aufzunehmen, die bei der Benennung der in Ziffer 1 beschriebenen Personen und Einrichtungen sachdienlich sein könnten;

b) dem Ausschuss bei der Zusammenstellung der in Ziffer 14 der Resolution 1844 (2008) genannten Zusammenfassungen betreffend die nach Ziffer 1 benannten Personen und Einrichtungen behilflich zu sein;

c) alle Seehafentätigkeiten in Somalia zu untersuchen, die für Al-Shabaab, eine Einrichtung, die nach Feststellung des Ausschusses die in Resolution 1844 (2008) genannten Kriterien für die Aufnahme in die Liste erfüllt, Einnahmen erbringen können;

d) weiterhin die in Ziffer 3 *a*) bis *c*) der Resolution 1587 (2005), Ziffer 23 *a*) bis *c*) der Resolution 1844 (2008) und Ziffer 19 *a*) bis *d*) der Resolution 1907 (2009) genannten Aufgaben durchzuführen;

e) in Abstimmung mit den zuständigen internationalen Organisationen alle Aktivitäten, darunter im Finanzsektor, im Schifffahrtsektor und in anderen Bereichen, zu untersuchen, bei denen Einnahmen erzielt werden, die für Verstöße gegen die Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea verwendet werden;

f) alle Verkehrsmittel, Verkehrswege, Seehäfen, Flughäfen und anderen Einrichtungen zu untersuchen, die im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea genutzt werden;

g) im Hinblick auf mögliche künftige Maßnahmen seitens des Sicherheitsrats auch weiterhin die Informationen in dem Entwurf der Liste derjenigen Personen und Einrichtungen, die innerhalb und außerhalb Somalias die in Ziffer 1 beschriebenen Handlungen begehen, sowie derjenigen, die sie aktiv unterstützen, zu verfeinern und zu aktualisieren und diese Informationen dem Ausschuss vorzulegen, sobald er dies für angezeigt hält;

h) im Hinblick auf mögliche künftige Maßnahmen seitens des Rates einen Entwurf einer Liste derjenigen Personen und Einrichtungen, die innerhalb und außerhalb Eritreas die in Ziffer 15 *a*) bis *e*) der Resolution 1907 (2009) beschriebenen Handlungen begehen, sowie derjenigen, die sie aktiv unterstützen, zu erstellen und diese Informationen dem Ausschuss vorzulegen, sobald er dies für angezeigt hält;

i) auch weiterhin Empfehlungen auf der Grundlage ihrer Untersuchungen, der vorausgegangenen Berichte der gemäß den Resolutionen 1425 (2002) vom 22. Juli 2002 und 1474 (2003) vom 8. April 2003 ernannten Sachverständigengruppe[90] sowie der vorausgegangenen Berichte der gemäß den Resolutionen 1519 (2003)[91], 1558 (2004)[92], 1587 (2005)[93], 1630 (2005)[94], 1676 (2006)[95], 1724 (2006)[96], 1766 (2007)[97], 1811 (2008)[98], 1853 (2008)[99] und 1916 (2010)[89] ernannten Überwachungsgruppe abzugeben;

j) mit dem Ausschuss bezüglich konkreter Empfehlungen für zusätzliche Maßnahmen eng zusammenzuarbeiten, um die Einhaltung der Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea sowie der in den Ziffern 1, 3 und 7 der Resolution 1844 (2008) und den Ziffern 5, 6, 8, 10, 12 und 13 der Resolution 1907 (2009) betreffend Eritrea verhängten Maßnahmen insgesamt zu verbessern;

k) bei der Feststellung von Bereichen behilflich zu sein, in denen die Kapazitäten der Staaten in der Region gestärkt werden können, um die Durchführung der Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea sowie der in den Ziffern 1, 3 und 7 der Resolution 1844 (2008) und den Ziffern 5, 6, 8, 10, 12 und 13 der Resolution 1907 (2009) betreffend Eritrea verhängten Maßnahmen zu erleichtern;

l) innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Einsetzung dem Rat über den Ausschuss eine Halbzeitunterrichtung zu geben und dem Ausschuss monatliche Fortschrittsberichte vorzulegen;

m) spätestens fünfzehn Tage vor Ablauf des Mandats der Überwachungsgruppe dem Rat über den Ausschuss zwei Schlussberichte, den einen über Somalia, den anderen über Eritrea, zur Prüfung vorzulegen, die alle vorstehend genannten Aufgaben behandeln;

7. *ersucht* den Generalsekretär, die notwendigen finanziellen Vorkehrungen zu treffen, um die Arbeit der Überwachungsgruppe zu unterstützen;

8. *ersucht* den Ausschuss, im Einklang mit seinem Mandat und in Abstimmung mit der Überwachungsgruppe und anderen zuständigen Einrichtungen der Vereinten Nationen die in den Berichten der Überwachungsgruppe enthaltenen Empfehlungen zu prüfen und dem Rat Empfehlungen darüber vorzulegen, wie die Durchführung und Einhaltung der Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea und die Durchführung der mit den Ziffern 1, 3 und 7 der Resolution 1844 (2008) und den Ziffern 5, 6, 8, 10, 12 und 13 der Resolution 1907 (2009) verhängten gezielten Maßnahmen verbessert werden kann, um den anhaltenden Verstößen zu begegnen;

---

[90] Siehe S/2003/223 und S/2003/1035.

[91] Siehe S/2004/604.

[92] Siehe S/2005/153.

[93] Siehe S/2005/625.

[94] Siehe S/2006/229.

[95] Siehe S/2006/913.

[96] Siehe S/2007/436.

[97] Siehe S/2008/274.

[98] Siehe S/2008/769.

[99] Siehe S/2010/91.

9. *beschließt*, dass die den Mitgliedstaaten in Ziffer 3 der Resolution 1844 (2008) auferlegten Verpflichtungen für einen Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Datum dieser Resolution und unbeschadet der anderenorts durchgeführten humanitären Hilfsprogramme keine Anwendung auf die Zahlung von Geldern, andere finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen finden, die erforderlich sind, um die rasche Bereitstellung dringend benötigter humanitärer Hilfe in Somalia durch die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen oder Programme, humanitäre Hilfe leistende humanitäre Organisationen mit Beobachterstatus in der Generalversammlung und ihre Durchführungspartner, darunter die bilateral oder multilateral finanzierten nichtstaatlichen Organisationen, die an dem Konsolidierten Hilfsappell der Vereinten Nationen für Somalia beteiligt sind, zu gewährleisten;

10. *fordert* alle Parteien und alle Staaten, namentlich Eritrea, die anderen Staaten der Region und die Übergangs-Bundesregierung, sowie die internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen *nachdrücklich auf*, die Zusammenarbeit mit der Überwachungsgruppe sicherzustellen und die Sicherheit ihrer Mitglieder sowie ungehinderten Zugang zu gewährleisten, insbesondere zu den Personen, Dokumenten und Orten, bei denen die Überwachungsgruppe dies zur Erfüllung ihres Mandats für sachdienlich erachtet;

11. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6429. Sitzung einstimmig verabschiedet.

PUNKTE IM ZUSAMMENHANG MIT DER SITUATION IM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN

A. Die Situation in Bosnien und Herzegowina[100]

Beschlüsse

Auf seiner 6421. Sitzung am 11. November 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Kroatiens und Serbiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Bosnien und Herzegowina

> Schreiben des Generalsekretärs vom 8. November 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/575)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Valentin Inzko, den Hohen Beauftragten für Bosnien und Herzegowina, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6426. Sitzung am 18. November 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Deutschlands und Italiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Bosnien und Herzegowina

> Schreiben des Generalsekretärs vom 8. November 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/575)“.

---

[100] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1992 verabschiedet.

Resolution 1948 (2010) vom 18. November 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren einschlägigen Resolutionen betreffend die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien sowie die einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten, namentlich die Resolutionen 1031 (1995) vom 15. Dezember 1995, 1088 (1996) vom 12. Dezember 1996, 1423 (2002) vom 12. Juli 2002, 1491 (2003) vom 11. Juli 2003, 1551 (2004) vom 9. Juli 2004, 1575 (2004) vom 22. November 2004, 1639 (2005) vom 21. November 2005, 1722 (2006) vom 21. November 2006, 1764 (2007) vom 29. Juni 2007, 1785 (2007) vom 21. November 2007, 1845 (2008) vom 20. November 2008, 1869 (2009) vom 25. März 2009 und 1895 (2009) vom 18. November 2009,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur politischen Regelung der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien unter Wahrung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit aller dortigen Staaten innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen,

unter Betonung seiner vollen Unterstützung für die fortgesetzte Rolle des Hohen Beauftragten für Bosnien und Herzegowina in Bosnien und Herzegowina,

unter Hervorhebung seiner Entschlossenheit, die Durchführung des Allgemeinen Rahmenübereinkommens für den Frieden in Bosnien und Herzegowina und der dazugehörigen Anhänge (zusammen als „Friedensübereinkommen“ bezeichnet)[101] sowie der einschlägigen Beschlüsse des Rates für die Umsetzung des Friedens zu unterstützen,

unter Hinweis auf alle Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen, auf die in Anlage B des Anhangs 1-A des Friedensübereinkommens Bezug genommen wird, und die Parteien daran erinnernd, dass sie verpflichtet sind, diese auch weiterhin einzuhalten,

sowie unter Hinweis auf die Bestimmungen seiner Resolution 1551 (2004), die sich auf die vorläufige Anwendung der Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen in Anlage B des Anhangs 1-A des Friedensübereinkommens beziehen,

mit dem nachdrücklichen Ausdruck seines Dankes an den Hohen Beauftragten, den Kommandeur und das Personal der multinationalen Stabilisierungstruppe (die Einsatzkräfte der Europäischen Union), den Hochrangigen Militärischen Vertreter und das Personal des Hauptquartiers der Nordatlantikvertrags-Organisation in Sarajewo, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Europäische Union sowie das Personal der anderen internationalen Organisationen und Einrichtungen in Bosnien und Herzegowina für ihren Beitrag zur Durchführung des Friedensübereinkommens,

es begrüßend, dass die Behörden Bosnien und Herzegowinas eine Strategie zur Umsetzung des Anhangs 7 des Friedensübereinkommens mit Schwerpunkt auf der Strategie für die Rückkehr der Flüchtlinge beschlossen haben, und betonend, dass eine umfassende und koordinierte Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen in der gesamten Region für einen dauerhaften Frieden nach wie vor entscheidend ist,

unter Hinweis auf die Erklärungen der Ministertagungen des Rates für die Umsetzung des Friedens,

feststellend, dass das Friedensübereinkommen noch nicht vollständig durchgeführt worden ist, gleichzeitig aber in Würdigung der Erfolge, die die Behörden auf der Ebene des Gesamtstaats und der Gebietseinheiten in Bosnien und Herzegowina sowie die internationale Gemeinschaft in den fünfzehn Jahren seit der Unterzeichnung des Friedensübereinkommens erzielt haben,

[101] Siehe S/1995/999.

hervorhebend, wie wichtig es ist, dass Bosnien und Herzegowina auf dem Weg zur euro-atlantischen Integration auf der Grundlage des Friedensübereinkommens voranschreitet, und gleichzeitig anerkennend, wie wichtig der Übergang Bosnien und Herzegowinas zu einem funktionsfähigen, reformorientierten, modernen und demokratischen europäischen Land ist,

Kenntnis nehmend von den Berichten des Hohen Beauftragten, namentlich von seinem jüngsten Bericht vom 21. Oktober 2010[102],

entschlossen, die friedliche Beilegung der Konflikte im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zu fördern,

unter Hinweis auf die einschlägigen Grundsätze in dem Übereinkommen vom 9. Dezember 1994 über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal[103] sowie auf die Erklärung seines Präsidenten vom 9. Februar 2000[104],

die Anstrengungen *begrüßend und befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

unter Begrüßung des von den Außenministern der Europäischen Union am 25. Januar 2010 gefassten Beschlusses, im Rahmen der Operation Althea die Bereitstellung einer nicht mit Exekutivbefugnissen verbundenen Unterstützung im Bereich Kapazitätsaufbau und Ausbildung einzuleiten,

sowie unter Begrüßung der von den Außenministern der Europäischen Union am 25. Oktober 2010 angenommenen Schlussfolgerungen, in denen die Bereitschaft der Europäischen Union bekräftigt wird, den Einsatzkräften der Europäischen Union auch weiterhin ein mit Exekutivbefugnissen verbundenes Mandat zu erteilen, um die Bemühungen Bosnien und Herzegowinas um die Erhaltung des sicheren und geschützten Umfelds im Rahmen eines erneuerten Mandats der Vereinten Nationen zu unterstützen und ohne Exekutivbefugnisse weiterhin Unterstützung beim Kapazitätsaufbau und bei der Ausbildung zu leisten, um zur Förderung der lokalen Eigenverantwortung und der lokalen Kapazitäten beizutragen,

unter Hinweis auf den am 19. November 2004 dem Sicherheitsrat übersandten Briefwechsel zwischen der Europäischen Union und der Nordatlantikvertrags-Organisation über die Frage, wie diese Organisationen in Bosnien und Herzegowina zusammenarbeiten werden[105], in dem beide Organisationen anerkennen, dass die Einsatzkräfte der Europäischen Union die Hauptrolle bei der Friedensstabilisierung gemäß den militärischen Aspekten des Friedensübereinkommens übernehmen werden,

sowie unter Hinweis darauf, dass die Präsidentschaft Bosnien und Herzegowinas im Namen Bosnien und Herzegowinas, einschließlich seiner Gebietseinheiten, die Regelungen für die Einsatzkräfte der Europäischen Union und die Hauptquartier-Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation bestätigt hat[106],

das erhöhte Engagement der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina und das fortgesetzte Engagement der Nordatlantikvertrags-Organisation *begrüßend*,

---

[102] Siehe S/2010/575.

[103] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2051, Nr. 35457. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1997 II S. 230; LGBl. 2001 Nr. 4; öBGBl. III Nr. 180/2000; AS 2007 6919.

[104] S/PRST/2000/4.

[105] Siehe S/2004/915 und S/2004/916.

[106] Siehe S/2004/917.

mit der nochmaligen Aufforderung an die Behörden in Bosnien und Herzegowina, ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen, wie auch der Lenkungsausschuss des Rates für die Umsetzung des Friedens in seiner Erklärung vom 30. Juni 2010 bekräftigte, und insbesondere in der Erkenntnis, dass eine Lösung in der Frage des staatlichen Eigentums und der Verteidigungsgüter gefunden werden muss,

unter Begrüßung der erhöhten Wahlbeteiligung und der ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen vom 3. Oktober 2010, die im Großen und Ganzen den internationalen Standards entsprachen, und mit der Aufforderung an die gewählten politischen Führer, nun konstruktiv in einen politischen Dialog einzutreten und neue Regierungen zu bilden, die sich dringend mit wichtigen politischen Maßnahmen und Prioritäten befassen werden,

sowie den Beschluss der Europäischen Union vom 8. November 2010 *begrüßend*, den Staatsbürgern Bosnien und Herzegowinas die visumfreie Einreise zu gestatten, was einen konkreten Fortschritt auf dem Weg des Landes in die Europäische Union darstellt,

mit der Aufforderung an alle politischen Führer Bosnien und Herzegowinas, sich einer spalterischen Rhetorik zu enthalten und weitere konkrete und greifbare Fortschritte bei der Integration in die Europäische Union zu erzielen,

feststellend, dass die Situation in der Region auch weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta,

1. *bekräftigt erneut seine Unterstützung* für das Allgemeine Rahmenübereinkommen für den Frieden in Bosnien und Herzegowina und der dazugehörigen Anhänge (zusammen als „Friedensübereinkommen“ bezeichnet)[101] sowie für das Abkommen von Dayton über die Schaffung der Föderation Bosnien und Herzegowina vom 10. November 1995[107] und fordert die Parteien auf, ihre Verpflichtungen aus diesen Übereinkünften genauestens zu erfüllen;

2. *erklärt erneut*, dass die Hauptverantwortung für die weitere erfolgreiche Durchführung des Friedensübereinkommens bei den Behörden in Bosnien und Herzegowina selbst liegt und dass die künftige Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft und wichtiger Geber, die politische, militärische und wirtschaftliche Last der Durchführungs- und Wiederaufbaubemühungen zu tragen, davon abhängen wird, inwieweit alle Behörden in Bosnien und Herzegowina das Friedensübereinkommen befolgen und an der Durchführung des Übereinkommens sowie am Wiederaufbau der Zivilgesellschaft, insbesondere in voller Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, an der Stärkung gemeinsamer Institutionen, die den Aufbau eines voll funktionsfähigen eigenständigen Staates fördern, der zur Integration in die europäischen Strukturen fähig ist, sowie an der Erleichterung der Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen aktiv mitwirken;

3. *erinnert* die Parteien erneut daran, dass sie sich nach dem Friedensübereinkommen verpflichtet haben, mit allen Stellen, die an der Durchführung dieser Friedensregelung beteiligt sind, wie in dem Friedensübereinkommen beschrieben, oder die anderweitig vom Sicherheitsrat ermächtigt worden sind, insbesondere dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien bei der Wahrnehmung seiner Verantwortung für eine unparteiliche Rechtsprechung, voll zusammenzuarbeiten, und unterstreicht, dass die volle Zusammenarbeit der Staaten und Gebietseinheiten mit dem Gerichtshof unter anderem auch beinhaltet, dass sie alle Personen, gegen die der Gerichtshof Anklage erhoben hat, dem

[107] S/1995/1021, Anlage.

Gerichtshof überstellen oder sie festnehmen und dem Gerichtshof Informationen verfügbar machen, um ihm bei seinen Ermittlungen behilflich zu sein;

4. *unterstreicht seine volle Unterstützung* dafür, dass der Hohe Beauftragte für Bosnien und Herzegowina seine Rolle bei der Überwachung der Durchführung des Friedensübereinkommens und der Anleitung und Koordinierung der Tätigkeiten der zivilen Organisationen und Einrichtungen, die den Parteien bei der Durchführung des Friedensübereinkommens behilflich sind, weiter wahrnimmt, und erklärt erneut, dass der Hohe Beauftragte nach Anhang 10 des Friedensübereinkommens die letzte Instanz an Ort und Stelle für die Auslegung der zivilen Aspekte der Durchführung des Friedensübereinkommens ist und dass er im Falle von Streitigkeiten über die vom Rat für die Umsetzung des Friedens am 9. und 10. Dezember 1997 in Bonn (Deutschland)[108] näher bestimmten Fragen seine Auslegung treffen, Empfehlungen abgeben und bindende Entscheidungen treffen kann, wenn er dies für notwendig erachtet;

5. *bekundet seine Unterstützung* für die Erklärungen der Ministertagungen des Rates für die Umsetzung des Friedens;

6. *erklärt erneut* seine Absicht, die Durchführung des Friedensübereinkommens und die Situation in Bosnien und Herzegowina unter Berücksichtigung der nach den Ziffern 18 und 21 vorgelegten Berichte und aller darin gegebenenfalls enthaltenen Empfehlungen weiter genau zu verfolgen, und seine Bereitschaft, die Verhängung von Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, falls eine der Parteien ihre Verpflichtungen aus dem Friedensübereinkommen in erheblicher Weise nicht einhält;

7. *verweist* auf die Unterstützung der Behörden Bosnien und Herzegowinas für die Einsatzkräfte der Europäischen Union und die fortgesetzte Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation sowie ihre Bestätigung, dass beide im Hinblick auf die Erfüllung ihres Auftrags im Sinne des Friedensübereinkommens, seiner Anhänge und Anlagen sowie der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats die Rechtsnachfolger der Stabilisierungstruppe sind und die erforderlichen Maßnahmen treffen können, einschließlich der Anwendung von Gewalt, um die Befolgung der Anhänge 1-A und 2 des Friedensübereinkommens und der einschlägigen Ratsresolutionen zu gewährleisten;

8. *würdigt* diejenigen Mitgliedstaaten, die sich an der multinationalen Stabilisierungstruppe (den Einsatzkräften der Europäischen Union) und an der fortgesetzten Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation, die im Einklang mit seiner Resolution 1575 (2004) eingerichtet wurden und deren Auftrag mit seinen Resolutionen 1639 (2005), 1722 (2006), 1785 (2007), 1845 (2008) und 1895 (2009) verlängert wurde, beteiligt haben, und begrüßt ihre Bereitschaft, den Parteien des Friedensübereinkommens durch die fortgesetzte Entsendung einer multinationalen Stabilisierungstruppe (der Einsatzkräften der Europäischen Union) und die Beibehaltung einer Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation behilflich zu sein;

9. *begrüßt* die Absicht der Europäischen Union, ab November 2010 eine militärische Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina weiterzuführen;

10. *ermächtigt* die Mitgliedstaaten, die durch die Europäische Union oder in Zusammenarbeit mit ihr tätig werden, für einen weiteren Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution eine multinationale Stabilisierungstruppe (die Einsatzkräfte der Europäischen Union) als Rechtsnachfolgerin der Stabilisierungstruppe unter gemeinsamer Führung einzurichten, die ihren Auftrag im Zusammenhang mit der Umsetzung von Anhängen 1-A und 2 des Friedensübereinkommens in Zusammenarbeit mit der Hauptquartier-Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation durchführen wird, im Einklang mit den zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Europäischen

[108] Siehe S/1997/979, Anlage.

Union vereinbarten Regelungen, die dem Sicherheitsrat in ihren Schreiben vom 19. November 2004[105] mitgeteilt wurden und in denen anerkannt wird, dass die Einsatzkräfte der Europäischen Union die Hauptrolle bei der Friedensstabilisierung gemäß den militärischen Aspekten des Friedensübereinkommens übernehmen werden;

11. *begrüßt* den Beschluss der Nordatlantikvertrags-Organisation, eine Präsenz in Bosnien und Herzegowina in Form eines Hauptquartiers der Nordatlantikvertrags-Organisation aufrechtzuerhalten, um auch weiterhin zusammen mit den Einsatzkräften der Europäischen Union bei der Durchführung des Friedensübereinkommens behilflich zu sein, und ermächtigt die Mitgliedstaaten, die durch die Nordatlantikvertrags-Organisation oder in Zusammenarbeit mit ihr tätig werden, auch weiterhin ein Hauptquartier der Nordatlantikvertrags-Organisation als Rechtsnachfolger der Stabilisierungstruppe unter gemeinsamer Führung aufrechtzuerhalten, das seinen Auftrag im Zusammenhang mit der Umsetzung von Anhang 1-A und Anhang 2 des Friedensübereinkommens in Zusammenarbeit mit den Einsatzkräften der Europäischen Union durchführen wird, im Einklang mit den zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Europäischen Union vereinbarten Regelungen, die dem Sicherheitsrat in ihren Schreiben vom 19. November 2004 mitgeteilt wurden und in denen anerkannt wird, dass die Einsatzkräfte der Europäischen Union die Hauptrolle bei der Friedensstabilisierung gemäß den militärischen Aspekten des Friedensübereinkommens übernehmen werden;

12. *erklärt erneut*, dass das Friedensübereinkommen und die Bestimmungen seiner früheren einschlägigen Resolutionen für und in Bezug auf die Einsatzkräfte der Europäischen Union wie auch die Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation gelten, so wie sie für und in Bezug auf die Stabilisierungstruppe gegolten haben, und dass daher die Bezugnahmen in dem Friedensübereinkommen, insbesondere in Anhang 1-A und den dazugehörigen Anlagen, sowie in den einschlägigen Resolutionen auf die Friedensumsetzungstruppe und/oder die Stabilisierungstruppe, die Nordatlantikvertrags-Organisation und den Nordatlantikrat so auszulegen sind, dass sie jeweils nach Bedarf für die Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation, die Einsatzkräfte der Europäischen Union, die Europäische Union, das Politische und Sicherheitspolitische Komitee und den Rat der Europäischen Union gelten;

13. *bekundet seine Absicht*, die Bedingungen für eine weitere Ermächtigung unter Berücksichtigung der Entwicklungen bei der Durchführung des Friedensübereinkommens und der Lage in Bosnien und Herzegowina nach Bedarf zu prüfen;

14. *ermächtigt* die nach den Ziffern 10 und 11 tätig werdenden Mitgliedstaaten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Anhänge 1-A und 2 des Friedensübereinkommens zu gewährleisten und ihre Einhaltung sicherzustellen, und betont, dass die Parteien für die Einhaltung der genannten Anhänge auch weiterhin zu gleichen Teilen verantwortlich gemacht werden und dass sie gleichermaßen den von den Einsatzkräften der Europäischen Union und der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation erforderlichenfalls ergriffenen Zwangsmaßnahmen zur Sicherstellung der Umsetzung dieser Anhänge und zum Schutz der Einsatzkräfte der Europäischen Union und der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation unterliegen;

15. *ermächtigt* die Mitgliedstaaten, auf Ersuchen der Einsatzkräfte der Europäischen Union oder des Hauptquartiers der Nordatlantikvertrags-Organisation alle zur Verteidigung der Einsatzkräfte der Europäischen Union beziehungsweise der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation und zur Unterstützung beider Organisationen bei der Durchführung ihres Auftrags erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, und anerkennt das Recht sowohl der Einsatzkräfte der Europäischen Union als auch der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sich gegen einen Angriff oder die Androhung eines Angriffs zu verteidigen;

16. *ermächtigt* die nach den Ziffern 10 und 11 tätig werdenden Mitgliedstaaten, im Einklang mit Anhang 1-A des Friedensübereinkommens alle erforderlichen Maßnahmen zu

ergreifen, um die Einhaltung der Regeln und Verfahren für die Einsatzführung und Kontrolle im Luftraum über Bosnien und Herzegowina für den gesamten zivilen und militärischen Flugverkehr sicherzustellen;

17. *verlangt*, dass die Parteien die Sicherheit und Bewegungsfreiheit der Einsatzkräfte der Europäischen Union, der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation und des sonstigen internationalen Personals achten;

18. *ersucht* die Mitgliedstaaten, die durch die Europäische Union oder in Zusammenarbeit mit ihr tätig werden, und die Mitgliedstaaten, die durch die Nordatlantikvertrags-Organisation oder in Zusammenarbeit mit ihr tätig werden, dem Sicherheitsrat auf dem vorgesehenen Weg und mindestens in dreimonatlichen Abständen über die Tätigkeit der Einsatzkräfte der Europäischen Union beziehungsweise der Hauptquartier-Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation Bericht zu erstatten;

19. *bittet* alle Staaten, insbesondere die Staaten der Region, den nach den Ziffern 10 und 11 tätig werdenden Mitgliedstaaten auch weiterhin angemessene Unterstützung und Erleichterungen zu gewähren, einschließlich Transiterleichterungen;

20. *dankt* der Europäischen Union *erneut* für den Einsatz ihrer Polizeimission in Bosnien und Herzegowina seit dem 1. Januar 2003;

21. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat im Einklang mit Anhang 10 des Friedensübereinkommens und den Schlussfolgerungen der am 4. und 5. Dezember 1996 in London abgehaltenen Konferenz zur Umsetzung des Friedens[109] und späterer Konferenzen zur Umsetzung des Friedens auch künftig Berichte des Hohen Beauftragten über die Durchführung des Friedensübereinkommens und insbesondere über die Erfüllung der den Parteien nach diesem Übereinkommen obliegenden Verpflichtungen vorzulegen;

22. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6426. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6529. Sitzung am 9. Mai 2011 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Kroatiens, Serbiens und der Türkei gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Bosnien und Herzegowina

Schreiben des Generalsekretärs vom 3. Mai 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/283)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Valentin Inzko, den Hohen Beauftragten für Bosnien und Herzegowina, und Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

[109] Siehe S/1996/1012, Anlage.

B. Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)[110]

Beschlüsse

Auf seiner 6367. Sitzung am 3. August 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Serbiens (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)

Bericht des Generalsekretärs über die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (S/2010/401)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Lamberto Zannier, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für das Kosovo und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Skender Hyseni gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6422. Sitzung am 12. November 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Serbiens (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)

Bericht des Generalsekretärs über die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (S/2010/562)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Lamberto Zannier, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für das Kosovo und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Vlora Çitaku gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6483. Sitzung am 16. Februar 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Serbiens (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)

Bericht des Generalsekretärs über die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (S/2011/43)“.

[110] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1999 verabschiedet.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Lamberto Zannier, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für das Kosovo und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Vlora Çitaku gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6534. Sitzung am 12. Mai 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Serbiens (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)

Bericht des Generalsekretärs über die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (S/2011/281)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Lamberto Zannier, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für das Kosovo und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Enver Hoxhaj gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

C. Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht[111]

Beschluss

Auf seiner 6446. Sitzung am 14. Dezember 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Gleichlautende Schreiben des Generalsekretärs vom 23. November 2010 an den Präsidenten der Generalversammlung und den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/599)“.

Resolution 1954 (2010) vom 14. Dezember 2010[112]

Der Sicherheitsrat,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 23. November 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, dem das Schreiben des Präsidenten des Internatio-

[111] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1996 verabschiedet.

[112] Die Präsidentin des Sicherheitsrats übermittelte dem Präsidenten der Generalversammlung den Wortlaut der Resolution 1954 (2010) mit Schreiben vom 20. Dezember 2010 (A/65/662).

nalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien („Gerichtshof“) vom 9. November 2010 beigefügt ist[113],

unter Hinweis auf seine Resolutionen 827 (1993) vom 25. Mai 1993, 1581 (2005) vom 18. Januar 2005, 1597 (2005) vom 20. April 2005, 1613 (2005) vom 26. Juli 2005, 1629 (2005) vom 30. September 2005, 1660 (2006) vom 28. Februar 2006, 1668 (2006) vom 10. April 2006, 1800 (2008) vom 20. Februar 2008, 1837 (2008) vom 29. September 2008, 1849 (2008) vom 12. Dezember 2008, 1877 (2009) vom 7. Juli 2009, 1900 (2009) vom 16. Dezember 2009 und 1931 (2010) vom 29. Juni 2010,

insbesondere unter Hinweis auf seine Resolutionen 1503 (2003) vom 28. August 2003 und 1534 (2004) vom 26. März 2004, in denen der Rat den Gerichtshof aufforderte, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Ermittlungen bis Ende 2004, alle Gerichtsverfahren der ersten Instanz bis Ende 2008 und die gesamte Tätigkeit im Jahr 2010 abzuschließen,

Kenntnis nehmend von der Einschätzung des Gerichtshofs in seinem Bericht über die Arbeitsabschlussstrategie[114], dass der Gerichtshof nicht in der Lage sein wird, seine gesamte Tätigkeit im Jahr 2010 abzuschließen,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an den Gerichtshof, alle ihm möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um seine Tätigkeit schnell abzuschließen,

Kenntnis nehmend von den vom Präsidenten des Gerichtshofs geäußerten Besorgnissen über den Verlust erfahrener Mitarbeiter und erneut erklärend, dass die Bindung von Personal für den raschen Abschluss der Tätigkeit des Gerichtshofs unerlässlich ist,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, dass Richter Kevin Parker ungeachtet dessen, dass seine Amtszeit am 31. Dezember 2010 abläuft, ermächtigt ist, den Fall *Đorđević* zu erledigen, mit dessen Behandlung er vor Ablauf seiner Amtszeit begonnen hat, und nimmt Kenntnis von der Absicht des Gerichtshofs, den Fall bis Ende Februar 2011 abzuschließen;

2. *beschließt außerdem*, dass Richter Uldis Kinis ungeachtet dessen, dass seine Amtszeit am 31. Dezember 2010 abläuft, ermächtigt ist, den Fall *Gotovina et al.* zu erledigen, mit dessen Behandlung er vor Ablauf seiner Amtszeit begonnen hat, und nimmt Kenntnis von der Absicht des Gerichtshofs, den Fall bis Ende März 2011 abzuschließen;

3. *beschließt ferner*, Richter Kinis zu gestatten, über die in Artikel 13 ter Absatz 2 des Statuts des Gerichtshofs vorgesehene Gesamtdienstzeit hinaus am Gerichtshof tätig zu sein;

4. *erklärt erneut*, wie wichtig eine angemessene Personalausstattung des Gerichtshofs für den raschen Abschluss seiner Tätigkeit ist, fordert das Sekretariat und die anderen zuständigen Organe der Vereinten Nationen auf, weiter mit dem Kanzler des Gerichtshofs zusammenzuarbeiten, um praktikable Lösungen für dieses Problem zu finden, während sich der Gerichtshof dem Abschluss seiner Tätigkeit nähert, und fordert gleichzeitig den Gerichtshof auf, sich mit erneuten Anstrengungen auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren;

5. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6446. Sitzung einstimmig verabschiedet.

[113] S/2010/599.

[114] Siehe S/2010/588.

Beschluss

Auf seiner 6571. Sitzung am 29. Juni 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Schreiben des Generalsekretärs vom 27. Juni 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/392)".

Resolution 1993 (2011)
vom 29. Juni 2011[115]

Der Sicherheitsrat,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 27. Juni 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, dem das Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien („Gerichtshof") vom 8. Juni 2011 beigefügt ist[116],

unter Hinweis auf seine Resolutionen 827 (1993) vom 25. Mai 1993, 1503 (2003) vom 28. August 2003 und 1534 (2004) vom 26. März 2004 sowie seine früheren Resolutionen betreffend den Gerichtshof,

insbesondere unter Hinweis auf seine Resolution 1966 (2010) vom 22. Dezember 2010, mit der der Rat den Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe („Mechanismus") schuf und den Gerichtshof ersuchte, alle ihm möglichen Maßnahmen zu treffen, um seine gesamte verbleibende Arbeit zügig und spätestens bis zum 31. Dezember 2014 abzuschließen, seine Auflösung vorzubereiten und für einen reibungslosen Übergang zu dem Mechanismus zu sorgen,

Kenntnis nehmend von den Einschätzungen des Gerichtshofs in seinem Bericht über die Arbeitsabschlussstrategie[117],

unter Hinweis darauf, dass der Rat in seiner Resolution 1931 (2010) vom 29. Juni 2010 seine Absicht unterstrich, die Amtszeit der Hauptverhandlungsrichter beim Gerichtshof auf der Grundlage des vorgesehenen Terminkalenders für die Hauptverfahren bis zum 30. Juni 2011 zu verlängern, und den Präsidenten des Gerichtshofs ersuchte, dem Rat einen aktualisierten Terminkalender für die Hauptverfahren und Berufungsverfahren vorzulegen, und davon Kenntnis nehmend, dass der Präsident des Gerichtshofs den aktualisierten Terminkalender für die Hauptverfahren und Berufungsverfahren vorgelegt hat,

Kenntnis nehmend von den vom Präsidenten des Gerichtshofs geäußerten Besorgnissen über Personalfragen und erneut erklärend, dass die Bindung von Personal für den raschen Abschluss der Tätigkeit des Gerichtshofs unerlässlich ist,

mit Besorgnis über die Gefahr, dass die Kapazitäten für die Vollstreckung der vom Gerichtshof verhängten Strafen nicht ausreichen,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an den Gerichtshof, alle ihm möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um seine Tätigkeit schnell abzuschließen, entsprechend dem Ersuchen in Resolution 1966 (2010),

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

---

[115] Der Präsident des Sicherheitsrats lenkte die Aufmerksamkeit des Präsidenten der Generalversammlung mit Schreiben vom 29. Juni 2011 (A/65/894) auf den Wortlaut der Resolution 1993 (2011).

[116] S/2011/392.

[117] Siehe S/2011/316.

1. *beschließt*, die Amtszeit der folgenden ständigen Richter beim Gerichtshof, die Mitglieder der Strafkammern sind, bis zum 31. Dezember 2012 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, zu verlängern:

– Herr Jean-Claude Antonetti (Frankreich)

– Herr Guy Delvoie (Belgien)

– Herr Christoph Flügge (Deutschland)

– Herr Burton Hall (Bahamas)

– Herr O-gon Kwon (Republik Korea)

– Herr Bakone Melema Moloto (Südafrika)

– Herr Howard Morrison (Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland)

– Herr Alphonsus Martinus Maria Orie (Niederlande)

2. *beschließt außerdem*, die Amtszeit der folgenden Ad-litem-Richter beim Gerichtshof, die Mitglieder der Strafkammern sind, bis zum 31. Dezember 2012 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, zu verlängern:

– Herr Melville Baird (Trinidad und Tobago)

– Frau Elizabeth Gwaunza (Simbabwe)

– Herr Frederik Harhoff (Dänemark)

– Frau Flavia Lattanzi (Italien)

– Herr Antoine Kesia-Mbe Mindua (Demokratische Republik Kongo)

– Frau Prisca Matimba Nyambe (Sambia)

– Frau Michèle Picard (Frankreich)

– Herr Árpád Prandler (Ungarn)

– Herr Stefan Trechsel (Schweiz)

3. *erklärt erneut*, dass die vom Gerichtshof angeklagten Personen vor Gericht gestellt werden müssen, fordert alle Staaten, insbesondere die Staaten des ehemaligen Jugoslawien, erneut auf, die Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof zu verstärken und ihm jede erforderliche Hilfe zu gewähren, und fordert insbesondere, dass Herr Goran Hadžić festgenommen wird;

4. *erklärt erneut*, wie wichtig eine angemessene Personalausstattung des Gerichtshofs für den raschen Abschluss seiner Tätigkeit ist, fordert die zuständigen Organe der Vereinten Nationen auf, ihre Zusammenarbeit mit dem Sekretariat und dem Kanzler des Gerichtshofs zu verstärken und flexibel vorzugehen, um praktikable Lösungen für dieses Problem zu finden, während sich der Gerichtshof dem Abschluss seiner Tätigkeit nähert, und fordert gleichzeitig den Gerichtshof auf, sich mit erneuten Anstrengungen auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren;

5. *würdigt* die Staaten, die Abkommen über die Vollstreckung von Strafen gegen vom Gerichtshof verurteilte Personen geschlossen oder anderweitig solche Verurteilte zur Verbüßung der Strafe in ihrem Hoheitsgebiet übernommen haben, und fordert die Staaten auf, ihre Zusagen zur Vollstreckung von Strafen zu erneuern und entsprechende Ersuchen des Gerichtshofs wohlwollend zu prüfen;

6. *fordert* die Staaten, die keine Abkommen über die Vollstreckung von Strafen gegen vom Gerichtshof verurteilte Personen geschlossen oder die Verurteilte nicht anderweitig zur Verbüßung der Strafe in ihrem Hoheitsgebiet übernommen haben und die dazu

in der Lage sind, *auf*, den Abschluss solcher Abkommen oder die Übernahme solcher Personen zu erwägen;

7. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6571. Sitzung einstimmig verabschiedet.

INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF ZUR VERFOLGUNG DER PERSONEN, DIE FÜR VÖLKERMORD UND ANDERE SCHWERE VERSTÖSSE GEGEN DAS HUMANITÄRE VÖLKERRECHT IM HOHEITSGEBIET RUANDAS ZWISCHEN DEM 1. JANUAR 1994 UND DEM 31. DEZEMBER 1994 VERANTWORTLICH SIND, SOWIE RUANDISCHER STAATSANGEHÖRIGER, DIE FÜR WÄHREND DESSELBEN ZEITRAUMS IM HOHEITSGEBIET VON NACHBARSTAATEN BEGANGENEN VÖLKERMORD UND ANDERE DERARTIGE VERSTÖSSE VERANTWORTLICH SIND[118]

Beschluss

Auf seiner 6447. Sitzung am 14. Dezember 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

> „Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind
>
> > Gleichlautende Schreiben des Generalsekretärs vom 13. Oktober 2010 an den Präsidenten der Generalversammlung und den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/513)
> >
> > Gleichlautende Schreiben des Generalsekretärs vom 23. November 2010 an den Präsidenten der Generalversammlung und den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/598)“.

Resolution 1955 (2010) vom 14. Dezember 2010[119]

Der Sicherheitsrat,

Kenntnis nehmend von den Schreiben des Generalsekretärs vom 13. Oktober und 23. November 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, denen die Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda („Gerichtshof“) vom 20. und 23. September und 12. November 2010 beigefügt sind[120],

unter Hinweis auf seine Resolutionen 955 (1994) vom 8. November 1994, 1165 (1998) vom 30. April 1998, 1329 (2000) vom 30. November 2000, 1411 (2002) vom 17. Mai 2002, 1431 (2002) vom 14. August 2002, 1717 (2006) vom 13. Oktober 2006,

---

[118] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1996 verabschiedet.

[119] Die Präsidentin des Sicherheitsrats übermittelte dem Präsidenten der Generalversammlung den Wortlaut der Resolution 1955 (2010) mit Schreiben vom 20. Dezember 2010 (A/65/661).

[120] S/2010/513 und S/2010/598.

1824 (2008) vom 18. Juli 2008, 1855 (2008) vom 19. Dezember 2008, 1878 (2009) vom 7. Juli 2009, 1901 (2009) vom 16. Dezember 2009 und 1932 (2010) vom 29. Juni 2010,

insbesondere unter Hinweis auf seine Resolutionen 1503 (2003) vom 28. August 2003 und 1534 (2004) vom 26. März 2004, in denen der Rat den Gerichtshof aufforderte, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Ermittlungen bis Ende 2004, alle Gerichtsverfahren der ersten Instanz bis Ende 2008 und die gesamte Tätigkeit im Jahr 2010 abzuschließen,

Kenntnis nehmend von der Einschätzung des Gerichtshofs in seinem Bericht über die Arbeitsabschlussstrategie[121], dass der Gerichtshof nicht in der Lage sein wird, seine gesamte Tätigkeit im Jahr 2010 abzuschließen,

feststellend, dass vier ständige Richter der Berufungskammer neu zugeteilt werden und dass ein ständiger Richter den Gerichtshof verlassen wird, wenn die ihnen zugewiesenen Fälle abgeschlossen sind,

in der Überzeugung, dass es ratsam ist, die dem Generalsekretär in Resolution 1901 (2009) gewährte Ermächtigung zu verlängern, als vorübergehende Maßnahme zusätzlich zu den nach dem Statut des Gerichtshofs genehmigten neun Ad-litem-Richtern weitere Ad-litem-Richter zu ernennen, damit der Gerichtshof so bald wie möglich Verfahren abschließen und zusätzliche Verfahren durchführen und so die Ziele der Arbeitsabschlussstrategie erreichen kann,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an den Gerichtshof, alle ihm möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um seine Tätigkeit schnell abzuschließen,

Kenntnis nehmend von den vom Präsidenten des Gerichtshofs geäußerten Besorgnissen über den Verlust erfahrener Mitarbeiter und erneut erklärend, dass die Bindung von Personal für den raschen Abschluss der Tätigkeit des Gerichtshofs unerlässlich ist,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, dass Richter Joseph Asoka de Silva und Richter Taghreed Hikmat ungeachtet dessen, dass ihre Amtszeit am 31. Dezember 2010 abläuft, ermächtigt sind, den Fall *Ndindiliyimana et al*. zu erledigen, mit dessen Behandlung sie vor Ablauf ihrer Amtszeit begonnen haben, und nimmt Kenntnis von der Absicht des Gerichtshofs, den Fall im März 2011 abzuschließen;

2. *beschließt außerdem*, dass Richter Joseph Masanche ungeachtet dessen, dass seine Amtszeit am 31. Dezember 2010 abläuft, ermächtigt ist, den Fall *Hategekimana* zu erledigen, mit dessen Behandlung er vor Ablauf seiner Amtszeit begonnen hat, und nimmt Kenntnis von der Absicht des Gerichtshofs, den Fall im Januar 2011 abzuschließen;

3. *beschließt ferner*, dass im Hinblick auf den Abschluss bestehender oder die Durchführung zusätzlicher Verfahren durch den Gerichtshof die Gesamtzahl der am Gerichtshof tätigen Ad-litem-Richter zeitweise die nach Artikel 11 Absatz 1 des Statuts des Gerichtshofs vorgesehene Höchstzahl von neun überschreiten darf, wobei sie zu keinem Zeitpunkt mehr als zwölf betragen darf und bis zum 31. Dezember 2011 auf höchstens neun zurückgeführt werden muss;

4. *erklärt erneut*, wie wichtig eine angemessene Personalausstattung des Gerichtshofs für den raschen Abschluss seiner Tätigkeit ist, fordert das Sekretariat und die anderen zuständigen Organe der Vereinten Nationen auf, weiter mit dem Kanzler des Gerichtshofs zusammenzuarbeiten, um praktikable Lösungen für dieses Problem zu finden, während sich der Gerichtshof dem Abschluss seiner Tätigkeit nähert, und fordert gleichzeitig den

[121] Siehe S/2010/574.

Gerichtshof auf, sich mit erneuten Anstrengungen auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren;

5. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6447. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6573. Sitzung am 6. Juli 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind

Gleichlautende Schreiben des Generalsekretärs vom 20. Mai 2011 an den Präsidenten der Generalversammlung und den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/329)“.

Resolution 1995 (2011)
vom 6. Juli 2011

Der Sicherheitsrat,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 20. Mai 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, dem ein Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda („Gerichtshof“) vom 5. Mai 2011 beigefügt ist[122],

unter Hinweis auf seine Resolutionen 955 (1994) vom 8. November 1994, 1503 (2003) vom 28. August 2003 und 1534 (2004) vom 26. März 2004 sowie seine früheren Resolutionen betreffend den Gerichtshof,

sowie unter Hinweis auf seine Resolution 1966 (2010) vom 22. Dezember 2010, mit der der Internationale Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe („Mechanismus“) geschaffen und der Gerichtshof ersucht wurde, alle ihm möglichen Maßnahmen zu treffen, um seine gesamte verbleibende Arbeit zügig und spätestens bis zum 31. Dezember 2014 abzuschließen, seine Auflösung vorzubereiten und für einen reibungslosen Übergang zu dem Mechanismus zu sorgen,

ferner unter Hinweis darauf, dass die Abteilung des Mechanismus für den Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda am 1. Juli 2012 ihre Tätigkeit aufnimmt,

Kenntnis nehmend von den Einschätzungen des Gerichtshofs in seinem Bericht über die Arbeitsabschlussstrategie[123],

feststellend, dass nach dem Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle vier ständige Richter von den Strafkammern an die Berufungskammer verlegt und zwei ständige Richter den Gerichtshof verlassen werden,

sowie Kenntnis nehmend von den vom Präsidenten und vom Ankläger des Gerichtshofs geäußerten Besorgnissen über Personalfragen und erneut erklärend, dass die Bindung von Personal für den raschen Abschluss der Tätigkeit des Gerichtshofs unerlässlich ist,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an den Gerichtshof, alle ihm möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um seine Tätigkeit schnell abzuschließen, entsprechend dem Ersuchen in Resolution 1966 (2010),

[122] S/2011/329.

[123] Siehe S/2011/317.

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, dass Ad-litem-Richter, ungeachtet des Artikels 13 Absatz 1 und des Artikels 12 quater Absatz 2 *a*) des Statuts des Gerichtshofs, zum Präsidenten des Gerichtshofs gewählt werden und an den Wahlen zu diesem Amt teilnehmen können;

2. *beschließt* in dieser Hinsicht *außerdem*, dass ungeachtet des Artikels 12 quater Absatz 2 des Statuts des Gerichtshofs ein zum Präsidenten des Gerichtshofs gewählter Ad-litem-Richter die gleichen Befugnisse wie ein ständiger Richter ausüben darf, was weder seinen Status ändern noch zusätzliche Zulagen oder Leistungen über die bereits bestehenden hinaus begründen wird und woraus sich keine Änderungen des geltenden Dienstverhältnisses als Ad-litem-Richter ergeben werden;

3. *beschließt ferner*, dass ungeachtet des Artikels 12 quater Absatz 2 des Statuts des Gerichtshofs ein zum Vizepräsidenten des Gerichtshofs gewählter Ad-litem-Richter die Aufgaben des Präsidenten wahrnehmen darf, wenn das Statut oder die Verfahrens- und Beweisordnung dies erfordern, was weder seinen Status ändern noch zusätzliche Zulagen oder Leistungen über die bereits bestehenden hinaus begründen wird und woraus sich keine Änderungen des geltenden Dienstverhältnisses als Ad-litem-Richter ergeben werden;

4. *beschließt* in Anbetracht der außergewöhnlichen Umstände, dass Richter Dennis Byron ungeachtet des Artikels 12 bis Absatz 3 des Statuts des Gerichtshofs vom 1. September 2011 bis zum Abschluss des ihm zugewiesenen Falles nebenamtlich tätig sein und einer anderen richterlichen Tätigkeit nachgehen darf, nimmt Kenntnis von der Absicht des Gerichtshofs, den Fall bis Dezember 2011 abzuschließen, und unterstreicht, dass diese Ausnahmegenehmigung nicht so anzusehen ist, als werde dadurch ein Präzedenzfall geschaffen. Dem Präsidenten des Gerichtshofs obliegt es, sicherzustellen, dass diese Regelung mit der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Richters vereinbar ist, keinen Anlass zu Interessenkonflikten gibt und den Erlass des Urteils nicht verzögert;

5. *erklärt erneut*, dass die vom Gerichtshof angeklagten Personen vor Gericht gestellt werden müssen, fordert alle Staaten, insbesondere die Staaten der Region der Großen Seen, erneut auf, die Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof zu verstärken und ihm jede erforderliche Hilfe zu gewähren, und fordert insbesondere die in Betracht kommenden Staaten auf, sich verstärkt darum zu bemühen, Herrn Félicien Kabuga, Herrn Augustin Bizimana, Herrn Protais Mpiranya und die weiteren vom Gerichtshof angeklagten Personen vor Gericht zu bringen;

6. *erklärt erneut*, wie wichtig eine angemessene Personalausstattung des Gerichtshofs für den raschen Abschluss seiner Tätigkeit ist, fordert die zuständigen Organe der Vereinten Nationen auf, ihre Zusammenarbeit mit dem Sekretariat und dem Kanzler des Gerichtshofs zu verstärken und flexibel vorzugehen, um praktikable Lösungen für dieses Problem zu finden, während sich der Gerichtshof dem Abschluss seiner Arbeit nähert, und fordert gleichzeitig den Gerichtshof auf, sich mit erneuten Anstrengungen auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren;

7. *lobt* die Staaten, die der Umsiedlung freigesprochener Personen oder verurteilter Personen, die ihre Strafe verbüßt haben, in ihr Hoheitsgebiet zugestimmt haben, und fordert die anderen Staaten, die dazu in der Lage sind, auf, bei der Umsiedlung freigesprochener Personen und verurteilter Personen, die ihre Strafe verbüßt haben, mit dem Gerichtshof zusammenzuarbeiten und ihm jede erforderliche Hilfe zu gewähren;

8. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6573. Sitzung einstimmig verabschiedet.

INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF ZUR VERFOLGUNG DER VERANTWORTLICHEN FÜR DIE SEIT 1991 IM HOHEITSGEBIET DES EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN BEGANGENEN SCHWEREN VERSTÖSSE GEGEN DAS HUMANITÄRE VÖLKERRECHT

INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF ZUR VERFOLGUNG DER PERSONEN, DIE FÜR VÖLKERMORD UND ANDERE SCHWERE VERSTÖSSE GEGEN DAS HUMANITÄRE VÖLKERRECHT IM HOHEITSGEBIET RUANDAS ZWISCHEN DEM 1. JANUAR 1994 UND DEM 31. DEZEMBER 1994 VERANTWORTLICH SIND, SOWIE RUANDISCHER STAATSANGEHÖRIGER, DIE FÜR WÄHREND DESSELBEN ZEITRAUMS IM HOHEITSGEBIET VON NACHBARSTAATEN BEGANGENEN VÖLKERMORD UND ANDERE DERARTIGE VERSTÖSSE VERANTWORTLICH SIND[124]

Beschlüsse

Auf seiner 6434. Sitzung am 6. Dezember 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Kroatiens, Ruandas und Serbiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

> „Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht
>
> Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind
>
> > Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht vom 1. November 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/588)
> >
> > Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind, vom 5. November 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/574)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Richter Patrick Robinson, den Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, Richter Dennis Byron, den Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, Herrn Serge Brammertz, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, und Herrn Hassan Bubacar Jallow, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6463. Sitzung am 22. Dezember 2010 behandelte der Rat den Punkt

[124] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1999 verabschiedet.

„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht vom 1. November 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/588)

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind, vom 5. November 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/574)“.

Resolution 1966 (2010) vom 22. Dezember 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolution 827 (1993) vom 25. Mai 1993, mit der er den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien schuf, und seine Resolution 955 (1994) vom 8. November 1994, mit der er den Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda schuf, und alle späteren einschlägigen Resolutionen,

insbesondere unter Hinweis auf seine Resolutionen 1503 (2003) vom 28. August 2003 und 1534 (2004) vom 26. März 2004, in denen er die Gerichtshöfe aufforderte, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Ermittlungen bis Ende 2004, alle Gerichtsverfahren der ersten Instanz bis Ende 2008 und die gesamte Tätigkeit im Jahr 2010 abzuschließen („Arbeitsabschlussstrategie“), und feststellend, dass die vorgesehenen Termine nicht eingehalten worden sind,

in Anerkennung des erheblichen Beitrags der Gerichtshöfe zur internationalen Strafrechtspflege, zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für schwere internationale Verbrechen und zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda,

unter Hinweis darauf, dass die Gerichtshöfe unter den besonderen Umständen des ehemaligen Jugoslawien und Ruandas als Ad-hoc-Maßnahme geschaffen wurden, um zur Wiederherstellung und Wahrung des Friedens beizutragen,

in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, die Straflosigkeit derer, die für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich sind, zu bekämpfen, sowie der Notwendigkeit, alle vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und vom Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda angeklagten Personen vor Gericht zu bringen,

unter Hinweis auf die Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 19. Dezember 2008[125] und erneut erklärend, dass ein Ad-hoc-Mechanismus geschaffen werden muss, der nach der Auflösung der Gerichtshöfe mehrere ihrer wesentlichen Aufgaben wahrnimmt, namentlich die Gerichtsverfahren gegen flüchtige Personen, die zu den hochrangigsten Führungspersonen zählen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie die größte Verantwortung für Verbrechen tragen,

betonend, dass dieser internationale Residualmechanismus angesichts des erheblich geringeren Umfangs der verbliebenen Aufgaben eine kleine, befristete und effiziente Struktur sein soll, deren Aufgaben und Größe mit der Zeit abnehmen werden, und über eine kleine Zahl von Mitarbeitern verfügen soll, die den verringerten Aufgaben angepasst ist,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs über die verwaltungs- und haushaltstechnischen Aspekte der Optionen für mögliche Standorte der Archive des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien und des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda und für den Sitz des oder der Residualmechanismen der Gerichtshöfe[126],

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, den Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe („der Mechanismus“) zu schaffen, bestehend aus zwei Abteilungen, die ihre Tätigkeit am 1. Juli 2012 (Abteilung für den Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda) beziehungsweise am 1. Juli 2013 (Abteilung für den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien) aufnehmen werden („Daten der Tätigkeitsaufnahme“), und beschließt zu diesem Zweck, das in Anlage 1 dieser Resolution festgelegte Statut des Mechanismus zu verabschieden;

2. *beschließt außerdem*, dass die Bestimmungen dieser Resolution und die Statuten des Mechanismus, des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien und des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda den in Anlage 2 dieser Resolution festgelegten Übergangsregelungen unterliegen;

3. *ersucht* den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und den Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda, alle ihnen möglichen Maßnahmen zu treffen, um ihre gesamte verbleibende Arbeit wie in dieser Resolution vorgesehen spätestens bis zum 31. Dezember 2014 abzuschließen, ihre Auflösung vorzubereiten und für einen reibungslosen Übergang zu dem Mechanismus zu sorgen, namentlich durch die Bildung von Vorausteams in jedem der Gerichtshöfe;

4. *beschließt*, dass ab dem in Ziffer 1 genannten Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung die Gerichtsbarkeit, die Rechte und Pflichten und die wesentlichen Aufgaben des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien beziehungsweise des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda auf den Mechanismus übergehen, vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Resolution und des Statuts des Mechanismus, und dass alle von den Vereinten Nationen in Bezug auf den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und den Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda geschlossenen Verträge und internationalen Übereinkünfte, die zum jeweiligen Datum der Tätigkeitsaufnahme noch in Kraft sind, für den Mechanismus sinngemäß in Kraft bleiben;

5. *ersucht* den Generalsekretär, möglichst bald, spätestens jedoch bis zum 30. Juni 2011 einen Entwurf für die Verfahrens- und Beweisordnung des Mechanismus, der auf der

[125] S/PRST/2008/47.

[126] S/2009/258.

Verfahrens- und Beweisordnung der Gerichtshöfe beruht und den Bestimmungen dieser Resolution und des Statuts des Mechanismus unterliegt, zur Behandlung und Annahme durch die Richter des Mechanismus vorzulegen;

6. *beschließt*, dass die Verfahrens- und Beweisordnung des Mechanismus und alle Änderungen mit der Annahme durch die Richter des Mechanismus in Kraft treten, sofern der Sicherheitsrat nichts anderes beschließt;

7. *beschließt außerdem*, dass die Entscheidung über den jeweiligen Sitz der Abteilungen des Mechanismus dem Abschluss entsprechender, für den Rat annehmbarer Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und den Gastländern der Abteilungen des Mechanismus unterliegt;

8. *erinnert* an die Verpflichtung der Staaten, mit den Gerichtshöfen zusammenzuarbeiten und insbesondere Rechtshilfeersuchen in Bezug auf die Ermittlung des Aufenthaltsorts, die Festnahme, die Inhaftierung, die Überstellung und die Übergabe von Beschuldigten ohne unangemessene Verzögerung nachzukommen;

9. *beschließt*, dass alle Staaten mit dem Mechanismus gemäß dieser Resolution und dem Statut des Mechanismus voll zusammenarbeiten werden und dass daher alle Staaten alle nach ihrem innerstaatlichen Recht erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen haben, um die Bestimmungen dieser Resolution und des Statuts des Mechanismus umzusetzen, was auch die Verpflichtung der Staaten einschließt, Rechtshilfeersuchen oder Anordnungen des Mechanismus nach seinem Statut nachzukommen;

10. *fordert* alle Staaten, vor allem diejenigen, in denen sich vermutlich flüchtige Personen auf freiem Fuß befinden, *nachdrücklich auf*, die Zusammenarbeit mit den Gerichtshöfen beziehungsweise dem Mechanismus weiter zu verstärken und ihnen jede erforderliche Hilfe zu gewähren, um insbesondere so bald wie möglich die Festnahme und Überstellung aller noch flüchtigen Personen zu bewirken;

11. *fordert* die Gerichtshöfe und den Mechanismus *nachdrücklich auf*, alles zu tun, um diejenigen Fälle, die nicht die hochrangigsten Führungspersonen betreffen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie die größte Verantwortung für Verbrechen tragen, in Übereinstimmung mit ihrem Statut und ihrer Verfahrens- und Beweisordnung an zuständige nationale Gerichte zu überweisen;

12. *fordert* alle Staaten *auf*, so umfassend wie möglich zusammenzuarbeiten, um die von den Gerichtshöfen und dem Mechanismus überwiesenen Fälle zu übernehmen;

13. *ersucht* den Generalsekretär, diese Resolution durchzuführen und praktische Vorkehrungen zu treffen, damit der Mechanismus ab dem ersten in Ziffer 1 genannten Datum der Tätigkeitsaufnahme wirksam tätig werden kann, und insbesondere spätestens bis zum 30. Juni 2011 die Verfahren für die Auswahl der in die Richterliste des Mechanismus aufzunehmenden Richter im Einklang mit seinem Statut einzuleiten;

14. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, vor dem in Ziffer 1 genannten ersten Datum der Tätigkeitsaufnahme in Abstimmung mit dem Rat ein Informationssicherheits- und Zugangssystem für die Archive der Gerichtshöfe und des Mechanismus zu erarbeiten;

15. *ersucht* die Gerichtshöfe und den Mechanismus, mit den Ländern des ehemaligen Jugoslawien und mit Ruanda sowie mit interessierten Stellen zusammenzuarbeiten, um die Einrichtung von Informations- und Dokumentationszentren zu erleichtern, indem sie öffentliche Dokumente der Archive der Gerichtshöfe und des Mechanismus zugänglich machen, namentlich auch über ihre Websites;

16. *ersucht* den Präsidenten des Mechanismus, dem Rat und der Generalversammlung einen Jahresbericht vorzulegen, und ersucht den Präsidenten und den Ankläger des Mechanismus, dem Rat Halbjahresberichte über die Arbeitsfortschritte des Mechanismus vorzulegen;

17. *beschließt*, dass der Mechanismus zunächst für einen Zeitraum von vier Jahren ab dem in Ziffer 1 genannten ersten Datum der Tätigkeitsaufnahme tätig sein wird, beschließt außerdem, vor Ablauf dieses Anfangszeitraums und danach alle zwei Jahre die Fortschritte bei der Arbeit des Mechanismus, namentlich beim Abschluss seiner Aufgaben, zu überprüfen, und beschließt ferner, dass der Mechanismus nach jeder solchen Überprüfung für Folgezeiträume von jeweils zwei Jahren weiter tätig sein wird, sofern der Rat nichts anderes beschließt;

18. *unterstreicht seine Absicht*, über die Modalitäten für die Wahrnehmung etwaiger noch verbleibender Aufgaben des Mechanismus zu entscheiden, nachdem dieser seine Tätigkeit abgeschlossen hat;

19. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6463. Sitzung mit 14 Stimmen ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung (Russische Föderation) verabschiedet.

Anlage 1

Statut des Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe

Präambel

Der Internationale Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe (im Folgenden „der Mechanismus"), der vom Sicherheitsrat kraft Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen geschaffen wurde, um die verbliebenen Aufgaben des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht (im Folgenden „IStGHJ") und des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind (im Folgenden „IStGHR") zu erfüllen, nimmt seine Aufgaben nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Statuts wahr.

Artikel 1
Zuständigkeit des Mechanismus

1. Die in den Artikeln 1 bis 8 des Statuts des IStGHJ und den Artikeln 1 bis 7 des Statuts des IStGHR festgelegte sachliche, räumliche, zeitliche und persönliche Zuständigkeit des IStGHJ und des IStGHR sowie die Rechte und Pflichten des IStGHJ und des IStGHR gehen vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Statuts auf den Mechanismus über.

2. Der Mechanismus ist befugt, die vom IStGHJ oder vom IStGHR angeklagten Personen, die zu den hochrangigsten Führungspersonen zählen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie die größte Verantwortung für die unter Absatz 1 fallenden Verbrechen tragen, unter Berücksichtigung der Schwere der den Angeklagten zur Last gelegten Verbrechen und des Grades ihrer Verantwortung nach diesem Statut strafrechtlich zu verfolgen.

3. Der Mechanismus ist befugt, die vom IStGHJ oder vom IStGHR angeklagten Personen, die nicht zu den unter Absatz 2 fallenden hochrangigsten Führungspersonen zählen, nach diesem Statut strafrechtlich zu verfolgen, mit der Maßgabe, dass der Mechanismus nach diesem Statut nur dann selbst Verfahren gegen diese Personen einleiten darf, wenn er alle angemessenen Bemühungen zur Überweisung des Falles nach Artikel 6 unternommen hat.

4. Der Mechanismus ist befugt, nach diesem Statut

a) jede Person, die wissentlich und vorsätzlich die Rechtspflege durch den Mechanismus oder die Gerichtshöfe behindert oder behindert hat, strafrechtlich zu verfolgen und sie wegen Missachtung des Gerichts zu belangen;

b) einen Zeugen, der wissentlich und vorsätzlich vor dem Mechanismus oder den Gerichtshöfen eine Falschaussage macht oder gemacht hat, strafrechtlich zu verfolgen.

Bevor der Mechanismus Verfahren gegen diese Personen einleitet, prüft er unter Berücksichtigung der Interessen der Rechtspflege und der Zweckmäßigkeit die Überweisung des Falles an die Behörden eines Staates nach Artikel 6.

5. Der Mechanismus ist nicht befugt, neue Anklagen gegen nicht unter diesen Artikel fallende Personen zu erheben.

Artikel 2
Aufgaben des Mechanismus

Der Mechanismus führt während der Zeit seiner Tätigkeit die in diesem Statut festgelegten Aufgaben des IStGHJ und des IStGHR („verbliebene Aufgaben“) fort.

Artikel 3
Struktur und Sitze des Mechanismus

Der Mechanismus hat zwei Abteilungen, eine für den IStGHJ und eine für den IStGHR. Die Abteilung für den IStGHJ hat ihren Sitz in Den Haag. Die Abteilung für den IStGHR hat ihren Sitz in Arusha.

Artikel 4
Organisation des Mechanismus

Der Mechanismus setzt sich aus den folgenden Organen zusammen:

a) den Kammern, bestehend aus einer Strafkammer für jede Abteilung des Mechanismus und einer gemeinsamen Berufungskammer für beide Abteilungen des Mechanismus;

b) dem gemeinsamen Ankläger der beiden Abteilungen des Mechanismus;

c) der gemeinsamen Kanzlei der beiden Abteilungen des Mechanismus, die Verwaltungsdienste für den Mechanismus, einschließlich der Kammern und des Anklägers, leistet.

Artikel 5
Konkurrierende Zuständigkeit

1. Der Mechanismus und die nationalen Gerichte haben konkurrierende Zuständigkeit für die strafrechtliche Verfolgung der unter Artikel 1 fallenden Personen.

2. Der Mechanismus hat in Übereinstimmung mit diesem Statut Vorrang vor den nationalen Gerichten. Der Mechanismus kann in jeder Phase eines Verfahrens, das eine unter Artikel 1 Absatz 2 fallende Person betrifft, die nationalen Gerichte förmlich ersuchen, ihr Verfahren zugunsten der Zuständigkeit des Mechanismus in Übereinstimmung mit diesem Statut und der Verfahrens- und Beweisordnung des Mechanismus zurückzustellen.

Artikel 6
Überweisung von Fällen an nationale Gerichte

1. Der Mechanismus ist befugt und unternimmt alle Anstrengungen, um Fälle, die unter Artikel 1 Absatz 3 fallende Personen betreffen, in Übereinstimmung mit den nachstehenden Absätzen 2 und 3 an die Behörden eines Staates zu überweisen. Der Mechanismus ist

außerdem befugt, Fälle zu überweisen, die unter Artikel 1 Absatz 4 fallende Personen betreffen.

2. Nach der Bestätigung der Anklage und vor der Eröffnung des Hauptverfahrens kann der Präsident unabhängig davon, ob sich der Angeklagte im Gewahrsam des Mechanismus befindet, eine Strafkammer bestimmen, die darüber entscheidet, ob der Fall an die Behörden des Staates überwiesen werden soll,

i) in dessen Hoheitsgebiet das Verbrechen begangen wurde oder

ii) in dem der Angeklagte festgenommen wurde oder

iii) der Gerichtsbarkeit hat und der willens und ausreichend vorbereitet ist, einen solchen Fall zu übernehmen, damit diese Behörden den Fall zur Durchführung des Verfahrens in diesem Staat unverzüglich dem zuständigen Gericht übergeben.

3. Bei der Entscheidung, ob ein Fall, der unter Artikel 1 Absatz 3 fallende Personen betrifft, in Übereinstimmung mit Absatz 2 überwiesen wird, berücksichtigt die Strafkammer im Einklang mit Resolution 1534 (2004) des Sicherheitsrats die Schwere der dem Angeklagten zur Last gelegten Verbrechen und den Grad seiner Verantwortung.

4. Die Strafkammer kann die Überweisung aus eigener Initiative oder auf Antrag des Anklägers anordnen, nachdem sie dem Ankläger und gegebenenfalls dem Angeklagten die Gelegenheit gegeben hat, gehört zu werden, und nachdem sie zu der Überzeugung gelangt ist, dass der Angeklagte ein faires Verfahren erhalten wird und dass die Todesstrafe nicht verhängt oder vollstreckt werden wird.

5. Der Mechanismus überwacht die vom IStGHJ und vom IStGHR und die in Übereinstimmung mit diesem Artikel an nationale Gerichte überwiesenen Fälle mit Unterstützung internationaler und regionaler Organisationen und Organe.

6. Nachdem der IStGHJ, der IStGHR oder der Mechanismus die Überweisung eines Falles angeordnet hat und bevor ein nationales Gericht den Angeklagten für schuldig befunden oder freigesprochen hat, kann die Strafkammer, wenn feststeht, dass die Bedingungen für die Überweisung des Falles nicht mehr gegeben sind, und es im Interesse der Rechtspflege liegt, auf Antrag des Anklägers oder aus eigener Initiative und nachdem sie den betreffenden staatlichen Behörden die Gelegenheit gegeben hat, gehört zu werden, die Anordnung aufheben und ein förmliches Ersuchen auf Überleitung des Falles an den Mechanismus stellen.

Artikel 7
Ne bis in idem

1. Niemand darf wegen Handlungen, die nach diesem Statut schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen und für die er bereits vom IStGHJ, vom IStGHR oder vom Mechanismus belangt wurde, vor ein nationales Gericht gestellt werden.

2. Eine unter Artikel 1 fallende Person, die wegen Handlungen, die schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen, bereits vor ein nationales Gericht gestellt wurde, darf anschließend nur dann vom Mechanismus belangt werden,

a) wenn die Handlung, derentwegen sie vor Gericht stand, als gewöhnliches Verbrechen bezeichnet wurde oder

b) wenn das Verfahren vor dem nationalen Gericht nicht unparteiisch und unabhängig war, wenn es dem Zweck diente, den Angeklagten vor internationaler strafrechtlicher Verantwortlichkeit zu schützen, oder wenn der Fall nicht mit der erforderlichen Sorgfalt verfolgt wurde.

3. Bei der Strafzumessung für eine Person, die eines Verbrechens im Sinne dieses Statuts für schuldig befunden wurde, berücksichtigt der Mechanismus, inwieweit diese Person

bereits eine von einem nationalen Gericht wegen derselben Handlung verhängte Strafe verbüßt hat.

Artikel 8
Liste von Richtern

1. Der Mechanismus hat eine Liste von 25 unabhängigen Richtern („Richter des Mechanismus"), von denen nicht mehr als zwei Staatsangehörige desselben Staates sein dürfen.

2. Wer im Hinblick auf die Mitgliedschaft bei der Liste als Staatsangehöriger mehr als eines Staates angesehen werden kann, gilt als Staatsangehöriger des Staates, in dem er gewöhnlich seine bürgerlichen und politischen Rechte ausübt.

3. Die Richter des Mechanismus sind am jeweiligen Sitz der Abteilungen des Mechanismus nur anwesend, soweit dies auf Ersuchen des Präsidenten zur Wahrnehmung der Aufgaben notwendig ist, die ihre Anwesenheit erfordern. Soweit möglich können ihre Aufgaben nach Entscheidung des Präsidenten ortsfern außerhalb des Sitzes der Abteilungen des Mechanismus wahrgenommen werden.

4. Die Richter des Mechanismus erhalten dafür, dass sie Mitglied der Liste sind, keine Vergütung oder sonstigen Leistungen. Das Dienstverhältnis der Richter entspricht für jeden Tag, an dem sie ihre Aufgaben für den Mechanismus wahrnehmen, dem der Ad-hoc-Richter des Internationalen Gerichtshofs. Das Dienstverhältnis des Präsidenten des Mechanismus entspricht dem der Richter des Internationalen Gerichtshofs.

Artikel 9
Voraussetzungen für die Tätigkeit als Richter

1. Die Richter müssen Personen von hohem sittlichem Ansehen sein, die sich durch Unparteilichkeit und Integrität auszeichnen und die in ihrem Staat die für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Erfahrung als Richter am IStGHJ oder am IStGHR wird besonders berücksichtigt.

2. Bei der Zusammensetzung der Straf- und Berufungskammern wird die Erfahrung der Richter auf dem Gebiet des Strafrechts und des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, gebührend berücksichtigt.

Artikel 10
Wahl der Richter

1. Die Richter des Mechanismus werden von der Generalversammlung aufgrund einer vom Sicherheitsrat vorgelegten Liste in folgender Weise gewählt:

a) Der Generalsekretär fordert die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und die Nichtmitgliedstaaten mit ständigen Beobachtermissionen am Amtssitz der Vereinten Nationen auf, Richter zu benennen, vorzugsweise aus dem Kreis von Personen, die über Erfahrung als Richter am IStGHJ oder am IStGHR verfügen;

b) innerhalb von sechzig Tagen nach der Aufforderung durch den Generalsekretär kann jeder Staat bis zu zwei Kandidaten benennen, welche die in Artikel 9 Absatz 1 genannten Voraussetzungen erfüllen;

c) der Generalsekretär leitet die eingegangenen Benennungen an den Sicherheitsrat weiter. Der Sicherheitsrat stellt aus den eingegangenen Benennungen eine Liste mit mindestens 30 Kandidaten auf, wobei die in Artikel 9 Absatz 1 genannten Voraussetzungen und die angemessene Vertretung der hauptsächlichen Rechtssysteme der Welt angemessen zu berücksichtigen sind;

d) der Präsident des Sicherheitsrats übermittelt die Liste der Kandidaten dem Präsidenten der Generalversammlung. Die Generalversammlung wählt aus dieser Liste die 25 Richter des Mechanismus. Diejenigen Kandidaten, welche die absolute Mehrheit der Stimmen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und der Nichtmitgliedstaaten mit ständigen Beobachtermissionen am Amtssitz der Vereinten Nationen erhalten, sind gewählt. Erhalten mehr als zwei Kandidaten derselben Staatsangehörigkeit die erforderliche Stimmenmehrheit, so sind die beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl gewählt.

2. Wird ein Platz auf der Liste frei, so ernennt der Generalsekretär nach Absprache mit den Präsidenten des Sicherheitsrats und der Generalversammlung für die restliche betreffende Amtszeit eine Person, welche die Voraussetzungen nach Artikel 9 Absatz 1 erfüllt.

3. Die Richter des Mechanismus werden für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt und können vom Generalsekretär nach Absprache mit den Präsidenten des Sicherheitsrats und der Generalversammlung wiederernannt werden.

4. Ist die Liste erschöpft, ist keiner der Richter der Liste verfügbar oder ist es nicht möglich, einen bereits beim Mechanismus tätigen Richter zuzuteilen, kann der Generalsekretär, nachdem alle anderen in Betracht kommenden Möglichkeiten geprüft worden sind, auf Ersuchen des Präsidenten des Mechanismus und nach Absprache mit den Präsidenten des Sicherheitsrats und der Generalversammlung eine Person, die die Voraussetzungen nach Artikel 9 Absatz 1 erfüllt, zum Richter des Mechanismus ernennen.

Artikel 11
Präsident

1. Nach Absprache mit dem Präsidenten des Sicherheitsrats und den Richtern des Mechanismus ernennt der Generalsekretär aus dem Kreis der Richter des Mechanismus einen hauptamtlichen Präsidenten.

2. Der Präsident ist an den Sitzen der Abteilungen des Mechanismus anwesend, soweit es für die Wahrnehmung seiner Aufgaben notwendig ist.

Artikel 12
Zuteilung der Richter und Zusammensetzung der Kammern

1. Zur Verhandlung eines Falles nach den Absätzen 2 und 3 des Artikels 1 oder zur Prüfung der Überweisung des Falles an ein nationales Gericht ernennt der Präsident drei Richter aus der Liste, die eine Strafkammer bilden, und aus ihrem Kreis einen Vorsitzenden zur Leitung der Tätigkeit der Kammer. In allen anderen Fällen, einschließlich Verfahren nach Artikel 1 Absatz 4, ernennt der Präsident für die Sache einen Einzelrichter aus der Liste.

2. Der Präsident kann für jede Abteilung des Mechanismus aus der Liste einen Bereitschaftsrichter bestimmen, der kurzfristig verfügbar ist, um als Einzelrichter tätig zu werden, und dem Anklageschriften, Befehle und andere nicht einer Strafkammer zugewiesene Angelegenheiten zur Entscheidung zugeleitet werden können.

3. Der Präsident des Mechanismus ist Mitglied der Berufungskammer, ernennt die anderen Mitglieder und sitzt ihr vor. Im Fall einer Berufung gegen eine Entscheidung eines Einzelrichters setzt sich die Berufungskammer aus drei Richtern zusammen. Im Fall einer Berufung gegen eine Entscheidung einer Strafkammer setzt sich die Berufungskammer aus fünf Richtern zusammen.

4. Im Fall eines Antrags auf Wiederaufnahme des Verfahrens nach Artikel 24 in Bezug auf ein von einem Einzelrichter oder einer Strafkammer erlassenes Urteil ernennt der Präsident drei Richter, die eine Strafkammer zur Prüfung des Wiederaufnahmeantrags bilden. Im Fall eines Antrags auf Wiederaufnahme des Verfahrens in Bezug auf ein von der Berufungskammer erlassenes Urteil setzt sich die Berufungskammer zur Prüfung des Wiederaufnahmeantrags aus fünf Richtern zusammen.

5. Der Präsident kann aus dem Kreis der Richter des Mechanismus einen Reserverichter ernennen, der der Verhandlung in jeder Phase beiwohnt und an die Stelle eines Richters tritt, wenn dieser nicht in der Lage ist, weiter tätig zu sein.

Artikel 13
Verfahrens- und Beweisordnung

1. Die Richter des Mechanismus erlassen eine Verfahrens- und Beweisordnung, die die Durchführung des Vorverfahrens, des Hauptverfahrens und des Berufungsverfahrens, die Zulassung von Beweismitteln, den Schutz der Opfer und Zeugen und andere in Betracht kommende Angelegenheiten regelt.

2. Änderungen der Verfahrens- und Beweisordnung können von den Richtern des Mechanismus in einem fernschriftlichen Verfahren beschlossen werden

3. Sofern der Sicherheitsrat nichts anderes beschließt, treten die Verfahrens- und Beweisordnung und alle Änderungen mit ihrer Annahme durch die Richter des Mechanismus in Kraft.

4. Die Verfahrens- und Beweisordnung und ihre Änderungen müssen mit diesem Statut vereinbar sein.

Artikel 14
Ankläger

1. Dem Ankläger obliegt es, gegen unter Artikel 1 fallende Personen zu ermitteln und sie strafrechtlich zu verfolgen.

2. Der Ankläger handelt unabhängig als eigenständiges Organ des Mechanismus. Er darf von einer Regierung oder von einer anderen Stelle Weisungen weder einholen noch entgegennehmen.

3. Die Anklagebehörde besteht aus dem Ankläger, einem vom Ankläger bestimmten geschäftsführenden Leiter am Sitz der betreffenden Abteilung des Mechanismus und dem weiteren erforderlichen fachlich befähigten Personal nach Absatz 5. Der Ankläger ist am jeweiligen Sitz der Abteilungen des Mechanismus anwesend, soweit dies für die Wahrnehmung seiner Aufgaben notwendig ist.

4. Der Ankläger wird auf Vorschlag des Generalsekretärs vom Sicherheitsrat ernannt. Er muss ein hohes sittliches Ansehen genießen und ein Höchstmaß an Sachverstand und Erfahrung bei der Durchführung von Ermittlungen und der Strafverfolgung besitzen. Die Amtszeit des Anklägers beträgt vier Jahre; Wiederernennung ist zulässig. Das Dienstverhältnis des Anklägers entspricht dem eines Untergeneralsekretärs der Vereinten Nationen.

5. Die Anklagebehörde hat eine kleine, den verringerten Aufgaben des Mechanismus angepasste Zahl von Mitarbeitern, die am Sitz der jeweiligen Abteilung des Mechanismus tätig sind. Die Behörde führt eine Liste mit fachlich befähigten möglichen Mitarbeitern, vorzugsweise aus dem Kreis von Personen mit Erfahrung am IStGHJ oder am IStGHR, um die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben gegebenenfalls erforderlichen zusätzlichen Mitarbeiter rasch einstellen zu können. Das Personal der Anklagebehörde wird auf Empfehlung des Anklägers vom Generalsekretär ernannt.

Artikel 15
Kanzlei

1. Der Kanzlei obliegt die Verwaltung und die Betreuung der Abteilungen des Mechanismus.

2. Die Kanzlei besteht aus dem Kanzler, einem vom Kanzler bestimmten geschäftsführenden Leiter am Sitz der betreffenden Abteilung des Mechanismus und dem weiteren er-

forderlichen fachlich befähigten Personal nach Absatz 4. Der Kanzler ist am jeweiligen Sitz der Abteilungen des Mechanismus anwesend, soweit dies für die Wahrnehmung seiner Aufgaben notwendig ist.

3. Der Kanzler wird vom Generalsekretär für eine vierjährige Amtszeit ernannt und kann wiederernannt werden. Das Dienstverhältnis des Kanzlers entspricht dem eines Beigeordneten Generalsekretärs der Vereinten Nationen.

4. Die Kanzlei hat eine kleine, den verringerten Aufgaben des Mechanismus angepasste Zahl von Mitarbeitern, die am Sitz der jeweiligen Abteilung des Mechanismus tätig sind. Die Kanzlei führt eine Liste mit fachlich befähigten möglichen Mitarbeitern, vorzugsweise aus dem Kreis von Personen mit Erfahrung am IStGHJ oder am IStGHR, um die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben gegebenenfalls erforderlichen zusätzlichen Mitarbeiter rasch einstellen zu können. Das Personal der Kanzlei wird auf Empfehlung des Kanzlers vom Generalsekretär ernannt.

Artikel 16
Ermittlungen und Ausarbeitung der Anklageschrift

1. Der Ankläger ist befugt, gegen unter Artikel 1 fallende Personen Ermittlungen durchzuführen. Der Ankläger ist nicht befugt, neue Anklageschriften gegen nicht unter Artikel 1 fallende Personen auszuarbeiten.

2. Der Ankläger ist befugt, Verdächtige, Opfer und Zeugen zu vernehmen, Beweis zu erheben und an Ort und Stelle eine Augenscheinnahme durchzuführen. In Wahrnehmung dieser Aufgaben kann der Ankläger, soweit erforderlich, die betreffenden staatlichen Behörden um Mithilfe ersuchen.

3. Jeder Verdächtige hat bei seiner Vernehmung das Recht, die Dienste eines Verteidigers seiner Wahl in Anspruch zu nehmen; fehlen ihm die Mittel zur Bezahlung eines Verteidigers, so ist ihm unentgeltlich ein Verteidiger zu stellen; ferner hat er, falls notwendig, Anspruch auf Übersetzung aus einer und in eine Sprache, die er spricht und versteht.

4. Stellt der Ankläger fest, dass hinreichende Verdachtsgründe vorliegen, so arbeitet er die Anklageschrift aus, die eine knappe Darstellung des Sachverhalts und des Verbrechens oder der Verbrechen enthält, die dem Beschuldigten nach dem Statut zur Last gelegt werden. Die Anklageschrift wird dem Bereitschaftsrichter oder einem vom Präsidenten bestimmten Einzelrichter zugeleitet.

Artikel 17
Prüfung der Anklageschrift

1. Der Bereitschaftsrichter oder der vom Präsidenten bestimmte Einzelrichter prüft die Anklageschrift. Gelangt er zu der Überzeugung, dass der Ankläger hinreichende Verdachtsgründe glaubhaft gemacht hat, so bestätigt er die Anklage. Ist dies nicht der Fall, so weist er die Klage zurück.

2. Nach Bestätigung der Anklage kann der Richter auf Antrag des Anklägers Anordnungen und Beschlüsse zur Festnahme, Inhaftierung, Überstellung oder Übergabe von Personen und sonstige zur Durchführung des Verfahrens erforderliche Anordnungen erlassen.

Artikel 18
Eröffnung und Durchführung des Hauptverfahrens

1. Der Einzelrichter oder die Strafkammern, die das Verfahren durchführen, tragen dafür Sorge, dass es fair und zügig verläuft und nach Maßgabe der Verfahrens- und Beweisordnung sowie unter voller Beachtung der Rechte des Angeklagten und gebührender Berücksichtigung des Schutzes der Opfer und Zeugen geführt wird.

2. Eine Person, gegen die die Anklage bestätigt wurde, wird aufgrund einer Anordnung oder eines Haftbefehls des Mechanismus in Haft genommen, unverzüglich über die gegen sie erhobene Anklage in Kenntnis gesetzt und dem Mechanismus überstellt.

3. Der Einzelrichter oder der vom Präsidenten bestimmte Richter der Strafkammer verliest die Anklageschrift, sorgt dafür, dass die Rechte des Angeklagten gewahrt werden, bestätigt, dass der Angeklagte die Anklage verstanden hat, und fordert ihn auf, sich zur Anklage zu äußern. Danach legt der Einzelrichter oder die Strafkammer den Verhandlungstermin fest.

4. Die Verhandlung ist öffentlich, sofern der Einzelrichter oder die Strafkammer nicht in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung den Ausschluss der Öffentlichkeit beschließt.

Artikel 19
Rechte des Angeklagten

1. Alle Menschen sind vor dem Mechanismus gleich.

2. Der Angeklagte hat Anspruch darauf, dass vorbehaltlich des Artikels 20 über die gegen ihn erhobene Anklage in billiger Weise und öffentlich verhandelt wird.

3. Der Angeklagte gilt bis zu dem nach den Bestimmungen dieses Statuts erbrachten Nachweis seiner Schuld als unschuldig.

4. Jeder, gegen den aufgrund dieses Statuts Anklage erhoben wird, hat in gleicher Weise Anspruch auf folgende Mindestgarantien:

a) Er ist unverzüglich und im Einzelnen in einer ihm verständlichen Sprache über Art und Grund der gegen ihn erhobenen Anklage zu unterrichten;

b) er muss hinreichend Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung seiner Verteidigung und zum Verkehr mit einem Verteidiger seiner Wahl haben;

c) es muss ohne unangemessene Verzögerung ein Urteil gegen ihn ergehen;

d) er muss bei der Verhandlung anwesend sein und darf sich selbst verteidigen oder durch einen Verteidiger seiner Wahl verteidigen lassen; falls er keinen Verteidiger hat, ist er über das Recht, einen Verteidiger in Anspruch zu nehmen, zu unterrichten; fehlen ihm die Mittel zur Bezahlung eines Verteidigers, so ist ihm ein Verteidiger unentgeltlich beizuordnen, wenn dies im Interesse der Rechtspflege erforderlich ist;

e) er darf Fragen an die Belastungszeugen stellen oder stellen lassen und das Erscheinen und die Vernehmung der Entlastungszeugen unter den für die Belastungszeugen geltenden Bedingungen erwirken;

f) er kann die unentgeltliche Beziehung eines Dolmetschers verlangen, wenn er die Verhandlungssprache des Mechanismus nicht versteht oder spricht;

g) er darf nicht gezwungen werden, gegen sich selbst als Zeuge auszusagen oder sich schuldig zu bekennen.

Artikel 20
Schutz der Opfer und Zeugen

Der Mechanismus sorgt in seiner Verfahrens- und Beweisordnung für den Schutz der Opfer und Zeugen in Bezug auf den IStGHJ, den IStGHR und den Mechanismus. Die Schutzmaßnahmen umfassen, ohne darauf beschränkt zu sein, die Verhandlungsführung unter Ausschluss der Öffentlichkeit und den Schutz der Identität der Opfer.

Artikel 21
Urteile

1. Der Einzelrichter oder die Strafkammer verkündet Urteile und verhängt Strafen gegen die unter Artikel 1 fallenden Personen, die vom Mechanismus für schuldig befunden wurden.

2. Alle Urteile werden öffentlich verkündet und ergehen zusammen mit einer schriftlichen Begründung. Die Urteile einer Kammer werden mit Stimmenmehrheit der Richter gefällt; ihnen können Darlegungen der persönlichen oder abweichenden Meinung angefügt sein.

Artikel 22
Strafen

1. Die Strafen, die gegen unter Artikel 1 Absätze 2 und 3 fallende Personen verhängt werden, beschränken sich auf Freiheitsentzug. Gegen Personen, die unter Artikel 1 Absatz 4 fallen, kann eine Freiheitsstrafe bis zu einer Höchstdauer von sieben Jahren oder eine Geldstrafe in einer in der Verfahrens- und Beweisordnung festzulegenden Höhe oder beides verhängt werden.

2. Bei der Festsetzung des Strafrahmens berücksichtigt der Einzelrichter oder die Strafkammer die allgemeine Praxis der Gerichte des ehemaligen Jugoslawien beziehungsweise Ruandas in Bezug auf Freiheitsstrafen.

3. Bei der Festsetzung der Strafen soll der Einzelrichter oder die Strafkammer Faktoren wie die Schwere der Straftat und die persönlichen Verhältnisse des Verurteilten berücksichtigen.

4. Neben einer Freiheitsstrafe kann der Einzelrichter oder die Strafkammer anordnen, dass durch strafbares Verhalten einschließlich Nötigung erworbene Vermögensgegenstände und Erlöse den rechtmäßigen Eigentümern zurückgegeben werden.

Artikel 23
Berufungsverfahren

1. Die Berufungskammer führt ein Berufungsverfahren auf Antrag von Personen, die verurteilt worden sind, oder auf Antrag des Anklägers aus folgenden Gründen durch:

a) wenn ein Rechtsirrtum vorliegt, der die Entscheidung ungültig macht, oder

b) wenn ein Tatsachenirrtum vorliegt, der zu einem Fehlurteil geführt hat.

2. Die Berufungskammer kann die Entscheidungen des Einzelrichters oder der Strafkammer bestätigen, aufheben oder abändern.

Artikel 24
Wiederaufnahmeverfahren

Wird eine neue Tatsache festgestellt, die zur Zeit des Verfahrens vor dem Einzelrichter, der Strafkammer oder der Berufungskammer des IStGHJ, des IStGHR oder des Mechanismus nicht bekannt war und die für die Entscheidung hätte ausschlaggebend sein können, so kann der Verurteilte beim Mechanismus einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens stellen. Der Ankläger kann einen Wiederaufnahmeantrag innerhalb eines Jahres nach der Verkündung des endgültigen Urteils stellen. Die Kammer nimmt das Verfahren nur dann wieder auf, wenn eine Mehrheit der Richter der Kammer nach vorläufiger Prüfung darin übereinstimmt, dass die neue Tatsache, ihr Vorliegen unterstellt, für die Entscheidung hätte ausschlaggebend sein können.

Artikel 25
Vollstreckung der Strafe

1. Eine Freiheitsstrafe wird in einem Staat verbüßt, der vom Mechanismus anhand einer Liste von Staaten bestimmt wird, mit denen die Vereinten Nationen zu diesem Zweck ein Abkommen geschlossen haben. Die Strafverbüßung erfolgt nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften des betreffenden Staates und unterliegt der Aufsicht des Mechanismus.

2. Der Mechanismus ist befugt, die Vollstreckung der vom IStGHJ, vom IStGHR oder vom Mechanismus verhängten Strafen, einschließlich der Durchführung der von den Vereinten Nationen mit Mitgliedstaaten geschlossenen Abkommen über Strafvollstreckung sowie anderer Abkommen mit internationalen und regionalen Organisationen und sonstigen in Betracht zu ziehenden Organisationen und Organen, zu überwachen.

Artikel 26
Begnadigung oder Strafumwandlung

Kommt eine vom IStGHJ, vom IStGHR oder vom Mechanismus verurteilte Person aufgrund der geltenden Rechtsvorschriften des Staates, in dem sie ihre Freiheitsstrafe verbüßt, für eine Begnadigung oder eine Umwandlung der Strafe in Betracht, so teilt der betreffende Staat dies dem Mechanismus mit. Eine Begnadigung oder eine Strafumwandlung wird nur dann gewährt, wenn der Präsident des Mechanismus dies im Interesse der Rechtspflege und unter Berücksichtigung der allgemeinen Rechtsgrundsätze beschließt.

Artikel 27
Verwaltung der Archive

1. Unbeschadet etwaiger Auflagen seitens der Bereitsteller von Informationen und Dokumenten oder der mit ihnen getroffenen Abmachungen bleiben die Archive des IStGHJ, des IStGHR und des Mechanismus Eigentum der Vereinten Nationen. Diese Archive sind nach Abschnitt 4 des Übereinkommens vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen[127] unverletzlich, gleichviel wo sie sich befinden.

2. Dem Mechanismus obliegt die Verwaltung dieser Archive, einschließlich ihrer Erhaltung und des Zugangs zu ihnen. Die Archive des IStGHJ und des IStGHR werden am Standort der betreffenden Abteilung des Mechanismus untergebracht.

3. Bei der Verwaltung des Zugangs zu den Archiven sorgt der Mechanismus dafür, dass vertrauliche Informationen, einschließlich solcher, die geschützte Zeugen betreffen oder die auf vertraulicher Basis zur Verfügung gestellt wurden, weiterhin geschützt bleiben. Zu diesem Zweck richtet der Mechanismus ein Informationssicherheits- und Zugangssystem, namentlich für die Anwendung und/oder die Aufhebung des Geheimschutzes der Archive, ein.

Artikel 28
Zusammenarbeit und Rechtshilfe

1. Die Staaten arbeiten bei der Ermittlung und Strafverfolgung von Personen, die unter Artikel 1 fallen, mit dem Mechanismus zusammen.

2. Die Staaten kommen allen Rechtshilfeersuchen und allen von einem Einzelrichter oder einer Strafkammer erlassenen Anordnungen im Zusammenhang mit Fällen, die unter Artikel 1 fallende Personen betreffen, unverzüglich nach, insbesondere, ohne darauf beschränkt zu sein, in Bezug auf

[127] Resolution 22 A (I) der Generalversammlung. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1980 II S. 941; LGBl. 1993 Nr. 66; öBGBl. Nr. 126/1957.

a) die Identifizierung und die Ermittlung des Aufenthaltsorts von Personen;

b) die Vernehmung von Zeugen und die Beibringung von Beweismitteln;

c) die Zustellung von Unterlagen;

d) die Festnahme oder Inhaftierung von Personen;

e) die Übergabe oder Überstellung des Beschuldigten an den Mechanismus.

3. Der Mechanismus kommt Rechtshilfeersuchen nationaler Behörden nach, die Ermittlungen, die Strafverfolgung und Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda betreffen, gegebenenfalls auch indem er bei der Fahndung nach flüchtigen Personen behilflich ist, deren Fälle der IStGHJ, der IStGHR oder der Mechanismus nationalen Behörden überwiesen hat.

Artikel 29
Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten des Mechanismus

1. Das Übereinkommen vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen findet Anwendung auf den Mechanismus, die Archive des IStGHJ, des IStGHR und des Mechanismus, die Richter, den Ankläger und sein Personal sowie auf den Kanzler und sein Personal.

2. Der Präsident, der Ankläger und der Kanzler genießen die Vorrechte und Immunitäten sowie die Befreiungen und Erleichterungen, die den diplomatischen Vertretern nach dem Völkerrecht eingeräumt werden. Die Richter des Mechanismus genießen bei der Wahrnehmung der Geschäfte des Mechanismus dieselben Vorrechte und Immunitäten sowie Befreiungen und Erleichterungen.

3. Das Personal des Anklägers und des Kanzlers genießt die Vorrechte und Immunitäten, die den Bediensteten der Vereinten Nationen nach den Artikeln V und VII des in Absatz 1 genannten Übereinkommens eingeräumt werden.

4. Verteidiger, die nachweisen, dass sie vom Mechanismus als Verteidiger zugelassen sind, genießen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, nachdem der Mechanismus den Empfangsstaat im Voraus über ihren Auftrag, ihre Ankunft und ihre endgültige Ausreise unterrichtet hat, die Vorrechte und Immunitäten, die den Sachverständigen im Auftrag der Vereinten Nationen nach Artikel VI Abschnitt 22 Buchstaben *a* bis *c* und Abschnitt 23 des in Absatz 1 dieses Artikels genannten Übereinkommens eingeräumt werden. Verteidiger, die diese Vorrechte und Immunitäten genießen, sind unbeschadet derselben verpflichtet, die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften des Empfangsstaats zu beachten.

5. Sonstigen Personen, deren Anwesenheit an den Sitzen des Mechanismus erforderlich ist, einschließlich der Angeklagten, wird die für die reibungslose Wahrnehmung der Aufgaben des Mechanismus notwendige Behandlung gewährt.

Artikel 30
Kosten des Mechanismus

Die Kosten des Mechanismus werden im Einklang mit Artikel 17 der Charta der Vereinten Nationen aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen bestritten.

Artikel 31
Arbeitssprachen

Die Arbeitssprachen des Mechanismus sind Englisch und Französisch.

Artikel 32
Berichte

1. Der Präsident des Mechanismus legt dem Sicherheitsrat und der Generalversammlung den Jahresbericht des Mechanismus vor.

2. Der Präsident und der Ankläger legen dem Sicherheitsrat Halbjahresberichte über die Arbeitsfortschritte des Mechanismus vor.

Anlage 2

Übergangsregelungen

Artikel 1
Verfahren der ersten Instanz

1. Der IStGHJ und der IStGHR sind für den Abschluss aller zum Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung des Mechanismus bei ihnen anhängigen Haupt- oder Überweisungsverfahren zuständig.

2. Wird eine vom IStGHJ oder vom IStGHR angeklagte flüchtige Person mehr als 12 Monate vor dem Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung des Mechanismus festgenommen oder wird von der Berufungskammer mehr als 6 Monate vor diesem Datum eine Neuverhandlung angeordnet, so ist der IStGHJ beziehungsweise der IStGHR im Einklang mit seinem Statut und seiner Verfahrens- und Beweisordnung für die Durchführung und den Abschluss des Verfahrens gegen diese Person oder gegebenenfalls die Überweisung des Falles an die Behörden eines Staates zuständig.

3. Wird eine vom IStGHJ oder vom IStGHR angeklagte flüchtige Person 12 Monate vor dem Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung des Mechanismus oder später festgenommen oder wird 6 Monate vor diesem Datum oder später eine Neuverhandlung angeordnet, so ist der IStGHJ beziehungsweise der IStGHR im Einklang mit seinem Statut und seiner Verfahrens- und Beweisordnung lediglich für die Vorbereitung des Hauptverfahrens gegen diese Person oder gegebenenfalls die Überweisung des Falles an die Behörden eines Staates zuständig. Ab dem Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung des Mechanismus ist der Mechanismus für diese Person nach Artikel 1 seines Statuts zuständig, insbesondere für das Hauptverfahren gegen sie oder gegebenenfalls die Überweisung des Falles.

4. Wird eine vom IStGHJ oder vom IStGHR angeklagte flüchtige Person am oder nach dem Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung des Mechanismus festgenommen oder wird am oder nach diesem Datum eine Neuverhandlung angeordnet, so ist der Mechanismus für diese Person nach Artikel 1 seines Statuts zuständig.

Artikel 2
Berufungsverfahren

1. Der IStGHJ und der IStGHR sind für die Durchführung und den Abschluss aller Berufungsverfahren gegen das Urteil oder den Strafspruch zuständig, bei denen die Rechtsmittelschrift vor dem Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung des Mechanismus eingereicht wird.

2. Der Mechanismus ist für die Durchführung und den Abschluss aller Berufungsverfahren gegen das Urteil oder den Strafspruch zuständig, bei denen die Rechtsmittelschrift am oder nach dem Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung des Mechanismus eingereicht wird.

Artikel 3
Wiederaufnahmeverfahren

1. Der IStGHJ und der IStGHR sind für die Durchführung und den Abschluss aller Wiederaufnahmeverfahren zuständig, bei denen der Wiederaufnahmeantrag vor dem Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung des Mechanismus gestellt wird.

2. Der Mechanismus ist für die Durchführung und den Abschluss aller Wiederaufnahmeverfahren zuständig, bei denen der Wiederaufnahmeantrag am oder nach dem Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung des Mechanismus gestellt wird.

Artikel 4
Missachtung des Gerichts und Falschaussage

1. Der IStGHJ und der IStGHR sind für die Durchführung und den Abschluss aller Verfahren wegen Missachtung des Gerichts und Falschaussage zuständig, bei denen die Anklage vor dem Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung des Mechanismus bestätigt wird.

2. Der Mechanismus ist für die Durchführung und den Abschluss aller Verfahren wegen Missachtung des Gerichts und Falschaussage zuständig, bei denen die Anklage am oder nach dem Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung des Mechanismus bestätigt wird.

Artikel 5
Schutz der Opfer und Zeugen

1. Der IStGHJ und der IStGHR sorgen für den Schutz der Opfer und Zeugen und nehmen alle damit verbundenen gerichtlichen Aufgaben und Aufgaben der Strafverfolgung in Bezug auf alle Fälle wahr, für die der IStGHJ beziehungsweise der IStGHR nach den Artikeln 1 bis 4 zuständig ist.

2. Der Mechanismus sorgt für den Schutz der Opfer und Zeugen und nimmt alle damit verbundenen gerichtlichen Aufgaben und Aufgaben der Strafverfolgung in Bezug auf alle Fälle wahr, für die der Mechanismus nach den Artikeln 1 bis 4 zuständig ist.

3. Der Mechanismus sorgt für den Schutz der Opfer und Zeugen und nimmt alle damit verbundenen gerichtlichen Aufgaben und Aufgaben der Strafverfolgung wahr, wenn eine Person in zwei oder mehr Fällen, für die der Mechanismus und der IStGHJ beziehungsweise der IStGHR nach den Artikeln 1 bis 4 zuständig sind, Opfer oder Zeuge ist.

4. Der IStGHJ und der IStGHR treffen die notwendigen Vorkehrungen, um so bald wie möglich für alle abgeschlossenen Fälle der Gerichtshöfe einen koordinierten Übergang der Aufgabe des Opfer- und Zeugenschutzes an den Mechanismus zu gewährleisten. Ab dem Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung des Mechanismus nimmt der Mechanismus alle damit verbundenen gerichtlichen Aufgaben und Aufgaben der Strafverfolgung in Bezug auf diese Fälle wahr.

Artikel 6
Koordinierter Übergang der sonstigen Aufgaben

Der IStGHJ und der IStGHR treffen die notwendigen Vorkehrungen, um so bald wie möglich für den koordinierten Übergang der sonstigen Aufgaben der Gerichtshöfe, einschließlich der Aufsicht über die Strafvollstreckung, der Rechtshilfeersuchen nationaler Behörden und der Verwaltung der Dokumente und Archive, an den Mechanismus zu sorgen. Ab dem Datum der Tätigkeitsaufnahme der jeweiligen Abteilung des Mechanismus nimmt der Mechanismus alle damit verbundenen gerichtlichen Aufgaben und Aufgaben der Strafverfolgung wahr.

Artikel 7
Übergangsregelungen für den Präsidenten, die Richter, den Ankläger, den Kanzler und das Personal

Unbeschadet der Bestimmungen der Statute des Mechanismus, des IStGHJ und des IStGHR

a) dürfen der Präsident, die Richter, der Ankläger und der Kanzler des Mechanismus auch das Amt des Präsidenten, eines Richters, des Anklägers oder des Kanzlers des IStGHJ oder des IStGHR innehaben;

b) dürfen Mitarbeiter des Mechanismus auch Mitarbeiter des IStGHJ oder des IStGHR sein.

Beschlüsse

Auf seiner 6545. Sitzung am 6. Juni 2011 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Kroatiens, Ruandas und Serbiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht vom 12. Mai 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/316)

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind, vom 12. Mai 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/317)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Richter Patrick Robinson, den Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, Richterin Khalida Rachid Khan, die Präsidentin des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, Herrn Serge Brammertz, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, und Herrn Hassan Bubacar Jallow, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

DIE SITUATION IN GEORGIEN[128]

Beschluss

Am 2. Mai 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[129]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 25. Februar 2010 betreffend Ihre Absicht, Herrn Antti Turunen (Finnland) zum Vertreter der Vereinten Nationen bei dem Gemeinsamen Mechanismus für die Verhütung von Zwischenfällen und die Reaktion darauf und der in Genf geführten internationalen Debatte über Sicherheit und Stabilität und die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen zu ernennen[130], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie haben von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht sowie von den darin enthaltenen Informationen Kenntnis genommen."

DIE FRAGE BETREFFEND HAITI[131]

Beschlüsse

Auf seiner 6382. Sitzung am 13. September 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Argentiniens, Chiles, Haitis, Kanadas, Kolumbiens, Norwegens, Perus und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Frage betreffend Haiti

> Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (S/2010/446)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Edmond Mulet, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Haiti und Leiter der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Peter Schwaiger, den Stellvertretenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 8. September 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6399. Sitzung am 14. Oktober 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Argentiniens, Chiles, Ecuadors, Guatemalas, Haitis, Kanadas, Perus, Spaniens und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Frage betreffend Haiti

> Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (S/2010/446)".

---

[128] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1992 verabschiedet.

[129] S/2011/279.

[130] S/2010/103.

[131] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1993 verabschiedet.

Resolution 1944 (2010) vom 14. Oktober 2010

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seiner früheren Resolutionen über Haiti, insbesondere der Resolutionen 1542 (2004) vom 30. April 2004, 1576 (2004) vom 29. November 2004, 1608 (2005) vom 22. Juni 2005, 1658 (2006) vom 14. Februar 2006, 1702 (2006) vom 15. August 2006, 1743 (2007) vom 15. Februar 2007, 1780 (2007) vom 15. Oktober 2007, 1840 (2008) vom 14. Oktober 2008, 1892 (2009) vom 13. Oktober 2009, 1908 (2010) vom 19. Januar 2010 und 1927 (2010) vom 4. Juni 2010,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Haitis,

in Anbetracht der erheblichen Verwüstungen, die die Regierung und das Volk Haitis erlitten haben, mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die neuen Herausforderungen und Gefahren infolge des Erdbebens vom 12. Januar 2010, die Einschätzung des Generalsekretärs teilend, dass das Erdbeben die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte bei der Stabilisierung nicht zunichtegemacht, aber neue Hindernisse geschaffen sowie neue Chancen eröffnet hat, und betonend, dass die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti ihre Tätigkeit weiter darauf richten muss, entsprechend dem ihr vom Sicherheitsrat erteilten derzeitigen Mandat die Sicherheit und Stabilität Haitis zu gewährleisten, namentlich im Zusammenhang mit den bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen,

mit der Aufforderung an die Regierung Haitis und alle anderen maßgeblichen haitianischen Akteure, die Abhaltung glaubwürdiger und rechtmäßiger Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 28. November 2010 zu gewährleisten, was die Demokratie weiter festigen, den Abschluss der Verfassungsreform ermöglichen und zum Wiederaufbauprozess beitragen wird, und unter Betonung der Notwendigkeit, die Beteiligung der Frauen am Wahlprozess weiter zu fördern,

betonend, dass Fortschritte bei der Wiederherstellung und dem Wiederaufbau Haitis für die Herbeiführung dauerhafter Stabilität unerlässlich sind, und erneut darauf hinweisend, dass Sicherheit mit sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung einhergehen muss,

betonend, dass die Regierung Haitis die Führungsrolle im Prozess der Wiederherstellung und des Wiederaufbaus des Landes nach der Katastrophe wahrnimmt, unterstreichend, dass alle Akteure der Vereinten Nationen und die anderen maßgeblichen Beteiligten stärker koordinierte und sich gegenseitig ergänzende Anstrengungen unternehmen müssen, um der Regierung in dieser Hinsicht behilflich zu sein, und unter Begrüßung der Einrichtung der Interimskommission für die Wiederherstellung Haitis und des Wiederaufbaufonds für Haiti, denen bei den mittel- und langfristigen Wiederaufbaubemühungen in Haiti eine zentrale Rolle zukommt,

unter Begrüßung der Einsetzung der Ad-hoc-Präsidialkommission für Neuansiedlung, die den Auftrag hat, alle an der Umsiedlung und Neuansiedlung Binnenvertriebener beteiligten Akteure zu koordinieren,

mit der Aufforderung an die Geber, den am 31. März 2010 auf der Internationalen Geberkonferenz „Eine neue Zukunft für Haiti“ in New York gegebenen Zusagen unverzüglich nachzukommen, damit die Wiederaufbaubemühungen rasch greifbare und sichtbare Erfolge hervorbringen,

unter Betonung der Rolle der Regionalorganisationen beim laufenden Prozess der Stabilisierung und des Wiederaufbaus Haitis und mit der Aufforderung an die Mission, auch weiterhin eng mit den regionalen und subregionalen Organisationen, den internationalen Finanzinstitutionen und den sonstigen beteiligten Akteuren, insbesondere der Organisation der amerikanischen Staaten und der Karibischen Gemeinschaft, zusammenzuarbeiten,

in Anerkennung der von der Organisation der amerikanischen Staaten weiterhin gewährten Unterstützung bei der Modernisierung des haitianischen Wählerverzeichnisses und betonend, wie wichtig die Aktualisierung der Wählerliste nach den Erdbebenverwüstungen vom 12. Januar 2010 ist,

anerkennend, dass die Herausforderungen in Haiti miteinander verknüpft sind, in Bekräftigung dessen, dass nachhaltige Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und institutionelle Reform, nationale Aussöhnung und Entwicklung einander verstärken, und unter Begrüßung der fortgesetzten Bemühungen der Regierung Haitis und der internationalen Gemeinschaft, diese Herausforderungen zu bewältigen,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die steigende Zahl der in Umlauf befindlichen Waffen, die Zunahme des Drogenhandels und die Sicherheitslage in den Lagern für Binnenvertriebene und ferner mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über sexuelle und geschlechtsspezifische Verbrechen in Haiti,

anerkennend, dass die Stärkung der nationalen Menschenrechtsinstitutionen und die Achtung der Menschenrechte, ordnungsgemäße Verfahren, die Bekämpfung der Kriminalität und der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt und die Beendigung der Straflosigkeit für die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit und der Sicherheit in Haiti unerlässlich sind,

in Würdigung der außerordentlichen Anstrengungen, mit denen die Vereinten Nationen auf das Erdbeben reagiert haben, in Anerkennung der maßgeblichen Rolle der Mission bei der Gewährleistung der Stabilität und der Sicherheit in Haiti sowie in Anerkennung der einander ergänzenden Rollen, die die Mission und das Landesteam der Vereinten Nationen bislang bei der Unterstützung der Wiederherstellungsbemühungen Haitis wahrgenommen haben, und in Bekräftigung der Befugnisse des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Haiti bei der Koordinierung und Durchführung aller Tätigkeiten der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen in Haiti,

in Würdigung dessen, dass die Mission der Regierung Haitis auch weiterhin dabei behilflich ist, ein sicheres und stabiles Umfeld zu gewährleisten, mit dem Ausdruck seines Dankes an das Personal der Mission und seine Länder und in Würdigung derer, die in Ausübung ihres Dienstes verletzt wurden oder ums Leben kamen,

mit der Aufforderung an die Regierung Haitis, in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft die Reform des Sicherheitssektors weiter voranzubringen, wie insbesondere in dem von der Regierung beschlossenen Plan zur Reform der Haitianischen Nationalpolizei[132] vorgesehen,

unter Hervorhebung der Notwendigkeit, das haitianische Justiz- und Strafvollzugssystem im Einklang mit dem nationalen Justizreformplan weiter zu stärken, namentlich durch die Modernisierung der Justizinstitutionen und die Verbesserung des Zugangs zur Justiz, darunter die Einrichtung neuer Rechtsberatungsstellen,

unter Begrüßung der Anstrengungen, die der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Herr William J. Clinton, als Sondergesandter der Vereinten Nationen für Haiti unternimmt, um die Maßnahmen der Vereinten Nationen nach dem Erdbeben im Rahmen der humanitären Einsätze wie auch der Entwicklungstätigkeiten zu verbessern sowie die Hilfezusagen und Mittelauszahlungen zu verfolgen, mit der Interimskommission für die Wiederherstellung Haitis und den internationalen Finanzinstitutionen Verbindung zu halten, die Kohärenz bei allen Einsätzen der Vereinten Nationen in Haiti zu gewährleisten und zu einer besseren Koordinierung zwischen den nichtstaatlichen Organisationen beizutragen, im Einklang mit den haitianischen Prioritäten,

[132] S/2006/726, Anlage.

betonend, wie wichtig eine starke Koordinierung zwischen dem Büro des Sondergesandten und den anderen Institutionen der Vereinten Nationen und den Mitgliedstaaten ist, und unter Betonung der Notwendigkeit der Koordinierung unter allen internationalen Akteuren vor Ort,

die Notwendigkeit *unterstreichend*, hochwirksame, arbeitskräfteintensive Projekte mit hohem Profil durchzuführen, die dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen und grundlegende soziale Dienste zu erbringen,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 1. September 2010[133],

feststellend, dass die Situation in Haiti trotz der bislang erzielten Fortschritte nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, wie in Ziffer 7 Abschnitt I der Resolution 1542 (2004) beschrieben,

1. *beschließt*, das in seinen Resolutionen 1542 (2004), 1608 (2005), 1702 (2006), 1743 (2007), 1780 (2007), 1840 (2008), 1892 (2009), 1908 (2010) und 1927 (2010) enthaltene Mandat der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti bis zum 15. Oktober 2011 zu verlängern, mit der Absicht, es um weitere Zeiträume zu verlängern;

2. *beschließt außerdem*, die derzeitige Gesamttruppenstärke der Mission, die aus einem militärischen Anteil von bis zu 8.940 Soldaten aller Dienstgrade und einem Polizeianteil von bis zu 4.391 Polizisten besteht, beizubehalten, und fordert den Generalsekretär auf, die in Ziffer 56 des Berichts des Generalsekretärs[133] erwähnte umfassende Bewertung des Sicherheitsumfelds nach den Wahlen und der Machtübergabe an eine neue Regierung im Jahr 2011 vorzunehmen;

3. *erkennt an*, dass die Regierung und das Volk Haitis für alle Aspekte der Stabilisierung des Landes haupt- und eigenverantwortlich sind, begrüßt die Schritte, die die Mission unternommen hat, um im Rahmen der verfügbaren Mittel der Regierung Haitis auf Ersuchen mit logistischer Unterstützung und Fachwissen dabei behilflich zu sein, die Maßnahmen zum Aufbau der Kapazitäten der rechtsstaatlichen Institutionen auf nationaler und lokaler Ebene fortzusetzen und die Umsetzung der Strategie der Regierung zur Neuansiedlung der Vertriebenen zu beschleunigen, in dem Wissen, dass es sich dabei um vorübergehende Maßnahmen handelt, die mit dem Erstarken der haitianischen Kapazitäten auslaufen werden, und fordert die Mission auf, die vom Generalsekretär empfohlenen diesbezüglichen Aktivitäten zügig durchzuführen;

4. *erkennt außerdem an*, dass die erfolgreiche Abhaltung freier, fairer, alle einbeziehender und transparenter Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gemäß dem verfassungsmäßigen Zeitplan eine wesentliche Voraussetzung für die Konsolidierung eines stabilen politischen Umfelds ist, in dem die Wiederherstellungs- und Wiederaufbaumaßnahmen voranschreiten können, bekräftigt seine Aufforderung an die Mission, den in Haiti im Gang befindlichen politischen Prozess zu unterstützen, namentlich durch die Guten Dienste des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Haiti, und legt der Mission nahe, die Regierung Haitis und den Vorläufigen Wahlrat auch weiterhin bei der Vorbereitung und Durchführung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Haiti zu unterstützen und in Zusammenarbeit mit den anderen internationalen Akteuren, namentlich der Organisation der amerikanischen Staaten und der Karibischen Gemeinschaft, die internationale Wahlhilfe für Haiti zu koordinieren;

5. *fordert* alle Geber und internationalen und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, ihre Anstrengungen in enger Zusammenarbeit mit der Interimskommission für die Wieder-

[133] S/2010/446.

herstellung Haitis abzustimmen, um die Regierung Haitis verstärkt in die Lage zu versetzen, den Aktionsplan für die nationale Wiederherstellung und Entwicklung Haitis zu erfüllen;

6. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Mission derzeit unternimmt, um die Abstimmung mit der Haitianischen Nationalpolizei zu verstärken und ihre Hilfe für Grenzmanagementmaßnahmen auszuweiten und so von unerlaubten Aktivitäten abzuschrecken, und fordert die internationalen und regionalen Partner Haitis auf, ihre diesbezügliche Hilfe für die Regierung Haitis auf Ersuchen zu verstärken;

7. *ersucht* das Landesteam der Vereinten Nationen und fordert alle Akteure auf, die von der Regierung Haitis mit Unterstützung durch die Mission durchgeführten Sicherheits- und Entwicklungsmaßnahmen durch Aktivitäten zu ergänzen, die auf die wirksame Verbesserung der Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Frauen und Kinder, abzielen;

8. *ersucht* die Mission, auch weiterhin rasch wirkende Projekte durchzuführen, die das Vertrauen der haitianischen Bevölkerung gegenüber der Mission weiter stärken;

9. *ermutigt* die haitianischen Behörden, diese Unterstützung in vollem Umfang zu nutzen, namentlich bei der Stärkung der Kapazitäten der Haitianischen Nationalpolizei, der Modernisierung der wichtigsten Rechtsvorschriften und der Durchführung des nationalen Justizreformplans, die notwendigen Schritte, einschließlich Ernennungen, zu unternehmen, die den übergeordneten Justizinstitutionen ein angemessenes Arbeiten ermöglichen, und das Problem der lang andauernden Untersuchungshaft und der Überbelegung der Gefängnisse anzugehen, unter besonderer Berücksichtigung von Kindern;

10. *fordert* die Regierung Haitis *auf*, mit Unterstützung durch die Mission die nächste Auflage des Plans zur Reform der Haitianischen Nationalpolizei zu erarbeiten, um nach Ablauf des aktuellen Plans[132] und des Strategieplans der Nationalen Gefängnisverwaltung Kontinuität zu gewährleisten, befürwortet die Durchführung dieser Pläne und ersucht die Mission, die Überprüfung, Betreuung und Ausbildung des Polizei- und Strafvollzugspersonals und die Stärkung der institutionellen und operativen Kapazitäten der Strafvollzugsdienste auch weiterhin zu unterstützen;

11. *begrüßt* es, dass wieder neue Kräfte für die Haitianische Nationalpolizei ausgebildet werden, und betont, wie wichtig es ist, dass die internationale Gemeinschaft ihre Unterstützung für den Aufbau der Kapazitäten der Haitianischen Nationalpolizei fortsetzt und verstärkt;

12. *legt* der Mission *nahe*, der Regierung Haitis weiter dabei behilflich zu sein, der Zivilbevölkerung angemessenen Schutz zu gewähren, unter besonderer Beachtung der Bedürfnisse der Binnenvertriebenen und anderer schutzbedürftiger Gruppen, vor allem von Frauen und Kindern, namentlich durch gemeinsame gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit in den Lagern sowie durch verstärkte Mechanismen zur Bekämpfung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt;

13. *legt* der Mission *außerdem nahe*, der Regierung Haitis dabei behilflich zu sein, der Gefahr eines Wiederauflebens der Bandengewalt, der organisierten Kriminalität, des Drogenhandels und des Kinderhandels zu begegnen;

14. *verurteilt mit Nachdruck* die schweren Rechtsverletzungen an von bewaffneter Gewalt betroffenen Kindern und das weit verbreitete Vorkommen von Vergewaltigungen und anderen Formen des sexuellen Missbrauchs von Frauen und Mädchen und fordert die Regierung Haitis auf, mit Unterstützung durch die Mission und das Landesteam der Vereinten Nationen die Rechte der Frauen und Kinder, wie in den Resolutionen des Sicherheitsrats 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 ausgeführt, auch weiterhin zu fördern und zu schützen;

15. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das gesamte Personal der Mission die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch uneingeschränkt beachtet, und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Handlungen, an denen ihr Personal beteiligt ist, ordnungsgemäß untersucht und bestraft werden;

16. *bekräftigt* das Mandat der Mission auf dem Gebiet der Menschenrechte, fordert die haitianischen Behörden auf, ihre Anstrengungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte fortzusetzen, und fordert die Mission auf, für die Haitianische Nationalpolizei und andere zuständige Institutionen, einschließlich der Strafvollzugsdienste, Schulungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Menschenrechte durchzuführen;

17. *begrüßt* die von der Mission geleistete wichtige Arbeit zur Deckung dringender Bedürfnisse in Haiti, legt der Mission nahe, im Rahmen ihres Mandats die bestehenden Mittel und Kapazitäten, namentlich ihre Pioniere, voll zum Einsatz zu bringen, um die Stabilität in dem Land weiter zu erhöhen, und ersucht die Mission, ihre längerfristige Planung darauf auszurichten, unter haitianischer Führung ergriffene Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung des Landes zu unterstützen;

18. *ersucht* die Mission, ihr erweitertes Konzept zur Minderung der Gewalt in den Gemeinwesen fortzusetzen und das Programm an die sich nach dem Erdbeben in Haiti wandelnden Anforderungen anzupassen, wobei den Vertriebenen und den Bewohnern der von Gewalt betroffenen Viertel besonderes Augenmerk gelten soll;

19. *ersucht* die Mission *außerdem*, die haitianischen Behörden auch weiterhin bei ihren Anstrengungen zur Kontrolle des Zustroms von Kleinwaffen zu unterstützen, namentlich bei arbeitskräfteintensiven Projekten, dem Aufbau eines Waffenregisters, der Änderung der bestehenden Rechtsvorschriften über Waffeneinfuhren und Waffenbesitz, der Reform des Systems für Waffenscheine und der Erarbeitung und Umsetzung einer nationalen Doktrin für gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit;

20. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass die Planungsdokumente für den militärischen Anteil und den Polizeianteil, wie etwa das Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien, nach Bedarf regelmäßig aktualisiert werden und im Einklang mit den Bestimmungen aller seiner einschlägigen Resolutionen stehen, und ersucht den Generalsekretär, dem Rat und den truppen- und polizeistellenden Ländern über sie Bericht zu erstatten;

21. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat halbjährlich und spätestens fünfundvierzig Tage vor Ablauf des Mandats der Mission über dessen Durchführung Bericht zu erstatten;

22. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, in seine Berichte eine umfassende Bewertung der Sicherheitsbedrohungen in Haiti aufzunehmen und dem schützenden Umfeld für alle, insbesondere Frauen und Kinder, und den Fortschritten bei der dauerhaften Neuansiedlung der Vertriebenen besondere Aufmerksamkeit zu widmen und gegebenenfalls Optionen für eine Umstrukturierung der Mission vorzuschlagen;

23. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6399. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6471. Sitzung am 20. Januar 2011 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Haitis gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Frage betreffend Haiti“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, und

Frau Valerie Amos, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinatorin, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 25. März 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[134]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 23. März 2011 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Luiz Eduardo Ramos Pereira (Brasilien) zum Kommandeur der Truppe der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti zu ernennen[135], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6510. Sitzung am 6. April 2011 beschloss der Rat, die Vertreter Argentiniens (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Australiens, der Bahamas, Chiles (Minister für auswärtige Angelegenheiten), der Dominikanischen Republik (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Guatemalas, Haitis (Präsident), Honduras', Israels, Japans, Kanadas, Kubas (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Mexikos (Leiter des Referats Wirtschaftsbeziehungen und internationale Zusammenarbeit des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten), Nicaraguas, Norwegens, Perus (Minister für auswärtige Angelegenheiten), der Republik Korea, Spaniens, Uruguays (Minister für auswärtige Angelegenheiten) und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Frage betreffend Haiti

> Haiti: Ein erneuertes Bekenntnis der internationalen Gemeinschaft
>
> Schreiben des Ständigen Vertreters Kolumbiens bei den Vereinten Nationen vom 31. März 2011 an den Generalsekretär (S/2011/218)
>
> Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (S/2011/183)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn William J. Clinton, den Sondergesandten der Vereinten Nationen für Haiti, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn José Miguel Insulza, den Generalsekretär der Organisation der amerikanischen Staaten, Herrn Luis Alberto Moreno Mejía, den Präsidenten der Interamerikanischen Entwicklungsbank, und Herrn Percival Noel James Patterson, den Sonderbeauftragten der Karibischen Gemeinschaft für Haiti, aufgrund der an den Ratspräsidenten gerichteten Anträge der Ständigen Vertreter Chiles, Kolumbiens und der Bahamas bei den Vereinten Nationen vom 4. April 2011 und gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab die Präsidentin im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[136]:

> „Der Sicherheitsrat bekräftigt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Haitis und betont, dass

[134] S/2011/188.

[135] S/2011/187.

[136] S/PRST/2011/7.

die Regierung und das Volk Haitis die Hauptverantwortung für die Herbeiführung von Frieden und Stabilität und für die Wiederherstellungsmaßnahmen in Haiti tragen. Der Rat anerkennt den Beitrag, den die internationale Gemeinschaft zur Unterstützung des Stabilisierungsprozesses in Haiti leistet, namentlich zur Stärkung der Institutionen der Legislative, Judikative und Exekutive.

Der Rat ist sich dessen bewusst, dass die Herausforderungen in Haiti miteinander verknüpft sind, und bekräftigt, dass dauerhafte Fortschritte im Sicherheitsbereich, bei der Stärkung der institutionellen Kapazitäten und der Rechtsstaatlichkeit sowie bei der Festigung der nationalen Regierungsstrukturen, auf dem Gebiet der Demokratie, der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte und bei der Entwicklung einander verstärken. Der Rat weiß die Bemühungen zu schätzen, welche die Regierung Haitis und die internationale Gemeinschaft zur Bewältigung dieser Herausforderungen unternehmen.

Der Rat begrüßt den laufenden Wahlprozess in Haiti und betont, wie wichtig dessen friedlicher, glaubwürdiger und rechtmäßiger Vollzug ist, der zur Festigung der Demokratie beitragen, den Abschluss der Verfassungsreform gestatten und eine solide Grundlage für die fortdauernden Wiederaufbaumaßnahmen schaffen wird. Der Rat anerkennt den wichtigen Beitrag, den die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti und die Organisation der amerikanischen Staaten und andere internationale, regionale und subregionale Organisationen zur Unterstützung des politischen Prozesses leisten.

Der Rat unterstreicht, dass Sicherheit und Entwicklung eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig verstärken und erklärt erneut, dass Sicherheit mit sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung einhergehen muss. In diesem Kontext erkennt der Rat an, dass rasche und greifbare Fortschritte bei der Wiederherstellung und dem Wiederaufbau Haitis von grundlegender Bedeutung für die Herbeiführung dauerhafter Stabilität sind.

Der Rat ist sich der vielfältigen Herausforderungen in Haiti bewusst und betont, dass der Mission eine grundlegende Rolle dabei zukommt, die haitianischen Behörden bei der Schaffung eines sicheren und stabilen, der wirtschaftlichen Erholung förderlichen Umfelds zu unterstützen, namentlich durch die Durchführung arbeitsintensiver Vorhaben und die Bereitstellung grundlegender Dienste in Haiti.

Der Rat äußert seine Besorgnis über die Lage schwächerer Gesellschaftsgruppen, namentlich von Binnenvertriebenen und Opfern des Kinderhandels, und über die Zunahme sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt. In dieser Hinsicht legt der Rat der Mission und dem Landesteam der Vereinten Nationen nahe, der Regierung Haitis weiter dabei behilflich zu sein, der Zivilbevölkerung angemessenen Schutz zu gewähren, unter besonderer Beachtung der Bedürfnisse der Binnenvertriebenen und anderer schutzbedürftiger Gruppen, besonders von Frauen und Kindern.

Der Rat betont, dass es ohne die Stärkung der demokratischen Institutionen in Haiti weder echte Stabilität noch eine nachhaltige Entwicklung geben kann. In dieser Hinsicht betont der Rat, wie wichtig die Förderung der Rechtsstaatlichkeit für die Stärkung der haitianischen Institutionen ist. Der Rat bekräftigt ferner, dass der Mission gemäß ihrem Mandat die Aufgabe obliegt, den haitianischen Staat auf den Gebieten Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, Ausweitung der staatlichen Autorität und Förderung und Schutz der Menschenrechte zu unterstützen.

Der Rat unterstreicht, dass die Haitianische Nationalpolizei unbedingt gestärkt werden muss, damit sie in der Lage ist, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und gegen Gewaltverbrechen, insbesondere sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, sowie gegen Bandengewalt und grenzüberschreitende organisierte Kriminalität vorzugehen. In dieser Hinsicht begrüßt der Rat die anhaltende Unterstützung der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft für die haitianischen Behörden

und fordert, dass die Mission die Überprüfung, Betreuung und Ausbildung der Haitianischen Nationalpolizei und des Strafvollzugspersonals weiter unterstützt und die Zusammenarbeit zu diesem Zweck verstärkt, insbesondere auch die Hilfe bei der Suchtstoffbekämpfung und bei der Menschenrechtsausbildung.

Der Rat ist sich dessen bewusst, dass die Wiederherstellung Haitis eine langfristige Aufgabe darstellt, und fordert die internationale Gemeinschaft auf, die haitianischen Behörden weiter zu unterstützen, um den Zugang der schwächsten Bevölkerungsgruppen zu sozialen Grunddiensten und zur Justiz sicherzustellen.

Der Rat anerkennt die Anstrengungen der Gebergemeinschaft und fordert sie auf, alle Mittelzusagen, namentlich die am 31. März 2010 auf der Internationalen Geberkonferenz ‚Eine neue Zukunft für Haiti' in New York abgegebenen Zusagen, unverzüglich zu erfüllen. Der Rat begrüßt die Arbeit der Interimskommission für die Wiederherstellung Haitis mit dem Ziel, die Anstrengungen der Geber an den wichtigsten Prioritätsbereichen für die Wiederherstellung auszurichten, und legt allen am Wiederaufbau beteiligten Gebern und nichtstaatlichen und internationalen Organisationen nahe, ihre Maßnahmen auch weiterhin über die Kommission zu leiten.

Der Rat weist erneut auf die Notwendigkeit hin, dass die Mitgliedstaaten und andere Akteure die haitianischen Behörden weiter dabei unterstützen, die wichtigsten Regierungsstrukturen des Landes zu stärken und den Aktionsplan der Regierung Haitis für die nationale Wiederherstellung und Entwicklung Haitis als einen effizienten und kohärenten Rahmen durchzuführen.

Der Rat vermerkt die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, die Partnerschaft mit der Regierung Haitis bei der Aufstellung künftiger langfristiger Sicherheits- und Entwicklungsstrategien innerhalb eines schlüssigen Rahmens fortzusetzen, betont jedoch, wie wichtig es im Hinblick auf die Erzielung dauerhafter Ergebnisse ist, dass die Regierung Haitis, die Vereinten Nationen, die Interimskommission für die Wiederherstellung Haitis und andere Akteure sich konsequent abstimmen und gemeinsame Anstrengungen unternehmen.

Der Rat begrüßt die Bereitschaft der regionalen und subregionalen Organisationen, zu dem laufenden Prozess der Stabilisierung, des Wiederaufbaus und der weiteren Festigung der Demokratie in Haiti beizutragen. In dieser Hinsicht fordert der Rat die Mission auf, auch weiterhin eng mit diesen Organisationen sowie mit den internationalen Finanzinstitutionen und anderen Akteuren, darunter die Organisation der amerikanischen Staaten, die Europäische Union, die Karibische Gemeinschaft, die Union Südamerikanischer Nationen und die Interamerikanische Entwicklungsbank, zusammenzuarbeiten.

Der Rat dankt den Mitgliedstaaten, die den Wiederherstellungs- und Stabilisierungsprozess in Haiti unterstützen, namentlich den Ländern, die Truppen und Polizei für die Mission stellen. Der Rat bekundet dem Sondergesandten der Vereinten Nationen für Haiti, Herrn William J. Clinton, dem ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Haiti, Herrn Edmond Mulet, und dem Personal der Mission seine Dankbarkeit für ihre Einsatzbereitschaft und ihr persönliches Engagement bei den laufenden Stabilisierungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen in Haiti im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat und in enger Abstimmung mit allen Institutionen der Vereinten Nationen und den Mitgliedstaaten."

Am 13. Mai 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[137]:

[137] S/2011/302.

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 12. Mai 2011 betreffend Ihre Absicht, Herrn Mariano Fernández (Chile) zu Ihrem Sonderbeauftragten für Haiti und Leiter der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti zu ernennen[138], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die davon Kenntnis genommen haben."

DIE SITUATION IN BURUNDI[139]

Beschlüsse

Auf seiner 6439. Sitzung am 9. Dezember 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Burundis (Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Burundi

Siebenter Bericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi (S/2010/608)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Charles Petrie, den Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs für Burundi und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen in Burundi, und Herrn Paul Seger, den Ständigen Vertreter der Schweiz bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Burundi-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6451. Sitzung am 16. Dezember 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in Burundi

Siebenter Bericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi (S/2010/608)".

Resolution 1959 (2010) vom 16. Dezember 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zu Burundi, insbesondere die Resolutionen 1719 (2006) vom 25. Oktober 2006, 1791 (2007) vom 19. Dezember 2007, 1858 (2008) vom 22. Dezember 2008 und 1902 (2009) vom 17. Dezember 2009,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Burundis,

mit Genugtuung davon Kenntnis nehmend, dass zwischen Mai und September 2010 fünf Wahlen nacheinander erfolgreich abgehalten wurden, die trotz der Uneinigkeiten zwischen den politischen Akteuren nicht zu umfangreicher Gewalt führten und einen wichtigen Meilenstein bei der Festigung des Friedens und der Demokratie sowie der nachhaltigen Entwicklung in Burundi darstellen,

---

[138] S/2011/301.

[139] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1993 verabschiedet.

in Ermutigung der Anstrengungen, die die Regierung Burundis unternimmt, um einen Raum für alle politischen Parteien zu schaffen und den Dialog zwischen allen Akteuren, einschließlich der Zivilgesellschaft, weiter zu verbessern,

in Würdigung des wertvollen Beitrags, den das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi zur Erholung Burundis von dem Konflikt und zum Frieden, zur Sicherheit und zur Entwicklung des Landes geleistet hat,

unter Begrüßung der Fortschritte, die Burundi auf dem Weg zu Frieden, Stabilität und Entwicklung erzielt hat, und betonend, dass das System der Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft, einschließlich der internationalen Finanzinstitutionen und der Entwicklungspartner Burundis, weiterhin Unterstützung für die Festigung des Friedens und die langfristige Entwicklung in Burundi gewähren müssen,

in Unterstützung des erneuten Bekenntnisses Burundis zur „Nulltoleranz“ für Korruption,

unter Begrüßung des fortgesetzten Engagements der Kommission für Friedenskonsolidierung in Burundi und des jüngsten Besuchs des Vorsitzenden der Burundi-Konfiguration der Kommission, Kenntnis nehmend von der im Januar 2010 durchgeführten Überprüfung der Fortschritte bei der Umsetzung des Strategischen Rahmenplans für die Friedenskonsolidierung in Burundi[140] und von der Unterrichtung durch den Vorsitzenden der Burundi-Konfiguration der Kommission am 9. Dezember 2010[141] und den Beitrag anerkennend, den der Friedenskonsolidierungsfonds zur Friedenskonsolidierung in Burundi geleistet hat,

in Unterstützung des Engagements Burundis für die regionale Integration, namentlich im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft der Länder der Region der Großen Seen und der Ostafrikanischen Gemeinschaft, und seiner Anstrengungen, die erfolgreiche Führung des Vorsitzes der Ostafrikanischen Gemeinschaft im Jahr 2011 zu gewährleisten,

anerkennend, wie wichtig die Unrechtsaufarbeitung ist, um eine dauerhafte Aussöhnung unter allen Menschen Burundis zu fördern, und mit Dank Kenntnis nehmend vom Abschluss der nationalen Konsultationen über die Schaffung von Mechanismen der Unrechtsaufarbeitung, im Einklang mit der Resolution 1606 (2005) des Sicherheitsrats vom 20. Juni 2005 sowie dem Abkommen von Arusha von 2000,

mit großer Sorge Kenntnis nehmend von den Berichten über anhaltende Menschenrechtsverletzungen, insbesondere außergerichtliche Tötungen und Folter und Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten, namentlich Einschränkungen des Rechtes der freien Meinungsäußerung, der Vereinigungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit von Oppositionsparteien und Organisationen der Zivilgesellschaft,

die Regierung Burundis *ermutigend*, die bürgerlichen Freiheiten zu schützen und die Straflosigkeit zu bekämpfen, insbesondere indem sie dafür sorgt, dass die Verantwortlichen für Fälle von Folter, außergerichtlichen Tötungen und Misshandlung von Inhaftierten vor Gericht gestellt werden,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte,

[140] PBC/1/BDI/4, Anlage.

[141] Siehe S/PV.6439.

nach Behandlung des siebenten Berichts des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi[142],

1. *ersucht* den Generalsekretär, das Büro der Vereinten Nationen in Burundi, wie in seinem Bericht[142] empfohlen, für einen am 1. Januar 2011 beginnenden Anfangszeitraum von zwölf Monaten als deutlich verkleinerte Präsenz der Vereinten Nationen mit den in Ziffer 3 festgelegten Kernaufgaben einzurichten, um die in den letzten Jahren von allen nationalen Akteuren bei der Festigung des Friedens, der Demokratie und der Entwicklung in Burundi erzielten Fortschritte zu unterstützen;

2. *begrüßt* die Empfehlung des Generalsekretärs, dass das Büro der Vereinten Nationen in Burundi von einem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, unterstützt von einem Stellvertretenden Sonderbeauftragten, geleitet werden soll und dass dieser auch als Residierender Koordinator der Vereinten Nationen und als humanitärer Koordinator sowie als Residierender Vertreter des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen fungieren soll, und erkennt an, dass das Büro über das entsprechende Fachwissen und über ausreichende Hilfsmittel verfügen muss, damit es sein Mandat wirksam und effizient wahrnehmen kann;

3. *ersucht* das Büro der Vereinten Nationen in Burundi, sich darauf zu konzentrieren und die Regierung Burundis dabei zu unterstützen,

a) die Unabhängigkeit, die Kapazitäten und den rechtlichen Rahmen der wichtigen nationalen Institutionen, insbesondere der Justiz- und der parlamentarischen Institutionen, im Einklang mit den internationalen Normen und Grundsätzen zu stärken;

b) den Dialog zwischen den nationalen Akteuren zu fördern und zu erleichtern und die Mechanismen für eine breite Beteiligung am politischen Leben, namentlich zur Umsetzung von Entwicklungsstrategien und -programmen in Burundi, zu unterstützen;

c) die Anstrengungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit zu unterstützen, insbesondere durch die Schaffung von Mechanismen der Unrechtsaufarbeitung, um die nationale Einheit zu stärken und die Gerechtigkeit und die Aussöhnung innerhalb der Gesellschaft Burundis zu fördern, und operative Unterstützung für die Arbeit dieser Organe zu leisten;

d) die Menschenrechte zu fördern und zu schützen und namentlich die nationalen Kapazitäten auf diesem Gebiet sowie die nationale Zivilgesellschaft zu stärken;

e) sicherzustellen, dass alle die öffentlichen Finanzen und den Wirtschaftssektor betreffenden Strategien und Politiken, insbesondere das nächste Strategiedokument zur Armutsbekämpfung, einen Schwerpunkt auf die Friedenskonsolidierung und ein ausgewogenes Wachstum legen und dabei speziell auf die Bedürfnisse der schwächsten Bevölkerungsgruppen eingehen, und sich für die Mobilisierung von Ressourcen für Burundi einzusetzen;

f) Burundi bei der Führung des Vorsitzes der Ostafrikanischen Gemeinschaft im Jahr 2011 zu unterstützen sowie auf Ersuchen Rat zu Fragen der regionalen Integration zu erteilen;

4. *unterstreicht* die Notwendigkeit eines reibungslosen Übergangs vom Integrierten Büro der Vereinten Nationen in Burundi zum Büro der Vereinten Nationen in Burundi;

5. *unterstreicht*, wie wichtig die Einrichtung eines vollständig integrierten Büros ist, mit wirksamer Strategie- und Programmkoordinierung zwischen den Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen in Burundi, und betont, dass das System der Vereinten Nationen das Büro der Vereinten Nationen in Burundi unterstützen und voll mit ihm zusammenarbeiten muss;

[142] S/2010/608.

6. *erkennt an*, dass die Regierung Burundis die Hauptverantwortung für die Friedenskonsolidierung, die Sicherheit und die langfristige Entwicklung in dem Land trägt, und ermutigt die Regierung, ihre Bemühungen zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Friedenskonsolidierung fortzusetzen, insbesondere im Hinblick auf eine demokratische Regierungsführung, die Bekämpfung der Korruption, die Reform des Sicherheitssektors, die Rechtspflege und den Schutz der Menschenrechte, mit besonderem Schwerpunkt auf den Rechten von Frauen und Kindern sowie marginalisierten und schutzbedürftigen Minderheiten;

7. *legt* der Regierung Burundis *nahe*, mit Unterstützung durch das Büro der Vereinten Nationen in Burundi und andere internationale Partner ihre Anstrengungen zur Durchführung der Strukturreformen zu verdoppeln, die auf die Verbesserung der Politik-, Wirtschafts- und Verwaltungsführung und die Bekämpfung der Korruption gerichtet sind, mit dem Ziel, starke Antriebskräfte für dauerhaftes und ausgewogenes soziales und wirtschaftliches Wachstum zu schaffen;

8. *unterstreicht*, wie wichtig die Reform des Sicherheitssektors ist, und legt allen internationalen Partnern eindringlich nahe, zusammen mit dem Büro der Vereinten Nationen in Burundi weiterhin die Anstrengungen zu unterstützen, die die Regierung Burundis unternimmt, um die nationalen Sicherheitsdienste und die Polizei zu professionalisieren und ihre Kapazität zu stärken, insbesondere was die Ausbildung in Bezug auf Fragen der Menschenrechte und der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt angeht und im Hinblick auf die Festigung der Lenkungsstrukturen des Sicherheitssektors;

9. *spricht* der Regierung Burundis *seine Anerkennung dafür aus*, dass sie die Wiedereingliederung der letzten Gruppen von früher mit bewaffneten Gruppen verbundenen Kindern und von Exkombattanten zum Abschluss gebracht hat, legt der Regierung nahe, dafür zu sorgen, dass diese Ergebnisse Bestand haben, legt der Kommission für Friedenskonsolidierung nahe, zu erwägen, welche konkreten Maßnahmen sie ergreifen könnte, um die nachhaltige Wiedereingliederung der vom Krieg betroffenen Bevölkerungsgruppen und sonstigen gefährdeten Gruppen stärker zu unterstützen, und unterstützt die Anstrengungen der Regierung im Rahmen der Kampagne zur freiwilligen zivilen Entwaffnung und die Einleitung des Waffenkennzeichnungs- und -registrierungsprozesses der Nationalpolizei Burundis;

10. *ermutigt* die Regierung Burundis, die Kommission für Friedenskonsolidierung und die nationalen und internationalen Partner Burundis, den von ihnen in dem Strategischen Rahmenplan für die Friedenskonsolidierung in Burundi[140] eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, ersucht die Kommission, der Regierung mit Unterstützung durch das Büro der Vereinten Nationen in Burundi weiter dabei behilflich zu sein, die Grundlagen für dauerhaften Frieden, nachhaltige Sicherheit, Wiedereingliederung und langfristige Entwicklung in Burundi zu schaffen, namentlich dafür zu sorgen, dass bei der Herstellung der Rechtsstaatlichkeit Fortschritte gemacht werden und dass die Ziele der Friedenskonsolidierung in den künftigen Strategieplanungsprozessen, insbesondere dem Strategiedokument zur Armutsbekämpfung, in vollem Umfang berücksichtigt werden, und ersucht die Kommission, den Sicherheitsrat in diesen Fragen zu beraten;

11. *fordert* die Regierung Burundis *nachdrücklich auf*, Berichten über Menschenrechtsverletzungen nachzugehen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Verletzungen zu verhindern, und sicherzustellen, dass die für derartige Verletzungen Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden;

12. *fordert* die Regierung Burundis *auf*, sich weiter darum zu bemühen, die Förderung und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten, und die Nationale Unabhängige Menschrechtskommission rasch einzusetzen, in Übereinstimmung mit den in der Anlage der Resolution 48/134 der Generalversammlung vom 20. Dezember 1993 dargelegten Pariser Grundsätzen, und legt ihr ferner nahe, ihren Kampf gegen die Straflosigkeit fortzusetzen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass ihre Bürger

ihre bürgerlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte voll genießen, wie dies in der Verfassung Burundis verankert und in den internationalen Menschenrechtsübereinkünften, auch den von Burundi ratifizierten, vorgesehen ist;

13. *begrüßt* den Abschluss der nationalen Konsultationen über die Schaffung von Mechanismen der Unrechtsaufarbeitung, spricht der Regierung Burundis seine Anerkennung für die Veröffentlichung des Berichts über diese Konsultationen aus und legt der Regierung nahe, gegebenenfalls mit Unterstützung durch die internationalen Partner und das Büro der Vereinten Nationen in Burundi die vorgeschlagenen Mechanismen zu schaffen;

14. *begrüßt außerdem* das kürzlich getroffene Dreiparteien-Übereinkommen zwischen Burundi, der Demokratischen Republik Kongo und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sowie die Fortschritte bei der Herbeiführung würdevoller, dauerhafter Lösungen für die in der Vereinigten Republik Tansania lebenden Flüchtlinge und ermutigt zu anhaltenden Anstrengungen, im Einklang mit dem einschlägigen Völkerrecht Lösungen im Hinblick auf die verbleibenden Flüchtlinge Burundis zu finden;

15. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat alle sechs Monate über die Durchführung des Mandats des Büros der Vereinten Nationen in Burundi und dieser Resolution unterrichtet zu halten, mit einer Unterrichtung bis zum 31. Mai 2011 und einem Bericht bis zum 30. November 2011, und fordert den Generalsekretär auf, einen Katalog von Kriterien für die künftige Umwandlung des Büros in ein Landesteam der Vereinten Nationen zu erarbeiten und dem Rat regelmäßig über die diesbezüglichen Fortschritte Bericht zu erstatten;

16. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6451. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 30. Dezember 2010 richtete die Präsidentin des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[143]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 22. Dezember 2010 betreffend Ihre Absicht, Frau Karin Landgren (Schweden) zu Ihrer Sonderbeauftragten in Burundi und Leiterin des Büros der Vereinten Nationen in Burundi zu ernennen[144], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die von der darin geäußerten Absicht Kenntnis nehmen."

Auf seiner 6538. Sitzung am 17. Mai 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Burundis gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Burundi" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Karin Landgren, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs in Burundi und Leiterin des Büros der Vereinten Nationen in Burundi, und Herrn Paul Seger, den Ständigen Vertreter der Schweiz bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Burundi-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

[143] S/2010/678.

[144] S/2010/677.

DIE SITUATION IN AFGHANISTAN[145]

Beschlüsse

Auf seiner 6394. Sitzung am 29. September 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Australiens, Deutschlands, Indiens, Italiens, Kanadas, Neuseelands, Norwegens und Pakistans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

> Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2010/463)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Staffan de Mistura, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6395. Sitzung am 13. Oktober 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Afghanistans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Afghanistan" teilzunehmen.

Resolution 1943 (2010) vom 13. Oktober 2010

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seiner früheren Resolutionen über Afghanistan, insbesondere der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1833 (2008) vom 22. September 2008, 1890 (2009) vom 8. Oktober 2009 und 1917 (2010) vom 22. März 2010,

sowie in Bekräftigung seiner Resolutionen 1267 (1999) vom 15. Oktober 1999, 1368 (2001) vom 12. September 2001, 1373 (2001) vom 28. September 2001, 1822 (2008) vom 30. Juni 2008 und 1904 (2009) vom 17. Dezember 2009, und mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung für die internationalen Bemühungen zur Ausrottung des Terrorismus im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit und seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Afghanistans,

[145] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1994 verabschiedet.

in Anerkennung dessen, dass die Verantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung im gesamten Land bei den afghanischen Behörden liegt, unter Betonung der Rolle, die der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe dabei zukommt, die Regierung Afghanistans bei der Verbesserung der Sicherheitslage und dem Aufbau ihrer eigenen Sicherheitskapazitäten zu unterstützen, und unter Begrüßung der Zusammenarbeit der Regierung mit der Truppe,

unter Begrüßung der Kommuniqués der am 28. Januar 2010 abgehaltenen Londoner Afghanistan-Konferenz[146] und der am 20. Juli 2010 abgehaltenen Internationalen Kabuler Konferenz über Afghanistan, in denen eine klare Agenda und einvernehmliche Prioritäten für das weitere Vorgehen in Afghanistan festgelegt werden,

erneut anerkennend, dass die Herausforderungen in Afghanistan miteinander verknüpft sind, in Bekräftigung dessen, dass nachhaltige Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, Regierungsführung, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung sowie in den übergreifenden Fragen der Suchtstoffbekämpfung, der Korruptionsbekämpfung und der Rechenschaftslegung einander verstärken, und unter Begrüßung der fortgesetzten Bemühungen der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft, diese Herausforderungen im Rahmen eines umfassenden Ansatzes zu bewältigen,

in diesem Zusammenhang *betonend*, dass die Regierung Afghanistans gemäß ihrer Verpflichtung, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption nach der Londoner und der Kabuler Konferenz zu verstärken, weitere Anstrengungen unternehmen muss, um die Korruption zu bekämpfen, die Transparenz zu fördern und ihre Rechenschaftslegung zu verbessern,

in Anerkennung der Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft, den stufenweisen Übergang zur vollen Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch Afghanistan zu unterstützen, namentlich durch die Einsetzung des Gemeinsamen Ausschusses Afghanistans und der Nordatlantikvertrags-Organisation für den Übergangsprozess („Inteqal"), der einvernehmliche Kriterien für die Aufnahme des Übergangsprozesses festlegen soll, und in Anbetracht der zwingenden Notwendigkeit, dass die internationale Gemeinschaft die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte auch weiterhin ausbildet, betreut und Partnerschaften mit ihnen eingeht, um das Ziel der internationalen Gemeinschaft und Afghanistans zu unterstützen, den afghanischen nationalen Sicherheitskräften bis Ende 2014 die Führung der Militär- und Zivilpolizeieinsätze zu übertragen, feststellend, dass diese Fragen auf dem anstehenden Gipfeltreffen der Nordatlantikvertrags-Organisation in Lissabon erörtert werden, und das langfristige Engagement der internationalen Gemeinschaft für die Unterstützung der weiteren Entwicklung und Professionalisierung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte betonend,

unter Hervorhebung der zentralen und unparteiischen Rolle, die die Vereinten Nationen auch weiterhin bei der Förderung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan spielen, indem sie bei den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft die Führung übernehmen, in diesem Zusammenhang feststellend, dass zwischen den Zielen der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan und denen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe Synergien bestehen, und betonend, dass sie ihre Zusammenarbeit, Koordinierung und gegenseitige Unterstützung unter gebührender Berücksichtigung der ihnen jeweils übertragenen Verantwortlichkeiten verstärken müssen,

mit dem Ausdruck seiner großen Besorgnis über die Sicherheitslage in Afghanistan, insbesondere über die Zunahme der gewaltsamen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, Al-Qaidas, anderer illegaler bewaffneter Gruppen und von Kriminellen, einschließlich der am Suchtstoffhandel Beteiligten, sowie über die immer stärkeren Verbindungen zwi-

[146] S/2010/65, Anlage II.

schen terroristischen Aktivitäten und unerlaubten Drogen, wovon Bedrohungen für die örtliche Bevölkerung, einschließlich Kindern, sowie für die nationalen Sicherheitskräfte und das internationale Militär- und Zivilpersonal ausgehen,

unter Begrüßung der Anstrengungen der Regierung Afghanistans, die Nationale Drogenkontrollstrategie[147] zu aktualisieren und zu verbessern und dabei besonderes Gewicht auf ein partnerschaftliches Konzept zur Gewährleistung der gemeinschaftlichen und wirksamen Umsetzung und Koordinierung zu legen, die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe dazu ermutigend, die unter afghanischer Führung und in Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen und regionalen Akteuren unternommenen anhaltenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Drogenproduktion und des Drogenhandels weiter wirksam zu unterstützen, und in Anbetracht der von der unerlaubten Herstellung von Drogen und dem unerlaubten Handel und Verkehr damit ausgehenden Bedrohung des Weltfriedens und der Stabilität in verschiedenen Regionen der Welt sowie der wichtigen Rolle, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung in dieser Hinsicht spielt,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die schädlichen Auswirkungen gewaltsamer und terroristischer Aktivitäten der Taliban, Al-Qaidas und anderer extremistischer Gruppen auf die Fähigkeit der Regierung Afghanistans, die Rechtsstaatlichkeit zu garantieren, dem afghanischen Volk Sicherheit zu gewähren und grundlegende Dienste bereitzustellen und den vollen Genuss seiner Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung für die kontinuierlichen Anstrengungen, die die Regierung Afghanistans mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft, namentlich der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“, unternimmt, um die Sicherheitslage zu verbessern und weiter gegen die von den Taliban, Al-Qaida und anderen extremistischen Gruppen ausgehende Bedrohung anzugehen, und in diesem Zusammenhang unter Betonung der Notwendigkeit anhaltender internationaler Anstrengungen, namentlich seitens der Truppe und der Koalition,

unter entschiedenster Verurteilung aller auf Zivilpersonen sowie auf afghanische und internationale Truppen verübten Angriffe, namentlich Anschläge mit behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen, Selbstmordanschläge, Morde und Entführungen, sowie deren schädlicher Auswirkungen auf die Stabilisierungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen in Afghanistan und ferner unter Verurteilung der Benutzung von Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde durch die Taliban, Al-Qaida und andere extremistische Gruppen,

unter Begrüßung der Erfolge der Regierung Afghanistans in Bezug auf das Verbot von Ammoniumnitratdünger und mit der nachdrücklichen Aufforderung, weiterhin Maßnahmen zur Umsetzung von Vorschriften für die Kontrolle aller Explosivstoffe und chemischen Ausgangsstoffe zu ergreifen und damit die Fähigkeit der Aufständischen einzuschränken, sie für behelfsmäßige Sprengvorrichtungen zu nutzen,

in Anbetracht der zunehmenden Bedrohungen, die von den Taliban, Al-Qaida und anderen extremistischen Gruppen ausgehen, sowie der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen diese Bedrohungen,

mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis darüber, dass die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung in Afghanistan, insbesondere unter den Frauen und Kindern, weiter zugenommen hat, wofür in den allermeisten Fällen die Taliban, Al-Qaida und andere extremistische Gruppen verantwortlich sind, bekräftigend, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien im Rahmen des Möglichen alles tun müssen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen zu gewährleisten, mit der Aufforderung an alle Parteien, ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschen-

[147] S/2006/106, Anlage.

rechtsnormen einzuhalten und alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, und in der Erkenntnis, wie wichtig es ist, dass die Lage der Zivilpersonen und insbesondere die Situation im Hinblick auf Opfer unter der Zivilbevölkerung ständig überwacht werden und dem Sicherheitsrat laufend Bericht erstattet wird, so auch durch die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe,

Kenntnis nehmend von den Fortschritten, die die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe und andere internationale Truppen dabei erzielt haben, die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung möglichst gering zu halten, wie im Bericht der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan vom 10. August 2010 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten[148] beschrieben, die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe und die anderen internationalen Truppen nachdrücklich auffordernd, weiterhin verstärkte Anstrengungen zur Verhütung von zivilen Opfern zu unternehmen, namentlich auch durch verstärkte Betonung des Schutzes der afghanischen Bevölkerung als eines zentralen Bestandteils ihres Auftrags, und feststellend, wie wichtig es ist, laufende Überprüfungen der Taktiken und Verfahren sowie Einsatzauswertungen und Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der Regierung Afghanistans in Fällen durchzuführen, in denen zivile Opfer zu verzeichnen sind, wenn die Regierung diese gemeinsamen Untersuchungen für angemessen befindet,

mit dem Ausdruck seiner großen Besorgnis über die Einziehung und den Einsatz von Kindern durch Kräfte der Taliban in Afghanistan sowie über die Tötung und Verstümmelung von Kindern infolge des Konflikts und unter Begrüßung der Einsetzung des Interministeriellen Lenkungsausschusses für den Schutz der Rechte der Kinder und der Absicht der Regierung Afghanistans, einen Aktionsplan zur Verhütung der Einziehung von Kindern unter 18 Jahren auszuarbeiten, sowie der Ernennung eines Koordinators für Kinderschutzfragen durch das Innenministerium,

in Anerkennung der Fortschritte bei der Reform des Sicherheitssektors, unter Begrüßung der Unterstützung und Hilfe, die die internationalen Partner der Afghanischen Nationalpolizei in dieser Hinsicht gewähren, insbesondere das fortgesetzte Engagement der Ausbildungsmission der Nordatlantikvertrags-Organisation in Afghanistan, den Beitrag der Europäischen Gendarmerietruppe zu dieser Mission und die der Afghanischen Nationalpolizei gewährte Hilfe, unter anderem durch die Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan, und betonend, dass Afghanistan gemeinsam mit den internationalen Gebern die Afghanische Nationalarmee und die Afghanische Nationalpolizei weiter stärken muss, um zu gewährleisten, dass Afghanistan in der Lage ist, mehr Verantwortung und die Führung von Sicherungsoperationen zu übernehmen sowie die öffentliche Ordnung, die Rechtsdurchsetzung, die Sicherheit der Grenzen Afghanistans und die verfassungsmäßigen Rechte der afghanischen Bürger aufrechtzuerhalten, und seine Anstrengungen zur Auflösung illegaler bewaffneter Gruppen und zur Suchtstoffbekämpfung erhöhen muss, wie dies in den Kommuniqués der Londoner und der Kabuler Konferenz dargelegt ist,

in diesem Zusammenhang *betonend*, wie wichtig es ist, dass die Regierung Afghanistans weitere Fortschritte bei der Beendigung der Straflosigkeit und der Stärkung der Justizinstitutionen, bei dem Wiederaufbau und der Reform des Strafvollzugswesens sowie bei der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte innerhalb Afghanistans, namentlich auch für Frauen und Mädchen und insbesondere in Bezug auf die verfassungsmäßigen Rechte von Frauen auf volle Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben in Afghanistan, erzielt,

mit der erneuten Aufforderung an alle afghanischen Parteien und Gruppen, konstruktiv an einem friedlichen politischen Dialog im Rahmen der afghanischen Verfassung mitzuwirken, entsprechend dem Ersuchen der Teilnehmer an der vom 2. bis 4. Juni 2010 in

[148] In Englisch verfügbar unter http://www.unama.unmissions.org.

Kabul abgehaltenen beratenden Friedens-Jirga, sich gemeinsam mit den internationalen Gebern für die sozioökonomische Entwicklung des Landes einzusetzen und den Rückgriff auf Gewalt, namentlich durch den Einsatz illegaler bewaffneter Gruppen, zu vermeiden, die Ziele des Hohen Friedensrats unterstützend, den Friedensprozess unter der Führung der Regierung Afghanistans befürwortend, insbesondere die Durchführung des afghanischen Friedens- und Wiedereingliederungsprogramms im Rahmen der afghanischen Verfassung und unter voller Achtung der Durchführung der Maßnahmen und der Anwendung der Verfahren, die vom Sicherheitsrat in seinen Resolutionen 1267 (1999), 1822 (2008) und 1904 (2009) sowie in anderen einschlägigen Ratsresolutionen festgelegt wurden, und sich verpflichtend, diese Arbeit entsprechend dem Ersuchen der Regierung weiter zu unterstützen,

in Anbetracht der Führungsrolle der afghanischen Unabhängigen Wahlkommission und der Wahlbeschwerdekommission bei der Organisation der Parlamentswahlen 2010 und der von den Vereinten Nationen und der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe gewährten Unterstützung sowie der Verpflichtung, die die Regierung Afghanistans im Kommuniqué der Kabuler Konferenz einging, aufbauend auf den bei früheren Wahlen gewonnenen Erfahrungen die langfristige Reform des Wahlsystems in Angriff zu nehmen,

anerkennend, wie wichtig der Beitrag von Partnern in den Nachbarländern und der Region sowie von Regionalorganisationen, darunter die Europäische Union, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, für die Stabilisierung Afghanistans ist, betonend, dass der Ausbau der regionalen Zusammenarbeit als wirksames Mittel zur Förderung der Sicherheit, der Regierungsführung und der Entwicklung in Afghanistan von entscheidender Bedeutung ist, die diesbezüglichen regionalen Anstrengungen begrüßend und dem Gründungstreffen der zur Unterstützung einer erweiterten regionalen Zusammenarbeit in Verbindung mit der Kabuler Konferenz eingesetzten Kerngruppe im November 2010 in Istanbul (Türkei) mit Interesse entgegensehend,

unter Begrüßung der Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Stärkung der Kohärenz der militärischen und zivilen Maßnahmen, einschließlich derjenigen, die im Rahmen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe durchgeführt werden,

sowie erfreut über die fortgesetzte Koordinierung zwischen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“ und über die zwischen der Truppe und der Präsenz der Europäischen Union in Afghanistan hergestellte Zusammenarbeit am Einsatzort,

mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für die von der Nordatlantikvertrags-Organisation wahrgenommene Führungsrolle und die Beiträge vieler Nationen zur Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und zur Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“, die ihre Tätigkeit im Rahmen der Einsätze zur Bekämpfung des Terrorismus in Afghanistan und im Einklang mit den anwendbaren Regeln des Völkerrechts durchführt,

feststellend, dass die Situation in Afghanistan weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

entschlossen, die vollständige Durchführung des Mandats der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe in Abstimmung mit der Regierung Afghanistans sicherzustellen,

aus diesen Gründen *tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta,

1. *beschließt*, die in den Resolutionen 1386 (2001) und 1510 (2003) festgelegte Genehmigung der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe um einen Zeitraum von zwölf Monaten bis zum 13. Oktober 2011 zu verlängern;

2. *ermächtigt* die an der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe teilnehmenden Mitgliedstaaten, alle zur Erfüllung des Mandats der Truppe notwendigen Maßnahmen zu ergreifen;

3. *erkennt an*, dass die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe weiter gestärkt werden muss, damit sie alle an sie gerichteten operativen Anforderungen erfüllen kann, und fordert in dieser Hinsicht die Mitgliedstaaten auf, Personal, Ausrüstung und andere Ressourcen zu der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe beizutragen;

4. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, die Funktionsfähigkeit, die Professionalität und die Rechenschaftspflicht des afghanischen Sicherheitssektors innerhalb eines umfassenden Rahmens zu steigern, legt der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und den anderen Partnern nahe, nach Maßgabe ihrer Ressourcen ihre Anstrengungen, die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte auszubilden, zu betreuen und ihnen mehr Verantwortung zu übertragen, fortzusetzen, damit raschere Fortschritte in Richtung auf das Ziel eigenständiger, rechenschaftspflichtiger und ethnisch ausgewogener afghanischer Sicherheitskräfte erzielt werden, die für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit im gesamten Land sorgen, begrüßt die zunehmende Führungsrolle der afghanischen Behörden in Bezug auf die Sicherheitsaufgaben im gesamten Land und betont, wie wichtig es ist, die geplante Vergrößerung der Afghanischen Nationalarmee und der Afghanischen Nationalpolizei zu unterstützen, wie dies vom Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrat im Januar 2010 gebilligt wurde;

5. *fordert* die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe und den Hohen Zivilen Beauftragten der Nordatlantikvertrags-Organisation *auf*, bei der Durchführung des Mandats der Truppe auch weiterhin in enger Abstimmung mit der Regierung Afghanistans und dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan gemäß Resolution 1917 (2010) des Sicherheitsrats sowie mit der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“ zu handeln;

6. *ersucht* die Führung der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe, den Sicherheitsrat über den Generalsekretär regelmäßig über die Durchführung ihres Mandats unterrichtet zu halten, einschließlich durch die rechtzeitige Vorlage vierteljährlicher Berichte;

7. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6395. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6464. Sitzung am 22. Dezember 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, Australiens, Deutschlands, Indiens, Irans (Islamische Republik), Italiens, Kanadas und Pakistans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2010/630)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Staffan de Mistura, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Peter Schwaiger, den Stellvertretenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 17. Dezember 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6497. Sitzung am 17. März 2011 beschloss der Rat, die Vertreter Afghanistans, Australiens, Irans (Islamische Republik), Italiens, Japans, Kanadas, Neuseelands, Norwegens, Pakistans und der Türkei gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2011/120)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Staffan de Mistura, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6500. Sitzung am 22. März 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Afghanistans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2011/120)“.

Resolution 1974 (2011) vom 22. März 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen über Afghanistan, insbesondere die Resolution 1917 (2010) vom 22. März 2010, in der er das Mandat der mit Resolution 1662 (2006) vom 23. März 2006 eingesetzten Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan bis zum 23. März 2011 verlängerte, sowie unter Hinweis auf den Bericht der vom 21. bis 24. Juni 2010 nach Afghanistan entsandten Mission des Sicherheitsrats[149],

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Afghanistans,

betonend, wie wichtig ein umfassender Ansatz zur Bewältigung der Situation in Afghanistan ist, und anerkennend, dass es zur Gewährleistung der Stabilität Afghanistans keine rein militärische Lösung gibt,

in Bekräftigung seiner anhaltenden Unterstützung für die Regierung und das Volk Afghanistans, während sie ihr Land wiederaufbauen, die Grundlagen eines dauerhaften Friedens und einer konstitutionellen Demokratie stärken und ihren rechtmäßigen Platz in der Gemeinschaft der Nationen einnehmen,

die Ergebnisse der am 20. Juli 2010 abgehaltenen Internationalen Kabuler Konferenz über Afghanistan *begrüßend*, die einen Meilenstein im Prozess von Kabul darstellte, der darauf ausgerichtet ist, die Übernahme der Eigenverantwortung und Führung durch Afghanistan zu beschleunigen, die internationale Partnerschaft und regionale Zusammenarbeit zu stärken, die afghanische Regierungsführung zu verbessern, die Kapazitäten der afghanischen Sicherheitskräfte auszuweiten und Wirtschaftswachstum und einen besseren Schutz der Rechte aller afghanischen Bürger, namentlich der Frauen, zu gewährleisten, und insbesondere die von der Regierung Afghanistans eingegangenen Verpflichtungen begrüßend, darunter die Ausarbeitung eines Rahmens mit Zeitplänen und Zielvorgaben für die neuen nationalen Prioritätenprogramme, Fortschritte bei der Übertragung der Hauptverantwor-

[149] S/2010/564.

tung für die Sicherheit an Afghanistan, die Verbesserung der Regierungsführung und die Bekämpfung der Korruption,

in Bekräftigung der auf der am 28. Januar 2010 abgehaltenen Londoner Afghanistan-Konferenz[146] eingegangenen Verpflichtungen, mit denen eine klare Agenda und einvernehmliche Prioritäten für das weitere Vorgehen in Afghanistan festgelegt wurden, gestützt auf eine umfassende Strategie, die von der Regierung Afghanistans mit Unterstützung der Region und der internationalen Gemeinschaft vorangebracht werden muss und bei der die Vereinten Nationen eine zentrale und unparteiische Koordinierungsrolle wahrnehmen,

mit Interesse der internationalen Afghanistan-Konferenz *entgegensehend*, die im Dezember 2011 in Bonn (Deutschland) unter der Führung der Regierung Afghanistans stattfinden wird,

in diesem Zusammenhang in Bekräftigung seiner Unterstützung für die Umsetzung der in den Kommuniqués der Londoner und der Kabuler Konferenz enthaltenen Verpflichtungen, der Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan und der Nationalen Drogenkontrollstrategie[147] unter Eigenverantwortung des afghanischen Volkes, in Anbetracht der von der Erzeugung unerlaubter Drogen und dem Handel und Verkehr damit ausgehenden Bedrohung des Weltfriedens und der Stabilität in verschiedenen Regionen der Welt sowie der wichtigen Rolle, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung in dieser Hinsicht spielt, und feststellend, dass sich alle maßgeblichen Akteure ständig und auf koordinierte Weise dafür einsetzen müssen, die Umsetzungsfortschritte zu konsolidieren und die fortbestehenden Herausforderungen zu bewältigen,

unter Hervorhebung der zentralen und unparteiischen Rolle, die die Vereinten Nationen auch weiterhin bei der Förderung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan spielen, indem sie bei den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft die Führung übernehmen, wozu auch die gemeinsam mit der Regierung Afghanistans durchgeführte Koordinierung und Überwachung der Anstrengungen zur Durchführung des Prozesses von Kabul über den Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrat in Unterstützung der von der Regierung aufgestellten Prioritäten gehört, und mit dem Ausdruck seiner Anerkennung und nachdrücklichen Unterstützung für die laufenden Anstrengungen des Generalsekretärs, seines Sonderbeauftragten für Afghanistan sowie insbesondere der Frauen und Männer der Mission, die unter schwierigen Bedingungen im Einsatz sind, um dem Volk Afghanistans zu helfen,

unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen der beratenden Friedens-Jirga und unter Begrüßung der Einsetzung des Hohen Friedensrats und seiner Dialogbemühungen innerhalb wie auch außerhalb Afghanistans,

den Mut und das Engagement von Millionen von Frauen und Männern *anerkennend*, die bei den Parlamentswahlen 2010 angesichts ernster Bedrohungen der Sicherheit ihr Wahlrecht ausübten, sowie die afghanische Führungsrolle bei den Wahlen anerkennend, namentlich die Arbeit der Unabhängigen Wahlkommission und der Wahlbeschwerdekommission, die Eröffnung einer neuen Wolesi Jirga begrüßend, unter Hinweis auf die von der Regierung Afghanistans auf der Kabuler Konferenz eingegangenen Verpflichtungen zur langfristigen Reform des Wahlsystems, die Notwendigkeit betonend, die Reformen des Wahlsystems abzuschließen, um zu gewährleisten, dass künftige Wahlen transparent, glaubhaft und demokratisch sind, und bekräftigend, dass die friedliche Zukunft Afghanistans darin liegt, einen stabilen, sicheren und wirtschaftlich eigenständigen Staat aufzubauen, in dem es keinen Terrorismus und keine Suchtstoffe gibt und der auf gestärkten demokratischen Institutionen, der Achtung der Gewaltenteilung, gestärkten, in der Verfassung verankerten Kontrollmechanismen und der Garantie und Durchsetzung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten beruht,

den Beitrag *begrüßend*, den die Internationale Kontaktgruppe für Afghanistan zu den Anstrengungen der Vereinten Nationen zur Koordinierung und Ausweitung der internationalen Unterstützung für Afghanistan leistet, insbesondere das Ergebnis des letzten Treffens

der Internationalen Kontaktgruppe, das von der Organisation der Islamischen Konferenz am 3. März 2011 in Djidda (Saudi-Arabien) ausgerichtet wurde und die wachsende Unterstützung der Länder der Region und darüber hinaus für Frieden, Stabilität und Entwicklung in Afghanistan unter Beweis stellte,

betonend, wie entscheidend wichtig es ist, die regionale Zusammenarbeit voranzubringen, die ein wirksames Mittel zur Förderung der Sicherheit, der Stabilität und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Afghanistan ist, unter Hinweis auf die Bedeutung der Erklärung von Kabul vom 22. Dezember 2002 über gutnachbarliche Beziehungen[150], in dieser Hinsicht die fortgesetzte Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung der Stabilität und der Entwicklung Afghanistans begrüßend, Kenntnis nehmend von den internationalen und regionalen Initiativen wie dem Istanbuler Gipfeltreffen „Im Herzen Asiens", dem vierseitigen Gipfeltreffen Afghanistans, Pakistans, Tadschikistans und der Russischen Föderation sowie den Initiativen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und mit Interesse der im Herbst 2011 in Tadschikistan stattfindenden fünften Konferenz über regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Afghanistan entgegensehend,

unter Begrüßung der Bemühungen der Länder, die verstärkt zivile und humanitäre Anstrengungen unternehmen, um der Regierung und dem Volk Afghanistans behilflich zu sein, und die internationale Gemeinschaft ermutigend, ihre Beiträge in Abstimmung mit den afghanischen Behörden und der Mission weiter zu erhöhen,

sowie unter Begrüßung der auf dem Gipfeltreffen der Nordatlantikvertrags-Organisation am 19. und 20. November 2010 in Lissabon erzielten Vereinbarung zwischen der Regierung Afghanistans und den zur Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe beitragenden Ländern, die Hauptverantwortung für die Sicherheit in ganz Afghanistan bis Ende 2014 schrittweise an die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte zu übertragen, Kenntnis nehmend von der am 20. November 2010 in Lissabon unterzeichneten Erklärung der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Regierung Afghanistans über eine dauerhafte Partnerschaft, in Würdigung der gemeinsamen Anstrengungen im Rahmen des Übergangsprozesses („Inteqal"), unter Begrüßung der bisherigen Fortschritte bei der Vorbereitung des Übergangs für eine erste Gruppe von Provinzen und Städten und mit Interesse der weiteren Durchführung des Übergangsprozesses entgegensehend,

erneut anerkennend, dass die Herausforderungen in Afghanistan miteinander verknüpft sind, in Bekräftigung dessen, dass nachhaltige Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, Regierungsführung, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung sowie in den übergreifenden Fragen der Korruptionsbekämpfung, der Suchtstoffbekämpfung und der Transparenz einander verstärken, und unter Begrüßung der fortgesetzten Bemühungen der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft, diese Herausforderungen im Rahmen eines umfassenden Ansatzes zu bewältigen,

betonend, wie wichtig ein umfassender Ansatz für die Bewältigung der Herausforderungen ist, die in Afghanistan für eine erfolgreiche Übertragung der Hauptverantwortung für die Sicherheit an Afghanistan ab Anfang 2011 bestehen, sich dessen bewusst, dass zunehmende Sicherheit mit Fortschritten bei der Regierungsführung und der Entwicklungskapazität Afghanistans einhergehen muss, und in diesem Zusammenhang feststellend, dass bei den Zielen der Mission und der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe Synergien bestehen, wie auch in Resolution 1943 (2010) vom 13. Oktober 2010 festgestellt wurde, und betonend, dass sie ihre Zusammenarbeit, Koordinierung und gegenseitige Unterstützung unter gebührender Berücksichtigung der ihnen jeweils zugewiesenen Verantwortlichkeiten verstärken müssen,

[150] S/2002/1416, Anlage.

erneut erklärend, dass sich alle Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen im Rahmen des Landesteam-Mechanismus und des Konzepts der Einheit in der Aktion und unter der Leitung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan verstärkt um mehr Kohärenz, Koordinierung und Effizienz und eine vollständige Ausrichtung an den von der Regierung Afghanistans festgelegten nationalen Prioritätenprogrammen bemühen müssen,

unter Betonung der Notwendigkeit, die Reichweite, die Qualität und den Umfang der humanitären Hilfe weiter zu erhöhen, indem sichergestellt wird, dass diese Hilfe effizient, wirksam und zeitgerecht koordiniert und bereitgestellt wird, so auch durch eine bessere Abstimmung zwischen den Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen unter der Autorität des Sonderbeauftragten und zwischen den Vereinten Nationen und anderen Gebern, besonders dort, wo sie am meisten benötigt wird, und in dieser Hinsicht betonend, dass im Rahmen der humanitären Hilfe die humanitären Grundsätze der Menschlichkeit, der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit von allen gewahrt und geachtet werden müssen,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Besorgnis über die Sicherheitslage in Afghanistan, insbesondere über die anhaltenden gewaltsamen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, Al-Qaidas, anderer gewalttätiger extremistischer Gruppen, illegaler bewaffneter Gruppen, Krimineller und derjenigen, die an der Erzeugung unerlaubter Drogen oder dem Verkehr oder Handel damit beteiligt sind, sowie über die starken Verbindungen zwischen terroristischen Aktivitäten und unerlaubten Drogen, wovon Bedrohungen für die örtliche Bevölkerung, einschließlich Kindern, die nationalen Sicherheitskräfte und das internationale Militär- und Zivilpersonal ausgehen,

in Anbetracht der nach wie vor besorgniserregenden Bedrohungen, die von den Taliban, Al-Qaida, anderen gewalttätigen extremistischen Gruppen und illegalen bewaffneten Gruppen ausgehen, sowie der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen diese Bedrohungen, und mit dem Ausdruck seiner ernsthaften Besorgnis über die nachteiligen Auswirkungen gewaltsamer und terroristischer Aktivitäten der Taliban, Al-Qaidas, anderer gewalttätiger extremistischer Gruppen und illegaler bewaffneter Gruppen auf die Fähigkeit der Regierung Afghanistans, die Rechtsstaatlichkeit zu garantieren, dem afghanischen Volk Sicherheit zu gewähren und grundlegende Dienste bereitzustellen und die Verbesserung der Lage bei den Menschenrechten und Grundfreiheiten sowie deren Schutz zu gewährleisten,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis darüber, dass die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung in Afghanistan, insbesondere unter den Frauen und Kindern, weiter zugenommen hat, wofür in den allermeisten Fällen die Taliban, Al-Qaida, andere gewalttätige extremistische Gruppen und illegale bewaffnete Gruppen verantwortlich sind, bekräftigend, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien im Rahmen des Möglichen alles tun müssen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen zu gewährleisten, mit der Aufforderung an alle Parteien, ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen einzuhalten und alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, in der Erkenntnis, wie wichtig es ist, dass die Lage der Zivilpersonen und insbesondere die Situation im Hinblick auf Opfer unter der Zivilbevölkerung ständig überwacht werden und dem Sicherheitsrat laufend Bericht erstattet wird, so auch durch die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe, und Kenntnis nehmend von den Fortschritten, die die afghanischen und die internationalen Truppen dabei erzielt haben, die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung möglichst gering zu halten,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die ernste Gefahr für die Zivilbevölkerung, die von Antipersonenminen, Kampfmittelrückständen und behelfsmäßigen Sprengvorrich-

tungen ausgeht, und unter Betonung der Notwendigkeit, den Einsatz von Waffen und Vorrichtungen zu unterlassen, die nach dem Völkerrecht verboten sind,

es unterstützend, dass die Regierung Afghanistans Ammoniumnitratdünger nach wie vor verbietet, und mit der nachdrücklichen Aufforderung, rasch Maßnahmen zur Umsetzung von Vorschriften für die Kontrolle aller Explosivstoffe und chemischen Ausgangsstoffe zu ergreifen und damit die Fähigkeit der Aufständischen einzuschränken, sie für behelfsmäßige Sprengvorrichtungen zu nutzen,

unter Hinweis auf die an das Internationale Suchtstoff-Kontrollamt gerichtete Erklärung der Regierung Afghanistans, dass es in Afghanistan derzeit keine rechtlich zulässige Verwendung von Essigsäureanhydrid gibt und dass die Erzeuger- und Ausfuhrländer die Ausfuhr dieses Stoffes nach Afghanistan ohne einen Antrag der Regierung Afghanistans nicht genehmigen sollen[151], und die Mitgliedstaaten gemäß Resolution 1817 (2008) vom 11. Juni 2008 dazu ermutigend, verstärkt mit dem Amt zusammenzuarbeiten, indem sie insbesondere die Bestimmungen des Artikels 12 des Übereinkommens der Vereinten Nationen von 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen[152] vollständig einhalten,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006), 1738 (2006) und 1894 (2009) über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 und 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 über Frauen und Frieden und Sicherheit und seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte und Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte in Afghanistan[153],

1. *begrüßt* den Bericht des Generalsekretärs vom 9. März 2011[154];

2. *bekundet* den Vereinten Nationen *seine Anerkennung* für ihre langfristige Zusage zur Zusammenarbeit mit der Regierung und dem Volk Afghanistans und erklärt erneut seine volle Unterstützung für die Arbeit der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan und des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan;

3. *beschließt*, das in seinen Resolutionen 1662 (2006), 1746 (2007) vom 23. März 2007, 1806 (2008) vom 20. März 2008, 1868 (2009) und 1917 (2010) und in den nachstehenden Ziffern 4 bis 6 festgelegte Mandat der Mission bis zum 23. März 2012 zu verlängern;

4. *fordert* die Vereinten Nationen *auf*, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die nationalen Prioritätenprogramme der Regierung Afghanistans, die sich auf die Fragen der Sicherheit, der Regierungsführung, der Justiz und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erstrecken, ebenso zu unterstützen wie die volle Verwirklichung der gegenseitigen Verpflichtungen, die auf der Kabuler und der Londoner Konferenz zu diesen Fragen sowie zur weiteren Umsetzung der Nationalen Drogenkontrollstrategie[147] eingegangen wurden, und ersucht die Mission, der Regierung auf ihrem Weg zur Übernahme der Führungsverantwortung in Afghanistan entsprechend dem Prozess von Kabul behilflich zu sein;

---

[151] Siehe S/2009/235, Anlage.

[152] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1582, Nr. 27627. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1993 II S. 1136; LGBl. 2007 Nr. 64; öBGBl. III Nr. 154/1997; AS 2006 531.

[153] S/2011/55.

[154] S/2011/120.

5. *beschließt*, dass die Mission und der Sonderbeauftragte im Rahmen ihres Mandats und geleitet von dem Grundsatz, die afghanische Souveränität, Eigenverantwortung und Führung zu stärken, weiterhin die internationalen zivilen Maßnahmen leiten werden, im Einklang mit den Kommuniqués der Londoner[146] und der Kabuler Konferenz und mit besonderem Augenmerk auf den nachstehend dargelegten Schwerpunkten:

a) als Kovorsitzende des Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrats eine kohärentere Unterstützung der Prioritäten der Regierung Afghanistans in den Fragen der Entwicklung und der Regierungsführung durch die internationale Gemeinschaft zu fördern, namentlich durch Unterstützung für die laufende Ausarbeitung der neuen nationalen Prioritätenprogramme, die Mobilisierung von Ressourcen, die Koordinierung der internationalen Geber und Organisationen und die Steuerung der Beiträge der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen, insbesondere für die Suchtstoffbekämpfungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen, und gleichzeitig die Anstrengungen zur Steigerung des Anteils der über die Regierung bereitgestellten Entwicklungshilfe und die Anstrengungen zur Steigerung der Transparenz und Wirksamkeit der Nutzung dieser Ressourcen durch die Regierung zu unterstützen;

b) im Einklang mit ihren bestehenden Mandaten und auf eine Weise, die den Schutz und die Förderung der Rechte aller Afghanen nachhaltig gewährleistet, die Zusammenarbeit mit der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und dem Hohen Zivilen Beauftragten der Nordatlantikvertrags-Organisation auf allen Ebenen und im ganzen Land zur Unterstützung des auf der Kabuler und der Londoner Konferenz und dem Gipfeltreffen von Lissabon vereinbarten Übergangs zu afghanischer Führungsverantwortung zu stärken, um die Koordinierung zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich zu verbessern, den frühzeitigen Austausch von Informationen zu erleichtern und die Kohärenz der Tätigkeiten der nationalen und internationalen Sicherheitskräfte und der zivilen Akteure zur Unterstützung eines Entwicklungs- und Stabilisierungsprozesses unter afghanischer Führung zu gewährleisten, unter anderem durch Zusammenarbeit mit den regionalen Wiederaufbauteams und den nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere durch die Mitwirkung als Beobachter im Gemeinsamen Ausschuss Afghanistans und der Nordatlantikvertrags-Organisation für den Übergangsprozess („Inteqal“);

c) Kontaktarbeit und Gute Dienste zu leisten, um die Regierung Afghanistans auf Antrag bei dem unter afghanischer Führung stehenden Friedens- und Aussöhnungsprozess zu unterstützen, namentlich bei der Durchführung des afghanischen Friedens- und Wiedereingliederungsprogramms und durch die Unterbreitung von Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen und deren Unterstützung, im Rahmen der afghanischen Verfassung und unter voller Achtung der Durchführung der Maßnahmen und der Anwendung der Verfahren, die vom Sicherheitsrat in seinen Resolutionen 1267 (1999) vom 15. Oktober 1999, 1822 (2008) vom 30. Juni 2008 und 1904 (2009) vom 17. Dezember 2009 sowie in anderen einschlägigen Ratsresolutionen festgelegt wurden;

d) auf Antrag der afghanischen Behörden die Organisation künftiger afghanischer Wahlen ebenso zu unterstützen wie die Arbeit zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit und Integrität des Wahlprozesses, wie auf der Londoner und der Kabuler Konferenz vereinbart, und den an diesem Prozess beteiligten afghanischen Institutionen Kapazitätsaufbau- und technische Hilfe zu gewähren;

6. *bekräftigt*, dass die Mission und der Sonderbeauftragte weiterhin die internationalen zivilen Maßnahmen in den folgenden Schwerpunktbereichen leiten werden:

a) auf der Grundlage des bereits Erreichten die regionale Zusammenarbeit zur Herbeiführung von Stabilität und Wohlstand in Afghanistan zu unterstützen;

b) durch eine gestärkte Präsenz der Mission und auf eine die Bemühungen der Regierung Afghanistans unterstützende Weise die Durchführung des Prozesses von Kabul im ganzen Land zu fördern, so auch durch verstärkte Zusammenarbeit mit dem Büro der Ver-

einten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, und die Einbeziehung in die Regierungspolitik wie auch deren Verständnis zu erleichtern;

c) die Anstrengungen der Regierung Afghanistans zur Verbesserung der Regierungsführung und der Rechtsstaatlichkeit, einschließlich der Unrechtsaufarbeitung, des Haushaltsvollzugs und der Bekämpfung der Korruption im ganzen Land im Einklang mit dem Prozess von Kabul zu unterstützen, um dazu beizutragen, dass frühzeitig und auf nachhaltige Weise die Früchte des Friedens zum Tragen kommen und Dienstleistungen erbracht werden;

d) mit Unterstützung des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte weiter mit der afghanischen Unabhängigen Menschenrechtskommission sowie mit der Regierung Afghanistans und den zuständigen internationalen und lokalen nichtstaatlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, um die Situation der Zivilbevölkerung zu überwachen, die Maßnahmen zur Gewährleistung ihres Schutzes zu koordinieren, die Rechenschaftslegung zu fördern und bei der vollständigen Durchführung der die Grundfreiheiten und Menschenrechte betreffenden Bestimmungen der afghanischen Verfassung und der völkerrechtlichen Verträge, deren Vertragsstaat Afghanistan ist, behilflich zu sein, insbesondere derjenigen betreffend den vollen Genuss der Menschenrechte durch Frauen;

e) die Erbringung humanitärer Hilfsleistungen auf eine die Regierung Afghanistans unterstützende Weise und im Einklang mit humanitären Grundsätzen zu koordinieren und zu erleichtern, mit dem Ziel, die Kapazitäten der Regierung aufzubauen, damit sie zukünftig die zentrale Koordinierungsrolle übernehmen kann, namentlich durch die wirksame Unterstützung der nationalen und lokalen Behörden bei der Gewährung von Hilfe und Schutz für Binnenvertriebene und bei der Schaffung von Bedingungen, die der freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde förderlich sind;

7. *fordert* alle afghanischen und internationalen Parteien *auf*, sich mit der Mission bei der Erfüllung ihres Mandats und bei den Anstrengungen zur Förderung der Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals im gesamten Land abzustimmen;

8. *erklärt erneut*, dass die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen gewährleistet werden muss und dass er die vom Generalsekretär in dieser Hinsicht bereits ergriffenen Maßnahmen unterstützt;

9. *betont*, wie wichtig eine starke Präsenz der Mission und der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen in den Provinzen ist, legt dem Generalsekretär nahe, seine laufenden Bemühungen fortzusetzen, um die erforderlichen Maßnahmen zur Bewältigung der mit ihrer Präsenz verbundenen Sicherheitsprobleme zu ergreifen, und unterstützt nachdrücklich die Autorität des Sonderbeauftragten für die Koordinierung aller Tätigkeiten der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen in Afghanistan;

10. *unterstreicht*, wie wichtig eine nachhaltige demokratische Entwicklung in Afghanistan ist, bei der alle afghanischen Institutionen im Rahmen ihrer klar abgesteckten Zuständigkeitsbereiche im Einklang mit den einschlägigen Rechtsvorschriften und der afghanischen Verfassung handeln, begrüßt in dieser Hinsicht die Zusage der Regierung Afghanistans, eng mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um aufbauend auf den bei den Wahlen 2009 und 2010 gewonnenen Erkenntnissen weitere Verbesserungen für den Wahlprozess herbeizuführen, einschließlich der Behandlung der Frage der Nachhaltigkeit des Wahlprozesses, bekräftigt unter Berücksichtigung der auf der Londoner und der Kabuler Konferenz eingegangenen Verpflichtungen, dass der Mission eine führende Rolle dabei zukommt, die Einlösung dieser Verpflichtungen auf Ersuchen der Regierung Afghanistans zu unterstützen, ersucht die Mission, den zuständigen afghanischen Institutionen auf Ersuchen der Regierung technische Hilfe zur Unterstützung konstruktiver Wahlrefor-

men zu gewähren, und fordert ferner die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft auf, nach Bedarf Hilfe zu gewähren;

11. *begrüßt* die erneuten Anstrengungen der Regierung Afghanistans, namentlich mittels der Abhaltung der nationalen beratenden Friedens-Jirga vom 2. bis 4. Juni 2010, der Einsetzung des Hohen Friedensrats und der Durchführung des afghanischen Friedens- und Wiedereingliederungsprogramms, den Dialog mit denjenigen Regierungsgegnern zu fördern, die bereit sind, der Gewalt abzuschwören, die Verbindungen zu Al-Qaida und anderen terroristischen Organisationen abzubrechen, den Terrorismus abzulehnen und die afghanische Verfassung anzunehmen, insbesondere in ihrem Bezug auf Gleichstellungs- und Menschenrechtsfragen, legt der Regierung Afghanistans nahe, von den Guten Diensten der Mission Gebrauch zu machen, um diesen Prozess nach Bedarf und unter voller Achtung der Durchführung der vom Sicherheitsrat in den Resolutionen 1267 (1999), 1822 (2008) und 1904 (2009) eingeführten Maßnahmen und Verfahren sowie der sonstigen einschlägigen Resolutionen des Rates zu unterstützen, begrüßt außerdem die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen, legt ihr nahe, auch weiterhin die Beteiligung von Frauen, Minderheiten und der Zivilgesellschaft an Kommunikations- und Konsultationsprozessen zu erhöhen, und erinnert daran, dass Frauen eine entscheidende Rolle im Friedensprozess wahrnehmen können, wie in der Ratsresolution 1325 (2000) und damit zusammenhängenden Resolutionen anerkannt;

12. *betont* die Rolle, die der Mission bei der Unterstützung des Friedens- und Aussöhnungsprozesses, einschließlich des afghanischen Friedens- und Wiedereingliederungsprogramms, gemäß dem in dieser Resolution erteilten Mandat zukommt, ermutigt die internationale Gemeinschaft, der Regierung Afghanistans bei ihren diesbezüglichen Anstrengungen behilflich zu sein, unter anderem indem sie den Treuhandfonds für Frieden und Wiedereingliederung weiter unterstützt, und nimmt in diesem Zusammenhang davon Kenntnis, dass die Regierung Afghanistans im Frühjahr 2011 in Kabul die Konferenz über Wiedereingliederung ausrichten wird;

13. *begrüßt* die laufenden Anstrengungen der Regierung Afghanistans, ihrer Partner in den Nachbarländern und der Region und der internationalen Organisationen, namentlich der Organisation der Islamischen Konferenz, zur Förderung des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit sowie die jüngsten, von den betroffenen Ländern und den Regionalorganisationen entwickelten Kooperationsinitiativen, namentlich das 24. Dezember 2010 in Istanbul (Türkei) abgehaltene fünfte Dreiseitige Gipfeltreffen Afghanistans, Pakistans und der Türkei und die Ergebnisse der jüngsten, am 3. November 2010 abgehaltenen Istanbuler Konferenz, nimmt davon Kenntnis, dass eine Regionalkonferenz über Afghanistan vorgeschlagen wurde, die von der Türkei zu organisieren ist, sieht der im Herbst 2011 in Tadschikistan stattfindenden fünften Konferenz über regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Afghanistan mit Interesse entgegen, begrüßt ferner, dass die in der Erklärung von Kabul vom 22. Dezember 2002 über gutnachbarliche Beziehungen[150] enthaltenen Grundsätze im Kommuniqué der Kabuler Konferenz bekräftigt wurden, und betont, wie wichtig eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und seinen Partnern gegen die Taliban, Al-Qaida, andere gewalttätige extremistische Gruppen und illegale bewaffnete Gruppen ist, um Frieden und Wohlstand in Afghanistan sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Entwicklung als Mittel zur Herbeiführung der vollständigen Einbindung Afghanistans in die regionale Dynamik und die Weltwirtschaft zu fördern;

14. *bekräftigt* die zentrale Rolle des Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrats bei der Koordinierung, Erleichterung und Überwachung der Umsetzung der Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan und der nationalen Prioritätenprogramme und fordert alle maßgeblichen Akteure auf, mit dem Rat in dieser Hinsicht verstärkt zusammenzuarbeiten, um seine Effizienz weiter zu verbessern;

15. *fordert* die internationalen Geber und Organisationen und die Regierung Afghanistans *auf*, den Verpflichtungen nachzukommen, die sie auf der Kabuler Konferenz und

früheren internationalen Konferenzen eingegangen sind, und erklärt erneut, wie wichtig weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Koordinierung und Wirksamkeit der Hilfe sind, namentlich durch die Gewährleistung von Transparenz, die Bekämpfung der Korruption und den Ausbau der Kapazitäten der Regierung zur Koordinierung der Hilfe;

16. *fordert* die Regierung Afghanistans *auf*, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, namentlich der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit", im Einklang mit den ihnen jeweils zugewiesenen und sich verändernden Verantwortlichkeiten, auch weiterhin gegen die Bedrohung der Sicherheit und Stabilität Afghanistans vorzugehen, die von den Taliban, Al-Qaida, anderen gewalttätigen extremistischen Gruppen, illegalen bewaffneten Gruppen, Kriminellen und denjenigen, die an der Erzeugung unerlaubter Drogen oder dem Verkehr oder Handel damit beteiligt sind, ausgeht;

17. *verurteilt auf das Entschiedenste* alle auf Zivilpersonen sowie auf afghanische und internationale Truppen verübten Angriffe, namentlich Anschläge mit behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen, Selbstmordanschläge, Morde und Entführungen, sowie deren schädliche Auswirkungen auf die Stabilisierungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen in Afghanistan und verurteilt ferner die Benutzung von Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde durch die Taliban und andere extremistische Gruppen;

18. *verurteilt* die Angriffe auf humanitäre Helfer, betont, dass die Angriffe die Hilfsmaßnahmen für das Volk Afghanistans behindern, und unterstreicht, dass alle Parteien für den sicheren und ungehinderten Zugang aller humanitären Akteure, einschließlich des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals, Sorge tragen und das anwendbare humanitäre Völkerrecht voll einhalten müssen;

19. *begrüßt* die bislang erzielten Fortschritte bei der Durchführung des Antiminenprogramms für Afghanistan, ermutigt die Regierung Afghanistans, mit Unterstützung durch die Vereinten Nationen und alle maßgeblichen Akteure ihre Anstrengungen zur Räumung von Antipersonenminen, Panzerabwehrminen und explosiven Kampfmittelrückständen fortzusetzen, um die Bedrohungen für das menschliche Leben und für den Frieden und die Sicherheit in dem Land zu verringern, und erklärt, dass für die Betreuung, die Rehabilitation und die wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung der Opfer, darunter Menschen mit Behinderungen, Hilfe gewährt werden muss;

20. *erkennt* die Fortschritte *an*, die die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe und andere internationale Truppen dabei erzielt haben, das Risiko von Opfern unter der Zivilbevölkerung auf ein Mindestmaß zu beschränken, wie in dem Bericht der Mission vom 9. März 2011 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten[148] beschrieben, und fordert sie auf, in dieser Hinsicht weiter robuste Anstrengungen zu unternehmen, namentlich durch die laufende Überprüfung der Taktiken und Verfahren und die Durchführung von Einsatzauswertungen und von Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der Regierung Afghanistans in Fällen, in denen zivile Opfer zu verzeichnen sind, wenn die Regierung diese gemeinsamen Untersuchungen für angemessen befindet;

21. *betont*, wie wichtig es ist, den Zugang der jeweils zuständigen Organisationen zu allen Gefängnissen und Hafteinrichtungen in Afghanistan sicherzustellen, und fordert die volle Achtung des einschlägigen Völkerrechts, namentlich des humanitären Rechts und der Menschenrechtsnormen;

22. *bekundet seine große Besorgnis* über die Einziehung und den Einsatz von Kindern durch Kräfte der Taliban in Afghanistan sowie über die Tötung und Verstümmelung von Kindern infolge des Konflikts, verurteilt erneut auf das Entschiedenste die Einziehung und den Einsatz von Kindersoldaten unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht sowie alle sonstigen Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder in Situationen bewaffneten Konflikts, insbesondere Angriffe auf Schulen und Bildungs- und Gesundheitsversorgungseinrichtungen, und den Einsatz von Kindern bei Selbstmordanschlägen, fordert, dass die Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden, betont, wie wichtig die

Durchführung der Resolutionen 1612 (2005) und 1882 (2009) in diesem Zusammenhang ist, und ersucht den Generalsekretär, die Kinderschutzkomponente der Mission weiter zu verstärken, insbesondere durch die Ernennung von Kinderschutzberatern;

23. *begrüßt* es, dass die Regierung Afghanistans und die Vereinten Nationen vor kurzem einen umfassenden, an Fristen gebundenen und nachprüfbaren Aktionsplan zur Beendigung des Einsatzes und der Einziehung von Kindern durch die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte unterzeichnet haben;

24. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, die Funktionsfähigkeit, die Professionalität und die Rechenschaftspflicht des afghanischen Sicherheitssektors innerhalb eines umfassenden Rahmens durch geeignete Überprüfungsverfahren und Maßnahmen in den Bereichen Ausbildung, Mentoring, Ausrüstung und Ermächtigung, für Frauen wie auch für Männer, zu steigern, um raschere Fortschritte in Richtung auf das Ziel eigenständiger und ethnisch ausgewogener afghanischer Sicherheitskräfte zu erzielen, die für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit im gesamten Land sorgen;

25. *begrüßt* in diesem Zusammenhang die anhaltenden Fortschritte bei der Entwicklung der Afghanischen Nationalarmee und die Verbesserung ihrer Fähigkeiten zur Einsatzplanung und -durchführung und ermutigt zu anhaltenden Ausbildungsanstrengungen, unter anderem durch den Beitrag von Ausbildern, Ressourcen und Mentor- und Verbindungsteams im Rahmen der Ausbildungsmission der Nordatlantikvertrags-Organisation in Afghanistan, und Beratung bei der Entwicklung eines dauerhaft angelegten Prozesses für die Verteidigungsplanung sowie Hilfe bei den Initiativen zur Reform des Verteidigungssektors;

26. *nimmt Kenntnis* von den laufenden Anstrengungen der afghanischen Behörden zum Ausbau der Fähigkeiten der Afghanischen Nationalpolizei, fordert weitere auf dieses Ziel gerichtete Anstrengungen und betont in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit internationaler Hilfe in Form von finanzieller Unterstützung und der Bereitstellung von Ausbildern und Mentoren, einschließlich des Beitrags der Ausbildungsmission der Nordatlantikvertrags-Organisation in Afghanistan, des Beitrags der Europäischen Gendarmerietruppe zu dieser Mission und des Beitrags der Europäischen Union über die Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan;

27. *begrüßt* die von der Regierung Afghanistans erzielten Fortschritte bei der Durchführung des Programms zur Auflösung illegaler bewaffneter Gruppen und seine Eingliederung in das afghanische Friedens- und Wiedereingliederungsprogramm und fordert eine Beschleunigung und Harmonisierung der Bemühungen um weitere Fortschritte mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft;

28. *nimmt Kenntnis* von den jüngsten Fortschritten bei der Bekämpfung und dem Rückgang der Opiumerzeugung, ist nach wie vor besorgt über den schwerwiegenden Schaden, den der Anbau und die Erzeugung von Opium und der Opiumhandel und -konsum weiterhin im Hinblick auf die Sicherheit, die Entwicklung und die Regierungsführung in Afghanistan sowie in der Region und auf internationaler Ebene verursachen, fordert die Regierung Afghanistans auf, die Umsetzung der Nationalen Drogenkontrollstrategie mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu beschleunigen, namentlich durch Programme für alternative Möglichkeiten der Existenzsicherung, und die Suchtstoffbekämpfung in alle nationalen Programme zu integrieren, ermutigt die internationale Gemeinschaft, zusätzliche Unterstützung für die in der Strategie genannten vier Prioritätsbereiche zu gewähren, und würdigt die Unterstützung, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung der Dreiecksinitiative und dem Zentralasiatischen regionalen Informations- und Koordinierungszentrum im Rahmen der Pariser-Pakt-

Initiative[155] und der Regenbogenstrategie gewährt, sowie den Beitrag der Polizeiakademie von Domodedowo (Russische Föderation);

29. *fordert* die Staaten *auf*, die internationale und regionale Zusammenarbeit beim Vorgehen gegen die Bedrohung, die der internationalen Gemeinschaft aus der Erzeugung von aus Afghanistan stammenden unerlaubten Drogen, dem Handel damit und ihrem Konsum erwächst, nach dem Grundsatz der gemeinsamen und geteilten Verantwortung für die Bekämpfung des Drogenproblems Afghanistans zu verstärken, namentlich durch die Stärkung der Kapazitäten der Strafverfolgungsbehörden und die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Handel mit unerlaubten Drogen und chemischen Ausgangsstoffen sowie gegen die mit diesem Handel verbundene Geldwäsche und Korruption, nimmt davon Kenntnis, dass die vorgeschlagene dritte Ministerkonferenz über die von Afghanistan ausgehenden Routen des Drogenhandels im Jahr 2011 im Rahmen der Pariser-Pakt-Initiative und ihres Paris-Moskau-Prozesses abgehalten werden soll, und fordert in dieser Hinsicht die vollständige Durchführung der Ratsresolution 1817 (2008);

30. *fordert*, dass die Pariser-Pakt-Initiative zur Bekämpfung der Erzeugung von Opium und Heroin aus Afghanistan, des Handels damit und ihres Konsums fortgesetzt wird und dass der Mohnanbau und die Drogenlabors und -vorräte beseitigt und Drogenkonvois abgefangen werden, unterstreicht, wie wichtig die Zusammenarbeit beim Grenzmanagement ist, und begrüßt die verstärkte diesbezügliche Zusammenarbeit der zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit;

31. *erklärt erneut*, wie wichtig die vollständige, zeitlich abgestufte, frühzeitige und koordinierte Umsetzung des nationalen Prioritätenprogramms „Recht und Gerechtigkeit für alle“ durch alle maßgeblichen afghanischen Institutionen und sonstigen Akteure ist, um die Errichtung eines fairen und transparenten Justizsystems zu beschleunigen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und zur Festigung der Rechtsstaatlichkeit im ganzen Land beizutragen;

32. *betont* in diesem Zusammenhang, wie wichtig weitere Fortschritte bei dem Wiederaufbau und der Reform des Strafvollzugswesens in Afghanistan sind, um die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in den Gefängnissen zu verbessern;

33. *nimmt mit großer Besorgnis Kenntnis* von den Auswirkungen der weit verbreiteten Korruption auf die Sicherheit, eine gute Regierungsführung, die Suchtstoffbekämpfung und die wirtschaftliche Entwicklung und fordert die Regierung Afghanistans nachdrücklich auf, mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft entschlossen die Führung bei der Korruptionsbekämpfung zu übernehmen und ihre Anstrengungen zur Schaffung einer wirksameren, rechenschaftspflichtigeren und transparenteren Verwaltung zu verstärken;

34. *ermutigt* alle afghanischen Institutionen, einschließlich der Exekutive und der Legislative, in einem Geist der Zusammenarbeit tätig zu sein, fordert die Regierung Afghanistans auf, die Reform der Gesetzgebung und der öffentlichen Verwaltung weiter voranzutreiben, um eine gute Regierungsführung mit der vollen Vertretung aller afghanischen Frauen und Männer und Rechenschaftspflicht auf nationaler wie auf subnationaler Ebene zu gewährleisten, und unterstreicht, dass es weiterer internationaler Anstrengungen zur Bereitstellung entsprechender technischer Hilfe bedarf;

35. *fordert* die volle Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und des humanitären Völkerrechts in ganz Afghanistan, begrüßt die Zunahme freier Medien in Afghanistan, nimmt jedoch mit Besorgnis Kenntnis von den anhaltenden Einschränkungen der Medienfreiheit und den Angriffen auf Journalisten, lobt die afghanische Unabhängige Menschenrechtskommission für ihre mutigen Anstrengungen zur Überwachung der Ach-

[155] Siehe S/2003/641, Anlage.

tung der Menschenrechte in Afghanistan sowie zur Förderung und zum Schutz dieser Rechte und zur Förderung des Entstehens einer pluralistischen Zivilgesellschaft, betont, wie wichtig es ist, dass alle maßgeblichen Akteure mit der Kommission uneingeschränkt zusammenarbeiten, und unterstützt ein breites Engagement aller staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft zur Einlösung der gegenseitigen Zusagen, einschließlich der Zusage, ausreichende öffentliche Mittel für die Kommission bereitzustellen;

36. *ist sich dessen bewusst*, dass trotz der bei der Gleichstellung der Geschlechter erzielten Fortschritte verstärkte Anstrengungen zur Gewährleistung der Rechte der Frauen und Mädchen erforderlich sind, verurteilt nachdrücklich das Fortbestehen bestimmter Formen von Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen, insbesondere Gewalt, die darauf abzielt, Mädchen vom Schulbesuch abzuhalten, und betont, wie wichtig es ist, die Resolutionen 1325 (2000), 1820 (2008), 1888 (2009), 1889 (2009) und 1960 (2010) durchzuführen und sicherzustellen, dass Frauen, die häuslicher Gewalt entfliehen, eine sichere Zuflucht finden können;

37. *begrüßt* die Selbstverpflichtung der Regierung Afghanistans, die Mitwirkung von Frauen in allen afghanischen Lenkungsinstitutionen, einschließlich der gewählten und ernannten Gremien und des öffentlichen Dienstes, zu stärken, unterstützt die Anstrengungen zur beschleunigten Durchführung des Nationalen Aktionsplans für die Frauen Afghanistans, zur Integration der darin enthaltenen Zielvorgaben in die nationalen Prioritätenprogramme und zur Ausarbeitung einer Strategie mit dem Ziel, das Gesetz zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen umzusetzen, wozu auch die Bereitstellung von Opferhilfe gehört, erinnert daran, dass die Förderung und der Schutz der Rechte der Frauen ein fester Bestandteil von Frieden, Wiedereingliederung und Aussöhnung sind, und ersucht den Generalsekretär, in seine Berichte an den Sicherheitsrat auch künftig einschlägige Informationen über den Prozess der Integration der Frauen in das politische, wirtschaftliche und soziale Leben Afghanistans aufzunehmen;

38. *begrüßt außerdem* die Zusammenarbeit der Regierung Afghanistans und der Mission mit dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999) bei der Durchführung der Resolution 1904 (2009), namentlich durch die Bereitstellung einschlägiger Informationen zur Aktualisierung der Konsolidierten Liste und die Benennung von Personen und Einrichtungen, die an der Finanzierung oder Unterstützung von Handlungen oder Aktivitäten Al-Qaidas und der Taliban unter Nutzung der Erträge aus dem unerlaubten Anbau von Suchtstoffen und ihren Ausgangsstoffen und deren unerlaubter Erzeugung und dem illegalen Handel damit beteiligt sind, und ermutigt zur Fortsetzung dieser Zusammenarbeit;

39. *fordert* unter Verweis auf die historische Rolle Afghanistans als Landbrücke in Asien eine Verstärkung des Prozesses der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, darunter Maßnahmen zur Erleichterung des regionalen Handels, zur Erhöhung der Auslandsinvestitionen und zum Aufbau der Infrastruktur;

40. *anerkennt* die Wichtigkeit der freiwilligen, sicheren und geordneten Rückkehr und der dauerhaften Wiedereingliederung der verbleibenden afghanischen Flüchtlinge für die Stabilität des Landes und der Region und ruft zur Fortsetzung und Ausweitung der diesbezüglichen internationalen Hilfe auf;

41. *bekräftigt* die Wichtigkeit der freiwilligen, sicheren und geordneten Rückkehr und der dauerhaften Wiedereingliederung der Binnenvertriebenen;

42. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat alle drei Monate über die Entwicklungen in Afghanistan Bericht zu erstatten und in seine Berichte eine Evaluierung der Fortschritte anhand der Kriterien für die Messung und Verfolgung der Fortschritte bei der Erfüllung des Mandats der Mission und der Prioritäten, die in dieser Resolution dargelegt sind, aufzunehmen;

43. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, in Abstimmung mit der Regierung Afghanistans und den maßgeblichen internationalen Beteiligten bis Ende 2011 eine umfassende Überprüfung der mandatsmäßigen Tätigkeiten der Mission und der von den Vereinten Nationen in Afghanistan geleisteten Unterstützung, einschließlich der Präsenz der Mission im gesamten Land, vorzunehmen, mit dem Ziel, die nationale Eigenverantwortung und Führung im Einklang mit dem Prozess von Kabul zu stärken, unter Berücksichtigung des sich verändernden Charakters der Präsenz der internationalen Gemeinschaft und der Rolle der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und unter Einschluss der ersten Erfahrungen mit dem Übergangsprozess („Inteqal"), und dem Rat damit eine Entscheidungsgrundlage zu geben, wenn er das Mandat der Mission im März 2012 überprüft, und fordert alle beteiligten Akteure auf, bei diesem Prozess mit der Mission zusammenzuarbeiten;

44. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6500. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6574. Sitzung am 6. Juli 2011 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, Japans, Kanadas, Pakistans und der Türkei gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

> Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2011/381)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Staffan de Mistura, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

DIE SITUATION IN SIERRA LEONE[156]

Beschlüsse

Auf seiner 6391. Sitzung am 28. September 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreterin Sierra Leones (Ministerin für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Sierra Leone

> Fünfter Bericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone (S/2010/471)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Michael von der Schulenburg, den Exekutivbeauftragten des Generalsekre-

[156] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1995 verabschiedet.

tärs für Sierra Leone und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone, und Herrn John McNee, den Ständigen Vertreter Kanadas bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Sierra-Leone-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6392. Sitzung am 29. September 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Sierra Leones gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Sierra Leone

> Fünfter Bericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone (S/2010/471)“.

Resolution 1940 (2010)
vom 29. September 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen über Sierra Leone, insbesondere die Resolutionen 1132 (1997) vom 8. Oktober 1997 und 1171 (1998) vom 5. Juni 1998,

sowie unter Hinweis auf seine Bereitschaft, die Maßnahmen aufzuheben, sobald die Regierung Sierra Leones die volle Kontrolle über ihr gesamtes Hoheitsgebiet wiedererlangt hat und sobald alle nichtstaatlichen bewaffneten Kräfte entwaffnet und demobilisiert worden sind,

in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, die Erholung Sierra Leones von dem Konflikt zu unterstützen und den Frieden, die Sicherheit und die Entwicklung des Landes zu fördern,

in Würdigung der Rolle, die das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone in dieser Hinsicht weiterhin wahrnimmt,

unter Begrüßung des an den Präsidenten des Sicherheitsrats gerichteten Schreibens des Ständigen Vertreters Sierra Leones bei den Vereinten Nationen vom 9. September 2010, in dem der Rat über die aktuelle Situation in Sierra Leone unterrichtet und darum ersucht wird, die in Kraft befindlichen Maßnahmen aufzuheben,

in Würdigung der Arbeit des mit Ziffer 10 der Resolution 1132 (1997) betreffend Sierra Leone eingesetzten Ausschusses des Sicherheitsrats,

Kenntnis nehmend von dem Bericht 2009 des Ausschusses[157] und insbesondere von den in Ziffer 17 enthaltenen Bemerkungen des Vorsitzenden,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Staaten, dem Sondergerichtshof für Sierra Leone oder jeder anderen Institution, der der Gerichtshof den Fall Johnny Paul Koroma möglicherweise überträgt, Zusammenarbeit und Hilfe zu gewähren, damit der Betreffende, falls er noch am Leben ist, vor Gericht gestellt werden kann, und mit der Aufforderung an ihn, sich zu stellen,

mit der Aufforderung an alle Staaten, mit der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL) bei der Festnahme und Überstellung von Herrn Koroma, falls dieser noch am Leben ist, zusammenzuarbeiten,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

[157] S/2009/690, Anlage.

1. *beschließt*, die in den Ziffern 2, 4 und 5 der Resolution 1171 (1998) festgelegten Maßnahmen mit sofortiger Wirkung aufzuheben;

2. *beschließt außerdem*, den mit Ziffer 10 der Resolution 1132 (1997) des Sicherheitsrats eingesetzten Ausschuss mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Auf der 6392. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Resolution 1941 (2010)
vom 29. September 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Sierra Leone, insbesondere die Resolution 1886 (2009) vom 15. September 2009,

unter Begrüßung des Besuchs des Generalsekretärs in Sierra Leone und in Würdigung des wertvollen Beitrags, den das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone zu den Friedenskonsolidierungsmaßnahmen sowie zum Frieden, zur Sicherheit und zur Entwicklung des Landes geleistet hat,

sowie unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 17. September 2010[158] und seiner Empfehlung, das Mandat des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone um einen Zeitraum von einem Jahr zu verlängern, mit dem Ziel, die Regierung Sierra Leones bei der Friedenskonsolidierung weiter zu unterstützen, einschließlich bei den Vorbereitungen zu den Wahlen im Jahr 2012,

eingedenk der Anstrengungen, die die Vereinten Nationen unternehmen, um der Regierung Sierra Leones bei der Bewältigung der Kapazitätsprobleme der nationalen Wahlinstitutionen behilflich zu sein, und feststellend, dass sich aufgrund der politischen, sicherheitsbezogenen, sozioökonomischen und humanitären Herausforderungen die Spannungen während der Vorbereitungen und im Vorfeld der Wahlen 2012 in Sierra Leone verschärfen könnten,

mit der Aufforderung an die Regierung Sierra Leones und die internationale Gemeinschaft, ein für die Abhaltung freier und fairer Wahlen förderliches Umfeld zu fördern, indem sie die Institutionen stärken, die den Wahlprozess durchführen und überwachen, und so zur institutionellen Entwicklung und anhaltenden Stabilität des Landes beizutragen,

betonend, wie wichtig die fortlaufende integrierte Unterstützung des Systems der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft für den langfristigen Frieden und die langfristige Sicherheit und Entwicklung Sierra Leones ist, insbesondere durch die Stärkung der Kapazitäten der Regierung Sierra Leones,

unter Begrüßung der von der Regierung Sierra Leones erzielten stetigen Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda für den Wandel, wie aus dem von der Regierung in enger Zusammenarbeit mit ihren internationalen Partnern und der Zivilgesellschaft erstellten gemeinsamen Fortschrittsbericht hervorgeht, Kenntnis nehmend von den Herausforderungen, die im Rahmen der nationalen Friedenskonsolidierungsstrategie der Regierung noch zu bewältigen sind, und von den zu diesem Zweck unternommenen Anstrengungen, und mit der Aufforderung an alle internationalen Partner, ihre Hilfe an den in dem gemeinsamen Fortschrittsbericht vorgegebenen Prioritäten auszurichten,

in Anerkennung der Rolle, die die Kommission für Friedenskonsolidierung bei der Unterstützung der Friedenskonsolidierungsbemühungen in Sierra Leone wahrnimmt, unter Begrüßung der am 28. September 2010 vorgenommenen Überprüfung des Ergebnisses der

[158] S/2010/471.

Sondertagung der Kommission für Friedenskonsolidierung auf hoher Ebene über Sierra Leone[159] und Kenntnis nehmend von dem Beitrag, den der Friedenskonsolidierungsfonds zur Friedenskonsolidierung in Sierra Leone geleistet hat,

unter Begrüßung der laufenden Umsetzung des Gemeinsamen Kommuniqués vom 2. April 2009 durch die politischen Parteien und ihrer Beiträge zu einer dauerhaften Einstellung der politisch motivierten Gewalt in Sierra Leone und mit der Aufforderung an alle politischen Parteien, auch weiterhin seine Bestimmungen einzuhalten und seine vollständige Umsetzung zu gewährleisten,

in Würdigung der fortlaufenden Bemühungen, die das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone und das Landesteam der Vereinten Nationen gemeinsam unternehmen, um das in der Gemeinsamen Vision der Vereinten Nationen festgelegte Ziel der Zusammenführung des politischen, des entwicklungsbezogenen und des humanitären Mandats der Mission zu erreichen, alle Institutionen der Vereinten Nationen in Sierra Leone ermutigend, die Gemeinsame Vision weiter umzusetzen, und mit der Aufforderung an die bilateralen und multilateralen Partner Sierra Leones, die notwendigen Mittel zur Umsetzung der Gemeinsamen Vision bereitzustellen,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Anerkennung für die Arbeit des Sondergerichtshofs für Sierra Leone, betonend, wie wichtig das Verfahren des Gerichtshofs gegen den ehemaligen Präsidenten Liberias, Charles Taylor, ist, unter Begrüßung des Abschlusses aller anderen Fälle sowie der wirksamen Informationsarbeit über die Verfahren auf lokaler Ebene, erneut seiner Erwartung Ausdruck gebend, dass der Gerichtshof seine Arbeit so bald wie möglich abschließen wird, und die Mitgliedstaaten auffordernd, großzügige Beiträge für den Gerichtshof und den vorgeschlagenen Sondergerichtshof für die Residualaufgaben zu leisten,

in Bekräftigung seiner Resolution 1940 (2010) vom 29. September 2010, mit der alle verbleibenden Sanktionen in Bezug auf Sierra Leone aufgehoben werden, und unter Hinweis darauf, dass die Verantwortung für die Kontrolle des Umlaufs von Kleinwaffen innerhalb des Hoheitsgebiets von Sierra Leone sowie zwischen Sierra Leone und den Nachbarstaaten bei den zuständigen staatlichen Behörden liegt, im Einklang mit dem Übereinkommen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten von 2006 über Kleinwaffen und leichte Waffen, deren Munition und anderes dazugehöriges Material[160],

die von der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten wahrgenommene Rolle *begrüßend* und den Mitgliedstaaten der Mano-Fluss-Union und anderer Regionalorganisationen nahelegend, ihren Dialog zur Konsolidierung des Friedens und der Sicherheit in der Region fortzusetzen,

1. *beschließt*, das in den Resolutionen des Sicherheitsrats 1829 (2008) vom 4. August 2008 und 1886 (2009) festgelegte Mandat des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone bis zum 15. September 2011 zu verlängern;

2. *betont*, wie wichtig es ist, dass das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone und das Landesteam der Vereinten Nationen im Rahmen ihres jeweiligen Mandats gemeinsam die in der Gemeinsamen Vision der Vereinten Nationen festgelegten Ziele erreichen, namentlich mit dem Schwerpunkt darauf,

   i) die Regierung Sierra Leones auf Ersuchen bei den Vorbereitungen für die Wahlen von 2012 zu unterstützen;

[159] PBC/4/SLE/3.

[160] Siehe United Nations Institute for Disarmament Research, *Disarmament Forum*, Nr. 4, 2008, *The Complex Dynamics of Small Arms in West Africa*. Verfügbar unter http://www.unidir.org.

ii) bei den Maßnahmen zur Konfliktprävention und -milderung Hilfe zu gewähren und den Dialog zwischen den politischen Parteien, der Regierung und allen maßgeblichen Akteuren zu fördern;

iii) der Regierung und den nationalen Institutionen bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit behilflich zu sein, namentlich durch die Unterstützung von Ausbildungs-, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen;

iv) der Regierung dabei behilflich zu sein, eine gute Regierungsführung, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte zu fördern, insbesondere eine Reform der Institutionen, den unerlaubten Drogenhandel und die organisierte Kriminalität zu bekämpfen, die Korruption zu bekämpfen, die Nationale Menschenrechtskommission zu unterstützen und bei der Stärkung der nationalen Kapazitäten in den Bereichen Gesetzesvollzug, Forensik, Grenzmanagement und Geldwäsche sowie der Stärkung der Strafjustizinstitutionen behilflich zu sein;

3. *fordert* die Regierung Sierra Leones *auf*, mit Unterstützung des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone und aller anderen beteiligten Akteure in dem Land verstärkt Maßnahmen zu ergreifen, um die Korruption zu bekämpfen, die Rechenschaftslegung zu verbessern und die Entwicklung des Privatsektors zu fördern, damit Wohlstand und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden;

4. *fordert* die Regierung Sierra Leones *außerdem auf*, mit Unterstützung des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone, der Entwicklungspartner und anderer Akteure die Reform der Regierungsführung fortzusetzen, indem sie die Kommission zur Bekämpfung der Korruption unterstützt, um mehr Transparenz zu schaffen und die Bewirtschaftung der natürlichen und mineralischen Ressourcen Sierra Leones zum Nutzen aller Sierraleoner zu verbessern sowie das Risiko von Konflikten um diese Ressourcen zu mindern, die Anstrengungen im Kampf gegen den unerlaubten Drogenhandel durch die Stärkung der Einheit zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität zu intensivieren und die Menschenrechte zu fördern, namentlich durch die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission für Wahrheit und Aussöhnung;

5. *ermutigt* den Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs für Sierra Leone, zusätzlich zu den bereits erzielten Fortschritten weiter auf eine verbesserte Integration und Wirksamkeit der Anstrengungen hinzuwirken, die die Vereinten Nationen vor Ort unternehmen, um die Umsetzung der Gemeinsamen Vision für Sierra Leone sowie die Wiederaufbau- und Entwicklungsprioritäten der Regierung und des Volkes von Sierra Leone zu unterstützen;

6. *fordert* den Generalsekretär *auf*, auch weiterhin Bericht zu erstatten über die Fortschritte bei der Erfüllung der Kriterien, namentlich bei der Unterstützung der Fähigkeit der wichtigen nationalen Institutionen, sich mit den Konfliktursachen angemessen auseinanderzusetzen und politische Streitigkeiten selbst zu regeln, im Hinblick auf den Übergang von dem Integrierten Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone zu einem Landesteam der Vereinten Nationen, wie von der Regierung Sierra Leones und den Vereinten Nationen im Rahmen der Gemeinsamen Vision für Sierra Leone vereinbart, und die besonderen Herausforderungen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Wahlen von 2012;

7. *betont*, dass die Regierung Sierra Leones die Hauptverantwortung für die Friedenskonsolidierung, die Sicherheit und die langfristige Entwicklung in dem Land trägt, legt der Regierung nahe, die Agenda für den Wandel weiter umzusetzen, und legt den internationalen Partnern nahe, die Regierung weiter zu unterstützen;

8. *legt* der Kommission für Friedenskonsolidierung *nahe*, die Regierung Sierra Leones auf ihr Ersuchen bei den Vorbereitungen für die Wahlen von 2012 zu unterstützen, namentlich in Bezug auf die mögliche Mobilisierung der Unterstützung der internationalen Partner, die zur Umsetzung der Agenda der Regierung für den Wandel und der Strategie zur

Verwirklichung der Gemeinsamen Vision der Vereinten Nationen erforderlich ist, und in dieser Hinsicht den Sicherheitsrat zu beraten und unterrichtet zu halten, so auch nach Bedarf über die Fortschritte bei der Verwirklichung der Kernziele der Friedenskonsolidierung;

9. *legt* der Regierung Sierra Leones *eindringlich nahe*, die nationale Einheit und Aussöhnung beschleunigt zu fördern;

10. *lobt* die Regierung Sierra Leones dafür, dass sie mittels der Aufstellung nationaler Strategien die wichtige Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung, auf die in den Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 und 1820 (2008) vom 19. Juni 2008 hingewiesen wird, anerkannt hat, unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die Regierung weitere Anstrengungen zur Bekämpfung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt unternimmt, und legt dem Integrierten Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone nahe, auf diesem Gebiet mit der Regierung zusammenzuarbeiten;

11. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat alle sechs Monate über die Fortschritte bei der Durchführung des Mandats des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone und dieser Resolution unterrichtet zu halten;

12. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6392. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 29. Oktober 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[161]:

> „Die Mitglieder des Sicherheitsrats danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 6. Oktober 2010[162], in dem Sie ihre Aufmerksamkeit auf die Schwierigkeiten lenken, denen sich der Sondergerichtshof für Sierra Leone im Hinblick auf seinen Haushalt gegenübersieht. Sie haben darüber hinaus von Ihrem Vorschlag Kenntnis genommen, der Rat möge Sie bitten, die Angelegenheit der Generalversammlung zur Kenntnis zu bringen, mit dem Ziel, die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Gerichtshof zu erwirken und gleichzeitig seine Unabhängigkeit zu wahren.
>
> Nach Konsultationen mit den Ratsmitgliedern freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass sie keine Einwände gegen Ihren Vorschlag haben, die freiwilligen Beiträge zu ergänzen, mit den folgenden Maßgaben: Es ist nicht davon auszugehen, dass zusätzliche Subventionen für den Sondergerichtshof für Sierra Leone bereitgestellt werden, und das Sekretariat der Vereinten Nationen, der Verwaltungsausschuss und der Kanzler und andere leitende Bedienstete des Gerichtshofs werden sich verstärkt um die Finanzierung der Tätigkeit des Gerichtshofs aus freiwilligen Beiträgen bemühen.
>
> Die Ratsmitglieder gehen selbstverständlich davon aus, dass alle etwaigen Maßnahmen, die Sie mit der Generalversammlung in dieser Hinsicht treffen, weder die Unabhängigkeit noch die Struktur des Sondergerichtshofs für Sierra Leone, der mit dem Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Regierung Sierra Leones vom 16. Januar 2002[163] geschaffen wurde, in irgendeiner Weise beeinträchtigen werden."

Auf seiner 6504. Sitzung am 24. März 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Sierra Leones (Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit)

[161] S/2010/561.

[162] S/2010/560.

[163] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2178, Nr. 38342.

gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Sierra Leone

Sechster Bericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone (S/2011/119)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Michael von der Schulenburg, den Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs für Sierra Leone und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone, und Herrn John McNee, den Ständigen Vertreter Kanadas bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Sierra-Leone-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN KAMERUN UND NIGERIA[164]

Beschluss

Am 10. Dezember 2010 richtete die Präsidentin des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[165]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 7. Dezember 2010 betreffend Ihre Absicht, die Aktivitäten des Unterstützungsteams der Vereinten Nationen für die Gemischte Kommission Kamerun-Nigeria mit Finanzmitteln aus dem ordentlichen Haushalt fortzusetzen[166], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen die in Ihrem Schreiben enthaltenen Informationen und die darin geäußerte Absicht zur Kenntnis. Sie legen außerdem den Mitgliedern der Gemischten Kommission eindringlich nahe, mit den internationalen Gebern zusammenzuarbeiten, um weitere freiwillige Beiträge zu mobilisieren."

DIE SITUATION IN DER REGION DER GROSSEN SEEN AFRIKAS*[167]

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6588. Sitzung am 21. Juli 2011 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

---

[164] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1996 verabschiedet.

[165] S/2010/638.

[166] S/2010/637.

* So ab Dokument S/INF/59 (Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats, 1. August 2003 - 31. Juli 2004). Dieser Tagesordnungspunkt lautete in Deutsch davor „Die Situation im ostafrikanischen Zwischenseengebiet".

[167] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1996 verabschiedet.

„Auf seiner nichtöffentlichen 6588. Sitzung am 21. Juli 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Die Situation in der Region der Großen Seen Afrikas'.

Der Präsident lud mit Zustimmung des Rates die Vertreter Australiens, Belgiens, Dänemarks, der Demokratischen Republik Kongo, Finnlands, Griechenlands, Irlands, Japans, Kroatiens, der Niederlande, Polens, Schwedens, Serbiens, Simbabwes, Sloweniens, Spaniens, Südsudans[168], der Türkei, Ugandas und der Zentralafrikanischen Republik auf ihr Ersuchen ein, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes teilzunehmen.

Der Rat ließ sich von Herrn Tayé-Brook Zerihoun, dem Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, nach Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung unterrichten.

Der Rat ließ sich von Herrn Téte António, dem Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, nach Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung unterrichten.

Die Ratsmitglieder, die Vertreter der Zentralafrikanischen Republik und der Demokratischen Republik Kongo, Herr Zerihoun und Herr António führten einen Meinungsaustausch."

DIE SITUATION BETREFFEND DIE DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO[169]

Beschlüsse

Auf seiner 6378. Sitzung am 7. September 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Atul Khare, den Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, und Frau Margot Wallström, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6387. Sitzung am 17. September 2010 beschloss der Rat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[170]:

„Der Sicherheitsrat verurteilt erneut entschieden die Massenvergewaltigungen, die sich Ende Juli und im August 2010 im Osten der Demokratischen Republik Kongo zugetragen haben, und fordert in Bekräftigung seiner Resolutionen 1820 (2008),

---

[168] Am 14. Juli 2011 wurde die Republik Südsudan als Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen.

[169] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1997 verabschiedet.

[170] S/PRST/2010/17.

1882 (2009), 1888 (2009), 1894 (2009) und 1925 (2010) und unter Hinweis auf seine Presseerklärungen vom 26. August[171] und vom 8. und 9. September 2010 die Regierung der Demokratischen Republik Kongo nachdrücklich auf, für eine rasche und faire Strafverfolgung derjenigen zu sorgen, die diese schrecklichen Verbrechen begangen haben, und den Rat über diesbezüglich unternommene Maßnahmen zu unterrichten. Der Rat bekundet seine Bereitschaft, alle geeigneten Maßnahmen zu erwägen, darunter gezielte Maßnahmen gegen die Täter.

Der Rat betont, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung dafür trägt, unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts die Sicherheit in ihrem Hoheitsgebiet zu gewährleisten und ihre Zivilbevölkerung zu schützen.

Der Rat fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo auf, diese Gräueltaten zu verurteilen, den Opfern sexuellen Missbrauchs wirksame Hilfe zu gewähren und die von allen maßgeblichen Interessenträgern, einschließlich der Zivilgesellschaft, unternommenen Anstrengungen zum Schutz und zur Bereitstellung von Hilfe für die Opfer und zur Verhütung weiterer Gewalt zu unterstützen.

Der Rat fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo erneut dringend auf, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen maßgeblichen Akteuren der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, wobei insbesondere die für schwere Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Der Rat ist entschlossen, die kongolesischen Behörden dabei zu unterstützen, gegen die tieferen Ursachen der genannten Vorfälle anzugehen.

Der Rat betont, dass der Kampf gegen die Straflosigkeit ein wesentlicher Bestandteil der dringend nötigen Reform des Sicherheitssektors ist. Er ermutigt die kongolesischen Behörden, sich mit Unterstützung der zuständigen multilateralen und bilateralen Geber und der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo im Rahmen ihres derzeitigen Mandats weiter darum zu bemühen, die militärische Kapazität des Landes zu stärken, die Ausbildung und Ausrüstung der Kongolesischen Nationalpolizei zu verstärken und die Kapazitäten des Justiz- und des Strafvollzugssystems auszubauen.

Der Rat nimmt mit Interesse Kenntnis von den Empfehlungen der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, verstärkte Anstrengungen zum Schutz und zur Verteidigung von Zivilpersonen und zur Verbesserung der Wirksamkeit der Mission in der Demokratischen Republik Kongo zu unternehmen.

Der Rat unterstreicht, dass die Mission die Beziehungen zur lokalen Bevölkerung verbessern muss, unter anderem mittels besserer Mechanismen der Informationsbeschaffung und Kommunikation. In dieser Hinsicht fordert der Rat die Mission nachdrücklich auf, sich weiterhin zu bemühen, ihre regelmäßigen Kontakte zur Zivilbevölkerung auszubauen, um das Vertrauen zu stärken und ihr Mandat und ihre Tätigkeiten besser bekanntzumachen und das Verständnis dafür zu erhöhen. Er macht darauf aufmerksam, wie wichtig es ist, in Gebieten, in denen dies erforderlich ist, die Verbindung zur lokalen Bevölkerung zu erhöhen, verstärkt Patrouillen durchzuführen und geeignete Kommunikationsausrüstungen bereitzustellen.

Der Rat unterstützt die Einleitung einer Sensibilisierungskampagne durch die Mission und das Landesteam der Vereinten Nationen, die unter anderem über Radio Okapi geführt wird und die Opfer sexueller Gewalt ermutigen soll, Anzeige zu erstatten und sich behandeln und rechtlich beraten zu lassen.

[171] SC/10016.

Der Rat bekräftigt seine Entschlossenheit, alle Formen der Gewalt gegen Frauen und Kinder in und nach bewaffneten Konflikten zu beseitigen. Er unterstützt die Arbeit der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten und legt ihr nahe, regelmäßige Kontakte zur Gruppe Sexuelle Gewalt der Mission zu halten, um die Antwortmaßnahmen der Vereinten Nationen zu koordinieren und die Umsetzung der Umfassenden Strategie zur Bekämpfung der sexuellen Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo zu überwachen. Der Rat sieht der Reise, die die Sonderbeauftragte Ende September in das Land unternehmen wird, mit Interesse entgegen und ersucht sie um eine Unterrichtung nach ihrer Rückkehr.

Der Rat ersucht den Generalsekretär um eine Unterrichtung über die Strategie der Mission für den Schutz von Zivilpersonen und über die Herausforderungen, denen sich die Mission insgesamt bei der Umsetzung dieser Strategie gegenübersieht. Der Rat unterstützt auch weiterhin ein umfassendes Konzept für den Schutz von Zivilpersonen und die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in der Region, insbesondere die Anstrengungen mit dem Ziel, die wirksame Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der kongolesischen bewaffneten Gruppen und die wirksame Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung der ausländischen bewaffneten Gruppen zu beschleunigen, die illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu bekämpfen und in den von Konflikten betroffenen Gebieten eine wirksame staatliche Autorität zu schaffen und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken."

Auf seiner 6400. Sitzung am 14. Oktober 2010 beschloss der Rat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Margot Wallström, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6403. Sitzung am 15. Oktober 2010 beschloss der Rat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2010/512)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Roger Meece, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6432. Sitzung am 29. November 2010 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo".

Resolution 1952 (2010) vom 29. November 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1807 (2008) vom 31. März 2008, 1857 (2008) vom 22. Dezember 2008 und 1896 (2009) vom 30. November 2009, sowie die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Demokratische Republik Kongo,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Kongo sowie aller Staaten in der Region,

Kenntnis nehmend von dem Zwischenbericht[172] und dem Schlussbericht[173] der gemäß Resolution 1771 (2007) vom 10. August 2007 eingesetzten Sachverständigengruppe für die Demokratische Republik Kongo („die Sachverständigengruppe"), deren Mandat gemäß den Resolutionen 1807 (2008), 1857 (2008) und 1896 (2009) verlängert wurde, und von den darin enthaltenen Empfehlungen und unter Begrüßung der Zusammenarbeit zwischen der Sachverständigengruppe und der Regierung der Demokratischen Republik Kongo sowie den anderen Regierungen in der Region und anderen internationalen Foren,

mit dem erneuten Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die Anwesenheit bewaffneter Gruppen und Milizen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo, namentlich in den Provinzen Nord- und Südkivu und der Provinz Orientale, wegen der in der gesamten Region weiter ein Klima der Unsicherheit herrscht,

verlangend, dass alle bewaffneten Gruppen, insbesondere die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und die Widerstandsarmee des Herrn, sofort ihre Waffen niederlegen und ihre Angriffe auf die Zivilbevölkerung einstellen, sowie verlangend, dass alle Parteien der Abkommen vom 23. März 2009 ihre Verpflichtungen wirksam und nach Treu und Glauben einhalten,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Besorgnis über die Unterstützung, die illegale bewaffnete Gruppen, die im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo tätig sind, von regionalen und internationalen Netzwerken erhalten,

unter Verurteilung des anhaltenden illegalen Zustroms von Waffen in die Demokratische Republik Kongo und innerhalb des Landes unter Verstoß gegen die Resolutionen 1533 (2004) vom 12. März 2004, 1807 (2008), 1857 (2008) und 1896 (2009), seine Entschlossenheit bekundend, die Einhaltung des Waffenembargos und der anderen in seinen Resolutionen betreffend die Demokratische Republik Kongo festgelegten Maßnahmen weiter genau zu überwachen, und betonend, dass alle Staaten gehalten sind, den Auflagen in Ziffer 5 der Resolution 1807 (2008) betreffend Vorankündigungen nachzukommen,

unter Hinweis darauf, dass die Verknüpfung zwischen der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen, dem unerlaubten Handel damit sowie der Verbreitung von und dem Handel mit Waffen einer der Hauptfaktoren ist, die Konflikte in der Region der Großen Seen Afrikas schüren und verschärfen,

mit großer Besorgnis Kenntnis nehmend von den Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Recht, die nach wie vor im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo gegenüber Zivilpersonen begangen werden, einschließlich der Tötung und Vertreibung einer beträchtlichen Zahl von Zivilpersonen, der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten und weit verbreiteter sexueller Gewalt, betonend, dass die Täter vor Gericht gestellt werden müssen, mit dem erneuten Ausdruck seiner nachdrücklichen Verurteilung aller Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in dem Land und unter Hinweis auf alle seine einschlägigen Resolutionen über Frauen und Frieden und Sicherheit, über Kinder und bewaffnete Konflikte und über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

betonend, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung dafür trägt, unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des

[172] Siehe S/2010/252.

[173] Siehe S/2010/596.

humanitären Völkerrechts die Sicherheit in ihrem Hoheitsgebiet zu gewährleisten und ihre Zivilbevölkerung zu schützen,

es begrüßend, dass die Demokratische Republik Kongo und die Länder der Region der Großen Seen laufende Anstrengungen zur gemeinsamen Förderung des Friedens und der Stabilität in der Region, insbesondere im Rahmen der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen, unternehmen, und erneut erklärend, wie wichtig es ist, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo und alle Regierungen, insbesondere diejenigen in der Region, wirksame Schritte unternehmen, um sicherzustellen, dass es für die bewaffneten Gruppen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo keinerlei Unterstützung in oder aus ihrem Hoheitsgebiet gibt,

die Regierung der Demokratischen Republik Kongo in ihrer Entschlossenheit *unterstützend*, kriminelle Netzwerke aus dem Handel mit natürlichen Ressourcen zu entfernen, und unter Begrüßung der verstärkten Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Sachverständigengruppe auf diesem Gebiet,

feststellend, dass die Situation in der Demokratischen Republik Kongo nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die mit Ziffer 1 der Resolution 1807 (2008) verhängten Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter bis zum 30. November 2011 zu verlängern, und bekräftigt die Bestimmungen der Ziffern 2, 3 und 5 der genannten Resolution;

2. *beschließt außerdem*, die mit den Ziffern 6 und 8 der Resolution 1807 (2008) verhängten Maßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrs für die in Ziffer 1 genannte Dauer zu verlängern, und bekräftigt die Bestimmungen der Ziffer 7 der genannten Resolution;

3. *beschließt ferner*, die mit den Ziffern 9 und 11 der Resolution 1807 (2008) verhängten Maßnahmen auf den Gebieten Finanzen und Reisen für die in Ziffer 1 genannte Dauer zu verlängern, und bekräftigt die Bestimmungen der Ziffern 10 und 12 der genannten Resolution betreffend die in Ziffer 4 der Resolution 1857 (2008) genannten Personen und Einrichtungen;

4. *fordert* alle Staaten *auf*, die in dieser Resolution genannten Maßnahmen voll durchzuführen und mit dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1533 (2004) bei der Wahrnehmung seines Mandats uneingeschränkt zu kooperieren;

5. *ersucht* den Generalsekretär, das Mandat der gemäß Resolution 1533 (2004) eingesetzten Sachverständigengruppe, das mit späteren Resolutionen verlängert wurde, um einen am 30. November 2011 endenden Zeitraum zu verlängern und sie um einen sechsten Sachverständigen für Fragen im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen zu erweitern und ersucht die Sachverständigengruppe, ihr in Ziffer 18 der Resolution 1807 (2008) festgelegtes und mit den Ziffern 9 und 10 der Resolution 1857 (2008) erweitertes Mandat zu erfüllen und dem Rat über den Ausschuss bis 18. Mai 2011 sowie erneut vor dem 17. Oktober 2011 schriftlich Bericht zu erstatten;

6. *ersucht* die Sachverständigengruppe, ihre Tätigkeit auf die von der Anwesenheit illegaler bewaffneter Gruppen betroffenen Gebiete, namentlich Nord- und Südkivu und die Provinz Orientale, sowie auf die regionalen und internationalen Netzwerke auszurichten, die den im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo tätigen illegalen bewaffneten Gruppen, kriminellen Netzwerken und Urhebern von schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen, einschließlich derjenigen innerhalb der nationalen Streitkräfte, Unterstützung gewähren, und ersucht die Sachverständigengruppe ferner, die Auswirkungen der in Ziffer 7 dieser Resolution genannten Leitlinien für die Beachtung der gebotenen Sorgfalt zu evaluieren und ihre Zusammenarbeit mit anderen Foren fortzusetzen;

7. *befürwortet*, dass die in Abschnitt IX Ziffern 356 bis 369 des Schlussberichts der Sachverständigengruppe[173] enthaltenen Empfehlungen der Sachverständigengruppe zu Leitlinien für die Beachtung der gebotenen Sorgfalt, die sich an Importeure, Verarbeitungsbetriebe und Verbraucher kongolesischer mineralischer Rohstoffe richten, angewandt werden, um das Risiko zu mindern, dass sich der Konflikt im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo durch die Bereitstellung direkter oder indirekter Unterstützung für

– illegale bewaffnete Gruppen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo,

– diejenigen, die nachweislich gegen das mit Ziffer 3 verlängerte Einfrieren von Vermögenswerten und Reiseverbot für Sanktionen unterliegende Personen und Einrichtungen verstoßen haben,

– kriminelle Netzwerke und Urheber von schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen, einschließlich derjenigen innerhalb der nationalen Streitkräfte,

weiter zuspitzt;

8. *fordert* alle Staaten *auf*, die genannten Leitlinien für die Beachtung der gebotenen Sorgfalt durch entsprechende Maßnahmen besser bekannt zu machen, und legt Importeuren, Verarbeitungsbetrieben und Verbrauchern kongolesischer mineralischer Rohstoffe eindringlich nahe, Sorgfaltsmaßnahmen zu ergreifen, indem sie die genannten oder gleichwertige Leitlinien anwenden, die die folgenden, im Schlussbericht der Sachverständigengruppe beschriebenen Schritte enthalten: Stärkung der Unternehmensmanagementsysteme, Ermittlung und Bewertung von Risiken im Zusammenhang mit der Lieferkette, Konzeption und Umsetzung von Strategien zur Reaktion auf die ermittelten Risiken, Durchführung unabhängiger Prüfungen und Offenlegung der in Bezug auf die Lieferkette angewandten Sorgfaltsmaßnahmen und der dabei gewonnenen Erkenntnisse;

9. *beschließt*, dass der Ausschuss bei der Feststellung, ob eine Person oder Einrichtung nach Ziffer 4 *g*) der Resolution 1857 (2008) als jemand oder etwas zu benennen ist, der/das illegalen bewaffneten Gruppen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo durch unerlaubten Handel mit natürlichen Ressourcen Unterstützung gewährt, unter anderem prüfen soll, ob die Person oder Einrichtung im Einklang mit den Schritten in Ziffer 8 dieser Resolution ihrer Sorgfaltspflicht nachgekommen ist;

10. *fordert* alle Staaten, insbesondere diejenigen in der Region, *auf*, durch wirksame Schritte sicherzustellen, dass es für die illegalen bewaffneten Gruppen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo keinerlei Unterstützung in oder aus ihrem Hoheitsgebiet gibt, wobei er die positiven internationalen Entwicklungen hinsichtlich der Bewältigung der Risiken begrüßt, die von den Führern von bewaffneten Gruppen in der Diaspora ausgehen, und fordert alle Staaten auf, gegebenenfalls Maßnahmen gegen in ihren Ländern ansässige Führer der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und anderer illegaler bewaffneter Gruppen zu ergreifen;

11. *ermutigt* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, auch weiterhin geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um der Gefahr krimineller Netzwerke innerhalb der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo zu begegnen, die an illegalen Wirtschaftstätigkeiten wie Bergbau beteiligt sind, was die Fähigkeit der Streitkräfte untergräbt, Zivilpersonen im östlichen Teil des Landes zu schützen;

12. *fordert* die kongolesischen Behörden *auf*, ihren Kampf gegen Straflosigkeit fortzusetzen, insbesondere gegen alle Urheber von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, einschließlich sexueller Gewalt, auch soweit sie von illegalen bewaffneten Gruppen oder Elementen der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo verübt werden;

13. *ermutigt* die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, mit der Sachverständigengruppe auch weiterhin alle sachdienlichen Informationen auszutauschen, vor allem Informationen über die Einziehung und den Einsatz von Kindern und über gezielte Angriffe auf Frauen und Kinder in Situationen bewaffneten Konflikts;

14. *empfiehlt* der Regierung der Demokratischen Republik Kongo *erneut*, vordringlich die Sicherheit, die Rechenschaftspflicht und die Verwaltung in Bezug auf die Bestände an Rüstungsgütern und Munition zu stärken, erforderlichenfalls mit der Hilfe der internationalen Partner, und im Einklang mit den durch das Protokoll von Nairobi zur Verhütung, Kontrolle und Reduzierung von Kleinwaffen und leichten Waffen in der Region der Großen Seen und am Horn von Afrika und das Regionalzentrum für Kleinwaffen festgelegten Normen ein nationales Programm zur Kennzeichnung von Waffen durchzuführen;

15. *legt* der internationalen Gemeinschaft *eindringlich nahe*, zu erwägen, vermehrt technische oder sonstige Hilfe zur Stärkung der kongolesischen Justizinstitutionen und Unterstützung zur Stärkung der institutionellen Kapazitäten der Bergbau-, Strafverfolgungs- und Grenzkontrollbehörden und -institutionen der Demokratischen Republik Kongo zu gewähren;

16. *fordert* die Mission *nachdrücklich auf*, entsprechend dem Auftrag in Ziffer 2 *o*), *r*) und *t*) der Resolution 1925 (2010) vom 28. Mai 2010 auch weiterhin die Anstrengungen der kongolesischen Behörden zur Stärkung ihres Justizsystems, zur Konsolidierung der Handelsplätze in Nord- und Südkivu und zur Überwachung der mit Ziffer 1 verhängten Maßnahmen zu unterstützen;

17. *ermutigt* zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen allen Staaten, insbesondere denjenigen in der Region, der Mission und der Sachverständigengruppe und ermutigt ferner alle Parteien und alle Staaten, sicherzustellen, dass ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle unterstehende Personen und Einrichtungen mit der Sachverständigengruppe zusammenarbeiten;

18. *wiederholt seine* in Ziffer 21 der Resolution 1807 (2008) geäußerte und in Ziffer 14 der Resolution 1857 (2008) und Ziffer 13 der Resolution 1896 (2009) bekräftigte *Forderung*, dass alle Parteien und alle Staaten, insbesondere die Staaten in der Region, die Sachverständigengruppe in ihrer Arbeit uneingeschränkt unterstützen und dass sie die Sicherheit ihrer Mitglieder sowie ungehinderten und sofortigen Zugang gewährleisten, insbesondere zu den Personen, Dokumenten und Orten, bei denen die Sachverständigengruppe dies zur Erfüllung ihres Mandats für sachdienlich erachtet;

19. *empfiehlt* allen Staaten, insbesondere denjenigen in der Region, regelmäßig umfassende Statistiken über die Ein- und Ausfuhr von natürlichen Ressourcen, namentlich Gold, Kassiterit, Coltan, Wolframit, Holz und Holzkohle, zu veröffentlichen und auf regionaler Ebene verstärkt Informationen auszutauschen und gemeinsame Maßnahmen durchzuführen, um gegen regionale kriminelle Netzwerke und bewaffnete Gruppen, die an der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen beteiligt sind, zu ermitteln und vorzugehen;

20. *fordert* alle Staaten *auf*, insbesondere diejenigen in der Region sowie diejenigen, in denen gemäß Ziffer 3 dieser Resolution benannte Personen und Einrichtungen ansässig sind, dem Ausschuss regelmäßig über die Schritte Bericht zu erstatten, die sie zur Durchführung der mit den Ziffern 1, 2 und 3 verhängten und in Ziffer 8 empfohlenen Maßnahmen unternommen haben;

21. *legt* allen Staaten *nahe*, dem Ausschuss zur Aufnahme in seine Liste die Namen der Personen oder Einrichtungen zu übermitteln, die die in Ziffer 4 der Resolution 1857 (2008) festgelegten Kriterien erfüllen, sowie von Einrichtungen, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der benannten Personen oder Einrichtungen stehen, oder von Personen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung der benannten Einrichtungen handeln;

22. *beschließt*, dass er zu gegebener Zeit und spätestens bis zum 30. November 2011 die in dieser Resolution festgelegten Maßnahmen überprüfen wird, um sie gegebenenfalls im Lichte der Sicherheitslage in der Demokratischen Republik Kongo anzupassen, insbesondere im Lichte der Fortschritte bei der Reform des Sicherheitssektors, einschließlich der Integration der Streitkräfte und der Reform der Nationalpolizei, sowie bei der Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung oder gegebenenfalls Wiedereingliederung der kongolesischen und ausländischen bewaffneten Gruppen;

23. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6432. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6476. Sitzung am 7. Februar 2011 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

> Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2011/20)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Roger Meece, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6539. Sitzung am 18. Mai 2011 beschloss der Rat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo (Minister für internationale und regionale Zusammenarbeit) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

> Schreiben des Ständigen Vertreters Frankreichs bei den Vereinten Nationen vom 2. Mai 2011 an den Generalsekretär (S/2011/282)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Tegegnework Gettu, den Direktor des Regionalbüros für Afrika des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Colin Bruce, den Direktor für das operative Geschäft und die Strategie für Afrika bei der Weltbank, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[174]:

> „Der Sicherheitsrat ist erfreut über die Verstärkung seines Dialogs mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo. Er erklärt erneut, dass es angesichts

[174] S/PRST/2011/11.

der Herausforderungen, denen sich die Demokratische Republik Kongo bei ihrem Eintritt in eine Phase der Stabilisierung und der Friedenskonsolidierung derzeit gegenübersieht, notwendig ist, eine strategische Partnerschaft mit den Vereinten Nationen, namentlich mit der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, einzugehen. Der Rat schätzt und begrüßt den konstruktiven Ansatz der kongolesischen Behörden und begrüßt die diesbezüglichen Anstrengungen der Mission.

Der Rat betont, wie wichtig die folgenden vier zentralen Fragen für die Stabilisierung des Landes sind: Frieden und Sicherheit, die bevorstehenden Wahlen, Regierungsführung und Institutionenbildung und wirtschaftliche Entwicklung.

Der Rat ist der Auffassung, dass sich die Gesamtlage in Bezug auf den Frieden und die Sicherheit in der Demokratischen Republik Kongo in den letzten Jahren verbessert hat. Er würdigt die Ergebnisse der Maßnahmen, die ergriffen wurden, um der Bedrohung durch ausländische und nationale bewaffnete Gruppen zu begegnen, insbesondere die Fortschritte, die beim Vorgehen gegen die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas erzielt wurden, unter anderem mittels des Prozesses der Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung. Der Rat unterstreicht, dass nach wie vor erhebliche Sicherheitsprobleme bestehen, insbesondere in den Kivus und in der Provinz Orientale. Der Rat ist besorgt über die Schwierigkeiten, die während des gesamten Prozesses der Integration des Nationalkongresses zur Verteidigung des Volkes in die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo aufgetreten sind, und die begrenzten Fortschritte bei der Reform der Sicherheitskräfte, sowohl der Armee als auch der Polizei. Er fordert die kongolesischen Behörden auf, rasch den erforderlichen Rechtsrahmen zu verabschieden und ihre langfristige Vision für die Rolle und die Struktur der Armee und der Polizei zu verwirklichen, und legt der Mission und den internationalen Partnern eindringlich nahe, koordinierte Unterstützung für diese Reformen zu gewähren.

Der Rat bekundet erneut seine tiefe Besorgnis über das anhaltend hohe Ausmaß der Gewalt, insbesondere der sexuellen Gewalt, und der Menschenrechtsverletzungen gegenüber Zivilpersonen, von denen zumeist Frauen und Kinder betroffen sind, einschließlich des Einsatzes und der Einziehung von Kindern durch die am Konflikt beteiligten Parteien, insbesondere im östlichen Teil des Landes. Er bekundet erneut seine tiefe Besorgnis über die fortgesetzten Aktivitäten der Widerstandsarmee des Herrn. Er fordert, dass alle bewaffneten Gruppen ihre Angriffe auf die Zivilbevölkerung umgehend einstellen. Er verurteilt alle Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der von einigen Angehörigen der kongolesischen Sicherheitskräfte begangenen. Der Rat begrüßt die Fortschritte bei den jüngsten Strafverfolgungsmaßnahmen, die nach den Vorkommnissen in Fizi und in anderen Fällen eingeleitet wurden. Er weist erneut auf die dringende Notwendigkeit hin, alle diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben, rasch strafrechtlich zu verfolgen, und fordert die kongolesischen Behörden nachdrücklich auf, mit Unterstützung der Mission geeignete Maßnahmen zur Bewältigung dieses Problems, namentlich in Walikale, zu ergreifen. Er fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo nachdrücklich auf, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen und namentlich das ordnungsgemäße Verhalten ihrer Streitkräfte im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen zu gewährleisten, um die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen zu erleichtern.

Der Rat nimmt mit Interesse Kenntnis von dem Zeitplan für die Wahlen, der von den kongolesischen Behörden vorgelegt wurde, und fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo sowie alle maßgeblichen Parteien nachdrücklich auf, für ein Umfeld zu sorgen, das einem glaubhaften, alle Seiten einschließenden, transparenten, friedlichen, fristgerechten, freien und fairen Wahlprozess förderlich ist. Er spricht der Mission und der internationalen Gemeinschaft seinen Dank für ihre bishe-

rige Unterstützung des Wahlprozesses aus und ermutigt sie zur Fortsetzung dieser Unterstützung. Der Rat erinnert daran, dass die Gewährleistung des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Bewegungsfreiheit für alle Kandidaten sowie für Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und Akteure der Zivilgesellschaft von höchster Bedeutung ist. Er fordert die Regierung und alle kongolesischen Interessenträger auf, ihrer diesbezüglichen Verantwortung nachzukommen, und fordert ferner die Mission auf, diese Anstrengungen zu unterstützen, insbesondere durch die Guten Dienste des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo, durch einen verstärkten und regelmäßigen Dialog mit der Nationalen Unabhängigen Wahlkommission im Rahmen des Partnerschaftsausschusses für die Wahlen und durch Folgemaßnahmen bei Menschenrechtsverletzungen. Er richtet außerdem die Aufforderung an die Mission und alle maßgeblichen internationalen Akteure, die Ausbildung der kongolesischen Polizei rasch zu unterstützen, und an die Geber, Unterstützung für Polizeiausrüstung zu gewähren. Er ersucht den Generalsekretär, ihn regelmäßig über den Wahlprozess, darunter die Unterstützung der Mission für diesen Prozess, unterrichtet zu halten.

Der Rat betont, dass dringend Fortschritte in Bezug auf Regierungsführung und Institutionenbildung, Justizreform und Unterstützung für innerstaatliche Gerichte erzielt werden müssen, um die Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten und den Kampf gegen die Straflosigkeit zu stärken. In dieser Hinsicht nimmt der Rat Kenntnis vom Interesse der kongolesischen Behörden, ergänzend zu ihrer bestehenden Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof gemischte Sondergerichte zu schaffen, die sich mit schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen befassen sollen. Er fordert die Mission und die anderen maßgeblichen internationalen Akteure auf, die Anstrengungen der Regierung der Demokratischen Republik Kongo in diesen Bereichen zu unterstützen und bei der Wiederherstellung grundlegender Dienste, darunter Zugang zur Justiz, Straßennutzung, vorrangige Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur und Sicherheitsinfrastruktur, im gesamten Land und insbesondere in den von Konflikten betroffenen Gebieten, behilflich zu sein.

Der Rat unterstreicht, wie wichtig die wirtschaftliche Entwicklung für die Gewährleistung der langfristigen Stabilisierung und der Friedenskonsolidierung ist. Er betont, dass besondere Aufmerksamkeit auf die Ermächtigung der Frauen und ihre Teilhabe an der Volkswirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche und die Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten gerichtet werden soll. Er unterstreicht außerdem, dass weitere Fortschritte dabei erzielt werden müssen, zu gewährleisten, dass der Handel mit mineralischen Ressourcen auf soliden, in der Wirtschaftsordnung verankerten Praktiken beruht und somit transparent, fair und legal ist. Er stellt fest, dass dringende Aufmerksamkeit darauf verwendet werden muss, ein förderliches Umfeld zu schaffen, das die zur Deckung des Bedarfs in den Bereichen Ernährungssicherung, Infrastruktur und Energie benötigten öffentlichen und privaten Investitionen anzieht. Der Rat erklärt erneut, dass regionale Zusammenarbeit mit den Nachbarländern bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Demokratischen Republik Kongo eine Schlüsselrolle spielen sollte.

Der Rat fordert die internationale Gemeinschaft, die Afrikanische Union und alle maßgeblichen subregionalen Organisationen auf, die Stabilisierungsmaßnahmen in der Demokratischen Republik Kongo weiter aktiv zu unterstützen, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Bekämpfung der unerlaubten Ausbeutung natürlicher Ressourcen und des unerlaubten Handels damit und sozioökonomische Entwicklung."

Auf seiner 6551. Sitzung am 9. Juni 2011 beschloss der Rat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2011/298)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Roger Meece, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6568. Sitzung am 28. Juni 2011 beschloss der Rat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2011/298)“.

Resolution 1991 (2011)
vom 28. Juni 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen sowie die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Demokratische Republik Kongo,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Kongo,

betonend, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung dafür trägt, unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts die Sicherheit in ihrem Hoheitsgebiet zu gewährleisten und ihre Zivilbevölkerung zu schützen,

in der Erkenntnis, dass sich die Gesamtlage in Bezug auf den Frieden und die Sicherheit in der Demokratischen Republik Kongo in den letzten Jahren verbessert hat,

betonend, dass in der Demokratischen Republik Kongo nach wie vor erhebliche Sicherheitsprobleme bestehen, darunter die anhaltende Präsenz bewaffneter Gruppen in den Kivus und in der Provinz Orientale, schwere Missbräuche und Verletzungen der Menschenrechte und Gewalthandlungen gegenüber Zivilpersonen, begrenzte Fortschritte beim Aufbau professioneller und rechenschaftspflichtiger nationaler Sicherheits- und Rechtsstaatsinstitutionen und die illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen,

in Würdigung der verstärkten regionalen Zusammenarbeit in der Region der Großen Seen und dazu ermutigend, weitere Anstrengungen zur Förderung des Friedens und der Stabilität in der Region zu unternehmen, auch über die bestehenden regionalen Mechanismen, und die Bemühungen zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region zu verstärken,

betonend, dass die erfolgreiche Abhaltung rascher, alle einbeziehender, friedlicher, glaubhafter und transparenter Wahlen im Einklang mit der Verfassung und internationalen Normen eine wesentliche Voraussetzung für die Festigung der Demokratie, die nationale Aussöhnung und die Wiederherstellung eines stabilen, friedlichen und sicheren Umfelds ist, in dem die Stabilisierung und die sozioökonomische Entwicklung in der Demokratischen Republik Kongo voranschreiten können, und unter Betonung der Notwendigkeit, die Beteiligung der Frauen am Wahlprozess zu fördern,

anerkennend, wie wichtig es ist, die Friedenskonsolidierungsbemühungen zu unterstützen, um weitere Fortschritte bei der Stabilisierung des Landes zu erzielen, unterstreichend, wie wichtig die wirtschaftliche Entwicklung für die Gewährleistung der langfristi-

gen Stabilisierung und der Friedenskonsolidierung ist, und betonend, dass es einer dauerhaften internationalen Unterstützung bedarf, um für frühzeitige Wiederherstellungsmaßnahmen zu sorgen und die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen,

weiter höchst besorgt über die humanitäre Lage und das anhaltend hohe Ausmaß der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen gegenüber Zivilpersonen, unter Verurteilung inbesondere der gezielten Angriffe auf Zivilpersonen, der weit verbreiteten sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt, der Einziehung und des Einsatzes von Kindern durch die am Konflikt beteiligten Parteien, der Vertreibungen und der außergerichtlichen Hinrichtungen, unter erneutem Hinweis auf die dringende Notwendigkeit, alle Urheber von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht rasch strafrechtlich zu verfolgen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen maßgeblichen Akteuren geeignete Maßnahmen zur Bewältigung dieser Probleme, namentlich in Walikale, zu ergreifen und den Opfern sicherheitsbezogene, medizinische, rechtliche, humanitäre und sonstige Hilfe zu leisten,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 und 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolution 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und seine Resolution 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte sowie unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte, die sich auf die Parteien des bewaffneten Konflikts in der Demokratischen Republik Kongo beziehen[175], insbesondere in Bezug auf die Verabschiedung von Aktionsplänen zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern,

unter Verurteilung aller Angriffe auf Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen und humanitäres Personal, gleichviel von wem sie begangen werden, und betonend, dass die Verantwortlichen für derartige Angriffe vor Gericht gestellt werden müssen,

in Anbetracht der erheblichen Opfer, die die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo gebracht hat, und mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für ihre Anstrengungen zur Stärkung des Friedens und der Stabilität in der Demokratischen Republik Kongo,

betonend, wie wichtig die anhaltende Unterstützung der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft für die langfristige Sicherheit und Entwicklung der Demokratischen Republik Kongo ist,

den maßgeblichen internationalen Akteuren *nahelegend*, die Anstrengungen zu unterstützen und bei der Wiederherstellung grundlegender Dienste, insbesondere in den von Konflikten betroffenen Gebieten der Demokratischen Republik Kongo, behilflich zu sein,

mit der Aufforderung an die Afrikanische Union und alle maßgeblichen subregionalen Organisationen, die Stabilisierungsmaßnahmen in der Demokratischen Republik Kongo weiter aktiv zu unterstützen, insbesondere in den Bereichen Sicherheit und Bekämpfung der unerlaubten Ausbeutung natürlicher Ressourcen und des unerlaubten Handels damit,

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs vom 12. Mai 2011 über die Mission[176] und von den darin enthaltenen Empfehlungen,

feststellend, dass die Situation in der Demokratischen Republik Kongo nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

[175] S/AC.51/2011/1.

[176] S/2011/298.

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, das in den Ziffern 2, 11 und 12 *a*) bis *p*) und *r*) bis *t*) der Resolution 925 (2010) vom 28. Mai 2010 festgelegte Mandat der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo bis zum 30. Juni 2012 zu verlängern, bekräftigt, dass bei Beschlüssen über den Einsatz der verfügbaren Fähigkeiten und Mittel dem Schutz der Zivilbevölkerung Vorrang eingeräumt werden muss, und ermutigt zum weiteren Einsatz der von der Mission durchgeführten innovativen Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen;

2. *erklärt erneut*, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung für die Sicherheit, die Friedenskonsolidierung und die Entwicklung in dem Land trägt, und legt der Regierung nahe, uneingeschränkt an ihrer Entschlossenheit zum Schutz der Zivilbevölkerung festzuhalten, indem sie professionelle und durchhaltefähige Sicherheitskräfte aufstellt und die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte gewährleistet, nichtmilitärische Lösungen als festen Bestandteil der Gesamtmaßnahmen zur Minderung der von kongolesischen und ausländischen bewaffneten Gruppen ausgehenden Bedrohung zu fördern und die volle staatliche Autorität in den von bewaffneten Gruppen freien Gebieten wiederherzustellen;

3. *begrüßt* die Verstärkung seines Dialogs mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo, erklärt erneut, dass die Herausforderungen, denen sich die Demokratische Republik Kongo derzeit bei ihrem Eintritt in eine Phase der Stabilisierung und der Friedenskonsolidierung gegenübersieht, das Eingehen einer strategischen Partnerschaft mit den Vereinten Nationen, namentlich mit der Mission, erfordern, begrüßt das diesbezügliche konstruktive Herangehen der kongolesischen Behörden und der Mission, insbesondere über den gemeinsamen Bewertungsprozess, und ermutigt zur Fortsetzung dieser Bewertungsgespräche, damit der Sicherheitsrat auch weiterhin in der Lage ist, fundierte Beschlüsse über Umgliederungen der Mission zu fassen, im Einklang mit Ziffer 7 der Resolution 1925 (2010);

4. *erklärt erneut*, dass künftige Umgliederungen der Mission nach Maßgabe der Entwicklung der Situation vor Ort und der Erreichung der nachstehenden von der Regierung der Demokratischen Republik Kongo und der Mission der Vereinten Nationen zu verfolgenden Ziele beschlossen werden sollten:

a) Abschluss der laufenden Militäroperationen in den Kivus und in der Provinz Orientale mit dem Ergebnis, dass die Bedrohung durch bewaffnete Gruppen auf ein Mindestmaß gesenkt und die Stabilität in anfälligen Gebieten wiederhergestellt wird;

b) Ausbau der Fähigkeit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo zum wirksamen Schutz der Bevölkerung durch die Aufstellung professioneller, rechenschaftspflichtiger und durchhaltefähiger Sicherheitskräfte, die schrittweise die Sicherheitsaufgaben der Mission übernehmen sollen;

c) Konsolidierung der staatlichen Autorität im gesamten Hoheitsgebiet durch die Einsetzung einer kongolesischen Zivilverwaltung, insbesondere einer Polizei, einer Gebietsverwaltung und rechtsstaatlicher Institutionen in den von bewaffneten Gruppen freien Gebieten;

5. *erkennt an*, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo und ihre nationalen Partner die Hauptverantwortung dafür tragen, günstige Bedingungen für die bevorstehenden Wahlen zu schaffen, fordert die Regierung sowie alle maßgeblichen Parteien nachdrücklich auf, für ein Umfeld zu sorgen, das einem freien, fairen, glaubhaften, alle Seiten einschließenden, transparenten, friedlichen und fristgerechten Wahlprozess förderlich ist, der eine freie und konstruktive politische Debatte, das Recht der freien Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, gleichen Zugang zu den Medien, einschließlich staatlicher Medien, und Sicherheit für alle Kandidaten sowie für Wahlbeobachter und Zeugen, Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und Akteure der Zivilgesellschaft, ein-

schließlich Frauen, beinhaltet, fordert die kongolesischen Behörden auf, sichere Bedingungen für die Abhaltung der Wahlen und uneingeschränkten Zugang zu den Wahllokalen zu gewährleisten, auch indem sie mit der Mission im Einklang mit der Rolle der Mission beim Schutz von Zivilpersonen zusammenarbeiten, und fordert alle Parteien auf, die Wahlergebnisse zu achten;

6. *fordert* die Nationale Unabhängige Wahlkommission, die politischen Parteien und die zuständigen kongolesischen Behörden *auf*, rasch Verhaltenskodizes zu verabschieden und anzuwenden und für die rasche Akkreditierung nationaler und internationaler Beobachter zu sorgen;

7. *beschließt*, dass die Mission die Organisation und Abhaltung von nationalen, Provinz- und Lokalwahlen unterstützt, indem sie auf Ersuchen der kongolesischen Behörden technische und logistische Unterstützung bereitstellt, einen verstärkten und regelmäßigen Dialog mit der Nationalen Unabhängigen Wahlkommission, auch im Rahmen des Partnerschaftsausschusses für die Wahlen, erleichtert, die Kommission bei der Erleichterung des Dialogs zwischen verschiedenen kongolesischen Interessenträgern unterstützt, Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den Wahlen überwacht und meldet und diesbezügliche Folgemaßnahmen ergreift und nach Bedarf die Guten Dienste des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo in Anspruch nimmt;

8. *fordert* die Mission und das Landesteam der Vereinten Nationen *auf*, mögliche Bedrohungen der Zivilbevölkerung zu ermitteln und Informationen darüber sowie verlässliche Informationen über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen zu sammeln, sie gegebenenfalls den kongolesischen Behörden zur Kenntnis zu bringen und geeignete Maßnahmen im Einklang mit der systemweiten Schutzstrategie der Vereinten Nationen, abgestimmt mit der Schutzstrategie der Mission, zu ergreifen, und ersucht ferner die Mission, im Einklang mit ihrem Mandat und im Rahmen ihrer derzeitigen Fähigkeiten den kongolesischen Behörden bei den Sicherheitsvorbereitungen im Zusammenhang mit den Wahlen Hilfe und Rat zu gewähren;

9. *fordert* die internationale Gemeinschaft *auf*, die Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo auch weiterhin aktiv zu unterstützen, und fordert die Geber nachdrücklich auf, rasch Ausrüstung und finanzielle Unterstützung für die Ausbildung der Kongolesischen Nationalpolizei bereitzustellen, um die diesbezüglichen kongolesischen Anstrengungen zu stärken;

10. *ersucht* die Mission, im Einklang mit der mit Resolution 1925 (2010) erteilten Genehmigung im Rahmen ihrer mandatierten Personalstärke Reservekräfte bereitzuhalten, die rasch innerhalb des Landes verlegt werden können;

11. *erklärt erneut*, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung für die Professionalisierung ihres Sicherheitssektors trägt, fordert die kongolesischen Behörden nachdrücklich auf, mit Unterstützung der Mission eine umfassende Strategie für die Entwicklung des nationalen Sicherheitssektors auszuarbeiten und umzusetzen, um demokratische, rechenschaftspflichtige und professionelle nationale Sicherheitsinstitutionen zu schaffen, fordert die Regierung nachdrücklich auf, rasch die erforderlichen Rechtsvorschriften zu verabschieden und mit Unterstützung der Mission die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, einschließlich aller bilateralen und multilateralen Akteure, die sich mit Fragen der Entwicklung des Sicherheitssektors befassen, zu koordinieren, und fordert alle Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen auf, mit den kongolesischen Behörden in dieser Hinsicht umfassend zusammenzuarbeiten;

12. *ermutigt* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, die grundlegende Frage der Kohäsion der Nationalarmee anzugehen, namentlich durch den weiteren Ausbau ihrer Anstrengungen, die ehemaligen bewaffneten Gruppen, insbesondere den Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes, nach vorheriger Überprüfung ordnungsgemäß in die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo zu integrieren, und verleiht seiner Be-

sorgnis darüber Ausdruck, dass in den kongolesischen Sicherheitskräften bekannte Personen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, befördert werden;

13. *verlangt*, dass alle bewaffneten Gruppen, insbesondere die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und die Widerstandsarmee des Herrn, sofort alle gegen die Zivilbevölkerung in der Demokratischen Republik Kongo gerichteten Formen von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegenüber Frauen und Kindern, einschließlich Vergewaltigungen und anderer Formen sexuellen Missbrauchs, einstellen und sich demobilisieren lassen;

14. *nimmt Kenntnis* von den jeweiligen Initiativen der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union mit dem Ziel, das regionale Vorgehen gegen die Widerstandsarmee des Herrn zu erleichtern und Zivilpersonen zu schützen, weist erneut darauf hin, dass alle maßgeblichen Parteien verstärkt zusammenarbeiten müssen, um die von der Widerstandsarmee des Herrn ausgehende Bedrohung für Zivilpersonen bekämpfen zu helfen, begrüßt die von der Mission unternommenen Schritte zur Ausweitung des Informationsaustauschs und der Koordinierung mit denjenigen, die Militäroperationen gegen die Widerstandsarmee des Herrn durchführen, und ermutigt die Mission, auch weiterhin engen Kontakt mit den von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Gemeinden zu halten und den Einsatz ihrer verfügbaren Ressourcen laufend zu überwachen, um ein Höchstmaß an Wirkung zu gewährleisten;

15. *würdigt* die Ergebnisse der Maßnahmen, die ergriffen wurden, um der Bedrohung durch ausländische und nationale bewaffnete Gruppen zu begegnen, insbesondere die Fortschritte, die beim Vorgehen gegen die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas erzielt wurden, unter anderem mittels des Prozesses der Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung, fordert die internationale Gemeinschaft und die Geber nachdrücklich auf, die Regierung der Demokratischen Republik Kongo und die Mission bei den Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung zu unterstützen, fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo und die Nachbarstaaten auf, an diesem Prozess beteiligt zu bleiben, und fordert die Regierung nachdrücklich auf, das nationale Programm für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo noch verbliebenen kongolesischen bewaffneten Elemente mit Unterstützung der Mission voranzubringen;

16. *ermutigt* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, ihre Zusammenarbeit mit der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten weiter auszubauen und ohne weitere Verzögerung ihre Verpflichtung zu erfüllen, in enger Zusammenarbeit mit der Mission einen Aktionsplan zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern durch die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo zu verabschieden und umzusetzen;

17. *begrüßt* die ersten Schritte, die die Bergbaubehörden in der Demokratischen Republik Kongo und in der gesamten Region zur Frage der Rückverfolgung und Zertifikation von Mineralien unternommen haben, befürwortet die weitere Entmilitarisierung der Bergbaugebiete in der Demokratischen Republik Kongo und die Professionalisierung der kongolesischen Bergbaupolizei und ihre Entsendung in diese Gebiete und fordert die Mission auf, die zuständigen kongolesischen Behörden dabei zu unterstützen, zu verhindern, dass bewaffnete Gruppen aus unerlaubten Wirtschaftstätigkeiten und unerlaubtem Handel mit natürlichen Ressourcen stammende Unterstützung erhalten, und insbesondere auch Stichprobenkontrollen und regelmäßige Besuche in Bergbaustätten und auf Handelswegen und Märkten in der Umgebung der fünf Handelsplätze des Pilotprojekts durchzuführen;

18. *fordert* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo *nachdrücklich auf*, das mehrjährige gemeinsame Justizunterstützungsprogramm der Vereinten Nationen zu genehmigen und mit Unterstützung der internationalen Partner umzusetzen, begrüßt die

positiven Schritte der kongolesischen Behörden zur Aburteilung der für Menschenrechtsverletzungen, namentlich Vergewaltigungen, in Südkivu, Verantwortlichen und ermutigt die kongolesischen Behörden, eine dauerhafte Aussöhnung in der Demokratischen Republik Kongo zu fördern, indem sie die Anstrengungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit aller Urheber von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, auch soweit sie von illegalen bewaffneten Gruppen oder Elementen der kongolesischen Sicherheitskräfte verübt werden, fortsetzen;

19. *würdigt* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo für die Festnahme von Herrn Bernard Munyagishari, der sich der internationalen Strafgerichtsbarkeit durch Flucht zu entziehen suchte, und seine Überstellung an den Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda, betont ferner, wie wichtig es ist, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo sich aktiv bemüht, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dem Land Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, und zu diesem Zweck auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten, so auch mittels der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof, und fordert die Mission auf, von ihren bestehenden Befugnissen Gebrauch zu machen, um der Regierung in dieser Hinsicht behilflich zu sein;

20. *fordert* die Mission *auf*, auch weiterhin mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und den kongolesischen Behörden darauf hinzuwirken, dass das Programm zur Friedenskonsolidierung für die nicht von dem Konflikt betroffenen Provinzen verabschiedet und umgesetzt wird, und auch künftig die Umsetzung des Stabilisierungs- und Wiederaufbauplans der Regierung zu unterstützen, namentlich durch die Verwirklichung der Internationalen Strategie zur Unterstützung von Sicherheit und Stabilisierung, und fordert die Geber auf, diese Anstrengungen zu unterstützen;

21. *verlangt*, dass alle Parteien bei den Einsätzen der Mission voll kooperieren und die Sicherheit sowie den ungehinderten und sofortigen Zugang des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals bei der Wahrnehmung seines Mandats im gesamten Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo gewährleisten, und ersucht den Generalsekretär, unverzüglich über jede Nichtbefolgung dieser Forderungen Bericht zu erstatten;

22. *würdigt* den Beitrag der truppen- und polizeistellenden Länder und der Geber zur Mission und fordert die Mitgliedstaaten auf, die für die Mission noch benötigten Unterstützungskräfte zuzusagen und bereitzustellen;

23. *ersucht* den Generalsekretär, im Oktober 2011, im Januar 2012 und spätestens am 23. Mai 2012 über die Fortschritte vor Ort Bericht zu erstatten, ersucht den Generalsekretär außerdem, den Rat regelmäßig über die bedeutsamen Ereignisse des Wahlprozesses, einschließlich der Unterstützung seitens der Mission für diesen Prozess, zu unterrichten und zu informieren und eine umfassende Bewertung des politischen, sicherheitsspezifischen, humanitären und menschenrechtlichen Umfelds nach den Wahlen vorzulegen, und ersucht den Generalsekretär ferner, in diesen Berichten anzugeben, inwieweit Fortschritte im Hinblick auf ein koordiniertes Konzept der Vereinten Nationen im Land erzielt wurden, und insbesondere auch anzugeben, welche kritischen Lücken bei der Verwirklichung der Friedenskonsolidierungsziele im Zuge der Mission bestehen;

24. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6568. Sitzung einstimmig verabschiedet.

DIE SITUATION IN DER ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK[177]

Beschlüsse

Auf seiner 6438. Sitzung am 8. Dezember 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik

> Bericht des Generalsekretärs über die Situation in der Zentralafrikanischen Republik und die Tätigkeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in dem Land (S/2010/584)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Sahle-Work Zewde, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für die Zentralafrikanische Republik und Leiterin des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, und Herrn Jan Grauls, den Ständigen Vertreter Belgiens bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Konfiguration für die Zentralafrikanische Republik der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6444. Sitzung am 14. Dezember 2010 beschloss der Rat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik

> Bericht des Generalsekretärs über die Situation in der Zentralafrikanischen Republik und die Tätigkeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in dem Land (S/2010/584)“.

Auf derselben Sitzung gab die Präsidentin im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[178]:

> „Der Sicherheitsrat unterstützt die laufenden Anstrengungen mit dem Ziel der nationalen Aussöhnung in der Zentralafrikanischen Republik und begrüßt die bisher erzielten Fortschritte. Er fordert die politisch-militärischen Gruppen, die sich dem politischen Friedensprozess nicht angeschlossen haben, auf, dies zu tun.
>
> Der Rat fordert die Regierung der Zentralafrikanischen Republik und alle nationalen Akteure auf, sich weiter darum zu bemühen, die Vorbereitung und die Durchführung freier, fairer, transparenter und glaubhafter Wahlen rasch voranzutreiben. In dieser Hinsicht nimmt der Rat Kenntnis von dem Dekret des Präsidenten vom 30. Juli 2010, mit dem der 23. Januar 2011 als Termin für die erste Runde der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen festgelegt wurde, und von dem friedlichen Abschluss des Registrierungsprozesses. Der Rat fordert die Unabhängige Wahlkommission auf, sich weiter um die Einhaltung des von allen Beteiligten vereinbarten Zeitplans zu bemühen und die noch bestehenden technischen und logistischen Probleme mit Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft unverzüglich, transparent und im Konsens anzugehen. Er fordert alle nationalen Akteure nachdrücklich auf, die Unabhängigkeit der Wahlkommission zu wahren und das Wahlergebnis zu achten.

[177] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1997 verabschiedet.

[178] S/PRST/2010/26.

Der Rat erkennt die bei dem Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozess bisher erzielten Fortschritte an. Er fordert alle politisch-militärischen Gruppen auf, die erforderlichen Maßnahmen für einen unverzüglichen, transparenten und der Rechenschaftspflicht unterliegenden Abschluss der Entwaffnung und der Demobilisierung zu ergreifen. Er fordert außerdem die Regierung der Zentralafrikanischen Republik auf, die Erarbeitung und die Umsetzung einer nationalen Strategie zur Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten zu beschleunigen, und stellt fest, dass die transparente Finanzierung und Koordinierung der Wiedereingliederungsprogramme für den langfristigen Erfolg des Programms entscheidend ist. Er legt der internationalen Gemeinschaft, insbesondere dem Integrierten Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, nahe, den Prozess rechtzeitig und auf angemessene Weise zu unterstützen.

Der Rat fordert die Regierung der Zentralafrikanischen Republik abermals auf, die Anstrengungen zur Reform der Institutionen des Sicherheitssektors, die einen entscheidenden Baustein im Prozess der Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik und beim Vorgehen gegen die weit verbreitete Straflosigkeit, bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit und der Stärkung der Achtung der Menschenrechte bilden, zu erneuern.

Der Rat ist nach wie vor ernsthaft besorgt über die Sicherheitslage in der Zentralafrikanischen Republik. Der Rat verurteilt alle von örtlichen und ausländischen bewaffneten Gruppen geführten Angriffe, die die Bevölkerung sowie den Frieden und die Stabilität der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion bedrohen, namentlich die Angriffe auf Birao, die von der Versammlung der Patrioten für Gerechtigkeit und Frieden am 19. Juli und 24. November 2010 durchgeführt wurden.

Der Rat lobt die Staaten in der Region für ihre verstärkte Zusammenarbeit, begrüßt die Anstrengungen, die sie unternommen haben, um gegen die von der Widerstandsarmee des Herrn ausgehende Bedrohung vorzugehen, und nimmt in dieser Hinsicht Kenntnis von den Empfehlungen, die aus der von der Afrikanischen Union am 13. und 14. Oktober 2010 in Bangui veranstalteten Konferenz hervorgegangen sind und zu denen die Schaffung einer gemeinsamen Einsatzzentrale, eine gemeinsame Brigade und die verstärkte Zusammenarbeit bei Grenzpatrouillen zählen. Er fordert die Länder der Region und die zuständigen Missionen der Vereinten Nationen auf, die Abstimmung und den Informationsaustausch über die von der Widerstandsarmee des Herrn ausgehende Bedrohung weiter zu verbessern.

In Anbetracht dessen, dass die Regierung der Zentralafrikanischen Republik die Hauptverantwortung dafür trägt, unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts die Sicherheit zu fördern und ihre Zivilbevölkerung zu schützen, betont der Rat, wie wichtig die Arbeit der bilateralen Partner zur Stärkung der Kapazitäten der Zentralafrikanischen Streitkräfte ist, und betont, dass diese Hilfe den umfassenderen Prozess der Reform des Sicherheitssektors unterstützen soll. Der Rat befürwortet außerdem die weitere Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Zentralafrikanischen Republik, Tschads und Sudans zur Sicherung ihrer gemeinsamen Grenzen. Der Rat erkennt den Beitrag der Friedenskonsolidierungsmission in der Zentralafrikanischen Republik zur Unterstützung eines dauerhaften Friedens und dauerhafter Sicherheit in der Zentralafrikanischen Republik an und fordert die regionalen und die subregionalen Organisationen auf, auf Ersuchen der Regierung der Zentralafrikanischen Republik weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Sicherheit in der Zentralafrikanischen Republik, wie etwa eine Verstärkung der Mission, zu erwägen.

Der Rat begrüßt die von der internationalen Gemeinschaft gewährte laufende Unterstützung des Friedenskonsolidierungsprozesses in der Zentralafrikanischen Republik. Er begrüßt insbesondere die wichtige Arbeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik

unter der Leitung der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Zentralafrikanische Republik, Frau Sahle-Work Zewde, und die Anstrengungen, die die Kommission für Friedenskonsolidierung unternimmt, indem sie Rat erteilt und sich für eine koordinierte internationale Unterstützung einsetzt, um die Hauptprioritäten auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung, namentlich Wahlen und Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, anzugehen. Der Rat begrüßt ferner die Fertigstellung des Integrierten Strategischen Rahmens für die Koordinierung der Friedenskonsolidierungsmaßnahmen in der Zentralafrikanischen Republik.

Der Rat begrüßt den Bericht des Generalsekretärs vom 19. November 2010 über die Zentralafrikanische Republik[179] und die darin enthaltenen Empfehlungen sowie die Verlängerung des in der Erklärung seines Präsidenten vom 7. April 2009[180] festgelegten Mandats des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik für einen Zeitraum von einem Jahr bis zum 31. Dezember 2011, unter Berücksichtigung des Abzugs der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad aus dem Nordosten der Zentralafrikanischen Republik."

Am 10. Mai 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[181]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 6. Mai 2011 betreffend Ihre Absicht, Frau Margaret Vogt (Nigeria) zu Ihrer Sonderbeauftragten für die Zentralafrikanische Republik und Leiterin des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik zu ernennen[182], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6575. Sitzung am 7. Juli 2011 beschloss der Rat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in der Zentralafrikanischen Republik und die Tätigkeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in dem Land (S/2011/311)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Margaret Vogt, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für die Zentralafrikanische Republik und Leiterin des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, und Herrn Jan Grauls, den Ständigen Vertreter Belgiens bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Konfiguration für die Zentralafrikanische Republik der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

[179] S/2010/584.

[180] S/PRST/2009/5.

[181] S/2011/292.

[182] S/2011/291.

KINDER UND BEWAFFNETE KONFLIKTE[183]

Beschlüsse

Auf seiner 6581. Sitzung am 12. Juli 2011 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, Armeniens, Aserbaidschans, Australiens, Bangladeschs, Belgiens, Benins, Bulgariens, Chiles, Costa Ricas, Dänemarks, Estlands, Finnlands, Griechenlands, Guatemalas, Honduras', Islands, Iraks, Irlands, Israels, Italiens, Japans, Jemens, Kanadas, Kasachstans, Kenias, Kirgisistans, Kroatiens, Lettlands, Liechtensteins, Litauens, Luxemburgs, Maltas, Mexikos, Monacos, Montenegros, Myanmars, Neuseelands, Norwegens, Österreichs, Pakistans, Papua-Neuguineas, Perus, Polens, der Republik Korea, der Republik Moldau, Rumäniens, Samoas, Schwedens, der Schweiz, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, Sri Lankas, Thailands, Tschads, der Tschechischen Republik, Ungarns und der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Kinder und bewaffnete Konflikte

Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte (S/2011/250)

Schreiben des Ständigen Vertreters Deutschlands bei den Vereinten Nationen vom 1. Juli 2011 an den Generalsekretär (S/2011/409)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Radhika Coomaraswamy, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, und Herrn Anthony Lake, den Exekutivdirektor des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Resolution 1998 (2011) vom 12. Juli 2011

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seiner Resolutionen 1261 (1999) vom 25. August 1999, 1314 (2000) vom 11. August 2000, 1379 (2001) vom 20. November 2001, 1460 (2003) vom 30. Januar 2003, 1539 (2004) vom 22. April 2004, 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 und aller einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten, die einen Beitrag zu einem umfassenden Rahmen für den Schutz von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, leisten,

unter erneutem Hinweis auf seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und in diesem Zusammenhang auf seine Entschlossenheit, sich mit den weitreichenden Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder zu befassen,

mit der Aufforderung an alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die für sie nach dem Völkerrecht geltenden Verpflichtungen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, namentlich die in dem Übereinkommen über die Rechte des Kin-

[183] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1998 verabschiedet.

des[184] und dem dazugehörigen Fakultativprotokoll betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten[185] enthaltenen Verpflichtungen, sowie die Genfer Abkommen vom 12. August 1949[186] und die dazugehörigen Zusatzprotokolle von 1977[187] strikt zu befolgen,

davon Kenntnis nehmend, dass die Durchführung der Resolutionen 1612 (2005) und 1882 (2009) Fortschritte erbracht und zur Freilassung von Kindern und ihrer Wiedereingliederung in ihre Familie und ihre Gemeinschaft sowie zu einem systematischeren Dialog mit der für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen im jeweiligen Land und den an dem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien über die Umsetzung termingebundener Aktionspläne geführt hat, jedoch weiterhin sehr besorgt darüber, dass in einigen besorgniserregenden Situationen Fortschritte vor Ort ausgeblieben sind und Konfliktparteien nach wie vor straflos gegen die einschlägigen Bestimmungen des anwendbaren Völkerrechts in Bezug auf die Rechte und den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten verstoßen,

betonend, dass es in erster Linie den Regierungen obliegt, allen von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kindern Schutz und Hilfe zu gewähren, und erneut erklärend, dass alle von den Einrichtungen der Vereinten Nationen im Rahmen des Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus ergriffenen Maßnahmen darauf ausgerichtet sein müssen, die Schutz- und Rehabilitierungsfunktion der nationalen Regierungen zu unterstützen und gegebenenfalls zu ergänzen,

in der Überzeugung, dass der Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten ein wichtiger Aspekt jeder umfassenden Strategie zur Beilegung von Konflikten sein sollte,

daran erinnernd, dass die Staaten Verantwortung dafür tragen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und diejenigen, die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere abscheuliche Verbrechen an Kindern verantwortlich sind, strafrechtlich zu verfolgen,

betonend, dass Personen, denen Verbrechen an Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts zur Last gelegt werden, unter Zuhilfenahme innerstaatlicher Justizsysteme und gegebenenfalls internationaler Justizmechanismen und gemischter Strafgerichtshöfe vor Gericht gestellt werden müssen, um der Straflosigkeit ein Ende zu setzen,

in Anbetracht der einschlägigen Bestimmungen des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs[188],

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 23. April 2011[189] und betonend, dass es nicht Gegenstand dieser Resolution ist, eine rechtliche Feststellung zu treffen, ob die in dem Bericht des Generalsekretärs genannten Situationen bewaffnete Konflikte im Sinne der Genfer Abkommen und ihrer Zusatzprotokolle sind, und dass sie nicht die Rechtsstellung der an diesen Situationen beteiligten nichtstaatlichen Parteien berührt,

---

[184] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1577, Nr. 27531. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1992 II S. 121; LGBl. 1996 Nr. 163; öBGBl. Nr. 7/1993; AS 1998 2055.

[185] Ebd., Vol. 2173, Nr. 27531. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2004 II S. 1354; LGBl. 2005 Nr. 26; öBGBl. III Nr. 92/2002; AS 2002 3579.

[186] Ebd., Vol. 75, Nr. 970–973. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1954 II S. 781; LGBl. 1989 Nr. 18-21; öBGBl. Nr. 155/1953; AS 1951 181 207 228 300.

[187] Ebd., Vol. 1125, Nr. 17512 und 17513. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1990 II S. 1550; LGBl. 1989 Nr. 62; öBGBl. Nr. 527/1982; AS 1982 1362 (Protokoll I); dBGBl. 1990 II S. 1637; LGBl. 1989 Nr. 63; öBGBl. Nr. 527/1982; AS 1982 1432 (Protokoll II).

[188] Ebd., Vol. 2187, Nr. 38544. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2000 II S. 1394; LGBl. 2002 Nr. 90; öBGBl. III Nr. 180/2002; AS 2002 3743.

[189] S/2011/250.

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die gegen das anwendbare Völkerrecht verstoßenden Angriffe sowie Androhungen von Angriffen auf Schulen und/oder Krankenhäuser und auf mit diesen in Beziehung stehende geschützte Personen sowie über die Schließung von Schulen und Krankenhäusern in Situationen bewaffneten Konflikts aufgrund von Angriffen und Androhungen von Angriffen, und mit der Aufforderung an alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, solche Angriffe und Androhungen sofort einzustellen,

unter Hinweis auf die Bestimmungen der Resolution der Generalversammlung über das Recht auf Bildung in Notsituationen[190], die sich auf Kinder in bewaffneten Konflikten beziehen,

unter Hinweis darauf, dass in Artikel 28 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes das Recht des Kindes auf Bildung anerkannt wird und den Vertragsstaaten des Übereinkommens Verpflichtungen auferlegt werden mit dem Ziel, die Verwirklichung dieses Rechts auf der Grundlage der Chancengleichheit fortschreitend zu erreichen,

1. *verurteilt mit Nachdruck* alle Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht, bei denen an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Parteien Kinder einziehen und einsetzen sowie erneut einziehen, töten und verstümmeln, vergewaltigen und sonstiger sexueller Gewalt aussetzen sowie entführen, Schulen oder Krankenhäuser angreifen und den Zugang für humanitäre Hilfe verweigern, sowie alle anderen an Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht;

2. *bekräftigt*, dass der Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus weiterhin entsprechend den in Ziffer 2 der Resolution 1612 (2005) enthaltenen Grundsätzen in den Situationen umgesetzt werden wird, die in Anhang I und II („die Anhänge“) zu den Berichten des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführt sind, und dass seine Einrichtung und Umsetzung nicht die Entscheidung des Sicherheitsrats präjudiziert, ob eine bestimmte Situation in seine Tagesordnung aufzunehmen ist, noch eine solche Entscheidung bedeutet;

3. *erinnert* an Ziffer 16 der Resolution 1379 (2001) und ersucht den Generalsekretär, in die Anhänge zu seinen Berichten über Kinder und bewaffnete Konflikte auch diejenigen an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzunehmen, die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht

a) wiederholt Angriffe auf Schulen und/oder Krankenhäuser durchführen;

b) wiederholt Angriffe auf mit Schulen und/oder Krankenhäusern in Beziehung stehende geschützte Personen in Situationen bewaffneten Konflikts durchführen oder androhen, eingedenk aller sonstigen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen, die an Kindern begangen werden, und stellt fest, dass diese Ziffer auf die Situationen Anwendung finden wird, die den in Ziffer 16 der Resolution 1379 (2001) aufgeführten Bedingungen entsprechen;

4. *fordert* die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien *nachdrücklich auf*, Handlungen zu unterlassen, die Kinder am Zugang zur Bildung und zu Gesundheitsdiensten hindern, und ersucht den Generalsekretär, die Überwachung und Berichterstattung unter anderem betreffend die militärische Nutzung von Schulen und Krankenhäusern unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht sowie betreffend Angriffe auf Lehrer und medizinisches Personal und/oder ihre Entführung fortzusetzen;

5. *bittet* den Generalsekretär, hinsichtlich Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern durch Parteien, die möglicherweise in die Anhänge zu seinen periodischen Berichten aufgenommen werden, bei frühestmöglicher Gelegenheit über die Son-

[190] Resolution 64/290 der Generalversammlung.

derbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte sachdienliche Informationen mit den betroffenen Regierungen auszutauschen und sich mit diesen ständig abzustimmen;

6. stellt fest, dass einige der an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auf seine Aufforderung reagiert haben, konkrete termingebundene Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht aufzustellen und durchzuführen, und

a) *fordert* gleichzeitig die in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten, an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die dies noch nicht getan haben, *erneut auf*, ohne weitere Verzögerung Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern und der Tötung und Verstümmelung von Kindern unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht sowie der an Kindern verübten Vergewaltigungen und anderen sexuellen Gewalt aufzustellen und umzusetzen;

b) *fordert* die Parteien, die bereits Aktionspläne aufgestellt haben und seither wegen mehrfacher Verstöße in den Anhängen aufgeführt wurden, *auf*, nach Bedarf getrennte Aktionspläne aufzustellen und umzusetzen, um der Tötung und Verstümmelung von Kindern, wiederholten Angriffen auf Schulen und/oder Krankenhäuser, wiederholten Angriffen oder Androhungen von Angriffen auf mit Schulen und/oder Krankenhäusern in Beziehung stehende geschützte Personen unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht sowie der an Kindern verübten Vergewaltigungen und anderen sexuellen Gewalt Einhalt zu gebieten;

c) *fordert* diejenigen in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten Parteien, die in Situationen bewaffneten Konflikts unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht wiederholt Angriffe auf Schulen und/oder Krankenhäuser durchführen, wiederholt Angriffe auf mit Schulen und/oder Krankenhäusern in Beziehung stehende geschützte Personen durchführen oder androhen, *auf*, unverzüglich konkrete, termingebundene Aktionspläne zur Beendigung dieser Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen aufzustellen;

d) *fordert ferner* alle in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten Parteien *auf*, gegen alle anderen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern vorzugehen und in dieser Hinsicht konkrete Verpflichtungen einzugehen und konkrete Maßnahmen durchzuführen;

e) *fordert* die in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten Parteien *nachdrücklich auf*, die in dieser Ziffer enthaltenen Bestimmungen in enger Zusammenarbeit mit der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und den für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern umzusetzen;

7. *legt* in diesem Zusammenhang den Mitgliedstaaten *nahe*, in enger Absprache mit den für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern und den Landesteams der Vereinten Nationen Wege zu finden, um die Ausarbeitung und Umsetzung termingebundener Aktionspläne und die von den Arbeitsgruppen vorzunehmende Überprüfung und Überwachung der Erfüllung der Verpflichtungen und Zusagen in Bezug auf den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten zu erleichtern;

8. *bittet* die für Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern, die Aufnahme der von den betroffenen Regierungen bereitgestellten sachdienlichen Informationen in ihre Berichte zu erwägen und sicherzustellen, dass die mit dem Mechanismus gesammelten und übermittelten Informationen zutreffend, objektiv, verlässlich und nachprüfbar sind;

9. *bekundet erneut seine Entschlossenheit*, die Achtung seiner Resolutionen über Kinder und bewaffnete Konflikte sicherzustellen, und

a) begrüßt in dieser Hinsicht die anhaltende Tätigkeit und die Empfehlungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte gemäß Ziffer 8 der Resolution 1612 (2005) und bittet die Arbeitsgruppe, dem Rat weiter regelmäßig Bericht zu erstatten;

b) bringt seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass bestimmte Parteien nach wie vor Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern begehen, und bekundet seine Bereitschaft, gezielte und abgestufte Maßnahmen gegen diejenigen, die anhaltende Rechtsverletzungen begehen, zu beschließen, unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen der Resolutionen 1539 (2004), 1612 (2005) und 1882 (2009);

c) ersucht die Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte und die zuständigen Sanktionsausschüsse des Sicherheitsrats, ihre Kommunikation zu verbessern, namentlich durch den Austausch sachdienlicher Informationen über Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in bewaffneten Konflikten;

d) legt seinen zuständigen Sanktionsausschüssen nahe, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte auch künftig zu bitten, sie über konkrete Informationen im Zusammenhang mit ihrem Mandat zu unterrichten, die für die Arbeit der Ausschüsse von Belang sind, legt den Sanktionsausschüssen nahe, die einschlägigen Empfehlungen in dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte zu bedenken, und legt der Sonderbeauftragten nahe, die in den Berichten des Generalsekretärs enthaltenen konkreten Informationen an die Sachverständigengruppen der jeweiligen Sanktionsausschüsse weiterzugeben;

e) bekundet seine Absicht, bei der Festlegung, Änderung oder Verlängerung des Mandats der jeweiligen Sanktionsregime die Aufnahme von Bestimmungen betreffend die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien zu erwägen, die Aktivitäten durchführen, die gegen das anwendbare Völkerrecht in Bezug auf die Rechte und den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten verstoßen;

10. *ermutigt* die Mitgliedstaaten, die dies wünschen, dem Rat auch weiterhin sachdienliche Informationen zur Durchführung seiner Resolutionen über Kinder und bewaffnete Konflikte zu übermitteln;

11. *fordert* die betroffenen Mitgliedstaaten *auf*, entschiedene und sofortige Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die anhaltende Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts begehen, und fordert sie ferner auf, diejenigen, die für derartige, nach dem anwendbaren Völkerrecht verbotene Rechtsverletzungen, darunter die Einziehung und den Einsatz von Kindern, Tötungen und Verstümmelungen, Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalt, Angriffe auf Schulen und/oder Krankenhäuser und Angriffe oder Androhungen von Angriffen auf mit Schulen und/oder Krankenhäusern in Beziehung stehende geschützte Personen, verantwortlich sind, unter Zuhilfenahme des innerstaatlichen Justizsystems und gegebenenfalls internationaler Justizmechanismen und gemischter Strafgerichtshöfe vor Gericht zu stellen, mit dem Ziel, der Straflosigkeit für diejenigen, die Verbrechen an Kindern begehen, ein Ende zu setzen;

12. *betont*, dass die für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern und die Landesteams der Vereinten Nationen die Aufgabe haben, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat sicherzustellen, dass die Ratsresolutionen über Kinder und bewaffnete Konflikte effektiv befolgt werden, in enger Zusammenarbeit mit der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte die Fortschritte zu überwachen und dem Generalsekretär darüber Bericht zu erstatten und eine koordinierte Antwort auf die Probleme im Zusammenhang mit Kindern und bewaffneten Konflikten sicherzustellen;

13. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, dafür zu sorgen, dass in allen seinen Berichten über länderspezifische Situationen das Thema Kinder und bewaffnete Konflikte konkret behandelt wird, und bekundet seine Absicht, den darin enthaltenen Informationen, namentlich über die Durchführung der einschlägigen Ratsresolutionen und die Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte, seine volle Aufmerksamkeit zu widmen, wenn er sich mit diesen Situationen im Rahmen seiner Tagesordnung befasst;

14. *bekräftigt* seinen Beschluss, in die Mandate aller in Betracht kommenden Friedenssicherungs-, Friedenskonsolidierungs- und politischen Missionen der Vereinten Nationen auch künftig spezifische Bestimmungen zum Schutz von Kindern aufzunehmen, befürwortet die Entsendung von Kinderschutzberatern zu solchen Missionen und fordert den Generalsekretär auf, dafür zu sorgen, dass diese Berater in Übereinstimmung mit den einschlägigen landesspezifischen Resolutionen des Rates und der Handlungsrichtlinie der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze zur systematischen Berücksichtigung des Schutzes, der Rechte und des Wohlergehens der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder rekrutiert und eingesetzt werden;

15. *ersucht* die Mitgliedstaaten, die Friedenssicherungs-, Friedenskonsolidierungs- und politischen Missionen der Vereinten Nationen und die Landesteams der Vereinten Nationen, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen der betroffenen Länder geeignete Strategien und Koordinierungsmechanismen für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit in Fragen des Kinderschutzes, insbesondere grenzüberschreitenden Fragen, festzulegen, unter Berücksichtigung der einschlägigen Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte und der Ziffer 2 *d*) der Resolution 1612 (2005);

16. *begrüßt* die Fortschritte der für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern und betont, dass ein gestärkter Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus mit ausreichenden Kapazitäten erforderlich ist, um eine angemessene Weiterverfolgung der Empfehlungen des Generalsekretärs und der Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte im Einklang mit den Resolutionen 1612 (2005) und 1882 (2009) sicherzustellen;

17. *ersucht* den Generalsekretär, weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, darunter gegebenenfalls die Herstellung der vollen Kapazität des Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus, um eine rasche Kampagnenarbeit und eine wirksame Reaktion auf alle Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern zu ermöglichen und sicherzustellen, dass die mit dem Mechanismus gesammelten und übermittelten Informationen zutreffend, objektiv, verlässlich und nachprüfbar sind;

18. *betont*, dass wirksame Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kindern, die auf den vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und anderen maßgeblichen Akteuren auf dem Gebiet des Kinderschutzes, einschließlich der Internationalen Arbeitsorganisation, ermittelten bewährten Praktiken aufbauen, äußerst wichtig für das Wohlergehen aller Kinder sind, die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht von Streitkräften und bewaffneten Gruppen eingezogen oder eingesetzt worden sind, und dass sie ein wesentlicher Faktor für dauerhaften Frieden und dauerhafte Sicherheit sind, und legt den nationalen Regierungen und den Gebern eindringlich nahe, sicherzustellen, dass diese gemeinwesengestützten Programme rechtzeitig und auf Dauer ausreichende Ressourcen und Finanzmittel erhalten;

19. *fordert* die Mitgliedstaaten, die Einrichtungen der Vereinten Nationen, einschließlich der Kommission für Friedenskonsolidierung, und die anderen betroffenen Parteien *auf*, sicherzustellen, dass dem Schutz, den Rechten, dem Wohlergehen und der Stärkung der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder in allen Friedensprozessen Rechnung getragen wird und dass in den Plänen, Programmen und Strategien zur Wiederherstellung und zum Wiederaufbau nach einem Konflikt den Fragen, die von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder anbelangen, Vorrang eingeräumt wird;

20. *bittet* die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, den Rat über die Modalitäten der Aufnahme von Parteien in die Anhänge zu den regelmäßigen Berichten des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte zu unterrichten und einen Meinungsaustausch zu ermöglichen;

21. *weist* die Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte *an*, mit Unterstützung der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte innerhalb eines Jahres ein breites Spektrum möglicher Maßnahmen zu prüfen, um den Druck auf diejenigen, die anhaltende Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts begehen, zu erhöhen;

22. *ersucht* den Generalsekretär, bis Juni 2012 einen Bericht über die Durchführung seiner Resolutionen und der Erklärungen seines Präsidenten über Kinder und bewaffnete Konflikte, einschließlich dieser Resolution, vorzulegen, der unter anderem folgende Angaben enthält:

a) als Anhänge beigefügte Verzeichnisse der Parteien in Situationen bewaffneten Konflikts, die auf der Tagesordnung des Rates stehen, oder in anderen Situationen, im Einklang mit Ziffer 19 *a*) der Resolution 1882 (2009) und Ziffer 3 dieser Resolution;

b) Angaben über die Maßnahmen, die die in den Anhängen aufgeführten Parteien ergriffen haben, um allen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts ein Ende zu setzen;

c) Angaben über die Fortschritte bei der Umsetzung des mit der Resolution 1612 (2005) eingerichteten Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus;

d) Angaben über die Kriterien und Verfahren, die für die Aufnahme von Parteien eines bewaffneten Konflikts in die Verzeichnisse in den Anhängen zu seinen periodischen Berichten und die Streichung aus ihnen verwendet werden, im Einklang mit Ziffer 3, unter Berücksichtigung der Auffassungen, die von allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte während der vor Ende 2011 abzuhaltenden informellen Unterrichtungen bekundet werden;

23. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6581. Sitzung einstimmig verabschiedet.

DIE SITUATION IN GUINEA-BISSAU[191]

Beschlüsse

Auf seiner 6416. Sitzung am 5. November 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Guinea-Bissaus gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Guinea-Bissau

> Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklungen in Guinea-Bissau und über die Tätigkeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in dem Land (S/2010/550)“.

[191] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1998 verabschiedet.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Joseph Mutaboba, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Guinea-Bissau und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau, und Frau Maria Luiza Ribeiro Viotti, die Ständige Vertreterin Brasiliens bei den Vereinten Nationen und Vorsitzende der Guinea-Bissau-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, aufgrund des an den Präsidenten des Sicherheitsrats gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters Gabuns bei den Vereinten Nationen vom 4. November 2010 Herrn Sebastião Isata, den Sonderbeauftragten des Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union für Guinea-Bissau, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6428. Sitzung am 23. November 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in Guinea-Bissau

> Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklungen in Guinea-Bissau und über die Tätigkeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in dem Land (S/2010/550)“.

Resolution 1949 (2010)
vom 23. November 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Guinea-Bissau, insbesondere die Resolution 1876 (2009) vom 26. Juni 2009,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die anhaltende Instabilität in Guinea-Bissau, insbesondere die mangelnde zivile Aufsicht und Kontrolle über die Streitkräfte und die fortgesetzten Inhaftierungen ohne ordnungsgemäße Verfahren, die auf die Ereignisse des 1. April 2010 folgten,

betonend, dass diese Entwicklungen zeigen, wie fragil die politische Situation ist, und die Bemühungen um die Festigung des Friedens und der Stabilität sowie die Rechtsstaatlichkeit in Guinea-Bissau gefährden,

mit tiefer Sorge Kenntnis nehmend von den Bedrohungen für die Sicherheit und die Stabilität in dem Land und in der Subregion, die von der Zunahme des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität in Guinea-Bissau ausgehen,

in Anerkennung der Notwendigkeit, das Problem des Drogenhandels in den Herkunfts-, Transit- und Zielländern durch einen Ansatz der gemeinsamen und geteilten Verantwortung in Angriff zu nehmen,

erneut erklärend, dass die Regierung Guinea-Bissaus und alle Beteiligten in ihrer Entschlossenheit zur nationalen Aussöhnung durch einen echten und alle Seiten einschließenden politischen Dialog, zur Achtung der verfassungsmäßigen Ordnung, zur Reform des Sicherheitssektors, zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte und zur Bekämpfung der Straflosigkeit und des unerlaubten Drogenhandels nicht nachlassen dürfen,

betonend, wie wichtig die Reform des Sicherheitssektors ist, und unter erneutem Hinweis auf die anhaltende Unterstützung der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft für die langfristige Sicherheit und Entwicklung Guinea-Bissaus, insbesondere auf den Gebieten der Reform des Sicherheitssektors, der Justiz und beim Aufbau der Kapazitäten der Regierung zur Bekämpfung des unerlaubten Drogenhandels,

erneut darauf hinweisend, wie wichtig die regionale und subregionale Zusammenarbeit zur Bewältigung der Herausforderungen ist, denen sich Guinea-Bissau gegenübersieht, und in dieser Hinsicht begrüßend, dass der Vorsitzende der Kommission der Afrikanischen Union für Guinea-Bissau einen Sonderbeauftragten für Guinea-Bissau ernannt hat und dass das Verbindungsbüro der Afrikanischen Union in dem Land eingerichtet wurde und seine Arbeit aufgenommen hat,

unter Begrüßung der Anstrengungen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder zur Unterstützung der Reform des Verteidigungs- und Sicherheitssektors in Guinea-Bissau und die internationale Gemeinschaft ermutigend, sich weiter für die Bewältigung der wichtigsten Herausforderungen in dem Land einzusetzen,

die maßgeblichen Akteure *ermutigend*, sich weiter für die Bewältigung der wichtigsten die Regierungsführung und die Friedenskonsolidierung betreffenden Herausforderungen in dem Land einzusetzen,

unter Begrüßung des Schreibens von Präsident Malam Bacai Sanha vom 20. September 2010 an die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, in dem er um Unterstützung und Hilfe bei der Durchführung der Reform des Sicherheitssektors in Guinea-Bissau ersucht,

betonend, dass die Regierung Guinea-Bissaus die Hauptverantwortung für die Sicherheit, den Schutz der Zivilbevölkerung, die Friedenskonsolidierung und die langfristige Entwicklung in dem Land trägt,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Anerkennung für die Arbeit, die die Kommission für Friedenskonsolidierung und das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau bei der Koordinierung der Hilfe der Vereinten Nationen und der internationalen Partner für Guinea-Bissau leisten,

in Bekräftigung seines uneingeschränkten Bekenntnisses zur Festigung des Friedens und der Stabilität in Guinea-Bissau,

1. *beschließt*, das in Ziffer 3 der Resolution 1876 (2009) festgelegte Mandat des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau bis zum 31. Dezember 2011 zu verlängern;

2. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs vom 25. Oktober 2010 über Guinea-Bissau[192] und von den darin enthaltenen Empfehlungen und begrüßt die Aktivitäten des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau;

3. *ersucht* den Generalsekretär, einen strategischen Arbeitsplan mit geeigneten Kriterien zur Messung und Verfolgung der Fortschritte bei der Durchführung des Mandats des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau zu erarbeiten;

4. *fordert* die Regierung und alle politischen Akteure in Guinea-Bissau *nachdrücklich auf*, zusammenzuarbeiten, um den Frieden und die Stabilität in dem Land zu festigen, und sich verstärkt um einen echten und alle Seiten einschließenden politischen Dialog und nationale Aussöhnung zu bemühen, und ersucht den Generalsekretär, auch über seinen Sonderbeauftragten für Guinea-Bissau, diese Bemühungen zu unterstützen;

5. *fordert* die Angehörigen der Streitkräfte Guinea-Bissaus, insbesondere ihre Führer, *nachdrücklich auf*, die verfassungsmäßige Ordnung, die zivile Herrschaft und Aufsicht sowie die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte zu achten, jede Einmischung in poli-

[192] S/2010/550.

tische Angelegenheiten zu unterlassen, die Sicherheit der nationalen Institutionen sowie der Bevölkerung insgesamt zu gewährleisten und sich an der Reform des Verteidigungs- und Sicherheitssektors voll zu beteiligen;

6. *fordert* die politischen Führer Guinea-Bissaus *nachdrücklich auf*, das Militär und die Richterschaft nicht in die Politik hineinzuziehen, und fordert sie auf, Meinungsverschiedenheiten mit rechtmäßigen und friedlichen Mitteln beizulegen;

7. *fordert* die Regierung Guinea-Bissaus *auf*, die Untersuchungen der politischen Morde vom März und Juni 2009 abzuschließen und sicherzustellen, dass die Ergebnisse der Untersuchungen und die Arbeit der nationalen Untersuchungskommission glaubwürdig und transparent sind und mit international vereinbarten Normen im Einklang stehen, und zu gewährleisten, dass die für kriminelle Handlungen Verantwortlichen strafrechtlich verfolgt und somit zur Rechenschaft gezogen werden;

8. *ersucht* den Generalsekretär, beim Abschluss dieser Untersuchungen und bei den allgemeinen Anstrengungen zur Beendigung der Straflosigkeit und zur Förderung der Rechtstaatlichkeit und der verfassungsmäßigen Ordnung in Guinea-Bissau behilflich zu sein;

9. *fordert* die Regierung Guinea-Bissaus *auf*, zu gewährleisten, dass diejenigen, die für kriminelle Handlungen wie politische Morde und Drogenhandel verantwortlich sind, unter voller Einhaltung eines ordnungsgemäßen Verfahrens strafrechtlich verfolgt werden, und fordert die Afrikanische Union, die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, die Europäische Union, die Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder und die bilateralen Partner auf, diese Anstrengungen zu unterstützen;

10. *fordert* die Behörden Guinea-Bissaus *erneut auf*, alle während der Ereignisse des 1. April 2010 inhaftierten Personen sofort freizulassen oder sie unter voller Einhaltung eines ordnungsgemäßen Verfahrens strafrechtlich zu verfolgen und die kürzlich freigesprochenen Inhaftierten freizulassen;

11. *begrüßt* die Partnerschaft zwischen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder, erwartet mit Interesse, dass die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten den Fahrplan abschließend billigt, der von den Generalstabschefs ausgearbeitet wurde, um für die staatlichen Institutionen Guinea-Bissaus im Rahmen der Reform des Sicherheitssektors und als Teil der Stabilisierung des politischen und sicherheitsbezogenen Umfelds des Landes unter anderem Ausbildung und Schutz bereitzustellen, und ersucht den Generalsekretär, über seinen Sonderbeauftragten dem Sicherheitsrat umfassende Informationen mit Einzelheiten zu den vorgeschlagenen Modalitäten, Terminen und Ressourcen für die Umsetzung des Fahrplans der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten vorzulegen;

12. *ersucht* den Generalsekretär, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder eine gemeinsame Bewertung des Unterstützungsbedarfs für die rasche Umsetzung des Fahrplans nach seiner Billigung durch die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten durchzuführen, aus der auch hervorgeht, wie die erforderlichen Ressourcen in Abstimmung mit den einschlägigen Partnern, darunter den Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union, der Europäischen Union, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und den Ländern der Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder, am besten mobilisiert werden können;

13. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, über seinen Sonderbeauftragten politische Unterstützung für die Umsetzung des Fahrplans zu gewähren;

14. *fordert* die Regierung Guinea-Bissaus *nachdrücklich auf*, auch weiterhin gegen die Korruption vorzugehen, namentlich mittels der Durchführung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption[193], und ein Umfeld zu schaffen, das der Umsetzung der Initiative „Westafrikanische Küste“ in Guinea-Bissau förderlich ist, und fordert die zuständigen nationalen Institutionen nachdrücklich auf, über die entsprechenden Mechanismen eine Einheit zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität in Guinea-Bissau einzusetzen;

15. *fordert* die internationale Gemeinschaft, namentlich die Kommission für Friedenskonsolidierung und Regionalorganisationen wie die Afrikanische Union, die Europäische Union, die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und die Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder, sowie gegebenenfalls die bilateralen Partner *nachdrücklich auf*, die Initiative „Westafrikanische Küste“ im Kampf gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und den Drogenhandel, die den Frieden und die Sicherheit in Guinea-Bissau und in der Subregion bedrohen, auf politischem und finanziellem Weg verstärkt zu unterstützen, begrüßt in dieser Hinsicht die von der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten mit den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und anderen Partnern eingegangene Verpflichtung zur sofortigen Durchführung des Aktionsplans der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten gegen den Drogenhandel und die organisierte Kriminalität in Westafrika, der Möglichkeiten für zielgerichtete Sanktionen gegen die Personen umfasst, die als Mitglieder oder Unterstützer des Drogenhandelsnetzes namhaft gemacht werden, und kommt überein, die Situation weiter aktiv zu verfolgen und angemessene Maßnahmen zu erwägen;

16. *ersucht* den Generalsekretär, über seinen Sonderbeauftragten die nationalen Anstrengungen zur wirksamen Koordinierung der internationalen Hilfe für eine glaubwürdige Reform des Sicherheitssektors nach dem Grundsatz der vollen zivilen Kontrolle des Militärs und auf der Grundlage einer umfassenden Gefahrenabschätzung weiter zu unterstützen und dabei die von der Europäischen Union und anderen internationalen Akteuren auf diesem Gebiet bereits geleistete Arbeit zu berücksichtigen;

17. *ersucht* die Kommission für Friedenskonsolidierung, die Umsetzung der Friedenskonsolidierungsprioritäten Guinea-Bissaus auch weiterhin zu unterstützen und den Rat auch künftig darüber zu beraten, wie wesentliche Hindernisse für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau beseitigt werden können, insbesondere in Bezug auf die Reform des Sicherheitssektors und den Drogenhandel, und den Rat über ihre Fortschritte bei der Gewährung von Hilfe in diesen Bereichen unterrichtet zu halten;

18. *legt* dem Sonderbeauftragten *nahe*, weiter auf eine verbesserte Integration und Wirksamkeit der Anstrengungen hinzuarbeiten, die die Vereinten Nationen vor Ort unternehmen, um die Stabilisierungs-, Friedens- und Entwicklungsprioritäten der Regierung und des Volkes von Guinea-Bissau zu unterstützen;

19. *betont* die in den Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 und 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 anerkannte wichtige Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung, unterstreicht, dass bei der Durchführung aller Aspekte des Mandats des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau die Geschlechterperspektive berücksichtigt werden soll, legt dem Büro nahe, dabei mit den nationalen Behörden zusammenzuarbeiten, und ermutigt die maßgeblichen Akteure, die Teilhabe von Frauen an der Friedenskonsolidierung zu verbessern;

[193] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2349, Nr. 42146. Amtliche deutschsprachige Fassungen: LGBl. 2010 Nr. 194; öBGBl. III Nr. 47/2006; AS 2009 5467.

20. *ersucht* den Generalsekretär, alle vier Monate über die Fortschritte bei der Durchführung dieser Resolution und des in Resolution 1876 (2009) dargelegten Mandats des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau Bericht zu erstatten und in seinen ersten Bericht Einzelheiten über die Fortschritte bei der Durchführung der in Ziffer 12 genannten gemeinsamen Bewertung und bei der Umsetzung des Fahrplans nach seiner Billigung durch die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten aufzunehmen;

21. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6428. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6489. Sitzung am 25. Februar 2011 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Guinea-Bissaus (Ministerpräsident) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Guinea-Bissau

> Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklungen in Guinea-Bissau und über die Tätigkeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in dem Land (S/2011/73)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Joseph Mutaboba, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Guinea-Bissau und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau, und Frau Maria Luiza Ribeiro Viotti, die Ständige Vertreterin Brasiliens bei den Vereinten Nationen und Vorsitzende der Guinea-Bissau-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6569. Sitzung am 28. Juni 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Guinea-Bissaus (Verteidigungsminister) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Guinea-Bissau

> Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklungen in Guinea-Bissau und über die Tätigkeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in dem Land (S/2011/370)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Joseph Mutaboba, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Guinea-Bissau und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau, und Frau Maria Luiza Ribeiro Viotti, die Ständige Vertreterin Brasiliens bei den Vereinten Nationen und Vorsitzende der Guinea-Bissau-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Manuel Domingos Augusto, den Staatssekretär für politische Angelegenheiten im Ministerium für auswärtige Beziehungen Angolas und Vorsitzenden der Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

SCHUTZ VON ZIVILPERSONEN IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN[194]

Beschlüsse

Auf seiner 6427. Sitzung am 22. November 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Argentiniens, Armeniens, Aserbaidschans, Australiens, Bangladeschs, Botsuanas, Chiles, Costa Ricas, Deutschlands, Georgiens, Ghanas, Indiens, Indonesiens, Israels, Italiens, Kanadas, Kolumbiens, Liechtensteins, Marokkos, Norwegens, Pakistans, Perus, der Philippinen, Portugals, der Republik Korea, der Schweiz, Sloweniens, Sri Lankas, Sudans, Uruguays und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten“ teilzunehmen.

„Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten

> Bericht des Generalsekretärs über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten (S/2010/579)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Valerie Amos, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinatorin, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, und Frau Navanethem Pillay, die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Yves Daccord, den Generaldirektor des Internationales Komitees vom Roten Kreuz, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.[195]

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[196]:

> „Der Sicherheitsrat bekräftigt sein Bekenntnis zum Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und zur fortgesetzten und vollständigen, in sich gegenseitig verstärkender Weise erfolgenden Durchführung aller früheren einschlägigen Resolutionen und Erklärungen seines Präsidenten, namentlich der Resolutionen 1265 (1999), 1296 (2000), 1325 (2000), 1612 (2005), 1674 (2006), 1738 (2006), 1820 (2008), 1882 (2009), 1888 (2009), 1889 (2009) und 1894 (2009), und stellt insbesondere fest, dass die Resolution 1894 (2009) einen wichtigen, wegweisenden Schritt in Richtung auf das Ziel darstellte, den wirksamen Schutz von Zivilpersonen vor Ort zu gewährleisten.
>
> Der Rat nimmt mit Dank Kenntnis von dem Bericht des Generalsekretärs vom 11. November 2010 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten[197] und von den darin enthaltenen Empfehlungen.

---

[194] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1999 verabschiedet.

[195] Herr Peter Schwaiger, der Stellvertretende Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gab im Namen Herrn Serranos eine Erklärung ab.

[196] S/PRST/2010/25.

[197] S/2010/579.

Der Rat erinnert daran, dass am 15. März 2002 ein Aide-mémoire verabschiedet wurde, das ein praktisches Instrument darstellt, um zentrale Schutzfragen besser zu analysieren und zu diagnostizieren. Der Rat verabschiedet das in der Anlage zu dieser Erklärung seines Präsidenten enthaltene aktualisierte Aide-mémoire und betont, dass dieses auch künftig systematischer und konsequenter genutzt werden muss.

Der Rat stellt fest, dass die Staaten die Hauptverantwortung dafür tragen, die Menschenrechte aller in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen und ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Personen zu achten und zu gewährleisten, wie vom einschlägigen Völkerrecht vorgeschrieben.

Der Rat erklärt erneut, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die Hauptverantwortung dafür tragen, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen zu gewährleisten, und fordert die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien nachdrücklich auf, die Grundbedürfnisse dieser Personen zu decken und dabei die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Kindern, Flüchtlingen, Binnenvertriebenen sowie anderen Zivilpersonen mit besonderer Schutzbedürftigkeit, namentlich Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen, zu beachten.

Der Rat betont, dass die Förderung von Friedensprozessen und die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens und einer nachhaltigen Entwicklung sowie die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit von höchster Bedeutung für den langfristigen Schutz von Zivilpersonen sind.

Der Rat ist nach wie vor entschlossen, sich mit den Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, zu befassen. Der Rat bringt seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die überwiegende Mehrheit der Opfer in Situationen bewaffneten Konflikts nach wie vor Zivilpersonen sind, namentlich infolge vorsätzlicher, unterschiedsloser oder unverhältnismäßiger Angriffe, sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie anderer Handlungen, die gegen das anwendbare Völkerrecht verstoßen. Der Rat verlangt, dass alle in Betracht kommenden Parteien derartigen Praktiken sofort ein Ende setzen, und bekräftigt seine Bereitschaft, geeignete Maßnahmen zu beschließen.

Der Rat nimmt mit Sorge Kenntnis von den humanitären Auswirkungen von Konflikten in oder nahe dicht bevölkerten Gebieten und fordert die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auf, die Zivilbevölkerung im Einklang mit dem anwendbaren humanitären Völkerrecht zu schützen.

Der Rat verurteilt erneut mit Nachdruck alle Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht und verlangt, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen strikt befolgen sowie alle einschlägigen Beschlüsse des Rates durchführen. Der Rat betont in diesem Zusammenhang, dass die Staaten die Verantwortung für die Einhaltung ihrer einschlägigen Verpflichtungen tragen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, und stellt fest, dass der Kampf gegen die Straflosigkeit für die schwersten Verbrechen von internationalem Belang durch die Verfolgung dieser Verbrechen in nationalen, internationalen und ‚gemischten' Strafgerichten und -gerichtshöfen, Untersuchungskommissionen sowie Sonderkammern nationaler Gerichte gestärkt worden ist. Der Rat nimmt Kenntnis von der Bestandsaufnahme der internationalen Strafgerichtsbarkeit, die auf der vom 31. Mai bis 11. Juni 2010 in Kampala abgehaltenen ersten Konferenz zur Überprüfung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vorgenommen wurde. Der Rat lenkt außerdem die Aufmerksamkeit auf die gesamte Bandbreite der Justiz- und Aussöhnungsmechanismen, wie etwa Wahrheits- und Aussöhnungskommissionen, nationale Wiedergutmachungsprogramme und institutionelle Reformen.

Der Rat anerkennt die Bedürfnisse von Zivilpersonen, die unter ausländischer Besetzung stehen, und betont in dieser Hinsicht ferner die Verantwortlichkeiten der Besatzungsmacht unter voller Einhaltung des humanitären Völkerrechts.

Der Rat erklärt erneut, wie wichtig es ist, dass im Rahmen der humanitären Hilfe die humanitären Grundsätze der Menschlichkeit, der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit von allen gewahrt und geachtet werden. Der Rat verurteilt alle vorsätzlich gegen humanitäres Personal als solches gerichteten Gewalthandlungen und sonstigen Formen der Einschüchterung und fordert ihre Einstellung und fordert alle an einem Konflikt beteiligten Parteien auf, den nach dem humanitären Völkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen nachzukommen und das humanitäre Personal und die humanitären Hilfssendungen zu achten und zu schützen. Der Rat unterstreicht in dieser Hinsicht, wie wichtig es ist, die systematische Überwachung und Analyse der Zugangsbeschränkungen für humanitäre Hilfe fortzusetzen.

Der Rat betont, wie wichtig es ist, dauerhafte Lösungen für die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen herbeizuführen, insbesondere ihre freiwillige Rückkehr in Sicherheit und Würde oder ihre Integration vor Ort oder ihre Neuansiedlung.

Der Rat begrüßt die in dem Bericht des Sonderausschusses für Friedenssicherungseinsätze[198] enthaltenen Vorschläge, Schlussfolgerungen und Empfehlungen über den Schutz von Zivilpersonen. Der Rat betont, wie wichtig es ist, das Engagement des hochrangigen Leitungspersonals der Missionen in der Frage des Schutzes von Zivilpersonen sicherzustellen und so dafür zu sorgen, dass alle Anteile einer Mission und alle Ebenen der Befehlskette ordnungsgemäß über das Schutzmandat der Mission und ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten unterrichtet sind und diese entsprechend wahrnehmen. Der Rat begrüßt die von dem Generalsekretär erzielten Fortschritte bei der Ausarbeitung eines konzeptionellen Rahmens, der Darlegung des Mittel- und Kapazitätsbedarfs und der Erarbeitung eines operativen Instrumentariums für die Durchführung von Mandaten zum Schutz von Zivilpersonen. Der Rat betont, wie wichtig es ist, das Friedenssicherungspersonal vor seinem Einsatz besser im Bereich des Schutzes von Zivilpersonen auszubilden. Der Rat legt den truppen- und polizeistellenden Ländern nahe, von diesen wichtigen Materialien umfassenden Gebrauch zu machen und dazu Rückmeldungen zu geben.

Der Rat unterstreicht, dass die Missionen mit der einheimischen Bevölkerung wirksam kommunizieren und dafür entsprechend ausgestattet sein müssen, um ihr Mandat durchführen zu können. Er unterstreicht in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, geschlechterbezogenen Aspekten Rechnung zu tragen und von allen der Mission zur Verfügung stehenden Mitteln vollen Gebrauch zu machen, insbesondere den Komponenten Öffentlichkeitsarbeit und Zivilangelegenheiten, wie etwa Referenten für Zivilangelegenheiten, sprachkundigen Verbindungsorganen zur lokalen Bevölkerung und dem Hörfunk.

Der Rat bekräftigt seine Praxis, Kriterien zur Messung und Überprüfung der bei der Durchführung der Friedenssicherungsmandate erzielten Fortschritte zu verlangen, unterstreicht, wie wichtig klare Kriterien im Zusammenhang mit der Verringerung der Personalstärke von Friedenssicherungsmissionen sind, und betont, wie wichtig es ist, in diese Kriterien für die einschlägigen Missionen Fortschrittsindikatoren über den Schutz von Zivilpersonen aufzunehmen.

Der Rat ist sich der Notwendigkeit bewusst, die Fortschritte beim Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten systematisch zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten. Der Rat ersucht ferner den Generalsekretär erneut, für die Frie-

[198] *Official Records of the General Assembly, Sixty-fourth Session, Supplement No. 19* (A/64/19).

denssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen Leitlinien zur Berichterstattung über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten zu erarbeiten. Der Rat ersucht den Generalsekretär erneut, in seine Berichte über landesspezifische Situationen umfassendere und detailliertere Informationen über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten aufzunehmen.

Der Rat weist auf die Praxis des Sekretariats-Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten hin, die Mitglieder des Rates im Namen der humanitären Organisationen der Vereinten Nationen zu unterrichten.

Der Rat nimmt Kenntnis von dem Montreux-Dokument über einschlägige völkerrechtliche Verpflichtungen und Gute Praktiken für Staaten im Zusammenhang mit dem Einsatz privater Militär- und Sicherheitsunternehmen in bewaffneten Konflikten[199].

Der Rat hebt hervor, dass alle von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Zivilpersonen, einschließlich derjenigen, die infolge von Handlungen, die nach dem Völkerrecht rechtmäßig sind, Schaden erleiden, aufgrund der ihnen als Menschen innewohnenden Würde Hilfe und Anerkennung verdienen.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, seinen nächsten Bericht über den Schutz von Zivilpersonen bis Mai 2012 vorzulegen.

Anlage

Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten

Aide-mémoire

für die Behandlung von Fragen des Schutzes von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten

Die Verbesserung des Schutzes von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit des Sicherheitsrats zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit. Um dem Rat die Behandlung von Anliegen betreffend den Schutz von Zivilpersonen innerhalb eines bestimmten Kontexts, insbesondere anlässlich der Erteilung oder Verlängerung von Friedenssicherungsmandaten, zu erleichtern, schlugen die Ratsmitglieder im Juni 2001 vor, in Zusammenarbeit mit dem Rat ein Aide-mémoire auszuarbeiten, in dem die relevanten Fragen aufgeführt sind[200]. Am 15. März 2002 verabschiedete der Rat das Aide-mémoire als praktische Leitlinie für seine Behandlung von Fragen des Schutzes von Zivilpersonen und kam überein, seinen Inhalt in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und zu aktualisieren[201]. Das Aide-mémoire wurde später aktualisiert und als Anlage zu der Erklärung des Präsidenten vom 15. Dezember 2003[202] verabschiedet.

Das vorliegende Dokument ist die vierte Auflage des Aide-mémoire und beruht auf den früheren Beratungen des Rates über den Schutz von Zivilpersonen, namentlich auf den Resolutionen 1265 (1999), 1296 (2000), 1674 (2006), 1738 (2006) und 1894 (2009). Das Dokument ist das Ergebnis von Konsultationen zwischen dem Rat und dem Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten sowie zwischen dem Amt und den zuständigen Hauptabteilungen und Organisationen der Vereinten Nationen sowie anderen maßgeblichen humanitären Organisationen.

[199] Siehe S/2008/636, Anlage.

[200] Siehe S/2001/614.

[201] Siehe S/PRST/2002/6.

[202] S/PRST/2003/27.

Das Aide-mémoire soll dem Rat die Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten erleichtern. Zu diesem Zweck werden darin die Hauptziele des Tätigwerdens des Rates hervorgehoben und auf der Grundlage der bisherigen Praxis des Rates konkrete zu erwägende Fragen im Hinblick auf die Verwirklichung dieser Ziele vorgeschlagen, und im Addendum findet sich eine Auswahl von vereinbarten Formulierungen aus Resolutionen des Rates und Erklärungen seines Präsidenten, die sich auf diese Anliegen beziehen.

Da jedes Friedenssicherungsmandat nach den Umständen des Einzelfalls auszuarbeiten ist, ist das Aide-mémoire nicht als Handlungskonzept gedacht. Die Relevanz und Praktikabilität der verschiedenen beschriebenen Maßnahmen muss unter Berücksichtigung der konkreten Umstände der jeweiligen Situation geprüft und an diese angepasst werden.

Zivilpersonen finden sich meist dann in der größten Bedrängnis, wenn noch kein Friedenssicherungseinsatz eingerichtet wurde. Solche Situationen erfordern eventuell die vordringliche Aufmerksamkeit des Rates. Dieses Aide-mémoire kann daher auch als Leitfaden für Fälle dienen, in denen der Rat unter Umständen Maßnahmen außerhalb des Rahmens eines Friedenssicherungseinsatzes erwägen könnte.

I. Allgemeine Schutzanliegen betreffend die von einem Konflikt betroffene Bevölkerung

A. Schutz und Hilfe für die von einem Konflikt betroffene Bevölkerung

Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sollen die notwendigen Maßnahmen zum Schutz und zur Deckung der Grundbedürfnisse der von dem Konflikt betroffenen Bevölkerung ergreifen.

Zu erwägende Fragen:

– betonen, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien für die Achtung, den Schutz und die Deckung der Grundbedürfnisse der ihrer effektiven Kontrolle unterstehenden Zivilbevölkerung verantwortlich sind;

– Gewalt- oder Missbrauchshandlungen, die unter Verstoß gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen gegen Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts begangen werden, verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern;

– fordern, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen strikt einhalten, namentlich in Bezug auf

  - das Verbot von Angriffen auf das Leben und die Person, namentlich Tötung, Verstümmelung, grausame Behandlung und Folterung, Verschwindenlassen, Beeinträchtigung der persönlichen Würde, Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Nötigung zur Prostitution, erzwungene Schwangerschaft, Zwangssterilisation oder jede andere Form sexueller Gewalt;

  - das Verbot von willkürlicher Freiheitsentziehung, körperlicher Bestrafung, Kollektivstrafen und von Verurteilungen und Hinrichtungen ohne vorhergehendes Urteil eines ordentlich bestellten Gerichts, das die allgemein als unerlässlich anerkannten Rechtsgarantien bietet;

  - das Verbot der Geiselnahme;

- das Verbot der Anordnung der Verlegung der Zivilbevölkerung aus Gründen im Zusammenhang mit dem Konflikt, sofern dies nicht im Hinblick auf die Sicherheit der betreffenden Zivilpersonen oder aus zwingenden militärischen Gründen geboten ist;
- das Verbot der Einziehung oder des aktiven Einsatzes von Kindern in Feindseligkeiten durch die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht;
- das Verbot von Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Erscheinungsformen sowie von unentlohnter oder unter missbräuchlichen Bedingungen geleisteter Zwangsarbeit;
- das Verbot der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen, wie sie nach dem humanitären Völkerrecht vorgesehen sind;
- das Verbot der Verfolgung aus politischen, religiösen, rassischen oder geschlechtsspezifischen Gründen;
- das Verbot jeder benachteiligenden Unterscheidung bei der Anwendung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion oder Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status;
- die Verpflichtung, Verwundete und Kranke, gleichviel welcher Partei sie angehören, zu schonen und zu schützen, insbesondere nach einem Gefecht alle durchführbaren Maßnahmen zu treffen, um die Verwundeten und Kranken zu suchen und zu bergen und ihnen so umfassend und so schnell wie möglich die für ihren Zustand erforderliche medizinische Pflege und Betreuung zu gewähren und aus anderen als medizinischen Gründen keinen Unterschied zwischen ihnen zu machen;

– alle Parteien auffordern, den Zugang der einschlägigen Organisationen nach Bedarf zu allen Gefängnissen und Hafteinrichtungen zu gewährleisten;

– Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen soweit angezeigt und je nach den Umständen des Einzelfalls das Mandat erteilen, zum Schutz der Zivilbevölkerung beizutragen, insbesondere wenn dieser innerhalb ihres Einsatzgebiets unmittelbar körperliche Gewalt droht. In diesem Zuge um Folgendes ersuchen:

  - die vorrangige Berücksichtigung des Schutzes von Zivilpersonen bei Beschlüssen über den Einsatz der verfügbaren Fähigkeiten und Ressourcen, namentlich der Informations- und nachrichtendienstlichen Ressourcen, bei der Erfüllung der Mandate;
  - die Aufstellung klarer Leitlinien/Richtlinien bezüglich dessen, was die Missionen zum Schutz von Zivilpersonen tun können, einschließlich praktischer Schutzmaßnahmen wie verstärkte und systematische Patrouillen in potenziell instabilen Gebieten, gemeinsame Schutzteams oder Frühwarnzellen;
  - die systematische Abstimmung zwischen dem zivilen und dem militärischen Anteil der Mission und mit den humanitären Akteuren, um den Sachverstand auf dem Gebiet des Schutzes von Zivilpersonen zu konsolidieren;

  - die Kommunikation der Missionen mit der Zivilbevölkerung, um ihr Mandat und ihre Tätigkeiten besser bekannt zu machen und das Verständnis dafür zu erhöhen und zuverlässige Informationen über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen, die an Zivilpersonen begangen wurden, zu sammeln;

– die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen ersuchen, in Abstimmung mit den Landesteams der Vereinten Nationen und anderen maßgeblichen Akteuren umfassende Schutzstrategien zu entwickeln;

– darum ersuchen, dass in die Berichte des Generalsekretärs über landesspezifische Situationen Informationen über den Schutz von Zivilpersonen aufgenommen werden;

– die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen ersuchen, Kriterien und Fortschrittsindikatoren für den Schutz von Zivilpersonen zu erarbeiten, um konkrete Entwicklungen bei der Durchführung ihrer Schutzmandate zu messen;

– die truppen- und polizeistellenden Länder ersuchen, für geeignete Schulungsmaßnahmen zu sorgen, um im Hinblick auf Schutzfragen das Problembewusstsein und die Reaktionsfähigkeit ihres Personals zu stärken, das an Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen teilnimmt, die vom Sicherheitsrat zum Schutz von Zivilpersonen genehmigt wurden;

– die zuständigen regionalen und/oder subregionalen Organe nachdrücklich auffordern, Politiken, Aktivitäten und Kampagnen zugunsten der von bewaffneten Konflikten betroffenen Zivilpersonen auszuarbeiten und durchzuführen.

B. Vertreibung

Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien und anderen maßgeblichen Akteure sollen eine Vertreibung der Zivilbevölkerung unterlassen und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um eine solche Vertreibung zu verhindern oder auf sie zu reagieren.

Zu erwägende Fragen:

– unter Verstoß gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen begangene Vertreibungen verurteilen und ihre sofortige Beendigung fordern;

– verlangen, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien das anwendbare humanitäre Völkerrecht, die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen und das anwendbare Flüchtlingsvölkerrecht strikt einhalten, namentlich im Hinblick auf

  - das Verbot der Vertreibung, zwangsweisen Überführung oder Verlegung der Zivilbevölkerung, ganz oder teilweise, sofern dies nicht im Hinblick auf die Sicherheit der betreffenden Zivilpersonen oder aus zwingenden militärischen Gründen geboten ist;

  - die Verpflichtung, im Falle der Verlegung so weit wie praktisch möglich sicherzustellen, dass die betreffenden Zivilpersonen am Aufnahmeort befriedigende Bedingungen in Bezug auf Unterbringung, Hygiene, Gesundheit, Sicherheit und Ernährung vorfinden, dass Mitglieder derselben Familie nicht voneinander getrennt werden und dass die Grundbedürfnisse während der Verlegung gedeckt werden;

- das Recht auf Freizügigkeit und das Recht, sein Land zu verlassen und Asyl zu suchen;
- das Recht auf Nichtzurückweisung nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge[203], dessen Schutz sich nicht auf Personen erstreckt, bei denen ernsthafter Grund zur Annahme besteht, dass sie sich Handlungen schuldig gemacht haben, die den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwiderlaufen;

– die Hauptverantwortung der Staaten für die Achtung und Gewährleistung der Sicherheit und des zivilen Charakters der Lager für Flüchtlinge und Binnenvertriebene hervorheben, insbesondere für die Entwaffnung bewaffneter Elemente, die Trennung der Kombattanten, die Eindämmung des Zustroms von Kleinwaffen in die Lager und die Verhinderung der Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen in den Lagern und ihrer Umgebung;

– Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen das Mandat erteilen, alle durchführbaren Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit in diesen Lagern und ihrer Umgebung sowie die Sicherheit ihrer Bewohner zu gewährleisten;

– darum ersuchen, dass in den Berichten des Generalsekretärs über landesspezifische Situationen der Schutz von Binnenvertriebenen konkret behandelt wird;

– die zuständigen regionalen und/oder subregionalen Organe nachdrücklich auffordern, Politiken, Aktivitäten und Kampagnen zugunsten von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen auszuarbeiten und durchzuführen.

Dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge und Binnenvertriebene, namentlich sichere, freiwillige und würdevolle Rückkehr und Wiedereingliederung

Zu erwägende Fragen:

– verlangen, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien das anwendbare humanitäre Völkerrecht und Flüchtlingsvölkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen strikt einhalten, namentlich im Hinblick auf

- die Achtung des Rechts der Flüchtlinge und Vertriebenen auf eine freiwillige Rückkehr in Sicherheit und Würde in ihre Heimat;
- die Achtung der Eigentumsrechte der Flüchtlinge und Vertriebenen ohne benachteiligende Unterscheidung aufgrund des Geschlechts, des Alters oder des sonstigen Status;

– in den einschlägigen Resolutionen betonen, wie wichtig es ist, dauerhafte Lösungen für die Flüchtlinge und Vertriebenen herbeizuführen, namentlich ihre freiwillige, sichere und würdevolle Rückkehr, und ihre volle Mitwirkung an der Planung und Umsetzung dieser Lösungen zu gewährleisten; alle beteiligten Parteien auffordern, Bedingungen zu schaffen, die die freiwillige, sichere, würdevolle und dauerhafte Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen, ihre Integration vor Ort oder ihre Neuansiedlung begünstigen;

– alle beteiligten Parteien auffordern, dafür zu sorgen, dass zurückkehrende Flüchtlinge und Binnenvertriebene nicht diskriminierend behandelt werden;

[203] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 189, Nr. 2545. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1953 II S. 559; LGBl. 1956 Nr. 15; öBGBl. Nr. 55/1955; AS 1955 443.

– alle beteiligten Parteien auffordern, die Beteiligung der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen an allen Friedensprozessen, Friedensabkommen sowie Wiederherstellungs- und Wiederaufbauplänen und -programmen nach Konflikten und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse, insbesondere ihres Rechts auf freiwillige, sichere und würdevolle Rückkehr und Wiedereingliederung, sicherzustellen;

– Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und andere vom Sicherheitsrat genehmigte einschlägige Missionen ermutigen, soweit angezeigt und je nach den Umständen des Einzelfalls, innerstaatliche Mechanismen zur Behandlung von Wohnungs-, Land- und Eigentumsfragen beziehungsweise ihre Einsetzung durch innerstaatliche Behörden zu unterstützen;

– Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und andere vom Sicherheitsrat genehmigte einschlägige Missionen ermutigen, soweit angezeigt und je nach den Umständen des Einzelfalls, die widerrechtliche Aneignung und Beschlagnahme von Land und Vermögenswerten, die Flüchtlingen und Binnenvertriebenen gehören, zu verhindern und den Schutz zurückkehrender Flüchtlinge und Binnenvertriebener sicherzustellen.

C. Zugang für humanitäre Hilfe und Sicherheit der humanitären Helfer

Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sollen unparteiischen humanitären Hilfseinsätzen zustimmen und sie erleichtern sowie den schnellen und ungehinderten Durchlass von Hilfssendungen, -ausrüstungen und -personal genehmigen und erleichtern.

Zu erwägende Fragen:

– gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht verstoßende Behinderungen des Zugangs für humanitäre Hilfe verurteilen und ihre sofortige Aufhebung fordern;

– die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien zur strikten Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts auffordern, namentlich im Hinblick auf

  • das Verbot des Aushungerns von Zivilpersonen als Methode der Kriegführung durch das Vorenthalten der für sie lebensnotwendigen Gegenstände, einschließlich der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen, wie sie nach dem anwendbaren humanitären Völkerrecht vorgesehen sind;

  • die Zustimmung zur Durchführung unparteiischer humanitärer Hilfsaktionen ohne jede nachteilige Unterscheidung;

– fordern, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien und Drittstaaten ihre Verpflichtungen nach dem anwendbaren humanitären Völkerrecht strikt einhalten und den schnellen und ungehinderten Durchlass von Hilfssendungen, -ausrüstungen und -personal genehmigen und erleichtern, vorbehaltlich ihres Rechts, die technischen Einzelheiten für einen solchen Durchlass, einschließlich einer Durchsuchung, festzulegen;

– Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen das Mandat erteilen, soweit angezeigt und auf Ersuchen die Bereitstellung humanitärer Hilfe zu erleichtern.

Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sollen humanitäre Helfer und Einrichtungen schonen und schützen.

Zu erwägende Fragen:

– vorsätzliche Angriffe auf humanitäre Helfer verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern;

– die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien zur strikten Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts auffordern, insbesondere der Verpflichtung, Hilfspersonal sowie Einrichtungen, Material, Einheiten und Fahrzeuge, die an humanitären Maßnahmen beteiligt sind, zu schonen und zu schützen;

– Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen das Mandat erteilen, auf Ersuchen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Schaffung der erforderlichen Sicherheitsbedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe beizutragen;

– dem Generalsekretär nahelegen, die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrats auf Situationen zu lenken, in denen infolge von Gewalt gegen humanitäres Personal und humanitäre Einrichtungen humanitäre Hilfe vorenthalten wird;

– die Staaten ersuchen, Schlüsselbestimmungen des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal[204] und des dazugehörigen Fakultativprotokolls[205], wie diejenigen, welche die Verhütung von Angriffen auf Mitglieder von Einsätzen der Vereinten Nationen, die Unterstrafestellung solcher Angriffe und die Strafverfolgung oder Auslieferung der Täter betreffen, in die künftig mit den Vereinten Nationen auszuhandelnden und erforderlichenfalls in die bereits bestehenden Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen, über die Rechtsstellung der Mission und Gastlandabkommen aufzunehmen.

D. Führung von Feindseligkeiten

Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sollen alle praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen treffen, damit Zivilpersonen von den Auswirkungen von Feindseligkeiten verschont bleiben.

Zu erwägende Fragen:

– alle Gewalt- oder Missbrauchshandlungen gegen Zivilpersonen, die unter Verstoß gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen begangen werden, verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern;

– die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien zur strikten Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts auffordern, namentlich des Verbots

  - von Angriffen auf die Zivilbevölkerung oder auf einzelne Zivilpersonen, die an den Feindseligkeiten nicht unmittelbar teilnehmen;

  - von Angriffen auf zivile Objekte;

[204] Ebd., Vol. 2051, Nr. 35457. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1997 II S. 230; LGBl. 2001 Nr. 4; öBGBl. III Nr. 180/2000; AS 2007 6919.

[205] Resolution 60/42 der Generalversammlung, Anlage. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2007 II S. 1306; öBGBl. III Nr. 84/2010; AS 2010 3449.

- von unterschiedslosen Angriffen, das heißt Angriffen, die militärische Ziele und Zivilpersonen oder zivile Objekte unterschiedslos treffen können;
- von Angriffen, bei denen damit zu rechnen ist, dass sie auch Verluste an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte oder mehrere derartige Folgen zusammen verursachen, die in keinem Verhältnis zum erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen;
- von Angriffen auf Personal, Einrichtungen, Material, Einheiten oder Fahrzeuge, die an einer humanitären Hilfsmission oder friedenserhaltenden Mission in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen beteiligt sind, solange sie Anspruch auf den Schutz haben, der Zivilpersonen oder zivilen Objekten nach dem humanitären Völkerrecht gewährt wird;
- der Benutzung der Anwesenheit einer Zivilperson oder einer anderen geschützten Person, um Kriegshandlungen von bestimmten Punkten, Gebieten oder Streitkräften fernzuhalten;
- von Vergewaltigung und anderen Formen sexueller Gewalt;
- von Angriffen auf Gebäude, die dem Gottesdienst, der Erziehung, der Kunst, der Wissenschaft oder der Wohltätigkeit gewidmet sind, auf geschichtliche Denkmäler, Krankenhäuser und Sammelplätze für Kranke und Verwundete, sofern es nicht militärische Ziele sind;
- von Angriffen auf Gebäude, Material, Sanitätseinheiten, Sanitätstransportmittel und Personal, die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht mit den Schutzzeichen der Genfer Abkommen[206] versehen sind;
- der Zerstörung oder Beschlagnahme gegnerischen Eigentums, sofern dies nicht durch militärische Erfordernisse geboten ist;
- des Aushungerns von Zivilpersonen als Methode der Kriegführung durch das Vorenthalten der für sie lebensnotwendigen Gegenstände, einschließlich der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen, wie sie nach dem anwendbaren humanitären Völkerrecht vorgesehen sind;

– darum ersuchen, dass die Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und die anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen regelmäßig über die konkreten Maßnahmen, die zur Gewährleistung des Schutzes der Zivilbevölkerung bei der Führung von Feindseligkeiten getroffen wurden, und über die Maßnahmen zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für Verstöße gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht Bericht erstatten.

E. Kleinwaffen und leichte Waffen, Minen und explosive Kampfmittelrückstände

Schutz der Zivilbevölkerung durch die Kontrolle unerlaubter Kleinwaffen und leichter Waffen und Herabsetzung ihrer Verfügbarkeit

Zu erwägende Fragen:

– Besorgnis darüber zum Ausdruck bringen, dass die Verbreitung von Waffen, insbesondere Kleinwaffen, die Sicherheit von Zivilpersonen beeinträchtigt, in-

[206] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970–973. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1954 II S. 781; LGBl. 1989 Nr. 18-21; öBGBl. Nr. 155/1953; AS 1951 181 207 228 300.

dem sie den bewaffneten Konflikt anheizt, und die Mission ersuchen, das Vorhandensein von Waffen unter der Zivilbevölkerung zu überwachen;

– die Staaten und die regionalen und subregionalen Organisationen ersuchen, Maßnahmen zur Eindämmung und Reduzierung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen zu beschließen, wie die freiwillige Einsammlung und Vernichtung, die wirksame Verwaltung der Lagerbestände, Waffenembargos, Sanktionen sowie rechtliche Maßnahmen gegen Unternehmen, Einzelpersonen und Institutionen, die an derartigen Aktivitäten beteiligt sind;

– zur stärkeren praktischen Zusammenarbeit zwischen Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen ermutigen, mit dem Ziel, die grenzüberschreitende Bewegung von Kleinwaffen und leichten Waffen zu überwachen und zu verhindern;

– Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen das Mandat erteilen, unerlaubte und/oder überschüssige Kleinwaffen und leichte Waffen sowie überschüssige Munitionsbestände einzusammeln und zu vernichten beziehungsweise zu sichern;

– die Verhängung von Waffenembargos und anderen Maßnahmen zur Verhinderung des Verkaufs oder der Lieferung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial jeder Art an die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die gegen das anwendbare Völkerrecht verstoßen, erwägen;

– zur stärkeren praktischen Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Sanktions-Überwachungsgruppen des Sicherheitsrats, den Friedenssicherungsmissionen und anderen vom Rat genehmigten einschlägigen Missionen und den Staaten ermutigen;

– darum ersuchen, dass in Situationen, in denen ein Waffenembargo der Vereinten Nationen mit Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen zusammenfällt, ein Ausgangsverzeichnis der Waffenbestände erstellt und Waffenkennzeichnungs- und -registrierungssysteme eingerichtet werden.

Schutz der Zivilbevölkerung durch die Kennzeichnung, Räumung, Beseitigung oder Zerstörung von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen, einschließlich Streumunitionsrückständen

Zu erwägende Fragen:

– die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, nach Beendigung der aktiven Feindseligkeiten und so bald wie praktisch möglich die Minen und explosiven Kampfmittelrückstände in den betroffenen Gebieten unter ihrer Kontrolle zu kennzeichnen, zu räumen, zu beseitigen oder zu zerstören und dabei diejenigen von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen betroffenen Gebiete vorrangig zu behandeln, welche als schwerwiegende humanitäre Gefahr bewertet werden;

– die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, Informationen über den Einsatz von Minen und explosiven Kampfmitteln oder die Aufgabe von explosiven Kampfmitteln aufzuzeichnen und aufzubewahren, die zügige Kennzeichnung und Räumung, Beseitigung oder Zerstörung von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen und die Aufklärung über Gefahren zu erleichtern und der Partei, die die Kontrolle über das Gebiet ausübt, und der Zivilbevölkerung in diesem Gebiet einschlägige Informationen bereitzustellen;

– die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, alle praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen in von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen betroffenem Gebiet unter ihrer Kontrolle zu ergreifen, um die Zivilbevölkerung, insbesondere Kinder, zu schützen, namentlich durch Warnungen, Aufklärung über Gefahren, Kennzeichnung, Absperrung und Überwachung des von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen betroffenen Gebiets;

– die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und andere vom Sicherheitsrat genehmigte einschlägige Missionen sowie humanitäre Organisationen vor den Wirkungen von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen zu schützen und Informationen über die Lage der Minen und explosiven Kampfmittelrückstände zur Verfügung zu stellen, die ihnen in dem Gebiet, in dem die Mission/Organisationen tätig sind oder sein werden, bekannt sind;

– die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die Staaten und die sonstigen zuständigen Akteure auffordern, Hilfe technischer, finanzieller, materieller oder personeller Art zu leisten, um die Kennzeichnung, Räumung, Beseitigung oder Zerstörung von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen zu erleichtern;

– die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die Staaten und die sonstigen zuständigen Akteure auffordern, Hilfe bei der Betreuung und Rehabilitation sowie der wirtschaftlichen und sozialen Wiedereingliederung der Opfer explosiver Kampfmittelrückstände sowie ihrer Familienangehörigen und Gemeinwesen zu leisten.

F. Rechtseinhaltung, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit

Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der geltenden internationalen Menschenrechtsnormen durch die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien

Zu erwägende Fragen:

– die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, geeignete Maßnahmen zur Achtung und zur Gewährleistung der Achtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen zu ergreifen, insbesondere durch

  - die Anwendung geeigneter militärischer Disziplinarmaßnahmen und die Achtung des Grundsatzes der Verantwortlichkeit der Befehlshaber;

  - die Schulung von Soldaten bezüglich des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen;

  - die Überprüfung der Angehörigen der Streit- und Sicherheitskräfte, um den verlässlichen Nachweis ihrer Nichtbeteiligung an Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht oder die internationalen Menschenrechtsnormen sicherzustellen;

– die Anwendung gezielter und abgestufter Maßnahmen gegen die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien erwägen, die Verstöße gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen begehen;

– betonen, dass die Unterstützung der von den nationalen Streitkräften geleiteten Militäroperationen durch die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen unter der strikten Voraussetzung erfolgt, dass diese Streitkräfte das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschen-

rechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht einhalten und dass diese Operationen gemeinsam geplant werden;

– die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen auffordern, bei den nationalen Streitkräften zu intervenieren, wenn Elemente derselben, die von der Mission Unterstützung erhalten, der Begehung von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht verdächtigt werden, und im Falle des Fortbestehens dieser Situation die Unterstützung der Mission zu entziehen;

– die Mission ersuchen, den Streitkräften eine militärische Ausbildung zu gewähren, namentlich auf dem Gebiet der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts, des Kinderschutzes und der Verhütung von geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt.

Rechenschaftspflicht von Personen, die verdächtigt werden, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder schwere Verletzungen von Menschenrechtsnormen begangen zu haben

Zu erwägende Fragen:

– betonen, dass der Straflosigkeit für kriminelle Verstöße gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen im Rahmen eines umfassenden Ansatzes zur Herbeiführung von dauerhaftem Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit und nationaler Aussöhnung ein Ende gesetzt werden muss;

– die Staaten auffordern, ihrer Verpflichtung nachzukommen, gegen Personen, die verdächtigt werden, Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere schwere Verletzungen von Menschenrechtsnormen begangen zu haben, zu ermitteln, sie zu suchen, strafrechtlich zu verfolgen oder auszuliefern;

– betonen, dass Amnestien für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder andere schwere Verletzungen der Menschenrechte in Konfliktbeilegungsprozessen ausgeschlossen werden müssen, in jeder Form zu verwerfen sind und in keiner Weise gebilligt werden dürfen, und sicherstellen, dass eine bereits gewährte derartige Amnestie der Strafverfolgung durch einen von den Vereinten Nationen eingesetzten oder unterstützten Gerichtshof nicht entgegensteht;

– Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen das Mandat erteilen, in Zusammenarbeit mit den betreffenden Staaten wirksame Vorkehrungen für die Ermittlung und Strafverfolgung bei Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht oder anderen schweren Verletzungen von Menschenrechtsnormen zu fördern;

– darum ersuchen, dass die Staaten, die Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und die anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen bei der Festnahme und Auslieferung mutmaßlicher Urheber von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder anderen schweren Verletzungen von Menschenrechtsnormen zusammenarbeiten;

– erwägen, in Situationen, in denen örtliche Rechtsprechungsmechanismen überfordert sind, auf nationaler oder internationaler Ebene Ad-hoc-Rechtsprechungsmechanismen einzurichten, die bei Kriegsverbrechen und schweren Verletzungen der Menschenrechte Ermittlungen und eine Strafverfolgung durchführen;

– erwägen, Situationen, die mit Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen verbunden sind, dem Internationalen Strafgerichtshof zu unterbreiten.

Schutz von Zivilpersonen durch die Wiederherstellung und Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit, Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramme und Reformen des Sicherheitssektors

Zu erwägende Fragen:

– die Staaten auffordern, den gleichen Schutz durch das Gesetz und den gleichen Zugang zur Justiz für Opfer von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, insbesondere für Frauen und Kinder, zu gewährleisten und die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes von Opfern und Zeugen zu treffen;

– Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen das Mandat erteilen, die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen, insbesondere durch die Gewährung von Hilfe bei der Überwachung, Neugliederung und Reform des Justizsektors;

– um die schnelle Verlegung qualifizierter und gut ausgebildeter internationaler Zivilpolizei-, Justiz- und Strafvollzugsexperten als Komponente von Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen ersuchen;

– die Staaten und die regionalen und subregionalen Organisationen dazu auffordern, technische Hilfe für die örtliche Polizei und Rechtsprechung und die Vollzugsanstalten vor Ort zu leisten (z.B. fachliche Betreuung und Formulierung von Gesetzesvorlagen);

– betonen, wie wichtig es ist, ehemalige Kombattanten der inländischen und ausländischen bewaffneten Gruppen dauerhaft zu entwaffnen, zu demobilisieren und wiedereinzugliedern und den Opfern in von einem Konflikt betroffenen Gemeinschaften zu helfen;

– betonen, wie wichtig die Reform des Sicherheitssektors ist, und alle internationalen Partner nachdrücklich auffordern, die Anstrengungen zu unterstützen, die unternommen werden, um die nationalen Sicherheitskräfte und die Polizei zu professionalisieren und der zivilen Aufsicht zu unterstellen.

Vertrauensbildung und Stärkung der Stabilität durch die Förderung von Mechanismen zur Wahrheitsfindung und Aussöhnung

Zu erwägende Fragen:

– das Mandat erteilen, geeignete, an die lokalen Gegebenheiten angepasste Mechanismen zur Wahrheitsfindung und Aussöhnung (z.B. technische Hilfe, Finanzierung, Wiedereingliederung von Zivilpersonen in die Gemeinschaft) einzurichten;

– gegebenenfalls den Generalsekretär ersuchen, bei Situationen, die mit Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder schweren Verletzungen von Menschenrechtsnormen verbunden sind, Untersuchungskommissionen einzurichten und ähnliche Maßnahmen zu treffen.

G. Medien und Information

Schutz von Journalisten, sonstigen Medienangehörigen und ihren Mitarbeitern

Zu erwägende Fragen:

– Angriffe auf Journalisten, sonstige Medienangehörige und ihre Mitarbeiter, die in Situationen bewaffneten Konflikts tätig sind, verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern;

– die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, das anwendbare humanitäre Völkerrecht einzuhalten und den zivilen Status von Journalisten, sonstigen Medienangehörigen und ihren Mitarbeitern sowie ihrer Ausrüstung und Einrichtungen zu achten;

– verlangen, dass die Staaten alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um diejenigen, die für Angriffe auf Journalisten, sonstige Medienangehörige und ihre Mitarbeiter unter Verstoß gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht verantwortlich sind, strafrechtlich zu verfolgen.

Vorgehen gegen zu Gewalt aufstachelnde Sprache

Zu erwägende Fragen:

– jede Aufstachelung zu Gewalt gegen Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern;

– verlangen, dass die Staaten Personen, die zu derartiger Gewalt aufstacheln oder sie anderweitig verursachen, vor Gericht stellen;

– gezielte und abgestufte Maßnahmen zur Reaktion auf Mediensendungen verhängen, die zu Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder anderen schweren Verletzungen von Menschenrechtsnormen aufstacheln;

– Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen das Mandat erteilen, die Einrichtung von Medienüberwachungsmechanismen zu fördern, um eine wirksame Überwachung, Berichterstattung und Dokumentation in Bezug auf alle Vorfälle, Ursprünge und Inhalte von ‚Hetzmedien' sicherzustellen.

Förderung und Unterstützung der Verbreitung zutreffender Informationen über den Konflikt

Zu erwägende Fragen:

– die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien nachdrücklich auffordern, die berufliche Unabhängigkeit von Journalisten, sonstigen Medienangehörigen und ihren Mitarbeitern zu achten;

– Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und andere vom Sicherheitsrat genehmigte einschlägige Missionen ermutigen, eine Komponente für Massenmedien einzurichten, die Informationen über das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen verbreiten und gleichzeitig objektiv über die Tätigkeit der Vereinten Nationen informieren kann;

– die zuständigen Akteure ersuchen, den Staaten technische Hilfe bei der Ausarbeitung und Durchsetzung von Rechtsvorschriften gegen Hetzsprache zu leisten.

II. Spezifische Schutzanliegen, die sich aus Beratungen des Sicherheitsrats über von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder ergeben

Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sollen die notwendigen Maßnahmen zur Deckung der konkreten Schutz-, Gesundheits-, Bildungs- und Hilfsbedürfnisse von Kindern ergreifen.

Zu erwägende Fragen:

– Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder in Situationen bewaffneten Konflikts verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern; dazu gehören insbesondere die Einziehung oder der aktive Einsatz von Kindern in Feindseligkeiten durch die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht, die Tötung oder Verstümmelung von Kindern, die Vergewaltigung und der sonstige schwere sexuelle Missbrauch von Kindern, die Entführung von Kindern, Angriffe auf Schulen oder Krankenhäuser und die Verweigerung des Zugangs humanitärer Hilfsorganisationen zu Kindern;

– verlangen, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen in Bezug auf von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder strikt einhalten;

– die maßgeblichen Parteien auffordern, in enger Zusammenarbeit mit den Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen, den Landesteams der Vereinten Nationen und dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte konkrete termingebundene Aktionspläne im Hinblick auf die Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern auszuarbeiten und umzusetzen;

– alle beteiligten Parteien zur Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte auffordern;

– in die Mandate der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer vom Sicherheitsrat genehmigter einschlägiger Missionen spezifische Bestimmungen zum Schutz von Kindern aufnehmen;

– darum ersuchen, dass in den Berichten des Generalsekretärs über landesspezifische Situationen der Schutz von Kindern als besonderer Aspekt behandelt wird;

– alle beteiligten Parteien auffordern, sicherzustellen, dass dem Schutz, den Rechten und dem Wohlergehen der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder in Friedensprozessen, Friedensabkommen sowie in den Wiederherstellungs- und Wiederaufbauplänen und -programmen nach dem Konflikt ausdrücklich Rechnung getragen wird, namentlich durch Maßnahmen der Familiensuche und Familienzusammenführung, die Rehabilitation und Wiedereingliederung der von ihren Familien getrennten Kinder und die Freilassung und Wiedereingliederung der mit bewaffneten Kräften und Gruppen verbundenen Kinder;

– die Staaten, Einrichtungen der Vereinten Nationen, regionalen und subregionalen Organisationen sowie die anderen beteiligten Parteien nachdrücklich auffordern, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um unerlaubte subregionale und grenzüberschreitende Aktivitäten, die für Kinder schädlich sind, und andere in bewaffneten Konflikten unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht verübte Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder zu bekämpfen;

– die zuständigen regionalen und/oder subregionalen Organe nachdrücklich auffordern, Politiken, Aktivitäten und Kampagnen zugunsten der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder auszuarbeiten und durchzuführen.

III. Spezifische Schutzanliegen, die sich aus Beratungen des Sicherheitsrats über von einem bewaffneten Konflikt betroffene Frauen ergeben

Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien und anderen maßgeblichen Akteure sollen sexuelle Gewalt unterlassen und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sexuelle Gewalt zu verhindern und dagegen vorzugehen.

Zu erwägende Fragen:

– sexuelle Gewalthandlungen, die im Rahmen eines bewaffneten Konflikts begangen werden und damit in Verbindung stehen, verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern;

– verlangen, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die Regeln des humanitären Völkerrechts und die internationalen Menschenrechtsnormen, die Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Nötigung zur Prostitution, erzwungene Schwangerschaft, Zwangssterilisation oder jede andere Form sexueller Gewalt verbieten, strikt einhalten;

– die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, geeignete Maßnahmen zu treffen, um alle Formen sexueller Gewalt zu unterlassen und zu verhindern und alle Personen davor zu schützen, insbesondere durch

  - die Anwendung geeigneter militärischer Disziplinarmaßnahmen und die Achtung des Grundsatzes der Verantwortlichkeit der Befehlshaber;
  - die Unterweisung von Soldaten in Bezug auf das kategorische Verbot aller Formen sexueller Gewalt;
  - die Widerlegung von Mythen, die sexuelle Gewalt fördern;
  - die Überprüfung der Angehörigen der Streit- und Sicherheitskräfte, um den verlässlichen Nachweis ihrer Nichtbeteiligung an der Begehung von Vergewaltigungen oder anderen Formen sexueller Gewalt sicherzustellen;
  - die Evakuierung von Zivilpersonen, die unmittelbar von sexueller Gewalt bedroht sind, an einen sicheren Ort;

– darum ersuchen, dass in den Berichten des Generalsekretärs über landesspezifische Situationen sexuelle Gewalt als besonderer Aspekt behandelt wird, einschließlich, soweit möglich, der Angabe von nach Geschlecht und Alter der Opfer aufgeschlüsselten Daten, und darum ersuchen, dass als Teil einer umfassenderen Strategie für den Schutz von Zivilpersonen missionsspezifische Strategien und Aktionspläne zur Verhinderung von sexueller Gewalt und für ein Vorgehen gegen solche Gewalt erarbeitet werden;

– die zuständigen regionalen und/oder subregionalen Organe nachdrücklich auffordern, Politiken, Aktivitäten und Kampagnen zugunsten der von sexueller Gewalt betroffenen Zivilpersonen auszuarbeiten und durchzuführen;

– die truppen- und polizeistellenden Länder ersuchen, mehr weibliche Friedenssicherungs- oder Polizeikräfte zu entsenden und dafür zu sorgen, dass ihr Personal, das an Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen teilnimmt, eine geeignete Schulung im Hinblick auf den Schutz von Zivilpersonen, namentlich Frauen und Kindern, und auf die Verhütung von sexueller Gewalt in Konflikt- und Postkonfliktsituationen erhält;

Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sollen die notwendigen Maßnahmen zur Deckung der spezifischen Schutz-, Gesundheits- und Hilfsbedürfnisse von Frauen und Mädchen ergreifen.

Zu erwägende Fragen:

– die in Situationen bewaffneten Konflikts begangenen Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Frauen und Mädchen verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern;

– verlangen, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen in Bezug auf den Schutz von Frauen und Mädchen, die von einem bewaffneten Konflikt betroffen sind, strikt einhalten;

– alle beteiligten Parteien auffordern, sicherzustellen, dass dem Schutz, den Rechten und dem Wohlergehen der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Frauen und Mädchen in allen Friedensprozessen, Friedensabkommen sowie in den Wiederherstellungs- und Wiederaufbauplänen und -programmen nach dem Konflikt ausdrücklich Rechnung getragen wird;

– in die Mandate der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer vom Sicherheitsrat genehmigter einschlägiger Missionen spezifische Bestimmungen zum Schutz von Frauen und Mädchen aufnehmen;

– darum ersuchen, dass in den Berichten des Generalsekretärs über landesspezifische Situationen der Schutz von Frauen und Mädchen als besonderer Aspekt behandelt wird;

– die zuständigen regionalen und/oder subregionalen Organe nachdrücklich auffordern, Politiken, Aktivitäten und Kampagnen zugunsten der von bewaffneten Konflikten betroffenen Frauen und Mädchen auszuarbeiten und durchzuführen.

Gleichberechtigte und volle Mitwirkung von Frauen an der Verhütung und Beilegung bewaffneter Konflikte

Zu erwägende Fragen:

– die Staaten, Institutionen der Vereinten Nationen, regionalen und subregionalen Organisationen sowie die anderen beteiligten Parteien nachdrücklich auffordern, dafür zu sorgen, dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind;

– alle an der Aushandlung und Umsetzung von Friedensabkommen beteiligten Akteure auffordern, eine Geschlechterperspektive einzunehmen, indem sie unter anderem Folgendes berücksichtigen:

  - die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen während der Rückführung und Neuansiedlung sowie bei der Rehabilitation, der Wiedereingliederung und dem Wiederaufbau nach Konflikten;

  - Maßnahmen zur Unterstützung lokaler Friedensinitiativen von Frauen und indigener Prozesse der Konfliktbeilegung sowie zur Beteiligung von Frauen an den Mechanismen zur Umsetzung von Friedensabkommen;

  - Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes und der Achtung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen, insbesondere im Zusammenhang mit der Verfassung, dem Wahlsystem, der Polizei und der Rechtssprechung;

– den Generalsekretär und seine Sondergesandten nachdrücklich auffordern, die Mitwirkung von Frauen an Erörterungen über die Verhütung und Beilegung von Konflikten, die Wahrung von Frieden und Sicherheit und die Friedenskonsolidierung nach Konflikten sicherzustellen, und alle an solchen Gesprächen beteiligten Parteien ermutigen, die gleichberechtigte und volle Mitwirkung der Frauen auf allen Entscheidungsebenen zu erleichtern;

– sicherstellen, dass bei Missionen des Sicherheitsrats die Geschlechterperspektive sowie die Rechte von Frauen und Mädchen berücksichtigt werden, namentlich durch Konsultationen mit lokalen wie auch internationalen Frauengruppen;

– die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auffordern, die Rolle, die Zahl und den Beitrag von Frauen bei den Operationen der Vereinten Nationen, insbesondere bei den Militärbeobachtern und der Zivilpolizei, zu stärken.

Sexuelle Ausbeutung und sexueller Missbrauch

Zu erwägende Fragen:

– die humanitären Organisationen und Entwicklungsorganisationen nachdrücklich auffordern, durch geeignete Maßnahmen, insbesondere einsatzvorbereitendes und im Einsatzgebiet stattfindendes Sensibilisierungstraining, zu verhindern, dass ihr Personal sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch begeht, und im Falle von Akteuren der Vereinten Nationen, einschließlich des Zivilpersonals der Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen, die Befolgung des Bulletins des Generalsekretärs über besondere Maßnahmen für den Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch[207] fördern und sicherstellen.

– die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auffordern, durch geeignete Maßnahmen zu verhindern, dass ihr Personal sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch begeht, insbesondere durch einsatzvorbereitendes beziehungsweise im Einsatzgebiet stattfindendes Sensibilisierungstraining, um die Befolgung des Bulletins des Generalsekretärs über besondere Maßnahmen für den Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch zu fördern und sicherzustellen.

– die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auffordern, sicherzustellen, dass das an sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird, und dem Generalsekretär über die getroffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten.

[207] ST/SGB/2003/13.

Addendum: Auswahl vereinbarter Formulierungen

I. ALLGEMEINE SCHUTZANLIEGEN BETREFFEND DIE VON EINEM KONFLIKT BETROFFENE BEVÖLKERUNG

A. Schutz und Hilfe für die von einem Konflikt betroffene Bevölkerung

Verstöße gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen verurteilen und ihre sofortige Beendigung fordern	weiter höchst besorgt über die humanitäre Lage und die Menschenrechtssituation in den von bewaffneten Konflikten betroffenen Gebieten, unter besonderer Verurteilung der gezielten Angriffe auf die Zivilbevölkerung, der weit verbreiteten sexuellen Gewalt, der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten und der außergerichtlichen Hinrichtungen	Resolution 1925 (2010), elfter Präambelabs.	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1925 (2010), Ziff. 18; 1923 (2010), vierter Präambelabs.; 1919 (2010), zwölfter Präambelabs. und Ziff. 4; 1910 (2010), Ziff. 16; 1906 (2009), sechster Präambelabs. und Ziff. 10; 1674 (2006), Ziff. 3, 11 und 26; 1574 (2004), Ziff. 11; 1556 (2004), achter Präambelabs.; 1493 (2003), Ziff. 8; 1468 (2003), Ziff. 2; und 1296 (2000), Ziff. 2 und 5.
	unter Verurteilung sämtlicher Verletzungen der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, betonend, dass alle Parteien in [dem betroffenen Land] für die uneingeschränkte Achtung ihrer diesbezüglichen Verpflichtungen und für die Ergreifung geeigneter Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kindern, verantwortlich sind	Resolution 1910 (2010), sechzehnter Präambelabs.	
	verlangt die Beendigung der Gewalt durch alle Seiten, der Angriffe auf Zivilpersonen, Friedenssicherungskräfte und humanitäre Helfer und der sonstigen Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht	Resolution 1828 (2008), Ziff. 11	
	bekräftigt ... seine nachdrückliche Verurteilung aller unter Verstoß gegen die geltenden internationalen Verpflichtungen verübten Gewalthandlungen und Übergriffe gegen Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts, insbesondere in Bezug auf i) Folter und andere verbotene Behandlung, ii) geschlechtsspezifische und sexuelle Gewalt, iii) Gewalt gegen Kinder, iv) die Einziehung und den Einsatz von Kindersoldaten, v) Menschenhandel, vi) Vertreibung und vii) die vorsätzliche Verweigerung humanitärer Hilfe, und verlangt, dass alle Parteien solchen Praktiken ein Ende setzen	Resolution 1674 (2006), Ziff. 5	
	unter Verurteilung aller Gewalthandlungen sowie Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch alle an der Krise beteiligten Parteien ..., einschließlich unterschiedsloser Angriffe auf Zivilpersonen, Vergewaltigungen, Vertreibungen und Gewalthandlungen, insbesondere solcher mit ethnischem Hintergrund, und mit dem Ausdruck seiner äußersten Besorgnis über die Folgen des Konflikts ... auf die Zivilbevölkerung, namentlich auf Frauen, Kinder, Binnenvertriebene und Flüchtlinge	Resolution 1556 (2004), achter Präambelabs.	

Zur Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der geltenden internationalen Menschenrechtsnormen auffordern	mit der Aufforderung an alle Parteien, ihren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen nachzukommen, betonend, dass diejenigen, die solche Verbrechen verüben, vor Gericht gestellt werden müssen, und die Regierung ... nachdrücklich auffordernd, ihren diesbezüglichen Verpflichtungen nachzukommen	Resolution 1935 (2010), zwölfter Präambelabs.	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1935 (2010), Ziff. 9; 1906 (2009), dritter Präambelabs. und Ziff. 11; 1891 (2009), achter Präambelabs.; 1860 (2009), dritter und vierter Präambelabs.; 1801 (2008), Ziff. 13; 1794 (2007), fünfter Präambelabs. und Ziff. 7; 1790 (2007), achtzehnter Präambelabs.; 1776 (2007), elfter Präambelabs.; 1674 (2006), Ziff. 6; 1574 (2004), Ziff. 11; 1564 (2004), zehnter Präambelabs; 1493 (2003), Ziff. 8; 307 (1971), Ziff. 3; und Erklärung des Präsidenten S/PRST/2004/46.
	betont, wie wichtig es ist, den Zugang der jeweils zuständigen Organisationen zu allen Gefängnissen und Hafteinrichtungen in [dem betroffenen Land] sicherzustellen, und fordert die volle Achtung des einschlägigen Völkerrechts, namentlich des humanitären Rechts und der Menschenrechtsnormen	Resolution 1917 (2010), Ziff. 21	
	betonend, dass die Regierung [des betroffenen Landes] die Hauptverantwortung dafür trägt, unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts die Sicherheit in ihrem Hoheitsgebiet zu gewährleisten und die Zivilbevölkerung zu schützen	Resolution 1906 (2009), dritter Präambelabs.	
	fordert die Staaten in der Region auf, sicherzustellen, dass Militäraktionen gegen bewaffnete Gruppen im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht durchgeführt werden, und angemessene Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen und zur Minderung der Auswirkungen der Militäraktionen auf die Zivilbevölkerung zu ergreifen, namentlich durch regelmäßige Kontakte mit der Zivilbevölkerung und ihre frühzeitige Warnung vor potenziellen Angriffen	Resolution 1906 (2009), Ziff. 17	
	ermutigt die ... Behörden [des betroffenen Landes], [die] Unterstützung [der Mission] in vollem Umfang zu nutzen, namentlich ... das Problem der langandauernden Untersuchungshaft und der Überbelegung der Gefängnisse anzugehen, unter besonderer Berücksichtigung von Kindern	Resolution 1892 (2009), Ziff. 15	
	mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die hohe Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung und mit der Aufforderung zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen sowie zur Durchführung aller geeigneten Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes der Zivilbevölkerung	Resolution 1890 (2009), fünfzehnter Präambelabs.	
	bekräftigend, dass alle Parteien auch weiterhin alle durchführbaren Schritte unternehmen und Modalitäten erarbeiten sollen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen, einschließlich Kindern, Frauen und Angehöriger religiöser und ethnischer Minderheitengruppen, zu gewährleisten	Resolution 1883 (2009), elfter Präambelabs.	
	mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass in dem andauernden Konflikt in [dem betroffenen Land] schwere Verbrechen, insbesondere Tötung und Verstümmelung, gegen Zivilpersonen und humanitäres Personal verübt worden sind, und bekräftigend, wie wichtig der Kampf gegen die Straflosigkeit ist	Resolution 1872 (2009), dreizehnter Präambelabs.	

	betont, dass alle Parteien und bewaffneten Gruppen in [dem betroffenen Land] gehalten sind, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung des Landes zu ergreifen, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht, insbesondere durch Vermeidung wahlloser oder übermäßiger Gewaltanwendung in bevölkerten Gebieten	Resolution 1863 (2009), Ziff. 19	
	Der Rat anerkennt die Bedürfnisse von Zivilpersonen, die unter ausländischer Besetzung stehen, und betont in dieser Hinsicht ... die Verantwortlichkeiten der Besatzungsmacht	Erklärung des Präsidenten S/PRST/2009/1	
	in großer Sorge über die bewaffneten Aktivitäten und das Banditenwesen [in der Region], die die Sicherheit der Zivilbevölkerung, die Durchführung der humanitären Einsätze in diesen Gebieten und die Stabilität dieser Länder gefährden und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zur Folge haben	Resolution 1861 (2009), vierter Präambelabs.	
Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer einschlägiger Missionen und Akteure	beschließt, dass [die Mission] ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution ... das folgende Mandat haben wird: ... *e*) Hilfe auf dem Gebiet der Menschenrechte – zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte in [dem betroffenen Land] beizutragen, mit besonderem Augenmerk auf Gewalt gegen Kinder und Frauen und allen Formen sexueller Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Recht zu überwachen, untersuchen zu helfen und zu melden, um der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, ... den Rat über alle Personen in Kenntnis zu setzen, die als Urheber schwerer Menschenrechtsverletzungen identifiziert wurden	Resolution 1933 (2010), Ziff. 16	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1935 (2010), Ziff. 2; 1906 (2009), Ziff. 5; 1828 (2008), Ziff. 7; 1794 (2007), Ziff. 2; 1778 (2007), Ziff. 1, 2 und 6; 1769 (2007), Ziff. 15; 1701 (2006), Ziff. 12; 1674 (2006), Ziff. 16; 1590 (2005), Ziff. 4; und 1565 (2004), Ziff. 4.
	betont, dass bei Beschlüssen über den Einsatz der verfügbaren Fähigkeiten und Mittel dem Schutz der Zivilbevölkerung Vorrang eingeräumt werden muss, und ermächtigt [die Mission], im Rahmen ihrer Kapazitäten und in den Gebieten, in denen ihre Einheiten im Einsatz sind, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um ihr ... Schutzmandat wahrzunehmen	Resolution 1925 (2010), Ziff. 11	
	beschließt, dass [die Mission] den folgenden, hier nach Prioritäten geordneten Auftrag haben wird: *Schutz von Zivilpersonen* *a*) den wirksamen Schutz von Zivilpersonen, einschließlich des humanitären Personals und der Menschenrechtsverteidiger, die unmittelbar von physischer Gewalt bedroht sind, insbesondere Gewalt, die von einer der an dem Konflikt beteiligten Parteien ausgeht, zu gewährleisten;	Resolution 1925 (2010), Ziff. 12	

b) den Schutz des Personals, der Einrichtungen, der Anlagen und der Ausrüstung der Vereinten Nationen zu gewährleisten;	
c) die Regierung [des betroffenen Landes] bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, den Schutz der Zivilpersonen vor Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und vor Menschenrechtsverletzungen, namentlich vor allen Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, zu gewährleisten, die Menschenrechte zu fördern und zu schützen und die Straflosigkeit zu bekämpfen, insbesondere durch die Umsetzung der Nulltoleranzpolitik der Regierung in Bezug auf Disziplinarvergehen, Verletzungen der Menschenrechte und Verstöße gegen das humanitäre Recht, die von Elementen der Sicherheitskräfte, insbesondere ihren neu integrierten Elementen, begangen werden	
fordert [die Mission] auf, Informationen über mögliche Bedrohungen der Zivilbevölkerung sowie verlässliche Informationen über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen zu sammeln und sie gegebenenfalls den Behörden zur Kenntnis zu bringen	Resolution 1925 (2010), Ziff. 17
unterstreicht, wie wichtig es ist, dass [die Mission] von ihren Befugnissen und Fähigkeiten ... in vollem Umfang Gebrauch macht, um die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung erhöhter Sicherheit für die Zivilbevölkerung, die Akteure im humanitären und im Entwicklungsbereich und das Personal der Vereinten Nationen, die unmittelbar von Gewalt bedroht sind, zu ergreifen, und betont, dass dieses Mandat ... den Schutz der Flüchtlinge, der Vertriebenen, der Rückkehrer und anderer Zivilpersonen im Hinblick auf die Aktivitäten von Milizen und bewaffneten Gruppen ... beinhaltet	Resolution 1919 (2010), Ziff. 4
bekräftigt seine Praxis, sicherzustellen, dass die Mandate der Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen, soweit angezeigt und je nach Fall, Bestimmungen über den Schutz von Zivilpersonen enthalten, betont, dass den mandatsmäßigen Schutztätigkeiten bei Beschlüssen über den Einsatz der vorhandenen Kapazitäten und Ressourcen, namentlich Informations- und nachrichtendienstlichen Ressourcen, bei der Erfüllung der Mandate Vorrang zukommen muss, und erkennt an, dass der mandatsmäßige Schutz von Zivilpersonen ein koordiniertes Vorgehen aller zuständigen Anteile der Mission erfordert	Resolution 1894 (2009), Ziff. 19
beschließt, dass [die Friedenssicherungsmission] das Mandat haben wird, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihres Einsatzgebiets [dem betroffenen Staat] dabei behilflich zu sein, ein stabiles Sicherheitsumfeld ... zu schaffen, und zu diesem Zweck:	Resolution 1756 (2007), Ziff. 2
Schutz der Zivilpersonen, des humanitären Personals sowie des Personals und der Einrichtungen der Vereinten Nationen	
a) den Schutz der Zivilpersonen, einschließlich der humanitären Helfer, die unmittelbar	

	von physischer Gewalt bedroht sind, zu gewährleisten; *b*) zur Verbesserung der Sicherheitsbedingungen für die Gewährung humanitärer Hilfe beizutragen und bei der freiwilligen Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen behilflich zu sein; *c*) den Schutz des Personals, der Einrichtungen, der Anlagen und der Ausrüstung der Vereinten Nationen zu gewährleisten; *d*) die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten; *e*) gemeinsame Patrouillen mit den Aufruhrbekämpfungseinheiten der Nationalpolizei durchzuführen, um im Falle innerer Unruhen die Sicherheit zu verbessern		
	erkennt die immer wertvollere Rolle an, die den Regionalorganisationen und anderen zwischenstaatlichen Einrichtungen beim Schutz von Zivilpersonen zukommt, und ermutigt den Generalsekretär und die Leiter der regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen, ihre Anstrengungen zur Stärkung ihrer Partnerschaft in dieser Hinsicht fortzusetzen	Resolution 1674 (2006), Ziff. 24	
	beschließt, dass die [Truppe der Regionalorganisation] ermächtigt ist, im Rahmen ihrer Mittel und Fähigkeiten alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem zwischen [der Regionalorganisation] und den Vereinten Nationen zu schließenden Abkommen die nachstehenden Aufgaben durchzuführen: ... *b*) in ihrem Einsatzgebiet und unbeschadet der Verantwortung [des betroffenen Staates] zum Schutz von Zivilpersonen beizutragen, denen unmittelbare physische Gewalt droht; ... *e*) Einsätze begrenzten Umfangs durchzuführen, mit dem Ziel, in Gefahr befindliche Einzelpersonen zu evakuieren	Resolution 1671 (2006), Ziff. 8	
Schutzstrategie und praktische Schutzmaßnahmen	ersucht [die Mission], in Absprache mit dem Landesteam der Vereinten Nationen eine umfassende Strategie für die Erreichung der in Ziffer 2 [Schutz von Zivilpersonen] genannten Ziele auszuarbeiten, und ersucht [die Mission], bei der Umsetzung dieser Strategie von [ihren] Fähigkeiten in [der betroffenen Region] größtmöglichen Gebrauch zu machen	Resolution 1935 (2010), Ziff. 4	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1933 (2010), Ziff. 16; 1919 (2010), Ziff. 6 und 10; 1894 (2009), Ziff. 9; 1794 (2007), Ziff. 18; und 1296 (2000), Ziff. 24.
	beschließt, dass [die Mission] den folgenden, hier nach Prioritäten geordneten Auftrag haben wird: *Schutz von Zivilpersonen* ... *f*) die systemweite Schutzstrategie der Vereinten Nationen in [dem betroffenen Land] anzuwenden, sie mit der Schutzstrategie [der Mission] auf der Grundlage bewährter Verfah-	Resolution 1925 (2010), Ziff. 12	

	ren umzusetzen und wirksame Schutzmaßnahmen auszuweiten, wie die Gemeinsamen Schutzteams, die sprachkundigen Verbindungsorgane zur lokalen Bevölkerung, die Gemeinsamen Ermittlungsgruppen, die Überwachungszentren und die Frauenschutzberater		
	ersucht [die Mission], auf bewährten Verfahren aufzubauen und die ... erfolgreich[en] Schutzmaßnahmen, insbesondere die Schaffung von [G]emeinsamen Schutzteams, Frühwarnzentren, Kommunikationsverbindungen mit örtlichen Dörfern und andere Maßnahmen, auf andere Gebiete auszuweiten	Resolution 1906 (2009), Ziff. 9	
	ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass alle einschlägigen Friedenssicherungsmissionen, die über ein Schutzmandat verfügen, in die Gesamtpläne zur Durchführung der Mission und in die Eventualpläne umfassende Schutzstrategien aufnehmen, die Bewertungen der möglichen Bedrohungen sowie Optionen für die Reaktion auf Krisen und die Risikominderung enthalten und Prioritäten, Maßnahmen und klare Rollen und Verantwortlichkeiten festlegen, unter der Leitung und Koordinierung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, unter voller Einbeziehung aller maßgeblichen Beteiligten und in Abstimmung mit den Landesteams der Vereinten Nationen	Resolution 1894 (2009), Ziff. 24	
	fordert [die Mission] auf, ihre Kapazitäten zur Konfliktbewältigung zu verstärken, indem sie so bald wie möglich ihre integrierte Strategie zur Unterstützung lokaler Stammesmechanismen zur Konfliktbeilegung fertigstellt, um Zivilpersonen den größtmöglichen Schutz zu bieten, begrüßt die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie zum Schutz von Zivilpersonen und legt [der Mission] nahe, ihre Arbeit an der Strategie rasch fortzusetzen und abzuschließen, und fordert [die Mission] erneut auf, in Übereinstimmung mit ihrem derzeitigen Mandat und ihren Fähigkeiten in Gebieten mit einem hohen Risiko örtlich begrenzter Konflikte proaktiv Patrouillen durchzuführen	Resolution 1870 (2009), Ziff. 15	
Berichterstattung	ersucht den Generalsekretär, zur Vorbereitung der ... strategischen Überprüfung ... einen umfassenden Bericht über die Situation in [dem betroffenen Land] und über die Tätigkeiten [der Mission] vorzulegen, der Folgendes enthält: *a*) konkrete Informationen über die mit der Rolle [der Mission] zum Schutz von Zivilpersonen verbundenen Herausforderungen, eine Bewertung der bestehenden Schutzmechanismen, ... und eine Bewertung der besonderen Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Gewalt	Resolution 1906 (2009), Ziff. 41	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1933 (2010), Ziff. 22; 1906 (2009), Ziff. 40; 1833 (2008), Ziff. 6; 1794 (2007), Ziff. 7; 1790 (2007), Ziff. 5; 1674 (2006), Ziff. 25; und 1529 (2004), Ziff. 9.
	erkennt an, dass dem Generalsekretär eine wichtige Rolle dabei zukommt, den [Sicherheits]rat, insbesondere durch thematische und landesspezifische Berichte und durch Unterrichtungen, rechtzeitig über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten zu informieren	Resolution 1894 (2009), Ziff. 31	

	ersucht den Generalsekretär, in seine Berichte an den Rat über landesspezifische Situationen umfassendere und detailliertere Informationen über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten aufzunehmen, namentlich über schutzrelevante Vorfälle und über die Maßnahmen, die die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien ergriffen haben, um ihre Verpflichtungen zur Achtung und zum Schutz der Zivilbevölkerung zu erfüllen, einschließlich spezifischer Informationen über die Schutzbedürfnisse von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Frauen, Kindern und anderen gefährdeten Gruppen	Resolution 1894 (2009), Ziff. 32	
Schutzkriterien	betont, wie wichtig erreichbare und realistische Ziele sind, an denen die Fortschritte der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen gemessen werden können, ersucht den Generalsekretär, dem [Sicherheits]rat auch weiterhin alle neunzig Tage über die bei der Durchführung des Mandats [der Mission] in [der gesamten betroffenen Region] erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten, namentlich über die Fortschritte bei der Umsetzung der [Schutz]strategie und über die dabei angetroffenen Hindernisse, einschließlich einer Bewertung der Fortschritte in Bezug auf die in [dem] Bericht des Generalsekretärs genannten Kriterien	Resolution 1935 (2010), Ziff. 8	Siehe zum Beispiel auch Resolution 1925 (2010), Ziff. 6.
	betont, wie wichtig es ist, in [die] Kriterien für die einschlägigen Missionen Fortschrittsindikatoren über den Schutz von Zivilpersonen aufzunehmen.	Resolution 1894 (2009), Ziff. 27	
	nimmt Kenntnis von der ..., Entschlossenheit der Regierung [des betroffenen Landes], im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht die volle Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz der Zivilbevölkerung [in dem von Gewalt betroffenen Gebiet], einschließlich der Flüchtlinge, Binnenvertriebenen, Rückkehrer und Aufnahmegemeinden, insbesondere der Frauen und Kinder, sowie des Personals und des Materials der Vereinten Nationen und der humanitären Organisationen zu übernehmen, und unterstreicht, dass sich die Regierung [des betroffenen Landes] damit verpflichtet, die folgenden Aufgaben auszuführen: i) die Sicherheit und den Schutz von gefährdeten Zivilpersonen, insbesondere Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, zu gewährleisten; ii) die Sicherheit [in der betroffenen Region] zu verbessern und so die Bereitstellung der humanitären Hilfe und die Bewegungsfreiheit des humanitären Personals zu erleichtern; iii) die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals [der Mission] und der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten stellt fest, dass die Regierung [des betroffenen Landes] sich in diesem Zusammenhang verpflichtet, im Einklang mit dem humanitären	Resolution 1923 (2010), Ziff. 2 und 3	

	Völkerrecht auf die Erfüllung der folgenden ... Kriterien betreffend den Schutz der Zivilpersonen und humanitären Helfer hinzuarbeiten...: i) die freiwillige Rückkehr und Neuansiedlung von Binnenvertriebenen unter sicheren und tragfähigen Bedingungen; ii) die durch einen Rückgang der Zahl der Waffen, der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen belegte Demilitarisierung der Flüchtlings- und Binnenvertriebenenlager; iii) die Verbesserung der Fähigkeit der [nationalen] Behörden [in dem von Gewalt betroffenen Gebiet], einschließlich der nationalen Strafverfolgungsbehörden, der Justiz und des Strafvollzugssystems, den Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Zivilpersonen und humanitären Helfern unter Achtung der internationalen Menschenrechtsnormen die erforderliche Sicherheit zu bieten		
	ersucht die Regierung [des betroffenen Landes] und den Generalsekretär, eine gemeinsame hochrangige Arbeitsgruppe der Regierung ... und der Vereinten Nationen einzusetzen, die den Auftrag hat, in monatlichen Abständen die Situation vor Ort in Bezug auf den Schutz von Zivilpersonen, die Maßnahmen der Regierung [des betroffenen Landes] ... zur Erzielung von Fortschritten bei der Erfüllung der [Schutz]-kriterien... zu bewerten	Resolution 1923 (2010), Ziff. 4	
Beziehungen zwischen der Mission, dem Landesteam der Vereinten Nationen und/oder anderen Beteiligten	erinnert daran, dass der Schutz von Zivilpersonen ein koordiniertes Vorgehen aller zuständigen Anteile der Mission erfordert, und ermutigt [die Mission], unter der Aufsicht des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs das Zusammenwirken zwischen ihren zivilen und militärischen Komponenten auf allen Ebenen und den humanitären Akteuren zu verbessern, um den Sachverstand auf dem Gebiet des Schutzes von Zivilpersonen zu konsolidieren	Resolution 1906 (2009), Ziff. 8	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1925 (2010), Ziff. 16; und 1880 (2009), Ziff. 28.
	legt [der Mission] nahe, ihre Kontakte zur Zivilbevölkerung zu verstärken, um ihr Mandat und ihre Tätigkeiten besser bekannt zu machen und das Verständnis dafür zu erhöhen und zuverlässige Informationen über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen, die an Zivilpersonen begangen wurden, zu sammeln	Resolution 1906 (2009), Ziff. 14	
Ausbildung des Friedenssicherungspersonals	ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass den Ländern, die Truppen und Polizei für [die Mission] stellen, bei der Einsatzvorbereitung und am Einsatzort fachliche Unterstützung gewährt wird, die auch Anleitung und Ausbildung für das Militär- und Polizeipersonal zum Schutz von Zivilpersonen vor drohenden Gefahren und zu geeigneten Reaktionen, namentlich in Bezug auf Menschenrechte, sexuelle Gewalt und geschlechtsspezifische Fragen, umfasst	Resolution 1906 (2009), Ziff. 13	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1325 (2000), Ziff. 6; und 1296 (2000), Ziff. 19.
	ersucht den Generalsekretär, in Abstimmung mit den maßgeblichen Beteiligten sicherzustellen, dass Friedenssicherungsmissionen, deren	Resolution 1894 (2009), Ziff. 23	

	Mandat den Schutz von Zivilpersonen umfasst, im Einklang mit den für ihren Einsatz maßgebenden strategischen Plänen missionsweite Planungen, einsatzvorbereitendes Training und Schulungen für hochrangige Führungskräfte über den Schutz von Zivilpersonen durchführen, und ersucht die truppen- und polizeistellenden Länder, dafür zu sorgen, dass ihr an Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen teilnehmendes Personal eine geeignete Schulung erhält, um das Problembewusstsein und die Reaktionsfähigkeit im Hinblick auf Schutzfragen zu stärken, namentlich eine Schulung über HIV/Aids und die Nulltoleranz gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen	
	ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass das an friedensschaffenden, friedenssichernden und friedenskonsolidierenden Tätigkeiten beteiligte Personal der Vereinten Nationen über eine angemessene Ausbildung auf dem Gebiet des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts, einschließlich der Vorschriften betreffend Kinder und geschlechtsspezifische Fragen, sowie auf dem Gebiet der Verhandlungs- und Kommunikationsfähigeiten, des interkulturellen Verständnisses und der zivil-militärischen Koordinierung verfügt, und fordert die Staaten sowie die zuständigen internationalen und regionalen Organisationen nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass ihre Programme für das an ähnlichen Tätigkeiten beteiligte Personal eine entsprechende Ausbildung beinhalten	Resolution 1265 (1999), Ziff. 14
B. Vertreibung		
Schutz der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen, einschließlich der Verhütung von Vertreibung	erinnert an das Verbot der gewaltsamen Vertreibung von Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts unter Umständen, die einen Verstoß gegen die Verpflichtungen der Parteien nach dem humanitären Völkerrecht darstellen	Resolution 1674 (2006), Ziff. 12
	fordert die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, Unterstützung und Hilfe zu gewähren, damit die Staaten ihren Verantwortlichkeiten in Bezug auf den Schutz von Flüchtlingen und anderen nach dem humanitären Völkerrecht geschützten Personen nachkommen können	Resolution 1674 (2006), Ziff. 13
	stellt fest, dass in Situationen bewaffneten Konflikts die überwältigende Mehrheit der Binnenvertriebenen und anderer schwächerer Gruppen Zivilpersonen sind und dass sie als solche Anspruch auf den Schutz haben, der Zivilpersonen nach dem bestehenden humanitären Völkerrecht gewährt wird	Resolution 1296 (2000), Ziff. 3
Asyl und Nichtzurückweisung	sowie unter Hinweis auf das in Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung [der Menschenrechte] verankerte Recht, Asyl zu suchen und zu genießen, und die Verpflichtung der Staaten zur Nichtzurückweisung nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 und dem dazugehörigen Protokoll vom	Resolution 1624 (2005), siebter Präambelabs.

	31. Januar 1967 („die Flüchtlingskonvention und ihr Protokoll“) sowie unter Hinweis darauf, dass der von der Flüchtlingskonvention und ihrem Protokoll gewährte Schutz sich nicht auf Personen erstreckt, bei denen ernsthafter Grund zu der Annahme besteht, dass sie sich Handlungen schuldig gemacht haben, die im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen stehen		
	Der [Sicherheits]rat bekräftigt den Grundsatz der Nichtzurückweisung von Flüchtlingen, der in den einschlägigen Völkerrechtsdokumenten verankert ist, begrüßt die Anstrengungen, die Nachbarländer [des betroffenen Staates] in jüngster Zeit unternehmen, um die freiwillige Rückführung der ... Flüchtlinge in Sicherheit und Würde zu unterstützen, und fordert die Gaststaaten nachdrücklich auf, den … Flüchtlingen soweit erforderlich auch weiterhin völkerrechtlichen Schutz zu gewähren. Er legt der internationalen Gemeinschaft nahe, die in dieser Hinsicht erforderliche Hilfe zu gewähren	Erklärung des Präsidenten S/PRST/2000/12	
	Der [Sicherheits]rat ist besonders besorgt darüber, dass vielen Flüchtlingen aus [dem Nachbarstaat] ... die Flüchtlingseigenschaft aberkannt und demzufolge die Unterstützung entzogen wurde. Die diesbezüglichen Beschlüsse [des betroffenen Staates] können dazu führen, dass Zehntausende von Menschen gegen ihren Willen in ein Gebiet zurückkehren, das weder sicher noch zu ihrer Aufnahme bereit ist. Der Rat unterstreicht die Wichtigkeit des in dem Genfer Abkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, dessen Vertragspartei [der betroffene Staat] ist, verankerten Grundsatzes der Nichtzurückweisung. Der Rat fordert [den betroffenen Staat] nachdrücklich auf, allen Flüchtlingen ungeachtet ihrer Herkunft weiterhin Asyl zu gewähren	Erklärung des Präsidenten S/PRST/1995/49	
Ziviler Charakter von Flüchtlings- und Binnenvertriebenenlagern und -siedlungen	legt [der Mission] und dem Landesteam der Vereinten Nationen nahe, der Regierung auch weiterhin dabei behilflich zu sein, die Einziehung von Flüchtlingen und Kindern durch bewaffnete Gruppen zu verhindern und den zivilen Charakter der Flüchtlingslager und der Sammelplätze der Binnenvertriebenen zu wahren, in Abstimmung mit [den nationalen Sicherheitskräften] und den humanitären Organisationen	Resolution 1923 (2010), Ziff. 23	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1834 (2008), zwölfter Präambelabs.; 1778 (2007), zwölfter Präambelabs. und Ziff. 5; 1325 (2000), Ziff. 12; 1286 (2000), Ziff. 12; 1272 (1999), Ziff. 12; und Erklärung des Präsidenten S/PRST/1999/32.
	fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, den zivilen und humanitären Charakter von Flüchtlingslagern und -siedlungen zu achten und den Schutz aller in solchen Lagern lebenden Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Mädchen, vor allen Formen der Gewalt, einschließlich Vergewaltigung und sonstiger sexueller Gewalt, sowie den vollen, ungehinderten und sicheren Zugang für humanitäre Hilfe zu gewährleisten	Resolution 1889 (2009), Ziff. 12	
	unter Betonung der Notwendigkeit, das Flüchtlingsvölkerrecht zu achten, den zivilen und humanitären Charakter der Flüchtlingslager und der Aufenthaltsorte der Binnenvertriebenen zu wahren und jede Rekrutierung von Einzelpersonen, einschließlich Kindern, die in den La-	Resolution 1861 (2009), dreizehnter Präambelabs.	

	gern und Aufenthaltsorten oder in ihrer Umgebung von bewaffneten Gruppen durchgeführt werden könnte, zu verhindern		
	bekräftigt, dass es notwendig ist, die Sicherheit und den zivilen Charakter von Flüchtlings- und Binnenvertriebenenlagern aufrechtzuerhalten, betont, dass die Staaten dafür die Hauptverantwortung tragen, und ermutigt den Generalsekretär, nach Bedarf und im Rahmen der bestehenden Friedenssicherungseinsätze und ihres jeweiligen Mandats alle durchführbaren Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit in diesen Lagern und ihrer Umgebung sowie die Sicherheit ihrer Bewohner zu gewährleisten	Resolution 1674 (2006), Ziff. 14	
	bittet den Generalsekretär, die Aufmerksamkeit des Rates auf Situationen zu lenken, in denen Flüchtlinge und Binnenvertriebene von Drangsalierung bedroht sind oder in denen ihre Lager durch die Infiltration bewaffneter Elemente gefährdet sind und wo diese Situationen möglicherweise eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen, bekundet in dieser Hinsicht seine Bereitschaft, derartige Situationen zu prüfen und erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um zur Schaffung eines sicheren Umfelds für durch Konflikte gefährdete Zivilpersonen beizutragen, namentlich indem er den betroffenen Staaten diesbezüglich Unterstützung gewährt	Resolution 1296 (2000), Ziff. 14	
	stellt fest, dass es eines Spektrums von Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zur Lastenteilung mit den afrikanischen Flüchtlingsaufnahmeländern und zur Unterstützung ihrer Anstrengungen zur Gewährleistung der Sicherheit sowie des zivilen und humanitären Charakters der Flüchtlingslager und -siedlungen bedarf, namentlich auf den Gebieten des Rechtsvollzugs, der Entwaffnung bewaffneter Elemente, der Eindämmung des Zustroms von Waffen in Flüchtlingslager und -siedlungen, der Trennung der Flüchtlinge von anderen Personen, die nicht die Voraussetzungen für den Flüchtlingen gewährten internationalen Schutz erfüllen oder die aus anderen Gründen nicht des internationalen Schutzes bedürfen, sowie der Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten	Resolution 1208 (1998), Ziff. 6	
Dauerhafte Lösungen, namentlich sichere, freiwillige und würdevolle Rückkehr und Wiedereingliederung	betont, wie wichtig es ist, würdevolle und dauerhafte Lösungen für die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen herbeizuführen und ihre volle Mitwirkung an der Planung und Umsetzung dieser Lösungen zu gewährleisten, und verlangt, dass alle am Konflikt in [der betroffenen Region] beteiligten Parteien Bedingungen schaffen, die einer freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde oder ihrer Integration vor Ort förderlich sind	Resolution 1935 (2010), Ziff. 15	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1923 (2010), siebter Präambelabs.; 1917 (2010), Ziff. 38 und 39; 1895 (2009), achter Präambelabs.; 1883 (2009), elfter Präambelabs.; 1826 (2008), Ziff. 8; 1812 (2008), Ziff. 18; 1752 (2007), Ziff. 6; 1747 (2007), Ziff. 27; 1716 (2006), Ziff. 9;
	mit der Aufforderung an alle beteiligten Parteien, Bedingungen zu schaffen, die eine freiwillige, sichere, würdevolle und dauerhafte Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen begünstigen	Resolution 1906 (2009), neunter Präambelabs.	

	begrüßt die Fortschritte, die die [beteiligten Akteure] bei der Herbeiführung würdevoller, dauerhafter Lösungen für die in [dem Aufnahmeland] lebenden Flüchtlinge erzielt [haben], und ermutigt zu anhaltenden Anstrengungen im Hinblick auf die verbleibenden Flüchtlinge in [dem betroffenen Land]	Resolution 1902 (2009), Ziff. 16	1591 (2005), siebter Präambelabs.; 1564 (2004), Ziff. 6; 1556 (2004), neunzehnter Präambelabs.; 1545 (2004), dreizehnter Präambelabs.; 1494 (2003), Ziff. 15; 1272 (1999), Ziff. 12; 1096 (1997), Ziff. 8; und 849 (1993), Ziff. 11.
	fordert alle beteiligten Parteien auf, dafür zu sorgen, dass alle Friedensprozesse, Friedensabkommen und Wiederherstellungs- und Wiederaufbaupläne nach einem Konflikt den besonderen Bedürfnissen von Frauen und Kindern Rechnung tragen und konkrete Maßnahmen für den Schutz von Zivilpersonen enthalten, namentlich ... iii) die Schaffung von Bedingungen, die der freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde förderlich sind	Resolution 1674 (2006), Ziff. 11	
	bekräftigt, dass die aus dem Konflikt hervorgehenden demografischen Veränderungen unannehmbar sind, bekräftigt außerdem die unveräußerlichen Rechte aller von dem Konflikt betroffenen Flüchtlinge und Binnenvertriebenen und betont, dass diese das Recht haben, in Sicherheit und Würde an ihre Heimstätten zurückzukehren	Resolution 1615 (2005), Ziff. 18	
	begrüßt, dass sich die Parteien zu dem Recht aller Flüchtlinge und Vertriebenen bekannt haben, in Freiheit und Sicherheit an ihre ursprünglichen Heimstätten zurückzukehren oder sich an andere Orte ihrer Wahl zu begeben, ... und betont, wie wichtig es ist, die Rückkehr oder Neuansiedlung der Flüchtlinge und Vertriebenen zu erleichtern, die schrittweise und ordnungsgemäß stattfinden und im Rahmen stufenweiser, koordinierter Programme erfolgen sollte, die der Notwendigkeit Rechnung tragen, dass vor Ort Sicherheit herrscht und Wohnraum und Arbeitsplätze vorhanden sind	Resolution 1088 (1996), Ziff. 11	
Wohnung, Land und Eigentum	fordert die Unterzeichner des [Friedensabkommens] nachdrücklich auf, mit Unterstützung durch das System der Vereinten Nationen auf eine Dauerlösung im Hinblick auf die freiwillige Rückkehr, die Wiederansiedlung, die Wiedereingliederung und die Sicherheit der Vertriebenen hinzuarbeiten, einschließlich durch Behandlung der Frage der Grundbesitzrechte, und in diesem Zusammenhang ihre Verpflichtungen nach dem [Friedensabkommen] und dem Völkerrecht zu erfüllen	Resolution 1933 (2010), Ziff. 14	
	Der [Sicherheits]rat ist zutiefst besorgt darüber, dass trotz seiner früheren Ersuchen kaum Fortschritte in der Frage der Rückkehr der [Flüchtlinge einer ethnischen Minderheitengruppe] erzielt worden sind, und fordert [die Regierung] nachdrücklich auf, ein umfassendes Konzept zu beschließen, um die Rückkehr der ... Flüchtlinge an ihre ursprünglichen Heimstätten in ganz [Name des betroffenen Staates] zu erleichtern. Er missbilligt es, dass [der betroffene Staat] ihre Eigentumsrechte auch weiterhin nicht wirksam garantiert, und missbilligt es insbesondere, dass	Erklärung des Präsidenten S/PRST/1996/48	

	[der ethnischen Minderheit angehörende Flüchtlinge], die in die ehemaligen Sektoren zurückgekehrt sind, nicht in der Lage waren, ihr Eigentum wieder in Besitz zu nehmen. Der Rat fordert [den betroffenen Staat] auf, in der Frage der Eigentumsrechte unverzüglich geeignete Verfahren anzuwenden und allen Formen der Diskriminierung der [ethnischen Minderheit] bei der Bereitstellung von Sozialleistungen und Wiederaufbauhilfe ein Ende zu setzen		
	bekräftigt seine Unterstützung für die hergebrachten Grundsätze, wonach alle unter Nötigung zustande gekommenen Erklärungen und Handlungen, insbesondere soweit sie Grund und Boden sowie Eigentum betreffen, null und nichtig sind, und dass allen Vertriebenen ermöglicht werden sollte, in Frieden an ihre früheren Heimstätten zurückzukehren	Resolution 941 (1994), Ziff. 3	
Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer einschlägiger Missionen und Akteure	beschließt, dass [die Mission] den folgenden, hier nach Prioritäten geordneten Auftrag haben wird: *Schutz von Zivilpersonen* ... *g*) die Regierung ... gemeinsam mit den internationalen Partnern und den Nachbarländern bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, ein für die freiwillige, sichere und würdevolle Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge oder für die freiwillige lokale Eingliederung oder Neuansiedlung günstiges Umfeld zu schaffen	Resolution 1925 (2010), Ziff. 12	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1812 (2008), Ziff. 18*;* 1778 (2007), Ziff. 1; 1756 (2007), Ziff. 2; 1674 (2006), Ziff. 16; 1565 (2004), Ziff. 5; 1545 (2004), Ziff. 5 *f*) und 13; 1509 (2003), Ziff. 6; 1419 (2002), Ziff. 11; 1244 (1999), Ziff. 11; und 1145 (1997), Ziff. 13.
	beschließt, die multidimensionale Präsenz in [den betroffenen Ländern] ... zu verlängern, die helfen sollen, die Sicherheitsbedingungen zu schaffen, die eine freiwillige, sichere und dauerhafte Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen begünstigen, unter anderem indem sie zum Schutz der gefährdeten Flüchtlinge, Binnenvertriebenen und Zivilpersonen beitragen, die Bereitstellung humanitärer Hilfe [in der betroffenen Region] erleichtern und günstige Bedingungen für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Gebiete schaffen	Resolution 1861 (2009), Ziff. 1	
	beschließt, dass [die Mission in dem betroffenen Land] in Verbindung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen ... folgendes Mandat hat: *Sicherheit und Schutz von Zivilpersonen* ... *c*) mit der Regierung [des betroffenen Landes] und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen Verbindung zu halten, um sie bei ihren Anstrengungen zur Verlegung der in unmittelbarer Nähe der Grenze befindlichen Flüchtlingslager zu unterstützen, und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars im Rahmen der verfügbaren Mittel und auf Kostenerstattungsbasis logistische Hilfe für diesen Zweck zu gewähren; ...	Resolution 1861 (2009), Ziff. 6	

	e) die Initiativen nationaler und lokaler Behörden in [dem betroffenen Land] zum Abbau lokaler Spannungen und zur Förderung lokaler Aussöhnungsbemühungen zu unterstützen, um das Umfeld für die Rückkehr der Binnenvertriebenen zu verbessern		
	beschließt, ... tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, dass [die Friedenssicherungsmission] das folgende Mandat haben wird: ... *b*) in Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte die Menschenrechtssituation, namentlich die Lage der zurückgekehrten Flüchtlinge und Vertriebenen, zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten	Resolution 1542 (2004), Ziff. 7, Abschn. III *b*)	
	erinnert daran, dass die [Oppositionsgruppe] eine besondere Verantwortung für den Schutz der Rückkehrer und die Erleichterung der Rückkehr der restlichen vertriebenen Bevölkerungsgruppen trägt, und ersucht darum, dass [Organisationen der Vereinten Nationen] weitere Maßnahmen ergreifen, um Bedingungen zu schaffen, die der Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen förderlich sind, ... damit sie ihre Qualifikationen verbessern und ihre Eigenständigkeit erhöhen können, unter voller Achtung ihres unveräußerlichen Rechts auf Rückkehr in ihre Heimat in Sicherheit und Würde	Resolution 1494 (2003), Ziff. 15	
C. Zugang für humanitäre Hilfe und Sicherheit der humanitären Helfer			
Angriffe auf humanitäre Helfer und die vorsätzliche Behinderung des Zugangs für humanitäre Hilfe verurteilen und ihre Beendigung fordern	besorgt über die bewaffneten Aktivitäten und das Banditenwesen in [den betroffenen Ländern], die die Sicherheit der Zivilbevölkerung, die Durchführung der humanitären Einsätze in diesen Gebieten und die Stabilität dieser Länder gefährden und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zur Folge haben	Resolution 1923 (2010), vierter Präambelabs.	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1935 (2010), Ziff. 10; 1917 (2010), fünfzehnter Präambelabs.; 1894 (2009), Ziff. 6; 1872 (2009), elfter Präambelabs.; 1840 (2008), Ziff. 16; 1828 (2008), zwölfter Präambelabs. und Ziff. 8; 1780 (2007), Ziff. 13; 1769 (2007), dreizehnter Präambelabs. und Ziff. 14; und 1265 (1999), Ziff. 8 und 9.
	mit dem erneuten Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage in [dem betroffenen Land], es nachdrücklich verurteilend, dass bewaffnete Gruppen in [dem betroffenen Land] gezielt humanitäre Helfer angreifen und die Auslieferung humanitärer Hilfe behindern, wodurch die Erbringung solcher Hilfe in einigen Gebieten verhindert wurde, unter Missbilligung der wiederholten Angriffe auf humanitäres Personal, mit dem Ausdruck seiner nachdrücklichen Verurteilung aller Gewalt- oder Missbrauchshandlungen, die unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen gegen Zivilpersonen und humanitäres Personal begangen werden, und bekräftigend, wie wichtig es ist, die Straflosigkeit zu bekämpfen	Resolution 1910 (2010), vierzehnter Präambelabs.	
	unter Verurteilung aller Angriffe auf die Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen und das humanitäre Personal, gleichviel von wem sie verübt werden, und betonend, dass die Verantwortlichen für derartige Angriffe vor Gericht gestellt werden müssen	Resolution 1906 (2009), vierzehnter Präambelabs.	

	verurteilt alle Angriffe auf Personal oder Einrichtungen [der Mission] und verlangt, dass keinerlei Einschüchterungs- oder Gewalthandlungen gegen das Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetes Personal, ihre Einrichtungen oder andere Akteure, die humanitäre, Entwicklungs- oder Friedenssicherungsaufgaben wahrnehmen, begangen werden	Resolution 1892 (2009), Ziff. 14	
Zur Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts auffordern	bekräftigt die Verpflichtung aller Parteien, die Regeln und Grundsätze des humanitären Völkerrechts uneingeschränkt anzuwenden, insbesondere soweit sie den Schutz des humanitären Personals betreffen, und ersucht außerdem alle beteiligten Parteien, dem humanitären Personal im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht sofortigen, freien und ungehinderten Zugang zu allen hilfsbedürftigen Personen zu gewähren	Resolution 1923 (2010), Ziff. 22	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1828 (2008), Ziff. 13; 1814 (2008), Ziff. 12; 1794 (2007), Ziff. 17; 1778 (2007), Ziff. 17; 1769 (2007), Ziff. 14; 1747 (2007), Ziff. 24; 1674 (2006), Ziff. 8 und 22; 1574 (2004), Ziff. 11; 1565 (2004), Ziff. 20 und 21; 1545 (2004), Ziff. 12; 1533 (2004), Ziff. 5; 1509 (2003), sechster Präambelabs. und Ziff. 8; 1502 (2003), Ziff. 4; 1497 (2003), Ziff. 11; 1493 (2003), Ziff. 12; 1296 (2000), Ziff. 12 und 15; und 1265 (1999), Ziff. 7-9.
	betont, wie wichtig es ist, dass im Rahmen der humanitären Hilfe die humanitären Grundsätze der Menschlichkeit, der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit von allen gewahrt und geachtet werden	Resolution 1894 (2009), Ziff. 13	
	fordert die ungehinderte Bereitstellung und Verteilung humanitärer Hilfe und Hilfsgüter, einschließlich Nahrungsmitteln, Brennstoff und medizinischer Behandlung, [in dem ganzen betroffenen Gebiet]	Resolution 1860 (2009), Ziff. 2	
	begrüßt die Initiativen zur Einrichtung und Öffnung humanitärer Korridore und anderer Mechanismen für die nachhaltige Gewährung humanitärer Hilfe	Resolution 1860 (2009), Ziff. 3	
	fordert alle beteiligten Parteien auf, dafür zu sorgen, dass alle Friedensprozesse, Friedensabkommen und Wiederherstellungs- und Wiederaufbaupläne nach einem Konflikt ... konkrete Maßnahmen für den Schutz von Zivilpersonen enthalten, namentlich ... die Erleichterung der Bereitstellung von humanitärer Hilfe	Resolution 1674 (2006), Ziff. 11	
	fordert alle Beteiligten nachdrücklich auf, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, namentlich den Genfer Abkommen und der Haager Landkriegsordnung, humanitärem Personal vollen und ungehinderten Zugang zu hilfsbedürftigen Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts zu gewähren und so weit wie möglich alle notwendigen Einrichtungen für ihre Tätigkeit zur Verfügung zu stellen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des humanitären Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals samt ihrem Material zu fördern	Resolution 1674 (2006), Ziff. 22	
	fordert alle Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass das gesamte Personal sowie die Ausrüstung, die Verpflegung, die Versorgungs- und sonstigen Güter, einschließlich Fahrzeugen und Ersatzteilen, die für den ausschließlichen und offiziellen Gebrauch [des Friedenssicherungseinsatzes] bestimmt sind, frei, ungehindert und rasch [in den betroffenen Staat] gebracht werden	Resolution 1590 (2005), Ziff. 8	

	fordert [den betroffenen Staat] auf, ... internationale Hilfsmaßnahmen für die humanitäre Katastrophe durch ein Moratorium für alle Beschränkungen [zu erleichtern], die die Bereitstellung humanitärer Hilfe und den Zugang zu den betroffenen Bevölkerungsgruppen behindern könnten	Resolution 1556 (2004), Ziff. 1	
	unterstreicht die Wichtigkeit des sicheren und ungehinderten Zugangs des humanitären Personals zu Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, fordert alle beteiligten Parteien, einschließlich der Nachbarstaaten, auf, mit dem Koordinator der Vereinten Nationen für humanitäre Hilfe und den Organisationen der Vereinten Nationen voll zusammenzuarbeiten, um diesen Zugang zu gewährleisten, bittet die Staaten und den Generalsekretär, dem Rat Informationen über jede vorsätzliche völkerrechtswidrige Verweigerung dieses Zugangs vorzulegen, wenn diese Verweigerung möglicherweise eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt, und bekundet in diesem Zusammenhang seine Bereitschaft, solche Informationen zu prüfen und erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen zu ergreifen	Resolution 1296 (2000), Ziff. 8	
	bekundet seine Absicht, gegebenenfalls die Parteien eines Konflikts aufzufordern, besondere Vorkehrungen zu treffen, die dem Bedarf von Frauen und Kindern und anderen schwächeren Gruppen an Schutz und Hilfe Rechnung tragen, namentlich durch die Förderung von „Impftagen“ und andere Maßnahmen zur sicheren und ungehinderten Versorgung mit den notwendigen Grunddiensten	Resolution 1296 (2000), Ziff. 10	
Humanitäre Hilfe und Vorsorge	in Anbetracht der Wichtigkeit einer Eventualplanung	Resolution 1933 (2010), sechster Präambelabs.	Siehe zum Beispiel auch Resolution 1883 (2009), zehnter Präambelabs.
	betonend, wie wichtig es weiterhin ist, der Zivilbevölkerung in [dem gesamten betroffenen Land] humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe zu gewähren, die Vereinten Nationen ermutigend, umfassende Maßnahmen zur Vorbereitung ... zu ergreifen, namentlich im Hinblick auf die Notwendigkeit vermehrter humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe ... und im Hinblick auf die Notwendigkeit der fortgesetzten Zusammenarbeit zwischen [den Parteien des ... Friedensabkommens], den Vereinten Nationen und den humanitären Organisationen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Geber, die Durchführung des ... [Friedensabkommens] zu unterstützen und alle Zusagen bezüglich finanzieller und materieller Unterstützung einzuhalten	Resolution 1919 (2010), dreizehnter Präambelabs.	
	mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über den erheblichen Rückgang der für [das betroffene Land] bereitgestellten humanitären Mittel und mit der Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, zu den laufenden und künftigen konsolidierten humanitären Appellen beizutragen	Resolution 1910 (2010), fünfzehnter Präambelabs.	

Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer einschlägiger Missionen und Akteure	bekundet seine Absicht, *a*) die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzufordern, den nach dem humanitären Völkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen nachzukommen und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um Zivilpersonen zu schützen und den schnellen und ungehinderten Durchlass von Hilfssendungen, -ausrüstungen und -personal zu erleichtern; *b*) den Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen einschlägigen Missionen das Mandat zu erteilen, gegebenenfalls bei der Schaffung von Bedingungen behilflich zu sein, die die sichere, rasche und ungehinderte Gewährung humanitärer Hilfe ermöglichen	Resolution 1894 (2009), Ziff. 15	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1933 (2010), Ziff. 16; 1894 (2009), Ziff. 12 und 14; 1778 (2007), Ziff. 6; 1772 (2007), Ziff. 9 *d*); 1769 (2007), Ziff. 15; 1756 (2007), Ziff. 2; 1701 (2006), Ziff. 12; 1674 (2006), Ziff. 16; 1590 (2005), Ziff. 16; 1565 (2004), Ziff. 4 und 5; 1542 (2004), Ziff. 9; 1528 (2004), Ziff. 6; 1509 (2003), Ziff. 3 *k*); 1502 (2003), Ziff. 5 *a*); 1492 (2003), Ziff. 25; 1289 (2000), Ziff. 12; und 1270 (1999), Ziff. 14.
	bittet den Generalsekretär, die systematische Überwachung und Analyse der Zugangsbeschränkungen für humanitäre Hilfe fortzusetzen und in seine Unterrichtungen und landesspezifischen Berichte an den Rat gegebenenfalls Bemerkungen und Empfehlungen aufzunehmen	Resolution 1894 (2009), Ziff. 17	
	unterstreicht insbesondere, dass [die Mission] ermächtigt ist, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit von Schlüsselinfrastrukturen zu gewährleisten und auf Ersuchen im Rahmen ihrer Fähigkeiten und ihres bestehenden Mandats zur Schaffung der erforderlichen Sicherheitsbedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe beizutragen	Resolution 1863 (2009), Ziff. 2	
	tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, *a*) beschließt, dass [die Mission] ermächtigt wird, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in ihrem Einsatzgebiet ... alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um in Verbindung mit der Regierung [des betroffenen Landes] die folgenden Aufgaben zu erfüllen: ... ii) zur Erhöhung der Sicherheit im Einsatzgebiet beizutragen und so die Bereitstellung der humanitären Hilfe und die Bewegungsfreiheit des humanitären Personals zu erleichtern	Resolution 1861 (2009), Ziff. 7	
	wiederholt, dass er den Beitrag einiger Staaten zum Schutz der Schiffskonvois des Welternährungsprogramms unterstützt, fordert die Staaten und Regionalorganisationen auf, in enger Abstimmung miteinander, nach vorheriger Unterrichtung des Generalsekretärs und auf Ersuchen [der Regierung] Maßnahmen zum Schutz des Schiffsverkehrs im Zusammenhang mit der Beförderung und Lieferung humanitärer Hilfsgüter ... und mit von den Vereinten Nationen genehmigten Tätigkeiten zu ergreifen, fordert die Länder, die für [die regionale Friedenssicherungsmission] Truppen stellen, auf, nach Bedarf zu diesem Zweck Unterstützung zu gewähren, und ersucht den Generalsekretär diesbezüglich um seine Unterstützung	Resolution 1814 (2008), Ziff. 11	

Rechenschaftspflicht für Angriffe auf humanitäre Helfer	unter Verurteilung aller Angriffe auf Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen und humanitäres Personal, gleichviel von wem sie verübt werden, und betonend, dass die Verantwortlichen für derartige Angriffe vor Gericht gestellt werden müssen	Resolution 1925 (2010), vierzehnter Präambelabs.	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1674 (2006), Ziff. 23; und 1265 (1999), Ziff. 10.
	betonend, dass völkerrechtliche Bestimmungen bestehen, die wissentliche und vorsätzliche Angriffe auf Personal, das an einer humanitären Hilfsmission oder Friedenssicherungsmission in Übereinstimmung mit der Charta [der Vereinten Nationen] beteiligt ist, verbieten, und dass diese Angriffe in Situationen bewaffneten Konflikts Kriegsverbrechen darstellen, sowie daran erinnernd, dass die Staaten der Straflosigkeit für solche kriminellen Handlungen ein Ende setzen müssen	Resolution 1502 (2003), fünfter Präambelabs.	
	verurteilt mit allem Nachdruck alle Formen der Gewalt, darunter Mord, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Einschüchterung, bewaffneter Raub, Entführung, Geiselnahme, Drangsalierung und widerrechtliche Festnahme und Inhaftierung, denen diejenigen, die an humanitären Maßnahmen teilnehmen, zunehmend ausgesetzt sind, sowie die Angriffe auf humanitäre Konvois und die Akte der Zerstörung und Plünderung ihres Eigentums	Resolution 1502 (2003), Ziff. 1 und 2	
	fordert die Staaten nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Verbrechen, die an diesem Personal begangen werden, nicht straflos bleiben		
	bekundet seine Entschlossenheit, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des humanitären Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten, indem er namentlich unter anderem	Resolution 1502 (2003), Ziff. 5 a)	
	a) den Generalsekretär ersucht, darauf hinzuwirken, dass in künftige und nach Bedarf auch in bestehende Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen, Abkommen über die Rechtsstellung der Mission sowie Gaststaatabkommen zwischen den Vereinten Nationen und den Gastländern Schlüsselbestimmungen des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal ... aufgenommen werden, unter anderem betreffend die Verhütung von Angriffen auf Mitarbeiter von Missionen der Vereinten Nationen, die Erklärung solcher Angriffe zu nach dem Gesetz mit Strafe bedrohten Verbrechen sowie die strafrechtliche Verfolgung oder Auslieferung der Täter, und indem er die Gastländer ersucht, dies ebenfalls zu tun, eingedenk dessen, wie wichtig es ist, solche Abkommen ohne Verzug auszuhandeln		

Gezielte und abgestufte Maßnahmen zur Reaktion auf die vorsätzliche Behinderung des Zugangs für humanitäre Hilfe und auf Angriffe auf humanitäre Helfer	beschließt..., dass die Bestimmungen [im Zusammenhang mit Reiseverboten, dem Einfrieren von Vermögenswerten und wirtschaftlichen Ressourcen] auf Personen und ... Einrichtungen Anwendung finden, die nach Feststellung des [Sanktionsausschusses]: ... *c*) die Gewährung humanitärer Hilfe an [den betroffenen Staat] oder den Zugang zu humanitärer Hilfe oder die Verteilung humanitärer Hilfsgüter in [dem betroffenen Staat] behindert haben	Resolution 1844 (2008), Ziff. 8	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1894 (2009), Ziff. 4 und 17; 1727 (2006), Ziff. 12; 1296 (2000), Ziff. 5; und 1265 (1999), Ziff. 10.
	bekundet seine Entschlossenheit, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des humanitären Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten, indem er namentlich unter anderem ... *b*) dem Generalsekretär nahelegt, im Einklang mit seinen Vorrechten nach der Charta der Vereinten Nationen dem Sicherheitsrat Situationen zur Kenntnis zu bringen, in denen humanitäre Hilfe infolge von Gewalt gegen humanitäres Personal sowie Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetes Personal versagt wird	Resolution 1502 (2003), Ziff. 5 *b*)	
D. Führung von Feindseligkeiten			
Verstöße gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen verurteilen und ihre sofortige Beendigung fordern	mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Verschlechterung der Sicherheitslage in [der betroffenen Region], namentlich die Verstöße gegen die Waffenruhe, die Angriffe der Rebellengruppen, die Bombenangriffe der Regierung ..., die Zunahme der Stammesauseinandersetzungen und die Angriffe auf humanitäres Personal und Friedenssicherungskräfte, wodurch der Zugang für die humanitäre Hilfe zu Konfliktgebieten, in denen gefährdete Gruppen der Zivilbevölkerung leben, beschränkt wird, ... und mit der Aufforderung an alle Parteien, die Feindseligkeiten einzustellen und den Zugang für die humanitäre Hilfe dringend zu erleichtern	Resolution 1935 (2010), elfter Präambelabs.	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1868 (2009), Ziff. 12; 1806 (2008), Ziff. 12; 1674 (2006), Ziff. 26; 1574 (2004), Ziff. 11; 1493 (2003), Ziff. 8; 1468 (2003), Ziff. 2; und 1296 (2000), Ziff. 2 und 5.
	unter entschiedenster Verurteilung aller auf Zivilpersonen sowie auf [Angehörige der Streitkräfte] verübten Angriffe, namentlich Anschläge mit behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen, Selbstmordanschläge und Entführungen, sowie deren schädlicher Auswirkungen auf die Stabilisierungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen in [dem betroffenen Land] und ferner unter Verurteilung der Benutzung von Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde durch die [illegalen bewaffneten Gruppen]	Resolution 1890 (2009), dreizehnter Präambelabs.	
	verurteilt jede Gewalt und alle Feindseligkeiten, die sich gegen Zivilpersonen richten, sowie alle terroristischen Handlungen	Resolution 1860 (2009), Ziff. 5	
	[verlangt], dass den Angriffen auf Zivilpersonen, gleichviel von welcher Seite, einschließlich Bombenangriffen, und der Benutzung von Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde ein Ende gesetzt wird	Resolution 1828 (2008), dreizehnter Präambelabs.	

	erinnert daran, dass gezielte Angriffe auf Zivilpersonen und andere geschützte Personen in Situationen bewaffneten Konflikts eine flagrante Verletzung des humanitären Völkerrechts darstellen, verurteilt diese Praktiken erneut mit größtem Nachdruck und verlangt, dass alle Parteien solchen Praktiken sofort ein Ende setzen	Resolution 1674 (2006), Ziff. 3	
Zur Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der geltenden internationalen Menschenrechtsnormen auffordern	fordert die [Streitkräfte] auf, in dieser Hinsicht weiter robuste Anstrengungen zu unternehmen, [um das Risiko von Opfern unter der Zivilbevölkerung auf ein Mindestmaß zu beschränken,] namentlich durch die laufende Überprüfung der Taktiken und Verfahren und die Durchführung von Einsatzauswertungen und von Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der ... Regierung [des betroffenen Landes] in Fällen, in denen zivile Opfer zu verzeichnen sind, wenn die ... Regierung [des betroffenen Landes] diese gemeinsamen Untersuchungen für angemessen befindet	Resolution 1917 (2010), Ziff. 20	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1828 (2008), dreizehnter Präambelabs.; 1806 (2008), Ziff. 13; 1801 (2008), Ziff. 13; 1794 (2007), Ziff. 7; 1776 (2007), elfter Präambelabs.; 1574 (2004), Ziff. 11; 1564 (2004), zehnter Präambelabs.; 1493 (2003), Ziff. 8; und 1265 (1999), Ziff. 4.
	erklärt erneut, ... dass die Unterstützung der ... Militäroperationen gegen ... bewaffnete Gruppen ... durch [die Mission] unter der strikten Voraussetzung erfolgt, dass die [Streitkräfte] das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht einhalten und dass diese Operationen effektiv gemeinsam geplant werden, beschließt, dass die militärische Führung [der Mission], bevor sie solchen Operationen Unterstützung gewährt, bestätigen muss, dass eine ausreichende gemeinsame Planung vorgenommen wurde, insbesondere in Bezug auf den Schutz der Zivilbevölkerung, fordert [die Mission] auf, beim Führungsstab der [Streitkräfte] zu intervenieren, wenn Elemente einer Einheit ..., die von [der Mission] Unterstützung erhält, schwerer Verstöße gegen diese Rechtsvorschriften verdächtigt werden, und fordert [die Mission] auf, im Falle des Fortbestehens dieser Situation den betreffenden Einheiten ... ihre Unterstützung zu entziehen	Resolution 1906 (2009), Ziff. 22	
	in Anerkennung der von [den Streitkräften] unternommenen zusätzlichen Anstrengungen, das Risiko von Opfern unter der Zivilbevölkerung auf ein Mindestmaß zu beschränken, ihre Absicht begrüßend, weiterhin verstärkte Anstrengungen in dieser Hinsicht zu unternehmen, namentlich auch durch verstärkte Betonung des Schutzes der [Zivilb]evölkerung als eines zentralen Bestandteils ihres Auftrags, und feststellend, wie wichtig es ist, laufende Überprüfungen der Taktiken und Verfahren sowie Einsatzauswertungen und Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der ... Regierung [des betroffenen Landes] in Fällen durchzuführen, in denen zivile Opfer zu verzeichnen sind, wenn die ... Regierung [des betreffenden Landes] diese gemeinsamen Untersuchungen für angemessen befindet	Resolution 1890 (2009), sechzehnter Präambelabs.	

	betont, dass alle Parteien und bewaffneten Gruppen in [dem betroffenen Staat] gehalten sind, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung ... zu ergreifen, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht, insbesondere durch Vermeidung unterschiedsloser Angriffe auf bevölkerte Gebiete	Resolution 1814 (2008), Ziff. 17	
	bekräftigend, wie wichtig es ist, dass alle Parteien, einschließlich der ausländischen Kräfte, die die Aufrechterhaltung der Sicherheit und der Stabilität in [dem betroffenen Staat] fördern, im Einklang mit dem Völkerrecht, einschließlich der einschlägigen Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht, handeln und mit den zuständigen internationalen Organisationen zusammenarbeiten, ... und unterstreichend, dass alle Parteien, einschließlich der ausländischen Kräfte, alle durchführbaren Schritte unternehmen sollen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen zu gewährleisten	Resolution 1790 (2007), achtzehnter Präambelabs.	
	verlangt, dass alle beteiligten Parteien die für sie nach dem Völkerrecht [dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht] geltenden Verpflichtungen, insbesondere die in den Haager Abkommen von 1899 und 1907 und in den Genfer Abkommen von 1949 und den dazugehörigen Zusatzprotokollen von 1977 enthaltenen Verpflichtungen, sowie die Beschlüsse des Sicherheitsrats strikt befolgen	Resolution 1674 (2006), Ziff. 6	
E. Kleinwaffen und leichte Waffen, Minen und explosive Kampfmittelrückstände			
Den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und ihre unerlaubte Lieferung verurteilen	unter Verurteilung des anhaltenden illegalen Zustroms von Waffen in [den betroffenen Staat] und innerhalb des Landes unter Verstoß gegen die Resolutionen [, die Sanktionen vorschreiben,] seine Entschlossenheit bekundend, die Einhaltung des Waffenembargos und der anderen mit seinen Resolutionen betreffend [den betroffenen Staat] festgelegten Maßnahmen weiter genau zu überwachen	Resolution 1896 (2009), dreizehnter Präambelabs.	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1919 (2010), Ziff. 15; 1296 (2000), Ziff. 21; und 1265 (1999), Ziff. 17.
	stellt fest, dass die exzessive Anhäufung von Kleinwaffen und leichten Waffen und deren destabilisierende Wirkung ein beträchtliches Hindernis für die Bereitstellung humanitärer Hilfe darstellen und Konflikte verschärfen und verlängern, das Leben von Zivilpersonen gefährden sowie die Sicherheit und das Vertrauen untergraben können, die für die Wiederherstellung von Frieden und Stabilität erforderlich sind	Resolution 1894 (2009), Ziff. 29	
	anerkennt die schädlichen Auswirkungen der Verbreitung von Waffen, insbesondere Kleinwaffen, auf die Sicherheit von Zivilpersonen, namentlich Flüchtlingen und anderen schwächeren Gesellschaftsgruppen, vor allem Kindern, und verweist in diesem Zusammenhang auf die Resolution 1209 (1998) vom 19. November 1998	Resolution 1261 (1999), Ziff. 14	

Die Einhaltung der internationalen Maßnahmen betreffend Kleinwaffen fordern	fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, im Einklang mit dem Aktionsprogramm zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten wirksame Maßnahmen zu ergreifen, unter anderem durch die Beilegung von Konflikten und die Ausarbeitung und Anwendung einzelstaatlicher Rechtsvorschriften, auf eine Weise, die mit den Verpflichtungen der Staaten nach dem einschlägigen Völkerrecht im Einklang steht, um den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen einzudämmen, die für Parteien bewaffneter Konflikte bestimmt sind, welche die einschlägigen Bestimmungen des geltenden Völkerrechts über die Rechte und den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten nicht in vollem Umfang achten	Resolution 1460 (2003), Ziff. 7	Siehe zum Beispiel auch Resolution 1209 (1998), Ziff. 3.
	fordert wirksame internationale Maßnahmen zur Verhütung des illegalen Zustroms von Kleinwaffen in Konfliktgebiete	Resolution 1318 (2000), Anlage, Abschn. VI, erster Abs.	
	betont, wie wichtig es ist, dass alle Mitgliedstaaten und insbesondere die Staaten, die Waffen herstellen oder verkaufen, Waffentransfers einschränken, die bewaffnete Konflikte hervorrufen oder verlängern beziehungsweise bestehende Spannungen oder Konflikte ... verschärfen könnten	Resolution 1209 (1998), Ziff. 3	
	betont, dass es notwendig ist, das Aktionsprogramm [zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten] sowie das Internationale Rechtsinstrument zur Ermöglichung der rechtzeitigen und zuverlässigen Identifikation und Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen durch die Staaten durchzuführen, um echte Fortschritte bei der Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen zu erzielen. Insbesondere wird den Staaten nahegelegt, die physische Sicherheit und die Verwaltung von Lagerbeständen zu stärken, überschüssige und veraltete Kleinwaffen und leichte Waffen zu vernichten, sicherzustellen, dass alle Kleinwaffen und leichten Waffen zum Zeitpunkt der Herstellung und der Einfuhr gekennzeichnet werden, sowie die Ausfuhr- und Grenzkontrollen zu verstärken und Waffenvermittlungsgeschäfte zu kontrollieren	Erklärung des Präsidenten S/PRST/2007/24	
Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und der sonstigen maßgeblichen Akteure bei der Verhütung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und ihrer unerlaubten Lieferung	bekundet seine tiefe Besorgnis über das Fortbestehen örtlich begrenzter Konflikte und Gewalttätigkeiten mit ihren Auswirkungen auf Zivilpersonen und die Verbreitung von Waffen, insbesondere Kleinwaffen, und ersucht in dieser Hinsicht [die Mission], auch weiterhin lokale Mechanismen zur Konfliktbeilegung zu unterstützen und zu überwachen, ob Rüstungsgüter oder sonstiges Wehrmaterial in [der betroffenen Region] vorhanden sind	Resolution 1935 (2010), Ziff. 17	
	ist sich dessen bewusst, dass die Verbreitung von Waffen, insbesondere Kleinwaffen, die Sicherheit der Zivilpersonen beeinträchtigt, indem sie den Konflikt anheizt, legt [der Mission] nahe, sich weiter darum zu bemühen, der Regie-	Resolution 1919 (2010), Ziff. 15	

rung [des betreffenden Gebiets] im Hinblick auf den Prozess der Entwaffnung der Zivilbevölkerung behilflich zu sein, insbesondere durch die Stärkung der Fähigkeit der lokalen Behörden, von Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen abzuschrecken, und durch die Überwachung von Initiativen zur Zwangsentwaffnung der Zivilbevölkerung in dem Bemühen, Entwaffnungsmaßnahmen zu verhindern, die die Unsicherheit in [dem betroffenen Gebiet] verschärfen könnten	
ersucht den Generalsekretär, der ... Regierung weiter beim Aufbau der Übergangs-Sicherheitsinstitutionen, namentlich der ... Polizei und der Nationalen Sicherheitskräfte, behilflich zu sein, und ersucht den Generalsekretär ferner, die [Regierung] bei der Ausarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie, einschließlich Plänen für die Bekämpfung des unerlaubten Waffenhandels, für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und Justiz- und Strafvollzugskapazitäten, zu unterstützen	Resolution 1872 (2009), Ziff. 9
beschließt, dass [die Friedenssicherungsmission] das Mandat haben wird, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihres Einsatzgebiets [dem betroffenen Staat] dabei behilflich zu sein, ein stabiles Sicherheitsumfeld in dem Land zu schaffen, und zu diesem Zweck ... *h*) Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, deren Präsenz im Hoheitsgebiet [des betroffenen Staates] gegen die mit [der Resolution, mit der ein Waffenembargo verhängt wurde] ... verhängten ... Maßnahmen verstößt, zu beschlagnahmen oder gegebenenfalls einzusammeln und sie auf geeignete Weise zu entsorgen	Resolution 1756 (2007), Ziff. 2 *h*)
beschließt, dass [die Friedenssicherungsmission] folgendes Mandat haben wird: ... *m*) in Zusammenarbeit mit der Sachverständigengruppe ... und gegebenenfalls mit [den Friedenssicherungsmissionen in den Nachbarländern] und den beteiligten Regierungen die Durchführung der mit [Resolution] verhängten Maßnahmen zu überwachen, namentlich indem sie in dem Maße, in dem sie es für erforderlich halten, und ohne vorherige Ankündigung die Fracht der Luftfahrzeuge und Transportfahrzeuge inspizieren, die Häfen, Flughäfen, Flugfelder, Militärstützpunkte und Grenzübergänge [des betroffenen Staates] benutzen; *n*) gegebenenfalls Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, die unter Verstoß gegen die mit [Resolution] verhängten Maßnahmen [in den betroffenen Staat] verbracht wurden, einzusammeln und auf geeignete Weise zu entsorgen	Resolution 1609 (2005), Ziff. 2

Gezielte und abgestufte Maßnahmen zur Reaktion auf den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und ihre unerlaubte Lieferung	beschließt, dass alle Mitgliedstaaten sofort die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Verkauf oder die Lieferung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial jeder Art an [den betroffenen Staat], einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und Ersatzteilen für dieselben, sowie die Bereitstellung von technischer Hilfe, Ausbildung, finanzieller und anderer Hilfe im Zusammenhang mit den militärischen Aktivitäten oder mit der Bereitstellung, der Herstellung, der Wartung oder dem Einsatz dieser Gegenstände, gleichviel ob sie ihren Ursprung in ihrem Hoheitsgebiet haben oder nicht, durch ihre Staatsangehörigen oder von ihrem Hoheitsgebiet aus oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen zu verhindern	Resolution 1907 (2009), Ziff. 5	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1907 (2009), Ziff. 12; und 1521 (2003), Ziff. 2 *a*).
	beschließt, dass alle Staaten die bereits mit [den Sanktionsresolutionen des Sicherheitsrats] verhängten Maßnahmen im Hinblick auf [bestimmte illegale bewaffnete Gruppen] und die anderen mit ihnen verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen ... ergreifen werden: ... *c*) zu verhindern, dass an diese Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch ihre Staatsangehörigen außerhalb ihres Hoheitsgebiets oder unter Nutzung von Schiffen oder Luftfahrzeugen, die ihre Flagge führen, Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und entsprechender Ersatzteile, und technische Beratung, Hilfe oder Ausbildung hinsichtlich militärischer Aktivitäten auf direktem oder indirektem Weg geliefert, verkauft oder weitergegeben werden	Resolution 1904 (2009), Ziff. 1	
	bekräftigt seine Absicht, zu erwägen, im Rahmen landesspezifischer Resolutionen gezielte und abgestufte Maßnahmen, wie unter anderem ein Verbot der Ausfuhr und Lieferung von Kleinwaffen und leichten Waffen und sonstigem militärischem Gerät sowie von militärischer Hilfe, gegen die Parteien in Situationen bewaffneten Konflikts, mit denen der Sicherheitsrat befasst ist, zu verhängen, die gegen das anwendbare Völkerrecht in Bezug auf die Rechte und den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten verstoßen	Resolution 1612 (2005), Ziff. 9	
	bekundet seine Absicht, geeignete Maßnahmen im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zu erwägen, um gegen die Verbindungen zwischen bewaffneten Konflikten und Terrorismus, unerlaubtem Edelsteinhandel, unerlaubtem Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen und anderen kriminellen Aktivitäten vorzugehen, die bewaffnete Konflikte in die Länge ziehen oder ihre Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, namentlich Kinder, verstärken können	Resolution 1379 (2001), Ziff. 6	

Internationale und regionale Zusammenarbeit bei der Verhütung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und ihrer unerlaubten Lieferung	fordert alle Parteien und alle Staaten, insbesondere die Staaten der Region, einschließlich der internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen, nachdrücklich auf, die Überwachungsgruppe in ihrer Arbeit [in Bezug auf das Waffenembargo] uneingeschränkt zu unterstützen und die Sicherheit ihrer Mitglieder sowie ungehinderten Zugang zu gewährleisten, insbesondere zu den Personen, Dokumenten und Orten, bei denen die Überwachungsgruppe dies zur Erfüllung ihres Mandats für sachdienlich erachtet	Resolution 1916 (2010), Ziff. 12
	fordert alle Mitgliedstaaten auf, nach Maßgabe ihrer nationalen Befugnisse und Rechtsvorschriften und im Einklang mit dem Völkerrecht in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet, einschließlich ihrer Seehäfen und Flughäfen, alle Ladungen auf dem Weg [in die] oder aus [den betreffenden Staaten] zu überprüfen, falls der betreffende Staat über Informationen verfügt, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass die Ladung Gegenstände enthält, deren Lieferung, Weitergabe oder Ausfuhr nach [den Resolutionen des Sicherheitsrats] ... verboten ist	Resolution 1907 (2009), Ziff. 7
	ersucht die Regierungen [des betroffenen Staates] und aller Staaten, insbesondere derjenigen in der Region, die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in [dem betroffenen Staat] und die Sachverständigengruppe, intensiv zusammenzuarbeiten, namentlich durch den Austausch von Informationen betreffend Waffenlieferungen, Handelswege und strategische Minen, von denen bekannt ist, dass sie von bewaffneten Gruppen kontrolliert oder genutzt werden, Flüge aus der Region ... [in den betroffenen Staat] und aus [dem betroffenen Staat] in die Region ..., die illegale Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und den illegalen Handel damit und die Aktivitäten der von dem [Sanktions]ausschuss gemäß Ziffer 4 der Resolution 1857 (2008) benannten Personen und Einrichtungen	Resolution 1896 (2009), Ziff. 10
	verlangt ferner, dass alle Parteien und alle Staaten sicherstellen, dass ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle unterstehende Personen und Einrichtungen mit der Sachverständigengruppe zusammenarbeiten, und ersucht in diesem Zusammenhang alle Staaten, dem Ausschuss eine Anlaufstelle zu benennen, um die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit der Sachverständigengruppe zu verstärken	Resolution 1896 (2009), Ziff. 12
	fordert die Länder der Region ... auf, ihre Zusammenarbeit mit dem Ausschuss des Sicherheitsrats und der Sachverständigengruppe ... bei der Durchsetzung des Waffenembargos in [dem betroffenen Staat] zu verstärken und den grenzüberschreitenden Handel mit unerlaubten Kleinwaffen und leichten Waffen, den unerlaubten Handel mit natürlichen Ressourcen sowie die grenzüberschreitenden Bewegungen von Kombattanten zu bekämpfen, und verlangt abermals, dass [die Staaten in der Region] Maßnahmen ergreifen, um die Nutzung ihres jeweiligen Hoheitsgebiets zur Unterstützung von Aktivitäten der in der Region anwesenden bewaffneten Gruppen zu verhindern	Resolution 1653 (2006), Ziff. 16

	ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass seine [Sonderbeauftragten für die Nachbarländer] die Tätigkeiten [ihrer jeweiligen Missionen] koordinieren, dass sie die ihnen zur Verfügung stehenden militärischen Informationen austauschen, insbesondere soweit diese grenzüberschreitende Bewegungen bewaffneter Elemente und den Waffenhandel betreffen, und dass sie ihre logistischen und administrativen Ressourcen zusammenlegen, soweit dies ihre Fähigkeit zur Durchführung ihres jeweiligen Mandats nicht beeinträchtigt, um größtmögliche Effizienz und Kostenwirksamkeit zu erzielen	Resolution 1545 (2004), Ziff. 20
Antiminenprogramme und explosive Kampfmittelrückstände	begrüßt die bislang erzielten Fortschritte bei der Durchführung des Antiminenprogramms für [das betroffene Land], ermutigt die Regierung [des betroffenen Landes], mit Unterstützung durch die Vereinten Nationen und alle maßgeblichen Akteure ihre Anstrengungen zur Räumung von Antipersonenminen, Panzerabwehrminen und explosiven Kampfmittelrückständen fortzusetzen, um die Bedrohungen für das menschliche Leben und für den Frieden und die Sicherheit in dem Land zu verringern, und erklärt, dass für die Betreuung, die Rehabilitation und die wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung der Opfer, darunter Menschen mit Behinderungen, Hilfe gewährt werden muss	Resolution 1917 (2010), Ziff. 19
	fordert die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auf, alle praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um die Zivilbevölkerung, namentlich Kinder, vor den Auswirkungen von Landminen und anderen explosiven Kampfmittelrückständen zu schützen, und legt in dieser Hinsicht der internationalen Gemeinschaft nahe, die Anstrengungen der Länder zur Räumung von Landminen und anderen explosiven Kampfmittelrückständen zu unterstützen und Hilfe bei der Betreuung und Rehabilitation sowie der wirtschaftlichen und sozialen Wiedereingliederung der Opfer, einschließlich Menschen mit Behinderungen, zu gewähren	Resolution 1894 (2009), Ziff. 29
	mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die ernste Gefahr für die Zivilbevölkerung, die von Antipersonenminen, Kampfmittelrückständen und behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen ausgehen kann, und unter Betonung der Notwendigkeit, den Einsatz von Waffen und Vorrichtungen zu unterlassen, die nach dem Völkerrecht verboten sind	Resolution 1868 (2009), achtzehnter Präambelabs.
	begrüßt den fortgesetzten Beitrag [der Friedenssicherungsmission] zur operativen Minenräumung, ... befürwortet, dass die Vereinten Nationen [dem betroffenen Staat] weitere Hilfe bei Antiminenprogrammen gewähren und dabei sowohl den weiteren Aufbau [seiner] nationalen Antiminenkapazität als auch die vordringlichen Minenräumungstätigkeiten ... unterstützen, lobt die Geberländer für die Unterstützung dieser Anstrengungen durch Geld- und Sachbeiträge und fordert zu weiteren internationalen Beiträgen auf, nimmt davon Kenntnis, dass [dem betroffenen Staat] und [der Friedenssicherungsmission] Karten und Informationen über die Lage	Resolution 1525 (2004), Ziff. 9

	von Minen zugeleitet wurden, und unterstreicht die Notwendigkeit, [dem betroffenen Staat] und [der Friedenssicherungsmission] zusätzliche Karten und Unterlagen über die Lage von Minen zur Verfügung zu stellen		
	Der [Sicherheits]rat bekundet seine tiefste Besorgnis über die sehr hohe Zahl nicht zur Wirkung gelangter [explosiver] Kampfmittel, einschließlich Streumunition, in [der Region des betroffenen Landes]. Er beklagt es, dass seit der Einstellung der Feindseligkeiten Dutzende Zivilpersonen sowie mehrere Minenräumer durch diese Kampfmittel getötet oder verwundet wurden. Er unterstützt in diesem Zusammenhang das Ersuchen des Generalsekretärs an [die Konfliktpartei], den Vereinten Nationen ausführliche Daten über [ihren] Einsatz von Streumunition in [dem Gebiet des betroffenen Staates] vorzulegen	Erklärung des Präsidenten S/PRST/2007/12	
F. Rechtseinhaltung, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit			
Verbreitung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen und diesbezügliche Ausbildung	fordert die Staaten erneut auf, soweit sie es nicht bereits getan haben, die Unterzeichnung und Ratifikation der einschlägigen Übereinkünfte auf dem Gebiet des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts beziehungsweise den Beitritt dazu zu erwägen und geeignete Gesetzgebungs-, Justiz- und Verwaltungsmaßnahmen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesen Übereinkünften zu ergreifen	Resolution 1894 (2009), Ziff. 5	Siehe zum Beispiel auch Resolution 1265 (1999), achter Präambelabs. und Ziff. 5.
	fordert alle beteiligten Parteien auf, *a)* für die möglichst weite Verbreitung von Informationen über das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht zu sorgen; *b*) für die Schulung von Amtsträgern, Angehörigen der Streitkräfte und bewaffneter Gruppen, den Streitkräften beigeordnetem Personal, Zivilpolizisten und Personal der Strafverfolgungsbehörden, Richtern und Rechtsanwälten und für die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft und der Zivilbevölkerung in Bezug auf die einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts sowie den Schutz, die besonderen Bedürfnisse und die Menschenrechte von Frauen und Kindern in Konfliktsituationen zu sorgen, um die volle und wirksame Einhaltung zu erreichen; ... *d*) sich nach Bedarf um Unterstützung durch die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen sowie die Landesteams der Vereinten Nationen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und gegebenenfalls andere Mitglieder der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung für Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen in Bezug auf das humanitäre	Resolution 1894 (2009), Ziff. 7	

	Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht zu bemühen		
Förderung der Rechtseinhaltung durch gezielte und abgestufte Maßnahmen	unterstreicht, dass er uneingeschränkt bereit ist, gezielte Maßnahmen gegen die von dem [Sanktions]ausschuss benannten Personen zu verhängen, von denen unter anderem festgestellt wird: ... *d*) dass sie für schwere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in [dem betroffenen Land] verantwortlich sind; *e*) dass sie öffentlich zu Hass und Gewalt aufstacheln	Resolution 1893 (2009), Ziff. 20	Siehe zum Beispiel auch Resolution 1727 (2006), Ziff. 12.
	alle Staaten [werden] ... die notwendigen Maßnahmen treffen ... um die Einreise oder Durchreise aller von [dem Sanktionsausschuss] ... bezeichneten Personen in beziehungsweise durch ihr Hoheitsgebiet zu verhindern	Resolution 1807 (2008), Ziff. 9, 11 und 13 *e*)	
	beschließt..., dass alle Staaten während des Zeitraums der Anwendung der ... Maßnahmen sofort die sich ab dem Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Resolution in ihrem Hoheitsgebiet befindenden Gelder, anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen einfrieren werden, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der ... von dem Ausschuss benannten Personen oder Einrichtungen stehen oder die von Einrichtungen gehalten werden, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle dieser Personen und Einrichtungen oder von in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handelnden Personen oder Einrichtungen stehen, ... und beschließt, dass alle Staaten sicherstellen werden, dass ihre Staatsangehörigen oder Personen innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die genannten Personen oder Einrichtungen oder zu ihren Gunsten keine Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen		
	beschließt, dass [diese] Bestimmungen ... auf die ... Personen ... Anwendung finden, die in [dem betroffenen Staat] tätig sind und die schwere Verstöße gegen das Völkerrecht begehen, namentlich das gezielte Vorgehen gegen Kinder oder Frauen in Situationen bewaffneten Konflikts, einschließlich Tötung und Verstümmelung, sexueller Gewalt, Entführung und Vertreibung		
	beschließt, dass die ... Personen, die ... Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, Verletzungen der internationalen Menschenrechte oder andere Gräueltaten begehen, ... den [folgenden] Maßnahmen unterliegen: dass alle Staaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um zu verhindern, dass irgendeine der ... von dem [Sanktionsausschuss] benannten Personen in ihr Hoheitsgebiet einreist oder durch ihr Hoheitsgebiet durchreist, wobei kein Staat durch diese Bestimmung verpflichtet wird,	Resolution 1591 (2005), Ziff. 3 *c*)-*e*)	

	seinen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern; dass alle Staaten alle sich zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Resolution oder zu einem späteren Zeitpunkt in ihrem Hoheitsgebiet befindenden Gelder, finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen einfrieren werden, die im Besitz oder unter der unmittelbaren oder mittelbaren Kontrolle der [von dem Sanktionsausschuss] benannten Personen stehen oder die von Einrichtungen gehalten werden, die im Besitz oder unter der unmittelbaren oder mittelbaren Kontrolle dieser Personen oder von Personen stehen, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln, und beschließt außerdem, dass alle Staaten sicherstellen werden, dass ihre Staatsangehörigen oder Personen innerhalb ihres Hoheitsgebiets den genannten Personen oder Einrichtungen keine Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen oder ihnen zugute kommen lassen		
	beschließt ..., dass alle Staaten für einen Zeitraum von zwölf Monaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um zu verhindern, dass die folgenden Personen in ihr Hoheitsgebiet einreisen oder durch ihr Hoheitsgebiet durchreisen: alle ... Personen, die eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses in [dem betroffenen Staat] darstellen, insbesondere ... jede andere Person, von der ... festgestellt wurde, dass sie für schwere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts ... verantwortlich ist, ... wobei kein Staat durch diese Bestimmungen verpflichtet wird, seinen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern	Resolution 1572 (2004), Ziff. 9	
Rechenschaftspflicht	fordert die Regierung [des betroffenen Landes] nachdrücklich auf, die volle Umsetzung ihrer Nulltoleranzpolitik in Bezug auf die von Elementen der Streitkräfte ... begangenen Disziplinarverstöße und Menschenrechtsverletzungen, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, zu gewährleisten, und fordert ferner nachdrücklich dazu auf, dass alle Berichte über solche Rechtsverletzungen mit Unterstützung [der Mission] gründlich untersucht und alle Verantwortlichen im Rahmen eines robusten und unabhängigen Verfahrens vor Gericht gestellt werden	Resolution 1906 (2009), Ziff. 11	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1906 (2009), achter Präambelabs.; 1902 (2009), elfter Präambelabs. und Ziff. 18; 1863 (2009), zehnter Präambelabs.; 1828 (2008), achter Präambelabs.; 1826 (2008), neunter Präambelabs.; 1816 (2008), Ziff. 16; 1769 (2007), zwölfter Präambelabs.; 1674 (2006), Ziff. 8 und 11; 1591 (2005), fünfter Präambelabs.; 1577 (2004), Ziff. 2; 1565 (2004), Ziff. 19;
	bekräftigt seine entschiedene Ablehnung der Straflosigkeit für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen und betont in diesem Zusammenhang, dass die Staaten die Verantwortung für die Einhaltung ihrer einschlägigen Verpflichtungen tragen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, eingehende Ermittlungen anzustellen und die für Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht Verantwortlichen strafrechtlich zu ver-	Resolution 1894 (2009), Ziff. 10	

folgen, um Verstöße zu verhüten, ihre Wiederholung zu verhindern und dauerhaften Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit und Aussöhnung herbeizuführen		1564 (2004), neunter Präambelabs. und Ziff. 7; 1556 (2004), zehnter Präambelabs. und Ziff. 6; 1479 (2003), Ziff. 8; 1468 (2003), Ziff. 2; 1296 (2000), Ziff. 17; 1291 (2000), Ziff. 15; und 1289 (2000), Ziff. 17.
bekräftigt, dass die Beendigung der Straflosigkeit unerlässlich ist, damit eine Gesellschaft, die sich in einem Konflikt befindet oder dabei ist, einen Konflikt zu überwinden, vergangene Übergriffe gegen Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten bewältigen und aufarbeiten und künftige derartige Übergriffe verhindern kann	Resolution 1674 (2006), Ziff. 7	
unter Hinweis darauf, dass den Staaten die Verantwortung obliegt, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und die Verantwortlichen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere an Zivilpersonen verübte abscheuliche Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen, und in dieser Hinsicht mit Besorgnis feststellend, dass bisher nur wenige Täter sexueller Gewalt vor Gericht gestellt worden sind, jedoch sich dessen bewusst, dass innerstaatliche Justizsysteme in Konflikt- und Postkonfliktsituationen erheblich geschwächt sein können	Resolution 1888 (2009), siebter Präambelabs.	
fordert die [nationalen] Behörden erneut auf, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, insbesondere auch indem sie die Urheber von schweren Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht unverzüglich vor Gericht stellen, und bei der Auswahl von Bewerbern für Amtspositionen, darunter Schlüsselstellen in den Streitkräften, der Nationalpolizei und anderen Sicherheitsdiensten, deren vergangenes Verhalten hinsichtlich der Achtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte zu berücksichtigen	Resolution 1756 (2007), Ziff. 12	
verurteilt entschieden die systematischen Gewalthandlungen gegen Zivilpersonen, einschließlich der Massaker, sowie die anderen Gräueltaten und Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, insbesondere die sexuellen Gewalthandlungen gegen Frauen und Mädchen, betont, dass die Verantwortlichen, auch auf Führungsebene, vor Gericht gestellt werden müssen, und fordert alle Parteien, einschließlich [des betroffenen Staates], nachdrücklich auf, alles Notwendige zu tun, um weitere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, insbesondere soweit Zivilpersonen davon betroffen sind, zu verhindern	Resolution 1493 (2003), Ziff. 8	
bekräftigt, dass alle Konfliktparteien gehalten sind, ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und insbesondere aus den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zu erfüllen, und dass Personen, die schwerwiegende Verstöße gegen die Abkommen begehen oder ihre Begehung anordnen, für diese Verstöße individuell verantwortlich sind	Resolution 1193 (1998), Ziff. 12	

Schaffung von gerichtlichen Ad-hoc-Mechanismen und Untersuchungskommissionen	weist darauf hin, dass Rechenschaftspflicht für ... schwere Verbrechen gewährleistet werden muss, indem Maßnahmen auf nationaler Ebene ergriffen werden und die internationale Zusammenarbeit zur Unterstützung nationaler Mechanismen verstärkt wird, lenkt die Aufmerksamkeit auf die gesamte Bandbreite der Justiz- und Aussöhnungsmechanismen, die in Betracht zu ziehen sind, wie etwa nationale, internationale und „gemischte" Strafgerichtshöfe, Wahrheits- und Aussöhnungskommissionen sowie nationale Wiedergutmachungsprogramme für die Opfer und institutionelle Reformen, und unterstreicht die Rolle des [Sicherheits]rats bei der Beendigung der Straflosigkeit	Resolution 1894 (2009), Ziff. 11	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1902 (2009), Ziff. 17; 1888 (2009), achter Präambelabs.; und 1674 (2006), Ziff. 6.
	anerkennend, wie wichtig die Unrechtsaufarbeitung ist, um eine dauerhafte Aussöhnung unter allen Menschen [des betroffenen Staates] zu fördern, und unter Begrüßung des Prozesses der nationalen Konsultationen über die Schaffung von Mechanismen der Unrechtsaufarbeitung	Resolution 1902 (2009), neunter Präambelabs.	
	ersucht den Generalsekretär, rasch eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen, um Berichte über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und gegen die Menschenrechte ... durch alle Parteien umgehend zu untersuchen, um außerdem festzustellen, ob Völkermordhandlungen stattgefunden haben oder nicht, und um die Urheber solcher Verstöße zu ermitteln, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können, [und] fordert alle Parteien auf, mit einer solchen Kommission uneingeschränkt zusammenzuarbeiten	Resolution 1564 (2004), Ziff. 12	
	betont, dass es Aufgabe der Staaten ist, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts verantwortlichen Personen strafrechtlich zu verfolgen, [und] bekräftigt die Möglichkeit, zu diesem Zweck die gemäß Artikel 90 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen geschaffene Internationale Ermittlungskommission heranzuziehen	Resolution 1265 (1999), Ziff. 6	
	beschließt hiermit, nach Erhalt des Ersuchens [des betroffenen Staates], einen internationalen Gerichtshof zu schaffen, zu dem ausschließlichen Zweck der Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet [des betroffenen Staates] [innerhalb eines bestimmten Zeitraums] verantwortlich sind, und der Verfolgung [von] Staatsangehörige[n] [des betroffenen Staates], die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind	Resolution 955 (1994), Ziff. 1	
	beschließt hiermit, einen internationalen Gerichtshof zu schaffen zu dem ausschließlichen Zweck, die Personen zu verfolgen, die für die zwischen [Daten] im Hoheitsgebiet [des betroffenen Staates] begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich sind	Resolution 827 (1993), Ziff. 2	

Situationen, die mit Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen verbunden sind, dem Internationalen Strafgerichtshof unterbreiten	es begrüßend, dass sich die Regierung [des betroffenen Landes] verpflichtet hat, diejenigen, die für Gräueltaten in dem Land verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen, Kenntnis nehmend von der Zusammenarbeit der Regierung [des betreffenden Landes] mit dem Internationalen Strafgerichtshof und betonend, wie wichtig es ist, sich aktiv zu bemühen, diejenigen, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dem Land verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen, und zu diesem Zweck auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten	Resolution 1925 (2010), zwölfter Präambelabs.	Siehe zum Beispiel auch Resolution 1906 (2009), zehnter Präambelabs.
	tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen beschließt, die Situation ... dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs zu unterbreiten beschließt ..., dass [der betroffene Staat] und alle anderen Parteien des Konflikts ... gemäß dieser Resolution mit dem Internationalen Strafgerichtshof und dem Ankläger uneingeschränkt zusammenarbeiten und ihnen jede erforderliche Unterstützung gewähren müssen, und wenngleich er anerkennt, dass den Staaten, die nicht Vertragspartei des Römischen Statuts des Gerichtshofs sind, keine Verpflichtung nach dem Statut obliegt, fordert er alle Staaten und zuständigen regionalen und anderen internationalen Organisationen nachdrücklich zur uneingeschränkten Zusammenarbeit auf bittet den Gerichtshof und [die zuständige Regionalorganisation], praktische Regelungen zur Erleichterung der Arbeit des Anklägers und des Gerichtshofs zu erörtern, darunter die Möglichkeit, Verfahren in der Region durchzuführen, was zu den regionalen Bemühungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit beitragen würde	Resolution 1593 (2005), sechster Präambelabs. und Ziff. 1-3	
Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit	begrüßt die im Hinblick auf die Reform der rechtsstaatlichen Institutionen unternommenen Schritte, ersucht [die Mission], auch weiterhin die diesbezüglich notwendige Unterstützung zu gewähren, und ermutigt die ... Behörden [des betroffenen Landes], diese Unterstützung in vollem Umfang zu nutzen, namentlich bei der Modernisierung der wichtigsten Rechtsvorschriften und bei der Durchführung des Justizreformplans, die notwendigen Schritte, einschließlich Ernennungen, zu unternehmen, die den übergeordneten Justizinstitutionen ein angemessenes Arbeiten ermöglichen, und das Problem der langandauernden Untersuchungshaft und der Überbelegung der Gefängnisse anzugehen, unter besonderer Berücksichtigung von Kindern	Resolution 1892 (2009), Ziff. 15	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1917 (2010), Ziff. 33; 1906 (2009), Ziff. 3; 1896 (2009), elfter Präambelabs.; 1892 (2009), siebter, neunter und sechzehnter Präambelabs.; und 1868 (2009), fünfter Präambelabs. und Ziff. 23.
	in diesem Zusammenhang betonend, wie wichtig es ist, dass die ... Regierung [des betroffenen Landes] weitere Fortschritte bei der Beendigung der Straflosigkeit und bei der Stärkung der Justizinstitutionen, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte innerhalb [des betroffenen Landes], namentlich auch für Frauen	Resolution 1890 (2009), achtzehnter Präambelabs.	

	und Mädchen, sowie bei dem Wiederaufbau und der Reform des Strafvollzugswesens in [dem betroffenen Land] erzielt		
	bittet [den betroffenen Staat], mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft auch weiterhin auf die Schaffung eines fairen und transparenten Justizsystems hinzuarbeiten, namentlich die Wiederherstellung und Reform des Strafvollzugs, um die Rechtsstaatlichkeit im ganzen Land zu stärken und die Straflosigkeit zu beseitigen	Resolution 1746 (2007), Ziff. 13	
	[den betroffenen Staat] nachdrücklich auffordernd, in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft eine umfassende Reform der Polizei sowie des Justiz- und Strafvollzugssystems durchzuführen, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen und der Straflosigkeit ein Ende zu setzen	Resolution 1702 (2006), neunter Präambelabs.	
	fordert alle beteiligten Parteien auf, dafür zu sorgen, dass alle Friedensprozesse, Friedensabkommen und Wiederherstellungs- und Wiederaufbaupläne nach einem Konflikt ... konkrete Maßnahmen für den Schutz von Zivilpersonen enthalten, namentlich ... die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit	Resolution 1674 (2006), Ziff. 11	
Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung	betonend, wie dringlich es für die langfristige Stabilisierung [des betroffenen Landes] ist, eine umfassende Reform des Sicherheitssektors durchzuführen und die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der [nationalen] bewaffneten Gruppen beziehungsweise die Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung der ausländischen bewaffneten Gruppen zu erreichen, in Anbetracht der Notwendigkeit, die Sicherheitsbedingungen für die Gewährleistung einer dauerhaften Wirtschaftsentwicklung zu schaffen, und betonend, wie wichtig die von den internationalen Partnern auf diesen Gebieten geleisteten Beiträge sind	Resolution 1925 (2010), vierter Präambelabs.	
	unter Betonung ... der Wichtigkeit ... der dauerhaften Entwaffnung, Demobilisierung, Neuansiedlung beziehungsweise Repatriierung und der Wiedereingliederung der [nationalen] und ausländischen bewaffneten Gruppen für die langfristige Stabilisierung [des betroffenen Landes] sowie des von den internationalen Partnern auf diesem Gebiet geleisteten Beitrags	Resolution 1906 (2009), dritter Präambelabs.	
	legt den ... Parteien eindringlich nahe, weitere Fortschritte zu erzielen, um den Wiedervereinigungs- und Entwaffnungsprozess voranzubringen, und legt den internationalen Gebern nahe, sie dabei nach Bedarf zu unterstützen	Resolution 1880 (2009), Ziff. 13	
Reform des Sicherheitssektors	erklärt erneut, wie wichtig es ist, die Funktionsfähigkeit, die Professionalität und die Rechenschaftspflicht des ... Sicherheitssektors [des betroffenen Landes] innerhalb eines umfassenden Rahmens durch geeignete Auswahlverfahren, Ausbildung, Förderprogramme, Ausrüstung und Programme zur Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit für Frauen wie für Männer zu steigern, um raschere Fortschritte in Richtung auf das Ziel eigenständiger und ethnisch ausgewo-	Resolution 1917 (2010), Ziff. 23	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1925 (2010), Ziff. 5; 1906 (2009), dritter Präambelabs. und Ziff. 3 und 4; 1896 (2009), zehnter Präambelabs.; und 1872 (2009), neunter Präambelabs.

	gener ... Sicherheitskräfte [des betroffenen Landes] zu erzielen, die für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit im gesamten Land sorgen		
	ersucht den Generalsekretär, die ... Regierung [des betroffenen Landes] auch weiterhin ... bei der Ausarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie zu unterstützen, die der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz der Menschenrechte Rechnung trägt und die auch ... den rechtlichen und politischen Rahmen für die Tätigkeit ihrer Sicherheitskräfte enthält, einschließlich Lenkungs-, Überprüfungs- und Aufsichtsmechanismen	Resolution 1910 (2010), Ziff. 12	
	fordert die ... Behörden [des betroffenen Staates] erneut auf, mit Unterstützung [der Mission] und im Einklang mit internationalen Standards einen wirksamen Überprüfungsmechanismus für die [Streitkräfte] und die nationalen Sicherheitskräfte einzurichten, um sicherzustellen, dass Personen ausgeschlossen werden, die mit Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen, und gegebenenfalls ein Gerichtsverfahren gegen diese Personen einzuleiten	Resolution 1906 (2009), Ziff. 32	
	unterstreicht, wie wichtig die Reform des Sicherheitssektors ist, und legt allen internationalen Partnern eindringlich nahe, ... die Anstrengungen zu unterstützen, die die Regierung ... unternimmt, um die nationalen Sicherheitsdienste und die Polizei zu professionalisieren und ihre Kapazität zu stärken, insbesondere was die Ausbildung in Bezug auf Fragen der Menschenrechte und der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt angeht	Resolution 1902 (2009), Ziff. 14	
	fordert die ... Regierung auf, ... den rechtlichen und politischen Rahmen für die Tätigkeit ihrer Sicherheitskräfte auszuarbeiten, einschließlich Lenkungs-, Überprüfungs- und Aufsichtsmechanismen, welche die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte gewährleisten	Resolution 1872 (2009), Ziff. 10	
Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und der sonstigen maßgeblichen Akteure bei der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der Förderung der Rechenschaftspflicht	beschließt, dass [die Mission] den folgenden, hier nach Prioritäten geordneten Auftrag haben wird: *Schutz von Zivilpersonen* ... *c*) die Regierung [des betroffenen Landes] bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, den Schutz der Zivilpersonen vor Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und vor Menschenrechtsverletzungen, namentlich vor allen Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, zu gewährleisten, die Menschenrechte zu fördern und zu schützen und die Straflosigkeit zu bekämpfen, insbesondere durch die Umsetzung der Nulltoleranzpolitik der Regierung in Bezug auf Disziplinarvergehen, Verletzungen der Menschenrechte und Verstöße gegen das humanitäre Recht, die von Elementen der Sicherheitskräfte, insbesondere den neu integrierten Elementen, begangen werden;	Resolution 1925 (2010), Ziff. 12	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1923 (2010), Ziff. 8; 1927 (2010), Ziff. 6; 1906 (2009), Ziff. 39; 1892 (2009), Ziff. 10; 1890 (2009), Ziff. 6; 1872 (2009), Ziff. 9; 1868 (2009), Ziff. 4; 1756 (2007), Ziff. 3; 1589 (2005), Ziff. 9; 1564 (2004), Ziff. 9; 1547 (2004), Ziff. 4; und 1528 (2004), Ziff. 6.

d) die nationalen und internationalen Anstrengungen, Täter vor Gericht zu bringen, zu unterstützen, insbesondere durch die Einsetzung von Unterstützungszellen für die Strafverfolgung, um den Militärjustizbehörden der Streitkräfte … bei der strafrechtlichen Verfolgung der von den [Militärkräften] festgenommenen Personen behilflich zu sein;

...

Stabilisierung und Friedenskonsolidierung

l) unter voller Berücksichtigung der Führungsrolle der Regierung [des betroffenen Landes] in enger Zusammenarbeit mit den anderen internationalen Partnern die [nationalen] Behörden bei ihren Anstrengungen zur Stärkung und Reform der Sicherheits- und Justizinstitutionen zu unterstützen;

...

o) in enger Abstimmung mit den [nationalen] Behörden ... ein mehrjähriges gemeinsames Justizunterstützungsprogramm der Vereinten Nationen auszuarbeiten und durchzuführen, um das Strafrechtssystem in den von Konflikten betroffenen Gebieten, Polizei, Richterschaft und Strafvollzug, aufzubauen und auf zentraler Ebene ... eine strategische programmatische Unterstützung einzurichten; ...

p) in enger Zusammenarbeit mit anderen internationalen Partnern die Anstrengungen zu unterstützen, die die ... Regierung [des betroffenen Landes] ... unternimmt, um die staatliche Autorität in dem von bewaffneten Gruppen freien Gebiet durch die Entsendung ausgebildeter Einheiten der ... Nationalpolizei zu konsolidieren und rechtsstaatliche Institutionen und eine Gebietsverwaltung aufzubauen

ersucht [die Mission], weiterhin ... zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte in [dem betroffenen Land] beizutragen, mit besonderem Augenmerk auf Gewalt gegen Kinder und Frauen, Menschenrechtsverletzungen zu überwachen und bei ihrer Untersuchung behilflich zu sein, um der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, ... und ersucht ferner den Generalsekretär, in seine Berichte an den [Sicherheits]rat weiterhin sachdienliche Angaben über die Fortschritte auf diesem Gebiet aufzunehmen — Resolution 1880 (2009), Ziff. 26

beschließt, dass [die Friedenssicherungsmission] im Einklang mit ihrem bestehenden Mandat ..., wonach sie bei der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit, der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung ... behilflich ist, [den nationalen Behörden] in Abstimmung mit den maßgeblichen Akteuren Hilfe und Rat bei der Überwachung, Umstrukturierung, Reform und Stärkung des Justizsektors gewähren wird, namentlich durch fachliche Hilfe für die Überprüfung aller einschlägigen Rechtsvorschriften, die Bereitstellung von Fachpersonal, die rasche Festlegung und Durchführung von Maßnahmen gegen die Überbelegung von Haftanstalten und übermäßig lange Untersuchungshaft und die Koordinierung und Planung — Resolution 1702 (2006), Ziff. 14

	dieser Aktivitäten, und bittet [den betroffenen Staat], von dieser Hilfe vollen Gebrauch zu machen		
	unterstreicht, wie wichtig eine Zivilpolizeikomponente bei Friedenssicherungseinsätzen ist, anerkennt die Rolle der Polizei bei der Gewährleistung der Sicherheit und des Wohls der Zivilbevölkerung und anerkennt in dieser Hinsicht die Notwendigkeit, die Kapazität der Vereinten Nationen zur raschen Dislozierung einer qualifizierten und gut ausgebildeten Zivilpolizei zu verstärken	Resolution 1265 (1999), Ziff. 15	
Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und der sonstigen maßgeblichen Akteure in Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogrammen und bei Reformen des Sicherheitssektors	beschließt, dass [die Mission] ... das folgende Mandat haben wird: ...: ... *k*) Reform des Sicherheitssektors – die Regierung ... gegebenenfalls bei der Reform des Sicherheitssektors und der Organisation der künftigen Nationalarmee, einschließlich der Schaffung eines wirksamen Überprüfungsmechanismus, zu beraten, im Einklang mit internationalen Standards; – gegebenenfalls zum Ausbau der Kapazitäten der Polizei und der Gendarmerie durch die [nationalen] Behörden beizutragen, insbesondere durch Ausbildung in der Kontrolle von Menschenmengen, und zur Wiederherstellung ihrer Präsenz [im ganzen betroffenen Land] beizutragen	Resolution 1933 (2010), Ziff. 16	Siehe zum Beispiel auch Resolution 1880 (2009), Ziff. 27.
	beschließt, dass [die Mission] den folgenden, hier nach Prioritäten geordneten Auftrag haben wird: ... *i*) insbesondere durch ihre politischen Vermittlungsbemühungen den Abschluss der Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der [nationalen] bewaffneten Gruppen oder ihre wirksame Eingliederung in die Armee, vorbehaltlich einer vorherigen angemessenen Ausbildung und Ausstattung, zu unterstützen; *j*) die Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung der Angehörigen der ausländischem bewaffneten Gruppen ... zu unterstützen ... *m*) die Regierung ... im Einklang mit den maßgeblichen Rechtsvorschriften zur Reform der [nationalen Streitkräfte] ... gemeinsam mit den internationalen und bilateralen Partnern dabei zu unterstützen, ihre militärischen Kapazitäten, namentlich auf dem Gebiet der Militärjustiz und der Militärpolizei, auszubauen, insbesondere durch die Harmonisierung der Maßnahmen und die Erleichterung des Austauschs von Informationen und Erfahrungen, und der Regierung auf ihr Ersuchen bei der Ausbildung von Bataillonen der [nationalen Streitkräfte] und der Militärpolizei behilflich zu sein, Institu-	Resolution 1925 (2010), Ziff. 12	

tionen der Militärjustiz zu unterstützen und Geber zur Bereitstellung von Ausrüstung und anderen erforderlichen Ressourcen zu mobilisieren;	
n) die von der Regierung [des betroffenen Landes] geleitete Polizeireform zu unterstützen, insbesondere durch die Ausbildung von Bataillonen der … Nationalpolizei und die Mobilisierung von Gebern zur Bereitstellung grundlegender Versorgungsgüter, wobei daran erinnert wird, dass die ... Behörden dringend den geeigneten rechtlichen Rahmen verabschieden müssen	
legt [der Mission] nahe, eng mit den [nationalen] Streitkräften ... zusammenzuarbeiten, um den Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung wiederzubeleben und bei den Anstrengungen zur freiwilligen Entwaffnung und zur Einsammlung und Vernichtung von Waffen behilflich zu sein, die zur Durchführung der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ... unternommen werden, sicherzustellen, dass rechtzeitig nachhaltige Wiedereingliederungsprogramme bereitgestellt werden, und so zur Förderung einer fortgesetzten und verstärkten finanziellen Unterstützung für die Wiedereingliederungsphase durch die Geber beizutragen und mit den lokalen Behörden und mit den Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen Initiativen zu koordinieren, die die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung durch die Schaffung wirtschaftlicher Möglichkeiten für die Wiedereingegliederten stärken, legt ferner den Gebern eindringlich nahe, Ersuchen um Hilfe für den Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, insbesondere für die Phase der Wiedereingliederung, zu entsprechen, fordert die Geber auf, allen Verpflichtungen und Hilfezusagen nachzukommen, und nimmt in diesem Zusammenhang Kenntnis von der Notwendigkeit, auch den Opfern in von einem Konflikt betroffenen Gemeinschaften zu helfen	Resolution 1919 (2010), Ziff. 18
legt [der Mission] nahe, sich in Übereinstimmung mit ihrem Mandat und im Rahmen der genehmigten Personalstärke ihres Zivilpolizeianteils weiter darum zu bemühen, den Parteien des ... [Friedensabkommens] bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit, bei der Umstrukturierung der Polizei und des Strafvollzugs in [dem ganzen betroffenen Land], insbesondere [dort], wo die Polizeidienste unzureichend entwickelt sind, und bei der Ausbildung von Zivilpolizisten und Strafvollzugsbeamten behilflich zu sein	Resolution 1919 (2010), Ziff. 17
ersucht den Generalsekretär, die Regierung [des betroffenen Landes] auch weiterhin beim Aufbau der Übergangs-Sicherheitsinstitutionen, namentlich der [nationalen] Polizei und der nationalen Sicherheitskräfte, sowie bei der Ausarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie zu unterstützen, die der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz der Menschenrechte Rechnung trägt und die auch Pläne zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliede-	Resolution 1910 (2010), Ziff. 12

	rung, hinsichtlich der Justiz- und der Strafvollzugskapazitäten sowie den rechtlichen und politischen Rahmen für die Tätigkeit ihrer Sicherheitskräfte enthält, einschließlich Lenkungs-, Überprüfungs- und Aufsichtsmechanismen		
	ersucht [die Mission] ferner, im Rahmen der umfassenderen internationalen Anstrengungen zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors den [Streitkräften] ... eine militärische Ausbildung zu gewähren, namentlich auf dem Gebiet der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts, des Kinderschutzes und der Verhütung von geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt	Resolution 1906 (2009), Ziff. 31	
	ersucht [die Mission] ..., außerdem weiterhin dazu beizutragen, die Regierung [des betroffenen Landes] bei der Wiederherstellung einer Zivilpolizeipräsenz in [dem ganzen betroffenen Land] zu unterstützen und die Regierung [des betroffenen Landes] bei der Neugliederung der Dienste der inneren Sicherheit und der Wiederherstellung der Autorität des Justizsystems und der Rechtsstaatlichkeit in [dem ganzen betroffenen Land] zu beraten	Resolution 1880 (2009), Ziff. 27	
G. Medien und Information			
Schutz von Journalisten	fordert die volle Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und des humanitären Völkerrechts in [dem ganzen betroffenen Land], nimmt mit Besorgnis Kenntnis von den Einschränkungen der Medienfreiheit und den Angriffen auf Journalisten	Resolution 1917 (2010), Ziff. 34	Siehe auch Resolution 1738 (2006), Ziff. 7.
	verurteilt die vorsätzlichen Angriffe auf Journalisten, Medienangehörige und deren Mitarbeiter in Situationen bewaffneten Konflikts und fordert alle Parteien auf, derartigen Praktiken ein Ende zu setzen	Resolution 1738 (2006), Ziff. 1	
	erinnert ... daran, dass Journalisten, Medienangehörige und deren Mitarbeiter, die in Gebieten eines bewaffneten Konflikts gefährliche berufliche Aufträge ausführen, als Zivilpersonen gelten und als solche zu achten und zu schützen sind, sofern sie nichts unternehmen, was ihren Status als Zivilpersonen beeinträchtigt, wobei der Anspruch der bei den Streitkräften akkreditierten Kriegsberichterstatter auf den nach Artikel 4 Buchstabe A Absatz 4 des Dritten Genfer Abkommens vorgesehenen Kriegsgefangenenstatus unberührt bleibt	Resolution 1738 (2006), Ziff. 2	
	verweist darauf, dass Medienausrüstung und -anlagen zivile Objekte darstellen und dass sie in dieser Hinsicht weder angegriffen noch zum Gegenstand von Repressalien gemacht werden dürfen, es sei denn, sie sind militärische Ziele	Resolution 1738 (2006), Ziff. 3	
	fordert die Staaten und alle anderen Parteien eines bewaffneten Konflikts nachdrücklich auf, alles zu tun, um gegen Zivilpersonen, einschließlich Journalisten, Medienangehöriger und deren Mitarbeiter, gerichtete Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zu verhindern	Resolution 1738 (2006), Ziff. 6	

Gegen Aufstachelung zu Gewalt vorgehen	fordert alle [Bürger des betroffenen Staates] nachdrücklich auf, jeden Aufruf zu Hass, Intoleranz und Gewalt zu unterlassen, stellt mit Interesse fest, dass der Generalsekretär in seinem Bericht ... dem Sicherheitsrat nahegelegt hat, zielgerichtete Sanktionen gegen Medienakteure zu verhängen, die politische Spannungen anfachen und zu Gewalt aufstacheln, und erklärt erneut, dass er uneingeschränkt bereit ist, gezielte Maßnahmen ... zu verhängen, so auch gegen Personen, bei denen festgestellt wird, dass sie eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses in [dem betroffenen Land] darstellen oder öffentlich zu Hass und Gewalt aufstacheln	Resolution 1933 (2010), Ziff. 10	Siehe zum Beispiel auch Resolution 1727 (2006), Ziff. 12.
	bekräftigt seine Verurteilung jedes Aufstachelns zur Gewalt gegen Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts, bekräftigt ferner, dass Einzelpersonen, die zu solcher Gewalt aufstacheln, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht vor Gericht gestellt werden müssen, und bekundet seine Bereitschaft, bei der Genehmigung von Missionen gegebenenfalls Maßnahmen als Antwort auf Mediensendungen zu erwägen, die zu Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht aufstacheln	Resolution 1738 (2006), Ziff. 4	
	beschließt ..., dass alle Staaten für einen Zeitraum von zwölf Monaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um zu verhindern, dass die folgenden Personen in ihr Hoheitsgebiet einreisen oder durch ihr Hoheitsgebiet durchreisen: alle ... Personen, die eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses in [dem betroffenen Staat] darstellen, insbesondere ... jede andere Person, die öffentlich zu Hass und Gewalt aufstachelt, ... wobei kein Staat durch diese Bestimmungen verpflichtet wird, seinen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern	Resolution 1572 (2004), Ziff. 9	
	bekräftigt seine Verurteilung jedes Aufstachelns zur Gewalt gegen Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts, bekräftigt außerdem, dass Einzelpersonen, die zu solcher Gewalt aufstacheln oder diese auf andere Weise herbeiführen, vor Gericht gestellt werden müssen, und bekundet seine Bereitschaft, bei der Genehmigung von Missionen gegebenenfalls Maßnahmen als Antwort auf Mediensendungen zu erwägen, die zu Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht aufstacheln	Resolution 1296 (2000), Ziff. 17	
Verbreitung zutreffender Informationen über den Konflikt	fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien nachdrücklich auf, die berufliche Unabhängigkeit und die Rechte von Journalisten, Medienangehörigen und ihren Mitarbeitern als Zivilpersonen zu achten	Resolution 1738 (2006), Ziff. 8	
	erklärt, dass die Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen gegebenenfalls einen für Medienarbeit zuständigen Anteil enthalten sollten, der Informationen über das humanitäre Völ-	Resolution 1296 (2000), Ziff. 18	

	kerrecht und die Menschenrechte, so auch über Friedenserziehung und den Schutz von Kindern, verbreiten und gleichzeitig objektiv über die Tätigkeit der Vereinten Nationen informieren kann, und erklärt ferner, dass die regionalen Friedenssicherungsmissionen gegebenenfalls ermutigt werden sollten, ihrerseits eine solche Medienkapazität einzurichten		
II. SPEZIFISCHE SCHUTZANLIEGEN, DIE SICH AUS DEN BERATUNGEN DES SICHERHEITSRATS ÜBER VON EINEM BEWAFFNETEN KONFLIKT BETROFFENE KINDER ERGEBEN			
Gewalthandlungen gegen Kinder verurteilen und ihre Einstellung fordern	bekundet seine große Besorgnis über die Einziehung und den Einsatz von Kindern durch [Oppositionskräfte] in [dem betroffenen Land] sowie über die Tötung und Verstümmelung von Kindern infolge des Konflikts, verurteilt erneut auf das Entschiedenste die Einziehung und den Einsatz von Kindersoldaten unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht sowie alle sonstigen Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder in Situationen bewaffneten Konflikts, insbesondere Angriffe auf Schulen, und den Einsatz von Kindern bei Selbstmordanschlägen, fordert, dass die Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden	Resolution 1917 (2010), Ziff. 22	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1840 (2008), Ziff. 21; 1806 (2008), Ziff. 14; 1780 (2007), Ziff. 17; 1674 (2006), Ziff. 5; 1539 (2004), Ziff. 1; und 1493 (2003), Ziff. 13.
	verurteilt mit Nachdruck die schweren Rechtsverletzungen an von bewaffneter Gewalt betroffenen Kindern und das weit verbreitete Vorkommen von Vergewaltigungen und anderen Formen des sexuellen Missbrauchs von Frauen und Mädchen	Resolution 1892 (2009), Ziff. 19	
	verurteilt mit Nachdruck alle Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht, bei denen an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Parteien Kinder einziehen und einsetzen sowie erneut einziehen, töten und verstümmeln, vergewaltigen und sonstiger sexueller Gewalt aussetzen sowie entführen, Schulen oder Krankenhäuser angreifen und den Zugang für humanitäre Hilfe verweigern, sowie alle anderen an Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht	Resolution 1882 (2009), Ziff. 1	
	verurteilt nachdrücklich das Fortbestehen bestimmter Formen von Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen, insbesondere Gewalt, die darauf abzielt, Mädchen vom Schulbesuch abzuhalten	Resolution 1868 (2009), Ziff. 29	
	verurteilt nachdrücklich die Einziehung und den Einsatz von Kindersoldaten durch die Parteien bewaffneter Konflikte unter Verstoß gegen die für sie geltenden internationalen Verpflichtungen sowie alle sonstigen in bewaffneten Konflikten verübten Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder	Resolution 1612 (2005), Ziff. 1	

Zur Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der geltenden internationalen Menschenrechtsnormen auffordern	mit der Aufforderung an alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die für sie nach dem Völkerrecht geltenden Verpflichtungen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, namentlich die in dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes und dem dazugehörigen Fakultativprotokoll betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten enthaltenen Verpflichtungen, sowie die Genfer Abkommen vom 12. August 1949 und die dazugehörigen Zusatzprotokolle von 1977 strikt zu befolgen	Resolution 1882 (2009), achter Präambelabs.	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1923 (2010), Ziff. 24; 1906 (2009), Ziff. 15; 1868 (2009), Ziff. 29; 1479 (2003), Ziff. 15; und 1296 (2000), Ziff. 10.
	verlangt, ... dass alle bewaffneten Gruppen ... sofort die Einziehung und den Einsatz von Kindern einstellen und alle mit ihnen verbundenen Kinder freilassen	Resolution 1794 (2007), Ziff. 3	
	fordert alle in Betracht kommenden Parteien auf, die auf sie anwendbaren internationalen Verpflichtungen betreffend den Schutz von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, sowie die konkreten Zusagen einzuhalten, die sie gegenüber dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und anderen Einrichtungen des Systems der Vereinten Nationen abgegeben haben, und bei der Weiterverfolgung und Umsetzung dieser Zusagen mit den Friedenssicherungsmissionen und Landesteams der Vereinten Nationen uneingeschränkt zusammenzuarbeiten	Resolution 1612 (2005), Ziff. 15	
	fordert die [im einschlägigen Bericht des Generalsekretärs aufgeführten] Parteien bewaffneter Konflikte erneut auf, sofern sie es noch nicht getan haben, ohne weitere Verzögerung konkrete, termingebundene Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht aufzustellen und umzusetzen und in enger Zusammenarbeit mit dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs [für Kinder und bewaffnete Konflikte] sowie dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und den für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern gegen alle Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder vorzugehen	Erklärung des Präsidenten S/PRST/2008/6	
Diejenigen, die schwere Rechtsverletzungen an Kindern begehen, zur Rechenschaft ziehen	fordert die betroffenen Mitgliedstaaten auf, entschiedene und sofortige Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die anhaltende Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts begehen, und fordert sie ferner auf, diejenigen, die für derartige, nach dem anwendbaren Völkerrecht verbotene Rechtsverletzungen, darunter die Einziehung und den Einsatz von Kindern, Tötungen und Verstümmelungen, Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalthandlungen, verantwortlich sind, unter Zuhilfenahme des innerstaatlichen Justizsystems und gegebenenfalls internationaler Justizmechanismen und gemischter Strafgerichtshöfe vor Gericht zu stellen, mit dem Ziel, der Straflosigkeit für diejenigen, die Verbrechen an Kindern begehen, ein Ende zu setzen	Erklärung des Präsidenten S/PRST/2010/10	

Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer einschlägiger Missionen und Akteure	ersucht [die Mission], gemäß ihrem Mandat, in Abstimmung mit den maßgeblichen Parteien und mit besonderem Schwerpunkt auf dem Schutz und der Freilassung der für Streitkräfte und bewaffnete Gruppen rekrutierten und an diesen beteiligten Kinder und ihrer Rückführung in ihre Familien ihre Unterstützung für den Nationalen Koordinierungsrat für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie für die ... Kommission[en] für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung zu verstärken und den Wiedereingliederungsprozess zu überwachen	Resolution 1919 (2010), Ziff. 19	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1936 (2010), dreizehnter Präambelabs.; 1923 (2010), Ziff. 23; 1882 (2009), Ziff. 12; 1828 (2008), Ziff. 14; 1806 (2008), Ziff. 14; 1780 (2007), Ziff. 17; 1612 (2005), Ziff. 12 und 18; 1565 (2004), Ziff. 5 *g*); 1509 (2003), Ziff. 3; 1460 (2003), Ziff. 15; 1296 (2000), Ziff. 9; und 1265 (1999), Ziff. 13.
	ersucht den Generalsekretär, die Kinderschutzkomponente [der Mission] weiter zu verstärken, insbesondere durch die Ernennung von Kinderschutzberatern	Resolution 1917 (2010), Ziff. 22	
	betont, dass die für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern und die Landesteams der Vereinten Nationen die Aufgabe haben, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat sicherzustellen, dass die Resolutionen des [Sicherheits]rats über Kinder und bewaffnete Konflikte effektiv befolgt werden, in enger Zusammenarbeit mit [dem] Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte die Fortschritte zu überwachen und dem Generalsekretär darüber Bericht zu erstatten und eine koordinierte Antwort auf die Probleme im Zusammenhang mit Kindern und bewaffneten Konflikten sicherzustellen	Resolution 1882 (2009), Ziff. 8	
	ersucht den Generalsekretär, in seine Berichte über Kinder und bewaffnete Konflikte systematischer konkrete Informationen über die Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe [des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte] aufzunehmen	Resolution 1882 (2009), Ziff. 9	
	ersucht den Generalsekretär, weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, darunter gegebenenfalls die Herstellung der vollen Kapazität des Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus, um eine rasche Kampagnenarbeit und eine wirksame Reaktion auf alle Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern zu ermöglichen und sicherzustellen, dass die mit dem Mechanismus gesammelten und übermittelten Informationen zutreffend, objektiv, verlässlich und nachprüfbar sind	Resolution 1882 (2009), Ziff. 17	
	begrüßt die Anstrengungen der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze ... zur Integration des Kinderschutzes in die Friedenssicherungsmissionen im Einklang mit der von der Hauptabteilung vor kurzem angenommenen Handlungsrichtlinie zum Kinderschutz, befürwortet die Entsendung von Kinderschutzberatern zu Friedenssicherungseinsätzen sowie zu in Betracht kommenden Friedenskonsolidierungs- und politischen Missionen und beschließt, in die entsprechenden Mandate auch künftig spezifische Bestimmungen zum Schutz von Kindern aufzunehmen	Resolution 1882 (2009), Ziff. 11	

ersucht den Generalsekretär erneut, dafür zu sorgen, dass in allen seinen Berichten über länderspezifische Situationen das Thema Kinder und bewaffnete Konflikte konkret behandelt wird, und bekundet seine Absicht, den darin enthaltenen Informationen, namentlich über die Durchführung der einschlägigen [Scherheits]-ratsresolutionen und die Umsetzung der Empfehlungen [seiner] Arbeitsgruppe [für Kinder und bewaffnete Konflikte], seine volle Aufmerksamkeit zu widmen, wenn er sich mit diesen Situationen im Rahmen seiner Tagesordnung befasst	Resolution 1882 (2009), Ziff. 10
begrüßt die jüngsten Initiativen regionaler und subregionaler Organisationen und Abmachungen zum Schutz von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, und legt ihnen nahe, auch weiterhin den Schutz von Kindern in ihre Lobbyarbeit und ihre Politiken und Programme zu integrieren, Mechanismen zur gegenseitigen Evaluierung sowie zur Überwachung und Berichterstattung zu entwickeln, innerhalb ihrer Sekretariate Mechanismen zum Schutz von Kindern einzurichten, Kinderschutzpersonal und eine entsprechende Schulung in ihre Friedens- und Feldmissionen aufzunehmen und subregionale und interregionale Initiativen zur Beendigung von Aktivitäten einzuleiten, die für Kinder in Konfliktzeiten schädlich sind, insbesondere die grenzüberschreitende Einziehung und Entführung von Kindern, die unerlaubte Verschiebung von Kleinwaffen und den unerlaubten Handel mit natürlichen Ressourcen, indem sie Leitlinien zu Kindern und bewaffneten Konflikten ausarbeiten und anwenden	Resolution 1612 (2005), Ziff. 13
fordert alle beteiligten Parteien, einschließlich der Mitgliedstaaten, der Einrichtungen der Vereinten Nationen und der Finanzinstitutionen, nachdrücklich auf, den Aufbau und die Stärkung der Kapazitäten nationaler Institutionen sowie lokaler Netzwerke der Zivilgesellschaft zu unterstützen, die sich für die Interessen, den Schutz und die Rehabilitation der von bewaffneten Konflikten betroffenen Kinder einsetzen, um die langfristige Tragfähigkeit lokaler Initiativen für den Schutz von Kindern zu gewährleisten	Resolution 1612 (2005), Ziff. 17
Der [Sicherheits]rat erklärt erneut, dass alle beteiligten Parteien, einschließlich der Regierungen und der Gebergemeinschaft, den langfristigen Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder und den Hindernissen für ihre volle Rehabilitation und Wiedereingliederung in ihre Familie und Gemeinschaft stärkeres Augenmerk schenken müssen, unter anderem indem sie der Notwendigkeit der Bereitstellung einer angemessenen Gesundheitsversorgung Rechnung tragen, vermehrt Informationen über Programme und bewährte Verfahrensweisen austauschen und sicherstellen, dass ausreichende Ressourcen, Finanzmittel und technische Hilfe zur Unterstützung von nationalen Strategien oder Aktionsplänen auf dem Gebiet des Kinderschutzes und des Kindeswohls sowie von gemeinwesengestützten Programmen zur Verfügung stehen, unter Berücksichtigung der Pariser Grundsätze zum	Erklärung des Präsidenten S/PRST/2008/28

	Schutz von Kindern vor der rechtswidrigen Einziehung durch bewaffnete Kräfte oder Gruppen, damit die langfristige Tragfähigkeit und der Erfolg ihrer Programme zur Freilassung, Rehabilitation und Wiedereingliederung aller mit bewaffneten Kräften und Gruppen verbundenen Kinder gewährleistet sind		
Aktionspläne	beschließt, dass [die Mission] den folgenden Auftrag haben wird: ...: ... *e*) eng mit der Regierung zusammenzuarbeiten, um die Umsetzung ihrer Verpflichtungen zur Bekämpfung schwerer Rechtsverletzungen an Kindern sicherzustellen, insbesondere die Fertigstellung des Aktionsplans zur Freilassung der in den [Streitkräften] befindlichen Kinder und zur Verhinderung einer weiteren Einziehung, mit Unterstützung durch den Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus	Resolution 1925 (2010), Ziff. 12	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1935 (2010), Ziff. 19; und 1612 (2005), Ziff. 16.
	begrüßt es, dass die [bewaffnete Gruppe] einen Aktionsplan zur Freilassung aller noch mit ihren Kräften verbundenen Kinder bis Ende [Jahr] angenommen hat, fordert zur Erreichung dieses Ziels eine rasche Umsetzung dieses Aktionsplans	Resolution 1919 (2010), Ziff. 19	
	stellt fest, dass einige der an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auf seine Aufforderung reagiert haben, konkrete termingebundene Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht aufzustellen und durchzuführen,	Resolution 1882 (2009), Ziff. 5	
	a) fordert aber die in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten, an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die dies noch nicht getan haben, erneut auf, ohne weitere Verzögerung Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht aufzustellen und umzusetzen;		
	b) fordert diejenigen in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten Parteien, die in Situationen bewaffneten Konflikts unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht Kinder töten und verstümmeln und/oder vergewaltigen und andere sexuelle Gewalthandlungen an ihnen begehen, auf, konkrete, termingebundene Aktionspläne zur Beendigung dieser Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen aufzustellen;		
	c) fordert ferner alle in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten Parteien auf, gegen alle anderen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern vorzugehen und in dieser Hinsicht konkrete Verpflichtungen einzugehen und konkrete Maßnahmen durchzuführen;		
	d) fordert die in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten Parteien nach-		

	drücklich auf, die in dieser Ziffer enthaltenen Bestimmungen in enger Zusammenarbeit mit [dem] Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und den für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern umzusetzen		
	legt in diesem Zusammenhang den Mitgliedstaaten nahe, in enger Absprache mit den für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern und den Landesteams der Vereinten Nationen Wege zu finden, um die Ausarbeitung und Umsetzung termingebundener Aktionspläne und die von den Arbeitsgruppen vorzunehmende Überprüfung und Überwachung der Erfüllung der Verpflichtungen und Zusagen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten zu erleichtern	Resolution 1882 (2009), Ziff. 6	
	betont, dass wirksame Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kindern, die auf den vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und anderen maßgeblichen Akteuren auf dem Gebiet des Kinderschutzes ermittelten bewährten Praktiken aufbauen, äußerst wichtig für das Wohlergehen aller Kinder sind, die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht von Streitkräften und bewaffneten Gruppen eingezogen oder eingesetzt worden sind, und dass sie ein wesentlicher Faktor für dauerhaften Frieden und dauerhafte Sicherheit sind, und legt den nationalen Regierungen und den Gebern eindringlich nahe, sicherzustellen, dass diese gemeinwesengestützten Programme rechtzeitig und auf Dauer ausreichende Ressourcen und Finanzmittel erhalten	Resolution 1882 (2009), Ziff. 13	
Ausbildung des Friedenssicherungspersonals	ersucht [die Mission] ferner, im Rahmen der umfassenderen internationalen Anstrengungen zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors den [Streitkräften] ... eine militärische Ausbildung zu gewähren, namentlich auf dem Gebiet der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts, des Kinderschutzes und der Verhütung von geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt	Resolution 1906 (2009), Ziff. 31	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1325 (2000), Ziff. 6; und 1265 (1999), Ziff. 14.
	erklärt erneut, wie wichtig es ist, dass die einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, der Menschenrechte und des Flüchtlingsvölkerrechts eingehalten werden und dass das an friedensschaffenden, friedenssichernden und friedenskonsolidierenden Tätigkeiten beteiligte Personal eine angemessene Ausbildung erhält, die diese Rechtsbereiche, einschließlich der Vorschriften betreffend Kinder und geschlechtsspezifische Fragen, sowie Verhandlungs- und Kommunikationsfähigkeiten, interkulturelles Verständnis, die zivil-militärische Koordination und die Sensibilisierung im Hinblick auf die Prävention von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten umfasst, ersucht den Generalsekretär, die entsprechenden Richtlinien zu verbreiten und sicherzustellen, dass das Personal der Vereinten Nationen eine	Resolution 1296 (2000), Ziff. 19	

	entsprechende Ausbildung erhält, und fordert die betreffenden Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, bei Bedarf und soweit durchführbar entsprechende Anweisungen zu verbreiten und sicherzustellen, dass ihre Programme für an ähnlichen Aktivitäten beteiligtes Personal eine entsprechende Ausbildung umfassen		
Kinder und Friedensprozesse	fordert die Mitgliedstaaten, die Einrichtungen der Vereinten Nationen, einschließlich der Kommission für Friedenskonsolidierung, und die anderen betroffenen Parteien auf, sicherzustellen, dass dem Schutz, den Rechten, dem Wohlergehen und der Stärkung der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder in allen Friedensprozessen Rechnung getragen wird und dass in den Plänen, Programmen und Strategien zur Wiederherstellung und zum Wiederaufbau nach einem Konflikt den Fragen, die von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder anbelangen, Vorrang eingeräumt wird	Resolution 1882 (2009), Ziff. 15	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1826 (2008), Ziff. 6; 1674 (2006), Ziff. 11; und 1612 (2005), Ziff. 14.
	fordert alle beteiligten Parteien auf, dafür zu sorgen, dass bei der Durchführung [des Friedensabkommens] dem Kinderschutz Rechnung getragen wird, und ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass die Lage der Kinder weiter überwacht und darüber Bericht erstattet wird und dass mit den Konfliktparteien ein fortlaufender Dialog mit dem Ziel geführt wird, termingebundene Aktionspläne zur Beendigung der Rekrutierung und des Einsatzes von Kindersoldaten und anderer gegen Kinder gerichteter Rechtsverletzungen aufzustellen	Resolution 1769 (2007), Ziff. 17	
Gezielte und abgestufte Maßnahmen zur Reaktion auf Verstöße gegen Kinder betreffende Verpflichtungen nach dem anwendbaren humanitären Völkerrecht und den geltenden internationalen Menschenrechtsnormen	erklärt erneut, dass er entschlossen ist, die Achtung seiner Resolutionen über Kinder und bewaffnete Konflikte sicherzustellen, und *a*) begrüßt in dieser Hinsicht die anhaltende Tätigkeit und die Empfehlungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte gemäß Ziffer 8 seiner Resolution 1612 (2005) und bittet die Arbeitsgruppe, dem Rat weiter regelmäßig Bericht zu erstatten; *b*) ersucht die Arbeitsgruppe und die zuständigen Sanktionsausschüsse des Sicherheitsrats, ihre Kommunikation zu verbessern, namentlich durch den Austausch sachdienlicher Informationen über Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in bewaffneten Konflikten; *c*) bekräftigt seine Absicht, gemäß Ziffer 9 der Resolution 1612 (2005) Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die anhaltende Rechtsverletzungen begehen	Resolution 1882 (2009), Ziff. 7	
	ersucht den Generalsekretär, in die Anhänge zu seinen Berichten über Kinder und bewaffnete Konflikte auch diejenigen an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzunehmen, die in Situationen bewaffneten Konflikts unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht systematisch Kinder töten und verstümmeln und/oder Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalthandlungen an ihnen begehen, unter Be-	Resolution 1882 (2009), Ziff. 3	

	rücksichtigung aller anderen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern, und stellt fest, dass diese Ziffer auf die Situationen Anwendung finden wird, die den in Ziffer 16 der Resolution 1379 (2001) aufgeführten Bedingungen entsprechen		
	alle Staaten [werden] ... die notwendigen Maßnahmen treffen ... um die Einreise oder Durchreise aller von [dem Sanktionsausschuss] bezeichneten Personen in beziehungsweise durch ihr Hoheitsgebiet zu verhindern;	Resolution 1807 (2008), Ziff. 9, 11 und 13 *d*) und *e*)	
	beschließt ..., dass alle Staaten während des Zeitraums der Anwendung der ... Maßnahmen sofort die sich ab dem Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Resolution in ihrem Hoheitsgebiet befindenden Gelder, anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen einfrieren werden, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der ... von [dem Sanktionsausschuss] benannten Personen oder Einrichtungen stehen oder die von Einrichtungen gehalten werden, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle dieser Personen und Einrichtungen oder von in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handelnden Personen oder Einrichtungen stehen, ... und beschließt ferner, dass alle Staaten sicherstellen werden, dass ihre Staatsangehörigen oder Personen innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die genannten Personen oder Einrichtungen oder zu ihren Gunsten keine Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen		
	beschließt ..., dass [diese] Bestimmungen ... Anwendung finden ... [auf] die politischen und militärischen Führer, die in [dem betroffenen Staat] tätig sind und die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht Kinder in bewaffneten Konflikten einziehen oder einsetzen; [und] Personen, die in [dem betroffenen Staat] tätig sind und die schwere Verstöße gegen das Völkerrecht begehen, namentlich das gezielte Vorgehen gegen Kinder		
III.	**SPEZIFISCHE SCHUTZANLIEGEN, DIE SICH AUS BERATUNGEN DES SICHERHEITSRATS ÜBER VON EINEM BEWAFFNETEN KONFLIKT BETROFFENE FRAUEN ERGEBEN**		
Gewalthandlungen gegen Frauen und Mädchen verurteilen und ihre Einstellung fordern	ist sich dessen bewusst, dass trotz der bei der Gleichstellung der Geschlechter erzielten Fortschritte verstärkte Anstrengungen zur Gewährleistung der Rechte der Frauen und Mädchen erforderlich sind, verurteilt nachdrücklich das Fortbestehen bestimmter Formen von Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen, insbesondere Gewalt, die darauf abzielt, Mädchen vom Schulbesuch abzuhalten, ... begrüßt die Selbstverpflichtung der ... Regierung [des betroffenen Landes], die Mitwirkung von Frauen in allen ... Lenkungsinstitutionen, einschließlich der gewählten und ernannten Gremien und des öffentlichen Dienstes, zu stärken	Resolution 1917 (2010), Ziff. 35	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1882 (2009), Ziff. 1; 1820 (2008), achter Präambelabs.; und 1806 (2008), Ziff. 28.

	verurteilt nachdrücklich alle in Situationen bewaffneten Konflikts und in Postkonfliktsituationen an Frauen und Mädchen begangenen Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht, verlangt, dass alle an Konflikten beteiligten Parteien derartige Handlungen mit sofortiger Wirkung einstellen, und betont, dass es allen Staaten obliegt, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und diejenigen strafrechtlich zu verfolgen, die für in bewaffneten Konflikten an Frauen und Mädchen begangene Gewalt in allen Formen, einschließlich Vergewaltigungen und sonstiger sexueller Gewalt, verantwortlich sind	Resolution 1889 (2009), Ziff. 3	
	erneut seine große Sorge darüber bekundend, dass trotz seiner wiederholten Verurteilung der Gewalt gegen Frauen und Kinder, einschließlich aller Formen der sexuellen Gewalt, in Situationen bewaffneten Konflikts und trotz seiner Aufrufe an alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, derartige Handlungen mit sofortiger Wirkung zu beenden, solche Handlungen nach wie vor auftreten und in einigen Situationen systematisch oder ausgedehnt geworden sind	Resolution 1888 (2009), dritter Präambelabs.	
Zur Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der geltenden internationalen Menschenrechtsnormen auffordern	daran erinnernd, dass das humanitäre Völkerrecht Frauen und Kindern als Teil der Zivilbevölkerung während bewaffneter Konflikte allgemeinen Schutz und aufgrund ihrer potenziellen besonderen Gefährdung besonderen Schutz gewährt	Resolution 1888 (2009), sechster Präambelabs.	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1889 (2009), Ziff. 2; und 1888 (2009), zehnter Präambelabs.
	fordert alle Parteien bewaffneter Konflikte auf, das auf die Rechte und den Schutz von Frauen und Mädchen, insbesondere als Zivilpersonen, anwendbare Völkerrecht vollinhaltlich zu achten, insbesondere die auf sie anwendbaren Verpflichtungen aus den Genfer Abkommen von 1949 und den dazugehörigen Zusatzprotokollen von 1977, dem Abkommen von 1951 und dem dazugehörigen Protokoll von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, dem Übereinkommen von 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und dem dazugehörigen Fakultativprotokoll von ... 1999 sowie dem Übereinkommen von 1989 über die Rechte des Kindes und den beiden dazugehörigen Fakultativprotokollen von ... 2000, und die einschlägigen Bestimmungen des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu berücksichtigen	Resolution 1325 (2000), Ziff. 9	
Frauen und die Verhütung und Beilegung von Konflikten	fordert die Mitgliedstaaten, und die internationalen und die regionalen Organisationen nachdrücklich auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Mitwirkung von Frauen an allen Phasen von Friedensprozessen, insbesondere der Konfliktbeilegung, der Postkonfliktplanung und der Friedenskonsolidierung, zu verbessern, indem Frauen verstärkt in die politische und wirtschaftliche Entscheidungsfindung in den frühen Phasen von Wiederherstellungsprozessen einbezogen werden, unter anderem durch die Förderung der Führungsrolle von Frauen und ihrer Fähigkeit, am Management und an der Planung der Hilfe mitzuwirken, durch die Unterstützung von Frauenorganisationen und durch das Vorgehen	Resolution 1889 (2009), Ziff. 1	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1935 (2010), Ziff. 3; 1889 (2009), Ziff. 8; 1888 (2009), dreizehnter und vierzehnter Präambelabs. und Ziff. 7; 1880 (2009), zwölfter Präambelabs.; 1826 (2008), Ziff. 6; 1674 (2006), Ziff. 11; und 1325 (2000), Ziff. 1 und 15.

gegen negative gesellschaftliche Einstellungen hinsichtlich der Fähigkeit der Frauen zur gleichberechtigten Teilhabe	
legt den Mitgliedstaaten in Postkonfliktsituationen nahe, in Abstimmung mit der Zivilgesellschaft, einschließlich Frauenorganisationen, die Bedürfnisse und Prioritäten von Frauen und Mädchen detailliert darzulegen und im Einklang mit ihrem Rechtssystem konkrete Strategien zu entwerfen, um diesen Bedürfnissen und Prioritäten zu entsprechen, die unter anderem die Unterstützung für erhöhte physische Sicherheit und bessere sozioökonomische Bedingungen betreffen, durch Bildung, einkommenschaffende Tätigkeiten, den Zugang zu grundlegenden Diensten, insbesondere Gesundheitsdiensten unter Einbeziehung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, der reproduktiven Rechte und der geistigen Gesundheit, durch Geschlechtergerechtigkeit bei der Strafverfolgung und beim Zugang zur Justiz sowie durch die Stärkung der Fähigkeit zur Teilnahme an der öffentlichen Entscheidungsfindung auf allen Ebenen	Resolution 1889 (2009), Ziff. 10
hervorhebend, wie wichtig es ist, Fragen der sexuellen Gewalt schon zu Beginn von Friedensprozessen und Vermittlungsbemühungen anzugehen, um gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schützen und volle Stabilität zu fördern, insbesondere in der Vorphase einer Waffenruhe, bei Vereinbarungen über den Zugang humanitärer Helfer und die Menschenrechte, bei Waffenruhen und der Überwachung ihrer Einhaltung, bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und bei Regelungen zur Reform des Sicherheitssektors, in den Bereichen Gerechtigkeit und Wiedergutmachung sowie bei der Wiederherstellung in der Konfliktfolgezeit und der Entwicklung	Resolution 1888 (2009), zwölfter Präambelabs.
fordert alle beteiligten Parteien auf, sicherzustellen, dass bei der Durchführung des [Friedensabkommens] sowie in den Phasen des Wiederaufbaus und der Wiederherstellung in der Konfliktfolgezeit der Schutz von Frauen und Kindern beachtet wird, unter anderem durch die ständige Überwachung der Situation von Frauen und Kindern und diesbezügliche Berichterstattung, und dass alle gemeldeten Missbrauchshandlungen untersucht und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden	Resolution 1880 (2009), Ziff. 14
fordert den Generalsekretär und seine Sondergesandten nachdrücklich auf, Frauen zur Teilnahme an Erörterungen über die Verhütung und Beilegung von Konflikten, die Wahrung von Frieden und Sicherheit und die Friedenskonsolidierung nach Konflikten einzuladen, und ermutigt alle an solchen Gesprächen beteiligten Parteien, die gleichberechtigte und volle Mitwirkung der Frauen auf den Entscheidungsebenen zu erleichtern	Resolution 1820 (2008), Ziff. 12
fordert alle beteiligten Akteure auf, bei der Aushandlung und Umsetzung von Friedensübereinkünften eine Geschlechterperspektive zu berücksichtigen, die unter anderem auf Folgendes abstellt:	Resolution 1325 (2000), Ziff. 8

	a) die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen während der Rückführung und Neuansiedlung sowie bei der Normalisierung, der Wiedereingliederung und dem Wiederaufbau nach Konflikten; *b*) Maßnahmen zur Unterstützung lokaler Friedensinitiativen von Frauen und autochthoner Konfliktbeilegungsprozesse sowie zur Beteiligung von Frauen an allen Mechanismen zur Umsetzung der Friedensübereinkünfte; *c*) Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes und der Achtung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen, insbesondere im Zusammenhang mit der Verfassung, dem Wahlsystem, der Polizei und der rechtsprechenden Gewalt		
Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer einschlägiger Missionen und Akteure	ersucht den Sonderbeauftragten [des Generalsekretärs], im Einklang mit der umfassenden Strategie [der Mission] gegen sexuelle Gewalt Frauenschutzberater aus dem Kreis der [der Mission] angehörenden Berater für Geschlechter- und Gleichstellungsfragen und Gruppen für den Schutz der Menschenrechte zu benennen	Resolution 1906 (2009), Ziff. 18	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1889 (2009), vierzehnter Präambelabs.; 1828 (2008), Ziff.15; 1590 (2005), Ziff. 15; 1528 (2004), Ziff. 6 *n*); 1325 (2000), Ziff. 5 und 7; und Erklärung des Präsidenten S/PRST/2007/40.
	es begrüßend, dass Frauen zur Erfüllung ziviler, militärischer und polizeilicher Aufgaben in Friedenssicherungsmissionen herangezogen werden, und in der Erkenntnis, dass sich von einem bewaffneten Konflikt betroffene Frauen und Kinder möglicherweise sicherer fühlen, wenn sie mit Frauen in Friedenssicherungsmissionen zusammenarbeiten und ihnen Missbrauchshandlungen melden können, und dass die Anwesenheit weiblicher Friedenssicherungskräfte Frauen vor Ort unter Umständen ermutigt, sich den nationalen Streit- und Sicherheitskräften anzuschließen und so beim Aufbau eines Sicherheitssektors behilflich zu sein, der für alle, insbesondere Frauen, zugänglich ist und auf die Bedürfnisse aller eingeht	Resolution 1888 (2009), fünfzehnter Präambelabs.	
	beschließt, in die Mandate der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen nach Bedarf konkrete Bestimmungen zum Schutz von Frauen und Kindern vor Vergewaltigung und anderen sexuellen Gewalthandlungen aufzunehmen, darunter von Fall zu Fall die Benennung von Frauenschutzberatern	Resolution 1888 (2009), Ziff. 12	
	ersucht den Generalsekretär, wirksame Leitlinien und Strategien auszuarbeiten, um die betreffenden Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen besser zu befähigen, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Mädchen, vor allen Formen sexueller Gewalt zu schützen, und in seine schriftlichen Berichte an den Rat über Konfliktsituationen systematisch seine Anmerkungen über den Schutz von Frauen und Mädchen sowie seine diesbezüglichen Empfehlungen aufzunehmen	Resolution 1820 (2008), Ziff. 9	
	ersucht den Generalsekretär und die zuständigen Einrichtungen der Vereinten Nationen, unter anderem gegebenenfalls im Wege von Konsultationen mit Frauenorganisationen und von Frauen	Resolution 1820 (2008), Ziff. 10	

geführten Organisationen wirksame Mechanismen auszuarbeiten, um Frauen und Mädchen in den von den Vereinten Nationen verwalteten Flüchtlings- und Binnenvertriebenenlagern und deren Umkreis sowie in allen Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozessen wie auch bei den von den Vereinten Nationen unterstützten Reformbemühungen im Justiz- und Sicherheitssektor vor Gewalt, darunter insbesondere sexueller Gewalt, zu schützen	
fordert alle beteiligten Parteien, einschließlich der Mitgliedstaaten, der Einrichtungen der Vereinten Nationen und der Finanzinstitutionen, nachdrücklich auf, den Aufbau und die Stärkung der Kapazitäten nationaler Institutionen, insbesondere des Justiz- und Gesundheitswesens, sowie lokaler Netzwerke der Zivilgesellschaft zu unterstützen, um den Opfern sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten und Postkonfliktsituationen nachhaltige Hilfe zu gewähren	Resolution 1820 (2008), Ziff. 13
fordert die zuständigen regionalen und subregionalen Organe nachdrücklich auf, insbesondere die Ausarbeitung und Durchführung von Politiken, Aktivitäten und Kampagnen zu Gunsten der von sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten betroffenen Frauen und Mädchen zu erwägen	Resolution 1820 (2008), Ziff. 14
ersucht [die Friedenssicherungsmission], in Anbetracht des Ausmaßes und der Schwere der insbesondere von bewaffneten Elementen in [dem Land] verübten sexuellen Gewalttaten eine gründliche Überprüfung ihrer Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung sexueller Gewalt vorzunehmen und in enger Zusammenarbeit mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und den anderen Partnern eine umfassende, die gesamte Mission einbeziehende Strategie zur Verstärkung der Präventions-, Schutz- und Reaktionsmaßnahmen gegenüber sexueller Gewalt zu verfolgen, einschließlich der Schulung der [nationalen] Sicherheitskräfte im Einklang mit dem Mandat der Mission, und regelmäßig über die diesbezüglich ergriffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten, nötigenfalls in einem gesonderten Anhang, und dabei auch konkrete Daten und Trendanalysen des Problems vorzulegen	Resolution 1794 (2007), Ziff. 18
verurteilt auf das Entschiedenste jegliche sexuelle Gewalt und alle anderen Formen der Gewalt gegen Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, insbesondere gegen Frauen und Kinder, und verpflichtet sich, sicherzustellen, dass alle Friedensunterstützungsmissionen sämtliche durchführbaren Maßnahmen ergreifen, um derartige Gewalthandlungen zu verhindern und ihren Auswirkungen dort, wo sie stattfinden, zu begegnen	Resolution 1674 (2006), Ziff. 19
beschließt, dass [die Friedenssicherungsmission] ... in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte behilflich [sein wird], unter besonderer Beachtung der Frauen, Kinder und besonders gefährdeten Personen, Menschenrechtsverletzungen [untersuchen wird], um der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, und ... bei den Bemühungen [mitwir-	Resolution 1565 (2004), Ziff. 5 *g*)

	ken wird], die sicherstellen sollen, dass die für schwere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts verantwortlichen Personen vor Gericht gestellt werden		
	fordert den Generalsekretär außerdem nachdrücklich auf, die Ausweitung der Rolle und des Beitrags von Frauen bei den Feldmissionen der Vereinten Nationen anzustreben, insbesondere bei den Militärbeobachtern, der Zivilpolizei und bei Menschenrechts- und humanitärem Personal	Resolution 1325 (2000), Ziff. 4	
	vermerkt, wie wichtig es ist, dass in die Mandate von friedensschaffenden Maßnahmen, Friedenssicherungseinsätzen und Friedenskonsolidierungsmaßnahmen besondere Bestimmungen für den Schutz und die Unterstützung von Gruppen aufgenommen werden, die besonderer Berücksichtigung bedürfen, namentlich Frauen und Kinder	Resolution 1265 (1999), Ziff. 13	
Umfassende Strategien	verlangt, dass die am Konflikt beteiligten Parteien ... sofort geeignete Maßnahmen ergreifen, um Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, vor allen Formen sexueller Gewalt zu schützen, ... ersucht [die Mission], über die Umsetzung [ihrer] umfassenden Strategie zum Schutz von Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt und geschlechtsspezifischer Gewalt Bericht zu erstatten und die Fortschritte bei der Beseitigung der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt zu bewerten, und ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass [die Mission] die einschlägigen Bestimmungen der Resolutionen 1325 (2000), 1820 (2008), 1888 (2009) ... und 1889 (2009) ... durchführt, und in seine Berichterstattung an den Rat entsprechende Informationen aufzunehmen	Resolution 1935 (2010). Ziff. 18	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1889 (2009), Ziff. 4; 1885 (2009), vierzehnter Präambelabs.; 1881 (2009), Ziff. 14; und 1880 (2009), Ziff. 16.
	fordert alle ... Parteien auf, mit anhaltender Unterstützung durch [die Mission] den Schutz von Zivilpersonen, insbesondere Frauen, Kindern und Vertriebenen, zu gewährleisten, die Empfehlungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte in [dem betroffenen Land] vollständig umzusetzen, namentlich einen nationalen Aktionsplan gegen sexuelle Gewalt anzunehmen und umzusetzen, und sicherzustellen, dass die Rechtsstaatlichkeit gestärkt wird und dass alle gemeldeten Missbrauchshandlungen untersucht und die für derartige Verstöße verantwortlichen Personen vor Gericht gestellt werden, fordert alle Parteien auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um alle Formen sexueller Gewalt zu unterlassen, zu verhindern und Zivilpersonen davor zu schützen	Resolution 1933 (2010), Ziff. 13	
Ausbildung des Friedenssicherungspersonals	ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass den Ländern, die Truppen und Polizei für [die Mission] stellen, bei der Einsatzvorbereitung und am Einsatzort fachliche Unterstützung gewährt wird, die auch Anleitung und Ausbildung für das Militär- und Polizeipersonal zum Schutz von Zivilpersonen vor drohenden Gefahren und zu geeigneten Reaktionen, namentlich in Bezug auf Menschenrechte, sexuelle Gewalt und geschlechtsspezifische Fragen, umfasst	Resolution 1906 (2009), Ziff. 13	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1898 (2009), Ziff. 10; 1296 (2000), Ziff. 19; und 1265 (1999), Ziff. 14.

	ersucht den Generalsekretär, in Absprache mit dem [Sicherheits]rat, dem Sonderausschuss für Friedenssicherungseinsätze und dessen Arbeitsgruppe sowie gegebenenfalls den betreffenden Staaten geeignete Ausbildungsprogramme für das gesamte Friedenssicherungs- und humanitäre Personal zu entwickeln und durchzuführen, das von den Vereinten Nationen im Rahmen von Missionen aufgrund eines Mandats des Rates entsandt wird, um diesem Personal zu helfen, sexuelle Gewalt und andere Formen von Gewalt gegen Zivilpersonen besser zu verhüten, zu erkennen und ihr entgegenzutreten	Resolution 1820 (2008), Ziff. 6	
	ermutigt die truppen- und polizeistellenden Länder, in Absprache mit dem Generalsekretär Maßnahmen zu erwägen, die sie ergreifen könnten, um das Problembewusstsein ihres an Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen teilnehmenden Personals und seine Reaktionsfähigkeit in Bezug auf den Schutz von Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kindern, und die Verhütung sexueller Gewalt gegen Frauen und Kinder in Konflikten und Postkonfliktsituationen zu stärken, nach Möglichkeit auch durch die Entsendung eines höheren Anteils weiblicher Friedenssicherungs- oder Polizeikräfte	Resolution 1820 (2008), Ziff. 8	
	ersucht den Generalsekretär, den Mitgliedstaaten Leitlinien für die Aus- und Fortbildung sowie Material über den Schutz, die Rechte und die besonderen Bedürfnisse von Frauen sowie über die Wichtigkeit der Beteiligung von Frauen an allen Friedenssicherungs- und Friedenskonsolidierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, bittet die Mitgliedstaaten, diese Elemente sowie Aufklärungsmaßnahmen über HIV/Aids in ihre einzelstaatlichen Ausbildungsprogramme zur Vorbereitung von Militärpersonal und Zivilpolizisten auf ihren Einsatz aufzunehmen, und ersucht den Generalsekretär außerdem, sicherzustellen, dass das Zivilpersonal bei Friedenssicherungseinsätzen eine ähnliche Ausbildung erhält	Resolution 1325 (2000), Ziff. 6	
Sexuelle Gewalt verurteilen und ihre Beendigung fordern	verlangt, dass die am Konflikt beteiligten Parteien im Einklang mit Resolution 1820 (2008) sofort geeignete Maßnahmen ergreifen, um Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, vor allen Formen sexueller Gewalt zu schützen	Resolution 1935 (2010), Ziff. 18	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1933 (2010), neunter Präambelabs. und Ziff. 13; 1888 (2009), Ziff. 2; 1828 (2008), Ziff. 15; 1820 (2008), Ziff. 2 und 3; 1674 (2006), Ziff. 5 und 19; 1591 (2005), zehnter Präambelabs.; 1545 (2004), achter Präambelabs.; 1468 (2003), Ziff. 2; und 1325 (2000), Ziff. 10.
	verlangt, dass alle bewaffneten Gruppen ... sofort alle gegen die Zivilbevölkerung in [dem betroffenen Land] gerichteten Formen von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, insbesondere geschlechtsspezifische Gewalt, einschließlich Vergewaltigungen und anderer Formen sexuellen Missbrauchs, einstellen	Resolution 1925 (2010), Ziff. 18	
	verlangt, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sofort angemessene Maßnahmen ergreifen, um Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, vor allen Formen sexueller Gewalt zu schützen, so durch die Verhängung angemessener militärischer Disziplinarmaßnahmen, die Achtung des Grundsatzes der Verantwortlichkeit der Befehlshaber, die Unterweisung der Soldaten in Bezug auf das	Resolution 1888 (2009), Ziff. 3	

	kategorische Verbot aller Formen sexueller Gewalt gegen Zivilpersonen, die Widerlegung von Mythen, die sexuelle Gewalt fördern, und die Überprüfung von potenziellen Rekruten für die nationalen Streit- und Sicherheitskräfte, um sicherzustellen, dass Personen ausgeschlossen werden, die mit schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, einschließlich sexueller Gewalt, in Verbindung stehen	
	fordert alle ... Parteien auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um alle Formen sexueller Gewalt zu unterlassen, zu verhindern und Zivilpersonen davor zu schützen, so durch die Verhängung geeigneter militärischer Disziplinarmaßnahmen, die Achtung des Grundsatzes der Verantwortlichkeit der Befehlshaber und die Unterweisung der Soldaten in Bezug auf das kategorische Verbot aller Formen sexueller Gewalt	Resolution 1880 (2009), Ziff. 15
Gezielte und abgestufte Maßnahmen zur Reaktion auf Verstöße gegen Frauen betreffende Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen	bekräftigt seine Absicht, bei der Verhängung und Verlängerung von länderspezifischen Sanktionsregimen die Angemessenheit gezielter und abgestufter Maßnahmen gegen Parteien bewaffneter Konflikte, die Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Situationen bewaffneten Konflikts begehen, in Erwägung zu ziehen	Resolution 1820 (2008), Ziff. 5
	alle Staaten [werden] ... die notwendigen Maßnahmen treffen ... um die Einreise oder Durchreise aller von [dem Sanktionsausschuss] ... bezeichneten Personen in beziehungsweise durch ihr Hoheitsgebiet zu verhindern;	Resolution 1807 (2008), Ziff. 9, 11 und 13 *e*)
	beschließt, dass alle Staaten während des Zeitraums der Anwendung der ... Maßnahmen sofort die sich ab dem Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Resolution in ihrem Hoheitsgebiet befindenden Gelder, anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen einfrieren werden, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der ... von dem [Sanktionsausschuss] benannten Personen oder Einrichtungen stehen oder die von Einrichtungen gehalten werden, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle dieser Personen und Einrichtungen oder von in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handelnden Personen oder Einrichtungen stehen, ... und beschließt, dass alle Staaten sicherstellen werden, dass ihre Staatsangehörigen oder Personen innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die genannten Personen oder Einrichtungen oder zu ihren Gunsten keine Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen	
	beschließt ..., dass [diese] Bestimmungen ... auf die ... Personen ... Anwendung finden, die in [dem betroffenen Staat] tätig sind und die schwere Verstöße gegen das Völkerrecht begehen, namentlich das gezielte Vorgehen gegen Kinder oder Frauen in Situationen bewaffneten Konflikts	

Diejenigen, die sexuelle Gewalt begehen, zur Rechenschaft ziehen	bekundet insbesondere seine Besorgnis über die anhaltende sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt und fordert die Regierung nachdrücklich auf ... , auch künftig die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Verletzungen zu verhindern und sicherzustellen, dass die dafür verantwortlichen Personen vor Gericht gestellt werden	Resolution 1902 (2009), Ziff. 19	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1591 (2005), zehnter Präambelabs.; 1493 (2003), Ziff. 8; und 1468 (2003), Ziff. 2.
	in der Erkenntnis, dass zivile und militärische Führer im Einklang mit dem Grundsatz der Verantwortlichkeit der Befehlshaber die Entschlossenheit und den politischen Willen unter Beweis stellen müssen, sexuelle Gewalt zu verhindern, Straflosigkeit zu bekämpfen und Täter zur Rechenschaft zu ziehen, und dass Untätigkeit das Signal aussenden kann, dass sexuelle Gewalt in Konflikten geduldet wird	Resolution 1888 (2009), elfter Präambelabs.	
	stellt fest, dass Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt ein Kriegsverbrechen, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder eine die Tatbestandsmerkmale des Völkermords erfüllende Handlung darstellen können, betont, dass sexuelle Gewaltverbrechen von Amnestiebestimmungen, die im Zusammenhang mit Konfliktbeilegungsprozessen erlassen werden, ausgenommen werden müssen, und fordert die Mitgliedstaaten auf, ihrer Verpflichtung zur strafrechtlichen Verfolgung von Personen, die für solche Handlungen verantwortlich sind, nachzukommen, und sicherzustellen, dass allen Opfern sexueller Gewalt, insbesondere Frauen und Mädchen, gleicher Schutz durch das Gesetz und gleicher Zugang zur Justiz gewährt wird, und betont, wie wichtig es ist, der Straflosigkeit für solche Handlungen im Rahmen eines umfassenden Konzepts für die Herbeiführung von dauerhaftem Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit und nationaler Aussöhnung ein Ende zu setzen	Resolution 1820 (2008), Ziff. 4	
	unter besonderer Verurteilung der von [Milizen und bewaffneten Gruppen sowie von Elementen der nationalen Streit- und Polizeikräfte] und andere[n] Sicherheits- und Geheimdienste[n] verübten sexuellen Gewalt, betonend, dass [der betroffene Staat] in Zusammenarbeit mit [der Friedenssicherungsmission] und den anderen zuständigen Akteuren umgehend dieser Gewalt ein Ende setzen und die Täter, einschließlich der hochrangigen Führer, deren Befehl sie unterstehen, vor Gericht stellen muss, und die Mitgliedstaaten auffordernd, dabei behilflich zu sein und den Opfern auch weiterhin medizinische, humanitäre und sonstige Hilfe zu gewähren	Resolution 1794 (2007), vierzehnter Präambelabs.	
Sexuelle Ausbeutung und sexueller Missbrauch	ersucht den Generalsekretär, die Vorwürfe sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs durch Zivil- und Militärpersonal [der Mission] auch weiterhin umfassend zu untersuchen und die in dem Bulletin des Generalsekretärs über besondere Maßnahmen für den Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch ... genannten angemessenen Maßnahmen zu ergreifen	Resolution 1906 (2009), Ziff. 12	Siehe zum Beispiel auch Resolutionen 1840 (2008), Ziff. 22; 1674 (2006), Ziff. 20; 1565 (2004), Ziff. 25; 1460 (2003),

ersucht den Generalsekretär, die Anstrengungen zur Umsetzung der Nulltoleranzpolitik gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch bei Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen fortzusetzen und zu verstärken, und fordert die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter einsatzvorbereitendes und am Einsatzort angebotenes Sensibilisierungstraining, sowie sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird	Resolution 1820 (2008), Ziff. 7	Ziff. 10; und 1436 (2002), Ziff. 15.
ersucht den Generalsekretär, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass der Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch im Rahmen [der Friedenssicherungsmission] tatsächlich Folge geleistet wird, namentlich durch die Ausarbeitung von Strategien und geeigneten Mechanismen zur Verhütung, Ermittlung und Ahndung aller Arten von Vergehen, einschließlich sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs, und durch eine verstärkte Schulung des Personals mit dem Ziel, Vergehen zu verhüten und die volle Einhaltung des Verhaltenskodexes der Vereinten Nationen zu gewährleisten, ersucht den Generalsekretär ferner, im Einklang mit dem Bulletin des Generalsekretärs über besondere Maßnahmen für den Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch [(ST/SGB/2003/13)] alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und den Rat darüber unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining beziehungsweise ... ein Sensibilisierungstraining [nach Einsatzrückkehr], sowie Disziplinar- und andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird.“	Resolution 1769 (2007), Ziff. 16	

Auf seiner 6531. Sitzung am 10. Mai 2011 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter der Arabischen Republik Syrien, Armeniens, Aserbaidschans, Australiens, Bangladeschs, Botsuanas, Chiles, Italiens, Japans, Kanadas, Katars, Kenias, Kroatiens, Kubas, Liechtensteins, Marokkos, Mexikos, Nicaraguas, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Perus, der Republik Korea, der Schweiz, Sloweniens, Sri Lankas, der Türkei, der Ukraine, Uruguays, Venezuelas (Bolivarische Republik) und der Vereinigten Arabischen Emirate gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Valerie Amos, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinatorin, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, und Herrn Ivan Šimonović, den Beigeordneten Generalsekretär für Menschenrechte und Leiter des New Yorker Büros des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

FRAUEN UND FRIEDEN UND SICHERHEIT[208]

Beschlüsse

Auf seiner 6411. Sitzung am 26. Oktober 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, Ägyptens, Argentiniens, Armeniens, Australiens, der Bahamas, Bangladeschs, Belgiens, Botsuanas, Burkina Fasos, Burundis, Chiles, Costa Ricas, Dänemarks, Deutschlands, El Salvadors, Estlands, Fidschis, Finnlands (Innenministerin), Gambias (Ministerin für Tourismus und Kultur), Ghanas, Honduras', Indiens, Indonesiens, Irlands (Staatsministerin für Gleichheit, Integration und Menschenrechte), Islands, Israels, Italiens (Ministerin für Chancengleichheit), Jamaikas, Kanadas (Ministerin für internationale Zusammenarbeit), Kasachstans, Kenias, Kolumbiens, Kroatiens, Liberias (Ministerin für Geschlechterfragen und Entwicklung), Liechtensteins, Luxemburgs, Malawis, Marokkos, Monacos, Namibias, Nepals, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens (Verteidigungsministerin), Pakistans, Papua-Neuguineas, Perus, der Philippinen, Portugals, Ruandas (Senatorin), der Salomonen, Schwedens (Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten), der Schweiz, Sierra Leones, Sloweniens (Generaldirektor des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten), Sri Lankas, Südafrikas (Stellvertretende Ministerin für soziale Entwicklung), Sudans, Trinidads und Tobagos, Tunesiens, der Ukraine, Ungarns, Uruguays, der Vereinigten Republik Tansania und Vietnams gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Frauen und Frieden und Sicherheit

Bericht des Generalsekretärs über Frauen und Frieden und Sicherheit (S/2010/498)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter Palästinas bei den Vereinten Nationen aufgrund seines an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags vom 22. Oktober 2010[209] im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Michelle Bachelet, die Untergeneralsekretärin für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, und Herrn Hamidon Ali, den Präsidenten des Wirtschafts- und Sozialrats, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 21. Oktober 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

---

[208] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2000 verabschiedet.

[209] Dokument S/2010/549, Teil des Protokolls der 6411. Sitzung.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters Gabuns bei den Vereinten Nationen vom 19. Oktober 2010[210] Herrn Ramtane Lamamra, den Kommissar für Frieden und Sicherheit der Kommission der Afrikanischen Union, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Walter Füllemann, den Ständigen Beobachter und Leiter der Delegation des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters der Türkei bei den Vereinten Nationen vom 25. Oktober 2010, Frau Eirini Lemos-Maniati, die Zivile Verbindungsbeauftragte der Nordatlantikvertrags-Organisation zu den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Thelma Awori von der Zivilgesellschaftlichen Beratungsgruppe bei den Vereinten Nationen zum Thema Frauen und Frieden und Sicherheit gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[211]:

„Der Sicherheitsrat, der anlässlich des zehnten Jahrestags der Verabschiedung seiner Resolution 1325 (2000) zusammengetreten ist, bekräftigt sein Bekenntnis zur fortgesetzten und vollständigen, in sich gegenseitig verstärkender Weise erfolgenden Durchführung der Resolutionen 1325 (2000), 1612 (2005), 1674 (2006), 1820 (2008), 1882 (2009), 1888 (2009), 1889 (2009) und 1894 (2009) und aller einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten.

Der Rat begrüßt den Bericht des Generalsekretärs über Frauen und Frieden und Sicherheit[212] und die darin enthaltene Analyse der Fortschritte bei der Durchführung der Resolution 1325 (2000).

Der Rat begrüßt die Resolution 64/289 der Generalversammlung, mit der die Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN-Frauen) eingerichtet wurde, die im Januar 2011 ihre Arbeit voll aufgenommen haben wird. Der Rat bittet UN-Frauen, zu seiner Arbeit auf dem Gebiet Frauen und Frieden und Sicherheit regelmäßig beizutragen, und stellt fest, dass die Einheit eine wertvolle Rolle dabei spielen wird, die Rolle der Frauen bei der Friedenskonsolidierung und der Verhütung sexueller Gewalt in Konflikten zu unterstützen, so auch durch die Koordinierung und Kohärenz der Politikformulierung und Programmerstellung zugunsten von Frauen und Mädchen. Er begrüßt die Ernennung von Frau Michelle Bachelet zur Leiterin von UN-Frauen.

Der Rat verurteilt erneut nachdrücklich alle in Situationen bewaffneten Konflikts und in Postkonfliktsituationen an Frauen und Mädchen begangenen Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht, namentlich Vergewaltigungen, andere Formen der sexuellen und der geschlechtsspezifischen Gewalt sowie Tötungen und Verstümmelungen, die gegen das Völkerrecht verstoßen. Der Rat fordert alle Parteien nach-

[210] Herr Téte António, der Ständige Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gab im Namen von Herrn Lamamra eine Erklärung ab.

[211] S/PRST/2010/22.

[212] S/2010/498.

drücklich auf, derartige Handlungen mit sofortiger Wirkung vollständig einzustellen, und fordert außerdem die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, diejenigen, die für Verbrechen dieser Art verantwortlich sind, vor Gericht zu stellen. Ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit müssen mit der Gewährung von Hilfe und Wiedergutmachung für die Opfer einhergehen. In dieser Hinsicht bekundet er erneut seine Unterstützung für die Mandate der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten und der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und legt ihnen nahe, auch weiterhin für volle Transparenz, Zusammenarbeit und Koordinierung ihrer Anstrengungen zu sorgen.

Der Rat stellt fest, dass der Kampf gegen die Straflosigkeit für die schwersten Verbrechen von internationalem Belang, die an Frauen und Mädchen begangen werden, durch die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs, der Ad-hoc- und gemischten Gerichtshöfe sowie der Sonderkammern nationaler Gerichte gestärkt worden ist, und nimmt Kenntnis von der Bestandsaufnahme der internationalen Strafgerichtsbarkeit, die auf der vom 31. Mai bis 11. Juni 2010 in Kampala abgehaltenen ersten Konferenz zur Überprüfung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vorgenommen wurde. Der Rat beabsichtigt, verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit und zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für schwere Verbrechen an Frauen und Mädchen mit den geeigneten Mitteln zu unternehmen, und lenkt die Aufmerksamkeit auf die gesamte Bandbreite der Justiz- und Aussöhnungsmechanismen, die in Betracht zu ziehen sind, wie etwa nationale, internationale und gemischte Strafgerichtshöfe, Wahrheits- und Aussöhnungskommissionen sowie nationale Wiedergutmachungsprogramme für die Opfer, institutionelle Reformen und traditionelle Streitbeilegungsmechanismen.

Der Rat ist sich der nach wie vor bestehenden Herausforderungen bewusst und begrüßt die im Bericht des Generalsekretärs beschriebenen zahlreichen Anstrengungen zur Durchführung der Resolution 1325 (2000), insbesondere die positiven Beispiele für Anstrengungen, die unternommen wurden, um bei der Beilegung von Konflikten und der Friedenskonsolidierung mit Frauengruppen der Zivilgesellschaft zusammenzuwirken und Frauen und Mädchen vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen.

Der Rat nimmt mit ernster Besorgnis davon Kenntnis, dass Frauen und Mädchen unverhältnismäßig stark von Konflikten betroffen sind und dass die Beteiligung der Frauen an allen Phasen von Friedensprozessen und an der Durchführung von Friedensabkommen trotz der unverzichtbaren Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und beim Wiederaufbau der Gesellschaft nach wie vor zu gering ist. Der Rat ist sich dessen bewusst, dass die volle und wirksame Beteiligung der Frauen auf diesen Gebieten erleichtert werden muss, und betont, dass die volle und wirksame Beteiligung der Frauen sehr wichtig für die Tragfähigkeit von Friedensprozessen ist.

Der Rat begrüßt die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Durchführung der Resolution 1325 (2000) auf nationaler Ebene, namentlich den Anstieg der Zahl der Staaten, die nationale Aktionspläne und Strategien aufgestellt oder überarbeitet haben, und legt den Mitgliedstaaten nahe, mit diesen Anstrengungen fortzufahren.

Der Rat begrüßt die von einer Reihe von Mitgliedstaaten bei der öffentlichen Aussprache auf Ministerebene am 26. Oktober 2010 eingegangenen konkreten Verpflichtungen, ihre Anstrengungen zur Durchführung der Resolution 1325 (2000) zu verstärken, und bittet diese Mitgliedstaaten und alle anderen Mitgliedstaaten, die dies wünschen, die Durchführung der Resolution regelmäßig zu überprüfen und dem Rat gegebenenfalls über erzielte Fortschritte Bericht zu erstatten.

Der Rat unterstützt den Beginn der Verwendung des im Anhang des Berichts des Generalsekretärs enthaltenen Katalogs von Indikatoren, auch durch die zuständigen

Institutionen der Vereinten Nationen, als eines vorläufigen Rahmens zur Verfolgung der Durchführung der Resolution 1325 (2000) in Situationen bewaffneten Konflikts und in Postkonfliktsituationen sowie gegebenenfalls in anderen für die Durchführung der Resolution 1325 (2000) relevanten Situationen, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände eines jeden Landes.

Der Rat ist sich der Notwendigkeit bewusst, die Resolution 1325 (2000) bei seiner eigenen Arbeit konsequent anzuwenden und die Fortschritte bei der Durchführung zu überwachen. In dieser Hinsicht unterstreicht der Rat die Notwendigkeit einer aktuellen und systematischen Berichterstattung über Fragen im Zusammenhang mit Frauen und Frieden und Sicherheit und legt dem Generalsekretär eindringlich nahe, sicherzustellen, dass in den Berichten und Unterrichtungen über länderspezifische und einschlägige thematische Fragen Angaben zu Fragen betreffend Frauen und Frieden und Sicherheit und zur Durchführung der Resolution 1325 (2000) vorgelegt werden, gegebenenfalls unter Verwendung des genannten Indikatorenkatalogs.

Der Rat legt den Mitgliedstaaten nahe, bei der Durchführung der Resolution 1325 (2000) und späterer Resolutionen über Frauen und Frieden und Sicherheit den im Anhang des Berichts des Generalsekretärs enthaltenen Indikatorenkatalog gegebenenfalls zu berücksichtigen.

Der Rat verlangt erneut, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sämtliche gegen Frauen und Mädchen gerichteten Formen von Gewalt, einschließlich sexueller Gewalthandlungen, sofort und vollständig einstellen.

Der Rat legt den Mitgliedstaaten nahe, verstärkt weibliches Militär- und Polizeipersonal zu Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen zu entsenden und dem gesamten Militär- und Polizeipersonal eine angemessene Schulung zur Wahrnehmung seiner Aufgaben zu erteilen. Der Rat ersucht den Generalsekretär, die Anstrengungen zur Anwendung der Nulltoleranzpolitik gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch durch Friedenssicherungspersonal und humanitäres Personal der Vereinten Nationen fortzusetzen und zu verstärken. Der Rat ersucht den Generalsekretär, auch weiterhin Hilfestellungen für den Umgang mit sexueller Gewalt für einsatzvorbereitende und einführende Schulungen für Militär- und Polizeipersonal anzubieten und zu verbreiten, den Missionen dabei behilflich zu sein, situationsspezifische Verfahren für den Umgang mit sexueller Gewalt auf Feldebene auszuarbeiten, und für die fachliche Unterstützung der truppen- und polizeistellenden Länder zu sorgen, damit das Militär- und Polizeipersonal im Rahmen einsatzvorbereitender und einführender Schulungen auch Hilfestellungen für den Umgang mit sexueller Gewalt erhält. Der Rat begrüßt die Arbeit der für Friedenssicherungsmissionen ernannten Berater für Geschlechter- und Gleichstellungsfragen und Frauenschutzberater. Der Rat sieht der Behandlung des Jahresberichts des Generalsekretärs über die Durchführung seiner Resolution 1820 (2008) mit Interesse entgegen.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, ihm auch künftig einen Jahresbericht über die Durchführung der Resolution 1325 (2000) vorzulegen. Der Rat ersucht den Generalsekretär ferner, in seinem nächsten Jahresbericht einen strategischen Rahmen vorzuschlagen, der den Vereinten Nationen als Orientierungshilfe bei der Durchführung der Resolution im kommenden Jahrzehnt dienen soll und der Ziele und Indikatoren enthält und einschlägige Prozesse innerhalb des Sekretariats berücksichtigt. In diesem Zusammenhang ersucht der Rat den Generalsekretär, auch Empfehlungen für politische und institutionelle Reformen bei den Vereinten Nationen abzugeben, die es der Organisation ermöglichen werden, auf Fragen im Zusammenhang mit Frauen und Frieden und Sicherheit besser zu reagieren.

Der Rat fordert die Mitgliedstaaten und die internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen erneut auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Beteiligung der Frauen an der Konfliktprävention, der Beilegung von Konflikten und der Frie-

denskonsolidierung auszuweiten, so auch als ernannte oder gewählte Entscheidungsträgerinnen in Lenkungsinstitutionen in einem Postkonfliktkontext. Der Rat fordert den Generalsekretär nachdrücklich auf, mehr Frauen zu Vermittlerinnen und zu Sonderbeauftragten und Sondergesandten zu ernennen, die in seinem Namen Gute Dienste leisten.

Der Rat bekundet seine Absicht, in fünf Jahren eine Überprüfung auf hoher Ebene abzuhalten, um die bei der Durchführung der Resolution 1325 (2000) auf globaler, regionaler und nationaler Ebene erzielten Fortschritte zu bewerten, die Verpflichtungen zu erneuern und den bei der Durchführung der Resolution 1325 (2000) aufgetretenen Hindernissen und Zwängen Rechnung zu tragen."

Auf seiner 6453. Sitzung am 16. und 17. Dezember 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Albaniens, Argentiniens, Armeniens, Australiens, Belgiens, Benins, Bulgariens, Burkina Fasos, Chiles, Costa Ricas, Dänemarks, der Demokratischen Republik Kongo, Deutschlands, Dschibutis, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Estlands, Finnlands, Georgiens, Griechenlands, Honduras', Indiens, Irlands, Islands, Israels, Italiens, Kanadas, Kenias, Kolumbiens, Kroatiens, Liberias, Liechtensteins, Litauens, Luxemburgs, Maltas, Monacos, Montenegros, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Panamas, Papua-Neuguineas, Perus, Portugals, der Republik Korea, Ruandas, Rumäniens, Schwedens, der Schweiz, Senegals, Sierra Leones, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, Südafrikas, Timor-Lestes, der Tschechischen Republik, der Ukraine und Ungarns gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Frauen und Frieden und Sicherheit

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolutionen 1820 (2008) und 1888 (2009) (S/2010/604)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Margot Wallström, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, und Generalleutnant Babacar Gaye, Militärberater im Büro für militärische Angelegenheiten der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 10. Dezember 2010[213] und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Resolution 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur fortgesetzten und vollständigen, in sich gegenseitig verstärkender Weise erfolgenden Durchführung der Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 und aller einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten,

[213] Herr Peter Schwaiger, der stellvertretende Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gab im Namen von Herrn Serrano eine Erklärung ab.

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 24. November 2010[214], jedoch nach wie vor zutiefst besorgt über die langsamen Fortschritte hinsichtlich der Frage der sexuellen Gewalt in Situationen bewaffneten Konflikts, insbesondere gegen Frauen und Kinder, und feststellend, dass sexuelle Gewalt, wie in dem Bericht des Generalsekretärs dokumentiert wird, in bewaffneten Konflikten überall auf der Welt auftritt,

erneut seine große Sorge darüber bekundend, dass trotz seiner wiederholten Verurteilung der Gewalt gegen Frauen und Kinder in Situationen bewaffneten Konflikts, einschließlich sexueller Gewalt in Situationen bewaffneten Konflikts, und trotz seiner Aufrufe an alle Parteien bewaffneter Konflikte, derartige Handlungen mit sofortiger Wirkung zu beenden, solche Handlungen nach wie vor auftreten und in einigen Situationen systematisch und ausgedehnt geworden sind und ein erschreckendes Ausmaß an Brutalität erreicht haben,

erneut darauf hinweisend, dass alle an einem Konflikt beteiligten Staaten und nichtstaatlichen Akteure ihre Verpflichtungen nach dem anwendbaren Völkerrecht, einschließlich des Verbots aller Formen von sexueller Gewalt, vollständig einhalten müssen,

sowie erneut erklärend, dass zivile und militärische Führer im Einklang mit dem Grundsatz der Verantwortlichkeit der Befehlshaber die Entschlossenheit und den politischen Willen unter Beweis stellen müssen, sexuelle Gewalt zu verhindern, Straflosigkeit zu bekämpfen und Täter zur Rechenschaft zu ziehen, und dass Untätigkeit das Signal aussenden kann, dass sexuelle Gewalt in Konflikten geduldet wird,

unter Hinweis auf die Verantwortung der Staaten, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und die Verantwortlichen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere an Zivilpersonen verübte abscheuliche Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen, und in dieser Hinsicht mit Besorgnis feststellend, dass bisher nur wenige Täter sexueller Gewalt vor Gericht gestellt worden sind, jedoch sich dessen bewusst, dass innerstaatliche Justizsysteme in Konflikt- und Postkonfliktsituationen erheblich geschwächt sein können,

unter Begrüßung der Fortschritte in Bezug auf die Einsatzfähigkeit des Sachverständigenteams mit dem Auftrag, im Einklang mit Resolution 1888 (2009) nationale Behörden bei der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen, erneut erklärend, wie wichtig es ist, das Team in Situationen, die in Bezug auf sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten Anlass zu besonderer Besorgnis geben, rasch zu entsenden, damit es über die Präsenz der Vereinten Nationen vor Ort und mit Einwilligung der Gastregierung tätig werden kann, und in dieser Hinsicht mit Genugtuung über die freiwilligen Beiträge zur Unterstützung seiner Tätigkeit,

in der Erkenntnis, dass die Staaten die Hauptverantwortung dafür tragen, die Menschenrechte aller in ihrem Hoheitsgebiet lebenden und ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Personen zu achten und zu gewährleisten, wie vom Völkerrecht vorgeschrieben,

bekräftigend, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die Hauptverantwortung dafür tragen, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um den Schutz von Zivilpersonen zu gewährleisten,

daran erinnernd, dass das humanitäre Völkerrecht Frauen und Kindern als Teil der Zivilbevölkerung während bewaffneter Konflikte allgemeinen Schutz und aufgrund ihrer potenziellen besonderen Gefährdung besonderen Schutz gewährt,

bekräftigend, dass die Beendigung der Straflosigkeit unerlässlich ist, damit eine Gesellschaft, die sich in einem Konflikt befindet oder dabei ist, einen Konflikt zu überwinden, vergangene Übergriffe gegen von bewaffneten Konflikten betroffene Zivilpersonen

[214] S/2010/604.

aufarbeiten und derartige Übergriffe in Zukunft verhindern kann, unter Hinweis auf die gesamte Bandbreite der Justiz- und Aussöhnungsmechanismen, die in Betracht zu ziehen sind, wie etwa nationale, internationale und „gemischte" Strafgerichtshöfe sowie Wahrheits- und Aussöhnungskommissionen, und vermerkend, dass solche Mechanismen nicht nur die Feststellung der individuellen Verantwortlichkeit für schwere Verbrechen, sondern auch Frieden, Wahrheit, Aussöhnung und die Rechte der Opfer fördern können,

unter Hinweis darauf, dass eine Reihe von sexuellen Gewaltdelikten in das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs[215] und in die Statuten der internationalen Adhoc-Strafgerichtshöfe aufgenommen wurden,

bekräftigend, wie wichtig es ist, dass die Staaten mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft den Zugang zu Gesundheitsversorgung, psychosozialer Unterstützung, rechtlicher Hilfe und Diensten zur sozioökonomischen Wiedereingliederung für Opfer sexueller Gewalt, insbesondere in ländlichen Gebieten, erweitern, und unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen,

unter Begrüßung der in dem Bericht des Sonderausschusses für Friedenssicherungseinsätze[216] enthaltenen Vorschläge, Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu der Notwendigkeit ausreichender Einsatzmittel und klarer, angemessener Leitlinien, die den Friedenssicherungsmissionen die Durchführung aller ihrer mandatsmäßigen Aufgaben ermöglichen, einschließlich der Verhütung sexueller Gewalt und der Reaktion darauf, betonend, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass sich das hochrangige Leitungspersonal der Missionen für den Schutz von Zivilpersonen engagiert, so auch für die Verhütung von Fällen sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten und die Reaktion darauf, und so dafür zu sorgen, dass alle Teile einer Mission und alle Ebenen der Befehlskette ordnungsgemäß über das Mandat der Mission und ihre jeweiligen Aufgaben unterrichtet und darin eingebunden sind, unter Begrüßung der vom Generalsekretär erzielten Fortschritte bei der Erarbeitung operativer Instrumente zur Durchführung von Mandaten zum Schutz von Zivilpersonen, und den truppen- und polizeistellenden Ländern nahelegend, von diesen wichtigen Materialien umfassenden Gebrauch zu machen und dazu ihre Auffassungen zu unterbreiten,

anerkennend, dass der Generalsekretär bemüht ist, dagegen anzugehen, dass Frauen in formalen Friedensprozessen unterrepräsentiert sind, dass es an Vermittlern und Waffenstillstandsbeobachtern mit einer angemessenen Schulung im Umgang mit sexueller Gewalt fehlt und dass bei unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stattfindenden Friedensgesprächen keine Frauen als Haupt- oder Chefvermittler tätig sind, und zu weiteren derartigen Anstrengungen ermutigend,

es begrüßend, dass Frauen zur Erfüllung ziviler, militärischer und polizeilicher Aufgaben in Friedenssicherungsmissionen herangezogen werden, und in der Erkenntnis, dass ihre Präsenz Frauen aus der einheimischen Bevölkerung ermutigen kann, sexuelle Gewalthandlungen zu melden,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 24. November 2010 und betonend, dass es nicht Gegenstand dieser Resolution ist, eine rechtliche Feststellung zu treffen, ob die in dem Bericht des Generalsekretärs genannten Situationen bewaffnete Konflikte im Sinne der Genfer Abkommen von 1949[217] und der dazugehörigen Zusatzprotokol-

---

[215] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2187, Nr. 38544. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2000 II S. 1394; LGBl. 2002 Nr. 90; öBGBl. III Nr. 180/2002; AS 2002 3743.

[216] *Official Records of the General Assembly, Sixty-fourth Session, Supplement No. 19* (A/64/19).

[217] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970–973. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1954 II S. 781; LGBl. 1989 Nr. 18-21; öBGBl. Nr. 155/1953; AS 1951 181 207 228 300.

le von 1977[218] sind, und dass sie nicht die Rechtsstellung der an diesen Situationen beteiligten nichtstaatlichen Parteien berührt,

1. *bekräftigt*, dass sexuelle Gewalt, wenn sie als Kriegstaktik oder im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung eingesetzt wird oder andere damit beauftragt werden, Situationen bewaffneten Konflikts erheblich verschärfen und verlängern und die Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit behindern kann, erklärt in dieser Hinsicht, dass wirksame Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung solcher sexuellen Gewalthandlungen in erheblichem Maße zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen können, und bekundet seine Bereitschaft, bei der Behandlung der Situationen, die auf der Tagesordnung des Sicherheitsrats stehen, erforderlichenfalls angemessene Maßnahmen zu beschließen, um gegen ausgedehnte oder systematische sexuelle Gewalt in Situationen bewaffneten Konflikts vorzugehen;

2. *verlangt erneut*, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien alle sexuellen Gewalthandlungen vollständig und mit sofortiger Wirkung einstellen;

3. *ermutigt* den Generalsekretär, in seine nach den Resolutionen 1820 (2008) und 1888 (2009) vorzulegenden jährlichen Berichte detaillierte Informationen über an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Parteien aufzunehmen, die glaubhaften Angaben zufolge verdächtig sind, Vergewaltigungen oder andere Formen von sexueller Gewalt begangen zu haben oder dafür verantwortlich zu sein, und in einen Anhang zu diesen jährlichen Berichten eine Liste der Parteien aufzunehmen, die glaubhaften Angaben zufolge verdächtig sind, in Situationen bewaffneten Konflikts, die auf der Tagesordnung des Rates stehen, systematisch Vergewaltigungen und andere Formen von sexueller Gewalt begangen zu haben oder dafür verantwortlich zu sein, und bekundet seine Absicht, diese Liste als Grundlage für ein zielgerichteteres Einwirken der Vereinten Nationen auf diese Parteien zu verwenden, gegebenenfalls auch durch Maßnahmen im Einklang mit den Verfahren der einschlägigen Sanktionsausschüsse;

4. *ersucht* den Generalsekretär, im Einklang mit dieser Resolution und unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Ausrichtung die Kriterien für die Aufnahme in die Liste und für die Streichung von der Liste nach den Ziffern 175, 176, 178 und 180 seines Berichts vom 13. April 2010[219] auf die in seinem jährlichen Bericht über sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten aufgeführten Parteien anzuwenden;

5. *fordert* die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien *auf*, konkrete und termingebundene Verpflichtungen zur Bekämpfung sexueller Gewalt einzugehen und umzusetzen, unter anderem durch die Erteilung klarer Befehle über Befehlsketten, die sexuelle Gewalt verbieten, und das Verbot sexueller Gewalt in Verhaltenskodizes, militärischen Feldhandbüchern oder ähnlichem, und fordert diese Parteien ferner auf, konkrete Verpflichtungen zur raschen Untersuchung behaupteter Missbräuche einzugehen und umzusetzen, mit dem Ziel, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, die Umsetzung dieser Verpflichtungen durch die Parteien eines auf der Tagesordnung des Rates stehenden bewaffneten Konflikts, die systematisch Vergewaltigungen und andere Formen von sexueller Gewalt begehen, zu verfolgen und zu überwachen und den Rat in den einschlägigen Berichten und Unterrichtungen regelmäßig auf dem Laufenden zu halten;

---

[218] Ebd., Vol. 1125, Nr. 17512 und 17513. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1990 II S. 1550; LGBl. 1989 Nr. 62; öBGBl. Nr. 527/1982; AS 1982 1362 (Protokoll I); dBGBl. 1990 II S. 1637; LGBl. 1989 Nr. 63; öBGBl. Nr. 527/1982; AS 1982 1432 (Protokoll II).

[219] S/2010/181.

7. *erklärt erneut seine Absicht*, bei der Verhängung oder Verlängerung zielgerichteter Sanktionen in Situationen bewaffneten Konflikts zu erwägen, gegebenenfalls auch Vergewaltigungen und andere Formen von sexueller Gewalt als Benennungskriterien aufzunehmen, und fordert alle Friedenssicherungs- und sonstigen zuständigen Missionen und Stellen der Vereinten Nationen, insbesondere die Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten, auf, den zuständigen Sanktionsausschüssen des Sicherheitsrats, namentlich über deren Überwachungsgruppen und Sachverständigengruppen, alle sachdienlichen Informationen über sexuelle Gewalt zu übermitteln;

8. *ersucht* den Generalsekretär, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände eines jeden Landes Regelungen für die Überwachung, Analyse und Berichterstattung betreffend sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten, einschließlich Vergewaltigung in Situationen bewaffneten Konflikts und in Postkonfliktsituationen und gegebenenfalls in anderen für die Durchführung der Resolution 1888 (2009) relevanten Situationen, zu treffen, die ein kohärentes und koordiniertes Vorgehen auf Feldebene gewährleisten, und ermutigt den Generalsekretär, Akteure der Vereinten Nationen, nationale Institutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Gesundheitsdienstleister und Frauengruppen einzubinden, um die Erhebung und Analyse von Daten zu Fällen von Vergewaltigung und anderen Formen von sexueller Gewalt sowie zu diesbezüglichen Trends und Mustern zu verbessern und dem Rat so bei der Prüfung geeigneter Maßnahmen, einschließlich gezielter und abgestufter Maßnahmen, zu helfen, unter voller Achtung der Integrität und Spezifik des nach den Ratsresolutionen 1612 (2005) und 1882 (2009) über Kinder und bewaffnete Konflikte eingerichteten Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus;

9. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, auch weiterhin die volle Transparenz, Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Bemühungen der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten zu gewährleisten;

10. *begrüßt* die Arbeit der Berater für Geschlechter- und Gleichstellungsfragen, erwartet mit Interesse die Ernennung weiterer Frauenschutzberater bei Friedenssicherungsmissionen im Einklang mit Resolution 1888 (2009) und nimmt Kenntnis von ihrem potenziellen Beitrag im Rahmen der gemäß Ziffer 8 dieser Resolution zu treffenden Überwachungs-, Analyse- und Berichterstattungsregelungen;

11. *begrüßt außerdem* die Ausarbeitung szenariobasierter Schulungsmaterialien zur Bekämpfung sexueller Gewalt für Friedenssicherungskräfte durch den Generalsekretär und ermutigt die Mitgliedstaaten, sich bei der Vorbereitung und Dislozierung von Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen darauf zu stützen;

12. *unterstreicht*, dass die Missionen zur Durchführung ihres Mandats wirksam mit der einheimischen Bevölkerung kommunizieren müssen, und legt dem Generalsekretär nahe, sie verstärkt dazu zu befähigen;

13. *bekundet seine Absicht*, bei Mandatserteilungen und -verlängerungen die Frage der sexuellen Gewalt gebührend zu berücksichtigen und den Generalsekretär zu ersuchen, im Rahmen von technischen Bewertungsmissionen gegebenenfalls auch Sachverständige für Geschlechterfragen zu entsenden;

14. *ermutigt* die an der Aktion der Vereinten Nationen gegen sexuelle Gewalt in Konflikten beteiligten Stellen und die anderen zuständigen Teile des Systems der Vereinten Nationen, auch weiterhin die genannte Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten in ihrer Arbeit zu unterstützen und die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen allen maßgeblichen Akteuren auszuweiten, um die Koordinierung zu verstärken, auf Amtssitz- und Landesebene Überschneidungen zu vermeiden und das systemweite Vorgehen zu verbessern;

15. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, verstärkt weibliches Militär- und Polizeipersonal zu Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen zu entsenden und dem gesamten Militär- und Polizeipersonal eine angemessene Schulung, unter anderem zu sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, zur Wahrnehmung seiner Aufgaben zu erteilen;

16. *ersucht* den Generalsekretär, die Anstrengungen zur Anwendung der Nulltoleranzpolitik gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch durch Friedenssicherungspersonal und humanitäres Personal der Vereinten Nationen fortzusetzen und zu verstärken, und ersucht den Generalsekretär ferner, auch weiterhin Hilfestellungen für den Umgang mit sexueller Gewalt für einsatzvorbereitende und einführende Schulungen für Militär- und Polizeipersonal anzubieten und zu verbreiten, den Missionen dabei behilflich zu sein, situationsspezifische Verfahren für den Umgang mit sexueller Gewalt auf Feldebene auszuarbeiten, und für die fachliche Unterstützung der truppen- und polizeistellenden Länder zu sorgen, damit das Militär- und Polizeipersonal im Rahmen einsatzvorbereitender und einführender Schulungen auch Hilfestellungen für den Umgang mit sexueller Gewalt erhält;

17. *bittet* die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten, auch weiterhin Unterrichtungen über sexuelle Gewalt im Einklang mit Resolution 1888 (2009) durchzuführen;

18. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat auch weiterhin jährliche Berichte über die Durchführung der Resolutionen 1820 (2008) und 1888 (2009) vorzulegen, seinen nächsten Bericht über die Durchführung der Resolutionen 1820 (2008) und 1888 (2009) und dieser Resolution spätestens bis Dezember 2011 vorzulegen und darin unter anderem folgende Angaben aufzunehmen:

a) einen detaillierten Koordinierungs- und Strategieplan zur zeitnahen und ethischen Sammlung von Informationen;

b) Angaben über den Stand der Umsetzung der in Ziffer 8 genannten Überwachungs-, Analyse- und Berichterstattungsregelungen;

c) detaillierte Informationen über an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Parteien, die glaubhaften Angaben zufolge verdächtig sind, Vergewaltigungen oder andere Formen von sexueller Gewalt begangen zu haben oder dafür verantwortlich zu sein, und einen Anhang mit einer Liste der Parteien, die glaubhaften Angaben zufolge verdächtig sind, in Situationen bewaffneten Konflikts, die auf der Tagesordnung des Rates stehen, systematisch Vergewaltigungen und andere Formen von sexueller Gewalt begangen zu haben oder dafür verantwortlich zu sein;

d) aktuelle Angaben zu den Maßnahmen, die die für Fragen sexueller Gewalt zuständigen Koordinatoren in den Missionen der Vereinten Nationen ergreifen, um beim Vorgehen gegen sexuelle Gewalt eng mit dem residierenden Koordinator/humanitären Koordinator, dem Landesteam der Vereinten Nationen und gegebenenfalls der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten und/oder dem Sachverständigenteam zusammenzuarbeiten;

19. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6453. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6515. Sitzung am 14. April 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Frauen und Frieden und Sicherheit“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Margot Wallström, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

UNTERRICHTUNG DURCH DEN PRÄSIDENTEN DES INTERNATIONALEN GERICHTSHOFS[220]

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6412. Sitzung am 27. Oktober 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

> „Auf seiner nichtöffentlichen 6412. Sitzung am 27. Oktober 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Unterrichtung durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs‘.
>
> Wie zuvor in Konsultationen des Rates vereinbart, lud der Präsident Richter Hisashi Owada, den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.
>
> Die Ratsmitglieder und Richter Owada führten einen Meinungsaustausch.“

UNTERRICHTUNG DURCH DEN AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA[221]

Beschlüsse

Auf seiner 6481. Sitzung am 15. Februar 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Unterrichtung durch den Amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Audronius Ažubalis, den Amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und Minister für auswärtige Angelegenheiten Litauens, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

[220] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2000 verabschiedet.

[221] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2001 verabschiedet.

SITZUNG DES SICHERHEITSRATS MIT DEN TRUPPEN- UND POLIZEISTELLENDEN LÄNDERN GEMÄSS RESOLUTION 1353 (2001), ANLAGE II, ABSCHNITTE A UND B[221]

A. Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern

Beschlüsse

Auf seiner nichtöffentlichen 6435. Sitzung am 6. Dezember 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 6. Dezember 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6435. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Farid Zarif, dem Direktor der Abteilung Europa und Lateinamerika der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Zarif und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

Auf seiner nichtöffentlichen 6550. Sitzung am 8. Juni 2011 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 8. Juni 2011 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) seine nichtöffentliche 6550. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Frau Lisa Buttenheim, der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Zypern und Leiterin der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Frau Buttenheim und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

B. Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung

Beschlüsse

Auf seiner nichtöffentlichen 6433. Sitzung am 3. Dezember 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 3. Dezember 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6433. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen für die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung stellen.

Der Rat und die truppenstellenden Länder ließen sich von Frau Nina Lahoud, der Geschäftsführenden Leiterin der Abteilung Asien und Naher Osten der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten."

Auf seiner nichtöffentlichen 6558. Sitzung am 17. Juni 2011 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 17. Juni 2011 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) seine nichtöffentliche 6558. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Wolfgang Weisbrod-Weber, dem Direktor der Abteilung Asien und Naher Osten der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Weisbrod-Weber und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

C. Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6373. Sitzung am 18. August 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 18. August 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6373. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Atul Khare, dem Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Khare und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

D. Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6516. Sitzung am 18. April 2011 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 18. April 2011 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6516. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Wolfgang Weisbrod-Weber, dem Direktor der Abteilung Asien und Naher Osten der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten."

E. Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo

Beschlüsse

Auf seiner nichtöffentlichen 6475. Sitzung am 3. Februar 2011 beschloss der Sicherheitsrat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 3. Februar 2011 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6475. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Roger Meece, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Meece, Generalleutnant Babacar Gaye, der Militärberater der Vereinten Nationen, und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

Auf seiner nichtöffentlichen 6543. Sitzung am 3. Juni 2011 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 3. Juni 2011 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) seine nichtöffentliche 6543. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Roger Meece, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Meece und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

F. Mission der Vereinten Nationen in Liberia

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6376. Sitzung am 3. September 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 3. September 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6376. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Mission der Vereinten Nationen in Liberia stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich per Videokonferenz von Frau Ellen Margrethe Løj, der Sonderbeauftragten des Generalsekre-

tärs für Liberia und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Frau Løj und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

G. Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire

Beschlüsse

Auf seiner nichtöffentlichen 6436. Sitzung am 7. Dezember 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 7. Dezember 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6436. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich per Videokonferenz von Herrn Abou Moussa, dem Leitenden Stellvertretenden Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Moussa und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

Auf seiner nichtöffentlichen 6578. Sitzung am 11. Juli 2011 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 11. Juli 2011 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) seine nichtöffentliche 6578. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Edmond Mulet, dem Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Mulet und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

H. Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6380. Sitzung am 9. September 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 9. September 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6380. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Farid Zarif, dem Direktor der Abteilung Europa und Lateinamerika der Sekretariats-

Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Zarif und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

I. Mission der Vereinten Nationen in Sudan

Beschlüsse

Auf seiner nichtöffentlichen 6420. Sitzung am 11. November 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 11. November 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6420. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Mission der Vereinten Nationen in Sudan stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich per Videokonferenz von Herrn Haile Menkerios, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Sudan und Leiter der Mission der Vereinten Nationen in Sudan, und Generalmajor Moses Bisong Obi, dem Kommandeur der Truppe der Mission der Vereinten Nationen in Sudan, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Menkerios, Generalmajor Obi und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

Auf seiner nichtöffentlichen 6514. Sitzung am 14. April 2011 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 14. April 2011 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) seine nichtöffentliche 6514. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Mission der Vereinten Nationen in Sudan stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Frau Margaret Carey, der Direktorin der Abteilung Afrika I der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Frau Carey und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

J. Hybrider Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6585. Sitzung am 18. Juli 2011 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 18. Juli 2011 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche

6585. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Edmond Mulet, dem Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, Generalmajor Abhijit Guha, dem Stellvertretenden Militärberater, und Herrn Andrew Carpenter, dem amtierenden Polizeiberater, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Mulet, Generalmajor Guha, Herr Carpenter und die Vertreter der teilnehmenden polizei- und truppenstellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

K. Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6443. Sitzung am 10. Dezember 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 10. Dezember 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6443. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Youssef Mahmoud, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Zentralafrikanische Republik und Tschad und Leiter der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad, sowie per Videokonferenz von Generalmajor Elhadji Mouhamedou Kandji, dem Kommandeur der Truppe der Mission, und von Polizeichef Mamadou Mountaga Diallo, dem Leiter der Polizeikomponente der Mission, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Mahmoud, Generalmajor Kandji, Polizeichef Diallo und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

BEDROHUNGEN DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT DURCH TERRORISTISCHE HANDLUNGEN[221]

Beschlüsse

Auf seiner 6390. Sitzung am 27. September 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen

Schreiben des Ständigen Vertreters der Türkei bei den Vereinten Nationen vom 1. September 2010 an den Generalsekretär (S/2010/462)".

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[222]:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen.

Der Rat stellt mit Besorgnis fest, dass der Terrorismus nach wie vor eine ernsthafte Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, den Genuss der Menschenrechte und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung aller Mitgliedstaaten darstellt und weltweit Stabilität und Wohlstand untergräbt und dass diese Bedrohung diffuser geworden und mit einer Zunahme von namentlich auch durch Intoleranz oder Extremismus motivierten terroristischen Handlungen in verschiedenen Regionen der Welt einhergeht, und bekundet seine Entschlossenheit, diese Bedrohung zu bekämpfen.

Der Rat verurteilt den Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen, bekräftigt, dass alle terroristischen Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel, wann und von wem sie begangen werden, und bekräftigt, dass der Terrorismus nicht mit einer bestimmten Religion, Nationalität oder ethnischen Gruppe in Verbindung gebracht werden kann und sollte.

Der Rat erkennt an, dass im Kampf gegen die Geißel des Terrorismus zwar wichtige Erfolge erzielt worden sind, dass insgesamt aber nach wie vor Defizite bestehen, fordert alle Mitgliedstaaten und das System der Vereinten Nationen nachdrücklich auf, diese Defizite zu beheben, und betont die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass die Terrorismusbekämpfung ein vorrangiger Gegenstand der internationalen Tagesordnung bleibt.

Der Rat bekräftigt, wie wichtig alle seine Resolutionen und Erklärungen seines Präsidenten über Terrorismus, insbesondere die Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005), sowie die anderen anwendbaren internationalen Übereinkünfte zur Terrorismusbekämpfung sind, betont, dass sie vollständig durchgeführt werden müssen, und ruft in dieser Hinsicht zu verstärkter Zusammenarbeit auf.

Der Rat fordert alle Mitgliedstaaten erneut auf, dringlichst Vertragsparteien der einschlägigen internationalen Übereinkommen und Protokolle zu werden, unabhängig davon, ob sie Vertragspartei regionaler Übereinkommen auf diesem Gebiet sind, und ihren Verpflichtungen aus denjenigen Übereinkünften, deren Vertragspartei sie sind, uneingeschränkt nachzukommen, und würdigt die Unterabteilung Terrorismusverhütung des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung für die diesbezüglich von ihr gewährte technische Hilfe.

Der Rat ist sich dessen bewusst, dass der Terrorismus nicht allein durch militärische Gewalt, Maßnahmen der Strafrechtspflege und nachrichtendienstliche Aktivitäten besiegt werden wird, und unterstreicht die Notwendigkeit, sich mit den Bedingungen zu befassen, die die Ausbreitung des Terrorismus begünstigen, was unter anderem die Notwendigkeit einschließt, die Anstrengungen zur erfolgreichen Verhütung und friedlichen Beilegung anhaltender Konflikte zu verstärken und die Rechtsstaatlichkeit, den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, eine gute Regierungsführung, Toleranz und Offenheit zu fördern, damit denjenigen, die anfällig sein könnten, als Terroristen rekrutiert und bis hin zur Begehung von Gewalt radikalisiert zu werden, eine gangbare Alternative geboten wird.

[222] S/PRST/2010/19.

Der Rat erkennt in dieser Hinsicht an, dass Entwicklung, Frieden und Sicherheit sowie die Menschenrechte miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig verstärken, und unterstreicht die internationalen Bemühungen zur Beseitigung der Armut und zur Förderung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums, einer nachhaltigen Entwicklung und weltweiten Wohlstands für alle.

Der Rat betont, dass die Fortsetzung der internationalen Bemühungen zur Förderung des Dialogs und zur Vertiefung des Verständnisses zwischen den Zivilisationen mit dem Ziel, unterschiedslose Angriffe auf andere Religionen und Kulturen zu verhindern, dabei helfen kann, den Kräften, die Polarisierung und Extremismus schüren, entgegenzuwirken, und zur Stärkung des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus beitragen wird, und begrüßt in dieser Hinsicht die positive Rolle der Allianz der Zivilisationen und anderer ähnlicher Initiativen.

Der Rat bekräftigt seine tiefe Solidarität mit den Opfern des Terrorismus und ihren Familien, betont, wie wichtig es ist, den Opfern des Terrorismus Hilfe zu gewähren und ihnen und ihren Familien bei der Bewältigung ihres Verlusts und ihrer Trauer beizustehen, anerkennt die wichtige Rolle, die Opfer und Überlebendennetzwerke bei der Terrorismusbekämpfung spielen können, namentlich indem sie mutig ihre Stimme gegen gewaltsame und extremistische Ideologien erheben, und begrüßt und befürwortet in dieser Hinsicht die Maßnahmen und Aktivitäten der Mitgliedstaaten und des Systems der Vereinten Nationen, namentlich des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung, auf diesem Gebiet.

Der Rat fordert die Mitgliedstaaten erneut auf, ihre Zusammenarbeit und Solidarität zu vertiefen, insbesondere durch bilaterale und multilaterale Abmachungen und Vereinbarungen zur Verhütung und Bekämpfung von Terroranschlägen, und legt den Mitgliedstaaten nahe, die Zusammenarbeit auf regionaler und subregionaler Ebene zu verstärken, insbesondere über regionale und subregionale Mechanismen und die Koordinierung und Zusammenarbeit auf operativer Ebene.

Der Rat erklärt erneut, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass sämtliche von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus mit allen ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht, im Einklang stehen, unterstreicht, dass wirksame Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung und die Achtung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit einander ergänzen, sich gegenseitig verstärken und wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Terrorismusbekämpfung sind, und stellt fest, wie wichtig die Achtung der Rechtsstaatlichkeit für eine wirksame Terrorismusbekämpfung ist.

Der Rat unterstreicht, dass das Vorhandensein sicherer Zufluchtsorte für Terroristen weiterhin Anlass zu großer Sorge gibt, und erinnert daran, dass alle Mitgliedstaaten bei der Terrorismusbekämpfung uneingeschränkt zusammenarbeiten müssen, um alle Personen, die die Finanzierung, Planung, Vorbereitung oder Begehung terroristischer Handlungen unterstützen, erleichtern, sich daran beteiligen oder sich daran zu beteiligen versuchen oder den Tätern Unterschlupf gewähren, zu finden, ihnen einen sicheren Zufluchtsort zu verweigern und sie vor Gericht zu stellen, entsprechend dem Grundsatz ‚Auslieferung oder Strafverfolgung'.

Der Rat legt den Mitgliedstaaten nahe, ein wirksames, auf den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit beruhendes nationales Strafjustizsystem zu schaffen und aufrechtzuerhalten, das eine strafjustizielle Zusammenarbeit bei Auslieferung und Rechtshilfe vorsieht, insbesondere zu dem Zweck, die Bearbeitung von Auslieferungs- und Rechtshilfeersuchen in Terrorismusfällen zu beschleunigen, zu vereinfachen und zu priorisieren und international und regional bewährte Verfahren auf dem Gebiet der Auslieferung und der Rechtshilfe anzuwenden, die mit dem Völkerrecht, insbesonde-

re den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht, im Einklang stehen.

Der Rat erinnert die Mitgliedstaaten an ihre Verpflichtung, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht sicherzustellen, dass diejenigen, die terroristische Handlungen begehen, organisieren oder erleichtern, den Flüchtlingsstatus nicht missbrauchen.

Der Rat erinnert die Mitgliedstaaten an ihre Verpflichtung, Bewegungen terroristischer Gruppen unter anderem durch wirksame Grenzkontrollen zu verhindern, und fordert die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, Informationen zügig auszutauschen und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden zu verbessern, um Bewegungen von Terroristen und terroristischen Gruppen in und aus ihrem Hoheitsgebiet, die Belieferung von Terroristen mit Waffen und Finanzgeschäfte zur Unterstützung von Terroristen zu verhindern.

Der Rat erklärt erneut, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, es zu unterlassen, Einrichtungen oder Personen, die an terroristischen Handlungen beteiligt sind oder damit in Verbindung stehen, in irgendeiner Form aktiv oder passiv zu unterstützen, indem sie namentlich die Anwerbung von Mitgliedern terroristischer Gruppen im Einklang mit dem Völkerrecht unterbinden und die Belieferung von Terroristen mit Waffen beendigen.

Der Rat weist außerdem erneut auf die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten nach Resolution 1540 (2004) hin, wie die Verpflichtung, die Gewährung jeder Form von Unterstützung für nichtstaatliche Akteure zu unterlassen, die versuchen, nukleare, chemische oder biologische Waffen und ihre Trägersysteme zu entwickeln, zu erwerben, herzustellen, zu besitzen, zu transportieren, weiterzugeben oder einzusetzen.

Der Rat erklärt erneut, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, die Finanzierung terroristischer Handlungen zu verhüten und zu bekämpfen und die vorsätzliche Bereitstellung oder Sammlung von Geldern, gleichviel durch welche Mittel und ob mittelbar oder unmittelbar, durch ihre Staatsangehörigen oder in ihrem Hoheitsgebiet mit der Absicht oder in Kenntnis dessen, dass diese Gelder zur Ausführung terroristischer Handlungen verwendet werden, unter Strafe zu stellen.

Der Rat bekundet seine Besorgnis über die Zunahme der Vorfälle von Entführung und Geiselnahme, in einigen Gegenden der Welt mit einem spezifischen politischen Kontext, die mit dem Ziel begangen werden, Finanzmittel zu beschaffen oder politische Zugeständnisse zu erwirken.

Der Rat verurteilt erneut auf das Entschiedenste die Aufstachelung zu terroristischen Handlungen, weist erneut Versuche zur Rechtfertigung oder Verherrlichung terroristischer Handlungen zurück, die zu weiteren terroristischen Handlungen aufstacheln können, und erkennt an, wie wichtig es ist, dass die Mitgliedstaaten kooperativ handeln, um zu verhindern, dass Terroristen Technologien, Kommunikationsmittel und Ressourcen nutzen, um zur Unterstützung terroristischer Handlungen aufzustacheln.

Der Rat sieht Sanktionen als wichtiges Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus an, ist nach wie vor entschlossen, dafür Sorge zu tragen, dass faire und klare Verfahren vorhanden sind, die die Aufnahme von Personen und Einrichtungen in Sanktionslisten und ihre Streichung von diesen Listen sowie die Gewährung von Ausnahmen aus humanitären Gründen regeln, und erinnert in diesem Zusammenhang an die Verabschiedung der Resolutionen 1822 (2008) und 1904 (2009), einschließlich der Ernennung einer Ombudsperson und anderer verfahrenstechnischer Verbesserungen im Al-Qaida/Taliban-Sanktionsregime.

Der Rat bekundet erneut seine Besorgnis über die in vielen Fällen zunehmende Verbindung zwischen dem Terrorismus und der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, unerlaubten Drogen, der Geldwäsche und dem unerlaubten Waffenhan-

del, betont, dass die auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene unternommenen Anstrengungen besser koordiniert werden müssen, um die weltweite Reaktion auf diese ernste Herausforderung und Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu verstärken, und ermutigt das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, seine diesbezügliche Arbeit in Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen Einrichtungen der Vereinten Nationen fortzusetzen.

Der Rat ist sich dessen bewusst, wie wichtig die Unterstützung der lokalen Gemeinwesen, des Privatsektors, der Zivilgesellschaft und der Medien ist, um das Bewusstsein für die vom Terrorismus ausgehenden Bedrohungen zu erhöhen und ihnen wirksamer zu begegnen.

Der Rat würdigt die Institutionen der Vereinten Nationen und ihre Nebenorgane für die technische und sonstige Hilfe zum Aufbau von Kapazitäten in der Terrorismusbekämpfung, die sie den Mitgliedstaaten gewährt haben, ist sich dessen bewusst, dass einige Mitgliedstaaten nicht über die Kapazitäten zur Durchführung der Resolutionen des Rates zur Terrorismusbekämpfung und der damit zusammenhängenden Resolutionen verfügen, und stellt mit Besorgnis fest, dass terroristische Gruppen und andere kriminelle Organisationen diesen Mangel an Kapazitäten auszunutzen suchen.

Der Rat unterstreicht in diesem Zusammenhang, wie wichtig der Kapazitätsaufbau und die technische Hilfe sind, um die Mitgliedstaaten verstärkt zur wirksamen Durchführung seiner Resolutionen zu befähigen, legt dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1373 (2001) betreffend die Bekämpfung des Terrorismus (Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus) und seinem Exekutivdirektorium nahe, mit den Mitgliedstaaten auf deren Ersuchen auch weiterhin zusammenzuarbeiten, um insbesondere in enger Zusammenarbeit innerhalb des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung sowie mit allen bilateralen und multilateralen Anbietern technischer Hilfe den Bedarf an technischer Hilfe zu bewerten und ihre Bereitstellung zu erleichtern, und begrüßt den zielorientierten und regionalen Ansatz, den das Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus verfolgt, um den Bedürfnissen jedes Mitgliedstaats und jeder Region auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung Rechnung zu tragen.

Der Rat erklärt erneut, dass die laufende Zusammenarbeit zwischen den mit den Resolutionen 1267 (1999), 1373 (2001) und 1540 (2004) eingesetzten Ausschüssen mit Terrorismusbekämpfungsmandaten und ihren jeweiligen Sachverständigengruppen verstärkt werden muss, stellt fest, wie wichtig es ist, dass die Ausschüsse in einem ständigen Austausch und Dialog mit allen Mitgliedstaaten stehen, damit sie wirksam zusammenarbeiten, legt den Ausschüssen nahe, auch weiterhin einen transparenten Ansatz zu verfolgen, und verweist auf seine Resolution 1904 (2009), in der der Generalsekretär ersucht wird, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Sachverständigengruppen so bald wie möglich an einem gemeinsamen Standort untergebracht werden können.

Der Rat bekundet erneut seine nachdrückliche Unterstützung für die von der Generalversammlung am 8. September 2006 angenommene Weltweite Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus[223] und die Institutionalisierung des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung im Einklang mit der Versammlungsresolution 64/235, mit dem Ziel, die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung und die volle Mitwirkung der zuständigen Nebenorgane des Rates, im Rahmen ihres Mandats, an der

[223] Resolution 60/288 der Generalversammlung.

Tätigkeit des Arbeitsstabs und seiner Arbeitsgruppen zu gewährleisten, und begrüßt die Verabschiedung der Versammlungsresolution 64/297.

Der Rat ermutigt die Mitgliedstaaten, alles zu tun, um die Verhandlungen über den Entwurf eines umfassenden Übereinkommens über den internationalen Terrorismus zum Abschluss zu bringen."

Auf seiner 6459. Sitzung am 20. Dezember 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen

Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1373 (2001) betreffend die Bekämpfung des Terrorismus vom 3. Dezember 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/616)".

Resolution 1963 (2010)
vom 20. Dezember 2010

Der Sicherheitsrat,

bekräftigend, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt und dass alle terroristischen Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel wann und von wem sie begangen werden, und unverändert entschlossen, weiter dazu beizutragen, die Wirksamkeit der gesamten Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Geißel auf weltweiter Ebene zu erhöhen,

sowie bekräftigend, dass der Terrorismus nicht mit einer bestimmten Religion, Nationalität, Zivilisation oder Gruppe in Verbindung gebracht werden kann und sollte,

besorgt feststellend, dass der Terrorismus nach wie vor eine ernsthafte Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, den Genuss der Menschenrechte und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung aller Mitgliedstaaten darstellt und weltweit Stabilität und Wohlstand untergräbt und dass diese Bedrohung diffuser geworden und mit einer Zunahme von namentlich auch durch Intoleranz oder Extremismus motivierten terroristischen Handlungen in verschiedenen Regionen der Welt einhergeht, seine Entschlossenheit bekundend, diese Bedrohung zu bekämpfen, und die Notwendigkeit betonend, dafür zu sorgen, dass die Terrorismusbekämpfung ein vorrangiger Gegenstand der internationalen Tagesordnung bleibt,

in der Erkenntnis, dass der Terrorismus nicht allein durch militärische Gewalt, Maßnahmen der Strafrechtspflege und nachrichtendienstliche Aktivitäten besiegt werden wird, und die Notwendigkeit unterstreichend, sich mit den Bedingungen zu befassen, die die Ausbreitung des Terrorismus begünstigen, wie in Säule I der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus[223] dargelegt, was unter anderem die Notwendigkeit einschließt, die Anstrengungen zur erfolgreichen Verhütung und friedlichen Beilegung anhaltender Konflikte zu verstärken und die Rechtsstaatlichkeit, den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, eine gute Regierungsführung, Toleranz und Offenheit zu fördern, damit denjenigen, die anfällig sein könnten, als Terroristen rekrutiert und bis hin zur Begehung von Gewalt radikalisiert zu werden, eine gangbare Alternative geboten wird,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Zunahme der Vorfälle von Entführung und Geiselnahme durch terroristische Gruppen, in einigen Gegenden der Welt mit einem spezifischen politischen Kontext, die mit dem Ziel begangen werden, Finanzmittel zu beschaffen oder politische Zugeständnisse zu erwirken,

erneut erklärend, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, die Finanzierung terroristischer Handlungen zu verhüten und zu bekämpfen und die vorsätzliche Bereitstellung oder

Sammlung von Geldern, gleichviel durch welche Mittel und ob mittelbar oder unmittelbar, durch ihre Staatsangehörigen oder in ihrem Hoheitsgebiet mit der Absicht oder in Kenntnis dessen, dass diese Gelder zur Ausführung terroristischer Handlungen verwendet werden, unter Strafe zu stellen,

bekräftigend, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Gelder und sonstige finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen von Personen, die terroristische Handlungen begehen, zu begehen versuchen oder sich an deren Begehung beteiligen oder diese erleichtern, von Einrichtungen, die unmittelbar oder mittelbar im Eigentum oder unter der Kontrolle dieser Personen stehen, und von Personen und Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung dieser Personen und Einrichtungen handeln, unverzüglich einzufrieren, einschließlich der Gelder, die aus Vermögen stammen oder hervorgehen, das unmittelbar oder mittelbar im Eigentum oder unter der Kontrolle dieser Personen und mit ihnen verbundener Personen und Einrichtungen steht,

sowie bekräftigend, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, ihren Staatsangehörigen oder allen Personen und Einrichtungen in ihrem Hoheitsgebiet zu untersagen, Gelder, finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen oder Finanz- oder damit zusammenhängende Dienstleistungen unmittelbar oder mittelbar zum Nutzen von Personen zur Verfügung zu stellen, die terroristische Handlungen begehen, zu begehen versuchen oder deren Begehung erleichtern oder sich daran beteiligen, oder zum Nutzen von Einrichtungen, die unmittelbar oder mittelbar im Eigentum oder unter der Kontrolle dieser Personen stehen oder zum Nutzen von Personen und Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung dieser Personen handeln,

erneut erklärend, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Bewegungen terroristischer Gruppen unter anderem durch wirksame Grenzkontrollen zu verhindern und in diesem Zusammenhang Informationen zügig auszutauschen und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden zu verbessern, um Bewegungen von Terroristen und terroristischen Gruppen in und aus ihrem Hoheitsgebiet, die Belieferung von Terroristen mit Waffen und Finanzgeschäfte zur Unterstützung von Terroristen zu verhindern,

unterstreichend, dass das Vorhandensein sicherer Zufluchtsorte für Terroristen weiterhin Anlass zu großer Sorge gibt und dass alle Mitgliedstaaten bei der Terrorismusbekämpfung uneingeschränkt zusammenarbeiten müssen, um alle Personen, die die Finanzierung, Planung, Vorbereitung oder Begehung terroristischer Handlungen unterstützen, erleichtern, sich daran beteiligen oder sich daran zu beteiligen versuchen oder den Tätern Unterschlupf gewähren, zu finden, ihnen einen sicheren Zufluchtsort zu verweigern und sie vor Gericht zu stellen, entsprechend dem Grundsatz „Auslieferung oder Strafverfolgung“,

anerkennend, dass Entwicklung, Frieden und Sicherheit sowie die Menschenrechte miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig verstärken, und die internationalen Bemühungen zur Beseitigung der Armut und zur Förderung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums, einer nachhaltigen Entwicklung und weltweiten Wohlstands für alle unterstreichend,

betonend, dass die Fortsetzung der internationalen Bemühungen zur Förderung des Dialogs und zur Vertiefung des Verständnisses zwischen den Zivilisationen mit dem Ziel, unterschiedslose Angriffe auf andere Religionen und Kulturen zu verhindern, dabei helfen kann, den Kräften, die Polarisierung und Extremismus schüren, entgegenzuwirken, und zur Stärkung des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus beitragen wird, und in dieser Hinsicht die positive Rolle der Allianz der Zivilisationen und anderer ähnlicher Initiativen begrüßend,

erneut erklärend, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass sämtliche von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus mit allen ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht, im Einklang stehen,

in Bekräftigung seiner Aufforderung an alle Staaten, so bald wie möglich Vertragsparteien der internationalen Übereinkommen und Protokolle zur Bekämpfung des Terrorismus zu werden, unabhängig davon, ob sie Vertragspartei regionaler Übereinkommen auf diesem Gebiet sind, und ihren Verpflichtungen aus denjenigen Übereinkünften, deren Vertragspartei sie sind, uneingeschränkt nachzukommen,

die Mitgliedstaaten *erneut auffordernd*, ihre Zusammenarbeit und Solidarität zu vertiefen, insbesondere durch bilaterale und multilaterale Abmachungen und Vereinbarungen zur Verhütung und Bekämpfung terroristischer Anschläge, und den Mitgliedstaaten nahelegend, die Zusammenarbeit auf regionaler und subregionaler Ebene zu verstärken,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass Terroristen in einer globalisierten Gesellschaft zunehmend neue Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere das Internet, für die Zwecke der Anwerbung und der Aufstachelung sowie für die Finanzierung, die Planung und die Vorbereitung ihrer Aktivitäten nutzen,

anerkennend, wie wichtig es ist, dass die Mitgliedstaaten kooperativ handeln, um zu verhindern, dass Terroristen Technologien, Kommunikationsmittel und Ressourcen nutzen, um zur Unterstützung terroristischer Handlungen aufzustacheln,

sowie in der Erkenntnis, wie wichtig die Unterstützung der lokalen Gemeinwesen, des Privatsektors, der Zivilgesellschaft und der Medien ist, um das Bewusstsein für die vom Terrorismus ausgehenden Bedrohungen zu erhöhen und ihnen wirksamer zu begegnen,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Solidarität mit den Opfern des Terrorismus und ihren Familien, betonend, wie wichtig es ist, den Opfern des Terrorismus Hilfe zu gewähren und ihnen und ihren Familien bei der Bewältigung ihres Verlusts und ihrer Trauer beizustehen, die wichtige Rolle anerkennend, die Opfer und Überlebendennetzwerke bei der Terrorismusbekämpfung spielen, namentlich indem sie mutig ihre Stimme gegen gewaltsame und extremistische Ideologien erheben, und in diesem Zusammenhang die Maßnahmen und Aktivitäten der Mitgliedstaaten und des Systems der Vereinten Nationen, namentlich des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung, auf diesem Gebiet begrüßend und befürwortend,

unter Hinweis auf seine Resolution 1373 (2001) vom 28. September 2001, mit der er den Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus einsetzte, sowie unter Hinweis auf seine Resolution 1624 (2005) vom 14. September 2005 und seine weiteren Resolutionen betreffend Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen,

insbesondere unter Hinweis auf die Resolutionen 1535 (2004) vom 26. März 2004, 1787 (2007) vom 10. Dezember 2007 und 1805 (2008) vom 20. März 2008 betreffend das Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus,

unter Begrüßung der Anstrengungen, die der Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus unternimmt, um bei seiner Arbeit einen strategischeren und transparenteren Ansatz zu verfolgen, die Sichtbarkeit seiner Arbeit innerhalb des gesamten Systems der Vereinten Nationen und der mit der Terrorismusbekämpfung befassten Stellen zu erhöhen und seine Arbeitsmethoden zu straffen, wodurch erhöhte Wirksamkeit erzielt wurde, und sich nachdrücklich für eine Verstärkung dieser Anstrengungen aussprechend,

mit Anerkennung feststellend, dass das Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus den Leitprinzipien der Zusammenarbeit, der Transparenz und der Unparteilichkeit weiterhin besonderes Gewicht beimisst, und die vermehrten regionalen und subregionalen Ansätze des Exekutivdirektoriums und die thematische Schwerpunktsetzung in seiner Arbeit begrüßend, namentlich was die Ermittlung und Deckung des Bedarfs an technischer Hilfe betrifft, während es seine Kontaktarbeit weiter verstärkt,

die zentrale Rolle *unterstreichend*, die den Vereinten Nationen im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus zukommt, und unter Begrüßung der Verabschiedung der Weltwei-

ten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus durch die Generalversammlung am 8. September 2006, der Institutionalisierung des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung gemäß der Versammlungsresolution 64/235 vom 24. Dezember 2009 und der daraus folgenden weiteren Verstärkung der Anstrengungen des Arbeitsstabs, die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung zu gewährleisten, namentlich im Feld, sowie der Aufforderung an die Mitgliedstaaten, sich stärker an der Arbeit des Arbeitsstabs zu beteiligen[224],

1. *unterstreicht*, dass das übergreifende Ziel des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus darin besteht, die vollständige Durchführung der Resolution 1373 (2001) sicherzustellen, und erinnert daran, dass dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus eine entscheidende Rolle dabei zukommt, den Ausschuss bei der Erfüllung seines Mandats zu unterstützen;

2. *beschließt*, dass das Exekutivdirektorium weiter als besondere politische Mission unter der politischen Leitung des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus für einen am 31. Dezember 2013 endenden Zeitraum tätig sein wird, und beschließt ferner, spätestens bis zum 30. Juni 2012 eine Zwischenüberprüfung durchzuführen;

3. *begrüßt und billigt* die Empfehlungen in dem Bericht des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus an den Sicherheitsrat für dessen umfassende Prüfung der Arbeit des Exekutivdirektoriums[225];

4. *legt* dem Exekutivdirektorium *eindringlich nahe*, seine Rolle bei der Erleichterung technischer Hilfe zur Durchführung der Resolution 1373 (2001) mit dem Ziel der Erhöhung der Kapazitäten der Mitgliedstaaten und der Regionen auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung durch Deckung ihrer Bedürfnisse in diesem Bereich in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung sowie mit bilateralen und multilateralen Anbietern von Hilfe weiter zu stärken, und begrüßt den zielorientierten und regionalen Ansatz des Exekutivdirektoriums bei dieser Arbeit;

5. *legt* dem Exekutivdirektorium *nahe*, in enger Zusammenarbeit innerhalb des Arbeitsstabs und seiner zuständigen Arbeitsgruppen verstärkte Aufmerksamkeit auf Resolution 1624 (2005) zu richten, im Rahmen seines Dialogs mit den Mitgliedstaaten, um im Einklang mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen Strategien zu erarbeiten, die Maßnahmen gegen die Aufstachelung zu durch Extremismus und Intoleranz motivierten terroristischen Handlungen enthalten, und bei der Erleichterung der technischen Hilfe für ihre Umsetzung, wie in Resolution 1624 (2005) und in der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus[223] gefordert;

6. *legt* dem Exekutivdirektorium *außerdem nahe*, Sitzungen mit den Mitgliedstaaten, mit deren Zustimmung, in verschiedenen Formaten zu organisieren, namentlich auch zu dem Zweck, zu erwägen, gegebenenfalls Rat bei der Erarbeitung umfassender und integrierter nationaler Terrorismusbekämpfungsstrategien und von Mechanismen für ihre Umsetzung zu erteilen, in denen auch die Faktoren Beachtung finden, die zu terroristischen Aktivitäten führen, im Einklang mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen und in enger Zusammenarbeit innerhalb des Arbeitsstabs und seiner Arbeitsgruppen, mit dem Ziel, die Kohärenz und die Komplementarität der Anstrengungen zu gewährleisten und Doppelarbeit zu vermeiden;

7. *legt* dem Exekutivdirektorium *ferner nahe*, nach Bedarf und in Abstimmung mit dem Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus und den betroffenen Mitgliedstaaten mit der Zivilgesellschaft und anderen maßgeblichen nichtstaatlichen Akteuren zusammenzu-

[224] Siehe Resolution 64/297 der Generalversammlung.

[225] Siehe S/2010/616.

wirken, wenn es darum geht, die Maßnahmen zu unterstützen, die der Ausschuss ergreift, um die Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) zu überwachen;

8. *betont*, wie wichtig es ist, dass das Exekutivdirektorium, der Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus und die Mitgliedstaaten in einen jeweils spezifisch angepassten Dialog eintreten, und ermutigt den Ausschuss und das Exekutivdirektorium, weiterhin Sitzungen mit für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Amtsträgern aus den Mitgliedstaaten und aus den zuständigen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen zu organisieren, die einem für die Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) relevanten thematischen oder regionalen Schwerpunkt gewidmet sind;

9. *legt* dem Exekutivdirektorium *eindringlich nahe*, auch die Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen zu vertiefen, mit dem Ziel, die Mitgliedstaaten verstärkt in die Lage zu versetzen, die Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) vollständig durchzuführen und die Gewährung technischer Hilfe zu erleichtern;

10. *erinnert* daran, dass wirksame Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung und die Achtung der Menschenrechte einander ergänzen, sich gegenseitig verstärken und wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Terrorismusbekämpfung sind, stellt fest, wie wichtig die Achtung der Rechtsstaatlichkeit für eine wirksame Terrorismusbekämpfung ist, und ermutigt daher das Exekutivdirektorium, seine Aktivitäten auf diesem Gebiet weiter auszubauen, um zu gewährleisten, dass alle für die Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) relevanten Menschenrechtsfragen konsequent und auf unparteiische Weise angegangen werden, gegebenenfalls auch im Rahmen von Länderbesuchen, die mit der Zustimmung des besuchten Mitgliedstaats organisiert werden;

11. *hebt hervor*, wie wichtig das Arbeitsprogramm des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und seines Exekutivdirektoriums ist, und sieht in diesem Zusammenhang der Abhaltung einer allen Mitgliedern offenstehenden Sondersitzung zur Begehung des zehnten Jahrestags der Verabschiedung der Resolution 1373 (2001) und der Einsetzung des Ausschusses mit Interesse entgegen;

12. *weist* das Exekutivdirektorium *an*, bis zum 30. Juni 2011 und vor der genannten Sitzung die Untersuchung über die weltweite Durchführung der Resolution 1373 (2001) zu aktualisieren und darin unter anderem

- die Entwicklung der Risiken und Bedrohungen und die Auswirkungen der Durchführung zu bewerten;
- Lücken bei der Durchführung aufzuzeigen;
- neue praktische Wege zur Durchführung der Resolution vorzuschlagen;

13. *weist* das Exekutivdirektorium *außerdem an*, bis zum 31. Dezember 2011 eine Untersuchung über die weltweite Durchführung der Resolution 1624 (2005) zu erstellen und darin unter anderem

- die Entwicklung der Risiken und Bedrohungen und die Auswirkungen der Durchführung zu bewerten;
- Lücken bei der Durchführung aufzuzeigen;
- neue praktische Wege zur Durchführung der Resolution vorzuschlagen;

14. *ersucht* den Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus, über seinen Vorsitzenden dem Sicherheitsrat mindestens alle einhundertundachtzig Tage über die Gesamttätigkeit des Ausschusses und des Exekutivdirektoriums mündlich Bericht zu erstatten, gegebenenfalls in Verbindung mit den Berichten der Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999) und des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 (2004), und legt dem Vorsitzenden des Ausschusses zur Bekämpfung des Ter-

rorismus eindringlich nahe, die Praxis der Abhaltung informeller Unterrichtungen, namentlich mit einem regionalen oder thematischen Schwerpunkt, für alle interessierten Mitgliedstaaten fortzuführen;

15. *legt* dem Exekutivdirektorium *nahe*, dem Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus weiterhin regelmäßig oder auf dessen Aufforderung im Rahmen mündlicher und/oder schriftlicher Unterrichtungen über die Arbeit des Exekutivdirektoriums, einschließlich seiner Besuche von Mitgliedstaaten, der Abhaltung von Arbeitstagungen und anderer Tätigkeiten, Bericht zu erstatten;

16. *erklärt erneut*, dass die laufende Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus, dem Ausschuss nach Resolution 1267 (1999) und dem Ausschuss nach Resolution 1540 (2004) sowie ihren jeweiligen Sachverständigengruppen verbessert werden muss, namentlich und je nach Bedarf durch verstärkten und systematisierten Informationsaustausch und die Koordinierung der Besuche von Ländern und die Teilnahme an Arbeitstagungen über technische Hilfe, die Beziehungen zu internationalen und regionalen Organisationen und Stellen und über sonstige für alle drei Ausschüsse maßgebliche Fragen, bekundet seine Absicht, den Ausschüssen auf den Gebieten von gemeinsamem Interesse Anleitung zu geben, damit die Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus besser koordiniert werden, und verweist auf seine Resolution 1904 (2009) vom 17 Dezember 2009, in der er den Generalsekretär ersucht, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Sachverständigengruppen so bald wie möglich an einem gemeinsamen Standort untergebracht werden können;

17. *ermutigt* das Exekutivdirektorium, die gemeinsamen Tätigkeiten in Zusammenarbeit mit dem Team für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung des Ausschusses nach Resolution 1267 (1999), der Sachverständigengruppe des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004) und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung fortzusetzen und den Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen um die Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach den einschlägigen Resolutionen behilflich zu sein, unter anderem auch durch die Veranstaltung regionaler und subregionaler Arbeitstagungen;

18. *begrüßt und befürwortet* es, dass das Exekutivdirektorium weiterhin an allen maßgeblichen Aktivitäten im Rahmen der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus aktiv mitwirkt und diese unterstützt, so auch im Rahmen des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung und seiner Arbeitsgruppen, die eingerichtet wurden, um die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus zu gewährleisten.

Auf der 6459. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 23. Dezember 2010 richtete die Präsidentin des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[226]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 20. Dezember 2010 betreffend Ihre Absicht, das Mandat von Herrn Mike Smith (Australien) als Exekutivdirektor des Exekutivdirektoriums des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus, bis zum 31. Dezember 2011 zu verlängern[227], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die davon Kenntnis genommen haben."

Auf seiner 6492. Sitzung am 28. Februar 2011 behandelte der Rat den Punkt

[226] S/2010/665.

[227] S/2010/664.

„Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen

Schreiben der Ombudsperson vom 21. Januar 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/29)“.

Auf derselben Sitzung gab die Präsidentin im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[228]:

„Der Sicherheitsrat unterstreicht, dass der Terrorismus eine der gravierendsten Bedrohungen für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, den Genuss der Menschenrechte und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung aller Mitgliedstaaten darstellt und weltweit Stabilität und Wohlstand untergräbt, und betont, wie wichtig das Al-Qaida/Taliban-Sanktionsregime als unerlässliches Instrument bei der Bekämpfung der von terroristischen Aktivitäten ausgehenden Bedrohung ist.

Der Rat erinnert an die ihm nach der Charta der Vereinten Nationen obliegende Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und verweist ferner auf Artikel 103 der Charta.

Der Rat betont die Notwendigkeit der vollen Durchführung aller seiner Resolutionen und der Erklärungen seines Präsidenten über den Terrorismus, namentlich der Resolution 1904 (2009).

Der Rat erinnert daran, dass gemäß Resolution 1904 (2009) das Büro der Ombudsperson mit dem Auftrag eingerichtet wurde, bei der Prüfung der von einer Person, einer Gruppe, einem Unternehmen oder einer Einrichtung oder in deren Namen vorgelegten Anträge auf Streichung von der nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1333 (2000) erstellten Liste (‚Konsolidierte Liste‘) behilflich zu sein, unterstreicht seine Bereitschaft, sicherzustellen, dass das Büro in der Lage ist, seine Rolle im Einklang mit seinem Mandat weiter wirksam wahrzunehmen, und verpflichtet sich in dieser Hinsicht, das Mandat des Büros im Juni 2011 zu verlängern.

Der Rat begrüßt den ersten Bericht der Ombudsperson, der gemäß Anlage II der Resolution 1904 (2009) vorgelegt wurde[229], und die bisherige Arbeit der Ombudsperson.

Der Rat nimmt Kenntnis von den Bemerkungen in dem Bericht, auf die er im Zusammenhang mit der Verlängerung des Mandats der Ombudsperson im Juni 2011 reagieren wird, um zu gewährleisten, dass alle notwendigen Verbesserungen des Ombudsverfahrens vorgenommen werden.

Der Rat unterstreicht die an den Verfahren des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999) (‚Ausschuss‘) und der Konsolidierten Liste vorgenommenen Verbesserungen und den Ernst, mit der der Ausschuss sein Mandat wahrnimmt, regelmäßige und eingehende Überprüfungen der Einträge auf der Konsolidierten Liste durchzuführen, und bekundet seine Absicht, auch künftig Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, dass die Verfahren fair und klar sind.

Der Rat unterstreicht die wichtige Rolle der Ombudsperson bei der Gewährleistung fairer und klarer Verfahren für die nach Resolution 1267 (1999) benannten Personen und ermutigt die Personen, die eine Streichung von der Konsolidierten Liste anstreben, sich mit ihrem Fall an die Ombudsperson zu wenden.

Der Rat begrüßt die Bemerkung der Ombudsperson, dass die Staaten bislang bereitwillig auf Anträge reagiert und Informationen zu den Fällen zur Verfügung gestellt

[228] S/PRST/2011/5.

[229] S/2011/29, Anlage.

haben, und sieht der weiteren Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit dem Büro der Ombudsperson entgegen."

Auf seiner 6526. Sitzung am 2. Mai 2011 behandelte der Rat den Punkt „Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen".

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[230]:

„Der Rat erinnert an seine Resolutionen zu Osama bin Laden und an seine Verurteilung des Al-Qaida-Netzwerks und der anderen mit ihm verbundenen terroristischen Gruppen für die vielfachen verbrecherischen Terrorakte mit dem Ziel, den Tod zahlreicher unschuldiger Zivilpersonen und die Zerstörung von Sachwerten zu verursachen.

Der Rat erinnert außerdem an die abscheulichen Terroranschläge, die am 11. September 2001 in New York, Washington und Pennsylvania stattfanden, und die zahlreichen weiteren Anschläge, die das Netzwerk auf der ganzen Welt begangen hat.

In dieser Hinsicht begrüßt der Rat die Nachricht vom 1. Mai 2011, dass Osama bin Laden nie wieder in der Lage sein wird, solche terroristischen Handlungen zu begehen, und bekräftigt, dass der Terrorismus nicht mit einer bestimmten Religion, Nationalität, Zivilisation oder Gruppe in Verbindung gebracht werden kann und sollte.

Der Rat erkennt die Bedeutsamkeit dieser Entwicklung und der anderen Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus an und fordert alle Staaten nachdrücklich auf, wachsam zu bleiben und ihre Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus zu verstärken.

Der Rat spricht den Opfern des Terrorismus und ihren Angehörigen abermals sein tiefstes Mitgefühl und Beileid aus.

Der Rat bekräftigt, wie wichtig alle seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten über Terrorismus, insbesondere die Resolutionen 1267 (1999), 1373 (2001), 1624 (2005), 1904 (2009) und 1963 (2010), sowie die anderen anwendbaren internationalen Übereinkünfte zur Terrorismusbekämpfung sind, betont, dass sie vollständig durchgeführt werden müssen, und ruft in dieser Hinsicht zu verstärkter Zusammenarbeit auf.

Der Rat bekräftigt ferner seinen Aufruf an alle Staaten, dringend zusammenzuarbeiten, um die Täter, Organisatoren und Förderer von Terroranschlägen vor Gericht zu stellen, und seine Entschlossenheit, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die den Tätern, Organisatoren und Förderern dieser Handlungen geholfen, sie unterstützt oder ihnen Unterschlupf gewährt haben, zur Verantwortung gezogen werden.

Der Rat erklärt erneut, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass sämtliche zur Bekämpfung des Terrorismus ergriffenen Maßnahmen mit allen ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht, im Einklang stehen.

Der Rat betont, dass kein Anliegen oder Missstand die Ermordung unschuldiger Menschen rechtfertigen kann und dass der Terrorismus nicht allein durch militärische Gewalt, Maßnahmen der Strafrechtspflege und nachrichtendienstliche Aktivitäten besiegt werden wird und nur durch einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz besiegt werden kann, mit der aktiven Beteiligung und Zusammenarbeit aller Staaten und zuständigen internationalen und regionalen Organisationen und der Zivilgesellschaft mit

[230] S/PRST/2011/9.

dem Ziel, gegen die die Ausbreitung des Terrorismus begünstigenden Bedingungen anzugehen und die terroristische Bedrohung zu behindern, zu schwächen, zu isolieren und auszuschalten."

Auf seiner 6557. Sitzung am 17. Juni 2011 behandelte der Rat den Punkt „Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen".

Resolution 1988 (2011)
vom 17. Juni 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen über den internationalen Terrorismus und die Bedrohung, die dieser für Afghanistan darstellt, insbesondere seine Resolutionen 1267 (1999) vom 15. Oktober 1999, 1333 (2000) vom 19. Dezember 2000, 1363 (2001) vom 30. Juli 2001, 1373 (2001) vom 28. September 2001, 1390 (2002) vom 16. Januar 2002, 1452 (2002) vom 20. Dezember 2002, 1455 (2003) vom 17. Januar 2003, 1526 (2004) vom 30. Januar 2004, 1566 (2004) vom 8. Oktober 2004, 1617 (2005) vom 29. Juli 2005, 1624 (2005) vom 14. September 2005, 1699 (2006) vom 8. August 2006, 1730 (2006) vom 19. Dezember 2006, 1735 (2006) vom 22. Dezember 2006, 1822 (2008) vom 30. Juni 2008 und 1904 (2009) vom 17. Dezember 2009, und die einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten,

sowie unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, in denen er das mit Resolution 1974 (2011) vom 22. März 2011 festgelegte Mandat der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan bis zum 23. März 2012 verlängerte,

erneut erklärend, dass die Situation in Afghanistan weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt, und mit dem Ausdruck seiner großen Besorgnis über die Sicherheitslage in Afghanistan, insbesondere über die anhaltenden gewalttätigen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, Al-Qaidas, illegaler bewaffneter Gruppen, von Kriminellen und am Suchtstoffhandel Beteiligten, sowie über die starken Verbindungen zwischen terroristischen Aktivitäten und unerlaubten Drogen, wovon Bedrohungen für die örtliche Bevölkerung, einschließlich Kindern, die nationalen Sicherheitskräfte und das internationale Militär- und Zivilpersonal ausgehen,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Afghanistans,

betonend, wie wichtig ein umfassender politischer Prozess in Afghanistan zur Unterstützung der Aussöhnung unter allen Afghanen ist, und anerkennend, dass es keine rein militärische Lösung gibt, die die Stabilität Afghanistans gewährleisten wird,

unter Hinweis auf den im Übereinkommen von Bonn vom 5. Dezember 2001[231], auf der am 28. Januar 2010 abgehaltenen Londoner Afghanistan-Konferenz[232] und auf der am 20. Juli 2010 abgehaltenen Internationalen Kabuler Konferenz über Afghanistan bekundeten festen Wunsch der Regierung Afghanistans, die nationale Aussöhnung herbeizuführen,

in der Erkenntnis, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan weiterentwickelt hat und dass einige Mitglieder der Taliban sich mit der Regierung Afghanistans ausgesöhnt haben, die terroristische Ideologie Al-Qaidas und ihrer Anhänger verworfen haben und eine friedliche Beilegung des andauernden Konflikts in Afghanistan unterstützen,

[231] Agreement on Provisional Arrangements in Afghanistan Pending the Re-establishment of Permanent Government Institutions (siehe S/2001/1154) (Übereinkommen über vorläufige Regelungen in Afghanistan bis zur Wiederherstellung dauerhafter staatlicher Institutionen). In Deutsch verfügbar unter http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/400792/publicationFile/4538/VereinbarungAfg.pdf.

[232] Siehe S/2010/65, Anlage II.

sowie in der Erkenntnis, dass die Situation in Afghanistan trotz ihrer Weiterentwicklung und der Fortschritte bei der Aussöhnung weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt, in Bekräftigung der Notwendigkeit, diese Bedrohung mit allen Mitteln, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht, einschließlich des anzuwendenden Rechts der Menschenrechte, des Flüchtlingsrechts und des humanitären Rechts, zu bekämpfen, und in dieser Hinsicht die wichtige Rolle hervorhebend, die den Vereinten Nationen bei diesen Anstrengungen zukommt,

daran erinnernd, dass die im Kabuler Kommuniqué vom 20. Juli 2010 festgelegten, von der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft unterstützten Bedingungen für eine allen Afghanen offenstehende Aussöhnung beinhalten, der Gewalt abzuschwören, keine Verbindung zu internationalen terroristischen Organisationen zu unterhalten und die afghanische Verfassung, einschließlich der Rechte der Frauen und der Angehörigen von Minderheiten, zu achten,

betonend, wie wichtig es ist, dass alle Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die, gleichviel durch welche Mittel, an der Finanzierung oder Unterstützung von Handlungen oder Aktivitäten derjenigen, die bisher als Taliban bezeichnet wurden, beteiligt sind, sowie diejenigen mit den Taliban verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohen, das Aussöhnungsangebot der Regierung Afghanistans annehmen,

davon Kenntnis nehmend, dass die Regierung Afghanistans den Sicherheitsrat ersucht hat, die nationale Aussöhnung zu unterstützen, indem er die Namen von Afghanen von den Sanktionslisten der Vereinten Nationen streicht, die die Bedingungen für die Aussöhnung achten und daher aufgehört haben, Aktivitäten zu begehen oder zu unterstützen, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohen,

unter Begrüßung der Ergebnisse der vom 2. bis 4. Juni 2010 abgehaltenen beratenden Friedens-Jirga, bei der 1.600 afghanische Delegierte, die einen breiten Querschnitt aller afghanischen ethnischen und religiösen Gruppen, von Regierungsbeamten, Religionsgelehrten, Stammesführern, der Zivilgesellschaft und in der Islamischen Republik Iran und in Pakistan lebenden afghanischen Flüchtlingen vertraten, über die Beendigung der Unsicherheit berieten und einen Plan für dauerhaften Frieden in dem Land erarbeiteten,

sowie unter Begrüßung der Einsetzung des Hohen Friedensrats und seiner Dialogbemühungen innerhalb wie auch außerhalb Afghanistans,

unter Hervorhebung der zentralen und unparteiischen Rolle, die die Vereinten Nationen auch weiterhin bei der Förderung des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit in Afghanistan spielen, und mit dem Ausdruck seiner Anerkennung und seiner nachdrücklichen Unterstützung für die laufenden Anstrengungen des Generalsekretärs, seines Sonderbeauftragten für Afghanistan und der Salaam-Unterstützungsgruppe der Mission, dem Hohen Friedensrat bei seinen Bemühungen um Frieden und Aussöhnung behilflich zu sein,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung für den Kampf gegen die unerlaubte Erzeugung von und den illegalen Handel mit Drogen aus Afghanistan und chemischen Ausgangsstoffen für Afghanistan in den Nachbarländern, den an den Handelswegen gelegenen Ländern, den Zielländern der Drogen und den Ausgangsstoffe herstellenden Ländern,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Zunahme der Vorfälle von Entführungen und Geiselnahmen, die mit dem Ziel begangen werden, Mittel zu beschaffen oder politische Zugeständnisse zu erwirken, und auf die Notwendigkeit hinweisend, dieses Problem anzugehen,

erneut auf die Notwendigkeit *hinweisend*, sicherzustellen, dass das derzeitige Sanktionsregime wirksam zu den laufenden Anstrengungen beiträgt, den Aufstand zu bekämpfen und die Regierung Afghanistans in ihrer Arbeit zur Förderung der Aussöhnung zu unterstützen, mit dem Ziel, Frieden, Stabilität und Sicherheit in Afghanistan herbeizuführen, und in Anbetracht der Erörterungen des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution

1267 (1999) über die von seinem Team für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung in dessen elftem Bericht an den Ausschuss[233] gerichtete Empfehlung, dass die Mitgliedstaaten die auf der Liste verzeichneten Taliban und die auf der Liste geführten Personen und Einrichtungen Al-Qaidas und ihrer Unterorganisationen bei der Förderung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan unterschiedlich behandeln,

in Bekräftigung der internationalen Unterstützung für die Aussöhnungsbemühungen unter afghanischer Führung und seine Absicht bekundend, die Aufhebung der Sanktionen gegen diejenigen, die sich aussöhnen, gebührend zu prüfen,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta,

Maßnahmen

1. *beschließt*, dass alle Staaten im Hinblick auf die bisher als Taliban bezeichneten Personen und Einrichtungen und die anderen mit ihnen verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die zum Datum der Verabschiedung dieser Resolution in Abschnitt A („Mit den Taliban verbundene Personen“) und Abschnitt B („Mit den Taliban verbundene Einrichtungen und andere Gruppen und Unternehmen“) der nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1333 (2000) aufgestellten Konsolidierten Liste aufgeführt sind, sowie im Hinblick auf die anderen mit den Taliban verbundenen, von dem gemäß Ziffer 30 eingesetzten Ausschuss bezeichneten Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohen, (nachstehend als „Liste“ bezeichnet), die folgenden Maßnahmen ergreifen:

a) die Gelder und anderen finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen dieser Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen unverzüglich einzufrieren, einschließlich der Gelder, die aus Vermögensgegenständen stammen, die in ihrem Eigentum stehen oder die direkt oder indirekt von ihnen oder von Personen, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln, kontrolliert werden, und sicherzustellen, dass weder diese noch irgendwelche anderen Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen von ihren Staatsangehörigen oder von in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet befindlichen Personen direkt oder indirekt zugunsten solcher Personen zur Verfügung gestellt werden;

b) die Einreise dieser Personen in oder ihre Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet zu verhindern, mit der Maßgabe, dass diese Bestimmung keinen Staat dazu verpflichtet, seinen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern oder ihre Ausreise zu verlangen, und dass diese Bestimmung keine Anwendung findet, wenn die Ein- oder Durchreise zur Durchführung eines Gerichtsverfahrens erforderlich ist oder wenn der Ausschuss, stets im Einzelfall, feststellt, dass die Ein- oder Durchreise gerechtfertigt ist, namentlich wenn dies unmittelbar mit der Unterstützung von Maßnahmen der Regierung Afghanistans zur Förderung der Aussöhnung zusammenhängt;

c) zu verhindern, dass an diese Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch ihre Staatsangehörigen außerhalb ihres Hoheitsgebiets oder unter Nutzung von Schiffen oder Luftfahrzeugen, die ihre Flagge führen, Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und entsprechender Ersatzteile, und technische Beratung, Hilfe oder Ausbildung hinsichtlich militärischer Aktivitäten auf direktem oder indirektem Weg geliefert, verkauft oder weitergegeben werden;

2. *beschließt außerdem*, dass diejenigen, die bisher als Taliban bezeichnet wurden, und die anderen mit ihnen verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, deren Namen zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Resolution in Abschnitt A

[233] Siehe S/2011/245.

(„Mit den Taliban verbundene Personen“) und Abschnitt B („Mit den Taliban verbundene Einrichtungen und andere Gruppen und Unternehmen“) der vom Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999) betreffend Al-Qaida und die Taliban sowie mit ihnen verbundene Personen und Einrichtungen geführten Konsolidierten Liste enthalten sind, künftig nicht mehr in der Konsolidierten Liste, sondern in der in Ziffer 1 beschriebenen Liste geführt werden, und beschließt ferner, dass alle Staaten gegen diese auf der Liste verzeichneten Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen die in Ziffer 1 genannten Maßnahmen ergreifen;

3. *beschließt ferner*, dass unter anderem die folgenden Handlungen oder Aktivitäten darauf hindeuten, dass eine Person, eine Gruppe, ein Unternehmen oder eine Einrichtung für die Aufnahme in die Liste nach Ziffer 1 in Betracht kommt:

a) die Beteiligung an der Finanzierung, Planung, Erleichterung, Vorbereitung oder Begehung von Handlungen oder Aktivitäten durch, zusammen mit, unter dem Namen oder im Namen oder zur Unterstützung derjenigen, die als Taliban bezeichnet wurden, und der anderen mit den Taliban verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohen;

b) die Lieferung, der Verkauf oder die Weitergabe von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial an diese;

c) die Rekrutierung für diese oder

d) die sonstige Unterstützung ihrer Handlungen oder Aktivitäten;

4. *bekräftigt*, dass alle Unternehmen oder Einrichtungen, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle solcher auf der Liste geführten Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen stehen oder diese auf andere Weise unterstützen, zur Aufnahme in die Liste vorgeschlagen werden können;

5. *stellt fest*, dass zu solchen Mitteln der Finanzierung oder Unterstützung unter anderem die Nutzung der Erträge aus dem unerlaubten Anbau und der unerlaubten Gewinnung von Suchtstoffen und ihren Ausgangsstoffen und dem unerlaubten Verkehr mit solchen Stoffen aus und über Afghanistan gehört;

6. *bestätigt*, dass die Bestimmungen in Ziffer 1 *a*) auf alle Arten von Finanzmitteln und wirtschaftlichen Ressourcen Anwendung finden, so unter anderem für die Bereitstellung von Webhosting- oder damit zusammenhängenden Diensten eingesetzte Finanzmittel und Ressourcen, die zur Unterstützung der auf der Liste stehenden Taliban und anderer mit ihnen verbundener Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen sowie der anderen mit den Taliban verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohen, und anderer mit ihnen verbundener Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen genutzt werden;

7. *bekräftigt außerdem*, dass die Bestimmungen in Ziffer 1 *a*) auch auf die Zahlung von Lösegeldern an Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen auf der Liste Anwendung finden;

8. *beschließt*, dass die Mitgliedstaaten Einzahlungen auf nach Ziffer 1 eingefrorene Konten zugunsten der auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen gestatten können, mit der Maßgabe, dass diese Einzahlungen weiter den Bestimmungen in Ziffer 1 unterliegen und eingefroren werden;

9. *beschließt außerdem*, dass alle Mitgliedstaaten von den in den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1452 (2002) festgelegten und mit Resolution 1735 (2006) geänderten Bestimmungen betreffend zulässige Ausnahmen von den Maßnahmen in Ziffer 1 *a*) Gebrauch machen können, und befürwortet ihre Anwendung durch die Mitgliedstaaten;

Aufnahme in die Liste

10. *ermutigt* alle Mitgliedstaaten, dem Ausschuss nach Ziffer 30 („Ausschuss“) im Hinblick auf die Aufnahme in die Liste die Namen von Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen mitzuteilen, die, gleichviel durch welche Mittel, an der Finanzierung oder Unterstützung der in Ziffer 3 beschriebenen Handlungen oder Aktivitäten beteiligt sind;

11. *beschließt*, dass die Mitgliedstaaten, wenn sie dem Ausschuss die Aufnahme von Namen in die Liste vorschlagen, möglichst umfangreiche sachdienliche Angaben zu dem vorgeschlagenen Namen vorlegen, insbesondere ausreichende Identifizierungsangaben, um die genaue und eindeutige Identifizierung von Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen zu ermöglichen, sowie nach Möglichkeit die Angaben, die die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation (INTERPOL) für die Herausgabe einer Besonderen Ausschreibung („Special Notice“) benötigt;

12. *beschließt außerdem*, dass die Mitgliedstaaten, wenn sie dem Ausschuss die Aufnahme von Namen in die Liste vorschlagen, außerdem eine detaillierte Darstellung des Falls vorlegen und dass die Falldarstellung, mit Ausnahme der Teile, die ein Mitgliedstaat als vom Ausschuss vertraulich zu behandeln ausweist, auf Antrag veröffentlicht und zur Erstellung der in Ziffer 13 beschriebenen Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste verwendet werden kann;

13. *weist* den Ausschuss *an*, mit Hilfe des Teams für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung und in Abstimmung mit den jeweiligen vorschlagenden Staaten gleichzeitig mit der Aufnahme eines Namens in die Liste auf der Website des Ausschusses eine Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme des Eintrags zu veröffentlichen;

14. *fordert* alle Mitglieder des Ausschusses und des Überwachungsteams *auf*, dem Ausschuss alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über einen Antrag eines Mitgliedstaats auf Aufnahme eines Namens in die Liste zu übermitteln, damit der Ausschuss bei seiner Entscheidung über die Aufnahme in die Liste sich auf diese Informationen stützen kann und zusätzliche Angaben für die in Ziffer 13 beschriebene Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste erhält;

15. *ersucht* das Sekretariat, unmittelbar nach der Aufnahme eines Namens in die Liste alle sachdienlichen, veröffentlichungsfähigen Informationen, einschließlich der Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste, auf der Website des Ausschusses zu veröffentlichen, und hebt hervor, wie wichtig es ist, die Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste zeitnah in allen Amtssprachen der Vereinten Nationen zu veröffentlichen;

16. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, wenn sie erwägen, die Aufnahme eines neuen Eintrags vorzuschlagen, gegebenenfalls vor der Einreichung des Vorschlags beim Ausschuss die Regierung Afghanistans zu konsultieren, und ermutigt alle Mitgliedstaaten, die erwägen, die Aufnahme eines neuen Eintrags vorzuschlagen, gegebenenfalls den Rat der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan einzuholen;

17. *beschließt*, dass der Ausschuss nach der Veröffentlichung, jedenfalls aber innerhalb von drei Arbeitstagen nach der Aufnahme eines Namens in die Liste die Regierung Afghanistans, die Ständige Vertretung Afghanistans und die Ständige Vertretung des Staates oder der Staaten, in dem/denen die Person oder die Einrichtung sich mutmaßlich befindet, und, im Fall nichtafghanischer Personen oder Einrichtungen, des Staates oder der Staaten, dessen/deren Staatsangehörige die Person mutmaßlich ist, benachrichtigt;

Streichung von der Liste

18. *weist* den Ausschuss *an*, Personen und Einrichtungen, die die in Ziffer 3 festgelegten Listungskriterien nicht mehr erfüllen, rasch und je nach den Umständen des Einzelfalls von der Liste zu streichen, und ersucht den Ausschuss, Anträge auf die Streichung von

Personen gebührend zu berücksichtigen, die die von der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft vereinbarten Aussöhnungsbedingungen erfüllen, namentlich der Gewalt abzuschwören, keine Verbindung zu internationalen terroristischen Organisationen, einschließlich Al-Qaidas oder einer ihrer Zellen, Unterorganisationen, Splittergruppen oder Ableger, zu unterhalten und die afghanische Verfassung, einschließlich der Rechte der Frauen und der Angehörigen von Minderheiten, zu achten;

19. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, ihre Streichungsanträge gegebenenfalls mit der Regierung Afghanistans abzustimmen, um die Koordinierung mit den Friedens- und Aussöhnungsbemühungen der Regierung zu gewährleisten;

20. *beschließt*, dass Personen und Einrichtungen, die ohne die Fürsprache eines Mitgliedstaats die Streichung von der Liste anstreben, entsprechende Anträge der in Resolution 1730 (2006) eingerichteten Koordinierungsstelle unterbreiten können;

21. *legt* der Mission *nahe*, die Zusammenarbeit zwischen der Regierung Afghanistans und dem Ausschuss zu unterstützen und zu erleichtern, um sicherzustellen, dass dem Ausschuss ausreichende Angaben zur Prüfung der Streichungsanträge vorliegen, und weist den Ausschuss nach Ziffer 30 an, Streichungsanträge soweit zutreffend im Einklang mit den nachstehenden Grundsätzen zu prüfen:

a) Anträge auf Streichung ausgesöhnter Personen sollen nach Möglichkeit eine über die Regierung Afghanistans übermittelte Mitteilung des Hohen Friedensrats, in der der ausgesöhnte Status der Person im Einklang mit den Aussöhnungsrichtlinien bestätigt wird, oder bei im Rahmen des Programms zur Stärkung des Friedens ausgesöhnten Personen Unterlagen, die ihre Aussöhnung im Rahmen dieses Vorläuferprogramms belegen, sowie aktuelle Adress- und Kontaktangaben enthalten;

b) Anträge auf Streichung von Personen, die vor 2002 eine Position im Taliban-Regime innehatten und die die in Ziffer 3 festgelegten Listungskriterien nicht mehr erfüllen, sollen nach Möglichkeit eine Mitteilung der Regierung Afghanistans mit der Bestätigung, dass die Person den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohende Handlungen weder aktiv unterstützt noch an solchen Handlungen beteiligt ist, sowie aktuelle Adress- und Kontaktangaben enthalten;

c) Anträge auf Streichung als verstorben gemeldeter Personen sollen eine vom Staat der Staatsangehörigkeit oder der Ansässigkeit oder von einem anderen zuständigen Staat ausgestellte amtliche Todeserklärung enthalten;

22. *ersucht* alle Mitgliedstaaten, insbesondere jedoch die Regierung Afghanistans, den Ausschuss zu unterrichten, wenn ihnen Informationen zur Kenntnis gelangen, die darauf hindeuten, dass von der Liste gestrichene Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen für die Aufnahme in die Liste nach Ziffer 1 in Betracht gezogen werden sollen, und ersucht ferner die Regierung, dem Ausschuss einen jährlichen Bericht über den Status der als ausgesöhnt gemeldeten Personen, die der Ausschuss im Vorjahr von der Liste gestrichen hat, vorzulegen;

23. *weist* den Ausschuss *an*, zügig alle Informationen zu prüfen, die darauf hindeuten, dass eine von der Liste gestrichene Person in Ziffer 3 dieser Resolution genannte Tätigkeiten wiederaufgenommen hat, so auch indem sie sich an Handlungen beteiligt, die mit den in Ziffer 18 genannten Aussöhnungsbedingungen unvereinbar sind, und ersucht die Regierung Afghanistans oder andere Mitgliedstaaten, gegebenenfalls die erneute Aufnahme des Namens dieser Person in die Liste zu beantragen;

24. *beschließt*, dass das Sekretariat so bald wie möglich, nachdem der Ausschuss einen Beschluss zur Streichung eines Namens von der Liste gefasst hat, der Regierung Afghanistans und der Ständigen Vertretung Afghanistans diesen Beschluss zur Benachrichtigung übermittelt und dass das Sekretariat außerdem so bald wie möglich die Ständige Vertretung des Staates oder der Staaten, in dem/denen die Person oder die Einrichtung sich mutmaßlich befindet, und, im Fall nichtafghanischer Personen oder Einrichtungen, den

Staat oder die Staaten der Staatsangehörigkeit oder -zugehörigkeit benachrichtigen soll, und beschließt ferner, dass die Staaten, die eine solche Benachrichtigung erhalten, im Einklang mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten Maßnahmen ergreifen, um die betreffende Person oder Einrichtung rasch von der Streichung von der Liste zu benachrichtigen oder darüber zu informieren;

Überprüfung und Führung der Liste

25. *ist sich dessen bewusst*, dass der andauernde Konflikt in Afghanistan und die Dringlichkeit, die die Regierung Afghanistans und die internationale Gemeinschaft einer friedlichen politischen Beilegung des Konflikts beimessen, zeitnahe und rasche Abänderungen der Liste, einschließlich der Aufnahme und Streichung von Personen und Einrichtungen, erfordert, legt dem Ausschuss eindringlich nahe, über Streichungsanträge zeitnah zu entscheiden, ersucht den Ausschuss, alle Listeneinträge regelmäßig zu überprüfen, gegebenenfalls auch durch die Überprüfung der Personen, die als ausgesöhnt gelten, bei deren Einträgen Identifizierungsangaben fehlen oder die als verstorben gemeldet wurden, sowie der Einrichtungen, die Meldungen oder Bestätigungen zufolge nicht mehr bestehen, weist den Ausschuss an, dementsprechend Richtlinien für diese Überprüfungen festzulegen, und ersucht das Überwachungsteam, dem Ausschuss alle sechs Monate Folgendes zuzuleiten:

a) eine Aufstellung der Personen auf der Liste, die die Regierung Afghanistans als ausgesöhnt ansieht, zusammen mit den in Ziffer 21 *a*) genannten sachdienlichen Unterlagen;

b) eine Aufstellung der Personen und Einrichtungen auf der Liste, deren Einträge nicht die erforderlichen Identifizierungsangaben enthalten, um die wirksame Durchführung der gegen sie verhängten Maßnahmen zu ermöglichen; und

c) eine Aufstellung der Personen auf der Liste, die als verstorben gemeldet wurden, und der Einrichtungen, die Meldungen oder Bestätigungen zufolge nicht mehr bestehen, zusammen mit den in Ziffer 21 *c*) genannten Unterlagen;

26. *fordert* den Ausschuss *nachdrücklich auf*, sicherzustellen, dass es faire und klare Verfahren für die Durchführung seiner Arbeit gibt, und weist den Ausschuss an, dementsprechend so bald wie möglich Richtlinien, insbesondere im Hinblick auf die Ziffern 9, 10, 11, 12, 17, 20, 21, 24, 25 und 27 dieser Resolution, festzulegen;

27. *legt* den Mitgliedstaaten und den zuständigen internationalen Organisationen *nahe*, Vertreter zu entsenden, die mit dem Ausschuss zum Austausch von Informationen und zur Erörterung aller maßgeblichen Fragen zusammentreffen, und begrüßt die regelmäßigen Unterrichtungen durch die Regierung Afghanistans über die Auswirkungen der zielgerichteten Sanktionen im Hinblick auf die Abschreckung von Bedrohungen für den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans und die Unterstützung der Aussöhnung unter afghanischer Führung;

Zusammenarbeit mit der Regierung Afghanistans

28. *legt* dem Ausschuss, der Regierung Afghanistans und der Mission *nahe*, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen, so auch indem sie ausführliche Informationen über Personen und Einrichtungen zusammentragen und vorlegen, die an der Finanzierung oder Unterstützung der in Ziffer 3 genannten Handlungen oder Aktivitäten beteiligt sind, und indem sie Vertreter der Mission bitten, das Wort an den Ausschuss zu richten;

29. *begrüßt* den Wunsch der Regierung Afghanistans, dem Ausschuss bei der Koordinierung der Anträge auf Aufnahme in die Liste beziehungsweise Streichung von der Liste und bei der Vorlage aller sachdienlichen Informationen an den Ausschuss behilflich zu sein;

Neuer Sanktionsausschuss

30. *beschließt*, im Einklang mit Regel 28 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einen aus allen Ratsmitgliedern bestehenden Ausschuss des Sicherheitsrats („der Ausschuss“) einzusetzen, der die folgenden Aufgaben wahrnehmen wird:

a) Anträge auf Aufnahme in die Liste und auf Streichung von der Liste sowie Vorschläge zur Aktualisierung der vorhandenen Informationen in Bezug auf die in Ziffer 1 genannte Liste zu prüfen;

b) Anträge auf Aufnahme in die Liste und auf Streichung von der Liste sowie Vorschläge zur Aktualisierung der vorhandenen Informationen in Bezug auf Abschnitt A („Mit den Taliban verbundene Personen“) und Abschnitt B („Mit den Taliban verbundene Einrichtungen und andere Gruppen und Unternehmen“) der Konsolidierten Liste zu prüfen, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Resolution bei dem Ausschuss nach Resolution 1267 (1999) betreffend Al-Qaida und die Taliban sowie mit ihnen verbundene Personen und Einrichtungen anhängig waren;

c) die in Ziffer 1 genannte Liste regelmäßig zu aktualisieren;

d) auf der Website des Ausschusses Zusammenfassungen der Gründe für die Aufnahme aller Einträge in die Liste zu veröffentlichen;

e) die Namen auf der Liste zu überprüfen;

f) dem Rat regelmäßig über die Informationen Bericht zu erstatten, die dem Ausschuss in Bezug auf die Durchführung dieser Resolution vorgelegt werden, namentlich im Hinblick auf die Nichteinhaltung der mit der Resolution verhängten Maßnahmen;

g) zu gewährleisten, dass es faire und klare Verfahren für die Aufnahme von Personen und Einrichtungen in die Liste und für ihre Streichung von der Liste sowie für die Gewährung von Ausnahmen aus humanitären Gründen gibt;

h) die vom Überwachungsteam vorgelegten Berichte zu prüfen;

i) die Durchführung der in Ziffer 1 verhängten Maßnahmen zu überwachen;

j) Anträge auf Ausnahmen nach den Ziffern 1 und 9 zu prüfen;

k) die erforderlichen Richtlinien zur Erleichterung der Durchführung der verhängten Maßnahmen festzulegen;

l) einen Dialog zwischen dem Ausschuss und interessierten Mitgliedstaaten, insbesondere denjenigen in der Region, anzuregen, so auch indem Vertreter dieser Staaten eingeladen werden, mit dem Ausschuss zusammenzutreffen, um die Durchführung der Maßnahmen zu erörtern;

m) von allen Staaten alle von ihm für nützlich erachteten Informationen über die von ihnen unternommenen Schritte zur wirksamen Durchführung der verhängten Maßnahmen einzuholen;

n) Informationen über behauptete Verstöße gegen die in dieser Resolution enthaltenen Maßnahmen oder die Nichteinhaltung dieser Maßnahmen zu prüfen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen;

o) über das Überwachungsteam und die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen den Mitgliedstaaten auf Antrag Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten zur besseren Umsetzung der Maßnahmen bereitzustellen; und

p) mit den anderen zuständigen Sanktionsausschüssen des Sicherheitsrats, insbesondere dem Ausschuss nach Resolution 1267 (1999), zusammenzuarbeiten;

Überwachungsteam

31. *beschließt außerdem*, dass das gemäß Ziffer 7 der Resolution 1526 (2004) eingesetzte Überwachungsteam des Ausschusses nach Resolution 1267 (1999) den Ausschuss, um ihm bei der Erfüllung seines Mandats behilflich zu sein, außerdem für einen Zeitraum von achtzehn Monaten mit dem in der Anlage dieser Resolution festgelegten Mandat unterstützt, und ersucht den Generalsekretär, alle dafür notwendigen Vorkehrungen zu treffen;

Koordinierung und Kontaktarbeit

32. *ist sich* der Notwendigkeit *bewusst*, den Kontakt mit den zuständigen Ausschüssen des Sicherheitsrats, internationalen Organisationen und Sachverständigengruppen aufrechtzuerhalten, namentlich mit dem Ausschuss nach Resolution 1267 (1999), dem Ausschuss nach Resolution 1373 (2001) betreffend die Terrorismusbekämpfung (Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus), dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und dem Ausschuss nach Resolution 1540 (2004), insbesondere in Anbetracht der andauernden Präsenz Al-Qaidas und ihrer Zellen, Unterorganisationen, Splittergruppen oder Ableger und ihres negativen Einflusses auf den afghanischen Konflikt;

33. *legt* der Mission *nahe*, dem Hohen Friedensrat auf dessen Ersuchen dabei behilflich zu sein, die auf der Liste stehenden Personen zur Aussöhnung zu ermutigen;

Überprüfungen

34. *beschließt*, die Umsetzung der in dieser Resolution festgelegten Maßnahmen in achtzehn Monaten zu überprüfen und die zur Unterstützung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan erforderlichen Änderungen vorzunehmen;

35. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6557. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Anlage

Im Einklang mit Ziffer 31 dieser Resolution ist das Überwachungsteam unter der Leitung des Ausschusses tätig und hat die folgenden Aufgaben:

a) dem Ausschuss zwei umfassende, unabhängige schriftliche Berichte über die Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten vorzulegen, den ersten bis zum 31. März 2012 und den zweiten bis zum 31. Oktober 2012, und in diese Berichte konkrete Empfehlungen für die bessere Umsetzung der Maßnahmen sowie für mögliche neue Maßnahmen aufzunehmen;

b) dem Ausschuss bei der regelmäßigen Überprüfung der Namen auf der Liste behilflich zu sein, namentlich durch die Durchführung von Reisen und durch Kontakte mit den Mitgliedstaaten zur Aufbereitung der Unterlagen des Ausschusses über die Tatsachen und Umstände im Zusammenhang mit einem Listeneintrag;

c) dem Ausschuss dabei behilflich zu sein, an Mitgliedstaaten gerichtete Informationsersuchen weiterzuverfolgen, unter anderem auch in Bezug auf die Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen;

d) dem Ausschuss ein umfassendes Arbeitsprogramm zur Überprüfung und gegebenenfalls Genehmigung vorzulegen, in dem das Überwachungsteam die von ihm vorgesehenen Tätigkeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben im Detail aufführt, einschließlich geplanter Reisen;

e) dem Ausschuss bei der Analyse von Fällen der Nichteinhaltung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen behilflich zu sein, indem es die von den Mit-

gliedstaaten eingeholten Informationen zusammenstellt und Fallstudien vorlegt, sowohl auf eigene Initiative als auch auf Ersuchen des Ausschusses, damit dieser sie prüft;

f) dem Ausschuss Empfehlungen vorzulegen, welche die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen und bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für weitere Aufnahmen in die Liste heranziehen könnten;

g) dem Ausschuss bei der Prüfung der Vorschläge zur Aufnahme in die Liste behilflich zu sein, namentlich indem es Informationen, die für den Aufnahmevorschlag von Belang sind, zusammenstellt und an den Ausschuss übermittelt und einen Entwurf der in Ziffer 13 dieser Resolution genannten Zusammenfassung der Gründe erarbeitet;

h) den Ausschuss auf neue oder beachtenswerte Umstände aufmerksam zu machen, die eine Streichung von der Liste rechtfertigen können, wie etwa veröffentlichte Informationen über eine Person, die verstorben ist;

i) vor Reisen in bestimmte Mitgliedstaaten auf der Grundlage seines vom Ausschuss genehmigten Arbeitsprogramms die Mitgliedstaaten zu konsultieren;

j) die Mitgliedstaaten zu ermutigen, Namen und zusätzliche Identifizierungsangaben im Hinblick auf die Aufnahme in die Liste vorzulegen, gemäß den Anweisungen des Ausschusses;

k) dem Ausschuss zusätzliche Identifizierungs- und sonstige Angaben vorzulegen, um ihm bei seinen Anstrengungen, die Liste so aktuell und genau wie möglich zu halten, behilflich zu sein;

l) Informationen über die Umsetzung der Maßnahmen zusammenzustellen, auszuwerten, zu überwachen, darüber Bericht zu erstatten und Empfehlungen dazu abzugeben, gegebenenfalls Fallstudien durchzuführen und alle anderen einschlägigen Fragen entsprechend den Anweisungen des Ausschusses eingehend zu untersuchen;

m) die Mitgliedstaaten und andere einschlägige Organisationen und Organe, einschließlich der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, zu konsultieren und einen regelmäßigen Dialog mit Vertretern in New York und in den Hauptstädten zu führen, unter Berücksichtigung ihrer Stellungnahmen, insbesondere in Bezug auf Fragen, die in den unter Buchstabe *a*) dieser Anlage genannten Berichten des Überwachungsteams enthalten sein könnten;

n) Konsultationen mit den Geheim- und Sicherheitsdiensten der Mitgliedstaaten zu führen, namentlich auch im Rahmen regionaler Foren, um den Informationsaustausch zu erleichtern und die Durchsetzung der Maßnahmen zu stärken;

o) Konsultationen mit den in Betracht kommenden Vertretern des Privatsektors, einschließlich Finanzinstituten, zu führen, um Erkenntnisse über die praktische Umsetzung der Einfrierung der Vermögenswerte zu gewinnen und Empfehlungen zur Stärkung dieser Maßnahme zu erarbeiten;

p) mit den zuständigen internationalen und regionalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um die Maßnahmen besser bekannt zu machen und ihre Einhaltung zu fördern;

q) mit der INTERPOL und den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um Fotografien der auf der Liste stehenden Personen im Hinblick auf die mögliche Aufnahme in die Besonderen Ausschreibungen der INTERPOL zu beschaffen;

r) anderen Nebenorganen des Sicherheitsrats und deren Sachverständigengruppen auf Ersuchen dabei behilflich zu sein, ihre Zusammenarbeit mit der INTERPOL zu verstärken, wie in Resolution 1699 (2006) vorgesehen;

s) dem Ausschuss dabei behilflich zu sein, den Mitgliedstaaten auf Antrag Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten zur besseren Umsetzung der Maßnahmen bereitzustellen;

t) dem Ausschuss regelmäßig oder auf dessen Ersuchen im Rahmen mündlicher und/oder schriftlicher Unterrichtungen über die Arbeit des Überwachungsteams, einschließlich seiner Besuche von Mitgliedstaaten und seiner Tätigkeiten, Bericht zu erstatten;

u) dem Ausschuss innerhalb von neunzig Tagen einen schriftlichen Bericht und Empfehlungen zu den Verbindungen zwischen den Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die für eine Aufnahme in die Liste nach Ziffer 1 dieser Resolution in Betracht kommen, und Al-Qaida vorzulegen, unter besonderer Berücksichtigung der Einträge, die sowohl in der Al-Qaida-Sanktionsliste als auch in der in Ziffer 1 genannten Liste geführt werden, und diese Berichte und Empfehlungen danach regelmäßig vorzulegen; und

v) alle sonstigen vom Ausschuss festgelegten Aufgaben wahrzunehmen.

Resolution 1989 (2011) vom 17. Juni 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1267 (1999) vom 15. Oktober 1999, 1333 (2000) vom 19. Dezember 2000, 1363 (2001) vom 30. Juli 2001, 1373 (2001) vom 28. September 2001, 1390 (2002) vom 16. Januar 2002, 1452 (2002) vom 20. Dezember 2002, 1455 (2003) vom 17. Januar 2003, 1526 (2004) vom 30. Januar 2004, 1566 (2004) vom 8. Oktober 2004, 1617 (2005) vom 29. Juli 2005, 1624 (2005) vom 14. September 2005, 1699 (2006) vom 8. August 2006, 1730 (2006) vom 19. Dezember 2006, 1735 (2006) vom 22. Dezember 2006, 1822 (2008) vom 30. Juni 2008, 1904 (2009) vom 17. Dezember 2009 und 1988 (2011) vom 17. Juni 2011 sowie die einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten,

bekräftigend, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit darstellt und dass alle terroristischen Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel wann und von wem sie begangen werden, und unter erneutem Hinweis auf seine unmissverständliche Verurteilung Al-Qaidas und der anderen mit ihr verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen für die vielfachen kriminellen Terrorakte, die von ihr fortlaufend begangen werden mit dem Ziel, den Tod unschuldiger Zivilpersonen und anderer Opfer sowie die Zerstörung von Sachwerten zu verursachen und die Stabilität nachhaltig zu untergraben,

sowie bekräftigend, dass der Terrorismus nicht mit einer bestimmten Religion, Nationalität oder Zivilisation in Verbindung gebracht werden kann und soll,

unter Hinweis auf die Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 2. Mai 2011[230] mit der Feststellung, dass Osama bin Laden nicht mehr in der Lage sein wird, terroristische Handlungen zu begehen,

in Bekräftigung der Notwendigkeit, durch terroristische Handlungen verursachte Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit mit allen Mitteln, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht, einschließlich der anzuwendenden internationalen Menschenrechtsnormen, des Flüchtlingsvölkerrechts und des humanitären Völkerrechts, zu bekämpfen, und in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle hervorhebend, die den Vereinten Nationen bei der Führung und Koordinierung dieser Anstrengungen zukommt,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Zunahme der Vorfälle von Entführungen und Geiselnahmen, die von terroristischen Gruppen mit dem Ziel begangen werden, Mittel zu beschaffen oder politische Zugeständnisse zu erwirken, und auf die Notwendigkeit hinweisend, dieses Problem anzugehen,

betonend, dass der Terrorismus nur durch einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz besiegt werden kann, mit der aktiven Beteiligung und Zusammenarbeit aller Staaten

und internationalen und regionalen Organisationen, um die terroristische Bedrohung zu behindern, zu schwächen, zu isolieren und auszuschalten,

betonend, dass Sanktionen ein wichtiges in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehenes Instrument zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sind, und in diesem Zusammenhang betonend, dass die Maßnahmen in Ziffer 1 dieser Resolution als maßgebliches Instrument zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten auf robuste Weise umgesetzt werden müssen,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, aktiv an der Führung und Aktualisierung der nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1333 (2000) aufgestellten Liste („Konsolidierte Liste“) mitzuwirken, indem sie zusätzliche Informationen zu den derzeitigen Listeneinträgen beisteuern, gegebenenfalls Anträge auf Streichung von der Liste stellen und indem sie weitere Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die den in Ziffer 1 genannten Maßnahmen unterliegen sollen, ermitteln und zur Aufnahme in die Liste benennen,

den Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999) („Ausschuss“) daran *erinnernd*, Personen und Einrichtungen, die die in dieser Resolution festgelegten Listungskriterien nicht mehr erfüllen, rasch und je nach den Umständen des Einzelfalls von der Liste zu streichen,

in der Erkenntnis, dass Maßnahmen, die von den Mitgliedstaaten nach Ziffer 1 durchgeführt wurden, rechtlich und auf andere Weise angefochten worden sind, unter Begrüßung der Verbesserungen der Verfahren des Ausschusses und der Qualität der Konsolidierten Liste und seine Absicht bekundend, auch künftig Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, dass die Verfahren fair und klar sind,

insbesondere begrüßend, dass die gemäß Ziffer 25 der Resolution 1822 (2008) vorgenommene Überprüfung aller auf der Konsolidierten Liste verzeichneten Namen erfolgreich abgeschlossen wurde und dass erhebliche Fortschritte dabei erzielt worden sind, die Integrität der Konsolidierten Liste zu verbessern,

unter Begrüßung der Einrichtung des Büros der Ombudsperson gemäß Resolution 1904 (2009) und der Rolle, die es seit seiner Einrichtung wahrnimmt, feststellend, dass der Ombudsperson eine wichtige Rolle bei der Erhöhung von Fairness und Transparenz zukommt, unter Hinweis auf die feste Entschlossenheit des Rates, zu gewährleisten, dass das Büro in der Lage ist, seine Rolle im Einklang mit seinem Mandat weiter wirksam wahrzunehmen, sowie unter Hinweis auf die Erklärung der Präsidentin des Sicherheitsrats vom 28. Februar 2011[228],

bekräftigend, dass die in Ziffer 1 genannten Maßnahmen präventiven Charakter haben und von strafrechtlichen Normen des innerstaatlichen Rechts unabhängig sind,

es begrüßend, dass die Generalversammlung im September 2010 die zweite Überprüfung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus vom 8. September 2006[223] durchgeführt hat und dass der Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung eingerichtet wurde, um die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung zu gewährleisten,

sowie unter Begrüßung der fortgesetzten Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss und der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL), dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, insbesondere in Bezug auf technische Hilfe und Kapazitätsaufbau, und allen anderen Organen der Vereinten Nationen und dazu anregend, weiter mit dem Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung zusammenzuwirken, um die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung zu gewährleisten,

in Anerkennung der Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Finanzierung des Terrorismus und terroristischer Organisationen, namentlich aus Erträgen aus der orga-

nisierten Kriminalität, unter anderem aus der unerlaubten Produktion von Drogen und ihren chemischen Ausgangsstoffen und dem unerlaubten Handel damit, zu verhüten und zu bekämpfen, sowie der Wichtigkeit einer Fortsetzung der internationalen Zusammenarbeit mit diesem Ziel,

mit Besorgnis Kenntnis nehmend von der anhaltenden Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die von Al-Qaida und den anderen mit ihr verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen nach wie vor ausgeht, in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, gegen alle Aspekte dieser Bedrohung anzugehen, und in Anbetracht der Erörterungen des Ausschusses über die von seinem Team für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung in dessen elften Bericht an den Ausschuss[233] gerichtete Empfehlung, dass die Mitgliedstaaten die auf der Liste verzeichneten Taliban und die auf der Liste geführten Personen und Einrichtungen Al-Qaidas und ihrer Unterorganisationen unterschiedlich behandeln,

feststellend, dass in einigen Fällen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die die in Ziffer 3 der Resolution 1988 (2011) festgelegten Listungskriterien erfüllen, unter Umständen auch die in Ziffer 4 dieser Resolution festgelegten Listungskriterien erfüllen,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta,

Maßnahmen

1. *beschließt*, dass alle Staaten die folgenden, bereits mit Ziffer 8 *c*) der Resolution 1333 (2000) und den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1390 (2002) verhängten Maßnahmen im Hinblick auf Al-Qaida und die anderen mit ihr verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, einschließlich derjenigen, die in Abschnitt C („Mit Al-Qaida verbundene Personen“) und Abschnitt D („Mit Al-Qaida verbundene Einrichtungen und andere Gruppen und Unternehmen“) der nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1333 (2000) aufgestellten Konsolidierten Liste aufgeführt sind, und derjenigen, die nach dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution in die fortan als „Al-Qaida-Sanktionsliste“ bezeichnete Liste aufgenommen werden, ergreifen:

a) die Gelder und anderen finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen dieser Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen unverzüglich einzufrieren, einschließlich der Gelder, die aus Vermögensgegenständen stammen, die in ihrem Eigentum stehen oder die direkt oder indirekt von ihnen oder von Personen, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln, kontrolliert werden, und sicherzustellen, dass weder diese noch irgendwelche anderen Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen von ihren Staatsangehörigen oder von in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet befindlichen Personen direkt oder indirekt zugunsten solcher Personen zur Verfügung gestellt werden;

b) die Einreise dieser Personen in oder ihre Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet zu verhindern, mit der Maßgabe, dass diese Bestimmung keinen Staat dazu verpflichtet, seinen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern oder ihre Ausreise zu verlangen, und dass diese Bestimmung keine Anwendung findet, wenn die Ein- oder Durchreise zur Durchführung eines Gerichtsverfahrens erforderlich ist oder wenn der Ausschuss, stets im Einzelfall, feststellt, dass die Ein- oder Durchreise gerechtfertigt ist;

c) zu verhindern, dass an diese Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch ihre Staatsangehörigen außerhalb ihres Hoheitsgebiets oder unter Nutzung von Schiffen oder Luftfahrzeugen, die ihre Flagge führen, Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und entsprechender Ersatzteile, und technische Beratung, Hilfe oder Ausbildung hinsichtlich militärischer Aktivitäten auf direktem oder indirektem Weg geliefert, verkauft oder weitergegeben werden;

2. *stellt fest*, dass gemäß Resolution 1988 (2011) die Taliban und die anderen mit ihnen verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die bisher in Abschnitt A („Mit den Taliban verbundene Personen“) und Abschnitt B („Mit den Taliban verbundene Einrichtungen und andere Gruppen und Unternehmen“) der nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1333 (2000) aufgestellten Konsolidierten Liste aufgeführt waren, nicht unter die Bestimmungen dieser Resolution fallen, und beschließt, dass die Al-Qaida-Sanktionsliste künftig nur die Namen der mit Al-Qaida verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen umfassen wird;

3. *weist* den Ausschuss *an*, alle Anträge auf Aufnahme in die Liste und auf Streichung von der Liste und alle Vorschläge zur Aktualisierung der vorhandenen Informationen in Bezug auf Abschnitt A („Mit den Taliban verbundene Personen“) und Abschnitt B („Mit den Taliban verbundene Einrichtungen und andere Gruppen und Unternehmen“) der Konsolidierten Liste, die zum Datum der Verabschiedung dieser Resolution beim Ausschuss anhängig waren, an den Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1988 (2011) zu überweisen, damit der Ausschuss nach Resolution 1988 (2011) diese Angelegenheiten im Einklang mit Resolution 1988 (2011) prüfen kann;

4. *bekräftigt*, dass unter anderem die folgenden Handlungen oder Aktivitäten darauf hindeuten, dass eine Person, eine Gruppe, ein Unternehmen oder eine Einrichtung mit Al-Qaida verbunden ist:

a) die Beteiligung an der Finanzierung, Planung, Erleichterung, Vorbereitung oder Begehung von Handlungen oder Aktivitäten durch, zusammen mit, unter dem Namen oder im Namen oder zur Unterstützung Al-Qaidas oder einer ihrer Zellen, Unterorganisationen, Splittergruppen oder Ableger;

b) die Lieferung, der Verkauf oder die Weitergabe von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial an diese;

c) die Rekrutierung für diese oder die sonstige Unterstützung ihrer Handlungen oder Aktivitäten;

5. *bekräftigt außerdem*, dass alle Unternehmen oder Einrichtungen, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle solcher mit Al-Qaida verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen stehen oder diese auf andere Weise unterstützen, zur Aufnahme in die Liste vorgeschlagen werden können;

6. *bestätigt*, dass die Bestimmungen in Ziffer 1 *a*) auf alle Arten von Finanzmitteln und wirtschaftlichen Ressourcen Anwendung finden, so unter anderem für die Bereitstellung von Webhosting- oder damit zusammenhängenden Diensten eingesetzte Finanzmittel und Ressourcen, die zur Unterstützung Al-Qaidas und der anderen mit ihr verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen genutzt werden;

7. *stellt fest*, dass zu solchen Mitteln der Finanzierung oder Unterstützung unter anderem die Nutzung der Erträge aus Verbrechen, einschließlich des unerlaubten Anbaus und der unerlaubten Gewinnung von Suchtstoffen und ihren Ausgangsstoffen und des unerlaubten Verkehrs mit solchen Stoffen gehört;

8. *bekräftigt*, dass die Bestimmungen in Ziffer 1 *a*) auch auf die Zahlung von Lösegeldern an Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste Anwendung finden;

9. *beschließt*, dass die Mitgliedstaaten Einzahlungen auf nach Ziffer 1 eingefrorene Konten zugunsten der auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen gestatten können, mit der Maßgabe, dass diese Einzahlungen weiter den Bestimmungen in Ziffer 1 unterliegen und eingefroren werden;

10. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, von den in den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1452 (2002) festgelegten und mit Resolution 1735 (2006) geänderten Bestimmungen be-

treffend zulässige Ausnahmen von den Maßnahmen in Ziffer 1 *a*) Gebrauch zu machen, und weist den Ausschuss an, die in den Richtlinien des Ausschusses festgelegten Verfahren für Ausnahmen zu überprüfen, um ihre Anwendung durch die Mitgliedstaaten zu erleichtern, und weiter dafür zu sorgen, dass Ausnahmen schnell und auf transparente Weise gewährt werden;

11. *weist* den Ausschuss *an*, mit den anderen zuständigen Sanktionsausschüssen des Sicherheitsrats, insbesondere dem Ausschuss nach Resolution 1988 (2011), zusammenzuarbeiten;

Aufnahme in die Liste

12. *ermutigt* alle Mitgliedstaaten, dem Ausschuss im Hinblick auf die Aufnahme in die Al-Qaida-Sanktionsliste die Namen von Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen mitzuteilen, die, gleichviel durch welche Mittel, an der Finanzierung oder Unterstützung von Handlungen oder Aktivitäten Al-Qaidas und der anderen mit ihr verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, wie in Ziffer 2 der Resolution 1617 (2005) beschrieben und in Ziffer 4 dieser Resolution bekräftigt, beteiligt sind;

13. *bekräftigt*, dass die Mitgliedstaaten, wenn sie dem Ausschuss die Aufnahme von Namen in die Al-Qaida-Sanktionsliste vorschlagen, im Einklang mit Ziffer 5 der Resolution 1735 (2006) und Ziffer 12 der Resolution 1822 (2008) handeln und eine detaillierte Darstellung des Falls vorlegen, und beschließt ferner, dass die Falldarstellung, mit Ausnahme der Teile, die ein Mitgliedstaat als vom Ausschuss vertraulich zu behandeln ausweist, auf Antrag veröffentlicht und zur Erstellung der in Ziffer 16 beschriebenen Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste verwendet werden kann;

14. *beschließt*, dass die Mitgliedstaaten, die die Aufnahme eines neuen Eintrags vorschlagen, sowie die Mitgliedstaaten, die vor der Verabschiedung dieser Resolution die Aufnahme von Namen in die Al-Qaida-Sanktionsliste vorgeschlagen haben, angeben, ob der Ausschuss oder die Ombudsperson oder das Sekretariat oder das Team für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung im Namen des Ausschusses den Status des Mitgliedstaats als vorschlagender Staat bekanntgeben können, und legt den vorschlagenden Staaten eindringlich nahe, einem solchen Antrag stattzugeben;

15. *beschließt außerdem*, dass die Mitgliedstaaten, wenn sie dem Ausschuss die Aufnahme von Namen in die Al-Qaida-Sanktionsliste vorschlagen, das Standardformular für Listeneinträge benutzen und dem Ausschuss möglichst umfangreiche sachdienliche Angaben zu dem vorgeschlagenen Namen vorlegen, insbesondere ausreichende Identifizierungsangaben, um die genaue und eindeutige Identifizierung von Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen zu ermöglichen, sowie nach Möglichkeit die Angaben, die die INTERPOL für die Herausgabe einer Besonderen Ausschreibung („Special Notice“) benötigt, weist den Ausschuss an, das Standardformular für Listeneinträge entsprechend dieser Resolution nach Bedarf zu aktualisieren, und weist ferner das Überwachungsteam an, dem Ausschuss über weitere Schritte Bericht zu erstatten, die zur Verbesserung der Identifizierungsangaben unternommen werden könnten;

16. *begrüßt* die Anstrengungen des Ausschusses, mit Hilfe des Überwachungsteams und in Abstimmung mit den jeweiligen vorschlagenden Staaten gleichzeitig mit der Aufnahme eines Namens in die Al-Qaida-Sanktionsliste auf der Website des Ausschusses eine Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme des Eintrags zu veröffentlichen, und weist den Ausschuss an, sich mit Hilfe des Überwachungsteams und in Abstimmung mit den jeweiligen vorschlagenden Staaten weiter darum zu bemühen, für alle Einträge auf der Website des Ausschusses Zusammenfassungen der Gründe ihrer Aufnahme zu veröffentlichen;

17. *legt* den Mitgliedstaaten und den zuständigen internationalen Organisationen und Organen *nahe*, den Ausschuss über alle einschlägigen Gerichtsentscheidungen und -verfahren zu unterrichten, damit er sie berücksichtigen kann, wenn er einen Eintrag überprüft oder eine Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste aktualisiert;

18. *fordert* alle Mitglieder des Ausschusses und des Überwachungsteams *auf*, dem Ausschuss alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über einen Antrag eines Mitgliedstaats auf Aufnahme eines Namens in die Liste zu übermitteln, damit der Ausschuss bei seiner Entscheidung über die Aufnahme in die Liste sich auf diese Informationen stützen kann und zusätzliche Angaben für die in Ziffer 16 beschriebene Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste erhält;

19. *bekräftigt*, dass das Sekretariat nach der Veröffentlichung, jedenfalls aber innerhalb von drei Arbeitstagen nach der Aufnahme eines Namens in die Al-Qaida-Sanktionsliste die Ständige Vertretung des Landes oder der Länder, in dem/denen die Person oder die Einrichtung sich mutmaßlich befindet, sowie bei Personen das Land, dessen Staatsangehöriger die Person ist (soweit dies bekannt ist), benachrichtigt, im Einklang mit Ziffer 10 der Resolution 1735 (2006), ersucht das Sekretariat, unmittelbar nach der Aufnahme eines Namens in die Al-Qaida-Sanktionsliste alle sachdienlichen, veröffentlichungsfähigen Informationen, einschließlich der Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste, auf der Website des Ausschusses zu veröffentlichen, und hebt hervor, wie wichtig es ist, die Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste zeitnah in allen Amtssprachen der Vereinten Nationen zu veröffentlichen;

20. *bekräftigt außerdem* Ziffer 17 der Resolution 1822 (2008), in der verlangt wird, dass die Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten alle durchführbaren Maßnahmen ergreifen, um die in die Liste aufgenommene Person oder Einrichtung rasch von ihrer Aufnahme in die Liste zu benachrichtigen oder darüber zu informieren und der Benachrichtigung die Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste, eine Beschreibung der in den einschlägigen Resolutionen festgelegten Auswirkungen der Aufnahme in die Liste, die Verfahren des Ausschusses zur Prüfung von Streichungsanträgen, einschließlich der Möglichkeit der Einreichung eines solchen Antrags bei der Ombudsperson gemäß Ziffer 21 und Anlage II dieser Resolution, und die Bestimmungen der Resolution 1452 (2002) betreffend zulässige Ausnahmen beizufügen;

Streichung von der Liste/Ombudsperson

21. *beschließt*, das mit Resolution 1904 (2009) erteilte Mandat des Büros der Ombudsperson, das in den in Anlage II dieser Resolution festgelegten Verfahren zum Ausdruck kommt, um einen Zeitraum von achtzehn Monaten ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution zu verlängern, beschließt, dass die Ombudsperson auch weiterhin auf unabhängige und unparteiliche Weise Anträge von Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen, die eine Streichung von der Al-Qaida-Sanktionsliste anstreben, entgegennimmt und von keiner Regierung Weisungen einholt oder entgegennimmt, und beschließt, dass die Ombudsperson dem Ausschuss Bemerkungen und eine Empfehlung zur Streichung derjenigen Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen vorlegt, die über das Büro der Ombudsperson die Streichung von der Al-Qaida-Sanktionsliste beantragt haben, und zwar entweder eine Empfehlung, den Namen auf der Liste weiterzuführen, oder eine Empfehlung an den Ausschuss, die Streichung von der Liste zu prüfen;

22. *beschließt außerdem*, dass die den Staaten auferlegte Verpflichtung, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf diejenigen Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen, für die die Ombudsperson in dem umfassenden Bericht der Ombudsperson über einen Streichungsantrag nach Anlage II dieser Resolution die Aufrechterhaltung der Listung empfiehlt, in Kraft bleibt;

23. *beschließt ferner*, dass die den Staaten auferlegte Verpflichtung, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf diejenigen Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen, für die die Ombudsperson dem Ausschuss empfiehlt, die Streichung von der Liste zu erwägen, sechzig Tage nach dem Datum erlischt, an dem der Ausschuss die Prüfung des umfassenden Berichts der Ombudsperson nach Anlage II dieser Resolution, insbesondere Ziffer 6 *h*), abgeschlossen hat, es sei denn, der Ausschuss beschließt vor Ablauf dieses Zeitraums von sechzig Tagen im Konsens, dass die Verpflichtung in Bezug auf diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen in Kraft bleibt, mit der Maßgabe, dass der Vorsitzende in Fällen, in denen kein Konsens besteht, auf Antrag eines Ausschussmitglieds die Frage der Streichung dieser Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen von der Liste an den Sicherheitsrat zur Beschlussfassung innerhalb von sechzig Tagen überweist, und mit der weiteren Maßgabe, dass im Falle eines solchen Antrags die Verpflichtung der Staaten, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen während des genannten Zeitraums in Kraft bleibt, bis die Frage vom Rat entschieden wurde;

24. *ersucht* den Generalsekretär, die Kapazität des Büros der Ombudsperson zu stärken, um sicherzustellen, dass es auch weiterhin zur wirksamen und raschen Durchführung seines Mandats in der Lage ist;

25. *fordert* die Mitgliedstaaten *mit allem Nachdruck auf*, der Ombudsperson alle sachdienlichen Informationen vorzulegen, gegebenenfalls auch alle sachdienlichen vertraulichen Informationen, und bestätigt, dass die Ombudsperson alle vom vorlegenden Mitgliedstaat für diese Informationen erteilten Vertraulichkeitsauflagen einhalten muss;

26. *ersucht* die Mitgliedstaaten sowie die maßgeblichen internationalen Organisationen und Organe, den Personen und Einrichtungen, die eine Anfechtung ihrer Listung erwägen oder diese bereits über nationale und regionale Gerichte anfechten, nahezulegen, die Streichung von der Al-Qaida-Sanktionsliste durch Einreichung eines Streichungsantrags beim Büro der Ombudsperson anzustreben;

27. *beschließt* für den Fall, dass ein vorschlagender Staat einen Streichungsantrag stellt, dass die Verpflichtung der Staaten, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen nach sechzig Tagen erlischt, es sei denn, der Ausschuss beschließt vor Ablauf dieses Zeitraums von sechzig Tagen im Konsens, dass die Maßnahmen in Bezug auf diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen in Kraft bleiben, mit der Maßgabe, dass der Vorsitzende in Fällen, in denen kein Konsens besteht, auf Antrag eines Ausschussmitglieds die Frage der Streichung dieser Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen von der Liste an den Sicherheitsrat zur Beschlussfassung innerhalb von sechzig Tagen überweist, und mit der weiteren Maßgabe, dass im Falle eines solchen Antrags die Verpflichtung der Staaten, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, für diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen während des genannten Zeitraums in Kraft bleibt, bis die Frage vom Sicherheitsrat entschieden wurde;

28. *beschließt außerdem*, dass es zur Einreichung eines Streichungsantrags nach Ziffer 27, falls der betreffende Listeneintrag von mehreren Staaten vorgeschlagen wurde, eines Konsenses aller dieser Staaten bedarf, und beschließt ferner, dass Staaten, die Anträge auf Aufnahme in die Liste miteinbringen, für die Zwecke der Ziffer 27 nicht als vorschlagende Staaten betrachtet werden;

29. *fordert* die vorschlagenden Staaten *mit allem Nachdruck auf*, der Ombudsperson zu gestatten, den auf der Liste verzeichneten Personen und Einrichtungen, die einen Streichungsantrag an die Ombudsperson gestellt haben, ihre Identität als vorschlagende Staaten bekanntzugeben;

30. *weist* den Ausschuss *an*, im Einklang mit seinen Richtlinien auch weiterhin Anträge von Mitgliedstaaten auf die Streichung von Personen, Gruppen, Unternehmen und

Einrichtungen, in Bezug auf die geltend gemacht wird, dass sie die in den einschlägigen Resolutionen festgelegten und in Ziffer 4 dieser Resolution genannten Kriterien nicht mehr erfüllen, von der Al-Qaida-Sanktionsliste zu prüfen und diese Streichungsanträge auf Antrag eines Mitglieds des Ausschusses auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen, und legt den Mitgliedstaaten nahe, die von ihnen eingereichten Streichungsanträge zu begründen;

31. *legt* den Staaten *nahe*, für Personen, deren Tod offiziell bestätigt wurde, insbesondere wenn keine Vermögenswerte ermittelt werden, und für Einrichtungen, die Meldungen oder Bestätigungen zufolge nicht mehr bestehen, Streichungsanträge zu stellen, gleichzeitig jedoch alle angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Vermögenswerte, die diesen Personen oder Einrichtungen gehörten, nicht an andere auf der Al-Qaida-Sanktionsliste stehende Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen übertragen oder verteilt wurden oder werden;

32. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, wenn sie die eingefrorenen Vermögenswerte einer verstorbenen Person oder einer Meldungen oder Bestätigungen zufolge nicht mehr bestehenden Einrichtung infolge ihrer Streichung von der Liste freigeben, an die in Resolution 1373 (2001) festgelegten Verpflichtungen zu denken und insbesondere zu verhindern, dass freigegebene Vermögenswerte für terroristische Zwecke verwendet werden;

33. *fordert* den Ausschuss *auf*, bei der Prüfung von Streichungsanträgen die Auffassungen des vorschlagenden Staates/der vorschlagenden Staaten, des Staates/der Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, des Aufenthalts- beziehungsweise Standorts oder der Gründung und anderer vom Ausschuss für relevant befundener Staaten gebührend zu berücksichtigen, weist die Ausschussmitglieder an, ihre Einwände gegen Streichungsanträge zum Zeitpunkt der Ablehnung zu begründen, und fordert den Ausschuss auf, seine Gründe den betreffenden Mitgliedstaaten sowie den nationalen und regionalen Gerichten und Stellen, soweit zutreffend, mitzuteilen;

34. *legt* allen Mitgliedstaaten, namentlich den vorschlagenden Staaten und den Staaten der Ansässigkeit und der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, *nahe*, dem Ausschuss alle für seine Prüfung von Streichungsanträgen sachdienlichen Informationen vorzulegen und mit dem Ausschuss auf dessen Ersuchen zusammenzutreffen, um ihre Auffassungen zu Streichungsanträgen darzulegen, und legt ferner dem Ausschuss nahe, gegebenenfalls mit Vertretern nationaler oder regionaler Organisationen und Stellen, die über sachdienliche Informationen zu Streichungsanträgen verfügen, zusammenzutreffen;

35. *bestätigt*, dass das Sekretariat innerhalb von drei Tagen nach der Streichung eines Namens von der Al-Qaida-Sanktionsliste die Ständige Vertretung des Staates oder der Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, des Aufenthalts- beziehungsweise Standorts oder der Gründung (soweit dies bekannt ist) benachrichtigt, und beschließt, dass die Staaten, die eine solche Benachrichtigung erhalten, im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten Maßnahmen ergreifen, um die betreffende Person oder Einrichtung rasch von der Streichung von der Liste zu benachrichtigen oder darüber zu informieren;

Überprüfung und Führung der Al-Qaida-Sanktionliste

36. *ermutigt* alle Mitgliedstaaten, insbesondere die vorschlagenden Staaten und die Staaten der Ansässigkeit oder der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, dem Ausschuss zusätzliche Identifizierungs- und sonstige Angaben samt dazugehörigen Unterlagen über die auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen vorzulegen, einschließlich aktueller Angaben über den Tätigkeitsstatus der auf der Liste stehenden Einrichtungen, Gruppen und Unternehmen, über die Bewegungen, die Inhaftierung oder den Tod von auf der Liste stehenden Personen und über sonstige wichtige Ereignisse, sobald solche Informationen verfügbar werden;

37. *ersucht* das Überwachungsteam, dem Ausschuss alle sechs Monate eine Liste der Personen und Einrichtungen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste zuzuleiten, deren Einträge nicht die erforderlichen Identifizierungsangaben enthalten, um die wirksame Durchführung der gegen sie verhängten Maßnahmen zu gewährleisten, und weist den Ausschuss an, diese Einträge zu überprüfen, um zu entscheiden, ob sie noch angemessen sind;

38. *bekräftigt*, dass das Überwachungsteam dem Ausschuss alle sechs Monate eine Liste der als verstorben gemeldeten Personen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste zuleiten soll, zusammen mit einer Bewertung der entsprechenden Informationen, wie der Todesbescheinigung, und soweit möglich dem Status und dem Ort der eingefrorenen Vermögenswerte und den Namen von Personen oder Einrichtungen, die freigegebene Vermögenswerte erhalten könnten, weist den Ausschuss an, diese Listeneinträge zu überprüfen, um zu entscheiden, ob sie noch angemessen sind, und fordert den Ausschuss auf, verstorbene Personen von der Liste zu streichen, wenn glaubwürdige Informationen über ihren Tod vorliegen;

39. *bekräftigt außerdem*, dass das Überwachungsteam dem Ausschuss alle sechs Monate eine Liste der Einrichtungen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste zuleiten soll, die Meldungen oder Bestätigungen zufolge nicht mehr bestehen, zusammen mit einer Bewertung aller entsprechenden Informationen, weist den Ausschuss an, diese Listeneinträge zu überprüfen, um zu entscheiden, ob sie noch angemessen sind, und fordert den Ausschuss auf, diese Listeneinträge zu streichen, wenn glaubwürdige Informationen vorliegen;

40. *weist* den Ausschuss *an*, angesichts des Abschlusses der in Ziffer 25 der Resolution 1822 (2008) beschriebenen Überprüfung eine jährliche Überprüfung aller Namen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste, die seit drei oder mehr Jahren nicht überprüft wurden („dreijährliche Überprüfung"), durchzuführen, bei der die betreffenden Namen im Einklang mit den in den Richtlinien des Ausschusses festgelegten Verfahren den Staaten, die die Aufnahme vorgeschlagen haben, und den Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, des Aufenthalts- beziehungsweise Standorts oder der Gründung, sofern bekannt, zugeleitet werden, um sicherzustellen, dass die Al-Qaida-Sanktionsliste so aktuell und genau wie möglich ist, indem nicht mehr angemessene Einträge ermittelt und nach wie vor angemessene Einträge bestätigt werden, und stellt fest, dass eine nach dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution gemäß den in Anlage II dieser Resolution festgelegten Verfahren durchgeführte Prüfung eines Streichungsantrags durch den Ausschuss als einer Überprüfung des Eintrags nach Ziffer 26 der Resolution 1822 (2008) gleichwertig angesehen werden soll;

Umsetzung der Maßnahmen

41. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, dass alle Staaten geeignete Verfahren zur vollständigen Durchführung aller Aspekte der in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen ermitteln und erforderlichenfalls einführen, und fordert alle Mitgliedstaaten unter Hinweis auf Ziffer 7 der Resolution 1617 (2005) nachdrücklich auf, die umfassenden internationalen Normen anzuwenden, die in den von der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen" verfassten Vierzig Empfehlungen betreffend Geldwäsche und neun Sonderempfehlungen betreffend Terrorismusfinanzierung[234] enthalten sind, und legt den Mitgliedstaaten nahe, die in der Sonderempfehlung III enthaltenen Leitlinien für die wirksame Durchführung gezielter Sanktionen zur Terrorismusbekämpfung zu nutzen;

42. *weist* den Ausschuss *an*, auch weiterhin zu gewährleisten, dass es faire und klare Verfahren für die Aufnahme von Personen und Einrichtungen in die Al-Qaida-Sanktionsliste und für ihre Streichung von der Liste sowie für die Gewährung von Aus-

[234] In Englisch verfügbar unter http://www.fatf-gafi.org.

nahmen nach Resolution 1452 (2002) gibt, und weist den Ausschuss an, seine Richtlinien zur Unterstützung dieser Ziele fortlaufend aktiv zu überprüfen;

43. *weist* den Ausschuss *außerdem an*, mit Vorrang seine Richtlinien im Hinblick auf die Bestimmungen dieser Resolution, insbesondere die Ziffern 10, 12, 14, 15, 17, 21, 23, 27, 28, 30, 33, 37 und 40, zu überprüfen;

44. *regt an*, dass die Mitgliedstaaten, auch über ihre Ständigen Vertretungen, und die zuständigen internationalen Organisationen zur eingehenden Erörterung einschlägiger Fragen mit dem Ausschuss zusammentreffen;

45. *ersucht* den Ausschuss, dem Rat über seine Erkenntnisse betreffend die Umsetzungsbemühungen der Mitgliedstaaten Bericht zu erstatten und die zur Verbesserung der Umsetzung notwendigen Schritte zu ermitteln und zu empfehlen;

46. *weist* den Ausschuss *an*, mögliche Fälle der Nichteinhaltung der in Ziffer 1 vorgesehenen Maßnahmen festzustellen und für jeden Fall die geeignete Vorgehensweise festzulegen, und ersucht den Vorsitzenden, im Rahmen seiner regelmäßigen Berichte an den Rat nach Ziffer 55 über die Fortschritte bei der Arbeit des Ausschusses in dieser Frage Bericht zu erstatten;

47. *legt* allen Mitgliedstaaten *eindringlich nahe*, bei der Umsetzung der in Ziffer 1 genannten Maßnahmen sicherzustellen, dass falsche, gefälschte, gestohlene und verlorene Reisepässe und sonstige Reisedokumente so bald wie möglich im Einklang mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten für ungültig erklärt und aus dem Verkehr gezogen werden, und mit den anderen Mitgliedstaaten über die INTERPOL-Datenbank Informationen über diese Dokumente auszutauschen;

48. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten in ihren nationalen Datenbanken befindliche Informationen über falsche, gefälschte, gestohlene und verlorene Identitäts- oder Reisedokumente, die ihrer Zuständigkeit unterliegen, mit dem Privatsektor auszutauschen und dem Ausschuss diesbezügliche Informationen zu übermitteln, wenn sich herausstellt, dass eine auf der Liste stehende Partei eine falsche Identität benutzt, um sich beispielsweise Kredit oder falsche Reisedokumente zu verschaffen;

49. *bestätigt*, dass eine Angelegenheit nicht länger als sechs Monate bei dem Ausschuss anhängig sein soll, es sei denn, der Ausschuss entscheidet im Einzelfall, dass die Prüfung aufgrund außergewöhnlicher Umstände zusätzliche Zeit erfordert, im Einklang mit den Richtlinien des Ausschusses;

50. *bittet* die vorschlagenden Staaten, dem Überwachungsteam mitzuteilen, ob der Fall einer Person von einem einzelstaatlichen Gericht oder einer anderen Justizbehörde geprüft wurde und ob ein Gerichtsverfahren eingeleitet wurde, und bei der Einreichung ihres Standardformulars für Listeneinträge alle weiteren sachdienlichen Angaben darin aufzunehmen;

51. *ersucht* den Ausschuss, den Mitgliedstaaten auf Antrag über das Überwachungsteam oder über die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten zur wirksameren Umsetzung der Maßnahmen bereitzustellen;

Koordinierung und Kontaktarbeit

52. *erklärt erneut*, dass die laufende Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss, dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1373 (2001) betreffend Terrorismusbekämpfung (Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus) und dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 (2004) sowie ihren jeweiligen Sachverständigengruppen verbessert werden muss, namentlich und je nach Bedarf durch verstärkten Informationsaustausch und die Koordinierung der Besuche von Ländern, die unter ihr jeweiliges Mandat fallen, der Erleichterung und Überwachung der technischen Hilfe, der Beziehun-

gen zu internationalen und regionalen Organisationen und Stellen sowie in sonstigen für alle drei Ausschüsse maßgeblichen Fragen, bekundet seine Absicht, den Ausschüssen auf den Gebieten von gemeinsamem Interesse Anleitung zu geben, damit ihre Maßnahmen besser koordiniert werden und ihre Zusammenarbeit erleichtert wird, und ersucht den Generalsekretär, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Sachverständigengruppen so bald wie möglich an einem gemeinsamen Standort untergebracht werden können;

53. *ermutigt* das Überwachungsteam und das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, ihre gemeinsamen Tätigkeiten in Zusammenarbeit mit dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und den Sachverständigen des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004) fortzusetzen und den Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach den einschlägigen Resolutionen behilflich zu sein, unter anderem auch durch die Veranstaltung regionaler und subregionaler Arbeitstagungen;

54. *ersucht* den Ausschuss, gegebenenfalls Besuche ausgewählter Länder durch den Vorsitzenden und/oder Mitglieder des Ausschusses zu erwägen, um die vollständige und wirksame Umsetzung der in Ziffer 1 genannten Maßnahmen zu fördern, mit dem Ziel, die Staaten zur vollständigen Befolgung dieser Resolution und der Resolutionen 1267 (1999), 1333 (2000), 1390 (2002), 1455 (2003), 1526 (2004), 1617 (2005), 1735 (2006), 1822 (2008) und 1904 (2009) zu ermutigen;

55. *ersucht* den Ausschuss *außerdem*, über seinen Vorsitzenden dem Rat mindestens alle einhundertachtzig Tage über den Stand der allgemeinen Arbeit des Ausschusses und des Überwachungsteams mündlich Bericht zu erstatten, gegebenenfalls in Verbindung mit den Berichten der Vorsitzenden des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004), und ersucht ferner den Vorsitzenden, regelmäßige Unterrichtungen für alle interessierten Mitgliedstaaten abzuhalten;

Überwachungsteam

56. *beschließt*, zur Unterstützung des Ausschusses bei der Erfüllung seines Mandats sowie zur Unterstützung der Ombudsperson das Mandat des derzeitigen, nach Ziffer 7 der Resolution 1526 (2004) eingesetzten Überwachungsteams mit Sitz in New York und seiner Mitglieder unter der Leitung des Ausschusses und mit den in Anlage I dieser Resolution beschriebenen Aufgaben um einen weiteren Zeitraum von achtzehn Monaten zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, die dafür notwendigen Vorkehrungen zu treffen;

57. *weist* das Überwachungsteam *an*, die Verfahren des Ausschusses für die Gewährung von Ausnahmen nach Resolution 1452 (2002) zu überprüfen und Empfehlungen dazu abzugeben, wie der Ausschuss den Prozess für die Gewährung solcher Ausnahmen verbessern kann;

58. *weist* das Überwachungsteam *außerdem an*, den Ausschuss über Fälle von Nichteinhaltung der in dieser Resolution verhängten Maßnahmen unterrichtet zu halten, und weist das Überwachungsteam ferner an, dem Ausschuss Empfehlungen zum Vorgehen gegen solche Nichteinhaltungen vorzulegen;

Überprüfungen

59. *beschließt*, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen in achtzehn Monaten oder bei Bedarf auch früher im Hinblick auf ihre mögliche weitere Stärkung zu überprüfen;

60. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6557. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Anlage I

Im Einklang mit Ziffer 56 dieser Resolution ist das Überwachungsteam unter der Leitung des Ausschusses tätig und hat die folgenden Aufgaben:

a) dem Ausschuss zwei umfassende, unabhängige schriftliche Berichte über die Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten vorzulegen, den ersten bis zum 31. März 2012 und den zweiten bis zum 31. Oktober 2012, und in diese Berichte konkrete Empfehlungen für die bessere Umsetzung der Maßnahmen sowie für mögliche neue Maßnahmen aufzunehmen;

b) der Ombudsperson bei der Durchführung ihres in Anlage II dieser Resolution festgelegten Mandats behilflich zu sein;

c) dem Ausschuss bei der regelmäßigen Überprüfung der Namen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste behilflich zu sein, namentlich durch die Durchführung von Reisen und durch Kontakte mit den Mitgliedstaaten zur Aufbereitung der Unterlagen des Ausschusses über die Tatsachen und Umstände im Zusammenhang mit einem Listeneintrag;

d) die gemäß Ziffer 6 der Resolution 1455 (2003) vorgelegten Berichte, die nach Ziffer 10 der Resolution 1617 (2005) vorgelegten Prüflisten und die sonstigen dem Ausschuss auf seine Anweisung von den Mitgliedstaaten vorgelegten Informationen zu analysieren;

e) dem Ausschuss dabei behilflich zu sein, an Mitgliedstaaten gerichtete Informationsersuchen weiterzuverfolgen, unter anderem auch in Bezug auf die Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen;

f) dem Ausschuss ein umfassendes Arbeitsprogramm zur Überprüfung und gegebenenfalls Genehmigung vorzulegen, in dem das Überwachungsteam die von ihm vorgesehenen Tätigkeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben im Detail aufführt, einschließlich geplanter Reisen, in enger Abstimmung mit dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und der Sachverständigengruppe des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004), um Doppelarbeit zu vermeiden und Synergien stärker zu nutzen;

g) mit dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und der Sachverständigengruppe des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004) eng zusammenzuarbeiten und Informationen mit ihnen auszutauschen, um Konvergenzbereiche und Überschneidungen zu ermitteln und die konkrete Koordinierung zwischen den drei Ausschüssen, einschließlich in der Berichterstattung, erleichtern zu helfen;

h) an allen einschlägigen Aktivitäten im Rahmen der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus[223] aktiv mitzuwirken und diese zu unterstützen, einschließlich im Rahmen des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung, der eingerichtet wurde, um die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus, insbesondere über seine entsprechenden Arbeitsgruppen, zu gewährleisten;

i) dem Ausschuss bei der Analyse von Fällen der Nichteinhaltung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen behilflich zu sein, indem es die von den Mitgliedstaaten eingeholten Informationen zusammenstellt und Fallstudien vorlegt, sowohl auf eigene Initiative als auch auf Ersuchen des Ausschusses, damit dieser sie prüft;

j) dem Ausschuss Empfehlungen vorzulegen, welche die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen und bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für weitere Aufnahmen in die Al-Qaida-Sanktionsliste heranziehen könnten;

k) dem Ausschuss bei der Prüfung der Vorschläge zur Aufnahme in die Liste behilflich zu sein, namentlich indem es Informationen, die für den Aufnahmevorschlag von

Belang sind, zusammenstellt und an den Ausschuss übermittelt und einen Entwurf der in Ziffer 16 dieser Resolution genannten Zusammenfassung der Gründe erarbeitet;

l) den Ausschuss auf neue oder beachtenswerte Umstände aufmerksam zu machen, die eine Streichung von der Liste rechtfertigen können, wie etwa veröffentlichte Informationen über eine Person, die verstorben ist;

m) vor Reisen in bestimmte Mitgliedstaaten auf der Grundlage seines vom Ausschuss genehmigten Arbeitsprogramms die Mitgliedstaaten zu konsultieren;

n) gegebenenfalls in Abstimmung und Zusammenarbeit mit der nationalen Koordinierungsstelle zur Bekämpfung des Terrorismus oder einem ähnlichen Koordinierungsorgan in dem besuchten Land vorzugehen;

o) die Mitgliedstaaten zu ermutigen, Namen und zusätzliche Identifizierungsangaben für die Aufnahme in die Al-Qaida-Sanktionsliste vorzulegen, gemäß den Anweisungen des Ausschusses;

p) dem Ausschuss zusätzliche Identifizierungs- und sonstige Angaben vorzulegen, um ihm bei seinen Anstrengungen, die Al-Qaida-Sanktionsliste so aktuell und genau wie möglich zu halten, behilflich zu sein;

q) den sich wandelnden Charakter der von Al-Qaida ausgehenden Bedrohung und die besten Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung zu untersuchen, unter anderem auch durch Einleitung eines Dialogs mit maßgeblichen akademischen Experten und Einrichtungen im Benehmen mit dem Ausschuss, und dem Ausschuss darüber Bericht zu erstatten;

r) Informationen über die Umsetzung der Maßnahmen, einschließlich der Maßnahme in Ziffer 1 *a*) dieser Resolution in Bezug auf die Verhütung des verbrecherischen Missbrauchs des Internets durch Al-Qaida sowie die anderen mit ihr verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, zusammenzustellen, auszuwerten, zu überwachen, darüber Bericht zu erstatten und Empfehlungen abzugeben, gegebenenfalls Fallstudien durchzuführen und alle anderen einschlägigen Fragen entsprechend den Anweisungen des Ausschusses eingehend zu untersuchen;

s) die Mitgliedstaaten und andere einschlägige Organisationen zu konsultieren, namentlich im Rahmen eines regelmäßigen Dialogs mit Vertretern in New York und in den Hauptstädten, unter Berücksichtigung ihrer Stellungnahmen, insbesondere in Bezug auf Fragen, die in den unter Buchstabe *a*) dieser Anlage genannten Berichten des Überwachungsteams enthalten sein könnten;

t) Konsultationen mit den Geheim- und Sicherheitsdiensten der Mitgliedstaaten zu führen, namentlich auch im Rahmen regionaler Foren, um den Informationsaustausch zu erleichtern und die Durchsetzung der Maßnahmen zu stärken;

u) Konsultationen mit den in Betracht kommenden Vertretern des Privatsektors, einschließlich Finanzinstituten, zu führen, um Erkenntnisse über die praktische Umsetzung der Einfrierung der Vermögenswerte zu gewinnen und Empfehlungen zur Stärkung dieser Maßnahme zu erarbeiten;

v) mit den zuständigen internationalen und regionalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um die Maßnahmen besser bekannt zu machen und ihre Einhaltung zu fördern;

w) dem Ausschuss dabei behilflich zu sein, den Mitgliedstaaten auf Antrag Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten zur besseren Umsetzung der Maßnahmen bereitzustellen;

x) mit der INTERPOL und den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um Fotografien der auf der Liste stehenden Personen für die mögliche Aufnahme in die Besonderen Ausschreibungen der INTERPOL zu beschaffen;

y) anderen Nebenorganen des Sicherheitsrats und deren Sachverständigengruppen auf Ersuchen dabei behilflich zu sein, ihre Zusammenarbeit mit der INTERPOL zu verstärken, wie in Resolution 1699 (2006) vorgesehen;

z) dem Ausschuss regelmäßig oder auf dessen Ersuchen im Rahmen mündlicher und/oder schriftlicher Unterrichtungen über die Arbeit des Überwachungsteams, einschließlich seiner Besuche von Mitgliedstaaten und seiner Tätigkeiten, Bericht zu erstatten;

aa) dem Ausschuss innerhalb von neunzig Tagen einen schriftlichen Bericht und Empfehlungen zu den Verbindungen zwischen Al-Qaida und den Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen vorzulegen, die für eine Aufnahme in die Liste nach Ziffer 1 der Resolution 1988 (2011) in Betracht kommen, unter besonderer Berücksichtigung der Einträge, die sowohl in der Al-Qaida-Sanktionsliste als auch in der 1988-Liste geführt werden, und diese Berichte und Empfehlungen danach regelmäßig vorzulegen; und

bb) alle sonstigen vom Ausschuss festgelegten Aufgaben wahrzunehmen.

Anlage II

Im Einklang mit Ziffer 21 dieser Resolution ist das Büro der Ombudsperson ermächtigt, nach Erhalt eines Antrags auf Streichung von der Liste, der von einer Person, einer Gruppe, einem Unternehmen oder einer Einrichtung auf der Al-Qaida-Sanktionsliste oder in deren Namen oder von deren Rechtsvertreter oder Rechtsnachfolger („Antragsteller“) vorgelegt wird, die nachstehenden Aufgaben wahrzunehmen.

Der Sicherheitsrat erinnert daran, dass es Mitgliedstaaten nicht gestattet ist, Streichungsanträge im Namen einer Person, einer Gruppe, eines Unternehmens oder einer Einrichtung an das Büro der Ombudsperson zu richten.

Sammlung von Informationen (vier Monate)

1. Sobald bei der Ombudsperson ein Antrag auf Streichung von der Liste eingeht,

a) bestätigt sie dem Antragsteller den Erhalt des Streichungsantrags;

b) unterrichtet sie den Antragsteller über das allgemeine Verfahren für die Bearbeitung von Streichungsanträgen;

c) beantwortet sie konkrete Fragen des Antragstellers über die Verfahren des Ausschusses;

d) unterrichtet sie den Antragsteller, falls der Antrag nicht angemessen auf die ursprünglichen, in Ziffer 4 dieser Resolution festgelegten Kriterien für die Aufnahme in die Liste eingeht, und verweist den Antrag an den Antragsteller zurück, damit dieser ihn nochmals prüft; und

e) prüft sie, ob es sich um einen neuen oder einen wiederholten Antrag handelt, und verweist den Antrag, wenn es sich um einen wiederholten Antrag an die Ombudsperson handelt und er keine zusätzlichen Informationen enthält, an den Antragsteller zurück, damit dieser ihn nochmals prüft.

2. Die Ombudsperson leitet Streichungsanträge, die nicht an den Antragsteller zurückverwiesen werden, umgehend an die Mitglieder des Ausschusses, den vorschlagenden Staat/die vorschlagenden Staaten, den Staat/die Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit oder -zugehörigkeit oder der Gründung, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und alle anderen Staaten weiter, bei denen es die Ombudsperson für zweckmäßig hält. Die Ombudsperson bittet diese Staaten oder zuständigen Organe der Vereinten Nationen, innerhalb von vier Monaten alle sachdienlichen Zusatzinformationen vorzulegen, die für den Streichungsantrag von Belang sind. Die Ombudsperson kann mit diesen Staaten in Dialog treten, um Folgendes zu ermitteln:

a) die Meinungen dieser Staaten dazu, ob dem Streichungsantrag stattgegeben werden soll; und

b) Informationen, Fragen oder Bitten um Klarstellung, die diese Staaten dem Antragsteller in Bezug auf den Streichungsantrag zu übermitteln wünschen, einschließlich vom Antragsteller beizubringender Informationen oder gegebenenfalls zu ergreifender Maßnahmen zur Klarstellung des Streichungsantrags.

3. Die Ombudsperson leitet den Streichungsantrag außerdem umgehend an das Überwachungsteam weiter, das der Ombudsperson innerhalb von vier Monaten Folgendes vorlegt:

a) alle dem Überwachungsteam zur Verfügung stehenden Informationen, die für den Streichungsantrag von Belang sind, einschließlich Gerichtsentscheidungen und -verfahren, Medienberichten und Informationen, die die Staaten oder die zuständigen internationalen Organisationen dem Ausschuss oder dem Überwachungsteam zuvor zugeleitet haben;

b) auf Tatsachen gestützte Bewertungen der vom Antragsteller vorgelegten Informationen, die für den Streichungsantrag von Belang sind; und

c) Fragen oder Bitten um Klarstellung in Bezug auf den Streichungsantrag, die dem Antragsteller auf Wunsch des Überwachungsteams übermittelt werden sollen.

4. Am Ende dieses Viermonatszeitraums der Informationssammlung legt die Ombudsperson dem Ausschuss einen schriftlichen Bericht über die bis dahin erzielten Fortschritte vor, einschließlich Einzelheiten darüber, welche Staaten Informationen geliefert haben. Die Ombudsperson kann diesen Zeitraum einmal um bis zu zwei Monate verlängern, wenn sie zu der Einschätzung gelangt, dass mehr Zeit für das Sammeln der Informationen benötigt wird, wobei sie Ersuchen der Mitgliedstaaten um zusätzliche Zeit zur Beschaffung von Informationen gebührend berücksichtigt.

Dialog (zwei Monate)

5. Nach Abschluss der Phase der Informationssammlung moderiert die Ombudsperson einen zwei Monate währenden Austausch, der auch den Dialog mit dem Antragsteller einschließen kann. Unter gebührender Berücksichtigung der Ersuchen um zusätzliche Zeit kann die Ombudsperson diesen Zweimonatszeitraum einmal um bis zu zwei Monate verlängern, wenn sie zu der Einschätzung gelangt, dass mehr Zeit für den Austausch und für die Ausarbeitung des in Ziffer 7 beschriebenen umfassenden Berichts benötigt wird. Die Ombudsperson kann diesen Zeitraum verkürzen, wenn nach ihrer Einschätzung weniger Zeit erforderlich ist.

6. Während dieser Phase des Austauschs

a) kann die Ombudsperson Fragen an den Antragsteller richten oder zusätzliche Informationen oder Klarstellungen anfordern, die dem Ausschuss bei der Prüfung des Antrags helfen können, einschließlich Fragen oder Informationsersuchen, die seitens der entsprechenden Staaten, des Ausschusses und des Überwachungsteams eingegangen sind;

b) soll die Ombudsperson von dem Antragsteller eine unterzeichnete Erklärung verlangen, in der dieser erklärt, dass er keine Verbindung mit Al-Qaida oder einer ihrer Zellen, Unterorganisationen, Splittergruppen oder Ableger unterhält, und sich verpflichtet, auch in Zukunft keine Verbindung mit Al-Qaida einzugehen;

c) soll die Ombudsperson nach Möglichkeit mit dem Antragsteller zusammentreffen;

d) leitet die Ombudsperson die Antworten des Antragstellers an die entsprechenden Staaten, den Ausschuss und das Überwachungsteam weiter und richtet bei unvollständigen Antworten Nachfragen an den Antragsteller;

e) stimmt sich die Ombudsperson mit den Staaten, dem Ausschuss und dem Überwachungsteam hinsichtlich weiterer Anfragen des Antragstellers oder Antworten an diesen ab;

f) während der Phase der Sammlung von Informationen oder des Dialogs kann die Ombudsperson von einem Staat vorgelegte Informationen, einschließlich seines Standpunkts in Bezug auf den Streichungsantrag, an die entsprechenden Staaten weitergeben, wenn der Staat, der die Informationen vorgelegt hat, zustimmt;

g) während der Phase der Sammlung von Informationen und des Dialogs sowie bei der Erstellung des Berichts legt die Ombudsperson Informationen, die ein Staat auf Vertraulichkeitsbasis übermittelt hat, nur dann offen, wenn dieser Staat schriftlich seine ausdrückliche Zustimmung erteilt hat; und

h) während der Phase des Dialogs zieht die Ombudsperson die Auffassungen der vorschlagenden Staaten sowie anderer Mitgliedstaaten, die sachdienliche Informationen vorlegen, insbesondere derjenigen Mitgliedstaaten, die von den Handlungen oder Verbindungen, die zu dem ursprünglichen Aufnahmevorschlag führten, am meisten betroffen sind, ernsthaft in Erwägung.

7. Nach Abschluss der beschriebenen Phase des Austauschs erarbeitet die Ombudsperson mit Hilfe des Überwachungsteams einen umfassenden Bericht, den sie dem Ausschuss zuleitet; dieser Bericht enthält ausschließlich

a) eine Zusammenfassung aller der Ombudsperson zur Verfügung stehenden Informationen, die für den Streichungsantrag von Belang sind, gegebenenfalls unter Nennung der Quellen. In dem Bericht wird die Vertraulichkeit einzelner Teile der Kommunikationen zwischen den Mitgliedstaaten und der Ombudsperson gewahrt;

b) eine Beschreibung der Tätigkeiten der Ombudsperson in Bezug auf den Streichungsantrag, einschließlich des Dialogs mit dem Antragsteller; und

c) auf der Grundlage einer Analyse aller der Ombudsperson zur Verfügung stehenden Informationen und der Empfehlung der Ombudsperson eine Darlegung der wichtigsten Argumente in Bezug auf den Streichungsantrag für den Ausschuss.

Aussprache im Ausschuss

8. Nachdem der Ausschuss fünfzehn Tage Zeit zur Prüfung des umfassenden Berichts in allen Amtssprachen der Vereinten Nationen zur Verfügung hatte, setzt der Vorsitzende des Ausschusses den Streichungsantrag zur Prüfung auf die Tagesordnung des Ausschusses.

9. Bei der Prüfung des Streichungsantrags durch den Ausschuss stellt die Ombudsperson, gegebenenfalls mit Hilfe des Überwachungsteams, den umfassenden Bericht persönlich vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder zu dem Antrag.

10. Der Ausschuss schließt die Prüfung des umfassenden Berichts spätestens dreißig Tage nach dem Datum seiner Vorlage an ihn ab.

11. Empfiehlt die Ombudsperson die Aufrechterhaltung der Listung, bleibt die Verpflichtung der Staaten, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf die betreffenden Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen in Kraft, es sei denn, ein Ausschussmitglied stellt einen Antrag auf Streichung von der Liste, den der Ausschuss nach seinen normalen Konsensverfahren prüft.

12. Empfiehlt die Ombudsperson dem Ausschuss, die Streichung von der Liste zu prüfen, so erlischt die Verpflichtung der Staaten, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf die betreffenden Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen sechzig Tage nach dem Datum, an dem der Ausschuss die Prüfung des umfassenden Berichts der Ombudsperson im Einklang mit dieser Anlage, insbesondere Ziffer 6 *h*), abschließt, es sei denn, der Ausschuss beschließt vor Ablauf dieses Zeitraums von sechzig

Tagen im Konsens, dass die Verpflichtung in Bezug auf diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen in Kraft bleibt, mit der Maßgabe, dass der Vorsitzende in Fällen, in denen kein Konsens besteht, auf Antrag eines Ausschussmitglieds die Frage der Streichung dieser Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen von der Liste an den Sicherheitsrat zur Beschlussfassung innerhalb von sechzig Tagen überweist, und mit der weiteren Maßgabe, dass im Falle eines solchen Antrags die Verpflichtung der Staaten, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen für den genannten Zeitraum in Kraft bleibt, bis die Frage vom Rat entschieden wurde.

13. Beschließt der Ausschuss, den Streichungsantrag abzulehnen, übermittelt er der Ombudsperson seinen Beschluss unter Angabe seiner Gründe und aller weiteren einschlägigen Informationen über den Beschluss des Ausschusses sowie eine aktualisierte Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste.

14. Nachdem der Ausschuss die Ombudsperson von seiner Ablehnung des Streichungsantrags unterrichtet hat, sendet die Ombudsperson dem Antragsteller, mit Vorabkopie an den Ausschuss, innerhalb von fünfzehn Tagen ein Schreiben, in dem sie

a) ihm den Beschluss des Ausschusses über die Beibehaltung der Listung mitteilt;

b) soweit möglich und unter Heranziehung des umfassenden Berichts der Ombudsperson das Verfahren und die von der Ombudsperson gesammelten veröffentlichungsfähigen Sachinformationen beschreibt; und

c) alle der Ombudsperson nach Ziffer 13 vom Ausschuss zur Verfügung gestellten Informationen über den Beschluss weiterleitet.

15. Die Ombudsperson achtet in allen Kommunikationen mit dem Antragsteller die Vertraulichkeit der Beratungen des Ausschusses und der vertraulichen Kommunikationen zwischen der Ombudsperson und den Mitgliedstaaten.

Sonstige Aufgaben des Büros der Ombudsperson

16. Die Ombudsperson nimmt zusätzlich die folgenden Aufgaben wahr:

a) Sie übermittelt veröffentlichungsfähige Informationen über die Verfahren des Ausschusses, einschließlich seiner Richtlinien, Kurzinformationen und sonstiger vom Ausschuss erarbeiteter Unterlagen;

b) sie unterrichtet Personen oder Einrichtungen, deren Adresse bekannt ist, über den Status ihres Listeneintrags, nachdem das Sekretariat die Ständige Vertretung des Staates oder der Staaten gemäß Ziffer 19 dieser Resolution offiziell benachrichtigt hat; und

c) sie legt dem Sicherheitsrat halbjährliche Berichte vor, in denen die Tätigkeiten der Ombudsperson zusammenfassend dargestellt werden.

Beschlüsse

Auf seiner 6565. Sitzung am 24. Juni 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen

Unterrichtung durch den Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Juri Fedotow, den Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

UNTERRICHTUNGEN DURCH DIE VORSITZENDEN DER NEBENORGANE DES SICHERHEITSRATS[235]

Beschlüsse

Auf seiner 6424. Sitzung am 15. November 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, der Arabischen Republik Syrien, Indiens, Irans (Islamische Republik), Israels, Kubas, Marokkos, Norwegens, Pakistans, der Philippinen, Spaniens, Sri Lankas und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Unterrichtungen durch die Vorsitzenden der Nebenorgane des Sicherheitsrats" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 10. November 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6457. Sitzung am 20. Dezember 2010 behandelte der Rat den Punkt „Unterrichtungen durch die Vorsitzenden der Nebenorgane des Sicherheitsrats".

Auf seiner 6536. Sitzung am 16. Mai 2011 beschloss der Rat, die Vertreter der Arabischen Republik Syrien, Costa Ricas, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Israels, Japans, Kubas, Marokkos, Pakistans, der Schweiz, Spaniens, der Türkei und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Unterrichtungen durch die Vorsitzenden der Nebenorgane des Sicherheitsrats" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

DIE SITUATION IN CÔTE D'IVOIRE[235]

Beschlüsse

Am 17. September 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[236]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 14. September 2010 betreffend die Erhöhung der Zahl des genehmigten Militär- und Polizeipersonals der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire für einen begrenzten Zeitraum vor und nach den Wahlen in Côte d'Ivoire[237] den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben enthaltenen Information Kenntnis und billigen die darin dargelegte Vorgehensweise."

Auf seiner 6393. Sitzung am 29. September 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

---

[235] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2002 verabschiedet.

[236] S/2010/486.

[237] S/2010/485.

Schreiben des Generalsekretärs vom 14. September 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/485)

Schreiben des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 17. September 2010 an den Generalsekretär (S/2010/486)

Schreiben des Generalsekretärs vom 23. September 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/493)“.

Resolution 1942 (2010) vom 29. September 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine frühere Resolution 1933 (2010) vom 30. Juni 2010 betreffend Côte d’Ivoire und, im Einklang mit ihrer Ziffer 20, unter Hinweis auf seine Absicht, für einen begrenzten Zeitraum vor und nach den Wahlen eine Erhöhung der Zahl des genehmigten Militär- und Polizeipersonals um insgesamt bis zu 500 zusätzliche Kräfte zu erwägen,

sowie unter Hinweis auf das Schreiben des Generalsekretärs vom 14. September 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[237], in dem der Generalsekretär eine vorübergehende Erhöhung des genehmigten Militär- und Polizeipersonals der Operation der Vereinten Nationen in Côte d’Ivoire von 8.650 auf 9.150 Kräfte empfahl,

ferner unter Hinweis auf das Schreiben des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 17. September 2010 an den Generalsekretär[236], in dem der Rat die im genannten Schreiben des Generalsekretärs dargelegte Vorgehensweise billigte,

Kenntnis nehmend von der Erstellung des endgültigen Wählerverzeichnisses, auf das sich die ivorischen Parteien am 6. September 2010 geeinigt haben, sowie davon Kenntnis nehmend, dass dieses Wählerverzeichnis, wie im Schreiben des Generalsekretärs vom 23. September 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[238] angekündigt, vom Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d’Ivoire am 24. September 2010 in Abidjan bestätigt wurde,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, entsprechend der Empfehlung des Generalsekretärs in seinem Schreiben vom 14. September 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[237] eine vorübergehende Erhöhung des genehmigten Militär- und Polizeipersonals der Operation der Vereinten Nationen in Côte d’Ivoire von 8.650 auf 9.150 Kräfte zu genehmigen;

2. *genehmigt* die sofortige Entsendung dieser zusätzlichen Kapazitäten für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten;

3. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6393. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6402. Sitzung am 15. Oktober 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Côte d’Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Côte d’Ivoire“ teilzunehmen.

[238] S/2010/493.

Resolution 1946 (2010) vom 15. Oktober 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Côte d'Ivoire, insbesondere die Resolutionen 1880 (2009) vom 30. Juli 2009, 1893 (2009) vom 29. Oktober 2009, 1911 (2010) vom 28. Januar 2010 und 1933 (2010) vom 30. Juni 2010,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Côte d'Ivoires und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der regionalen Zusammenarbeit,

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs vom 20. Mai 2010[239] und von den am 7. Oktober 2009[240] und 9. April 2010[241] übermittelten Berichten der Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire,

nachdrücklich darauf hinweisend, dass die mit den Resolutionen 1572 (2004) vom 15. November 2004 und 1643 (2005) vom 15. Dezember 2005 verhängten Maßnahmen auch weiterhin zur Stabilität Côte d'Ivoires beitragen, insbesondere im Kontext der geplanten Präsidentschaftswahlen, und betonend, dass diese Maßnahmen darauf abzielen, den Friedensprozess in Côte d'Ivoire zu unterstützen,

unter Begrüßung der Schlussfolgerungen des jüngsten Treffens des Ständigen Konsultationsrahmens, das am 21. September 2010 in Ouagadougou unter der Ägide des Moderators, des Präsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré, abgehalten wurde, sowie unter Begrüßung der Erstellung und der Bestätigung des Wählerverzeichnisses, davon Kenntnis nehmend, dass die ivorischen Akteure die Verpflichtung eingegangen sind, die erste Runde der Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober 2010 abzuhalten, und sie nachdrücklich auffordernd, dafür zu sorgen, dass die Wahlen wie geplant stattfinden, und diesen Wahlprozess unter offenen, freien, fairen und transparenten Bedingungen innerhalb des von der Unabhängigen Wahlkommission festgelegten Zeitrahmens abzuschließen,

besorgt feststellend, dass trotz der nachhaltigen Verbesserung der allgemeinen Menschenrechtslage nach wie vor in verschiedenen Teilen des Landes Fälle von Verletzungen der Menschenrechte und Verstößen gegen das humanitäre Recht, einschließlich sexueller Gewalthandlungen, gegenüber Zivilpersonen gemeldet werden, betonend, dass die Täter vor Gericht gestellt werden müssen, in erneuter Bekräftigung seiner nachdrücklichen Verurteilung aller Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in Côte d'Ivoire und unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

feststellend, dass die Situation in Côte d'Ivoire nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

---

[239] S/2010/245.

[240] Siehe S/2009/521.

[241] Siehe S/2010/179, Anlage.

1. *beschließt*, die Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter und die Maßnahmen betreffend Finanzen und Reisen, die mit den Ziffern 7 bis 12 der Resolution 1572 (2004) verhängt wurden, und die Maßnahmen, die mit Ziffer 6 der Resolution 1643 (2005) verhängt wurden, um alle Staaten an der Einfuhr von Rohdiamanten aus Côte d'Ivoire zu hindern, bis zum 30. April 2011 zu verlängern;

2. *beschließt außerdem*, die in Ziffer 1 verlängerten Maßnahmen im Lichte der im Rahmen des Wahlprozesses und bei der Verwirklichung der Schlüsseletappen des Friedensprozesses erzielten Fortschritte, wie in der Resolution 1933 (2010) erwähnt, vor Ablauf des in Ziffer 1 genannten Zeitraums zu überprüfen, und beschließt ferner, während des in Ziffer 1 genannten Zeitraums spätestens drei Monate nach der Abhaltung offener, freier, fairer und transparenter Präsidentschaftswahlen im Einklang mit internationalen Standards eine Überprüfung der in Ziffer 1 verlängerten Maßnahmen im Hinblick auf eine mögliche Abänderung, Aufhebung oder Beibehaltung des Sanktionsregimes nach Maßgabe der im Rahmen des Friedensprozesses erzielten Fortschritte durchzuführen;

3. *fordert* die ivorischen Parteien des Politischen Abkommens von Ouagadougou[242] und alle Staaten, insbesondere die Staaten der Subregion, *auf*, die in Ziffer 1 verlängerten Maßnahmen vollständig durchzuführen, gegebenenfalls auch durch den Erlass der erforderlichen Vorschriften und Regeln, fordert außerdem die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire auf, im Rahmen ihrer Kapazitäten und ihres Mandats ihre volle Unterstützung zu gewähren, und fordert ferner die französischen Truppen auf, innerhalb der Grenzen ihres Einsatzes und ihrer Kapazität die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire dabei zu unterstützen;

4. *verlangt*, dass die ivorischen Parteien des Politischen Abkommens von Ouagadougou, vor allem die ivorischen Behörden, insbesondere der ursprünglich gemäß Ziffer 7 der Resolution 1584 (2005) vom 1. Februar 2005 eingesetzten Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire ungehinderten Zugang zu den in Ziffer 2 *a*) der Resolution 1584 (2005) genannten Ausrüstungen, Orten und Anlagen und zu allen Waffen, Munitionsbeständen und sonstigem Wehrmaterial, gleichviel wo sich diese befinden, auch zu den von Einheiten der Republikanischen Garde kontrollierten, gewähren, nach Bedarf ohne Vorankündigung, und verlangt ferner, dass sie zu denselben Bedingungen der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire Zugang gewähren, damit diese ihr Mandat durchführen kann, sowie den sie unterstützenden französischen Truppen, wie in den Resolutionen 1739 (2007) vom 10. Januar 2007, 1880 (2009) und 1933 (2010) festgelegt;

5. *beschließt* im Einklang mit Ziffer 27 der Resolution 1933 (2010) und zusätzlich zu den Bestimmungen der Ziffer 8 der Resolution 1572 (2004), dass das Waffenembargo keine Anwendung auf Lieferungen nichtletalen militärischen Geräts findet, das ausschließlich dazu bestimmt ist, die ivorischen Sicherheitskräfte zu befähigen, bei der Wahrung der öffentlichen Ordnung nur in angemessener und verhältnismäßiger Weise Gewalt einzusetzen, wie von dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) im Voraus genehmigt;

6. *unterstreicht*, dass er uneingeschränkt bereit ist, gezielte Maßnahmen gegen die von dem Ausschuss im Einklang mit den Ziffern 9, 11 und 14 der Resolution 1572 (2004) benannten Personen zu verhängen, von denen unter anderem festgestellt wird,

a) dass sie eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses in Côte d'Ivoire darstellen, insbesondere indem sie die Durchführung des in dem Politischen Abkommen von Ouagadougou erwähnten Friedensprozesses behindern;

b) dass sie die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, die sie unterstützenden französischen Truppen, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte

[242] S/2007/144, Anlage.

d'Ivoire, den Moderator oder seinen Sonderbeauftragten in Côte d'Ivoire angreifen oder ihre Tätigkeit behindern;

c) dass sie für Behinderungen der Bewegungsfreiheit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der sie unterstützenden französischen Truppen verantwortlich sind;

d) dass sie für schwere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in Côte d'Ivoire verantwortlich sind;

e) dass sie öffentlich zu Hass und Gewalt aufstacheln;

f) dass sie gegen die mit Ziffer 7 der Resolution 1572 (2004) verhängten Maßnahmen verstoßen;

7. *nimmt mit Besorgnis Kenntnis* von den Medienbeobachtungsberichten der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, aus denen hervorgeht, dass bestimmte Medien zu Gewalt und einer Wiederaufnahme des innerstaatlichen Konflikts aufstacheln, und betont, dass er nach wie vor bereit ist, Sanktionen gegen diejenigen zu verhängen, die den Wahlprozess, insbesondere die Tätigkeit der Unabhängigen Wahlkommission und aller anderen beteiligten Stellen, und die Bekanntmachung und die Bestätigung der Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, behindern;

8. *ersucht* alle beteiligten Staaten, insbesondere die Staaten der Subregion, mit dem Ausschuss uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, und ermächtigt den Ausschuss, alle weiteren Informationen anzufordern, die er für notwendig erachtet;

9. *beschließt*, das in Ziffer 7 der Resolution 1727 (2006) vom 15. Dezember 2006 festgelegte Mandat der Sachverständigengruppe bis zum 30. April 2011 zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, die erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen;

10. *beschließt außerdem*, dass der in Ziffer 7 *e*) der Resolution 1727 (2006) genannte Bericht gegebenenfalls alle Informationen und Empfehlungen enthalten kann, die bei der möglichen Benennung weiterer Personen und Einrichtungen gemäß der Beschreibung in den Ziffern 9 und 11 der Resolution 1572 (2004) durch den Ausschuss sachdienlich sein könnten, und erinnert ferner an den Bericht der Informellen Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für allgemeine Sanktionsfragen über bewährte Verfahrensweisen und Methoden[243], namentlich seine Ziffern 21, 22 und 23, in denen Möglichkeiten zur Klarstellung methodologischer Standards für Überwachungsmechanismen erörtert werden;

11. *ersucht* die Sachverständigengruppe, dem Rat über den Ausschuss fünfzehn Tage vor Ablauf ihres Mandatszeitraums einen Bericht samt Empfehlungen über die Durchführung der mit den Ziffern 7, 9 und 11 der Resolution 1572 (2004) und Ziffer 6 der Resolution 1643 (2005) verhängten Maßnahmen vorzulegen;

12. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat über den Ausschuss gegebenenfalls Informationen über Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial nach Côte d'Ivoire zu übermitteln, die von der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire gesammelt und nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüft wurden;

13. *ersucht* die Regierung Frankreichs, dem Rat über den Ausschuss gegebenenfalls Informationen über Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial nach Côte d'Ivoire zu übermitteln, die von den französischen Truppen gesammelt und nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüft wurden;

14. *ersucht* den Kimberley-Prozess, dem Rat über den Ausschuss gegebenenfalls Informationen über die Produktion und die unerlaubte Ausfuhr von Diamanten aus Côte

[243] Siehe S/2006/997, Anlage.

d'Ivoire zu übermitteln, die nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüft wurden, und beschließt ferner, die in den Ziffern 16 und 17 der Resolution 1893 (2009) festgelegten Ausnahmeregelungen für die Beschaffung von Rohdiamantenproben für die Zwecke wissenschaftlicher Forschungsarbeiten, die vom Kimberley-Prozess koordiniert werden, zu verlängern;

15. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und andere Organisationen und interessierte Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss, der Sachverständigengruppe, der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und den französischen Truppen uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über mögliche Verstöße gegen die mit den Ziffern 7, 9 und 11 der Resolution 1572 (2004) und Ziffer 6 der Resolution 1643 (2005) verhängten und mit Ziffer 1 dieser Resolution verlängerten Maßnahmen übermitteln, und ersucht ferner die Sachverständigengruppe, ihre Aktivitäten gegebenenfalls mit allen beteiligten Akteuren abzustimmen, um den politischen Prozess in Côte d'Ivoire zu fördern;

16. *fordert* in diesem Zusammenhang alle ivorischen Parteien und alle Staaten, insbesondere die Staaten in der Region, *nachdrücklich auf*, Folgendes zu gewährleisten:

– die Sicherheit der Mitglieder der Sachverständigengruppe;

– den ungehinderten Zugang der Sachverständigengruppe, insbesondere zu Personen, Dokumenten und Orten, damit sie ihr Mandat erfüllen kann;

17. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6402. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6415. Sitzung am 3. November 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2010/537)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Choi Young-Jin, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire und Leiter der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6431. Sitzung am 24. November 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/601)".

Resolution 1951 (2010) vom 24. November 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Côte d'Ivoire und in der Subregion,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats betreffend die für den 28. November 2010 geplante Stichwahl in Côte d'Ivoire[244],

unter Hinweis auf die in den Ziffern 4 bis 6 seiner Resolution 1609 (2005) vom 24. Juni 2005 vorgesehenen Kooperationsvereinbarungen zwischen den Missionen,

eingedenk der Notwendigkeit, die Mission der Vereinten Nationen in Liberia in ihrer Fähigkeit zur Durchführung ihres Mandats zu unterstützen,

feststellend, dass die Situation in Côte d'Ivoire nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, den Generalsekretär zu ermächtigen, für einen Zeitraum von nicht mehr als vier Wochen höchstens 3 Infanteriekompanien und eine aus 2 militärischen Mehrzweckhubschraubern bestehende Lufteinheit vorübergehend von der Mission der Vereinten Nationen in Liberia zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu verlegen;

2. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6431. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6437. Sitzung am 7. Dezember 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

> Sechsundzwanzigster Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2010/600)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Choi Young-Jin, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire und Leiter der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6458. Sitzung am 20. Dezember 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Deutschlands gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

> Sechsundzwanzigster Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2010/600)".

Resolution 1962 (2010)
vom 20. Dezember 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1893 (2009) vom 29. Oktober 2009, 1911 (2010) vom 28. Januar 2010, 1924 (2010) vom 27. Mai 2010, 1933 (2010) vom 30. Juni 2010, 1942 (2010) vom 29. September 2010, 1946 (2010) vom 15. Oktober 2010 und 1951 (2010) vom 24. November 2010, und die

[244] S/2010/601.

Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Côte d'Ivoire sowie seine Resolution 1938 (2010) vom 15. September 2010 über die Situation in Liberia,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Côte d'Ivoires und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der regionalen Zusammenarbeit,

das ivorische Volk dazu *beglückwünschend*, dass es die zwei Runden der Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober und 28. November 2010 abgehalten und sich in überaus großer Zahl und friedlich daran beteiligt hat,

unter entschiedenster Verurteilung der Versuche, den Willen des Volkes zu usurpieren und die Integrität des Wahlprozesses und jegliche Fortschritte im Friedensprozess in Côte d'Ivoire zu untergraben,

mit dem Ausdruck ernster Besorgnis über das Risiko einer Eskalation der Gewalt, unter Hinweis darauf, dass die ivorischen Führer die Hauptverantwortung für die Gewährleistung des Friedens und den Schutz der Zivilbevölkerung in Côte d'Ivoire tragen, und verlangend, dass alle Interessenträger und Konfliktparteien mit größter Zurückhaltung handeln, um ein Wiederaufleben der Gewalt zu verhindern und den Schutz der Zivilpersonen zu gewährleisten,

unter Begrüßung der Beschlüsse der von der Behörde der Staats- und Regierungschefs der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten am 7. Dezember 2010 in Abuja abgehaltenen außerordentlichen Tagung über Côte d'Ivoire und der Beschlüsse der am 9. Dezember 2010 in Addis Abeba abgehaltenen zweihundertzweiundfünfzigsten Sitzung des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union[245],

Kenntnis nehmend von dem am 7. Dezember 2010 getroffenen Beschluss der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, die die Verhängung von Sanktionen betreffenden Bestimmungen des Artikels 45 des Protokolls der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten zu Demokratie und guter Regierungsführung auf Côte d'Ivoire anzuwenden und es insbesondere bis auf weiteres von allen Entscheidungsorganen der Wirtschaftsgemeinschaft zu suspendieren,

sowie Kenntnis nehmend von dem Kommuniqué des Vorsitzenden der Afrikanischen Union vom 6. Dezember 2010 und von dem Beschluss des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 9. Dezember 2010, Côte d'Ivoire von der Beteiligung an allen Aktivitäten der Afrikanischen Union zu suspendieren, bis der demokratisch gewählte Präsident tatsächlich die Staatsgewalt ausübt,

daran erinnernd, dass er das am 4. März 2007 in Ouagadougou unterzeichnete Abkommen („Politisches Abkommen von Ouagadougou")[242] gebilligt und die vier nachfolgenden Zusatzabkommen begrüßt hat,

mit dem Ausdruck seiner Hochachtung für den Präsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré („Moderator"), für dessen entscheidende Rolle zugunsten des Friedensprozesses und der Abhaltung und des Abschlusses der Präsidentschaftswahlen,

mit Lob für die konstruktive Rolle des Generalsekretärs in Côte d'Ivoire und erneut erklärend, dass er den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire bei der Durchführung seines Mandats voll unterstützt,

sowie in Würdigung der anhaltenden Bemühungen der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten um die Förderung von Frieden und Stabilität in Côte d'Ivoire und ihnen erneut seine volle Unterstützung bekundend,

[245] Siehe S/2010/697, Anlage.

betonend, dass der Sicherheitsrat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss und dass ein substanzielles Engagement in dieser Hinsicht mit größerer Wahrscheinlichkeit zu dauerhaftem Frieden führt, wenn die Konfliktparteien ihre Zusagen und Verpflichtungen einhalten, unter Begrüßung der Absicht des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze weiter aufmerksam zu verfolgen, und in Anbetracht der Wichtigkeit einer Eventualplanung,

mit Dank für die laufende Unterstützung der truppen- und polizeistellenden Staaten für den Friedensprozess in Cote d'Ivoire,

eingedenk der missionsübergreifenden Kooperationsvereinbarungen zwischen der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der Mission der Vereinten Nationen in Liberia und der Notwendigkeit, die Mission der Vereinten Nationen in Liberia in ihrer Fähigkeit zur Durchführung ihres Mandats zu unterstützen,

in Bekräftigung seiner nachdrücklichen Verurteilung jedes Versuchs, den Friedensprozess in Côte d'Ivoire zu destabilisieren, insbesondere durch Gewaltanwendung, und seine Absicht bekundend, sich im Falle eines derartigen Versuchs unverzüglich mit der Situation zu befassen,

nach Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs vom 23. November 2010[246],

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

feststellend, dass die Situation in Côte d'Ivoire nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *fordert* alle ivorischen Parteien und Interessenträger *nachdrücklich auf*, den Willen des Volkes und das Wahlergebnis zu achten, in Anbetracht dessen, dass die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und die Afrikanische Union Herrn Alassane Dramane Ouattara als designierten Präsidenten Côte d'Ivoires und als Vertreter des frei geäußerten Willens des ivorischen Volkes, wie er von der Unabhängigen Wahlkommission verkündet wurde, anerkannt haben;

2. *ersucht* den Generalsekretär, auch über seinen Sonderbeauftragten für Côte d'Ivoire, gegebenenfalls den politischen Dialog zwischen den ivorischen Interessenträgern zu erleichtern, um den Frieden in Côte d'Ivoire und die Achtung des von der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Afrikanischen Union anerkannten Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen zu gewährleisten;

3. *beschließt*, das in Resolution 1933 (2010) festgelegte Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire bis zum 30. Juni 2011 zu verlängern;

4. *beschließt außerdem*, dass die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire ihre mit Resolution 1933 (2010) genehmigte Personalstärke von insgesamt 8.650 Kräften, darunter höchstens 7.200 Soldaten und Stabsoffiziere, 192 Militärbeobachter und höchstens 1.250 Polizisten und 8 abgeordnete Zollbeamte, bis zum 30. Juni 2011 beibehalten wird;

[246] S/2010/600.

5. *beschließt ferner*, den Generalsekretär zu ermächtigen, in Weiterverfolgung der Resolution 1942 (2010) die vorübergehende Entsendung von bis zu 500 zusätzlichen Kräften bis zum 31. März 2011 zu verlängern;

6. *beschließt*, den Generalsekretär zu ermächtigen, in Weiterverfolgung der Resolution 1951 (2010) die vorübergehende Verlegung von höchstens 3 Infanteriekompanien und einer aus 2 militärischen Mehrzweckhubschraubern bestehenden Fliegereinheit von der Mission der Vereinten Nationen in Liberia zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire um bis zu vier zusätzliche Wochen zu verlängern;

7. *bekundet seine Absicht*, zu erwägen, den Generalsekretär zu ermächtigen, im Einklang mit ihrer Resolution 1609 (2005) vom 24. Juni 2005 nach Bedarf vorübergehend weitere Truppen zwischen der Mission der Vereinten Nationen in Liberia und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu verlegen, und fordert die truppenstellenden Länder auf, die diesbezüglichen Maßnahmen des Generalsekretärs zu unterstützen;

8. *betont*, wie wichtig es ist, dass die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire den ivorischen Friedensprozess im Einklang mit ihrem Mandat weiterhin unterstützt, insbesondere den Abschluss der unerledigten Aufgaben, namentlich die Parlamentswahlen, die Wiedervereinigung des Landes, die Wiederherstellung der Staatsgewalt im ganzen Land, die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Exkombattanten, die Auflösung der Milizen, die Stärkung der rechtsstaatlichen Institutionen, die Reform des Sicherheitssektors und die Förderung und den Schutz der Menschenrechte mit besonderem Augenmerk auf die Situation von Kindern und Frauen;

9. *verurteilt* die Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Recht gegenüber Zivilpersonen, die Meldungen zufolge noch immer in verschiedenen Teilen des Landes verübt werden, einschließlich zahlreicher straflos gebliebener sexueller Gewalthandlungen, fordert alle ivorischen Parteien auf, mit anhaltender Unterstützung der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire den Schutz von Zivilpersonen, insbesondere Frauen, Kindern und Vertriebenen, zu gewährleisten, betont, dass die Täter vor Gericht gestellt werden müssen, und fordert alle Parteien auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um alle Formen sexueller Gewalt zu unterlassen, zu verhindern und Zivilpersonen davor zu schützen, und bekräftigt die Ziffern 14 bis 17 seiner Resolution 1880 (2009) vom 30. Juli 2009;

10. *fordert* alle Parteien *nachdrücklich auf*, mit den Einsätzen der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der sie unterstützenden französischen Truppen voll zu kooperieren, insbesondere indem sie deren Sicherheit und Bewegungsfreiheit mit ungehindertem und sofortigem Zugang im gesamten Hoheitsgebiet Côte d'Ivoires, auch zu den Verwaltungs- und Staatsorganen, gewährleisten, damit sie ihr jeweiliges Mandat uneingeschränkt wahrnehmen können;

11. *ersucht* die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, in Abstimmung mit den ivorischen Behörden die Bereitstellung von Sicherheitsdiensten für die Regierung Côte d'Ivoires und die wichtigsten politischen Interessenträger zu unterstützen;

12. *fordert* alle maßgeblichen ivorischen Interessenträger *nachdrücklich auf*, die Sendetätigkeit aller nichtstaatlichen Medien in Côte d'Ivoire sofort wiederherzustellen, und fordert sie ferner nachdrücklich auf, gleichen und umfassenderen Zugang zu den Medien, insbesondere zu den staatlichen Medien, zu gestatten und ihre Nutzung zur Aufstachelung der Bevölkerung zu Hass, Intoleranz und Gewalt zu unterlassen;

13. *betont*, wie wichtig es ist, dass die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire auch weiterhin die fortgesetzte Einhaltung der umfassenden Waffenruhevereinbarung vom 3. Mai 2003 seitens der Parteien beobachtet und überwacht, um eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu verhüten;

14. *erinnert* daran, dass er die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire ermächtigt hat, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um ihren Auftrag im Rahmen ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihrer Einsatzgebiete durchzuführen;

15. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, dass die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire ihr Mandat zum Schutz von Zivilpersonen wahrnimmt, insbesondere in Anbetracht der derzeitigen Risiken für die Menschenrechte und die Zivilbevölkerung in dem Land;

16. *bekräftigt seine* in Resolution 1946 (2010) bekundete *Bereitschaft*, Maßnahmen, einschließlich zielgerichteter Sanktionen, gegen Personen zu verhängen, die unter anderem den Friedensprozess und die nationale Aussöhnung bedrohen, namentlich indem sie danach trachten, das Ergebnis des Wahlprozesses zu untergraben, die Arbeit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und anderer internationaler Akteure zu behindern und schwere Menschenrechtsverletzungen und schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begehen;

17. *beschließt*, die den französischen Truppen vom Sicherheitsrat erteilte Ermächtigung, innerhalb der Grenzen ihres Einsatzes und ihrer Kapazität die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu unterstützen, bis zum 30. Juni 2011 zu verlängern;

18. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat spätestens am 31. März 2011 einen Halbzeitbericht über die Situation vor Ort vorzulegen, in dem auch die Notwendigkeit bewertet wird, die mit Resolution 1942 (2010) genehmigten vorübergehenden Personalentsendungen zu verlängern, und ihm spätestens am 31. Mai 2011 einen umfassenden Bericht über die Situation vor Ort und die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

19. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, im Anschluss an die für Anfang 2011 anberaumten Parlamentswahlen eine technische Bewertungsmission nach Côte d'Ivoire zu entsenden, die vor allem die Entwicklung der Sicherheitslage sowie die Aussichten für eine Festigung der Stabilität des Landes nach Abschluss des Wahlzyklus prüfen wird, und ersucht den Generalsekretär ferner, dem Rat in dem in Ziffer 18 genannten Schlussbericht gegebenenfalls mögliche Anpassungen in der Struktur und der Personalstärke der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu empfehlen;

20. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6458. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6469. Sitzung am 19. Januar 2011 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

Schreiben des Generalsekretärs vom 7. Januar 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/5)".

Resolution 1967 (2011)
vom 19. Januar 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1933 (2010) vom 30. Juni 2010, 1942 (2010) vom 29. September 2010, 1946 (2010) vom 15. Oktober 2010, 1951 (2010) vom 24. November 2010 und 1962 (2010) vom 20. Dezember 2010, und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Côte d'Ivoire und in der Subregion,

sowie unter Hinweis auf das Schreiben des Generalsekretärs vom 7. Januar 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[247], in dem der Generalsekretär empfahl, zusätzlich zu den mit Resolution 1942 (2010) genehmigten vorübergehenden Militär- und Polizeikapazitäten bis zum 30. Juni 2011 vorübergehend weitere 2.000 Soldaten zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu entsenden,

ferner unter Hinweis auf die in den Ziffern 4 bis 6 seiner Resolution 1609 (2005) vom 24. Juni 2005 und in Ziffer 6 seiner Resolution 1938 (2010) vom 15. September 2010 vorgesehenen Kooperationsvereinbarungen zwischen den Missionen und unter Hinweis auf Ziffer 7 der Resolution 1962 (2010) und seine Absicht, zu erwägen, den Generalsekretär zu ermächtigen, nach Bedarf vorübergehend weitere Kräfte zwischen der Mission der Vereinten Nationen in Liberia und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu verlegen,

mit Lob für die Initiativen des Generalsekretärs und erneut erklärend, dass er den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire bei der Durchführung seines Mandats im Hinblick auf die friedliche Beilegung der Situation voll unterstützt,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die anhaltenden Gewalthandlungen und Menschenrechtsverletzungen in Côte d'Ivoire, darunter auch an Friedenssicherungskräften der Vereinten Nationen und an Zivilpersonen, und betonend, dass die für Verbrechen an Personal der Vereinten Nationen und an Zivilpersonen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, entsprechend der Empfehlung des Generalsekretärs in seinem Schreiben vom 7. Januar 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[247] die Entsendung von weiteren 2.000 Soldaten zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire bis zum 30. Juni 2011 zu genehmigen;

2. *beschließt außerdem*, entsprechend der Empfehlung des Generalsekretärs in seinem Schreiben vom 7. Januar 2011 die Verlängerung der mit Resolution 1942 (2010) genehmigten vorübergehenden Entsendung zusätzlicher Militär- und Polizeikapazitäten bis zum 30. Juni 2011 zu genehmigen;

3. *beschließt ferner*, den Generalsekretär zu ermächtigen, in Weiterverfolgung der Resolution 1951 (2010) und Ziffer 6 der Resolution 1962 (2010) die vorübergehende Verlegung von 3 Infanteriekompanien und einer aus 2 militärischen Mehrzweckhubschraubern bestehenden Lufteinheit von der Mission der Vereinten Nationen in Liberia zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire um bis zu vier zusätzliche Wochen zu verlängern;

4. *beschließt*, entsprechend der Empfehlung des Generalsekretärs in seinem Schreiben vom 7. Januar 2011 und gemäß den Ziffern 4 und 6 der Resolution 1609 (2005) des Sicherheitsrats den vorübergehenden Transfer von 3 bewaffneten Hubschraubern samt Besatzung von der Mission der Vereinten Nationen in Liberia zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire für einen Zeitraum von vier Wochen zu genehmigen, und ersucht den Generalsekretär, den Rat über die diesbezüglichen Anstrengungen unterrichtet zu halten;

5. *beschließt außerdem*, entsprechend der Empfehlung des Generalsekretärs in seinem Schreiben vom 7. Januar 2011 die Entsendung von 60 Angehörigen organisierter Polizeieinheiten zu genehmigen, die den von unbewaffneten Menschenmengen ausgehenden Bedrohungen begegnen sollen und 60 Polizisten der Vereinten Nationen ersetzen werden;

[247] S/2011/5.

6. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen seines spätestens am 31. März 2011 vorzulegenden Halbzeitberichts auch die in den Ziffern 1, 2 und 5 genannten vorübergehenden Personalentsendungen zu überprüfen;

7. *beschließt*, die sofortige Dislozierung der in den Ziffern 1, 4 und 5 genannten zusätzlichen Kapazitäten zu genehmigen, und ersucht die truppen- und polizeistellenden Länder hierbei um Unterstützung;

8. *wiederholt seine Ermächtigung und seine uneingeschränkte Unterstützung* des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um das Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu erfüllen, namentlich den Schutz von Zivilpersonen, und die Bewegungsfreiheit der Operation sicherzustellen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihres Einsatzgebiets;

9. *verlangt*, dass alle Parteien ihre Verpflichtung zur Achtung der Sicherheit des Personals der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und des sonstigen Personals der Vereinten Nationen streng einhalten und dafür sorgen, dass die Bewegungsfreiheit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der sie unterstützenden französischen Truppen voll geachtet und ihnen im gesamten Hoheitsgebiet Côte d'Ivoires sofort ungehinderter Zugang, auch zu allen Verwaltungs- und Staatsorganen, gewährt wird, und fordert ferner nachdrücklich dazu auf, die derzeitige Abriegelung des „Hôtel du Golf" unverzüglich aufzuheben;

10. *verlangt außerdem* unbeschadet des Rechts der freien Meinungsäußerung, dass der Benutzung der Medien, insbesondere des Senders Radiodiffusion Télévision Ivoirienne, zur Verbreitung falscher Informationen und zur Aufstachelung zu Hass und Gewalt, auch gegenüber den Vereinten Nationen und insbesondere der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, sofort Einhalt geboten wird;

11. *bekräftigt seine* in den Resolutionen 1946 (2010) und 1962 (2010) unterstrichene *Bereitschaft*, Maßnahmen, einschließlich zielgerichteter Sanktionen, gegen diejenigen zu verhängen, die die Arbeit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire behindern;

12. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6469. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6482. Sitzung am 16. Februar 2011 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Côte d'Ivoire" teilzunehmen.

Resolution 1968 (2011)
vom 16. Februar 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1933 (2010) vom 30. Juni 2010, 1942 (2010) vom 29. September 2010, 1946 (2010) vom 15. Oktober 2010, 1951 (2010) vom 24. November 2010, 1962 (2010) vom 20. Dezember 2010 und 1967 (2011) vom 19. Januar 2011, und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Côte d'Ivoire und in der Subregion,

sowie unter Hinweis auf die in den Ziffern 4 bis 6 seiner Resolution 1609 (2005) vom 24. Juni 2005 und in Ziffer 6 seiner Resolution 1938 (2010) vom 15. September 2010 vorgesehenen Kooperationsvereinbarungen zwischen den Missionen und ferner unter Hinweis auf Ziffer 7 der Resolution 1962 (2010) und die Ziffern 3 und 4 der Resolution 1967 (2011),

unter Hinweis auf seine Absicht, zu erwägen, den Generalsekretär zu ermächtigen, nach Bedarf vorübergehend weitere Truppen zwischen der Mission der Vereinten Nationen in Liberia und der Mission der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu verlegen, und eingedenk der Notwendigkeit, die Mission der Vereinten Nationen in Liberia in ihrer Fähigkeit zur Durchführung ihres Mandats zu unterstützen,

unter Hinweis auf das Schreiben des Generalsekretärs vom 7. Januar 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, in dem die wesentliche Rolle betont wird, die den von der Mission der Vereinten Nationen in Liberia zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire verlegten Kapazitäten unter den derzeitigen schwierigen Bedingungen in Côte d'Ivoire zukommt[247],

in Bekräftigung seiner vollen Unterstützung für den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire bei der Durchführung seines Mandats,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, den Generalsekretär zu ermächtigen, in Weiterverfolgung der Ziffern 4 und 6 der Resolution 1609 (2005), der Resolution 1951 (2010), der Ziffer 6 der Resolution 1962 (2010) und der Ziffern 3 und 4 der Resolution 1967 (2011) die vorübergehende Verlegung von 3 Infanteriekompanien, einer aus 2 militärischen Mehrzweckhubschraubern bestehenden Lufteinheit und 3 bewaffneten Hubschraubern samt Besatzung von der Mission der Vereinten Nationen in Liberia zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire um bis zu drei Monate zu verlängern;

2. *ersucht* die truppen- und polizeistellenden Länder hierbei um Unterstützung;

3. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6482. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 14. März 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[248]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 11. März 2011 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Gnakoudè Béréna (Togo) zum Kommandeur der Truppe der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu ernennen[249], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die von der in dem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis genommen haben."

Auf seiner 6506. Sitzung am 25. März 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Côte d'Ivoire" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Atul Khare, den Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6508. Sitzung am 30. März 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Côte d'Ivoire" teilzunehmen.

[248] S/2011/135.

[249] S/2011/134.

Resolution 1975 (2011) vom 30. März 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1572 (2004) vom 15. November 2004, 1893 (2009) vom 29. Oktober 2009, 1911 (2010) vom 28. Januar 2010, 1924 (2010) vom 27. Mai 2010, 1933 (2010) vom 30. Juni 2010, 1942 (2010) vom 29. September 2010, 1946 (2010) vom 15. Oktober 2010, 1951 (2010) vom 24. November 2010, 1962 (2010) vom 20. Dezember 2010, 1967 (2011) vom 19. Januar 2011 und 1968 (2011) vom 16. Februar 2011, und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Côte d'Ivoire sowie seine Resolution 1938 (2010) vom 15. September 2010 über die Situation in Liberia,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Côte d'Ivoires und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der regionalen Zusammenarbeit,

erneut erklärend, dass er mit Nachdruck eine friedliche Beilegung der nach den Wahlen in Côte d'Ivoire herrschenden Krise wünscht und dass eine politische Gesamtlösung erforderlich ist, die die Demokratie und den Frieden wahrt und eine dauerhafte Aussöhnung unter allen Ivorern fördert,

in Würdigung der konstruktiven Bemühungen, die die Hochrangige Gruppe der Afrikanischen Union zur Beilegung der Krise in Côte d'Ivoire unternimmt, und der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten erneut seine Unterstützung für ihr Engagement zur Beilegung der Krise in Côte d'Ivoire bekundend,

unter Begrüßung des vom Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union auf seiner zweihundertfünfundsechzigsten Sitzung am 10. März 2011 in Addis Abeba auf Ebene der Staats- und Regierungschefs angenommenen Beschlusses[250], mit dem er alle seine früheren Beschlüsse zu der sich seit dem zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahl am 28. November 2010 rasch verschärfenden Krise in Côte d'Ivoire, in denen er die Wahl Herrn Alassane Dramane Ouattaras zum Präsidenten Côte d'Ivoires anerkannt hat, bekräftigt,

sowie unter Begrüßung der politischen Initiativen und Kenntnis nehmend von dem Kommuniqué und der Resolution betreffend Côte d'Ivoire, die vom Gremium der Staats- und Regierungschefs der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten am 24. März 2011 angenommen wurden[251],

mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die jüngste Eskalation der Gewalt in Côte d'Ivoire und die Gefahr eines Rückfalls in einen Bürgerkrieg und mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Parteien, äußerste Zurückhaltung zu üben, um einen derartigen Ausgang zu verhindern, und ihre Meinungsverschiedenheiten auf friedliche Weise beizulegen,

unter unmissverständlicher Verurteilung aller provozierenden Maßnahmen und Erklärungen seitens jeder Partei, die eine Aufstachelung zu Diskriminierung, Feindseligkeit, Hass und Gewalt darstellen,

unter Verurteilung der in Côte d'Ivoire begangenen schweren Völkerrechtsverletzungen und -verstöße, namentlich gegen das humanitäre Recht, die Menschenrechte und das Flüchtlingsrecht, bekräftigend, dass jeder Staat die Hauptverantwortung dafür trägt, Zivil-

[250] Siehe S/2011/180, Anlage II.

[251] S/2011/182, Anlage.

personen zu schützen, erneut erklärend, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die Hauptverantwortung dafür tragen, alle durchführbaren Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz von Zivilpersonen zu gewährleisten und den schnellen und ungehinderten Durchlass humanitärer Hilfe und die Gewährleistung der Sicherheit des humanitären Personals zu erleichtern, und unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

unter Begrüßung der Resolution 16/25 des Menschenrechtsrats vom 25. März 2011[252], namentlich des Beschlusses, eine unabhängige internationale Untersuchungskommission zu entsenden mit dem Auftrag, die Tatsachen und Umstände rund um die behaupteten schweren Menschenrechtsverletzungen und -verstöße seit der Präsidentschaftswahl vom 28. November 2010 in Côte d'Ivoire zu untersuchen,

betonend, dass die Verantwortlichen für diese schweren Verstöße und Verletzungen, einschließlich derjenigen, die von ihrer Kontrolle unterstehenden Kräften begangen wurden, zur Rechenschaft gezogen werden müssen,

bekräftigend, dass Côte d'Ivoire die Verantwortung dafür trägt, alle Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen, Behauptungen über Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts zu untersuchen und die für solche Taten Verantwortlichen vor Gericht zu stellen,

in der Erwägung, dass die Angriffe gegen die Zivilbevölkerung, die in Côte d'Ivoire gegenwärtig begangen werden, möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen und dass diejenigen, die solche Verbrechen begehen, nach dem Völkerrecht zur Rechenschaft gezogen werden müssen, und feststellend, dass der Internationale Strafgerichtshof auf der Grundlage von Artikel 12 Absatz 3 des Römischen Statuts des Gerichtshofs[253] über seine Gerichtsbarkeit im Hinblick auf die Situation in Côte d'Ivoire entscheiden kann,

feststellend, dass die Situation in Côte d'Ivoire auch weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *fordert* alle ivorischen Parteien und anderen Beteiligten *nachdrücklich auf*, den Willen des Volkes und die von der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, der Afrikanischen Union und der übrigen internationalen Gemeinschaft anerkannte Wahl von Herrn Alassane Dramane Ouattara zum Präsidenten Côte d'Ivoires zu respektieren, bekundet seine Besorgnis über die jüngste Eskalation der Gewalt und verlangt ein sofortiges Ende der Gewalt gegen Zivilpersonen, insbesondere Frauen, Kinder und Binnenvertriebene;

2. *fordert* alle Parteien *auf*, die politische Gesamtlösung der Afrikanischen Union zu verfolgen, begrüßt in dieser Hinsicht den Beschluss des Gipfeltreffens des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 10. März 2011, einen Hohen Beauftragten für die Umsetzung der politischen Gesamtlösung zu ernennen,[250] und fordert alle Parteien auf, uneingeschränkt mit ihm zusammenzuarbeiten;

---

[252] Siehe *Official Records of the General Assembly, Sixty-sixth Session, Supplement No. 53* (A/66/53), Kap. I.

[253] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2187, Nr. 38544. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2000 II S. 1394; LGBl. 2002 Nr. 90; öBGBl. III Nr. 180/2002; AS 2002 3743.

3. *verurteilt* die Entscheidung Herrn Laurent Gbagbos, nicht die politische Gesamtlösung zu akzeptieren, die die von der Afrikanischen Union eingesetzte Hochrangige Gruppe zur Beilegung der Krise in Côte d'Ivoire vorgeschlagen hat[254], und fordert ihn nachdrücklich auf, sofort abzutreten;

4. *fordert* alle ivorischen staatlichen Institutionen, namentlich die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte Côte d'Ivoires, *nachdrücklich auf*, sich der Autorität zu unterwerfen, die Präsident Alassane Dramane Ouattara vom ivorischen Volk übertragen wurde, verurteilt die von den Verteidigungs- und Sicherheitskräften, von Milizen und Söldnern begangenen Angriffe, Drohungen, Obstruktionen und Gewalthandlungen gegen das Personal der Vereinten Nationen, die dieses daran hindern, Zivilpersonen zu schützen sowie Menschenrechtsverletzungen und -verstöße zu überwachen und ihre Untersuchung zu unterstützen, betont, dass die für derartige völkerrechtliche Verbrechen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen, und fordert alle Parteien, insbesondere die Anhänger und Kräfte Herrn Laurent Gbagbos, auf, mit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire uneingeschränkt zusammenzuarbeiten und die Behinderung ihrer Tätigkeit bei der Wahrnehmung ihres Mandats zu beenden;

5. *bekräftigt erneut seine nachdrückliche Verurteilung* aller gegen Zivilpersonen, namentlich Frauen, Kinder, Binnenvertriebene und ausländische Staatsangehörige, begangenen Gewalthandlungen und anderen Menschenrechtsverletzungen und -verstöße, insbesondere des Verschwindenlassens, außergerichtlicher Tötungen, der Tötung und Verstümmelung von Kindern sowie von Vergewaltigungen und anderen Formen sexueller Gewalt;

6. *erinnert an die von ihm erteilte Ermächtigung und betont seine volle Unterstützung* der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, bei der unparteiischen Durchführung ihres Mandats alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihrer Einsatzgebiete ihren Auftrag zum Schutz von Zivilpersonen, die von unmittelbarer physischer Gewalt bedroht sind, auszuführen und insbesondere den Einsatz schwerer Waffen gegen die Zivilbevölkerung zu verhindern, und ersucht den Generalsekretär, ihn dringend über die in dieser Hinsicht ergriffenen Maßnahmen und die unternommenen Anstrengungen unterrichtet zu halten;

7. *fordert* alle Parteien *auf*, bei den Einsätzen der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der sie unterstützenden französischen Truppen voll zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie deren Sicherheit und Bewegungsfreiheit mit ungehindertem und sofortigem Zugang im gesamten Hoheitsgebiet Côte d'Ivoires garantieren, damit sie ihr Mandat uneingeschränkt wahrnehmen können;

8. *fordert* alle Parteien *außerdem auf*, uneingeschränkt mit der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zusammenzuarbeiten, die der Menschenrechtsrat am 25. März 2011 eingesetzt hat, um die Tatsachen und Umstände rund um die behaupteten schweren Menschenrechtsverletzungen und -verstöße seit der Präsidentschaftswahl vom 28. November 2010 in Côte d'Ivoire[252] zu untersuchen, und ersucht den Generalsekretär, den daraus hervorgehenden Bericht dem Sicherheitsrat und den anderen zuständigen internationalen Organen zu übermitteln;

9. *verurteilt* die Benutzung des Senders Radiodiffusion Télévision Ivoirienne und anderer Medien zur Aufstachelung zu Diskriminierung, Feindseligkeit, Hass und Gewalt, auch gegenüber der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, sowie die Einschüchterungsmaßnahmen und Gewalthandlungen gegen Journalisten und fordert die Aufhebung aller Einschränkungen der Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung in Côte d'Ivoire;

[254] Siehe S/2011/180, Anlage III, Anhang.

10. *bekundet seine tiefe Besorgnis* über die aufgrund der Krise in Côte d'Ivoire steigende Zahl von Binnenvertriebenen und ivorischen Flüchtlingen, insbesondere in Liberia, und fordert alle ivorischen Parteien auf, mit den Einrichtungen der Vereinten Nationen und anderen Akteuren, die sich um einen verbesserten Zugang der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen zu humanitärer Hilfe bemühen, uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

11. *wiederholt seine seit langem bestehende Forderung* an Herrn Laurent Gbagbo, die Belagerung des „Hôtel du Golf" unverzüglich aufzuheben;

12. *beschließt*, zielgerichtete Sanktionen gegen die Personen zu verhängen, die die in Resolution 1572 (2004) und späteren Resolutionen genannten Kriterien erfüllen, namentlich gegen Personen, die den Friedens- und Aussöhnungsprozess in Côte d'Ivoire behindern, die Tätigkeit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der anderen internationalen Akteure in Côte d'Ivoire behindern und schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begehen, beschließt daher, dass die in der Anlage dieser Resolution aufgeführten Personen den mit den Ziffern 9 und 11 der Resolution 1572 (2004) verhängten Maßnahmen betreffend Finanzen und Reisen unterliegen, und bekräftigt seine Absicht, gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu erwägen, einschließlich zielgerichteter Sanktionen gegen Medienakteure, die die maßgeblichen Sanktionskriterien erfüllen, namentlich indem sie öffentlich zu Hass und Gewalt aufstacheln;

13. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6508. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Anlage

Zielgerichtete Sanktionen

1. Laurent Gbagbo

   Geburtsdatum: 31. Mai 1945

   Geburtsort: Gagnoa (Côte d'Ivoire)

   Ehemaliger Präsident Côte d'Ivoires: Behinderung des Friedens- und Aussöhnungsprozesses, Verweigerung der Anerkennung des Ergebnisses der Präsidentschaftswahl.

2. Simone Gbagbo

   Geburtsdatum: 20. Juni 1949

   Geburtsort: Moossou, Grand-Bassam (Côte d'Ivoire)

   Vorsitzende der Parlamentsfraktion der Ivorischen Volksfront (FPI): Behinderung des Friedens- und Aussöhnungsprozesses, öffentliche Aufstachelung zu Hass und Gewalt.

3. Désiré Tagro

   Reisepass-Nummer: PD – AE 065FH08

   Geburtsdatum: 27. Januar 1959

   Geburtsort: Issia (Côte d'Ivoire)

   Generalsekretär in der sogenannten „Präsidentschaft" Herrn Gbagbos: Beteiligung an der unrechtmäßigen Regierung Herrn Gbagbos, Behinderung des Friedens- und Aussöhnungsprozesses, Verweigerung der Anerkennung des Ergebnisses der Präsidentschaftswahl, Beteiligung an der gewaltsamen Niederschlagung von Volksbewegungen.

4. Pascal Affi N'Guessan

   Reisepass-Nummer: PD – AE 09DD00013

   Geburtsdatum: 1. Januar 1953

   Geburtsort: Bouadriko (Côte d'Ivoire)

   Vorsitzender der Ivorischen Volksfront (FPI): Behinderung des Friedens- und Aussöhnungsprozesses, Aufstachelung zu Hass und Gewalt.

5. Alcide Djédjé

   Geburtsdatum: 20. Oktober 1956

   Geburtsort: Abidjan (Côte d'Ivoire)

   Enger Berater Herrn Gbagbos: Beteiligung an der unrechtmäßigen Regierung Herrn Gbagbos, Behinderung des Friedens- und Aussöhnungsprozesses, öffentliche Aufstachelung zu Hass und Gewalt.

Beschlüsse

Auf seiner 6513. Sitzung am 13. April 2011 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

> Siebenundzwanzigster Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2011/211)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Choi Young-Jin, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire und Leiter der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, Frau Valerie Amos, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinatorin, und Frau Navanethem Pillay, die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 14. April 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[255]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 12. April 2011 betreffend die vorübergehende Umgliederung der Polizeikomponente der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire[256] den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben enthaltenen Empfehlung Kenntnis und billigen die darin dargelegte Vorgehensweise."

Auf seiner 6525. Sitzung am 28. April 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

> Schreiben der Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) betreffend Côte d'Ivoire vom 20. April 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/271)

[255] S/2011/248.

[256] S/2011/247.

Schreiben der Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) betreffend Côte d'Ivoire vom 20. April 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/272)".

Resolution 1980 (2011)
vom 28. April 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Côte d'Ivoire, insbesondere die Resolutionen 1880 (2009) vom 30. Juli 2009, 1893 (2009) vom 29. Oktober 2009, 1911 (2010) vom 28. Januar 2010, 1933 (2010) vom 30. Juni 2010, 1946 (2010) vom 15. Oktober 2010, 1962 (2010) vom 20. Dezember 2010 und 1975 (2011) vom 30. März 2011,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Côte d'Ivoires und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der regionalen Zusammenarbeit,

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs vom 30. März 2011[257] und von dem Schlussbericht 2010 der Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire[258] und dem Bericht 2011 der Sachverständigengruppe[259],

nachdrücklich darauf hinweisend, dass die mit den Resolutionen 1572 (2004) vom 15. November 2004, 1643 (2005) vom 15. Dezember 2005 und 1975 (2011) verhängten Maßnahmen auch weiterhin zur Stabilität in Côte d'Ivoire beitragen, und betonend, dass diese Maßnahmen darauf abzielen, den Friedensprozess in Côte d'Ivoire zu unterstützen,

es begrüßend, dass der Präsident Côte d'Ivoires, Alassane Dramane Ouattara, nun in der Lage ist, im Einklang mit dem in den Präsidentschaftswahlen vom 28. November 2010 zum Ausdruck gebrachten und von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Willen des ivorischen Volkes alle seine Aufgaben als Staatsoberhaupt zu übernehmen,

nachdrücklich darauf hinweisend, dass alle Ivorer unbedingt anhaltende Anstrengungen zur Förderung der nationalen Aussöhnung und zur Festigung des Friedens durch Dialog und Konsultation unternehmen müssen, und die diesbezügliche Hilfe der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten begrüßend,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 und 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

in erneuter Bekräftigung seiner nachdrücklichen Verurteilung aller Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in Côte d'Ivoire, unter Verurteilung aller gegen Zivilpersonen, namentlich Frauen, Kinder, Binnenvertriebene und ausländische Staatsangehörige, begangenen Gewalthandlungen und anderen Menschenrechtsverletzungen und -verstöße, insbesondere des Verschwindenlassens, außergerichtlicher Tötungen, der Tötung und Verstümmelung von Kindern sowie von Vergewaltigungen und anderen

[257] S/2011/211.

[258] Siehe S/2011/271, Anlage.

[259] Siehe S/2011/272.

Formen sexueller Gewalt, und betonend, dass die Täter vor Gericht gestellt werden müssen,

betonend, wie wichtig es ist, dass die ursprünglich gemäß Ziffer 7 der Resolution 1584 (2005) vom 1. Februar 2005 eingesetzte Sachverständigengruppe mit ausreichenden Ressourcen für die Durchführung ihres Mandats ausgestattet wird,

feststellend, dass die Situation in Côte d'Ivoire nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter und die Maßnahmen betreffend Finanzen und Reisen, die mit den Ziffern 7 bis 12 der Resolution 1572 (2004), Ziffer 5 der Resolution 1946 (2010) und Ziffer 12 der Resolution 1975 (2011) verhängt wurden, bis zum 30. April 2012 zu verlängern, und beschließt ferner, die Maßnahmen, die mit Ziffer 6 der Resolution 1643 (2005) verhängt wurden, um alle Staaten an der Einfuhr von Rohdiamanten aus Côte d'Ivoire zu hindern, bis zum 30. April 2012 zu verlängern;

2. *beschließt außerdem*, die in Ziffer 1 verlängerten Maßnahmen im Lichte der bei der Stabilisierung im ganzen Land, der Abhaltung der Parlamentswahlen und der Verwirklichung der Schlüsseletappen des Friedensprozesses erzielten Fortschritte, wie in der Resolution 1933 (2010) erwähnt, vor Ablauf des in Ziffer 1 genannten Zeitraums zu überprüfen, und beschließt ferner, spätestens bis zum 31. Oktober 2011 eine Halbzeitüberprüfung der in Ziffer 1 verlängerten Maßnahmen durchzuführen, mit dem Ziel, vor dem 30. April 2012 möglicherweise alle oder einen Teil der Maßnahmen des Sanktionsregimes nach Maßgabe der im Rahmen des Friedensprozesses erzielten Fortschritte, der Entwicklungen in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen und der Entwicklungen in Bezug auf die Parlamentswahlen zu ändern, aufzuheben oder beizubehalten;

3. *fordert* alle Mitgliedstaaten, insbesondere die Staaten der Subregion, *auf*, die in Ziffer 1 verlängerten Maßnahmen vollständig durchzuführen, gegebenenfalls auch durch die Durchsetzung der erforderlichen Vorschriften und Regeln, fordert die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire auf, im Rahmen ihrer Kapazitäten und ihres Mandats ihre volle Unterstützung zu gewähren, und fordert die französischen Truppen auf, innerhalb der Grenzen ihres Einsatzes und ihrer Möglichkeiten die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire dabei zu unterstützen;

4. *fordert* alle illegalen bewaffneten Kombattanten *nachdrücklich auf*, sofort ihre Waffen niederzulegen, legt der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire nahe, im Rahmen ihres Mandats und ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihrer Einsatzgebiete der Regierung Côte d'Ivoires weiter dabei behilflich zu sein, diese Waffen einzusammeln und zu lagern, und fordert die ivorischen Behörden, einschließlich der Nationalen Kommission zur Bekämpfung der Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen und des unerlaubten Handels damit, auf, sicherzustellen, dass diese Waffen neutralisiert beziehungsweise nicht rechtswidrig verbreitet werden, im Einklang mit dem Übereinkommen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten über Kleinwaffen und leichte Waffen, deren Munition und anderes dazugehöriges Material[260];

5. *weist darauf hin*, dass die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire im Rahmen der Überwachung des Waffenembargos das Mandat hat, gegebenenfalls Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, die unter Verstoß gegen die mit Ziffer 7 der Resolution 1572 (2004) verhängten Maßnahmen nach Côte d'Ivoire verbracht wurden, einzusammeln und auf geeignete Weise zu entsorgen;

[260] Siehe United Nations Institute for Disarmament Research, *Disarmament Forum*, Nr. 4, 2008, *The Complex Dynamics of Small Arms in West Africa*. Verfügbar unter http://www.unidir.org.

6. *bekundet seine tiefe Besorgnis* über die Anwesenheit von Söldnern in Côte d'Ivoire, vor allem aus Nachbarländern, fordert die Behörden Côte d'Ivoires und Liberias auf, ihre Maßnahmen zur Lösung dieser Frage zu koordinieren, und legt ferner der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der Mission der Vereinten Nationen in Liberia nahe, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihrer Einsatzgebiete der Regierung Côte d'Ivoires beziehungsweise der Regierung Liberias dabei behilflich zu sein, ihre Grenze zu überwachen und insbesondere grenzüberschreitende Bewegungen von Kombattanten oder Waffentransfers zu verfolgen;

7. *erklärt erneut*, dass die ivorischen Behörden der Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire sowie der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und den sie unterstützenden französischen Truppen ungehinderten Zugang zu den in Ziffer 2 *a*) der Resolution 1584 (2005) genannten Ausrüstungen, Orten und Anlagen und zu allen Waffen, Munitionsbeständen und sonstigem Wehrmaterial aller bewaffneten Sicherheitskräfte, gleichviel wo sie sich befinden, auch zu den aus der Einsammlung nach Ziffer 4 stammenden Waffen, gewähren müssen, nach Bedarf ohne Vorankündigung, wie in seinen Resolutionen 1739 (2007) vom 10. Januar 2007, 1880 (2009), 1933 (2010) und 1962 (2010) festgelegt;

8. *beschließt*, dass die Lieferung von Fahrzeugen an die ivorischen Sicherheitskräfte den mit Ziffer 7 der Resolution 1572 (2004) verhängten Maßnahmen unterliegt;

9. *beschließt außerdem*, dass die in Ziffer 8 *e*) der Resolution 1572 (2004) festgelegte Ausnahmeregelung nur auf Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, Fahrzeuge und die Bereitstellung technischer Ausbildung und Hilfe zur Unterstützung des ivorischen Prozesses der Reform des Sicherheitssektors Anwendung findet, mit der Maßgabe, dass die Regierung Côte d'Ivoires einen förmlichen Antrag gestellt und der Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) seine vorherige Genehmigung erteilt hat;

10. *unterstreicht*, dass er uneingeschränkt bereit ist, gezielte Maßnahmen gegen die von dem Ausschuss im Einklang mit den Ziffern 9, 11 und 14 der Resolution 1572 (2004) benannten Personen zu verhängen, von denen unter anderem festgestellt wird,

a) dass sie eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses in Côte d'Ivoire darstellen, insbesondere indem sie die Durchführung des in dem Politischen Abkommen von Ouagadougou[242] erwähnten Friedensprozesses behindern;

b) dass sie die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, die sie unterstützenden französischen Truppen und den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire angreifen oder ihre Tätigkeit behindern;

c) dass sie für Behinderungen der Bewegungsfreiheit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der sie unterstützenden französischen Truppen verantwortlich sind;

d) dass sie für schwere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in Côte d'Ivoire verantwortlich sind;

e) dass sie öffentlich zu Hass und Gewalt aufstacheln;

f) dass sie gegen die mit Ziffer 1 verhängten Maßnahmen verstoßen;

11. *bekundet erneut seine Bereitschaft*, Sanktionen gegen diejenigen zu verhängen, die den Wahlprozess, insbesondere die Tätigkeit der Unabhängigen Wahlkommission und aller anderen beteiligten Stellen, und die Bekanntmachung und Bestätigung der Ergebnisse der Parlamentswahlen behindern;

12. *ersucht* alle beteiligten Staaten, insbesondere die Staaten der Subregion, mit dem Ausschuss uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, und ermächtigt den Ausschuss, alle weiteren Informationen anzufordern, die er für notwendig erachtet;

13. *beschließt*, das in Ziffer 7 der Resolution 1727 (2006) vom 15. Dezember 2006 festgelegte Mandat der Sachverständigengruppe bis zum 30. April 2012 zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, die erforderlichen Maßnahmen zur Unterstützung ihrer Tätigkeit zu ergreifen;

14. *ersucht* die Sachverständigengruppe, dem Ausschuss bis zum 15. Oktober 2011 einen Halbzeitbericht vorzulegen und dem Rat über den Ausschuss fünfzehn Tage vor Ablauf ihres Mandatszeitraums einen Schlussbericht samt Empfehlungen über die Durchführung der mit den Ziffern 7, 9 und 11 der Resolution 1572 (2004), Ziffer 6 der Resolution 1643 (2005) und Ziffer 12 der Resolution 1975 (2011) verhängten Maßnahmen vorzulegen;

15. *beschließt*, dass der in Ziffer 7 *e*) der Resolution 1727 (2006) genannte Bericht der Sachverständigengruppe gegebenenfalls alle Informationen und Empfehlungen enthalten kann, die bei der möglichen Benennung weiterer Personen und Einrichtungen gemäß der Beschreibung in den Ziffern 9 und 11 der Resolution 1572 (2004) durch den Ausschuss sachdienlich sein könnten, und erinnert ferner an den Bericht der Informellen Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für allgemeine Sanktionsfragen über bewährte Verfahrensweisen und Methoden[243], namentlich seine Ziffern 21, 22 und 23, in denen Möglichkeiten zur Klarstellung methodologischer Standards für Überwachungsmechanismen erörtert werden;

16. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat über den Ausschuss gegebenenfalls Informationen über Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial nach Côte d'Ivoire zu übermitteln, die von der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire gesammelt und nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüft wurden;

17. *ersucht* die Regierung Frankreichs, dem Rat über den Ausschuss gegebenenfalls Informationen über Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial nach Côte d'Ivoire zu übermitteln, die von den französischen Truppen gesammelt und nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüft wurden;

18. *ersucht* den Kimberley-Prozess, dem Rat über den Ausschuss gegebenenfalls Informationen über die Produktion und die unerlaubte Ausfuhr von Diamanten aus Côte d'Ivoire zu übermitteln, die nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüft wurden, und beschließt ferner, die in den Ziffern 16 und 17 der Resolution 1893 (2009) festgelegten Ausnahmeregelungen für die Beschaffung von Rohdiamantenproben für die Zwecke wissenschaftlicher Forschungsarbeiten, die vom Kimberley-Prozess koordiniert werden, zu verlängern;

19. *legt* den ivorischen Behörden *nahe*, in Zusammenarbeit mit dem Zertifikationssystem des Kimberley-Prozesses[261] eine Überprüfung und Bewertung des Systems der internen Kontrollen Côte d'Ivoires für den Handel mit Rohdiamanten und eine umfassende geologische Untersuchung der potenziellen Diamantenvorkommen Côte d'Ivoires und seiner Produktionskapazitäten durchzuführen, mit dem Ziel, die mit Ziffer 6 der Resolution 1643 (2005) verhängten Maßnahmen möglicherweise zu ändern oder gegebenenfalls aufzuheben;

20. *legt* den ivorischen Behörden *außerdem nahe*, im ganzen Land, insbesondere im Norden und Westen, Zoll- und Grenzkontrollbeamte einzusetzen, und legt der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire nahe, im Rahmen ihres Mandats den ivorischen Behörden bei der Wiederherstellung einer normalen Zoll- und Grenzkontrolltätigkeit behilflich zu sein;

21. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und andere Organisationen und interessierte Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss, der

[261] Siehe A/57/489.

Sachverständigengruppe, der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und den französischen Truppen uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über mögliche Verstöße gegen die mit den Ziffern 7, 9 und 11 der Resolution 1572 (2004), Ziffer 6 der Resolution 1643 (2005) und Ziffer 12 der Resolution 1975 (2011) verhängten und mit Ziffer 1 dieser Resolution bekräftigten Maßnahmen übermitteln, und ersucht ferner die Sachverständigengruppe, ihre Aktivitäten gegebenenfalls mit allen politischen Akteuren abzustimmen;

22. *verweist* auf Ziffer 7 der Resolution 1960 (2010) und Ziffer 7 *b*) der Resolution 1882 (2009) über sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt und Kinder in bewaffneten Konflikten und begrüßt, dass zwischen dem Ausschuss und den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und für sexuelle Gewalt in Konflikten im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat und nach Bedarf Informationen ausgetauscht werden;

23. *fordert* in diesem Zusammenhang alle ivorischen Parteien und alle Staaten, insbesondere die Staaten in der Region, *nachdrücklich auf*, Folgendes zu gewährleisten:

– die Sicherheit der Mitglieder der Sachverständigengruppe;

– den ungehinderten Zugang der Sachverständigengruppe, insbesondere zu Personen, Dokumenten und Orten, damit sie ihr Mandat erfüllen kann;

24. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6525. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 12. Mai 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[262]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 9. Mai 2011 bezüglich der Herausgabe des vom Sicherheitsrat in Ziffer 18 seiner Resolution 1962 (2010) betreffend die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire[263] erbetenen Berichts den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis gebracht worden ist.

Die Mitglieder des Rates haben von dem in ihrem Schreiben enthaltenen Ersuchen, die Frist für die Herausgabe des Berichts zu verlängern, Kenntnis genommen und sehen der Vorlage des Berichts bis 30. Juni 2011 mit Interesse entgegen."

Auf seiner 6535. Sitzung am 13. Mai 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

Schreiben des Generalsekretärs vom 11. Mai 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/297)".

Resolution 1981 (2011)
vom 13. Mai 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1933 (2010) vom 30. Juni 2010, 1942 (2010) vom 29. September 2010, 1951 (2010) vom

[262] S/2011/296.

[263] S/2011/295.

24. November 2010, 1962 (2010) vom 20. Dezember 2010, 1967 (2011) vom 19. Januar 2011, 1968 (2011) vom 16. Februar 2011, 1975 (2011) vom 30. März 2011 und 1980 (2011) vom 28. April 2011, und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Côte d'Ivoire und in der Subregion,

sowie unter Hinweis auf die in den Ziffern 4 bis 6 seiner Resolution 1609 (2005) vom 24. Juni 2005 und in Ziffer 6 seiner Resolution 1938 (2010) vom 15. September 2010 vorgesehenen Kooperationsvereinbarungen zwischen den Missionen und ferner unter Hinweis auf Ziffer 7 der Resolution 1962 (2010), die Ziffern 3 und 4 der Resolution 1967 (2011) und Ziffer 1 der Resolution 1968 (2011),

unter Hinweis auf seine Absicht, zu erwägen, den Generalsekretär zu ermächtigen, nach Bedarf vorübergehend weitere Kräfte zwischen der Mission der Vereinten Nationen in Liberia und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu verlegen, und eingedenk der Notwendigkeit, die Mission der Vereinten Nationen in Liberia in ihrer Fähigkeit zur Durchführung ihres Mandats zu unterstützen,

unter Hinweis auf das Schreiben des Generalsekretärs vom 11. Mai 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, in dem die wesentliche Rolle betont wird, die den von der Mission der Vereinten Nationen in Liberia zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire verlegten Kapazitäten unter den derzeitigen schwierigen Bedingungen in Côte d'Ivoire zukommt[264],

sowie unter Hinweis auf das Schreiben des Generalsekretärs vom 9. Mai 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, in dem betont wird, dass infolge der Verzögerung bei der Entsendung der Bewertungsmission nach Côte d'Ivoire die Veröffentlichung seines Schlussberichts vom 31. Mai auf den 30. Juni 2011 verschoben werden muss und demzufolge eine technische Verlängerung des Mandats der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire bis zum 31. Juli 2011 erforderlich ist[263],

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, das in den Resolutionen 1933 (2010), 1962 (2010) und 1975 (2011) festgelegte Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire bis zum 31. Juli 2011 zu verlängern;

2. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat den in den Ziffern 18 und 19 der Resolution 1962 (2010) genannten Schlussbericht samt den aus der Bewertungsmission nach Côte d'Ivoire hervorgehenden Feststellungen und Empfehlungen zum Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire spätestens am 30. Juni 2011 vorzulegen;

3. *beschließt*, den Generalsekretär zu ermächtigen, in Weiterverfolgung der Ziffern 4 und 6 der Resolution 1609 (2005), Resolution 1951 (2010), Ziffer 6 der Resolution 1962 (2010), der Ziffern 3 und 4 der Resolution 1967 (2011) und Ziffer 1 der Resolution 1968 (2011) die vorübergehende Verlegung von 3 Infanteriekompanien, einer aus 2 militärischen Mehrzweckhubschraubern bestehenden Lufteinheit und 3 bewaffneten Hubschraubern samt Besatzung von der Mission der Vereinten Nationen in Liberia zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire bis zum 30. Juni 2011 zu verlängern, und ersucht ferner den Generalsekretär, dem Rat bis zum 15. Juni 2011 eine aktualisierte Analyse und Empfehlungen zu den Kooperationsvereinbarungen zwischen den Missionen vorzulegen;

4. *ersucht* die truppen- und polizeistellenden Länder hierbei um Unterstützung;

5. *ersucht* den Generalsekretär, im Nachgang zu Ziffer 6 der Resolution 1980 (2011), den Rat bis zum 30. Juni 2011 in dem Schlussbericht, der in Ziffer 2 dieser Resolution genannt ist, und ferner in seinen nächsten einschlägigen Berichten über die Operation

[264] S/2011/297.

der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und die Mission der Vereinten Nationen in Liberia über die bei der Koordinierung zwischen der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der Mission der Vereinten Nationen in Liberia eingetretenen Entwicklungen und die dabei durchgeführten Maßnahmen und Anstrengungen unterrichtet zu halten, die das Ziel haben, der Regierung Côte d'Ivoires beziehungsweise der Regierung Liberias bei der Überwachung ihrer Grenze und der umliegenden Gebiete behilflich zu sein, so auch darüber, wie die verlegten Kapazitäten zu diesen Bemühungen beitragen, mit besonderem Augenmerk auf grenzüberschreitenden Bewegungen von Kombattanten oder Waffentransfers, und ermutigt in dieser Hinsicht die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und die Mission der Vereinten Nationen in Liberia, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihrer Einsatzgebiete der Regierung Côte d'Ivoires beziehungsweise der Regierung Liberias gemeinsam dabei behilflich zu sein, diejenigen zu entwaffnen, die die nationale Aussöhnung und die Festigung des Friedens gefährden;

6. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6535. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6570. Sitzung am 29. Juni 2011 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

Schreiben des Generalsekretärs vom 10. Juni 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/351)".

Resolution 1992 (2011)
vom 29. Juni 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1933 (2010) vom 30. Juni 2010, 1942 (2010) vom 29. September 2010, 1951 (2010) vom 24. November 2010, 1962 (2010) vom 20. Dezember 2010, 1967 (2011) vom 19. Januar 2011, 1968 (2011) vom 16. Februar 2011, 1975 (2011) vom 30. März 2011, 1980 (2011) vom 28. April 2011 und 1981 (2011) vom 13. Mai 2011, und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Côte d'Ivoire und in der Subregion,

sowie unter Hinweis auf die in den Ziffern 4 bis 6 seiner Resolution 1609 (2005) vom 24. Juni 2005 und in Ziffer 6 seiner Resolution 1938 (2010) vom 15. September 2010 vorgesehenen Kooperationsvereinbarungen zwischen den Missionen und ferner unter Hinweis auf Ziffer 7 der Resolution 1962 (2010), die Ziffern 3 und 4 der Resolution 1967 (2011) und Ziffer 1 der Resolution 1968 (2011),

ferner unter Hinweis auf das Schreiben des Generalsekretärs vom 10. Juni 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, in dem die prekäre Sicherheitslage in Côte d'Ivoire und an der Grenze zu Liberia betont wird, auf die wesentliche Rolle, die den von der Mission der Vereinten Nationen in Liberia zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire verlegten Kapazitäten unter den derzeitigen schwierigen Bedingungen in Côte d'Ivoire zukommt, und auf die Notwendigkeit, die Mission der Vereinten Nationen in Liberia in ihrer Fähigkeit zur Durchführung ihres Mandats im Hinblick auf die Wahlen zu unterstützen[265],

[265] S/2011/351.

unter Begrüßung der von der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der Mission der Vereinten Nationen in Liberia durchgeführten gemeinsamen Einsatzplanung im Grenzgebiet zwischen Côte d'Ivoire und Liberia, Kenntnis nehmend von der zwischen den beiden Missionen geschlossenen Vereinbarung, die vorübergehende Verlegung von 3 bewaffneten Hubschraubern samt Besatzung von der Mission der Vereinten Nationen in Liberia zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu verlängern, sowie Kenntnis nehmend von den Vorkehrungen der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, diese Kapazitäten hauptsächlich im westlichen Côte d'Ivoire einzusetzen,

unter Hinweis auf Ziffer 1 der Resolution 1981 (2011), mit der er das in den Resolutionen 1933 (2010), 1962 (2010) und 1975 (2011) festgelegte Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire bis zum 31. Juli 2011 verlängerte,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, den Generalsekretär zu ermächtigen, in Weiterverfolgung der Ziffern 4 und 6 der Resolution 1609 (2005), Ziffer 1 der Resolution 1951 (2010), Ziffer 6 der Resolution 1962 (2010), der Ziffern 3 und 4 der Resolution 1967 (2011) und Ziffer 1 der Resolution 1968 (2011) die Verlegung von 3 bewaffneten Hubschraubern samt Besatzung von der Mission der Vereinten Nationen in Liberia zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire bis zum 30. September 2011 zu verlängern;

2. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat bis zum 15. September 2011 eine aktuelle Analyse und Empfehlungen zu den Kooperationsvereinbarungen zwischen den Missionen vorzulegen;

3. *beschließt*, die in Resolution 1967 (2011) festgelegte Entsendung von weiteren 2.000 Soldaten zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire sowie die mit Resolution 1942 (2010) genehmigte vorübergehende Entsendung zusätzlicher Militär- und Polizeikapazitäten bis zum 31. Juli 2011 zu verlängern;

4. *ersucht* die truppen- und polizeistellenden Länder hierbei um Unterstützung;

5. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6570. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6584. Sitzung am 18. Juli 2011 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

> Achtundzwanzigster Bericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2011/387)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Choi Young-Jin, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire und Leiter der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6591. Sitzung am 27. Juli 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

> Achtundzwanzigster Bericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2011/387)".

Resolution 2000 (2011)
vom 27. Juli 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1933 (2010) vom 30. Juni 2010, 1942 (2010) vom 29. September 2010, 1951 (2010) vom 24. November 2010, 1962 (2010) vom 20. Dezember 2010, 1967 (2011) vom 19. Januar 2011, 1968 (2011) vom 16. Februar 2011, 1975 (2011) vom 30. März 2011, 1980 (2011) vom 28. April 2011, 1981 (2011) vom 13. Mai 2011 und 1992 (2011) vom 29. Juni 2011, und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Côte d'Ivoire sowie seine Resolution 1938 (2010) vom 15. September 2010 über die Situation in Liberia,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Côte d'Ivoires und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der regionalen Zusammenarbeit,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 24. Juni 2011[266] und Kenntnis nehmend von den darin enthaltenen Empfehlungen, namentlich denjenigen der vom 1. bis 14. Mai 2011 nach Côte d'Ivoire entsandten Bewertungsmission,

sowie unter Begrüßung der Fortschritte bei der Wiederherstellung der Stabilität und des Friedens in Côte d'Ivoire nach dem Amtsantritt von Herrn Alassane Dramane Ouattara als Präsident Côte d'Ivoires am 21. Mai 2011,

mit Lob für das Engagement und die Initiativen von Präsident Ouattara zur Förderung des Dialogs, der Gerechtigkeit und der Aussöhnung, einschließlich der Einsetzung der Kommission für Dialog, Wahrheit und Aussöhnung, und mit der Aufforderung an alle ivorischen Akteure, bei ihren Anstrengungen zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau des Landes zusammenzuarbeiten,

davon Kenntnis nehmend, dass der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs auf der Grundlage der von Côte d'Ivoire hinterlegten Erklärung, mit der der Staat die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs nach Artikel 12 Absatz 3 des Römischen Statuts des Gerichtshofs[253] anerkennt, der Vorverfahrenskammer einen Antrag auf Genehmigung zur Aufnahme von Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Côte d'Ivoire seit dem 28. November 2010 vorgelegt hat,

sowie davon Kenntnis nehmend, dass Präsident Ouattara den Präsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré („Moderator"), ersucht hat, der Regierung Côte d'Ivoires weiter bei der Umsetzung der unerledigten Aspekte des Friedensprozesses und der Abkommen von Ouagadougou behilflich zu sein,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die anhaltend prekäre und instabile Sicherheitslage und unter Hinweis darauf, dass die Regierung Côte d'Ivoires die Hauptverantwortung für die Gewährleistung des Friedens, der Stabilität und des Schutzes der Zivilbevölkerung in Côte d'Ivoire trägt,

davon Kenntnis nehmend, dass mit einem von Präsident Ouattara am 17. März 2011 erlassenen Dekret die Republikanischen Kräfte Côte d'Ivoires eingesetzt worden sind, die die früheren und Verteidigungs- und Sicherheitskräfte Côte d'Ivoires ablösen, und unter Betonung der Notwendigkeit eines alle einschließenden Prozesses zur Reform des Sicherheitssektors,

sowie Kenntnis nehmend von dem nach wie vor hohen Risiko eines Rückfalls in erneute bewaffnete Konflikte und Angriffe auf die Zivilbevölkerung, namentlich durch Sol-

[266] S/2011/387.

daten der ehemaligen Republikanischen Garden, Milizionäre, Söldner, entflohene Gefangene und andere illegale bewaffnete Elemente, auf die im Bericht des Generalsekretärs Bezug genommen wird,

daran erinnernd, dass die letzten Parlamentswahlen am 10. Dezember 2000 abgehalten wurden, und nachdrücklich darauf hinweisend, dass die Abhaltung glaubhafter, freier und fairer Parlamentswahlen für die vollständige Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Côte d'Ivoire, die nationale Aussöhnung und ein alle einschließendes Staatswesen entscheidend ist,

betonend, wie wichtig es ist, dass sich alle Teile der ivorischen Zivilgesellschaft, Männer wie Frauen, an dem Wahlprozess beteiligen und dass der gleiche Schutz und die gleiche Achtung der Menschenrechte aller ivorischen Interessenträger in Bezug auf das Wahlsystem und insbesondere die Achtung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung gewährleistet werden,

unter nachdrücklicher Verurteilung der während der Krise nach den Wahlen begangenen Gräueltaten, schweren Menschenrechtsmissbräuche und -verletzungen sowie Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, darunter außergerichtliche Tötungen, Verstümmelungen, willkürliche Festnahmen und Entführungen von Zivilpersonen, Verschwindenlassen, Rachehandlungen, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, auch an Kindern, und das behauptete Einziehen und Einsetzen von Kindern in dem Konflikt im ganzen Land und insbesondere in Abidjan und im Westen,

sowie nachdrücklich verurteilend, dass Personal der Vereinten Nationen während der Krise nach den Wahlen angegriffen und drangsaliert wurde, und erneut darauf hinweisend, dass diese Handlungen Verstöße gegen das Völkerrecht darstellen,

betonend, wie wichtig es ist, behauptete Menschenrechtsmissbräuche und -verletzungen seitens aller Parteien zu untersuchen, ferner erneut erklärend, dass die für solche Missbräuche und Verletzungen Verantwortlichen ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zur Rechenschaft gezogen werden müssen, und das diesbezügliche Engagement Präsident Ouattaras begrüßend,

Kenntnis nehmend von dem Bericht und den Empfehlungen der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission[267], die gemäß Resolution 16/25 des Menschenrechtsrats vom 25. März 2011[252] eingesetzt wurde,

in Würdigung der Bemühungen der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten während der Krise nach den Wahlen und sie ermutigend, in ihrem unterstützenden Engagement für die Stabilisierung der Lage in Côte d'Ivoire und die Erfüllung der unerledigten Aufgaben im Friedensprozess nicht nachzulassen,

sowie in Würdigung des Beitrags der truppen- und polizeistellenden Länder und der Geber zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 und 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009 und 1998 (2011) vom 12. Juli 2011 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und unter erneutem Hinweis auf die unverzichtbare Rolle der Frauen bei der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidie-

[267] A/HRC/17/48.

rung und ihre Schlüsselrolle bei der Wiederherstellung des Gefüges von Gesellschaften, die dabei sind, einen Konflikt zu überwinden,

feststellend, dass die Situation in Côte d'Ivoire nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, das Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire bis zum 31. Juli 2012 zu verlängern;

2. *beschließt außerdem*, dass die Militärkomponente der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire in ihrer genehmigten Personalstärke von 9.792, davon 9.600 Soldaten und Stabsoffiziere, einschließlich der mit den Resolutionen 1942 (2010) und 1967 (2011) genehmigten 2.400 zusätzlichen Soldaten, und 192 Militärbeobachter, beibehalten wird;

3. *beschließt ferner*, dass die Polizeikomponente der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire in ihrer genehmigten Personalstärke von 1.350 beibehalten wird, und beschließt, die bereits bewilligten 8 Zollbeamten beizubehalten;

4. *beschließt*, eine im Rahmen der genehmigten Stärke des Militär- und Polizeipersonals der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire durch entsprechende Anpassungen ihrer Militär- und Polizeistärke vorzunehmende Aufstockung des Polizeipersonals um 205 Berater mit geeigneten Kenntnissen, die Experten auf den im Bericht des Generalsekretärs[266] genannten Fachgebieten sein sollen, zu genehmigen;

5. *beschließt außerdem*, dass die mit Resolution 1967 (2011) genehmigten zusätzlichen 2.000 Soldaten und die mit Resolution 1942 (2010) genehmigten zusätzlichen 400 Soldaten und 100 Polizisten für die Stabilisierung Côte d'Ivoires, namentlich die Schaffung eines förderlichen Sicherheitsumfelds für die Parlamentswahlen, erforderlich sind;

6. *erklärt erneut*, dass der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire nach Ziffer 4 der Resolution 1933 (2010) und früheren Resolutionen zu bestätigen hat, dass in jeder Phase der bevorstehenden Parlamentswahlen alle notwendigen Garantien für offene, freie, faire und transparente Wahlen im Einklang mit den internationalen Standards und den vereinbarten Kriterien gegeben sind;

7. *beschließt*, dass die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire das folgende Mandat haben wird:

Schutz und Sicherheit

a) *Schutz von Zivilpersonen*

– im Rahmen ihrer Möglichkeiten innerhalb ihres Einsatzgebiets und unbeschadet der Hauptverantwortung der ivorischen Behörden die Zivilbevölkerung vor unmittelbar drohender körperlicher Gewalt zu schützen,

– die umfassende Strategie zum Schutz von Zivilpersonen zu überarbeiten und in Verbindung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen mit der Strategie der Vereinten Nationen zum Schutz von Zivilpersonen abzustimmen, den neuen Realitäten vor Ort und den besonderen Bedürfnissen der schwächeren Bevölkerungsgruppen Rechnung zu tragen und gemäß den Resolutionen 1960 (2010) und 1882 (2009) Maßnahmen zur Verhütung geschlechtsspezifischer Gewalt aufzunehmen,

– eng mit den humanitären Hilfsorganisationen zusammenzuarbeiten, insbesondere in Bezug auf Spannungsgebiete und Gebiete, in die Vertriebene zurückkehren, Informationen über mögliche Bedrohungen der Zivilbevölkerung zu sammeln und

derartige Bedrohungen zu erkennen sowie verlässliche Informationen über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen zu sammeln und sie gegebenenfalls den ivorischen Behörden zur Kenntnis zu bringen und geeignete Maßnahmen im Einklang mit der systemweiten Schutzstrategie der Vereinten Nationen und in Harmonie mit der Schutzstrategie der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu ergreifen,

– Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an schwächeren Bevölkerungsgruppen, einschließlich Kindern, im Einklang mit den Resolutionen 1612 (2005), 1882 (2009) und 1998 (2011) zu überwachen und zu melden und zu den Bemühungen um die Verhütung solcher Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen beizutragen,

b) *Umgang mit den verbleibenden Sicherheitsbedrohungen und grenzbezogenen Problemen*

– im Rahmen ihrer bestehenden Befugnisse und Möglichkeiten innerhalb ihres Einsatzgebiets die nationalen Behörden weiter bei der Stabilisierung der Sicherheitslage im Land zu unterstützen,

– die Aktivitäten von Milizen, Söldnern und anderen illegalen bewaffneten Gruppen in Übereinstimmung mit ihrem bestehenden Mandat zum Schutz von Zivilpersonen weiter zu überwachen und von diesen Aktivitäten abzuschrecken und den Sicherheitsrat über die diesbezüglichen Entwicklungen regelmäßig unterrichtet zu halten,

– die Regierung Côte d'Ivoires dabei zu unterstützen, grenzüberschreitende Sicherheits- und andere Probleme entlang der Grenzen und in Grenzgebieten, namentlich zu Liberia, unter besonderer Beachtung der grenzüberschreitenden Bewegung von bewaffneten Elementen und Waffen zu überwachen und anzugehen und zu diesem Zweck in enger Abstimmung mit der Mission der Vereinten Nationen in Liberia vorzugehen, mit dem Ziel einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Missionen, etwa indem nach Bedarf und im Rahmen ihrer Mandate und Möglichkeiten gemeinsame Patrouillen und Eventualplanungen durchgeführt werden,

– mit den Republikanischen Kräften Côte d'Ivoires Verbindung zu halten, um das allseitige Vertrauen unter den Bestandteilen der Republikanischen Kräfte zu fördern,

– in Abstimmung mit der Regierung Côte d'Ivoires die Bereitstellung von Sicherheitsdiensten für die Mitglieder der Regierung und die wichtigsten politischen Interessenträger zu unterstützen, namentlich im Hinblick auf die Vorbereitung und Abhaltung der bevorstehenden Parlamentswahlen,

c) *Überwachung des Waffenembargos*

– in Zusammenarbeit mit der Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire nach Resolution 1584 (2005) vom 1. Februar 2005 die Durchführung der mit Ziffer 7 der Resolution 1572 (2004) vom 15. November 2004 verhängten Maßnahmen zu überwachen, namentlich indem sie in dem Maße, in dem sie es für erforderlich hält, und gegebenenfalls ohne vorherige Ankündigung alle Waffen, Munitionsbestände und sonstiges Wehrmaterial, gleichviel wo sich diese befinden, inspiziert, im Einklang mit Resolution 1980 (2011),

– Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, die unter Verstoß gegen die mit Ziffer 7 der Resolution 1572 (2004) verhängten Maßnahmen nach Côte d'Ivoire verbracht wurden, gegebenenfalls einzusammeln und auf geeignete Weise zu entsorgen,

d) *Einsammlung von Waffen*

– den nationalen Behörden, namentlich der Nationalen Kommission zur Bekämpfung der Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen und des unerlaubten Handels damit, im Einklang mit Resolution 1980 (2011) weiter bei der Einsammlung, Registrierung, Sicherstellung und Entsorgung von Waffen und gegebenenfalls bei der Räumung explosiver Kampfmittelrückstände behilflich zu sein,

– die Regierung Côte d'Ivoires in Abstimmung mit den anderen Partnern bei der Ausarbeitung und Durchführung von Gemeinwesenprogrammen zur Einsammlung von Waffen zu unterstützen, die mit der Verringerung der Gewalt und mit der Aussöhnung in den Gemeinwesen verknüpft sein sollen,

– in Abstimmung mit der Regierung Côte d'Ivoires sicherzustellen, dass die eingesammelten Waffen nicht außerhalb der umfassenden nationalen Sicherheitsstrategie, auf die in Buchstabe *f*) Bezug genommen wird, verteilt oder wiederverwendet werden,

e) *Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramm*

– der Regierung Côte d'Ivoires in enger Abstimmung mit anderen internationalen und bilateralen Partnern dabei behilflich zu sein, unverzüglich ein neues nationales Programm zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der Kombattanten und Auflösung der Milizen und Selbstverteidigungsgruppen auszuarbeiten und durchzuführen, das klare Einzelkriterien enthält und auf den neuen Kontext zugeschnitten ist, unter Berücksichtigung der Rechte und Bedürfnisse der verschiedenen Personengruppen, die entwaffnet, demobilisiert und wiedereingegliedert werden sollen, einschließlich der Kinder und Frauen,

– die Registrierung und Überprüfung der ehemaligen Kombattanten weiter zu unterstützen,

– die Entwaffnung und Repatriierung ausländischer bewaffneter Elemente, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der Mission der Vereinten Nationen in Liberia und den Landesteams der Vereinten Nationen in der Region, zu unterstützen,

f) *Wiedereinsetzung und Reform der Sicherheits- und Rechtsstaatsinstitutionen*

– der Regierung Côte d'Ivoires dabei behilflich zu sein, unverzüglich und in enger Abstimmung mit anderen internationalen Partnern eine sektorweite Überprüfung der Sicherheitsinstitutionen durchzuführen und eine umfassende nationale Sicherheitsstrategie und Pläne zur Reform dieser Institutionen auszuarbeiten und dabei auch das nationale Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramm zu berücksichtigen,

– unter der Führung der Regierung Côte d'Ivoires und in enger Zusammenarbeit mit internationalen Akteuren die wirksame Koordinierung, die Transparenz und die Harmonisierung der Anstrengungen sowie eine klare Teilung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller internationalen Partner, die an der Förderung des Prozesses der Sicherheitssektorreform beteiligt sind, zu unterstützen und dem Sicherheitsrat zu gegebener Zeit über die Entwicklungen im Prozess der Sicherheitssektorreform Bericht zu erstatten,

– die Regierung Côte d'Ivoires gegebenenfalls bei der Reform des Sicherheitssektors und der Organisation der künftigen Nationalarmee zu beraten, im Rahmen ihrer derzeitigen Ressourcen, auf Ersuchen der Regierung und in enger Abstimmung mit den anderen internationalen Partnern die Durchführung von Schulungen in Sicherheits- und Strafverfolgungsinstitutionen auf dem Gebiet

der Menschenrechte, des Kinderschutzes und des Schutzes vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus durch technische Hilfe, gemeinsame Standorte und Mentorenprogramme für die Beamten in Polizei, Gendarmerie sowie Justiz und Strafvollzug zu erleichtern, zur Wiederherstellung ihrer Präsenz in ganz Côte d'Ivoire beizutragen und im Hinblick auf die Entwicklung eines nachhaltigen Mechanismus zur Überprüfung des zur Aufnahme in die Institutionen des Sicherheitssektors vorgesehenen Personals Unterstützung anzubieten,

– die Regierung Côte d'Ivoires bei der Entwicklung und Umsetzung einer nationalen Strategie für den Justizsektor sowie bei der Ausarbeitung und Durchführung eines mehrjährigen gemeinsamen Justizunterstützungsprogramms der Vereinten Nationen zu unterstützen, um die Polizei, die rechtsprechende Gewalt, die Vollzugsanstalten und den Zugang zur Justiz in Côte d'Ivoire zu entwickeln, sowie im Rahmen der vorhandenen Ressourcen und in Abstimmung mit den internationalen Partnern die ersten Nothilfemaßnahmen zum Wiederaufbau der entsprechenden Infrastruktur und die Bereitstellung von Ausrüstung zu unterstützen,

– im Rahmen ihrer derzeitigen Ressourcen und in Zusammenarbeit mit dem umfassenderen System der Vereinten Nationen die Aussöhnung zu unterstützen, namentlich die Schaffung und den Betrieb von Mechanismen zur Prävention, Milderung oder Beilegung von Konflikten, insbesondere auf der lokalen Ebene, sowie zur Förderung des sozialen Zusammenhalts,

g) *Unterstützung der Anstrengungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte*

– zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte in Côte d'Ivoire beizutragen, mit besonderem Augenmerk auf an Kindern und Frauen begangenen schweren Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen, namentlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, in enger Abstimmung mit dem unabhängigen Experten, der gemäß Resolution 17/21 des Menschenrechtsrats vom 17. Juni 2011[252] eingesetzt wurde,

– Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Recht zu überwachen, bei ihrer Untersuchung zu helfen und der Öffentlichkeit und dem Sicherheitsrat über sie Bericht zu erstatten, mit dem Ziel, Verstöße zu verhüten, ein schützendes Umfeld zu entwickeln und die Straflosigkeit zu beenden, und zu diesem Zweck ihre Kapazitäten zur Überwachung, Untersuchung und Berichterstattung auf dem Gebiet der Menschenrechte zu stärken,

– den Sicherheitsrat über alle Personen in Kenntnis zu setzen, die als Urheber schwerer Menschenrechtsverletzungen identifiziert wurden, und den Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) regelmäßig über die diesbezüglichen Entwicklungen unterrichtet zu halten,

– die Regierung Côte d'Ivoires bei ihren Anstrengungen zur Bekämpfung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu unterstützen, namentlich durch Beiträge zur Entwicklung einer in nationaler Eigenverantwortung durchgeführten sektorübergreifenden Strategie in Zusammenarbeit mit den an der Aktion der Vereinten Nationen gegen sexuelle Gewalt in Konflikten beteiligten Stellen, Frauenschutzberater zu ernennen und nach Bedarf und im Rahmen der vorhandenen Ressourcen dafür zu sorgen, dass Experten in Gleichstellungsfragen vorhanden sind und Schulungen auf diesem Gebiet abgehalten werden, im Einklang mit den Resolutionen 1888 (2009), 1889 (2009) und 1960 (2010),

h) *Unterstützung der humanitären Hilfe*

– auch weiterhin den ungehinderten Zugang für die humanitäre Hilfe zu erleichtern und die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die von Konflikten betroffenen und schwächeren Bevölkerungsgruppen stärken zu helfen, namentlich durch einen Beitrag zur Erhöhung der dieser Bereitstellung förderlichen Sicherheit,

– die ivorischen Behörden bei der Vorbereitung der freiwilligen, sicheren und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen in Zusammenarbeit mit den zuständigen humanitären Organisationen und bei der Schaffung der dazu dienlichen Sicherheitsbedingungen zu unterstützen,

Friedens- und Wahlprozess

i) *Unterstützung der Organisation und der Durchführung offener, frühzeitiger, freier, fairer und transparenter Parlamentswahlen*

– einen alle einschließenden politischen Prozess zu fördern und die Schaffung eines den bevorstehenden Wahlen förderlichen politischen Umfelds zu unterstützen, namentlich in Abstimmung mit den von der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Afrikanischen Union unternommenen Anstrengungen,

– die Organisation und die Durchführung offener, freier, fairer und transparenter Parlamentswahlen zu unterstützen, die entsprechende logistische und technische Hilfe zu leisten und der Regierung Côte d'Ivoires dabei behilflich zu sein, wirksame Sicherheitsregelungen zu treffen,

– der Unabhängigen Wahlkommission mit technischer und logistischer Unterstützung dabei behilflich zu sein, die unerledigten Aufgaben vor der Abhaltung der Parlamentswahlen abzuschließen, und nach Bedarf zu diesem Zweck Konsultationen unter allen politischen Interessenträgern sowie mit der Kommission zu erleichtern,

– im Rahmen ihrer Möglichkeiten innerhalb ihres Einsatzgebiets für die Koordinierung der internationalen Beobachter zu sorgen und zu deren Sicherheit beizutragen,

– dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs die notwendige Hilfe zu leisten, damit er seine Aufgabe der Bestätigung der Parlamentswahlen in Übereinstimmung mit Ziffer 6 erfüllen kann, unter Berücksichtigung des besonderen Charakters von Parlamentswahlen,

j) *Öffentlichkeitsarbeit*

– die ivorischen Medien weiter genau zu beobachten und in Übereinstimmung mit ihrem Mandat gegebenenfalls die Bereitstellung von Hilfe für die Medien und die Aufsichtsorgane weiter zu erleichtern,

– die Sendekapazität der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire über ihren Radiosender ONUCI FM weiter zu nutzen, um zu den Gesamtmaßnahmen zur Schaffung eines friedlichen Umfelds, namentlich für die Parlamentswahlen, beizutragen,

– die ivorischen Massenmedien und die politischen Hauptakteure dazu zu bewegen, den von den ivorischen Parteien unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs unterzeichneten Verhaltenskodex für die Wahlen uneingeschränkt durchzuführen sowie den Verhaltenskodex für die Medien zu unterzeichnen und einzuhalten,

– alle Fälle, in denen öffentlich zu Hass, Intoleranz und Gewalt aufgestachelt wird, zu verfolgen und den Sicherheitsrat über alle Personen in Kenntnis zu setzen, die als Anstifter politischer Gewalt identifiziert wurden, und den Ausschuss nach Resolution 1572 (2004) regelmäßig über die diesbezüglichen Entwicklungen unterrichtet zu halten,

k) *Wiedereinsetzung der Staatsverwaltung und Ausweitung der staatlichen Autorität auf das ganze Land*

– die ivorischen Behörden bei der Ausweitung und Wiederherstellung einer wirksamen Staatsverwaltung und bei der Stärkung der öffentlichen Verwaltung in Schlüsselbereichen im ganzen Land, auf nationaler und lokaler Ebene, sowie bei der Umsetzung der unerledigten Aspekte der Abkommen von Ouagadougou in Bezug auf die Wiedervereinigung des Landes zu unterstützen,

l) *Moderation*

– sich mit dem Moderator und seinem Sonderbeauftragten in Abidjan abzustimmen, um der Regierung Côte d'Ivoires, falls notwendig und im Rahmen der verfügbaren Mittel, bei der Erfüllung der unerledigten Aufgaben im Friedensprozess behilflich zu sein, gegebenenfalls auch durch die Bereitstellung logistischer Unterstützung für das Büro des Sonderbeauftragten,

m) *Schutz des Personals der Vereinten Nationen*

– das Personal, die Einrichtungen und Ausrüstung der Vereinten Nationen zu schützen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit ihres Personals zu gewährleisten;

8. *beschließt*, die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire weiter zu ermächtigen, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um ihr Mandat im Rahmen ihrer Möglichkeiten innerhalb ihres Einsatzgebiets und im Einklang mit den Resolutionen 1933 (2010) und 1962 (2010) zu erfüllen;

9. *begrüßt* die Einsetzung der Kommission für Dialog, Wahrheit und Aussöhnung mit einem von Präsident Ouattara am 13. Mai 2011 erlassenen Dekret, legt der Regierung Côte d'Ivoires nahe, dafür zu sorgen, dass die Kommission ihre Arbeit so bald wie möglich voll aufnehmen kann, und fordert das System der Vereinten Nationen ferner auf, die Arbeit der Kommission zu unterstützen, mit dem Ziel, für die Ausrichtung ihrer Arbeitsweise an den internationalen Verpflichtungen Côte d'Ivoires zu sorgen;

10. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires *auf*, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die maßgeblichen Institutionen, darunter die Justiz sowie die Polizei und den Strafvollzug, wiederaufzubauen und zu stärken und ferner dafür zu sorgen, dass in Côte d'Ivoire die Menschenrechte wirksam geschützt und alle diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden;

11. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires *außerdem auf*, sicherzustellen, dass die Schutz- und Haftbedingungen des ehemaligen Präsidenten, Herrn Laurent Gbagbos, seiner Frau, ehemaliger Amtsträger und aller anderen Inhaftierten den internationalen Verpflichtungen entsprechen, namentlich im Hinblick auf den Zugang für die zuständigen Organisationen mit einem Mandat zur Überwachung von Haftanstalten, und bei der Durchführung ihrer Strafverfolgungsmaßnahmen und Stafverfahren ihre internationalen Verpflichtungen in Bezug auf die Erfordernisse eines ordnungsgemäßen und fairen Verfahrens zu erfüllen;

12. *fordert* die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire *auf*, soweit es mit ihren bestehenden Befugnissen und Verantwortlichkeiten vereinbar ist, die nationalen und internationalen Anstrengungen zu unterstützen, die unternommen werden, um diejenigen,

die schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in Côte d'Ivoire begangen haben, vor Gericht zu stellen;

13. *fordert* alle Parteien *nachdrücklich auf*, mit den Einsätzen der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der sie unterstützenden französischen Truppen voll zu kooperieren, insbesondere indem sie deren Sicherheit und Bewegungsfreiheit mit ungehindertem und sofortigem Zugang im gesamten Hoheitsgebiet Côte d'Ivoires gewährleisten, damit sie ihr jeweiliges Mandat uneingeschränkt wahrnehmen können;

14. *fordert* das Landesteam der Vereinten Nationen *auf*, in Abstimmung mit der Regierung Côte d'Ivoires und in enger Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und den interessierten internationalen Partnern zur Planung und Durchführung von Kleinstprojekten beizutragen, um im Rahmen der sozioökonomischen Wiedereingliederungskomponente des nationalen Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramms bestimmten ehemaligen Kombattanten dauerhafte alternative Existenzgrundlagen zu bieten;

15. *legt* der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten *nahe*, mit Unterstützung durch das Büro der Vereinten Nationen für Westafrika eine subregionale Strategie zu entwickeln, um gegebenenfalls mit der Hilfe der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der Mission der Vereinten Nationen in Liberia gegen die Gefahr der grenzüberschreitenden Bewegungen von bewaffneten Gruppen und Waffen sowie des unerlaubten Handels anzugehen;

16. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires und alle internationalen Partner, einschließlich der privatwirtschaftlichen Unternehmen, die der Regierung bei der Reform des Sicherheitssektors behilflich sind, *auf*, die Bestimmungen der Resolution 1980 (2011) einzuhalten und ihre Anstrengungen zu koordinieren, mit dem Ziel, Transparenz und eine klare Arbeitsteilung zwischen allen internationalen Partnern zu fördern;

17. *beschließt*, die den französischen Truppen vom Rat erteilte Ermächtigung, innerhalb der Grenzen ihres Einsatzes und ihrer Kapazität die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu unterstützen, bis zum 31. Juli 2012 zu verlängern;

18. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat spätestens am 31. Dezember 2011 einen Halbzeitbericht und spätestens am 30. Juni 2012 einen Schlussbericht über die Situation vor Ort und die Durchführung dieser Resolution vorzulegen, und ersucht den Generalsekretär ferner, den Rat regelmäßig über die wichtigen Ereignisse im Wahlprozess zu unterrichten und zu informieren, namentlich über die Unterstützung dieses Prozesses durch die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire;

19. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, dem Rat im Rahmen des in Ziffer 18 genannten Halbzeitberichts oder eines spätestens am 31. März 2012 vorzulegenden Sonderberichts und unter Berücksichtigung der Abhaltung der bevorstehenden Parlamentswahlen sowie der bestehenden Sicherheitsprobleme und der Fortschritte beim Wiederaufbau der nationalen Kapazitäten Empfehlungen zu möglichen Anpassungen in der Struktur und der Personalstärke der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire vorzulegen;

20. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6591. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Am 28. Juli 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[268]:

[268] S/2011/469.

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 26. Juli 2011 betreffend Ihre Absicht, Herrn Albert Gerard Koenders (Niederlande) zu Ihrem Sonderbeauftragten für Côte d'Ivoire und Leiter der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu ernennen[269], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

MISSION DES SICHERHEITSRATS[270]

Beschlüsse

Mit Schreiben vom 4. Oktober 2010 unterrichtete der Präsident des Sicherheitsrats den Generalsekretär über den Beschluss des Rates, eine Mission nach Uganda und Sudan zu entsenden.[271]

Auf seiner 6397. Sitzung am 14. Oktober 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Mission des Sicherheitsrats

Unterrichtung durch die Mission des Sicherheitsrats nach Afrika (4. bis 10. Oktober 2010)".

Mit Schreiben vom 18. Mai 2011 unterrichtete der Präsident des Sicherheitsrats den Generalsekretär über den Beschluss des Rates, eine Mission nach Äthiopien, Sudan und Kenia zu entsenden.[272]

Auf seiner 6546. Sitzung am 6. Juni 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Mission des Sicherheitsrats

Unterrichtung durch die Mission des Sicherheitsrats nach Afrika (19. bis 26. Mai 2011)".

DIE FÖRDERUNG UND STÄRKUNG DER RECHTSSTAATLICHKEIT BEI DER WAHRUNG DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT[273]

Beschluss

Am 27. Juni 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[274]:

---

[269] S/2011/468.

[270] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2003 verabschiedet.

[271] Das Schreiben, das als Dokument S/2010/509 des Sicherheitsrats herausgegeben wurde, findet sich auf Seite 353 dieses Bandes. Die Mission fand vom 4. bis 10. Oktober 2010 statt (siehe S/2011/7).

[272] Das Schreiben, das als Dokument S/2011/319 des Sicherheitsrats herausgegeben wurde, findet sich auf Seite 372 dieses Bandes. Die Mission fand vom 19. bis 26. Mai 2011 statt.

[273] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2003 verabschiedet.

[274] S/2011/397.

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 23. Juni 2011[275] bezüglich der Herausgabe des in der Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrat vom 29. Juni 2010[276] über Rechtsstaatlichkeit und Unrechtsaufarbeitung in Konflikt- und Postkonfliktsituationen erbetenen Berichts den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis gebracht worden ist.

Die Mitglieder des Rates haben von dem in ihrem Schreiben übermittelten Ersuchen, die Frist für die Herausgabe des Berichts zu verlängern, Kenntnis genommen und sehen der Vorlage des Berichts bis 1. November 2011 mit Interesse entgegen."

ZENTRALAFRIKANISCHE REGION[277]

Beschlüsse

Am 30. August 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[278]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 11. Dezember 2009 betreffend Ihre Absicht, ein Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika in Libreville einzurichten[279], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist.

Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben enthaltenen Information Kenntnis und begrüßen die darin geäußerte Absicht. Sie sind der Auffassung, dass es angemessen wäre, das vorgeschlagene Büro für einen Zeitraum von zunächst zwei Jahren einzurichten und sein Mandat nach 18 Monaten zu überprüfen. Sie würden es begrüßen, von Ihnen nach der Einrichtung des Büros regelmäßig über die Tätigkeit und die Wirkung des Büros vor Ort informiert zu werden. Sie würden es außerdem begrüßen, sechs Monate, nachdem das Büro seine Tätigkeit vollständig aufgenommen hat, einen ersten Bericht zu erhalten."

Am 14. März 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[280]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 11. März 2011 betreffend Ihre Absicht, Herrn Abou Moussa (Tschad) zu Ihrem Sonderbeauftragten für Zentralafrika und Leiter des Regionalbüros der Vereinten Nationen für Zentralafrika zu ernennen[281], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

---

[275] S/2011/396.

[276] S/PRST/2010/11.

[277] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2003 verabschiedet.

[278] S/2010/457.

[279] S/2009/697.

[280] S/2011/131.

[281] S/2011/130.

NICHTVERBREITUNG VON MASSENVERNICHTUNGSWAFFEN[282]

Beschluss

Auf seiner 6518. Sitzung am 20. April 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen“.

Resolution 1977 (2011) vom 20. April 2011

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seiner Resolutionen 1540 (2004) vom 28. April 2004, 1673 (2006) vom 27. April 2006 und 1810 (2008) vom 25. April 2008,

sowie bekräftigend, dass die Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen und ihrer Trägersysteme eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

ferner bekräftigend, dass alle Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen vollständig nachkommen und ihre Verpflichtungen in Bezug auf Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung aller Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme unter allen Aspekten erfüllen müssen,

erneut erklärend, dass die Verhütung der Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen nicht die internationale Zusammenarbeit im Hinblick auf Materialien, Ausrüstung und Technologien für friedliche Zwecke behindern darf, dass jedoch die Ziele der friedlichen Nutzung nicht für die Verbreitung dieser Waffen missbraucht werden dürfen,

nach wie vor in ernster Besorgnis über die Bedrohung durch den Terrorismus und das Risiko, dass nichtstaatliche Akteure nukleare, chemische und biologische Waffen und ihre Trägersysteme erwerben, entwickeln, damit handeln oder sie einsetzen,

in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, im Einklang mit den ihm nach der Charta der Vereinten Nationen obliegenden Hauptverantwortlichkeiten geeignete und wirksame Maßnahmen zur Abwehr jeder Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu ergreifen, die durch die Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen und ihrer Trägersysteme verursacht wird,

in Bekräftigung seines Beschlusses, dass die in Resolution 1540 (2004) festgelegten Verpflichtungen nicht so auszulegen sind, als stünden sie im Widerspruch zu den Rechten und Pflichten der Vertragsstaaten des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[283], des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen[284] und des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen[285] oder als änderten sie diese oder als änderten sie die Verantwortlichkeiten der Internationalen Atomenergie-Organisation oder der Organisation für das Verbot chemischer Waffen,

---

[282] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2004 verabschiedet.

[283] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 729, Nr. 10485. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1974 II S. 785; LGBl. 1978 Nr. 15; öBGBl. Nr. 258/1970; AS 1977 471.

[284] Ebd., Vol. 1974, Nr. 33757. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1994 II S. 806; LGBl. 1999 Nr. 235; öBGBl. III Nr. 38/1997; AS 1998 335.

[285] Ebd., Vol. 1015, Nr. 14860. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1983 II S. 132; LGBl. 1991 Nr. 64; öBGBl. Nr. 432/1975; AS 1976 1438.

feststellend, dass die internationale Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit dem Völkerrecht erforderlich ist, um den unerlaubten Handel nichtstaatlicher Akteure mit nuklearen, chemischen und biologischen Waffen und ihren Trägersystemen sowie mit damit zusammenhängendem Material zu bekämpfen,

in der Erkenntnis, dass die Anstrengungen je nach Bedarf auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene stärker koordiniert werden müssen, um der von der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägersystemen ausgehenden ernsten Herausforderung und Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit weltweit wirksamer entgegenzutreten,

die Notwendigkeit *betonend*, dass die Staaten nach Maßgabe ihrer nationalen Befugnisse und Rechtsvorschriften und im Einklang mit dem Völkerrecht alle geeigneten einzelstaatlichen Maßnahmen ergreifen, um die Exportkontrollen zu verstärken, den Zugang zu immateriellen Technologietransfers und zu Informationen, die für Massenvernichtungswaffen und ihre Trägersysteme verwendet werden könnten, zu kontrollieren, die Finanzierung der Verbreitung und einschlägige Lieferungen zu verhindern und sensibles Material abzusichern,

unter Gutheißung der von dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 (2004) (im Folgenden „1540-Ausschuss“) im Einklang mit seinen Arbeitsprogrammen bereits geleisteten Arbeit, namentlich der Einsetzung der Arbeitsgruppen für die Erleichterung der Durchführung des Arbeitsprogramms,

in Anerkennung der Fortschritte der Staaten bei der Durchführung der Resolution 1540 (2004), jedoch feststellend, dass die Staaten auf einigen der von der Resolution erfassten Gebiete weniger Maßnahmen ergriffen haben,

unter Gutheißung der wertvollen Aktivitäten, die der 1540-Ausschuss in Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen durchführt,

Kenntnis nehmend von den internationalen Anstrengungen zur vollständigen Durchführung der Resolution 1540 (2004), namentlich im Hinblick auf die Verhinderung der Finanzierung proliferationsrelevanter Tätigkeiten, und unter Berücksichtigung der von der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ vorgegebenen Anleitung,

feststellend, dass nicht alle Staaten dem 1540-Ausschuss ihre Staatenberichte über die Durchführung der Resolution 1540 (2004) vorgelegt haben,

sowie feststellend, dass die vollständige Durchführung der Resolution 1540 (2004), einschließlich des Erlasses innerstaatlicher Rechtsvorschriften und der Ergreifung von Maßnahmen zur Gewährleistung der Anwendung dieser Rechtsvorschriften, durch alle Staaten eine langfristige Aufgabe ist, die fortlaufende Anstrengungen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene erfordern wird,

in dieser Hinsicht *anerkennend*, wie wichtig der Dialog zwischen dem 1540-Ausschuss und den Mitgliedstaaten ist, und betonend, dass direkte Kontakte ein wirksames Mittel sind, diesen Dialog zu führen,

sowie in der Erkenntnis, dass viele Staaten nach wie vor Hilfe bei der Durchführung der Resolution 1540 (2004) benötigen, hervorhebend, wie wichtig es ist, den Staaten auf Antrag wirksame und bedarfsgerechte Hilfe bereitzustellen, und die diesbezügliche Koordinierungs- und Unterstützungsfunktion des 1540-Ausschusses begrüßend,

in dieser Hinsicht *betonend*, dass es notwendig ist, die Hilfe und Zusammenarbeit der Staaten untereinander, zwischen dem 1540-Ausschuss und den Staaten und zwischen dem Ausschuss und den zuständigen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen zu verstärken, wenn es darum geht, den Staaten bei der Durchführung der Resolution 1540 (2004) behilflich zu sein,

in der Erkenntnis, wie wichtig Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele des am 12. und 13. April 2010 in Washington abgehaltenen Gipfeltreffens über nukleare Sicherheit als Beitrag zur wirksamen Durchführung der Resolution 1540 (2004) sind,

mit der Aufforderung an die Staaten, dringend zusammenzuarbeiten, um nuklearterroristische Handlungen zu verhüten und zu bekämpfen, namentlich durch verstärkte Zusammenarbeit und die vollständige Durchführung der einschlägigen internationalen Übereinkünfte und mittels geeigneter Maßnahmen zur Verstärkung des bestehenden Rechtsrahmens, damit gewährleistet wird, dass diejenigen, die nuklearterroristische Straftaten begehen, effektiv zur Rechenschaft gezogen werden,

die umfassende Überprüfung von 2009 des Standes der Durchführung der Resolution 1540 (2004) billigend und von den Feststellungen und Empfehlungen in ihrem Abschlussdokument[286] Kenntnis nehmend,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta,

1. *bekräftigt* seine Beschlüsse in Resolution 1540 (2004) und die darin festgelegten Forderungen und betont erneut, wie wichtig es ist, dass alle Staaten die genannte Resolution vollständig durchführen;

2. *beschließt*, das Mandat des 1540-Ausschusses für einen Zeitraum von zehn Jahren bis zum 25. April 2021 zu verlängern;

3. *beschließt außerdem*, dass der 1540-Ausschuss sowohl nach fünf Jahren als auch vor der Verlängerung seines Mandats eine umfassende Überprüfung des Standes der Durchführung der Resolution 1540 (2004) vornehmen und bei Bedarf auch Empfehlungen zu Mandatsänderungen abgeben wird und dass er dem Sicherheitsrat einen Bericht über die Schlussfolgerungen aus diesen Überprüfungen vorlegen wird, und beschließt, dass die erste Überprüfung demzufolge vor Dezember 2016 stattfinden wird;

4. *beschließt abermals*, dass der 1540-Ausschuss dem Rat jedes Jahr vor Ende Mai ein Jahresarbeitsprogramm vorlegen wird, und beschließt, dass das nächste Arbeitsprogramm vor dem 31. Mai 2011 erstellt wird;

5. *beschließt*, dem 1540-Ausschuss auch weiterhin sachverständige Hilfe bereitzustellen; zu diesem Zweck

a) ersucht er den Generalsekretär, im Benehmen mit dem 1540-Ausschuss eine Gruppe von bis zu acht Sachverständigen („Sachverständigengruppe“) einzusetzen, die unter der Leitung und Zuständigkeit des Ausschusses tätig wird und sich aus Personen zusammensetzt, die über die entsprechende Erfahrung und das entsprechende Wissen verfügen, um dem Ausschuss mit ihrem Sachverstand bei der Durchführung seines Mandats gemäß den Resolutionen 1540 (2004), 1673 (2006), 1810 (2008) und dieser Resolution behilflich zu sein, namentlich indem sie die Bereitstellung von Hilfe zur Verbesserung der Durchführung der Resolution 1540 (2004) erleichtern;

b) ersucht er in dieser Hinsicht den 1540-Ausschuss, Empfehlungen für den Ausschuss und die Sachverständigengruppe zu erwägen, die die fachlichen Anforderungen, eine breite geografische Vertretung, die Arbeitsmethoden, die Modalitäten und die Struktur betreffen, und dabei auch zu prüfen, ob die Sachverständigengruppe eine Koordinierungs- und Führungsposition übernehmen kann, und diese Empfehlungen dem Rat spätestens am 31. August 2011 vorzulegen;

[286] S/2010/52, Anlage.

Durchführung

6. *fordert* alle Staaten, die noch keinen ersten Bericht über die Maßnahmen vorgelegt haben, die sie zur Durchführung der Resolution 1540 (2004) ergriffen haben beziehungsweise zu ergreifen beabsichtigen, *erneut auf*, dem 1540-Ausschuss unverzüglich einen solchen Bericht vorzulegen;

7. *legt* allen Staaten, die solche Berichte bereits vorgelegt haben, *erneut nahe*, wenn angezeigt oder auf Ersuchen des 1540-Ausschusses zusätzliche Angaben zu ihrer Durchführung der Resolution 1540 (2004) zu machen, darunter freiwillige Angaben zu ihren wirksamen Praktiken;

8. *ermutigt* alle Staaten, auf freiwilliger Grundlage und gegebenenfalls mit Unterstützung des 1540-Ausschusses nationale Aktionspläne zur Durchführung auszuarbeiten, in denen sie ihre Prioritäten und Pläne für die Durchführung der wichtigsten Bestimmungen der Resolution 1540 (2004) umreißen, und diese Pläne dem Ausschuss vorzulegen;

9. *beschließt*, dass der 1540-Ausschuss seine Anstrengungen zur Förderung der vollständigen Durchführung der Resolution 1540 (2004) durch alle Staaten weiter verstärken wird, im Rahmen seines Arbeitsprogramms, das die Zusammenstellung und allgemeine Prüfung von Angaben zum Stand der Durchführung der Resolution 1540 (2004) durch die Staaten sowie die Anstrengungen der Staaten im Hinblick auf Informationsarbeit, Dialog, Hilfe und Zusammenarbeit beinhaltet und sich insbesondere mit allen Aspekten der Ziffern 1 bis 3 der genannten Resolution befasst, die sich auf *a*) Nachweisführung, *b*) physischen Schutz, *c*) Grenzkontrollen und Strafverfolgungsmaßnahmen sowie *d*) einzelstaatliche Export- und Umschlagskontrollen bezieht, einschließlich Kontrollen der Bereitstellung von Geldern und Dienstleistungen, beispielsweise Finanzdienstleistungen, für solche Exporte und Umschlagsmaßnahmen, und das je nach Bedarf konkrete Prioritäten für seine Arbeit beinhaltet, unter Berücksichtigung seiner jährlichen Überprüfung der Durchführung der Resolution 1540 (2004), die mit Hilfe der Sachverständigengruppe jedes Jahr vor Ende Dezember erstellt wird;

10. *fordert* den 1540-Ausschuss *nachdrücklich auf*, mit den Staaten sowie den zuständigen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen auch weiterhin aktiv zusammenzuwirken, um den Austausch von Erfahrungen, Erkenntnissen und wirksamen Praktiken auf den von der Resolution 1540 (2004) erfassten Gebieten zu fördern, insbesondere unter Heranziehung der von den Staaten vorgelegten Informationen und der Beispiele für eine erfolgreiche Hilfe, und mit ihnen Verbindung zu halten, was die Verfügbarkeit von Programmen betrifft, die die Durchführung der Resolution 1540 (2004) erleichtern könnten, eingedenk dessen, dass eine individualisierte Hilfe für die wirksame Durchführung der Resolution 1540 (2004) auf nationaler Ebene nützlich ist;

11. *ermutigt* den 1540-Ausschuss in dieser Hinsicht, gestützt auf den erforderlichen einschlägigen Sachverstand mit den Staaten einen aktiven Dialog über die Durchführung der Resolution 1540 (2004) zu führen, so auch durch Besuche in einzelnen Staaten auf deren Einladung hin;

12. *ersucht* den 1540-Ausschuss, mit Unterstützung der Sachverständigengruppe wirksame Praktiken, Vorlagen und Anleitungen zu bestimmen, im Hinblick auf die Anfertigung einer Zusammenstellung, und die Ausarbeitung eines technischen Leitfadens zur Resolution 1540 (2004) zu erwägen, zur freiwilligen Nutzung durch die Staaten bei der Durchführung der Resolution 1540 (2004), und ermutigt in dieser Hinsicht den Ausschuss, nach seinem Ermessen auch entsprechende Sachverständige, so auch aus der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor, hinzuzuziehen und dafür gegebenenfalls die Zustimmung des betreffenden Staates einzuholen;

Hilfe

13. *ermutigt* die Staaten, die Hilfeersuchen haben, diese dem 1540-Ausschuss zu übermitteln, und legt ihnen nahe, dafür die Antragsvorlage des Ausschusses zu verwenden;

14. *fordert* die Staaten und die zuständigen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen *nachdrücklich auf*, den 1540-Ausschuss gegebenenfalls darüber zu unterrichten, auf welchen Gebieten sie Hilfe bereitstellen können, und fordert die Staaten und die genannten Organisationen auf, dem Ausschuss bis zum 31. August 2011 eine Kontaktstelle für die Hilfe zu nennen, sofern sie dies noch nicht getan haben;

15. *fordert* den 1540-Ausschuss *nachdrücklich auf*, die Rolle des Ausschusses bei der Erleichterung der technischen Hilfe für die Durchführung der Resolution 1540 (2004) weiter zu verstärken, insbesondere indem er mit Unterstützung der Sachverständigengruppe aktiv darangeht, Hilfeangebote und Hilfeersuchen aufeinander abzustimmen, durch Mittel wie Länderbesuche, auf Einladung des betroffenen Staates, durch Antragsvorlagen, Aktionspläne oder andere dem Ausschuss vorgelegte Informationen;

16. *unterstützt* die fortgesetzten Anstrengungen des 1540-Ausschusses, einen koordinierten und transparenten Hilfeprozess zu gewährleisten, damit den um Hilfe ersuchenden und den zur Hilfegewährung bereiten Staaten Informationen rasch und problemlos zur Verfügung stehen;

17. *befürwortet* es, dass die zu Hilfeangeboten bereiten Staaten, die um Hilfe ersuchenden Staaten, andere interessierte Staaten und die zuständigen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen Treffen unter Beteiligung des 1540-Auschusses zu die Hilfe betreffenden Fragen abhalten;

Zusammenarbeit mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen

18. *fordert* die zuständigen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen *auf*, eine Kontaktstelle oder einen Koordinator für die Durchführung der Resolution 1540 (2004) zu bestimmen und dem 1540-Ausschuss bis zum 31. August 2011 zu nennen, und ermutigt sie, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit dem Ausschuss zu technischer Hilfe und allen anderen für die Durchführung der Resolution 1540 (2004) maßgeblichen Fragen zu verstärken;

19. *erklärt erneut*, dass die laufende Zusammenarbeit zwischen dem 1540-Ausschuss, dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999) betreffend Al-Qaida und die Taliban sowie mit ihnen verbundene Personen und Einrichtungen und dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1373 (2001) betreffend die Bekämpfung des Terrorismus weiter verstärkt werden muss, namentlich und je nach Bedarf durch verstärkten Informationsaustausch und die Koordinierung der Besuche einzelner Staaten, im Rahmen des jeweiligen Mandats der Ausschüsse, der technischen Hilfe sowie in sonstigen für alle drei Ausschüsse maßgeblichen Fragen, und bekundet seine Absicht, den Ausschüssen auf den Gebieten von gemeinsamem Interesse Anleitung zu geben, damit ihre Maßnahmen besser koordiniert werden;

Transparenz und Informationsarbeit

20. *ersucht* den 1540-Ausschuss, auch weiterhin transparenzfördernde Maßnahmen und Aktivitäten einzuleiten, unter anderem indem er möglichst weitgehenden Gebrauch von seiner Website macht, und fordert den Ausschuss nachdrücklich auf, mit Beteiligung der Sachverständigengruppe regelmäßige, allen Mitgliedstaaten offenstehende Treffen zu den mit den genannten Zielen zusammenhängenden Aktivitäten des Ausschusses und der Sachverständigengruppe abzuhalten;

21. *ersucht* den 1540-Ausschuss *außerdem*, auch weiterhin Informationsveranstaltungen zur Durchführung der Resolution 1540 (2004) auf internationaler, regionaler, sub-

regionaler und gegebenenfalls nationaler Ebene zu organisieren und daran teilzunehmen und die Präzisierung dieser Informationsmaßnahmen zu fördern, indem sie stärker auf konkrete thematische und regionale Fragen der Durchführung ausgerichtet werden;

Verwaltung und Ressourcen

22. *ist sich dessen bewusst*, dass die Erfüllung des Mandats des 1540-Ausschusses dauerhafte Unterstützung und ausreichende Ressourcen erfordert; zu diesem Zweck

a) billigt er die dem 1540-Ausschuss vom Sekretariats-Büro für Abrüstungsfragen derzeit bereitgestellte administrative und logistische Unterstützung und beschließt, dass der Ausschuss dem Rat bis Januar 2012 über die Möglichkeit Bericht erstatten soll, diese Unterstützung zu verstärken, so auch durch den Ausbau der regionalen Kapazitäten des Büros zur Unterstützung der Durchführung der Resolution auf regionaler, subregionaler und nationaler Ebene;

b) fordert er das Sekretariat auf, ausreichenden Sachverstand zur Unterstützung der in dieser Resolution beschriebenen Aktivitäten des 1540-Ausschusses bereitzustellen und aufrechtzuerhalten;

c) ermutigt er die Staaten, die dazu in der Lage sind, dem Büro für Abrüstungsfragen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit es den Staaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach Resolution 1540 (2004) behilflich sein kann, und dem 1540-Ausschuss Beiträge in Form von Sachleistungen oder unentgeltliche Schulungen und sachverständige Hilfe bereitzustellen, die der Sachverständigengruppe dabei helfen sollen, Hilfeersuchen rasch und wirksam nachzukommen;

d) bittet er den 1540-Ausschuss, zu erwägen, in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und anderen Organen der Vereinten Nationen Möglichkeiten zur Nutzung und Erhaltung von Sachverstand, insbesondere auch des Sachverstands ehemaliger Mitglieder der Sachverständigengruppe, zu schaffen, um diesen für spezifische Missionen und im Hinblick auf den Bedarf an Hilfe bei der Durchführung der Resolution 1540 (2004) zu erschließen;

e) fordert den 1540-Ausschuss nachdrücklich auf, auch weiterhin zur Leistung freiwilliger finanzieller Beiträge zu ermutigen, um den Staaten bei der Ermittlung und Deckung ihrer Bedürfnisse in Bezug auf die Durchführung der Resolution 1540 (2004) behilflich zu sein, und diese Beiträge umfassend zu nutzen, und ersucht den Ausschuss, nach seinem Ermessen den effizienten und wirksamen Einsatz der innerhalb des Systems der Vereinten Nationen bestehenden Finanzierungsmechanismen zu fördern;

23. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6518. Sitzung einstimmig verabschiedet.

BERICHTE DES GENERALSEKRETÄRS ÜBER SUDAN[287]

Beschlüsse

Am 21. September 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[288]:

[287] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2004 verabschiedet.

[288] S/2010/492.

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 17. September 2010[289] betreffend Ihre Absicht, eine aus drei Mitgliedern bestehende Gruppe zur Überwachung und Bewertung der bevorstehenden Referendumsprozesse für Südsudan und das Gebiet Abyei im Einklang mit dem Umfassenden Friedensabkommen[290] einzusetzen, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen Kenntnis von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht, Herrn Benjamin Mkapa, den ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Republik Tansania, zum Leiter der Gruppe zu ernennen sowie Herrn António Monteiro, den ehemaligen Minister für auswärtige Angelegenheiten Portugals, und Herrn Bhojraj Pokharel, den ehemaligen Vorsitzenden der Wahlkommission Nepals, als die beiden weiteren Mitglieder der Gruppe zu benennen.“

Am 4. Oktober 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[291]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass die Mitglieder des Sicherheitsrats sich darauf geeinigt haben, vom 4. bis 10. Oktober 2010 eine Mission nach Uganda und Sudan zu entsenden. Die Mission wird unter der Leitung von Botschafter Ruhakana Rugunda (Uganda), Botschafter Mark Lyall Grant (Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland) (El Fasher) und Botschafterin Susan Rice (Vereinigte Staaten von Amerika) (Juba) stehen. Botschafterin Rice und Botschafter Grant werden gemeinsam den Besuch der Mission in Khartum leiten. Die Ratsmitglieder haben sich auf die Aufgabenstellung der Mission geeinigt (siehe Anlage).

Die Mission setzt sich wie folgt zusammen:

Uganda (Botschafter Ruhakana Rugunda), Ko-Leiter der Mission

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland (Botschafter Mark Lyall Grant), Ko-Leiter der Mission

Vereinigte Staaten von Amerika (Botschafterin Susan Rice), Ko-Leiterin der Mission

Bosnien und Herzegowina (Botschafter Ivan Barbalić)

Brasilien (Botschafterin Maria Luiza Ribeiro Viotti)

China (Botschafter Li Baodong)

Frankreich (Gesandter-Botschaftsrat Martin Briens)

Gabun (Botschafter Alfred Moungara Moussotsi)

Japan (Botschafter Tsuneo Nishida)

Libanon (Botschafter Nawaf Salam)

Mexiko (Botschafter Claude Heller)

Nigeria (Minister Bulus Paul Zom Lolo)

Österreich (Botschafter Christian Ebner)

Russische Föderation (Botschafter Witali Tschurkin)

Türkei (Botschafter Ertuğrul Apakan)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben samt Anlage als Dokument des Sicherheitsrats verteilen ließen.

[289] S/2010/491.

[290] S/2005/78, Anlage.

[291] S/2010/509.

Anlage

Mission des Sicherheitsrats nach Uganda und Sudan, 4. bis 10. Oktober 2010

Aufgabenstellung für Kampala

Leitung: Botschafter Ruhakana Rugunda (Uganda)

1. Erneut die Unterstützung des Sicherheitsrats für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ländern der Region bekunden und sie ermutigen, die Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu stärken.

2. Der Unterstützung des Rates für das Vorgehen gegen bewaffnete Gruppen in der Region, insbesondere die Widerstandsarmee des Herrn, Nachdruck verleihen.

3. Erneut die Unterstützung des Rates für den Friedensprozess von Dschibuti und für die Mission der Afrikanischen Union in Somalia bei der Stabilisierung Somalias bekunden.

4. Das feste Eintreten des Rates für die Sache des Friedens in Sudan, die uneingeschränkte Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens[290] und die erfolgreiche Aushandlung eines umfassenden und alle Seiten einschließenden Friedensabkommens für Darfur betonen.

5. Den wichtigen Beitrag des Regionalen Dienstleistungszentrums in Entebbe (Uganda) zur Tätigkeit der Missionen der Vereinten Nationen in der Region prüfen.

Aufgabenstellung für Sudan

Leitung: Botschafterin Susan Rice (Vereinigte Staaten von Amerika) und Botschafter Mark Lyall Grant (Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland)

1. Das Bekenntnis des Sicherheitsrats zur vollen und raschen Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens[290] durch die sudanesischen Parteien und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft dafür bekräftigen und zu einer friedlichen, umfassenden und alle Seiten einschließenden Regelung der Situation in Darfur ermutigen. Die Unterstützung des Rates für die Anstrengungen der sudanesischen Parteien bekräftigen, die Einheit attraktiv zu machen und das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Südsudans zu achten, durch die frühzeitige Abhaltung glaubwürdiger, friedlicher und freier Referenden am 9. Januar 2011, in denen der Wille der sudanesischen Bevölkerung dieser Gebiete zum Ausdruck kommt, und im Einklang mit dem Abkommen Volksbefragungen abzuhalten, deren Ergebnis alle Parteien und Staaten achten müssen.

2. Unterstreichen, wie wichtig die Partnerschaft zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union in Bezug auf die internationale Unterstützung der sudanesischen Friedensprozesse ist. Unterstützung für die Tätigkeit der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan und das Engagement der anderen regionalen und internationalen Partner Sudans bekunden.

3. Betonen, dass die volle und erfolgreiche Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens für dauerhaften Frieden und anhaltende Stabilität in ganz Sudan, einschließlich Darfurs, und in der Region unerlässlich ist, und die Nationale Kongresspartei und die Sudanesische Volksbefreiungsbewegung zu verstärkter Zusammenarbeit bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Hinblick auf die volle Durchführung des Abkommens ermutigen, so auch durch den erfolgreichen und raschen Abschluss der Verhandlungen über Regelungen für die Zeit nach den Referenden.

4. Die laufenden Vorbereitungen für die Referenden bewerten und erneut betonen, dass die beiden Parteien des Umfassenden Friedensabkommens ungeachtet der Ergebnisse zusammenarbeiten müssen, um kritische Fragen zu regeln, und dass die Ver-

einten Nationen auch künftig eine wichtige Rolle bei der Unterstützung und Förderung dieses Dialogs spielen werden, so auch über die kürzlich vom Generalsekretär eingesetzte Gruppe für die Referenden in Sudan, die von Präsident Benjamin Mkapa geleitet wird.

5. Erneut die Unterstützung des Rates für die Mission der Vereinten Nationen in Sudan bekunden, ihre Mandatserfüllung bewerten und die von der Mission im Rahmen ihres derzeitigen Mandats und ihrer Fähigkeiten gewährte Hilfe für die Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens und die von der Mission derzeit im Hinblick auf die bevorstehenden Referenden erarbeitete Eventualplanung sowie die für ihre Präsenz in Sudan nach den Referenden erarbeitete Planung überprüfen und unterstreichen, wie wichtig es ist, dass die Mission vollen und ungehinderten Zugang zu allen Orten innerhalb ihres Verantwortungsbereichs hat.

6. Hervorheben, wie wichtig es ist, ungeachtet des Ergebnisses des Referendums die Herausforderungen anzugehen, denen sich Südsudan gegenübersieht, namentlich Unsicherheit, Deckung des humanitären und entwicklungsbezogenen Bedarfs und Kapazitätsaufbau.

7. Hervorheben, wie wichtig es ist, anhaltende Anstrengungen zu unternehmen, um das Volk Sudans, eine demokratische Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Rechenschaftspflicht, Gleichheit, die Achtung der Menschenrechte, Gerechtigkeit und die Schaffung von Bedingungen zu unterstützen, die es den von den Konflikten betroffenen Gemeinden ermöglichen, starke und dauerhafte Existenzgrundlagen aufzubauen.

8. Die Verantwortung aller zentralen und lokalen Behörden Sudans für die Sicherheit der Mitglieder der Friedenssicherungsmissionen, der humanitären Helfer und aller Mitarbeiter mit lokalen Arbeitsverträgen betonen.

9. Die tiefe Besorgnis des Rates über das Aufflammen der Gewalt in Darfur, die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung und der Opfer sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, die Einziehung von Kindern durch bewaffnete Gruppen, den illegalen Zustrom von Waffen nach Darfur und die anhaltenden Zugangsbeschränkungen für humanitäre Helfer bekunden. Seine Besorgnis um die Sicherheit der Zivilpersonen, der humanitären Helfer und der Friedenssicherungskräfte in Darfur unterstreichen und erneut erklären, wie überaus wichtig der Schutz von Zivilpersonen und die Aufrechterhaltung des vollen, sicheren und ungehinderten Zugangs der humanitären Helfer zur hilfebedürftigen Bevölkerung ist.

10. Die Unterstützung des Rates für den von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten Friedensprozess und die Arbeit des Gemeinsamen Chefvermittlers der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen für Darfur, Herrn Djibril Bassolé, einschließlich der Leitprinzipien für die Verhandlungen, und die dringende Notwendigkeit von Fortschritten in Sachfragen bekräftigen. Die nachdrückliche Aufforderung an alle Rebellengruppen richten, dem Friedensprozess von Doha ohne Vorbedingungen oder weitere Verzögerung beizutreten, und alle Parteien auffordern, die Feindseligkeiten sofort einzustellen und sich konstruktiv an Verhandlungen zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens in Darfur zu beteiligen.

11. Die Unterstützung des Rates für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und sein Personal bekräftigen und die Regierung Sudans und alle maßgeblichen Parteien erneut zur uneingeschränkten Zusammenarbeit mit dem Einsatz auffordern, bewerten, inwieweit der Einsatz sein Mandat erfüllt, und prüfen, welchen Herausforderungen er sich dabei gegenübersieht, insbesondere beim Schutz von Zivilpersonen und der Erleichterung der humanitären Hilfe, sowie betonen, dass die anhaltenden Anstrengungen des Einsatzes zur Förderung der Beteiligung aller darfurischen Interessenträger in Unterstützung und Ergänzung des

von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten politischen Prozesses in Darfur Vorrang genießen.

12. Es begrüßen, dass sich die Beziehungen zwischen den Regierungen Sudans und Tschads verbessert haben, nachdem sie am 15. Januar 2010 das Abkommen zur Normalisierung ihrer bilateralen Beziehungen unterzeichnet und einen gemeinsamen Mechanismus zur Grenzüberwachung eingerichtet hatten, und zur Fortsetzung der Zusammenarbeit und zur Stärkung der Beziehungen ermutigen.

13. Unterstreichen, dass die Durchführung der Ratsresolutionen sichergestellt werden muss."

Auf seiner 6401. Sitzung am 14. Oktober 2010 behandelte der Rat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan".

Resolution 1945 (2010)
vom 14. Oktober 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend Sudan,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur Sache des Friedens in ganz Sudan, zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit Sudans, zur vollen und raschen Durchführung der Schlussphase des Umfassenden Friedensabkommens[290], einschließlich der Anstrengungen mit dem Ziel, die Einheit attraktiv zu machen, und der Abhaltung eines Referendums zur Bestimmung des künftigen Status der Bevölkerung Südsudans in Wahrnehmung ihres Rechts auf Selbstbestimmung, und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der Zusammenarbeit in den Beziehungen zwischen den Staaten in der Region,

unter Begrüßung des Kommuniqués, das nach der am 24. September 2010 in New York abgehaltenen Tagung auf hoher Ebene über Sudan herausgegeben wurde[292],

in Bekräftigung seiner vollen Unterstützung für die Anstrengungen, eine umfassende und alle Seiten einschließende Lösung des Konflikts in Darfur herbeizuführen, und eingedenk des Friedensabkommens für Darfur und der Notwendigkeit der Vollendung des politischen Prozesses und der Beendigung der Gewalt und der Missbrauchshandlungen in Darfur,

erneut erklärend, dass eine dauerhafte politische Lösung und beständige Sicherheit in Darfur herbeigeführt werden müssen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Parteien, die dem Friedensprozess nach wie vor fernbleiben, sich den Verhandlungen von Doha ohne Vorbedingungen oder weitere Verzögerungen anzuschließen, und an alle Parteien, voll und konstruktiv an dem Prozess mitzuwirken und mit dem Gemeinsamen Chefvermittler der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen für Darfur, Herrn Djibril Bassolé, zusammenzuarbeiten,

unter Begrüßung des zwischen den Regierungen Tschads und Sudans geschlossenen Abkommens vom 15. Januar 2010 zur Normalisierung ihrer Beziehungen und Tschad und Sudan eindringlich nahelegend, dieses Abkommen auch weiterhin durchzuführen und die Unterstützung von Rebellenkräften und allen anderen bewaffneten Gruppen auch künftig zu unterlassen,

mit tiefer Sorge Kenntnis nehmend von der Zunahme der Gewalt und den wachsenden Stammesauseinandersetzungen, der anhaltenden sexuellen und geschlechtsspezifischen

[292] SG/2165.

Gewalt und der fortgesetzten Straflosigkeit, mit dem erneuten Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Angriffe auf humanitäre Helfer und Friedenssicherungskräfte und über die Sicherheit von Zivilpersonen und mit der Aufforderung an alle Parteien in Darfur, die Offensivhandlungen sofort einzustellen und weitere gewaltsame Angriffe, die zu einer Verschlechterung der Lage im Bereich der humanitären Hilfe und einer Einschränkung des Zugangs der humanitären Helfer zu den notleidenden Bevölkerungsgruppen führen, zu unterlassen,

verlangend, dass die am Konflikt beteiligten Parteien Zurückhaltung üben und alle Arten von Kampfhandlungen, einschließlich Bombenangriffen, einstellen,

sowie verlangend, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien alle sexuellen Gewalthandlungen gegen Zivilpersonen, nach den Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, die Einziehung und den Einsatz von Kindern, nach den Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009, sowie unterschiedslose Angriffe auf Zivilpersonen, nach Resolution 1894 (2009) vom 11. November 2009, umgehend und vollständig einstellen,

in Würdigung der Bemühungen des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, des Gemeinsamen Chefvermittlers der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen, des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der Liga der arabischen Staaten, der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan und der politischen Führer der Region um die Förderung von Frieden und Stabilität in Darfur, diese Bemühungen erneut voll unterstützend und mit dem Ausdruck seiner nachdrücklichen Unterstützung für den politischen Prozess im Rahmen der von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geleiteten Vermittlungsbemühungen,

unter Begrüßung der engeren Zusammenarbeit und des verstärkten Informationsaustauschs zwischen dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und der Sachverständigengruppe für Sudan dank der von der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze erarbeiteten Leitlinien und des Beschlusses des Einsatzes, eine Koordinierungsstelle zur Erleichterung des Austauschs von Informationen über das Waffenembargo mit der Sachverständigengruppe einzurichten,

unter Hinweis auf den am 2. Juli 2010 herausgegebenen Halbzeitbericht der vom Generalsekretär gemäß Ziffer 3 *b*) der Resolution 1591 (2005) vom 29. März 2005 eingesetzten Sachverständigengruppe, deren Mandat mit späteren Resolutionen verlängert wurde, Kenntnis nehmend von dem Schlussbericht der Sachverständigengruppe[293] und seine Absicht bekundend, über den Ausschuss des Sicherheitsrats nach Ziffer 3 *a*) der Resolution 1591 (2005) (im Folgenden „Ausschuss“) die Empfehlungen der Sachverständigengruppe zu prüfen und geeignete weitere Schritte zu erwägen,

unter Kenntnisnahme einiger positiver Entwicklungen *seine Besorgnis darüber bekundend*, dass die Arbeit der Sachverständigengruppe, einschließlich ihrer Bewegungsfreiheit, während des vergangenen Mandatszeitraums behindert wurde,

unter Betonung der Notwendigkeit, die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen betreffend Vorrechte und Immunitäten sowie das Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen[294], soweit diese auf die Einsätze der Vereinten Nationen und auf die daran beteiligten Personen anwendbar sind, zu achten,

---

[293] Siehe S/2011/111, Anlage.

[294] Resolution 22 A (I) der Generalversammlung. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1980 II S. 941; LGBl. 1993 Nr. 66; öBGBl. Nr. 126/1957.

feststellend, dass die Situation in Sudan nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta,

1. *beschließt*, das Mandat der ursprünglich gemäß Resolution 1591 (2005) eingesetzten Sachverständigengruppe für Sudan, das zuvor bereits mit den Resolutionen 1651 (2005) vom 21. Dezember 2005, 1665 (2006) vom 29. März 2006, 1713 (2006) vom 29. September 2006, 1779 (2007) vom 28. September 2007, 1841 (2008) vom 15. Oktober 2008 und 1891 (2009) vom 13. Oktober 2009 verlängert wurde, bis zum 19. Oktober 2011 zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, möglichst rasch die erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen;

2. *erinnert* an den Bericht der Informellen Arbeitsgruppe für allgemeine Sanktionsfragen über bewährte Verfahrensweisen und Methoden[295], namentlich seine Ziffern 21, 22 und 23, in denen Möglichkeiten zur Klarstellung methodologischer Standards für Überwachungsmechanismen erörtert werden, darunter die Sachverständigengruppe;

3. *ersucht* die Sachverständigengruppe, dem Ausschuss spätestens am 31. März 2011 eine Halbzeitunterrichtung über ihre Arbeit zu geben und ihm spätestens neunzig Tage nach der Verabschiedung dieser Resolution einen Zwischenbericht vorzulegen und dem Sicherheitsrat spätestens dreißig Tage vor Ablauf ihres Mandats einen Schlussbericht mit ihren Feststellungen und Empfehlungen vorzulegen;

4. *ersucht* die Sachverständigengruppe *außerdem*, ihre Tätigkeiten gegebenenfalls mit denen des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur sowie mit den internationalen Anstrengungen zur Förderung des politischen Prozesses in Darfur abzustimmen und in ihrem Zwischenbericht und ihrem Schlussbericht die Fortschritte bei der Verringerung der Verstöße aller Parteien gegen die mit den Ziffern 7 und 8 der Resolution 1556 (2004) vom 30. Juli 2004 und Ziffer 7 der Resolution 1591 (2004) verhängten Maßnahmen sowie die Fortschritte beim Abbau der Hindernisse für den politischen Prozess, der Bedrohungen der Stabilität in Darfur und in der Region, der Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht oder die internationalen Menschenrechtsnormen oder anderer Gräueltaten, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, und der anderen Verstöße gegen die genannten Resolutionen zu bewerten;

5. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen, die Afrikanische Union und andere interessierte Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss und der Sachverständigengruppe voll zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über die Durchführung der mit den Resolutionen 1556 (2004) und 1591 (2005) verhängten Maßnahmen übermitteln;

6. *legt* allen Staaten, insbesondere denjenigen in der Region, *eindringlich nahe*, dem Ausschuss über die Schritte Bericht zu erstatten, die sie zur Durchführung der mit den Resolutionen 1556 (2004) und 1591 (2005) verhängten Maßnahmen unternommen haben, einschließlich der Verhängung gezielter Maßnahmen;

7. *erinnert* alle Staaten, insbesondere die Staaten in der Region, an die in den Resolutionen 1556 (2004) und 1591 (2005) enthaltenen Verpflichtungen, insbesondere die Verpflichtungen betreffend Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial;

8. *verweist erneut* auf Ziffer 7 der Resolution 1591 (2005), die für die mit den Ziffern 7 und 8 der Resolution 1556 (2004) verhängten Maßnahmen folgende Ausnahmen vorsieht:

[295] Siehe S/2006/997, Anlage.

a) die Versorgungsgüter und die damit zusammenhängende technische Hilfe, die in Ziffer 9 der Resolution 1556 (2004) aufgeführt werden;

b) zur Unterstützung der Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens[290] bereitgestellte Hilfe und Versorgungsgüter oder

c) Transporte militärischer Ausrüstungsgegenstände und Versorgungsgüter in die Region Darfur, die von dem Ausschuss auf Antrag der Regierung Sudans vorab genehmigt werden;

9. *beschließt*, dass alle Staaten, einschließlich Sudans, wenn sie die in Ziffer 7 der Resolution 1591 (2005) enthaltene Ausnahmeregelung in Anspruch nehmen, den Ausschuss benachrichtigen, bevor sie Hilfe und Versorgungsgüter für die Region Darfur zur Unterstützung der Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens in den Staaten Nord-Darfur, Süd-Darfur und West-Darfur bereitstellen;

10. *beschließt außerdem*, dass alle Staaten sicherstellen, dass sämtliche nicht nach den Resolutionen 1556 (2004) und 1591 (2005) verbotenen Verkäufe oder Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial an Sudan von der Vorlage der erforderlichen Endverwenderdokumentation abhängig gemacht werden, damit die Staaten sich vergewissern können, dass diese Verkäufe oder Lieferungen mit den durch die genannten Resolutionen verhängten Maßnahmen im Einklang stehen;

11. *bekundet seine Absicht*, im Anschluss an den Halbzeitbericht den Stand der Umsetzung zu überprüfen, darunter die Hindernisse für die volle und wirksame Durchführung der in Resolution 1591 (2005) verhängten Maßnahmen, mit dem Ziel, die volle Einhaltung sicherzustellen;

12. *bekräftigt* das Mandat des Ausschusses, einen Dialog mit den interessierten Mitgliedstaaten, insbesondere denjenigen in der Region, anzuregen, so auch indem Vertreter dieser Staaten eingeladen werden, mit dem Ausschuss zusammenzutreffen, um die Durchführung der Maßnahmen zu erörtern, und legt dem Ausschuss ferner nahe, seinen Dialog mit dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur fortzusetzen;

13. *begrüßt* die Arbeit, die der Ausschuss unter Heranziehung der Berichte der Sachverständigengruppe und gestützt auf die in anderen Foren durchgeführte Arbeit geleistet hat, um die Aufmerksamkeit auf die Verantwortlichkeiten von Akteuren des Privatsektors in Konfliktgebieten zu lenken;

14. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6401. Sitzung mit 14 Stimmen ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung (China) verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6410. Sitzung am 25. Oktober 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Bericht des Generalsekretärs über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2010/543)

Bericht des Generalsekretärs über Sudan (S/2010/528)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6425. Sitzung am 16. November 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Sudans (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Berichte des Generalsekretärs über Sudan“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pagan Amum, den Generalsekretär der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Thabo Mbeki, den Vorsitzenden der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[296]:

„Der Sicherheitsrat betont, dass die Situation in Sudan eine der drängendsten Herausforderungen darstellt, denen sich der Rat gegenübersieht.

Der Rat bekräftigt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität und Unabhängigkeit Sudans, zu Frieden und Stabilität in dem Land und zu einer friedlichen und blühenden Zukunft für alle Sudanesen und unterstreicht seine Unterstützung für die vollständige und rasche Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens[290] durch die sudanesischen Parteien, einschließlich der Abhaltung der Referenden über die Selbstbestimmung der Bevölkerung Südsudans und den Status von Abyei und der Volksbefragungen in Südkordofan und Blauer Nil, sowie für eine friedliche, umfassende und alle Seiten einschließende Lösung der Situation in Darfur.

Der Rat erinnert daran, dass die sudanesischen Parteien die volle Verantwortung für die Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens tragen, bekräftigt seine Unterstützung für ihre diesbezüglichen Anstrengungen und ermutigt sie zu deren Fortsetzung und begrüßt die Führungsrolle der Afrikanischen Union und die von der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan unter der Führung von Präsident Thabo Mbeki sowie von der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung geleistete Unterstützung. Der Rat anerkennt die von den Parteien eingegangene Verpflichtung zur Durchführung des Abkommens, bleibt mit der Angelegenheit aktiv befasst und bringt seine Bereitschaft zum Ausdruck, die notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung der vollständigen Durchführung des Abkommens durch die Parteien zu ergreifen. Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, dass sich die an der Unterstützung der sudanesischen Friedensprozesse beteiligten internationalen Akteure eng miteinander abstimmen.

Der Rat fordert die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens nachdrücklich auf, während sie Anstrengungen unternehmen, die Einheit attraktiv zu machen, und dabei das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Südsudans anerkennen, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die von ihnen am 24. September 2010 in New York auf der Tagung auf hoher Ebene über Sudan bekräftigte Verpflichtung zu erfüllen, die im Abkommen vorgesehene frühzeitige Abhaltung friedlicher, glaubwürdiger und freier Referenden, in denen der Wille der Bevölkerung Südsudans und Abyeis zum Ausdruck kommt, zu gewährleisten. In dieser Hinsicht begrüßt der Rat, dass am 15. November 2010 das Registrierungsverfahren für das Referendum in Südsudan begonnen hat, und befürwortet weitere Anstrengungen, um sicherzustellen, dass die Referenden am 9. Januar 2011 im Einklang mit dem Abkommen und entsprechend dem von der Kommission für das Referendum in Südsudan veröffentlichten Zeitplan

[296] S/PRST/2010/24.

abgehalten werden. Der Rat ist besorgt darüber, dass sich die Freigabe der vollen für die Fortsetzung der Vorbereitungen erforderlichen Finanzmittel an die Kommission weiter verzögert. Der Rat fordert die Parteien und alle Mitgliedstaaten auf, das Ergebnis glaubwürdiger, im Einklang mit dem Abkommen abgehaltener Referenden, in denen der Wille der Bevölkerung Südsudans und Abyeis zum Ausdruck kommt, zu achten. Er ersucht alle Parteien, einseitige Handlungen zu unterlassen und das Abkommen durchzuführen.

Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens im Hinblick auf das Referendum über Abyei, die noch offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Abkommen und eine friedliche, für alle Seiten nutzbringende Regelung der nach dem Referendum anstehenden wesentlichen Fragen rasch vorankommen, namentlich bei den Themen Grenze, Sicherheit, Staatsbürgerschaft, Verschuldung, Vermögen, Währung und natürliche Ressourcen. In diesem Zusammenhang begrüßt der Rat die Fortschritte bei den unter der Leitung von Präsident Mbeki geführten Verhandlungen über den Rahmenplan zur Regelung der noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens und den künftigen Beziehungen zwischen Nord- und Südsudan, der am 13. November 2010 vereinbart wurde. Der Rat fordert die Parteien nachdrücklich auf, die Verhandlungen über Abyei rasch wiederaufzunehmen und ohne weitere Verzögerung zu einer Einigung über alle noch offenen Fragen zu gelangen.

Der Rat unterstreicht, dass die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens die Ruhe fördern müssen, namentlich indem sie den Angehörigen aller Volksgruppen in Sudan, einschließlich der Südsudanesen im Norden und der Nordsudanesen im Süden, sofort und dauerhaft versichern, dass ihre Rechte, ihre Sicherheit und ihr Eigentum unabhängig vom Ausgang der Referenden geachtet werden. Der Rat fordert, dass Erklärungen, die die Sicherheit gefährdeter Bevölkerungsgruppen bedrohen, umgehend unterlassen werden. Der Rat betont außerdem, dass der Schutz von Zivilpersonen in erster Linie die Aufgabe der sudanesischen Behörden ist. Der Rat fordert die Parteien nachdrücklich auf, mit den lokalen Führern aktiv zusammenzuarbeiten, um die Spannungen in Abyei und den anderen Grenzgebieten zu mildern.

Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für die Mission der Vereinten Nationen in Sudan und fordert alle Parteien erneut auf, mit der Mission bei der Wahrnehmung ihres Mandats in diesem entscheidenden Zeitraum voll zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie den vollen und ungehinderten Zugang und die Bewegungsfreiheit für das Personal und die Ausrüstung der Mission sowie für die Anlieferung der für die Referenden erforderlichen Materialien gewährleisten. Der Rat begrüßt und befürwortet die Arbeit der Vereinten Nationen bei der Eventualfallplanung für die Referenden und fordert die Mitgliedstaaten auf, die Bemühungen der Mission zu unterstützen.

Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für die von Präsident Benjamin Mkapa geleitete Gruppe des Generalsekretärs für die Referenden in Sudan. Der Rat unterstreicht, wie wichtig eine enge Abstimmung zwischen der Gruppe und allen innerstaatlichen und internationalen Beobachtermissionen ist.

Der Rat unterstreicht, dass ungeachtet des Ausgangs der Referenden die fortgesetzte Zusammenarbeit zwischen den Parteien des Umfassenden Friedensabkommens unabdingbar sein wird, wenn es darum geht, den Übergangsprozess zu bewältigen, die Vereinbarungen für die Zeit nach den Referenden durchzuführen und den Frieden und den Wohlstand zu wahren, und hebt in dieser Hinsicht hervor, dass die Partnerschaft von gegenseitigem Nutzen ist. Der Rat ermutigt die internationale Gemeinschaft, diese Anstrengungen zu unterstützen. Der Rat fordert die Parteien des Abkommens nachdrücklich auf, ihre Verpflichtungen zu achten.

Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für den von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten Friedensprozess für Darfur mit seinem Gastgeber,

Katar, für die Arbeit des Gemeinsamen Chefvermittlers der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen für Darfur, Herrn Djibril Bassolés, und die Leitprinzipien für die Verhandlungen. Der Rat richtet die nachdrückliche Aufforderung an alle Rebellenbewegungen, dem Friedensprozess ohne weitere Verzögerung oder Vorbedingungen beizutreten, und an alle Parteien, die Feindseligkeiten sofort einzustellen und sich konstruktiv an Verhandlungen zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens in Darfur zu beteiligen. Der Rat bekundet seine Besorgnis über die Angriffe von Milizen auf Zivilpersonen und fordert, dass jede Unterstützung für diese Gruppen eingestellt wird. Der Rat bekundet seine Bereitschaft zur Prüfung von Maßnahmen gegen jede Partei, deren Handlungen den Frieden in Darfur untergraben.

Der Rat bringt seine tiefe Besorgnis über die zunehmende Gewalt und Unsicherheit in Darfur zum Ausdruck, namentlich über die Verstöße gegen die Waffenruhe, die Angriffe von Rebellengruppen, die Bombenangriffe der Regierung Sudans, die Zunahme der Stammesauseinandersetzungen und die Angriffe auf humanitäres Personal und Friedenssicherungskräfte, wodurch der Zugang für die humanitäre Hilfe zu Konfliktgebieten, in denen gefährdete Bevölkerungsgruppen leben, beschränkt wird. In diesem Zusammenhang fordert der Rat alle Parteien auf, Zivilpersonen zu schützen und den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang der humanitären Helfer zu der hilfebedürftigen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Der Rat verweist auf die Notwendigkeit, die Anstrengungen zur Unterbindung des Zustroms von Waffen nach Darfur, unter Verstoß gegen das mit Resolution 1945 (2010) verstärkte Waffenembargo, zu unterstützen. Der Rat erinnert daran, welche Bedeutung er der Beendigung der Straflosigkeit und der Schaffung von Gerechtigkeit angesichts der in Darfur begangenen Verbrechen beimisst.

Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, fordert die Regierung Sudans und alle maßgeblichen Parteien erneut auf, mit dem Einsatz bei der Wahrnehmung seines Mandats uneingeschränkt zusammenzuarbeiten und ihm vollen und ungehinderten Zugang und Bewegungsfreiheit zu gewähren, und fordert erneut dazu auf, der Straflosigkeit derjenigen ein Ende zu setzen, die Friedenssicherungskräfte und humanitäre Helfer angreifen.

Der Rat begrüßt die Verbesserung der Beziehungen zwischen Sudan und Tschad und legt ihnen nahe, weiter zusammenzuarbeiten und so zum Frieden und zur Stabilität in Darfur und der gesamten Region beizutragen.

Der Rat befürwortet die vollständige Durchführung des Friedensabkommens für Ostsudan, einschließlich der Bestimmungen betreffend Rehabilitation, Wiederherstellung und Entwicklung, und begrüßt die Initiative der Regierung Kuwaits zur Abhaltung einer Konferenz über Investitionen und Entwicklung in Ostsudan im Dezember 2010.

Der Rat fordert die Achtung des Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Völkerrechts, den Schutz des Rechts der freien Meinungsäußerung, den Zugang für die humanitäre Hilfe in ganz Sudan, einschließlich der Grenzgebiete, und die Beendigung jeder Drangsalierung der Zivilgesellschaft. Der Rat unterstreicht die Wichtigkeit der stärkeren Beteiligung der Frauen an den sudanesischen Friedensprozessen.

Der Rat verweist auf den erheblichen Bedarf Sudans auf dem Gebiet der humanitären Hilfe, der frühzeitigen Wiederherstellung und der Friedenskonsolidierung und legt den sudanesischen Behörden und den internationalen Gebern nahe, ihre Zusagen zur Deckung dieses Bedarfs zu erfüllen.

Der Rat unterstreicht, dass die vollständige und rasche Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens eine unabdingbare Voraussetzung für Frieden und Stabilität in Sudan und der Region und für die künftige Zusammenarbeit zwischen

Sudan und der internationalen Gemeinschaft ist, und stellt fest, dass eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen den Parteien für das gesamte sudanesische Volk von grundlegendem Nutzen sein wird. Der Rat bekräftigt, dass das Kernziel der internationalen Gemeinschaft und aller beteiligten Akteure in Sudan das friedliche Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen Sudans, eine demokratische Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Rechenschaftspflicht, Gleichheit, die Achtung der Menschenrechte, Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere die Schaffung von Bedingungen ist, die es den von den Konflikten betroffenen Gemeinden ermöglichen, starke und dauerhafte Existenzgrundlagen aufzubauen."

Auf seiner 6440. Sitzung am 9. Dezember 2010 behandelte der Rat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Luis Moreno-Ocampo, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner nichtöffentlichen 6441. Sitzung am 9. Dezember 2010 beschloss der Rat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Auf seiner nichtöffentlichen 6441. Sitzung am 9. Dezember 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Berichte des Generalsekretärs über Sudan'.

Die Präsidentin lud mit Zustimmung des Rates die Vertreter Ägyptens, Argentiniens, Australiens, Bahrains, Belgiens, Dänemarks, Estlands, Finnlands, Indonesiens, Iraks, Irans (Islamische Republik), Irlands, Italiens, Kanadas, Kenias, Liechtensteins, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Omans, Polens, Schwedens, Serbiens, der Seychellen, Simbabwes, der Slowakei, Sudans, der Tschechischen Republik, Ungarns und der Vereinigten Arabischen Emirate auf ihr Ersuchen ein, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates ohne Stimmrecht an der Behandlung des Punktes teilzunehmen.

Gemäß dem auf der 6440. Sitzung gefassten Beschluss würdigte die Präsidentin die Anwesenheit von Herrn Luis Moreno-Ocampo, dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates.

Die Ratsmitglieder und Herr Moreno-Ocampo führten einen Meinungsaustausch."

Auf seiner 6452. Sitzung am 16. Dezember 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Sudans (Staatsminister im Ministerium für humanitäre Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Berichte des Generalsekretärs über Sudan" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, und Herrn Benjamin Mkapa, den Vorsitzenden der Gruppe des Generalsekretärs für die Referenden in Sudan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pagan Amum, den Generalsekretär der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab die Präsidentin im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[297]:

„Der Sicherheitsrat begrüßt, dass die sudanesischen Parteien ihre Verpflichtung zur vollen und raschen Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens[290] bekräftigt haben, und bekundet erneut seine nachdrückliche Unterstützung für die diesbezüglichen Anstrengungen der Parteien. Der Rat begrüßt den Abschluss eines friedlichen Registrierungsprozesses für das Südsudan-Referendum in Sudan und legt den Parteien nahe, diese Dynamik in Richtung auf friedliche und glaubwürdige Referenden am 9. Januar 2011, die den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen sollen, aufrechtzuerhalten. Der Rat fordert die Parteien des Abkommens mit allem Nachdruck auf, ihre übrigen Verpflichtungen zur Finanzierung der Kommission für das Referendum in Südsudan und des Büros für das Referendum in Südsudan umgehend zu erfüllen.

Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für die von Präsident Benjamin Mkapa geleitete Gruppe des Generalsekretärs für die Referenden in Sudan und begrüßt ihre Tätigkeit, namentlich ihre Erklärung vom 9. Dezember 2010, in der sie feststellt, dass der Registrierungsprozess die Grundlage für ein glaubwürdiges Referendum schafft. Der Rat spricht den internationalen und einheimischen Beobachtern seine Anerkennung für ihre Anstrengungen aus.

Der Rat stellt mit tiefer Sorge fest, dass es in Bezug auf Abyei keine Einigung gibt. Der Rat fordert die Parteien mit allem Nachdruck auf, die zunehmenden Spannungen in Abyei zu entschärfen, dringend eine Einigung über Abyei und die anderen noch offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Umfassenden Friedensabkommen herbeizuführen und die nach den Referenden anstehenden wesentlichen Fragen, darunter Fragen der Grenze, der Sicherheit, der Staatsbürgerschaft, der Verschuldung, des Vermögens, der Währung und der natürlichen Ressourcen, zu regeln. Der Rat begrüßt die Tätigkeit der von dem ehemaligen Präsidenten Südafrikas, Herrn Thabo Mbeki, geleiteten Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan, und die Bemühungen, die sie in dieser Hinsicht auch weiterhin unternimmt.

Der Rat fordert erneut alle Parteien auf, mit der Mission der Vereinten Nationen in Sudan bei der Wahrnehmung ihres Mandats uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, insbesondere was den Schutz von Zivilpersonen und die Gewährung des ungehinderten Zugangs und der Bewegungsfreiheit betrifft.

Der Rat erklärt erneut, dass die Parteien den Angehörigen aller Volksgruppen in Sudan dringend sofort und dauerhaft versichern müssen, dass ihre Rechte, ihre Sicherheit und ihr Eigentum unabhängig vom Ausgang der Referenden geachtet werden, und dass der Sicherheit und dem Schutz der Minderheiten, einschließlich der Südsudanesen im Norden und der Nordsudanesen im Süden, dringend besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Der Rat fordert die Parteien nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass die Regelungen betreffend die Staatsbürgerschaft und den Wohnsitz den anwendbaren internationalen Verpflichtungen entsprechen und dass sie niemandem willkürlich die Staatsbürgerschaft vorenthalten. Der Rat fordert die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens nachdrücklich auf, ihre Verpflichtungen zu achten.

Der Rat betont die Wichtigkeit alle Seiten einschließender, frühzeitiger und glaubwürdiger Volksbefragungsprozesse in den Staaten Blauer Nil und Südkordofan, im Einklang mit dem Umfassenden Friedensabkommen. Der Rat betont außerdem die

[297] S/PRST/2010/28.

Notwendigkeit, die bundesstaatlichen Wahlen in Südkordofan im Einklang mit dem von der Nationalen Wahlkommission aufgestellten Zeitplan abzuhalten.

Der Rat unterstreicht, dass die fortgesetzte Zusammenarbeit zwischen den Parteien des Umfassenden Friedensabkommens unabhängig vom Ausgang der Referenden unverzichtbar bleiben wird. Der Rat betont, wie wichtig es ist, dass die Parteien die in der Erklärung der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union vom 15. November 2010 niedergelegten Verpflichtungen einhalten, namentlich friedliche Lösungen für alle offenen Fragen zu finden, nie wieder Krieg zu führen und weder durch ihre Handlungen noch durch ihre Unterstützung einer Gruppe die Sicherheit der jeweils anderen Partei zu untergraben. Der Rat ist sehr besorgt über die jüngsten militärischen Vorfälle im Tal des Flusses Kiir und die darauf folgende Vertreibung von Zivilpersonen und fordert alle Parteien nachdrücklich auf, Zurückhaltung zu üben und eine Eskalation zu vermeiden.

Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für den von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten und von der Regierung Katars ausgerichteten Friedensprozess für Darfur. Der Rat richtet die nachdrückliche Aufforderung an alle Rebellenbewegungen, dem Friedensprozess ohne weitere Verzögerung oder Vorbedingungen beizutreten. Der Rat verweist erneut auf die Wichtigkeit einer stärkeren Beteiligung von Frauen an den sudanesischen Friedensprozessen. Der Rat bekundet erneut seine tiefe Besorgnis über die zunehmende Gewalt und Unsicherheit in Darfur, namentlich in jüngster Zeit in Khor Abeche, insbesondere auch über Verstöße gegen die Waffenruhe, Angriffe von Rebellengruppen, zunehmende Stammesauseinandersetzungen, Angriffe auf humanitäres Personal und Friedenssicherungskräfte und Bombenangriffe der Regierung Sudans. Der Rat erinnert daran, welche Bedeutung er der Beendigung der Straflosigkeit und der Ahndung der in Darfur begangenen Verbrechen beimisst. Der Rat bekundet erneut seine Bereitschaft zur Prüfung von Maßnahmen gegen jede Partei, deren Handlungen den Frieden in Sudan untergraben."

Auf seiner 6468. Sitzung am 18. Januar 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Berichte des Generalsekretärs über Sudan" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Haile Menkerios, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Sudan, und Herrn Benjamin Mkapa, den Vorsitzenden der Gruppe des Generalsekretärs für die Referenden in Sudan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6474. Sitzung am 26. Januar 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Bericht des Generalsekretärs über Sudan (S/2010/681)

Bericht des Generalsekretärs über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2011/22)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ibrahim Gambari, den Gemeinsamen Sonderbeauftragten der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen für Darfur, und Herrn Atul Khare, den Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6478. Sitzung am 9. Februar 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Berichte des Generalsekretärs über Sudan" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Haile Menkerios, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Sudan, und Herrn Benjamin Mkapa, den Vorsitzenden der Gruppe des Generalsekretärs für die Referenden in Sudan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Mahmoud Kane, den Leiter des Verbindungsbüros der Afrikanischen Union in Sudan, im Namen des Vorsitzenden der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Deng Alor Kuol, den Minister für regionale Zusammenarbeit der Regierung Südsudans, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab die Präsidentin im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[298]:

> „Der Sicherheitsrat begrüßt die am 7. Februar 2011 erfolgte Bekanntgabe der endgültigen Ergebnisse des Referendums über die Selbstbestimmung der Bevölkerung Südsudans durch die Kommission für das Referendum in Südsudan, wonach sich 98,83 Prozent der Wähler für die Unabhängigkeit entschieden haben. Der Rat fordert die internationale Gemeinschaft auf, allen Sudanesen ihre volle Unterstützung beim Aufbau einer friedlichen und blühenden Zukunft zu gewähren.
>
> Der Rat beglückwünscht die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens[290] und das Volk Sudans zu dem friedlichen und erfolgreichen Referendum und würdigt den Beitrag der Mission der Vereinten Nationen in Sudan zu dem Prozess.
>
> Der Rat begrüßt wärmstens die von Präsident Omar al-Baschir und Vizepräsident Salva Kiir am 7. Februar 2011 abgegebenen Erklärungen, in denen sie die endgültigen Ergebnisse des Referendums annehmen. Der Rat fordert alle Mitgliedstaaten auf, das Ergebnis des Referendums zu achten, und freut sich darauf, nach dem 9. Juli 2011 ein unabhängiges Südsudan als neues Mitglied der internationalen Gemeinschaft begrüßen zu können.
>
> Der Rat begrüßt die Arbeit der von dem ehemaligen Präsidenten Benjamin Mkapa geleiteten Gruppe des Generalsekretärs für die Referenden in Sudan. Der Rat lobt die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens für ihr Bekenntnis zu dem Abkommen, das sich aus ihrer Unterstützung für einen frühzeitigen und glaubwürdigen Referendumsprozess ersehen lässt. Der Rat unterstreicht, dass die vollständige und rasche Durchführung des Abkommens eine unabdingbare Voraussetzung für Frieden und Stabilität in Sudan und der Region und für die künftige Zusammenarbeit zwischen Nord- und Südsudan und der internationalen Gemeinschaft ist.
>
> Der Rat stellt ferner fest, dass der im Umfassenden Friedensabkommen vorgesehene Prozess eine Ausnahme darstellt und keinen Präzedenzfall schafft.
>
> Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für die Arbeit der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan und ihres Vorsitzenden, Präsident Thabo Mbeki, nimmt Kenntnis von den Verpflichtungen, die die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens auf dem Präsidententreffen am 27. Januar 2011 eingegangen sind, und ermutigt sie, sich auch weiterhin um eine rasche Einigung über die Regelung der noch offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Abkommen zu bemühen. Der Rat legt den Parteien eindringlich nahe, sich im Hinblick auf Abyei und

[298] S/PRST/2011/3.

andere wesentliche Fragen, darunter die Markierung der Grenze, Sicherheitsregelungen, Staatsbürgerschaft, Verschuldung, Vermögen, Währungsfragen, die Teilung des Reichtums und die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, rasch zu einigen. Der Rat begrüßt die Aufnahme des Volksbefragungsprozesses im Staat Blauer Nil und betont die Wichtigkeit alle Seiten einschließender, frühzeitiger und glaubwürdiger Volksbefragungsprozesse in den Staaten Blauer Nil und Südkordofan, im Einklang mit dem Abkommen.

Der Rat bedauert zutiefst die Verluste an Menschenleben bei den gewaltsamen Vorfällen vom 3. bis 5. Februar 2011 im Staat Oberer Nil.

Der Rat unterstreicht, dass die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens weitere Zusammenstöße verhindern und die Ruhe fördern müssen, namentlich indem sie den Angehörigen aller Volksgruppen in Sudan, einschließlich der Südsudanesen im Norden und der Nordsudanesen im Süden, sofort und dauerhaft versichern, dass ihre Rechte, ihre Sicherheit und ihr Eigentum auch künftig geachtet werden. Der Rat fordert die Parteien des Abkommens nachdrücklich auf, ihre Verpflichtungen zu achten.

Der Rat bringt erneut seine tiefe Besorgnis über die zunehmende Gewalt und Unsicherheit in Darfur zum Ausdruck, namentlich über die Verstöße gegen die Waffenruhe, die Angriffe von Rebellengruppen und die Bombenangriffe der Sudanesischen Streitkräfte, infolge deren jüngst etwa 43.000 Zivilpersonen vertrieben wurden, und über die Entführung von drei Mitgliedern des Humanitären Flugdiensts der Vereinten Nationen am 13. Januar 2011. Der Rat erinnert daran, welche Bedeutung er der Beendigung der Straflosigkeit und der Ahndung der in Darfur begangenen Verbrechen beimisst. Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und fordert alle Parteien nachdrücklich auf, dem Einsatz im gesamten Missionsgebiet vollen und ungehinderten Zugang zu gewähren und den humanitären Helfern zu gestatten, allen notleidenden Bevölkerungsgruppen Hilfe zu leisten.

Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für den von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten und von Katar ausgerichteten Friedensprozess für Darfur, für die Arbeit des Gemeinsamen Chefvermittlers der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen für Darfur, Herrn Djibril Bassolés, und die Leitprinzipien für die Verhandlungen. Der Rat begrüßt die Präsenz der Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit und der Bewegung für Befreiung und Gerechtigkeit in Doha und richtet mit großem Nachdruck die Aufforderung an alle anderen Rebellenbewegungen, dem Friedensprozess ohne weitere Verzögerung oder Vorbedingungen beizutreten, und an alle Parteien, auf den dringenden Abschluss eines umfassenden Abkommens hinzuwirken.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, dem Rat bis Ende Februar 2011 über die Fragen im Zusammenhang mit dem in Darfur verankerten politischen Prozess Bericht zu erstatten und dabei zu bewerten, inwieweit die Rahmenbedingungen diesen Prozess begünstigen.

Der Rat erklärt erneut, wie wichtig eine stärkere Beteiligung der Frauen an den sudanesischen Friedensprozessen ist.

Der Rat wird die Entwicklungen in Sudan, einschließlich in Darfur, auch weiterhin genau verfolgen.“

Auf seiner nichtöffentlichen 6499. Sitzung am 21. März 2011 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Auf seiner nichtöffentlichen 6499. Sitzung am 21. März 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Berichte des Generalsekretärs über Sudan‘.

Der Präsident lud mit Zustimmung des Rates den Vertreter Sudans auf sein Ersuchen ein, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes teilzunehmen.

Wie zuvor in Konsultationen des Rates vereinbart, lud der Präsident Herrn Pagan Amum, den Generalsekretär der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Der Rat ließ sich von Herrn Atul Khare, dem Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung unterrichten.

Der Rat hörte eine Erklärung des Vertreters Sudans.

Der Rat hörte eine Erklärung von Herrn Amum.

Die Ratsmitglieder, der Vertreter Sudans, Herr Amum und Herr Khare führten einen Meinungsaustausch."

Auf seiner 6517. Sitzung am 20. April 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Bericht des Generalsekretärs über Sudan (S/2011/239)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Atul Khare, den Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6519. Sitzung am 20. April 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Bericht des Generalsekretärs über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2011/244)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Atul Khare, den Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6521. Sitzung am 21. April 2011 behandelte der Rat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan".

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[299]:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Unterstützung für die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den Parteien des Umfassenden Friedensabkommens[290], namentlich unter der Schirmherrschaft der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan und ihres Vorsitzenden, Präsident Thabo Mbeki. In Anbetracht dessen, dass der nach dem Umfassenden Friedensabkommen vorgesehene Übergangszeitraum bald, nämlich am 9. Juli 2011, abläuft, fordert der Rat die Parteien nachdrücklich auf, nötigenfalls auf höchster Ebene zusammenzukommen, um eine Einigung über noch offene Fragen im Zusammenhang mit dem Abkommen und die

[299] S/PRST/2011/8.

Regelungen für den Zeitraum danach zu erzielen. Der Rat legt den Parteien außerdem nahe, mit den Vereinten Nationen die künftige Präsenz der Organisation in Sudan zu erörtern.

Der Rat bekundet erneut seine tiefe Besorgnis über die Zunahme der Spannungen, der Gewalt und der Vertreibungen im Gebiet Abyei. Der Rat fordert beide Parteien auf, die jüngsten Sicherheitsvereinbarungen umzusetzen und einzuhalten, indem sie alle Kräfte außer den nach diesen Vereinbarungen genehmigten gemeinsamen integrierten Einheiten und gemeinsamen integrierten Polizeieinheiten aus dem Gebiet Abyei abziehen, und umgehend eine Einigung über den Status von Abyei in der Folgezeit des Umfassenden Friedensabkommens zu erzielen. Der Rat bekräftigt, dass es den Parteien des Abkommens obliegt, einschließlich während ihrer Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union und ihres Vorsitzenden, Präsident Thabo Mbeki, eine Einigung über den Status von Abyei zu erzielen. In dieser Hinsicht anerkennt der Rat die am 22. Juli 2009 getroffene Entscheidung des Ständigen Schiedshofs in Den Haag, die die Grenzen von Abyei festlegt.

Der Rat begrüßt die Aufnahme des Volksbefragungsprozesses im Bundesstaat Blauer Nil und die Verlegung der Gouverneurs- und Staatsversammlungswahlen im Bundesstaat Südkordofan auf den 2. bis 4. Mai 2011. Der Rat bekundet seine Besorgnis über die jüngste Gewalt in Südkordofan und unterstreicht die Verantwortung aller Parteien, Hetzreden zu vermeiden und friedliche und glaubhafte Wahlen zu gewährleisten. Der Rat betont außerdem die Wichtigkeit alle Seiten einschließender, frühzeitiger und glaubwürdiger Volksbefragungsprozesse im Einklang mit dem Umfassenden Friedensabkommen. Der Rat fordert beide Parteien nachdrücklich auf, eine Sicherheitsvereinbarung über die Zukunft der Zehntausende von Soldaten der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee aus den Bundesstaaten Südkordofan und Blauer Nil zu erzielen. Der Rat fordert die Parteien außerdem nachdrücklich auf, eine Einigung über Sicherheitsregelungen zu erzielen und den künftigen Status der derzeit in den Sudanesischen Streitkräften dienenden Südsudanesen festzulegen.

Der Rat ist höchst besorgt über die jüngste Gewalt zwischen der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee und örtlichen Milizen, insbesondere in den Bundesstaaten Jonglei, Oberer Nil und Einheit. Der Rat fordert die Führer der Regierung Südsudans und der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee auf, die Gewalt mit friedlichen Mitteln beizulegen, weitere Zusammenstöße zu verhindern und die Ruhe wiederherzustellen.

Der Rat unterstreicht, dass die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens die Ruhe fördern müssen, namentlich indem sie den Angehörigen aller Volksgruppen in Sudan, einschließlich der Südsudanesen im Norden und der Nordsudanesen im Süden, sofort und dauerhaft versichern, dass ihre Rechte, ihre Sicherheit und ihr Eigentum geachtet werden. Der Rat fordert die Parteien des Abkommens nachdrücklich auf, ihre diesbezüglichen Verpflichtungen zu achten.

Der Rat erklärt erneut mit allem Nachdruck, dass jede Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Mission der Vereinten Nationen in Sudan unannehmbar ist und dass die Mission vollen und ungehinderten Zugang zum gesamten Missionsgebiet haben muss.

Der Rat wird es nicht dulden, dass die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens Stellvertretermilizen unterstützen.

Der Rat bringt erneut seine tiefe Besorgnis über die gravierende Zunahme der Gewalt und der Unsicherheit in Darfur zum Ausdruck, namentlich über die Verstöße gegen die Waffenruhe, die Beschränkungen des Zugangs des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und der humanitären Organisationen zu hilfebedürftigen Bevölkerungsgruppen in ganz Darfur, die Angriffe von Rebellengruppen, die Bombenangriffe der Sudanesischen Streitkräfte und die an-

haltende Vertreibung von Zivilpersonen. Der Rat spricht den Angehörigen des am 5. April 2011 getöteten Mitglieds des Einsatzes sein tiefes Beileid aus und fordert den Einsatz und die Regierung Sudans nachdrücklich auf, eine umfassende und gründliche Untersuchung des Vorfalls vorzunehmen.

Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, namentlich die immer vollständigere Durchführung seines nach Kapitel VII erteilten und in Resolution 1769 (2007) vom 31. Juli 2007 festgelegten Mandats, seine Kernaufgaben der Gewährleistung des Schutzes von Zivilpersonen und des humanitären Zugangs zu erfüllen, und erinnert daran, dass seinen Bemühungen zur Unterstützung des von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten politischen Prozesses für Darfur Vorrang beigemessen wird. Der Rat verlangt, dass die Regierung Sudans und die bewaffneten Bewegungen die Feindseligkeiten einstellen und dem Einsatz im gesamten Missionsgebiet vollen und ungehinderten Zugang auf dem Land- und Luftweg gewähren und den humanitären Helfern gestatten, allen Bevölkerungsgruppen Hilfe zu leisten, die ihrer bedürfen. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Ständige Vertreter Sudans bei den Vereinten Nationen am 20. April 2011 vor dem Rat erklärt hat, seine Regierung werde alle noch ausstehenden 1.117 Sichtvermerke für das Personal des Einsatzes ausstellen[300], und fordert die Regierung Sudans eindringlich auf, dies zu tun.

Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für den von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten und von Katar ausgerichteten Friedensprozess für Darfur und für die Arbeit des Gemeinsamen Chefvermittlers der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen für Darfur, Herrn Djibril Bassolés. Der Rat bekräftigt ferner seine Unterstützung für die Leitgrundsätze für die Verhandlungen. Der Rat richtet die nachdrückliche Aufforderung an alle anderen Rebellenbewegungen, dem Friedensprozess ohne weitere Verzögerungen oder Vorbedingungen beizutreten. Der Rat fordert die Parteien in Doha nachdrücklich auf, die notwendigen Zugeständnisse zu machen, um rasch zu einer Waffenruhe und einer politischen Einigung zu gelangen, und sieht dem Ausgang der bevorstehenden Konferenz aller Interessenträger Darfurs in Doha erwartungsvoll entgegen. Der Rat ist der Auffassung, dass auf dieser Konferenz alle Bevölkerungs- und Interessengruppen Darfurs voll vertreten sein sollen. Der Rat verweist erneut auf die Wichtigkeit einer stärkeren Mitwirkung von Frauen an den sudanesischen Friedensprozessen.

Der Rat stellt fest, dass ein in Darfur verankerter politischer Prozess eine ergänzende Rolle dabei spielen könnte, die Mitwirkung und Unterstützung der Menschen in Darfur sicherzustellen und sie besser in die Lage zu versetzen, sich an der Umsetzung der Ergebnisse des Friedensprozesses von Doha zu beteiligen. Der Rat ist dennoch darüber besorgt, dass wichtige Aspekte des für einen in Darfur verankerten politischen Prozess erforderlichen günstigen Umfelds nicht vorhanden sind, namentlich 1) die bürgerlichen und politischen Rechte, die es den Teilnehmern ermöglichen, ihre Auffassungen ohne Furcht vor Vergeltung zu äußern, 2) die Rede- und Versammlungsfreiheit, die offene Konsultationen erlaubt, 3) die Bewegungsfreiheit der Teilnehmer und des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, 4) die verhältnismäßige Beteiligung aller Darfurer, 5) die Freiheit von Drangsalierung, willkürlicher Festnahme und Einschüchterung und 6) die Freiheit von Einmischung durch die Regierung oder bewaffnete Bewegungen. Der Rat fordert die Regierung und die bewaffneten Bewegungen auf, gegebenenfalls in enger Zusammenarbeit mit dem Einsatz zur Schaffung eines derartigen günstigen Umfelds für einen in Darfur verankerten politischen Prozess beizutragen, und fordert insbe-

[300] Siehe S/PV.6519.

sondere die Regierung auf, die von ihr abgegebene Zusage zur Aufhebung des Notstands in Darfur zu erfüllen.

Der Rat fordert die Regierung Sudans außerdem auf, alle politischen Gefangenen freizulassen, freie Meinungsäußerung zuzulassen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass, wer immer schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begangen hat, zur Rechenschaft gezogen wird."

Auf seiner 6522. Sitzung am 27. April 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Bericht des Generalsekretärs über Sudan (S/2011/239)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn David Buom Choat, den Referenten Südsudans für politische Angelegenheiten, die Vereinten Nationen und Kongressangelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Resolution 1978 (2011) vom 27. April 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Sudan,

in Anbetracht der Ergebnisse des Referendums Südsudans, die am 7. Februar 2011 von der Kommission für das Referendum in Südsudan bekanntgegeben wurden, und in Erwägung des Ersuchens der Regierung Südsudans um eine fortgesetzte Präsenz der Vereinten Nationen in Südsudan,

feststellend, dass die Situation in der Region nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, das in Resolution 1590 (2005) vom 24. März 2005 festgelegte Mandat der Mission der Vereinten Nationen in Sudan bis zum 9. Juli 2011 zu verlängern;

2. *gibt seine Absicht bekannt*, eine Nachfolgemission für die Mission der Vereinten Nationen in Sudan einzurichten;

3. *ersucht* den Generalsekretär, sich auch künftig mit den Parteien des Umfassenden Friedensabkommens[290] in dieser Hinsicht abzustimmen und bis zum 16. Mai 2011 einen Bericht vorzulegen;

4. *ermächtigt* die Mission der Vereinten Nationen in Sudan, ihr Material zu nutzen, um die Einrichtung der genannten Nachfolgemission vorzubereiten;

5. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6522. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6537. Sitzung am 17. Mai 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan".

Resolution 1982 (2011)
vom 17. Mai 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend Sudan,

sowie unter Hinweis auf den vom 30. März 2011 datierten Zwischenbericht der vom Generalsekretär gemäß Ziffer 3 *b*) der Resolution 1591 (2005) vom 29. März 2005 eingesetzten Sachverständigengruppe, deren Mandat mit späteren Resolutionen verlängert wurde,

feststellend, dass die Situation in Sudan nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *bekräftigt* die Wichtigkeit der in früheren Resolutionen, einschließlich Resolution 1945 (2010) vom 14. Oktober 2010, festgelegten Maßnahmen;

2. *beschließt*, das Mandat der ursprünglich gemäß Resolution 1591 (2005) eingesetzten Sachverständigengruppe für Sudan, das zuvor bereits mit den Resolutionen 1651 (2005) vom 21. Dezember 2005, 1665 (2006) vom 29. März 2006, 1713 (2006) vom 29. September 2006, 1779 (2007) vom 28. September 2007, 1841 (2008) vom 15. Oktober 2008, 1891 (2009) vom 13. Oktober 2009 und 1945 (2010) verlängert wurde, bis zum 19. Februar 2012 zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, möglichst rasch die erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen;

3. *ersucht* die Sachverständigengruppe, dem Sicherheitsrat spätestens dreißig Tage vor Ablauf ihres Mandats einen Schlussbericht mit ihren Feststellungen und Empfehlungen vorzulegen;

4. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6537. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 18. Mai 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[301]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass die Mitglieder des Sicherheitsrats beschlossen haben, vom 19. bis 26. Mai 2011 eine Mission nach Äthiopien, Sudan und Kenia zu entsenden. Die Teilmission nach Addis Abeba wird von Botschafter Gérard Araud (Frankreich) geleitet. Die Teilmission nach Khartum, Abyei und Juba wird gemeinsam von Botschafterin Susan Rice (Vereinigte Staaten von Amerika) und Botschafter Witali Tschurkin (Russische Föderation) geleitet, und die Teilmission nach Nairobi wird unter der gemeinsamen Leitung von Botschafter Mark Lyall Grant (Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland) und Botschafter Baso Sangqu (Südafrika) stehen. Die Ratsmitglieder haben sich auf die Aufgabenstellung der Mission geeinigt (siehe Anlage).

Die Mission setzt sich wie folgt zusammen:

Bosnien und Herzegowina (Botschafter Ivan Barbalić)

Brasilien (Botschafterin Maria Luiza Ribeiro Viotti)

[301] S/2011/319.

China (Botschaftsrat Tian Lin)

Deutschland (Botschafter Peter Wittig)

Frankreich (Botschafter Gérard Araud)

Gabun (Botschafter Nelson Messone)

Indien (Botschafter Hardeep Singh Puri)

Kolumbien (Botschafter Néstor Osorio)

Libanon (Botschafter Nawaf Salam)

Nigeria (Botschafter Raff Bukun-Olu Wole Onemola)

Portugal (Botschafter João Maria Cabral)

Russische Föderation (Botschafter Witali Tschurkin)

Südafrika (Botschafter Baso Sangqu)

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland (Botschafter Mark Lyall Grant)

Vereinigte Staaten von Amerika (Botschafterin Susan Rice)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben samt Anlage als Dokument des Sicherheitsrats verteilen ließen.

Anlage

Mission des Sicherheitsrats nach Afrika (Mai 2011)

Aufgabenstellung

Mission zur Afrikanischen Union (Addis Abeba)

Leitung: Botschafter Gérard Araud (Frankreich)

1. Durch einen Meinungsaustausch über Fragen, mit denen sowohl der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als auch der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union befasst sind, die wirksame Partnerschaft zwischen der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen weiter ausbauen und ihre Zusammenarbeit verstärken.

2. Einen Meinungsaustausch über Situationen führen, mit denen sowohl der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als auch der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union befasst sind, unter anderem in den folgenden Fragen:

2.1 Kurzer Überblick über die Friedens- und Sicherheitssituation in Afrika;

2.2 Die Situation in Sudan:

- Hybrider Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur:
  - Humanitäre und Sicherheitslage/Durchführung des Mandats des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur;
  - Friedensprozess;
- Umfassendes Friedensabkommen/Mission der Vereinten Nationen in Sudan:

- Ausstehende Fragen im Zusammenhang mit dem Umfassenden Friedensabkommen/Durchführung des Mandats der Mission der Vereinten Nationen in Sudan;
- Die Situation in Abyei;
- Sicherheitslage in Südsudan;
- Aussichten für Südsudan;

2.3 Die Situation in Somalia:

- Humanitäre und Sicherheitslage/Von der Mission der Afrikanischen Union in Somalia und den Kräften der Übergangs-Bundesregierung erzielte Fortschritte;
- Stand der Durchführung der Aufgaben für die Übergangsperiode und des Prozesses betreffend die Regelungen für die Zeit nach Ende des Übergangszeitraums;
- Seeräuberei/Durchführung der Resolution 1976 (2011);

2.4 Die Situation in Libyen:

- Herausforderungen bei der Herbeiführung einer Waffenruhe und eines politischen Prozesses: Stärkung der Koordinierung zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Initiativen;
- Humanitäre Lage in Libyen;

2.5 Die Situation in Côte d'Ivoire:

- Politische und sicherheitsbezogene Entwicklungen;
- Herausforderungen bei der Stabilisierung und nationalen Aussöhnung;
- Koordinierung zwischen den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten mit dem Ziel, die Krise zu lösen und den Wiederaufbau zu unterstützen.

Mission nach Sudan

Leitung: Botschafterin Susan Rice (Vereinigte Staaten von Amerika) und Botschafter Witali Tschurkin (Russische Föderation)

1. Die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens[290] und das Volk Sudans zu einem friedlichen und erfolgreichen Referendum beglückwünschen.

2. Das Bekenntnis des Sicherheitsrats zur vollen Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens und zur Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den Parteien des Abkommens, namentlich unter der Schirmherrschaft der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan und ihres Vorsitzenden, Präsident Thabo Mbeki, und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft dafür bekräftigen. Hervorheben, dass der nach dem Umfassenden Friedensabkommen vorgesehene Übergangszeitraum bald, nämlich am 9. Juli 2011, abläuft, weshalb die Parteien nötigenfalls auf höchster Ebene zusammenzukommen müssen, um eine Einigung über noch offene Fragen im Zusammenhang mit dem Abkommen und die Regelungen für den Zeitraum danach zu erzielen, und mit den Vereinten Nationen in Bezug auf die künftige Präsenz der Organisation in Sudan zusammenarbeiten müssen.

3. Die laufenden Vorbereitungen für die Unabhängigkeit in Südsudan bewerten und hervorheben, wie wichtig es ist, die Herausforderungen anzugehen, denen sich Südsudan gegenübersieht, namentlich Unsicherheit, Deckung des humanitären und

entwicklungsbezogenen Bedarfs und Kapazitätsaufbau. Hervorheben, wie wichtig es ist, dass die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens ihre Zusammenarbeit nach der Unabhängigkeit Südsudans fortsetzen, an die Verpflichtung beider Parteien erinnern, weder Maßnahmen zu ergreifen noch Gruppen zu unterstützen, die die Sicherheit der anderen Partei untergraben, und unterstreichen, dass der Sicherheitsrat es nicht dulden wird, dass die Parteien Stellvertretermilizen unterstützen.

4. Erneut erklären, wie wichtig es ist, dass die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens eine Einigung über den Status von Abyei in der Zeit nach dem Abkommen erzielen, und anerkennen, dass es den Parteien obliegt, einschließlich während ihrer Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union und ihres Vorsitzenden, Präsident Thabo Mbeki, eine Einigung über den Status von Abyei zu erzielen. In dieser Hinsicht erkennt der Rat die am 22. Juli 2009 getroffene Entscheidung des Ständigen Schiedshofs in Den Haag an, die die Grenzen von Abyei festlegt.

5. Erneut erklären, wie wichtig es ist, dass Frauen an allen Phasen des sudanesischen Friedensprozesses verstärkt mitwirken, und dass wirksame und geeignete Mittel erforderlich sind, Frauen in das öffentliche Leben Sudans einzubeziehen. Die Wichtigkeit betonen, die der Rat dem Schutz von Zivilpersonen beimisst, und erneut auf die Notwendigkeit hinweisen, dass die Parteien ihrer Verantwortung zur Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte aller Personen nachkommen und alle durchführbaren Schritte unternehmen, um die Grundbedürfnisse dieser Personen zu decken. In dieser Hinsicht die Parteien auffordern, die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Kindern – insbesondere in Bezug auf ihren Schutz vor sexueller Gewalt –, Flüchtlingen und Binnenvertriebenen sowie anderen Zivilpersonen mit spezifischer Verwundbarkeit, namentlich Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen, zu beachten.

6. Unterstreichen, dass die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens die Ruhe fördern müssen, namentlich indem sie den Angehörigen aller Volksgruppen in Sudan, einschließlich der Südsudanesen im Norden und der Nordsudanesen im Süden, sofort und dauerhaft versichern, dass ihre Rechte, ihre Sicherheit und ihr Eigentum geachtet werden. Die Parteien des Abkommens nachdrücklich auffordern, ihre diesbezüglichen Verpflichtungen zu achten.

7. Erneut die Unterstützung des Rates für die Mission der Vereinten Nationen in Sudan bekunden, unterstreichen, wie wichtig es ist, dass die Regierungen Sudans und Südsudans und alle maßgeblichen Parteien vollen und ungehinderten Zugang, auch zu Abyei, gewähren, die Mandatserfüllung der Mission im Rahmen ihres derzeitigen Mandats und ihrer Fähigkeiten bewerten und Optionen für die Konfiguration der Präsenz der Vereinten Nationen in Sudan nach dem 9. Juli 2011 prüfen. Besorgnis über die jüngste Gewalt zwischen der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee und örtlichen Milizen in Südsudan, insbesondere in den Bundesstaaten Jonglei, Oberer Nil und Einheit, bekunden und die Regierung Südsudans auffordern, die Gewalt mit friedlichen Mitteln beizulegen, weitere Zusammenstöße zu verhindern und die Ruhe wiederherzustellen.

8. Hervorheben, wie wichtig anhaltende Anstrengungen sind, das Volk Sudans, eine demokratische Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Rechenschaftspflicht, Gleichheit, die Achtung der Menschenrechte, Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere die Schaffung von Bedingungen zu unterstützen, die es den von den Konflikten betroffenen Gemeinden ermöglichen, starke und dauerhafte Existenzgrundlagen aufzubauen.

9. Die Verantwortung aller zentralen und lokalen Behörden Sudans für die Sicherheit der Mitglieder der Friedenssicherungsmissionen, der humanitären Helfer und aller Mitarbeiter mit lokalen Arbeitsverträgen betonen.

10. Die tiefe Besorgnis des Rates über das Ausmaß der Gewalt in den vergangenen Monaten in Darfur, namentlich über die Verstöße gegen die Waffenruhe, die Angriffe von Rebellengruppen und die Bombenangriffe der Sudanesischen Streitkräfte, die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung und der Vertriebenen, den illegalen Zustrom von Waffen nach Darfur und die anhaltenden Zugangsbeschränkungen für humanitäre Helfer bekunden.

11. Die Unterstützung des Rates für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, namentlich die immer vollständigere Durchführung seines Mandats nach Kapitel VII, bekräftigen. Erneut die Forderung des Rates bekräftigen, dass die Regierung Sudans und die bewaffneten Bewegungen die Feindseligkeiten einstellen und dem Einsatz und den humanitären Helfern vollen und ungehinderten Zugang auf dem Land- und Luftweg gewähren.

12. Erneut erklären, dass der Rat den von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten und von Katar ausgerichteten Friedensprozess unterstützt, alle anderen Rebellenbewegungen mit großem Nachdruck auffordern, dem Friedensprozess ohne weitere Verzögerung oder Vorbedingungen beizutreten, und unterstreichen, wie wichtig es ist, dass alle Parteien in Doha die notwendigen Zugeständnisse machen, um dringend zu einer Waffenruhe und einer politischen Einigung zu gelangen. Hervorheben, dass ein in Darfur verankerter politischer Prozess eine ergänzende Rolle dabei spielen könnte, die Mitwirkung und Unterstützung der Menschen in Darfur sicherzustellen und sie besser in die Lage zu versetzen, an den Ergebnissen des Friedensprozesses von Doha teilzuhaben, und Besorgnis darüber bekunden, dass wichtige Aspekte des erforderlichen günstigen Umfelds für einen in Darfur verankerten politischen Prozess, namentlich die in der Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 21. April 2011[299] genannten Aspekte, nicht vorhanden sind. Unterstreichen, wie wichtig es ist, dass die Regierung Sudans und die bewaffneten Bewegungen zur Schaffung eines derartigen günstigen Umfelds für einen in Darfur verankerten politischen Prozess beitragen, gegebenenfalls in enger Zusammenarbeit mit dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, und insbesondere die Regierung Sudans auffordern, die von ihr abgegebene Zusage zur Aufhebung des Notstands in Darfur zu erfüllen.

13. Die Regierung Sudans auffordern, alle politischen Gefangenen freizulassen, freie Meinungsäußerung zuzulassen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass, wer immer schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begangen hat, zur Rechenschaft gezogen wird.

14. Die Notwendigkeit unterstreichen, die Durchführung der Ratsresolutionen zu gewährleisten.

Mission nach Nairobi

Leitung: Botschafter Mark Lyall Grant (Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland) und Botschafter Baso Sangqu (Südafrika)

1. Erneut die tiefe Besorgnis des Sicherheitsrats über die anhaltende Instabilität in Somalia bekunden, die zu einer Vielzahl von Problemen wie Terrorismus, seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias, Geiselnahmen sowie einer katastrophalen humanitären Lage geführt hat, und die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie zur Förderung der Schaffung von Frieden und Stabilität in Somalia durch die Kooperationsbemühungen aller Interessenträger bekräftigen.

2. Die Unterstützung des Rates für das Abkommen von Dschibuti als Grundlage für eine Beilegung des Konflikts in Somalia bekräftigen und erneut erklären, wie wichtig das politische Aufeinanderzugehen, die Aussöhnung und die Schaffung von

Institutionen sind, die auf breiter Grundlage beruhen, repräsentativ sind und aus einem letztlich alle Seiten einschließenden politischen Prozess hervorgehen.

3. Die Unterstützung des Rates für die Arbeit bekräftigen, die der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Somalia, Herr Augustine P. Mahiga, die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union zur Förderung des Friedens und der Aussöhnung in Somalia leisten. Zu einer verstärkten Präsenz der Vereinten Nationen in Mogadischu und anderen Teilen Somalias ermutigen und die Vereinten Nationen auffordern, auf koordinierte Weise vorzugehen.

4. Erneut erklären, dass der Rat die Arbeit des Sonderbeauftragten zur Erleichterung des Konsultationsprozesses unterstützt, den die Somalier untereinander führen, um in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft, namentlich den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union und der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung, und im Rahmen des Abkommens von Dschibuti eine Einigung über Regelungen für die Zeit nach dem Übergang zu erzielen. Die Übergangs-Bundesinstitutionen nachdrücklich auffordern, sich uneingeschränkt, konstruktiv und ohne weitere Verzögerung an dem von dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs moderierten Konsultationsprozess zu beteiligen, und betonen, wie wichtig die breite Beteiligung der somalischen Interessenträger an diesem Prozess ist, insbesondere an dem bevorstehenden, in Mogadischu abzuhaltenden Konsultativtreffen.

5. Erneut erklären, dass die Verantwortung für die Herbeiführung von Frieden, Sicherheit und Aussöhnung in Somalia in erster Linie bei den Somaliern liegt. Die Übergangs-Bundesinstitutionen nachdrücklich auffordern, weitere einseitige Maßnahmen in Bezug auf ihr jeweiliges Mandat zu unterlassen. Hervorheben, wie wichtig es ist, dass die Übergangs-Bundesinstitutionen sich auf die Durchführung von Reformen konzentrieren, um ihre Legitimität, Repräsentativität und Glaubwürdigkeit zu stärken, und so bald wie möglich zu einer Einigung über die Abhaltung von Wahlen für das Amt des Präsidenten und das des Parlamentspräsidenten gelangen, ohne die es keine Mandatsverlängerung geben kann.

6. Die Übergangs-Bundesinstitutionen nachdrücklich auffordern, vor dem Ende der Übergangsperiode konkrete Ergebnisse im Hinblick auf den Abschluss der in dieser Zeit zu erledigenden Kernaufgaben vorzuweisen und dabei Fortschritte bei der Aussöhnung, der Ausarbeitung der Verfassung und der Grundversorgung vorrangig zu behandeln. Auf die Absicht des Rates hinweisen, die Situation weiter zu verfolgen, und darauf aufmerksam machen, dass die künftige Unterstützung des Rates für die Übergangs-Bundesinstitutionen von der Erbringung konkreter Ergebnisse abhängen wird.

7. Besorgnis über die Zwietracht zwischen den Übergangs-Bundesinstitutionen und ihre Auswirkungen auf den politischen Prozess und die Sicherheitslage bekunden. Die Übergangs-Bundesinstitutionen ermutigen, Zusammenhalt und Einheit sicherzustellen und sich auf den Abschluss der in dem Abkommen von Dschibuti und der Übergangs-Bundescharta vorgesehenen Aufgaben für die Übergangsperiode zu konzentrieren.

8. Betonen, dass die internationale Gemeinschaft die weitere Stabilisierung und Friedenskonsolidierung und den weiteren sozioökonomischen Wiederaufbau, insbesondere in relativ stabilen Gebieten in ganz Somalia, unterstützen muss.

9. Erneut die volle Unterstützung des Rates für die Mission der Afrikanischen Union in Somalia bekunden, die Mission und die somalischen Nationalen Sicherheitskräfte nachdrücklich für die von ihnen erzielten Fortschritte bei der Festigung der Sicherheit und der Stabilität in Mogadischu würdigen und den Beitrag der Mission zu dauerhaftem Frieden und anhaltender Stabilität in Somalia würdigen. Die Notwendigkeit unterstreichen, dass die internationale Gemeinschaft dringend und oh-

ne Vorbehalte Beiträge zu dem Treuhandfonds der Vereinten Nationen für die Mission oder direkt zur Unterstützung der Mission leistet, und betonen, wie wichtig berechenbare, zuverlässige und rechtzeitig bereitgestellte Ressourcen sind, damit die Mission ihr Mandat besser erfüllen kann. Kenntnis nehmen von den Somalia betreffenden Empfehlungen des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 15. Oktober 2010[302] und die Absicht des Rates unterstreichen, die Situation weiter zu verfolgen.

10. Betonen, wie wichtig es ist, die somalischen Sicherheitskräfte zu stärken, wozu auch der Aufbau einer wirksamen Führung gehört, und betonen, dass die somalischen Sicherheitskräfte der Hilfe und Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bedürfen.

11. Erklären, dass der Sicherheitsrat alle Angriffe und namentlich die Terroranschläge auf die Übergangs-Bundesregierung, die Mission und die Zivilbevölkerung durch bewaffnete Oppositionsgruppen und ausländische Kämpfer, insbesondere Al-Shabaab, verurteilt.

12. Ernsthafte Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage in Somalia und die Auswirkungen der derzeitigen Dürre bekunden, die Notwendigkeit unterstreichen, dass die internationale Gemeinschaft den konsolidierten Hilfsappell der Vereinten Nationen und andere Appelle dringend unterstützt, und es verurteilen, dass Al-Shabaab und andere bewaffnete Gruppen in Somalia gezielt humanitäre Helfer angreifen und die Auslieferung humanitärer Hilfe behindern.

13. Betonen, dass alle Parteien und bewaffneten Gruppen in Somalia gehalten sind, ihren Verpflichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen von Feindseligkeiten nachzukommen, insbesondere indem sie unterschiedslose oder übermäßige Gewaltanwendung vermeiden.

14. Erneut erklären, wie wichtig es ist, dass Frauen an allen Phasen des somalischen Friedensprozesses verstärkt mitwirken, und dass wirksame und geeignete Mittel erforderlich sind, um Frauen in das öffentliche Leben Somalias einzubeziehen.

15. Tiefe Besorgnis über die von Konfliktparteien begangenen anhaltenden Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen gegen Kinder in Somalia bekunden und nachdrücklich die sofortige Umsetzung aller Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte in Bezug auf Kinder und bewaffnete Konflikte in Somalia fordern.

16. Anerkennen, dass die anhaltende Instabilität in Somalia zu dem Problem der Seeräuberei und der bewaffneten Raubüberfälle beiträgt, betonen, dass umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Seeräuberei und der ihr zugrundeliegenden Ursachen erforderlich sind, und darauf hinweisen, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in der Frage der Geiselnahme ist.

17. Unterstreichen, wie wichtig eine Verstärkung der Arbeiten zur Bewältigung der Probleme ist, die sich dadurch ergeben, dass die Justizsysteme Somalias und anderer Staaten in der Region nur begrenzt zu einer wirksamen Strafverfolgung, Inhaftnahme und Abschreckung mutmaßlicher Seeräuber in der Lage sind.

18. Die Notwendigkeit unterstreichen, die wirksame Koordinierung der Anstrengungen zur Bekämpfung der Seeräuberei zu gewährleisten, und in dieser Hinsicht an das Ersuchen des Rates an den Generalsekretär erinnern, das Politische Büro der Ver-

[302] Siehe S/2010/539, Anlage.

einten Nationen für Somalia als Koordinierungsstelle der Vereinten Nationen für die Bekämpfung der Seeräuberei, einschließlich des Kampala-Prozesses, zu stärken.

19. Der Rat fordert alle Staaten, insbesondere die Staaten in der Region, auf, die Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea uneingeschränkt einzuhalten, eingedenk dessen, dass die strikte Durchsetzung der Embargos die Sicherheitslage in der Region insgesamt verbessern wird."

Auf seiner 6542. Sitzung am 31. Mai 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Sonderbericht des Generalsekretärs über Sudan (S/2011/314)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, und Herrn Haile Menkerios, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Sudan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ezekiel Lol Gatkuoth gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6544. Sitzung am 3. Juni 2011 behandelte der Rat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan".

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[303]:

„Der Sicherheitsrat bringt seine ernste Besorgnis über die anhaltende Gewalt und die rasche Verschlechterung der Lage in Abyei zum Ausdruck, seit er sich mit dieser Frage in seiner Presseerklärung vom 22. Mai 2011[304] befasst hat, in der der Rat den am 19. Mai 2011 in Abyei durchgeführten Angriff südsudanesischer Kräfte auf einen Konvoi der Mission der Vereinten Nationen in Sudan, der aus Angehörigen der Sudanesischen Streitkräfte bestehende Anteile gemeinsamer integrierter Einheiten eskortierte, ebenso verurteilte wie die eskalierenden Militäroperationen der Sudanesischen Streitkräfte, durch die sie die Stadt Abyei und deren Umgebung unter ihre Kontrolle gebracht hatten.

Der Rat verurteilt nachdrücklich, dass die Regierung Sudans das Gebiet Abyei unter seine militärische Kontrolle gebracht hat und weiter unter Kontrolle hält und dass dadurch Zehntausende Einwohner Abyeis vertrieben wurden. Der Rat fordert die Sudanesischen Streitkräfte auf, dafür zu sorgen, dass alle Plünderungen, Brandstiftungen und illegalen Neuansiedlungen sofort eingestellt werden. Der Rat betont, dass alle Verantwortlichen für Verstöße gegen das Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, sowie diejenigen, die solche Handlungen angeordnet haben, zur Rechenschaft gezogen werden. Der Rat bringt seine ernste Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage in dem Gebiet zum Ausdruck und lobt die Anstrengungen der humanitären Organisationen, den von dem Konflikt betroffenen Menschen trotz der anhaltenden Unsicherheit in der Region und trotz gravierender Zugangsbeschränkungen Nothilfe zu gewähren und namentlich Nahrungsmittel, Gesundheitsversorgung, Unterkünfte und Wasser bereitzustellen.

[303] S/PRST/2011/12.

[304] SC/10262.

Der Rat verurteilt die Blockade von zwei der drei Hauptversorgungsrouten vom Norden in den Süden sowie die Zerstörung der Banton-Brücke in Süd-Abyei durch die Sudanesischen Streitkräfte, wodurch der notwendige Handel behindert und die Rückkehr von Zivilpersonen nach Abyei erschwert wird. Der Rat fordert sofortige Maßnahmen zur Wiederherstellung des vollen Zugangs über alle Routen.

Der Rat fordert alle Parteien auf, die humanitären Grundsätze zu achten und dem gesamten humanitären Hilfspersonal raschen und ungehinderten Zugang zu den von den Kampfhandlungen betroffenen hilfebedürftigen Personen und Gemeinden zu gewähren. Der Rat fordert ferner, dass Bedingungen geschaffen werden, die eine rasche und sichere Rückkehr der von ihren Heimstätten Vertriebenen gestatten.

Der Rat verurteilt mit Nachdruck alle Angriffe auf die Mission, namentlich diejenigen vom 19. und 24. Mai 2011, die kriminelle Handlungen gegenüber einer Mission der Vereinten Nationen und ihrem Personal darstellen und die Entschlossenheit der Parteien, einen Rückfall in den Krieg zu vermeiden, zu untergraben drohen.

Der Rat erinnert daran, dass Vizepräsident Ali Osman Taha und der Erste Vizepräsident Salva Kiir zugesagt haben, dass beide Parteien alle bedingungslosen Ansprüche auf Abyei aus den Entwürfen ihrer jeweiligen nationalen Verfassung streichen werden, und fordert die Parteien, insbesondere deren Führung, nachdrücklich auf, Hetzreden zu vermeiden, welche die gegenseitigen Zusagen der Parteien untergraben, dass sie alle noch ausstehenden Fragen aus dem Umfassenden Friedensabkommen[290] und dessen Anschlussprozess friedlich auf dem Verhandlungsweg regeln werden. Der Rat fordert beide Parteien abermals nachdrücklich auf, diese Zusagen einzuhalten.

Der Rat bekundet seine tiefe Besorgnis im Anschluss an Berichte über den ungewöhnlichen, plötzlichen Zustrom Tausender Misseriya in die Stadt Abyei und deren Umgebung, durch den erhebliche Änderungen in der ethnischen Zusammensetzung des Gebiets erzwungen werden könnten. Der Rat verurteilt alle einseitigen Handlungen mit dem Ziel, vor Ort Tatsachen zu schaffen, die das Ergebnis der Verhandlungen vorwegnehmen würden. Der Rat erklärt entschlossen, dass der künftige Status von Abyei durch Verhandlungen zwischen den Parteien in einer mit dem Umfassenden Friedensabkommen vereinbaren Weise und nicht durch einseitige Maßnahmen einer der Parteien geregelt werden soll.

Der Rat erklärt erneut, dass die anhaltenden Militäroperationen der Regierung Sudans und Aktivitäten von Milizen in Abyei einen schweren Verstoß gegen das Umfassende Friedensabkommen und die Abkommen von Kadugli darstellen. Der Rat verlangt den sofortigen Abzug der Regierung Sudans aus dem Gebiet Abyei. Der Rat verlangt ferner den sofortigen Abzug aller militärischen Elemente aus Abyei. Der Rat verlangt, dass die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans uneingeschränkt mit dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Sudan und Leiter der Mission der Vereinten Nationen in Sudan und der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan unter Leitung von Präsident Thabo Mbeki zusammenarbeiten, um sofort eine tragfähige Sicherheitsregelung für Abyei zu schaffen, die von der Mission unterstützt wird und in der sich die Sudanesischen Streitkräfte, die Sudanesische Volksbefreiungsarmee und die verbündeten Kräfte vollständig aus dem Gebiet Abyei zurückziehen. Der Rat vermerkt, dass die Mission nach wie vor bereit ist, bei der Durchführung aller von den Parteien erzielten maßgeblichen Vereinbarungen behilflich zu sein. Der Rat unterstreicht, dass die Nichteinhaltung und Nichterfüllung des Umfassenden Friedensabkommens durch die Regierung Sudans die Vorteile, die die Einhaltung mit sich bringen könnte, gefährdet.

Angesichts der anhaltenden Unsicherheit in Abyei ist der Rat der Auffassung, dass eine fortgesetzte Präsenz unter dem Mandat der Vereinten Nationen in Abyei nach dem 9. Juli 2011 und die Unterstützung der Vereinten Nationen für das Ma-

nagement der Grenzen durch die Parteien nach der Unabhängigkeit Südsudans für die Sicherheit und den Wohlstand beider Parteien von Vorteil wäre. In diesem Zusammenhang fordert der Rat die Parteien nachdrücklich auf, Einigung über die Fortführung einer Präsenz unter dem Mandat der Vereinten Nationen zu erzielen.

Der Rat betont, dass beide Parteien viel zu gewinnen haben, wenn sie Zurückhaltung üben und den Weg des Dialogs einschlagen, insbesondere auch im Wege der laufenden Verhandlungen auf hoher Ebene zwischen den Parteien und der Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union und ihres Vorsitzenden, Präsident Thabo Mbeki, anstatt auf Gewalt oder Provokationen zurückzugreifen.

Der Rat bekundet seine tiefe Besorgnis über die Spannungen in den Staaten Blauer Nil und Südkordofan. Der Rat fordert, dass die Gespräche über politische und sicherheitsbezogene Regelungen für die Staaten Blauer Nil und Südkordofan in der Zeit nach dem Umfassenden Friedensabkommen sofort wiederaufgenommen werden und dass alle Parteien einseitige Maßnahmen unterlassen, bis diese Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben. Der Rat betont, dass die in dem Abkommen vorgesehenen Strukturen zur Stabilisierung der Sicherheitslage in den Staaten Blauer Nil und Südkordofan, insbesondere die Dislozierung gemeinsamer integrierter Einheiten, bis zu ihrer Aufhebung am 9. Juli 2011 weiterbestehen sollen. Der Rat fordert beide Parteien auf, auf den Abbau der Spannungen hinzuwirken und die Ruhe in dieser sensiblen Region zu fördern. Der Rat unterstreicht ferner, dass die Parteien das Mandat der Mission achten müssen.

Der Rat unterstreicht, dass die Parteien dafür verantwortlich sind, Zivilpersonen zu schützen und das nach Kapitel VII der Charta erteilte Mandat der Mission zum Schutz von Zivilpersonen, denen in Abyei unmittelbar körperliche Gewalt droht, zu achten. In dieser Hinsicht verurteilt der Rat mit größtem Nachdruck die anhaltenden Drohungen und Einschüchterungen gegenüber Anteilen der Mission. Der Rat bekundet seine nachdrückliche, anhaltende Unterstützung für die Mission unter der kompetenten Führung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, Herrn Haile Menkerios.

Der Rat wird mit dieser Angelegenheit befasst bleiben und in den kommenden Tagen zusammentreten, um die Umsetzung dieser Erklärung zu überprüfen.“

Auf seiner 6548. Sitzung am 8. Juni 2011 behandelte der Rat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Luis Moreno-Ocampo, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner nichtöffentlichen 6549. Sitzung am 8. Juni 2011 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Auf seiner nichtöffentlichen 6549. Sitzung am 8. Juni 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Berichte des Generalsekretärs über Sudan‘.

Der Präsident lud mit Zustimmung des Rates die Vertreter Ägyptens, Äthiopiens, Argentiniens, Armeniens, Bahrains, Belgiens, Burkina Fasos, Chiles, Costa Ricas, Dänemarks, Finnlands, Griechenlands, Irlands, Italiens, Japans, Kasachstans, Kroatiens, Kuwaits, Liechtensteins, Malaysias, Mexikos, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Polens, Rumäniens, Saudi-Arabiens, Schwedens, Serbiens, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, Sudans, der Tschechischen Republik, der Türkei, Ungarns und Zyperns ein, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates ohne Stimmrecht an der Behandlung des Punktes teilzunehmen.

Gemäß dem auf der 6548. Sitzung gefassten Beschluss würdigte der Präsident die Anwesenheit von Herrn Luis Moreno-Ocampo, dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates.

Die Ratsmitglieder führten einen Meinungsaustausch."

Am 15. Juni 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[305]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 13. Juni 2011 betreffend Ihre Absicht, Frau Hilde Frafjord Johnson (Norwegen) zu Ihrer Sonderbeauftragten für Südsudan und Leiterin der neuen Mission in Südsudan zu ernennen[306], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die davon Kenntnis genommen haben."

Auf seiner 6559. Sitzung am 20. Juni 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Berichte des Generalsekretärs über Sudan" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Haile Menkerios, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Sudan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Thabo Mbeki, den Vorsitzenden der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ezekiel Lol Gatkuoth gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6567. Sitzung am 27. Juni 2011 behandelte der Rat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan".

Resolution 1990 (2011) vom 27. Juni 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten über die Situation in Sudan und feststellend, dass er die Umsetzung des Umfassenden Friedensabkommens[290] als vorrangige Angelegenheit betrachtet,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zu den Grundsätzen der Souveränität und territorialen Unversehrtheit sowie zu Frieden, Stabilität und Sicherheit in der gesamten Region,

in Bekräftigung seiner früheren Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, seine Resolution 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte, seine Resolution 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz von humanitärem Personal und Personal der Vereinten Nationen und seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit,

[305] S/2011/362.

[306] S/2011/361.

unter Begrüßung des am 20. Juni 2011 in Addis Abeba erzielten Abkommens zwischen der Regierung Sudans und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung über vorläufige Regelungen für die Verwaltung und Sicherheit des Gebiets Abyei[307],

in Würdigung der den Parteien von der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan und ihrem Vorsitzenden, Präsident Thabo Mbeki, dem Ministerpräsidenten Äthiopiens, Herrn Meles Zenawi, und dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Sudan, Herrn Haile Menkerios, gewährten Hilfe,

Kenntnis nehmend von dem Ersuchen der Regierung Sudans und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung um die Hilfe der Regierung Äthiopiens in dieser Angelegenheit,

sowie Kenntnis nehmend von der Bereitschaft der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft, den Parteien bei der Aufstellung und Anwendung von Regelungen für die gegenseitige Sicherheit zur Unterstützung der Ziele des Umfassenden Friedensabkommens behilflich zu sein,

eingedenk dessen, wie wichtig die Kohärenz der Hilfe der Vereinten Nationen in der Region ist,

in großer Sorge über die derzeitige Situation im Gebiet Abyei und über alle Gewalthandlungen, die unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen an Zivilpersonen begangen werden, darunter die Tötung und Vertreibung einer beträchtlichen Zahl von Zivilpersonen,

bekräftigend, wie wichtig es ist, dass beide Parteien das Umfassende Friedensabkommen umgehend vollständig umsetzen,

mit der Aufforderung an alle beteiligten Parteien, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht dem humanitären Personal vollen und ungehinderten Zugang zu hilfebedürftigen Zivilpersonen zu gewähren und alle für seine Tätigkeit notwendigen Einrichtungen bereitzustellen,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Parteien, die rasche Rückkehr der Binnenvertriebenen zu erleichtern,

Kenntnis nehmend von der Absicht der Parteien, eine Sondereinheit des Polizeidienstes von Abyei einzusetzen, die sich mit besonderen Fragen im Zusammenhang mit der Migration von Nomaden befasst,

die Anstrengungen *begrüßend und befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

mit der Aufforderung an alle Parteien, sich konstruktiv an Verhandlungen im Hinblick auf eine endgültige Vereinbarung über den Status von Abyei zu beteiligen,

in der Erkenntnis, dass die derzeitige Situation in Abyei dringende Antwortmaßnahmen erfordert und eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, unter Berücksichtigung des Abkommens zwischen der Regierung Sudans und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung über vorläufige Regelungen für die Verwaltung und Sicherheit des Gebiets Abyei[307] die Interims-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei für einen Zeitraum von sechs Monaten einzusetzen, und beschließt ferner, dass die Truppe höchstens 4.200 Soldaten, 50 Polizisten und eine angemessene zivile Unterstützung umfassen wird;

[307] S/2011/384, Anlage.

2. *beschließt*, dass die Truppe zusätzlich zu den in Ziffer 3 festgelegten Aufgaben den folgenden Auftrag haben wird:

a) die Rückverlegung aller Angehörigen der Sudanesischen Streitkräfte und der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee oder ihres Nachfolgers aus dem Gebiet Abyei in der vom Ständigen Schiedshof festgelegten Abgrenzung zu überwachen und zu verifizieren; Abyei wird künftig ein entmilitarisiertes Gebiet sein, und die einzigen Kräfte, die sich in ihm aufhalten dürfen, sind die der Truppe und des Polizeidiensts von Abyei;

b) in den zuständigen in dem Abkommen festgelegten Organen des Gebiets Abyei mitzuarbeiten;

c) in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Partnern aus dem Bereich Antiminenprogramme Minenräumhilfe und technische Beratung zu gewähren;

d) die Bereitstellung humanitärer Hilfe und die Bewegungsfreiheit des humanitären Personals in Abstimmung mit den in dem Abkommen festgelegten zuständigen Organen des Gebiets Abyei zu erleichtern;

e) durch Unterstützung, darunter Personalausbildung, die Kapazitäten des Polizeidiensts von Abyei auszubauen und sich in Angelegenheiten der öffentlichen Ordnung mit dem Polizeidienst von Abyei abzustimmen und

f) bei Bedarf und in Zusammenarbeit mit dem Polizeidienst von Abyei die Sicherheit der Erdölinfrastruktur im Gebiet Abyei zu gewährleisten;

3. *ermächtigt*, tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, die Truppe, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in ihrem Einsatzgebiet die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um

a) das Personal, die Einrichtungen, die Anlagen und die Ausrüstung der Truppe zu schützen;

b) das Personal, die Einrichtungen, die Anlagen und die Ausrüstung der Vereinten Nationen zu schützen;

c) die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen, des humanitären Personals und der Mitglieder des Gemeinsamen Militärbeobachtungsausschusses und der Gemeinsamen Militärbeobachterteams zu gewährleisten;

d) unbeschadet der Verantwortlichkeiten der zuständigen Stellen Zivilpersonen im Gebiet Abyei, die unmittelbar von körperlicher Gewalt bedroht sind, zu schützen;

e) das Gebiet Abyei vor dem Eindringen nicht autorisierter Elemente zu schützen, wie im Abkommen festgelegt, und

f) die Sicherheit im Gebiet Abyei zu gewährleisten;

4. *ersucht* den Generalsekretär und die Regierung Sudans, in Abstimmung mit der Regierung Südsudans oder ihrem Nachfolger unmittelbar nach der Verabschiedung dieser Resolution ein Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen zu schließen und dabei die Resolution 64/77 der Generalversammlung vom 7. Dezember 2009 über die Sicherheit des humanitären Personals und den Schutz des Personals der Vereinten Nationen zu berücksichtigen, und beschließt, tätig werdend nach Kapitel VII der Charta, dass bis zum Abschluss eines solchen Abkommens das Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen für die Mission der Vereinten Nationen in Sudan entsprechend für die Truppe gilt;

5. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, sicherzustellen, dass das gesamte Personal sowie die Ausrüstung, die Verpflegung, die Versorgungs- und sonstigen Güter, einschließlich Fahrzeugen und Ersatzteilen, die für den ausschließlichen und offiziellen Gebrauch der Truppe bestimmt sind, frei, ungehindert und rasch aus und nach Abyei gebracht werden können;

6. *unterstreicht* die zwingende Notwendigkeit der prompten Entsendung der Truppe und fordert den Generalsekretär nachdrücklich auf, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die rasche und effiziente Durchführung zu gewährleisten;

7. *fordert* die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans oder ihren Nachfolger *nachdrücklich auf*, uneingeschränkt zusammenzuarbeiten und der Truppe volle Unterstützung zu gewähren, damit sie ihr Mandat vollständig durchführen kann;

8. *betont*, dass eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans oder ihrem Nachfolger auch für den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität und für ihre künftigen Beziehungen von grundlegender Bedeutung ist;

9. *fordert* die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans oder ihren Nachfolger *auf*, ihre im Umfassenden Friedensabkommen[290] eingegangene Verpflichtung zur friedlichen Regelung des endgültigen Status von Abyei umgehend zu erfüllen, und fordert sie auf, die von der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan vorzulegenden Vorschläge zur Regelung dieser Angelegenheit in redlicher Absicht zu prüfen;

10. *ersucht* den Generalsekretär, sicherzustellen, dass eine wirksame Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte stattfindet und dass die Ergebnisse in seine Berichte an den Sicherheitsrat aufgenommen werden;

11. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, den Rat regelmäßig über die Fortschritte bei der Durchführung des Abkommens[307] unterrichtet zu halten und dem Rat spätestens dreißig Tage nach der Verabschiedung dieser Resolution und danach alle sechzig Tage Bericht zu erstatten;

12. *beschließt*, die Rolle der Truppe bei der Durchführung des Abkommens spätestens drei Monate nach der Verabschiedung dieser Resolution zu überprüfen;

13. *ersucht* den Generalsekretär, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Truppe die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch uneingeschränkt beachtet, und den Rat über Fälle solchen Verhaltens unterrichtet zu halten;

14. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6567. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6576. Sitzung am 8. Juli 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan“.

Resolution 1996 (2011)
vom 8. Juli 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Begrüßung der Gründung der Republik Südsudan am 9. Juli 2011 mit ihrer Erklärung zu einem unabhängigen Staat,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit der Republik Südsudan,

unter Hinweis auf die Erklärung seines Präsidenten vom 11. Februar 2011[308], in der er feststellte, dass die Übernahme und Wahrnehmung nationaler Eigenverantwortung eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung eines dauerhaften Friedens sind und dass die

[308] S/PRST/2011/4.

nationalen Behörden die Hauptverantwortung dafür tragen, ihre Prioritäten und Strategien für die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit festzulegen,

unter Betonung der Notwendigkeit eines umfassenden und integrierten Friedenskonsolidierungskonzepts, das die Kohärenz zwischen den Aktivitäten in den Bereichen Politik, Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit stärkt und die tieferen Ursachen von Konflikten angeht, und hervorhebend, dass Sicherheit und Entwicklung eng miteinander verknüpft sind, sich gegenseitig verstärken und für die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens entscheidend sind,

unter Missbilligung des Fortbestands von Konflikt und Gewalt und ihrer Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, einschließlich der Tötung und Vertreibung von Zivilpersonen in großer Zahl, und davon Kenntnis nehmend, wie wichtig es im Kontext der Stabilisierung der Sicherheitslage und der Gewährleistung des Schutzes von Zivilpersonen ist, mit der Zivilgesellschaft auf Dauer zusammenzuarbeiten und einen Dialog zu führen,

unter Hervorhebung der Notwendigkeit kohärenter Aktivitäten der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan, was Klarheit über die jeweilige Rolle, die Verantwortlichkeiten und die Zusammenarbeit zwischen der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan und dem Landesteam der Vereinten Nationen erfordert, und Kenntnis nehmend von der Notwendigkeit, mit den anderen maßgeblichen Akteuren in der Region zusammenzuarbeiten, namentlich mit dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, der Interims-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei und der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo,

unter Hinweis auf frühere Erklärungen über die Friedenskonsolidierung nach Konflikten, betonend, wie wichtig die Institutionenbildung als entscheidender Bestandteil der Friedenskonsolidierung ist, und unterstreichend, dass wirksamere und kohärentere nationale und internationale Maßnahmen getroffen werden müssen, um Postkonfliktländer zur Wahrnehmung staatlicher Kernaufgaben zu befähigen, darunter die friedliche Regelung politischer Streitigkeiten und die Nutzung vorhandener nationaler Kapazitäten zur Gewährleistung der nationalen Eigenverantwortung für diesen Prozess,

unter Hervorhebung der entscheidenden Rolle der Vereinten Nationen, wenn es darum geht, die nationalen Behörden in engem Benehmen mit internationalen Partnern bei der Konsolidierung des Friedens und der Verhütung eines Rückfalls in die Gewalt zu unterstützen und zu diesem Zweck frühzeitig eine Strategie zur Unterstützung nationaler Prioritäten der Friedenskonsolidierung zu entwickeln, einschließlich des Aufbaus staatlicher Kernfunktionen, der Bereitstellung grundlegender Dienste, der Herstellung der Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Menschenrechte, der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, der Entwicklung des Sicherheitssektors, der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Neubelebung der Wirtschaft,

anerkennend, wie wichtig es ist, Friedenskonsolidierungsmaßnahmen zu unterstützen, um die Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung zu schaffen,

unterstreichend, dass stärkere und klar definierte Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen, den Entwicklungsorganisationen, bilateralen Partnern und weiteren maßgeblichen Akteuren, den regionalen und subregionalen Institutionen und den internationalen Finanzinstitutionen aufgebaut werden müssen, um die auf eine wirksame Institutionenbildung gerichteten nationalen Strategien umzusetzen, die auf der nationalen Eigenverantwortung, der Erzielung von Ergebnissen und auf gegenseitiger Rechenschaft gründen,

anerkennend, dass der Sicherheitsrat Flexibilität zeigen muss, indem er gegebenenfalls je nach den erzielten Fortschritten, gewonnenen Erkenntnissen oder sich verändernden Umständen vor Ort erforderliche Änderungen an den Prioritäten einer Mission vornimmt,

sowie in Anerkennung der Notwendigkeit, den Kreis verfügbarer ziviler Sachverständiger, insbesondere Frauen sowie Sachverständiger aus Entwicklungsländern, die beim Ausbau nationaler Kapazitäten behilflich sein können, zu erweitern und zu vertiefen, und den Mitgliedstaaten, den Vereinten Nationen und anderen Partnern nahelegend, die Zusammenarbeit und Koordinierung zu stärken, um sicherzustellen, dass der einschlägige Sachverstand mobilisiert wird, um die Regierung und das Volk der Republik Südsudan entsprechend ihren Bedürfnissen auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung zu unterstützen,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 sowie auf die Erklärungen seines Präsidenten vom 29. April 2009[309] und vom 16. Juni 2010[310] über Kinder und bewaffnete Konflikte und Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs vom 29. August 2007[311] und vom 10. Februar 2009[312] über Kinder und bewaffnete Konflikte in Sudan sowie von den von der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte gebilligten Schlussfolgerungen über Kinder und bewaffnete Konflikte in Sudan[313],

in Bekräftigung seiner Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und seiner Resolution 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz des humanitären Personals und des Personals der Vereinten Nationen,

sowie in Bekräftigung seiner Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 und 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 über Frauen und Frieden und Sicherheit und erneut erklärend, dass Frauen in Anbetracht ihrer entscheidenden Rolle bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung an allen Phasen von Friedensprozessen voll, gleichberechtigt und wirksam mitwirken müssen, in Bekräftigung der Schlüsselrolle, die Frauen bei der Wiederherstellung des sozialen Gefüges einer sich regenerierenden Gesellschaft spielen können, und betonend, dass sie in die Entwicklung und Umsetzung von Postkonfliktstrategien einbezogen werden müssen, damit ihren Perspektiven und Bedürfnissen Rechnung getragen wird,

in der Erkenntnis, wie wichtig es ist, auf den bewährten Verfahren, den Erfahrungen und den Erkenntnissen aufzubauen, die im Rahmen anderer Missionen insbesondere von den truppen- und polizeistellenden Ländern gesammelt wurden, im Einklang mit den laufenden Initiativen zur Reform der Friedenssicherung der Vereinten Nationen, namentlich dem Dokument über einen neuen Horizont[314], der globalen Strategie zur Unterstützung der Feldeinsätze[315] und der Überprüfung ziviler Kapazitäten in der Konfliktfolgezeit[316],

eingedenk des Abkommens vom 20. Juni 2011 zwischen der Regierung Sudans und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung über vorläufige Regelungen für die Verwaltung und Sicherheit des Gebiets Abyei[307], des Rahmenabkommens vom 28. Juni 2011 zwischen der Regierung Sudans und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (Nord)

---

[309] S/PRST/2009/9.

[310] S/PRST/2010/10.

[311] S/2007/520.

[312] S/2009/84.

[313] S/AC.51/2009/5.

[314] Non-Paper „A new partnership agenda: charting a new horizon for United Nations peacekeeping“ (Eine neue Partnerschaftsagenda: Einen neuen Horizont für die Friedenssicherung der Vereinten Nationen abstecken).

[315] See A/64/633.

[316] See S/2011/85.

über politische Regelungen und Sicherheitsregelungen in den Staaten Blauer Nil und Südkordofan und des Abkommens vom 29. Juni 2011 zwischen der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans über Grenzsicherheit und den Gemeinsamen Mechanismus für politische und Sicherheitsfragen,

feststellend, dass die Situation, der sich Südsudan gegenübersieht, nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, mit Wirkung vom 9. Juli 2011 die Mission der Vereinten Nationen in Südsudan zunächst für einen Zeitraum von einem Jahr einzurichten, mit der Absicht, sie nach Bedarf um weitere Zeiträume zu verlängern, beschließt außerdem, dass die Mission aus bis zu 7.000 Soldaten, einschließlich Verbindungsoffizieren und Stabsoffizieren, bis zu 900 Zivilpolizisten, gegebenenfalls auch in Form organisierter Polizeieinheiten, und aus einer geeigneten zivilen Komponente besteht, die auch Fachleute für die Untersuchung von Menschenrechtsfragen umfasst, und beschließt ferner, nach drei beziehungsweise sechs Monaten zu überprüfen, ob die Bedingungen vor Ort eine Reduzierung der Soldaten auf 6.000 gestatten könnten;

2. *begrüßt*, dass der Generalsekretär seine Sonderbeauftragte für Südsudan ernannt hat, und ersucht den Generalsekretär, über seine Sonderbeauftragte die Operationen einer integrierten Mission zu leiten, alle Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan zu koordinieren und ein kohärentes internationales Konzept für einen stabilen Frieden in der Republik Südsudan zu unterstützen;

3. *beschließt*, dass das Mandat der Mission darin besteht, Frieden und Sicherheit zu festigen und die Voraussetzungen für die Entwicklung in der Republik Südsudan schaffen zu helfen, mit dem Ziel, die Regierung der Republik Südsudan besser dazu zu befähigen, ihre Amtsgeschäfte wirksam und demokratisch wahrzunehmen und gute Beziehungen zu ihren Nachbarn herzustellen, und ermächtigt die Mission entsprechend zur Wahrnehmung der folgenden Aufgaben:

a) Unterstützung der Friedenskonsolidierung und dadurch Förderung der längerfristigen Staatsbildung und der wirtschaftlichen Entwicklung durch

i) die Bereitstellung von Guten Diensten, Beratung und Unterstützung für die Regierung der Republik Südsudan in Bezug auf den politischen Übergang, die Regierungs- und Verwaltungsführung und die Herstellung der staatlichen Autorität, einschließlich der Formulierung der diesbezüglichen nationalen Politik;

ii) die Förderung der Partizipation an politischen Prozessen, namentlich durch Beratung und Unterstützung der Regierung der Republik Südsudan in Bezug auf einen alle Seiten einschließenden Verfassungsprozess, die Abhaltung von Wahlen im Einklang mit der Verfassung, die Förderung der Schaffung unabhängiger Medien und die Gewährleistung der Teilhabe von Frauen an Entscheidungsforen;

b) Unterstützung der Regierung der Republik Südsudan bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortlichkeiten für die Verhütung, Milderung und Beilegung von Konflikten und den Schutz von Zivilpersonen durch

i) die Leistung Guter Dienste, die Vertrauensbildung und die Vermittlung auf nationaler, bundesstaatlicher und Bezirksebene im Rahmen der Kapazitäten, mit dem Ziel der Vorauserkennung, Verhütung, Milderung und Beilegung von Konflikten;

ii) die Aufstellung und Anwendung einer missionsweiten Frühwarnkapazität mit einem integrierten Konzept für die Informationsbeschaffung, Überwachung, Verifikation, Frühwarnung und Verbreitung sowie Folgemechanismen;

iii) die Überwachung, Untersuchung, Verifikation und regelmäßige Berichterstattung im Hinblick auf die Menschenrechte, auf potenzielle Bedrohungen der Zivilbe-

völkerung und auf tatsächliche und potenzielle Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, sowie nach Bedarf die Inkenntnissetzung der zuständigen Behörden und die sofortige Meldung schwerer Menschenrechtsverletzungen an den Sicherheitsrat;

iv) die Beratung und Unterstützung der Regierung der Republik Südsudan, gegebenenfalls auch des Militärs und der Polizei auf nationaler und lokaler Ebene, bei der Wahrnehmung ihrer Schutzverantwortung gegenüber Zivilpersonen, unter Einhaltung des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts;

v) die Abschreckung von Gewalt, namentlich durch proaktive Einsätze und Patrouillen in Gebieten mit hohem Konfliktrisiko, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihres Einsatzgebiets, und den Schutz von Zivilpersonen, denen unmittelbar körperliche Gewalt droht, insbesondere wenn die Regierung der Republik Südsudan nicht für die entsprechende Sicherheit sorgt;

vi) die Gewährleistung der Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen, des humanitären Personals sowie der zur Durchführung der mandatsmäßigen Aufgaben erforderlichen Anlagen und Ausrüstung, eingedenk dessen, wie wichtig die Mobilität der Mission ist, und den Beitrag zur Schaffung der Sicherheitsbedingungen, die die sichere, rasche und ungehinderte Bereitstellung humanitärer Hilfe begünstigen;

c) Unterstützung der Regierung der Republik Südsudan im Einklang mit den Grundsätzen der nationalen Eigenverantwortung und in Zusammenarbeit mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und anderen internationalen Partnern beim Ausbau ihrer Fähigkeit zur Gewährleistung der Sicherheit, zur Herstellung der Rechtsstaatlichkeit und zur Stärkung des Sicherheits- und des Justizsektors durch

i) die Unterstützung der Entwicklung von Strategien für die Reform des Sicherheitssektors, die Herstellung der Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung des Justizsektors, einschließlich Kapazitäten und Institutionen auf dem Gebiet der Menschenrechte;

ii) die Unterstützung der Regierung der Republik Südsudan bei der Erarbeitung und Umsetzung einer nationalen Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsstrategie, in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern und unter besonderer Beachtung der spezifischen Bedürfnisse der Frauen und Kinder unter den Kombattanten;

iii) den Ausbau der Kapazitäten der Polizeidienste der Republik Südsudan durch Beratung auf dem Gebiet der Grundsatzpolitik, der Planung und der Entwicklung von Rechtsvorschriften sowie durch Ausbildung und Betreuung in Schlüsselbereichen;

iv) die Unterstützung der Regierung der Republik Südsudan beim Aufbau eines Systems der Militärgerichtsbarkeit, das das System der Zivilgerichtsbarkeit ergänzt;

v) die Förderung eines schützenden Umfelds für von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder durch die Einrichtung eines Überwachungs- und Berichtsmechanismus;

vi) die Unterstützung der Regierung der Republik Südsudan bei der Durchführung von Minenräumtätigkeiten im Rahmen der verfügbaren Ressourcen und den Ausbau der Kapazitäten der Minenräumbehörde der Republik Südsudan zur Durchführung von Antiminenprogrammen im Einklang mit den Internationalen Normen für Antiminenprogramme;

4. *ermächtigt* die Mission, im Rahmen ihrer Kapazitäten und in den Gebieten, in denen ihre Einheiten im Einsatz sind, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um ihr in Ziffer 3 *b*) iv) bis vi) festgelegtes Schutzmandat wahrzunehmen;

5. *ersucht* die Regierung Sudans und die Regierung der Republik Südsudan, bis zum 20. Juli 2011 Modalitäten für die Durchführung des Abkommens vom 29. Juni 2011 über die Grenzüberwachung vorzuschlagen, und ersucht die Mission für den Fall, dass die Parteien dies nicht tun, etwaige Bewegungen von Personal, Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial über die Grenze zu Sudan zu beobachten und zu melden;

6. *verlangt*, dass die Regierung der Republik Südsudan und alle maßgeblichen Parteien bei der Entsendung, den Einsätzen sowie den Überwachungs-, Verifikations- und Berichtsfunktionen der Mission voll kooperieren, indem sie insbesondere die Sicherheit und die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals im gesamten Hoheitsgebiet der Republik Südsudan garantieren;

7. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, sicherzustellen, dass das gesamte Personal sowie die Ausrüstung, die Verpflegung, die Versorgungs- und sonstigen Güter, einschließlich Fahrzeugen und Ersatzteilen, die für den ausschließlichen und offiziellen Gebrauch der Mission bestimmt sind, frei, ungehindert und rasch in die und aus der Republik Südsudan gebracht werden;

8. *fordert* alle Parteien *auf*, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang des humanitären Personals zu allen Hilfsbedürftigen sowie die Auslieferung humanitärer Hilfsgüter, insbesondere an Binnenvertriebene und Flüchtlinge, zu gestatten;

9. *verlangt*, dass alle Parteien, insbesondere Rebellenmilizen und die Widerstandsarmee des Herrn, alle Formen der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Zivilbevölkerung in Südsudan, insbesondere die geschlechtsspezifische Gewalt einschließlich Vergewaltigung und anderer Formen sexuellen Missbrauchs, sowie alle Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht, darunter ihre Einziehung und ihr Einsatz, ihre Tötung, Verstümmelung und Entführung, sofort einstellen, im Hinblick auf konkrete und an Fristen gebundene Verpflichtungen zur Bekämpfung von sexueller Gewalt im Einklang mit Resolution 1960 (2010) und von Gewalt und Missbrauchshandlungen gegenüber Kindern;

10. *fordert* die Regierung der Republik Südsudan und die Sudanesische Volksbefreiungsarmee *auf*, den von den Vereinten Nationen und der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee am 20. November 2009 unterzeichneten Aktionsplan zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten, der im November 2010 auslief, zu erneuern, und ersucht die Mission, die Regierung in dieser Hinsicht zu beraten und zu unterstützen, und ersucht ferner den Generalsekretär, in den Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan den Kinderschutz zu stärken und sicherzustellen, dass die Lage der Kinder fortwährend überwacht und darüber berichtet wird;

11. *legt* der Regierung der Republik Südsudan *nahe*, wichtige internationale Menschenrechtsverträge und -übereinkünfte, einschließlich derjenigen, die sich auf Frauen und Kinder, auf Flüchtlinge und auf Staatenlosigkeit beziehen, zu ratifizieren und anzuwenden, und ersucht die Mission, die Regierung in dieser Hinsicht zu beraten und zu unterstützen;

12. *fordert* die Regierung der Republik Südsudan *auf*, Maßnahmen zu ergreifen, um die Mitwirkung von Frauen an den noch offenen Fragen in Zusammenhang mit dem Umfassenden Friedensabkommen[290] und an den Regelungen nach der Unabhängigkeit zu verbessern und die südsudanesischen Frauen verstärkt in die öffentliche Entscheidungsfindung auf allen Ebenen einzubeziehen, unter anderem durch die Förderung der Führungsrolle von Frauen, die Unterstützung von Frauenorganisationen und das Vorgehen gegen negative gesellschaftliche Einstellungen hinsichtlich der Fähigkeit der Frauen zur gleichberechtigten Teilhabe;

13. *fordert* die Behörden der Republik Südsudan *auf*, Straflosigkeit zu bekämpfen und alle Urheber von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, auch soweit sie von illegalen bewaffneten Gruppen oder Elementen der Sicherheitskräfte der Republik Südsudan verübt werden, zur Rechenschaft zu ziehen;

14. *fordert* die Regierung der Republik Südsudan *auf*, anhaltende, willkürliche Inhaftierungen zu beenden und mittels Rat und technischer Hilfe und in Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern ein sicheres und humanes Strafvollzugssystem zu errichten, und ersucht die Mission, die Regierung in dieser Hinsicht zu beraten und zu unterstützen;

15. *fordert* die Mission *auf*, sich mit der Regierung der Republik Südsudan abzustimmen und sich an den regionalen Koordinierungs- und Informationsmechanismen zu beteiligen, um den Schutz von Zivilpersonen zu verbessern und die Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsbemühungen im Lichte der Angriffe der Widerstandsarmee des Herrn in der Republik Südsudan zu unterstützen, und ersucht den Generalsekretär, in seine vierteljährlichen Berichte über die Mission eine Zusammenfassung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen der Mission, dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo und den regionalen und internationalen Partnern im Hinblick auf das Vorgehen gegen die Bedrohungen durch die Widerstandsarmee des Herrn aufzunehmen;

16. *ersucht* den Generalsekretär, der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan zum Zeitpunkt ihrer Einrichtung die entsprechenden, derzeit von der Mission der Vereinten Nationen in Sudan wahrgenommenen Aufgaben zusammen mit der geeigneten personellen und logistischen Ausstattung, die für die Wahrnehmung des neuen Aufgabenspektrums erforderlich ist, zu übertragen und mit der geordneten Liquidation der Mission der Vereinten Nationen in Sudan zu beginnen;

17. *ermächtigt* den Generalsekretär, die notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung der Zusammenarbeit zwischen den Missionen zu ergreifen, und genehmigt im Rahmen der in Ziffer 1 festgelegten Obergrenze für die Gesamttruppenstärke die entsprechende Verlegung von Soldaten anderer Missionen, vorbehaltlich der Zustimmung der truppenstellenden Länder und unbeschadet der Erfüllung des Mandats dieser Missionen der Vereinten Nationen;

18. *ersucht* die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Südsudan und die Mission der Vereinten Nationen in Südsudan, mit der Regierung der Republik Südsudan, dem Landesteam der Vereinten Nationen sowie bilateralen und multilateralen Partnern einschließlich der Weltbank zusammenzuarbeiten und dem Rat innerhalb von vier Monaten über einen Plan Bericht zu erstatten, wie das System der Vereinten Nationen konkrete Friedenskonsolidierungsaufgaben unterstützen wird, insbesondere die Reform des Sicherheitssektors, die institutionelle Entwicklung der Polizei, die Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit und des Justizsektors, den Aufbau von Kapazitäten auf dem Gebiet der Menschenrechte, die rasche Wiederherstellung, die Formulierung einer nationalen Politik zu Schlüsselfragen der Staatsbildung und der Entwicklung und die Schaffung der Voraussetzungen für die Entwicklung, im Einklang mit den nationalen Prioritäten und mit dem Ziel, zur Herausbildung eines gemeinsamen Rahmens für die Überwachung von Fortschritten auf diesen Gebieten beizutragen;

19. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat über den voraussichtlichen Zeitplan für die Entsendung aller Anteile der Mission Bericht zu erstatten, insbesondere auch über den Stand der Konsultationen mit den truppen- und polizeistellenden Ländern und der Entsendung der wichtigsten Unterstützungskräfte, und ersucht den Generalsekretär außerdem, unter Hervorhebung der Bedeutung erreichbarer und realistischer Ziele, an denen die Fortschritte der Mission gemessen werden können, im Anschluss an Konsultationen mit der Regierung der Republik Südsudan dem Rat innerhalb von vier Monaten Richtkriterien für

die Mission vorzulegen und ihn danach regelmäßig alle vier Monate über die Fortschritte unterrichtet zu halten;

20. *betont*, dass die Vereinten Nationen, die internationalen Finanzinstitutionen und die bilateralen und multilateralen Partner eng mit der Regierung der Republik Südsudan zusammenarbeiten müssen, um sicherzustellen, dass die internationale Hilfe mit den nationalen Prioritäten, namentlich dem Entwicklungsplan Südsudans, im Einklang steht und dass eine priorisierte Unterstützung erbracht werden kann, die den konkreten Bedürfnissen und Prioritäten der Republik Südsudan auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung entspricht, und ersucht die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs, das System der Vereinten Nationen in den maßgeblichen Mechanismen und Prozessen für internationale Hilfe zu vertreten;

21. *legt* dem Generalsekretär *nahe*, Ideen in dem unabhängigen Bericht der Hochrangigen Beratungsgruppe für zivile Kapazitäten in der Konfliktfolgezeit[316] zu untersuchen, die in der Republik Südsudan umgesetzt werden könnten;

22. *ersucht* den Generalsekretär insbesondere, im Interesse des Aufbaus nationaler Kapazitäten nach Möglichkeit jede Chance zu nutzen, um geeignete Komponenten der Mission mit den entsprechenden Stellen der Republik Südsudan an einem Standort unterzubringen, und Gelegenheiten für die Erzielung frühzeitiger Friedensdividenden durch Beschaffungen vor Ort und, soweit möglich, die anderweitige Erhöhung des Beitrags der Mission zur Wirtschaft zu suchen;

23. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die erforderlichen Maßnahmen fortzuführen, um sicherzustellen, dass die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch von der Mission uneingeschränkt beachtet wird, und den Rat vollständig unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

24. *bekräftigt*, wie wichtig geeignete Sachkenntnisse und Schulungen betreffend Geschlechterfragen in den Missionen, denen der Rat ein Mandat erteilt hat, im Einklang mit den Resolutionen 1325 (2000) und 1820 (2008) sind, erinnert daran, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die als Mittel der Kriegführung eingesetzt wird, bekämpft werden muss, sieht der Ernennung von Frauenschutzberatern im Einklang mit den Resolutionen 1888 (2009), 1889 (2009) und 1960 (2010) erwartungsvoll entgegen, ersucht den Generalsekretär, bei Bedarf Regelungen für die Überwachung, Analyse und Berichterstattung betreffend sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten, namentlich Vergewaltigung in Situationen bewaffneten Konflikts sowie in Postkonflikt- und anderen Situationen, die für die Durchführung der Resolution 1888 (2009) maßgeblich sind, aufzustellen, und legt der Mission sowie der Regierung der Republik Südsudan nahe, sich aktiv mit diesen Fragen zu befassen;

25. *ersucht* den Generalsekretär, bei der Wahrnehmung mandatsmäßiger Aufgaben die spezifischen Bedürfnisse der mit dem HIV lebenden, davon betroffenen oder dadurch gefährdeten Menschen, einschließlich Frauen und Mädchen, zu berücksichtigen, und ermutigt in diesem Kontext dazu, gegebenenfalls Maßnahmen zur HIV-Prävention, -Behandlung, -Betreuung und -Unterstützung, einschließlich freiwilliger und vertraulicher Beratungs- und Testprogramme, in die Mission zu integrieren;

26. *ersucht* den Generalsekretär und die Regierung der Republik Südsudan, innerhalb von dreißig Tagen nach der Verabschiedung dieser Resolution ein Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen zu schließen, unter Berücksichtigung der Resolution 58/82 der Generalversammlung vom 9. Dezember 2003 über den Umfang des Rechtsschutzes nach dem Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal, und beschließt, dass bis zum Abschluss eines derartigen Abkom-

mens das Muster-Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen vom 9. Oktober 1990[317] vorläufig Anwendung findet;

27. *beschließt*, dass diese Resolution am 9. Juli 2011 in Kraft tritt;

28. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6576. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6579. Sitzung am 11. Juli 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan".

Resolution 1997 (2011)
vom 11. Juli 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend Sudan, namentlich die Resolutionen 1590 (2005) vom 24. März 2005, 1627 (2005) vom 23. September 2005, 1663 (2006) vom 24. März 2006, 1706 (2006) vom 31. August 2006, 1709 (2006) vom 22. September 2006, 1714 (2006) vom 6. Oktober 2006, 1755 (2007) vom 30. April 2007, 1812 (2008) vom 30. April 2008, 1870 (2009) vom 30. April 2009, 1919 (2010) vom 29. April 2010 und 1978 (2011) vom 27. April 2011,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Außenministers Sudans vom 27. Mai 2011 an den Generalsekretär, das dem Sicherheitsrat am 31. Mai 2011 übermittelt wurde und in dem der Außenminister den Präsidenten des Sicherheitsrats über den Wunsch seiner Regierung unterrichtete, die Mission der Vereinten Nationen in Sudan am 9. Juli 2011 zu beenden[318],

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur Souveränität, Einheit, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit Sudans und Südsudans und zur Sache des Friedens in der Region,

unter Betonung der Notwendigkeit eines geordneten Abzugs der Mission nach Beendigung des Mandats der Mission am 9. Juli 2011,

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs vom 17. Mai 2011[319],

1. *beschließt*, die Mission der Vereinten Nationen in Sudan mit Wirkung vom 11. Juli 2011 abzuziehen;

2. *fordert* den Generalsekretär *auf*, den Abzug des gesamten uniformierten und zivilen Personals der Mission, soweit es nicht für die Liquidation der Mission erforderlich ist, bis zum 31. August 2011 abzuschließen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, bedarfsgemäß Personal, Ausrüstung, Versorgungsgüter und sonstiges Material von der Mission der Vereinten Nationen in Sudan auf die Mission der Vereinten Nationen in Südsudan und die Interims-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei zu übertragen, zusammen mit der geeigneten personellen und logistischen Ausstattung, die für die Wahrnehmung des neuen Aufgabenspektrums erforderlich ist;

[317] A/45/594, Anlage.

[318] S/2011/333, Anlage.

[319] S/2011/314.

4. *ersucht* die Regierung Sudans, alle Bestimmungen des Abkommens über die Rechtsstellung der Truppen vom 28. Dezember 2005 voll zu achten und insbesondere den ungehinderten Zugang der Vereinten Nationen zu den Räumlichkeiten der Vereinten Nationen, die allesamt unter der ausschließlichen Kontrolle und Autorität der Vereinten Nationen verbleiben, und die volle Bewegungsfreiheit der Mission der Vereinten Nationen in Sudan, ihrer Mitglieder und ihrer Auftragnehmer sowie ihrer Fahrzeuge und Luftfahrzeuge zu garantieren und dabei zu genehmigen, dass die Vereinten Nationen ihre Ausrüstung, Versorgungsgüter und sonstiges Material innerhalb Sudans verlegen und ungehindert ausführen, und eine Befreiung von allen Steuern, Gebühren, Zöllen und anderen Abgaben zu gewähren, wie in dem Abkommen samt Änderung vorgesehen, bis ihr gesamtes Militär- und Zivilpersonal endgültig aus Sudan abgezogen ist;

5. *unterstreicht* die Notwendigkeit eines reibungslosen Übergangs von der Mission der Vereinten Nationen in Sudan zu der Interims-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei und der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan;

6. *ersucht* den Generalsekretär, mit den Parteien, der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan und anderen Partnern Konsultationen zu führen und dem Sicherheitsrat Optionen für die Unterstützung neuer Sicherheitsregelungen in den Staaten Blauer Nil und Südkordofan durch die Vereinten Nationen vorzulegen, im Einklang mit dem Rahmenabkommen vom 28. Juni 2011 zwischen der Regierung Sudans und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (Nord) über politische Regelungen und Sicherheitsregelungen in den Staaten Blauer Nil und Südkordofan, und bekundet seine Bereitschaft, die laufenden Tätigkeiten der Vereinten Nationen in diesen Staaten mit Zustimmung der Parteien fortzusetzen, bis die neuen Sicherheitsregelungen umgesetzt sind;

7. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6579. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6583. Sitzung am 13. Juli 2011 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Sonderbericht des Generalsekretärs über Sudan (S/2011/314)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Riek Machar Teny-Dhurgon, den Vizepräsidenten der Republik Südsudan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6589. Sitzung am 22. Juli 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Bericht des Generalsekretärs über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2011/422)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ibrahim Gambari, den Gemeinsamen Sonderbeauftragten der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen für Darfur, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 26. Juli 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[320]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 22. Juli 2011 betreffend Ihre Absicht, Generalleutnant Tadesse Werede Tesfay (Äthiopien) zum Missionsleiter und Kommandeur der Interims-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei zu ernennen[321], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6593. Sitzung am 27. Juli 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

> Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Abyei (S/2011/451)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6597. Sitzung am 29. Juli 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

> Bericht des Generalsekretärs über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2011/422)".

Resolution 2003 (2011) vom 29. Juli 2011

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung aller seiner früheren Resolutionen und der Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Sudan und unterstreichend, wie wichtig es ist, diese uneingeschränkt zu befolgen,

sowie in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Einheit, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit Sudans und seiner Entschlossenheit, mit der Regierung Sudans unter voller Achtung ihrer Souveränität zusammenzuarbeiten, um bei der Bewältigung der verschiedenen Herausforderungen in Sudan behilflich zu sein,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, in denen er unter anderem die einschlägigen Bestimmungen des Ergebnisses des Weltgipfels 2005[322] bekräftigte, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009 und 1998 (2011) vom 12. Juli 2011 über Kinder und bewaffnete Konflikte, seine Resolution 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz von humanitärem Personal und Personal der Vereinten Nationen und seine Resolution 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 und damit zusammenhängende Resolutionen über Frauen und Frieden und Sicherheit und über Kinder und bewaffnete Konflikte,

sowie unter Hinweis auf seine Resolutionen, in denen bekräftigt wird, dass es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben kann, und daran erinnernd, welche Bedeutung der Sicherheitsrat der Beendigung der Straflosigkeit und der Ahndung der in Darfur begangenen Verbrechen beimisst,

---

[320] S/2011/462.

[321] S/2011/461.

[322] Siehe Resolution 60/1 der Generalversammlung.

eingedenk des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge[323] und des dazugehörigen Protokolls vom 31. Januar 1967[324] sowie des Übereinkommens der Organisation der afrikanischen Einheit vom 10. September 1969 zur Regelung der spezifischen Aspekte der Flüchtlingsprobleme in Afrika[325] und des Übereinkommens der Afrikanischen Union vom 23. Oktober 2009 über Schutz und Hilfe für Binnenvertriebene in Afrika[326],

unter Hinweis auf den Bericht des Generalsekretärs vom 10. Februar 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte in Sudan[312], einschließlich seiner Empfehlungen, unter Hinweis auf die von der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte gebilligten Schlussfolgerungen über Kinder und bewaffnete Konflikte in Sudan[313] sowie unter Hinweis auf den Bericht des Generalsekretärs vom 5. Juli 2011 über Kinder und bewaffnete Konflikte in Sudan[327],

mit dem Ausdruck seines nachdrücklichen Bekenntnisses und seiner Entschlossenheit zur Unterstützung des von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten und von Katar ausgerichteten Friedensprozesses für Darfur, missbilligend, dass sich einige Gruppen nach wie vor weigern, sich diesem Prozess anzuschließen, und sie nachdrücklich auffordernd, dies ohne weitere Verzögerung oder Vorbedingungen zu tun,

unter Begrüßung der Ergebnisse der vom 27. bis 31. Mai 2011 in Doha abgehaltenen Konferenz aller Interessenträger Darfurs und der am 14. Juli 2011 erfolgten Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung Sudans und der Bewegung für Befreiung und Gerechtigkeit über die Verabschiedung des Doha-Dokuments für Frieden in Darfur[328] als eines wichtigen Schritts nach vorn im Friedensprozess und als Grundlage für Konsultationen über einen in Darfur verankerten politischen Prozess, der unparteiisch und in dem erforderlichen günstigen Umfeld geführt wird, und mit der Aufforderung an die Regierung Sudans und alle bewaffneten Bewegungen, alles daranzusetzen, eine umfassende Friedensregelung auf der Grundlage des Doha-Dokuments für Frieden in Darfur[329] zu erzielen und unverzüglich eine dauernde Waffenruhe zu vereinbaren,

sowie begrüßend, dass die Kommission für die Weiterverfolgung der Umsetzung unter dem Vorsitz von Katar eingerichtet wurde und dass Katar gemeinsam mit der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen einen international moderierten Friedensprozess für Darfur tatkräftig unterstützt, der die Regierung Sudans und alle bewaffneten Bewegungen einschließt, und die Afrikanische Union und die Vereinten Nationen ermutigend, ihre Anstrengungen aktiv weiterzuführen,

unterstreichend, wie wichtig unbeschadet der Hauptverantwortung des Sicherheitsrats für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit die Partnerschaft zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union im Einklang mit Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen hinsichtlich der Wahrung des Friedens und der Sicherheit in Afrika, insbesondere in Sudan, ist, und insbesondere unter Begrüßung der Anstrengungen der von Präsident Thabo Mbeki geleiteten Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan in Zusammenarbeit mit dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur mit dem Ziel, die mit Frieden, Ge-

---

[323] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 189, Nr. 2545. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1953 II S. 559; LGBl. 1956 Nr. 15; öBGBl. Nr. 55/1955; AS 1955 443.

[324] Ebd., Vol. 606, Nr. 8791. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1969 II S. 1293; LGBl. 1986 Nr. 75; öBGBl. Nr. 78/1974; AS 1968 1189.

[325] Ebd., Vol. 1001, Nr. 14691.

[326] In Englisch verfügbar unter http://www.africa-union.org.

[327] S/2011/413.

[328] S/2011/449, Anlage 1.

[329] Ebd., Anlage 2.

rechtigkeit und Aussöhnung in Darfur verbundenen Herausforderungen auf umfassende und alle Seiten einschließende Weise anzugehen,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 8. Juli 2011 über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur[330],

betonend, dass der Rat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss, um die Wirksamkeit der Friedenssicherungsmissionen zu steigern, die immer vollständigere Durchführung des nach Kapitel VII der Charta erteilten Mandats des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur begrüßend und weiter dazu ermutigend und in dieser Hinsicht unterstreichend, wie wichtig es ist, dem Erfordernis Rechnung zu tragen, dass der Einsatz in der Lage ist, von Bedrohungen für die Durchführung seines Mandats und die Sicherheit seines Friedenssicherungspersonals im Einklang mit der Charta abzuschrecken,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die sich verschlechternde Sicherheitslage in einigen Teilen Darfurs, namentlich die Verstöße gegen die Waffenruhe, die Angriffe von Rebellengruppen, die Bombenangriffe der Regierung Sudans, die Stammesauseinandersetzungen und die Angriffe auf humanitäres Personal und Friedenssicherungskräfte, wodurch der Zugang für die humanitäre Hilfe zu Konfliktgebieten, in denen gefährdete Gruppen der Zivilbevölkerung leben, beschränkt wird, wie aus dem Bericht des Generalsekretärs vom 8. Juli 2011 hervorgeht, und über die Vertreibung von Zehntausenden Zivilpersonen und mit der Aufforderung an alle Parteien, die Feindseligkeiten, darunter alle an Zivilpersonen verübten Gewalthandlungen, einzustellen und dringend den ungehinderten Zugang für die humanitäre Hilfe zu ermöglichen,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen der Regierung Sudans und der von Minni Minawi geführten Gruppierung der Befreiungsarmee Sudans und über die anhaltenden Feindseligkeiten zwischen der Regierung Sudans und der von Abdul Wahid geführten Gruppierung der Befreiungsarmee Sudans sowie der Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit und erneut erklärend, dass es keine militärische Lösung für den Konflikt in Darfur geben kann und dass eine alle Seiten einschließende politische Regelung für die Wiederherstellung des Friedens unerlässlich ist,

erneut alle Verstöße gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht in Darfur und in Zusammenhang mit Darfur *verurteilend*, mit der Aufforderung an alle Parteien, ihren Verpflichtungen nach den internationalen Menschenrechtsnormen und dem humanitären Völkerrecht nachzukommen, betonend, dass diejenigen, die solche Verbrechen verüben, vor Gericht gestellt werden müssen, und die Regierung Sudans nachdrücklich auffordernd, ihren diesbezüglichen Verpflichtungen nachzukommen,

in Bekräftigung seiner Besorgnis darüber, dass sich die anhaltende Gewalt in Darfur nachteilig auf die Stabilität ganz Sudans sowie der Region auswirkt, es begrüßend, dass sich die Beziehungen zwischen Sudan und Tschad verbessert haben und dass sie an ihrer Grenze eine gemeinsame Truppe unter gemeinsamer Führung aufgestellt haben, der auch Soldaten der Zentralafrikanischen Republik angehören, und Sudan, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik nahelegend, weiter zusammenzuarbeiten, um Frieden und Stabilität in Darfur und der gesamten Region herbeizuführen,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die behaupteten Verbindungen zwischen bewaffneten Bewegungen in Darfur und Gruppen außerhalb Darfurs,

feststellend, dass die Situation in Sudan eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

[330] S/2011/422.

1. *beschließt*, das in Resolution 1769 (2007) vom 31. Juli 2007 festgelegte Mandat des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur um weitere zwölf Monate bis zum 31. Juli 2012 zu verlängern;

2. *begrüßt* die Absicht des Generalsekretärs, im Benehmen mit der Afrikanischen Union den Bedarf des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur an uniformiertem Personal zu überprüfen, um eine möglichst effiziente und wirksame Durchführung des Mandats des Einsatzes zu gewährleisten, und ersucht den Generalsekretär, innerhalb des in Ziffer 13 beschriebenen Rahmens und spätestens einhundertachtzig Tage nach Verabschiedung dieser Resolution über diese Frage Bericht zu erstatten;

3. *unterstreicht* die Notwendigkeit, dass der Hybride Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur von seinem Mandat und seinen Fähigkeiten in vollem Umfang Gebrauch macht und bei seinen Entscheidungen über den Einsatz der vorhandenen Kapazitäten und Ressourcen *a*) dem Schutz von Zivilpersonen in ganz Darfur, namentlich durch proaktive Einsätze und Patrouillen in Gebieten mit hohem Konfliktrisiko, die Sicherung von Lagern für Binnenvertriebene und angrenzenden Gebieten und den Einsatz einer missionsweiten Frühwarnstrategie und -kapazität, und *b*) der Gewährleistung des sicheren, raschen und ungehinderten Zugangs für die humanitäre Hilfe und der Sicherheit des humanitären Personals und der humanitären Tätigkeiten Vorrang einräumt, um die ungehinderte Erbringung humanitärer Hilfe in ganz Darfur zu ermöglichen, und ersucht den Einsatz, bei der Umsetzung seiner missionsweiten umfassenden Strategie zur Erreichung dieser Ziele in Zusammenarbeit mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und anderen internationalen und nichtstaatlichen Akteuren größtmöglichen Gebrauch von seinen Fähigkeiten zu machen;

4. *bekräftigt*, wie wichtig es ist, den von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten Friedens- und politischen Prozess für Darfur zu fördern, begrüßt den Vorrang, der den anhaltenden Anstrengungen des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur zur Unterstützung und Ergänzung dieser Arbeiten im Einklang mit den Ziffern 6, 7 und 8 eingeräumt wird, und begrüßt die diesbezüglichen Anstrengungen der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan;

5. *unterstreicht* das nach Kapitel VII der Charta erteilte und in Resolution 1769 (2007) festgelegte Mandat des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, seine Kernaufgaben zu erfüllen, nämlich Zivilpersonen unbeschadet der Hauptverantwortung der Regierung Sudans zu schützen und die Bewegungsfreiheit und die Sicherheit des eigenen Personals des Einsatzes sowie der humanitären Helfer zu gewährleisten;

6. *verlangt*, dass alle am Konflikt beteiligten Parteien, einschließlich aller bewaffneten Bewegungen, sofort und ohne Vorbedingungen aktiv werden und alles daransetzen, eine dauernde Waffenruhe und eine umfassende Friedensregelung auf der Grundlage des Doha-Dokuments für Frieden in Darfur[329] zu erzielen und dadurch einen stabilen und dauerhaften Frieden in der Region herbeizuführen;

7. *ist sich* in diesem Zusammenhang der potenziellen ergänzenden Rolle eines in Darfur verankerten politischen Prozesses unter Führung der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen *bewusst*, fordert die Regierung Sudans und die bewaffneten Bewegungen auf, zur Schaffung des erforderlichen günstigen Umfelds für einen in Darfur verankerten politischen Prozess beizutragen, der allen darfurischen Interessenträgern die systematische und nachhaltige Beteiligung an einem konstruktiven und offenen Dialog ermöglicht, stellt fest, dass trotz einiger positiver Entwicklungen im Friedensprozess wichtige Elemente des für einen in Darfur verankerten politischen Prozess erforderlichen günstigen Umfelds noch nicht vorhanden sind, darunter unter anderem die Achtung der bürgerlichen und politischen Rechte der Teilnehmer, sodass sie ihre Auffassungen ohne Furcht vor Vergel-

tung äußern können, die Rede- und Versammlungsfreiheit, die offene Konsultationen erlaubt, die Bewegungsfreiheit der Teilnehmer und des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, die anteilmäßige Beteiligung aller Darfurer, die Freiheit von Drangsalierung, willkürlicher Festnahme und Einschüchterung und die Freiheit von Einmischung durch die Regierung oder die bewaffneten Bewegungen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, in seine in Ziffer 13 genannten regelmäßigen Berichte Bewertungen der in Ziffer 7 aufgeführten Elemente aufzunehmen, damit der Sicherheitsrat unter Berücksichtigung der Auffassungen der Afrikanischen Union über das weitere Engagement des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur zugunsten des in Darfur verankerten politischen Prozesses entscheiden kann;

9. *begrüßt* die Absicht des Generalsekretärs, einen Fahrplan für den Friedensprozess in Darfur auszuarbeiten, und ersucht den Generalsekretär in dieser Hinsicht, in enger Abstimmung mit der Afrikanischen Union zu arbeiten und gegebenenfalls auch alle sudanesischen Interessenträger und die Kommission für die Weiterverfolgung der Umsetzung zu konsultieren und dabei die Ziffern 6, 7 und 8 zu berücksichtigen, und ersucht den Generalsekretär, dem Rat in seinem nächsten Neunzig-Tage-Bericht über den Fahrplan Bericht zu erstatten;

10. *würdigt* den Beitrag der truppen- und polizeistellenden Länder und der Geber zum Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, verurteilt nachdrücklich alle Angriffe auf den Einsatz, unterstreicht, dass alle gegen den Einsatz gerichteten Angriffe oder Angriffsdrohungen unannehmbar sind, verlangt, dass keine weiteren derartigen Angriffe vorkommen, betont, dass die Sicherheit des Personals des Einsatzes erhöht werden muss und dass der Straflosigkeit derjenigen, die Friedenssicherungskräfte angreifen, ein Ende gesetzt werden muss, und fordert in dieser Hinsicht die Regierung Sudans nachdrücklich auf, alles zu tun, um diejenigen, die solche Verbrechen verüben, vor Gericht zu stellen;

11. *lobt außerdem* die glaubwürdige Arbeit des Dreiparteien-Mechanismus, bekundet jedoch seine tiefe Besorgnis über die anhaltenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der Tätigkeiten des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, insbesondere in den in letzter Zeit von Konflikten betroffenen Gebieten, fordert alle Parteien in Darfur auf, alle Hindernisse für die vollständige und ordnungsgemäße Wahrnehmung des Mandats des Einsatzes zu beseitigen, so auch indem sie seine Sicherheit und Bewegungsfreiheit gewährleisten, verlangt in dieser Hinsicht, dass die Regierung Sudans das Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen vollständig und unverzüglich einhält, insbesondere in Bezug auf die Erteilung von Fluggenehmigungen und die Abfertigung von Ausrüstungsgütern, die Beseitigung aller Hindernisse für die Verwendung von Lufteinsatzmitteln des Einsatzes und die rasche Ausstellung von Visa für das Personal des Einsatzes, missbilligt die anhaltenden Verzögerungen bei der Ausstellung dieser Visa, die die Fähigkeit des Einsatzes zur Durchführung seines Mandats ernsthaft zu untergraben drohen, und fordert die Regierung Sudans nachdrücklich auf, entsprechend ihrer begrüßenswerten Zusage den Rückstand an Visumsanträgen abzubauen[300], bekundet seine tiefe Besorgnis darüber, dass Ortskräfte des Einsatzes von der Regierung Sudans unter Verstoß gegen das Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen festgenommen wurden, und verlangt, dass die Regierung die Rechte des Personals des Einsatzes gemäß dem Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen achtet;

12. *verlangt*, dass der Hybride Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur in Übereinstimmung mit dem Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen eine Lizenz für einen eigenen Radiosender erhält, damit er mit allen darfurischen Interessenträgern frei kommunizieren kann;

13. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat auch weiterhin alle neunzig Tage über die bei der Durchführung des Mandats des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur in ganz Darfur erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten,

namentlich über die Fortschritte und die Hindernisse bei der Umsetzung der in Ziffer 3 genannten Strategie, einschließlich einer Bewertung der Fortschritte in Bezug auf die in Anhang II des Berichts des Generalsekretärs vom 16. November 2009[331] genannten Kriterien und Indikatoren, sowie über die Fortschritte in Bezug auf die Sicherheits- und humanitäre Lage, namentlich in den Sammelplätzen der Binnenvertriebenen und den Flüchtlingslagern, die Menschenrechtslage, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, frühzeitige Wiederherstellungsmaßnahmen und die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen durch alle Parteien;

14. *verlangt*, dass alle am Konflikt in Darfur beteiligten Parteien die Gewalt und die Angriffe auf Zivilpersonen, Friedenssicherungskräfte und humanitäres Personal sofort beenden und ihren Verpflichtungen nach den internationalen Menschenrechtsnormen und dem humanitären Völkerrecht nachkommen, bekräftigt in diesem Zusammenhang seine Verurteilung schwerer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, fordert eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Selbstverpflichtung aller Parteien auf eine nachhaltige und dauerhafte Waffenruhe, ersucht den Generalsekretär, mit den betreffenden Parteien Konsultationen im Hinblick auf die Erarbeitung eines wirksameren Mechanismus zur Überwachung der Waffenruhe zu führen, und unterstreicht, dass der Hybride Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur über größere Gewaltvorfälle, die die umfassenden und konstruktiven Friedensbemühungen der Parteien untergraben, Bericht erstatten muss;

15. *bekundet seine ernsthafte Besorgnis* über die Verschlechterung der humanitären Lage in einigen Teilen Darfurs, die anhaltenden Bedrohungen humanitärer Organisationen und die Zugangsbeschränkungen für humanitäre Hilfe in Darfur, die auf die gewachsene Unsicherheit, Angriffe auf humanitäre Helfer und die Verweigerung des Zugangs durch die Konfliktparteien zurückzuführen sind, fordert, dass das gemeinsame Kommuniqué der Regierung Sudans und der Vereinten Nationen über die Erleichterung der humanitären Maßnahmen in Darfur voll umgesetzt wird, namentlich in Bezug auf die rasche Ausstellung von Visa und Reisegenehmigungen für humanitäre Organisationen, verlangt, dass die Regierung Sudans, alle Milizen, bewaffneten Gruppen und alle anderen Beteiligten den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Organisationen und humanitäres Personal und die Bereitstellung humanitärer Hilfe für hilfebedürftige Bevölkerungsgruppen gewährleisten, und unterstreicht, wie wichtig die Wahrung der Grundsätze der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe ist;

16. *verurteilt* die Menschenrechtsverletzungen in und im Zusammenhang mit Darfur, namentlich die willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen, bekundet seine tiefe Besorgnis über die Lage aller so Inhaftierten, darunter Angehörige der Zivilgesellschaft und Binnenvertriebene, betont, wie wichtig es ist, zu gewährleisten, dass der Hybride Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur im Rahmen seines derzeitigen Mandats und die anderen zuständigen Organisationen in der Lage sind, solche Fälle zu überwachen, fordert die Regierung Sudans auf, ihre Verpflichtungen voll zu achten, namentlich indem sie ihre Zusage zur Aufhebung des Notstands in Darfur erfüllt, alle politischen Gefangenen freilässt, freie Meinungsäußerung zulässt und wirksame Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass, wer immer schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begangen hat, zur Rechenschaft gezogen wird, und betont, wie wichtig es ist, dass der Einsatz tätig wird, um die Menschenrechte zu fördern, Missbräuche den Behörden zur Kenntnis zu bringen und schwere Verstöße dem Rat zu melden;

[331] S/2009/592.

17. *stellt fest*, dass sich Konflikte in einem Gebiet Sudans auf andere Gebiete Sudans und die gesamte Region auswirken, legt den Missionen der Vereinten Nationen in der Region, darunter dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, der Interims-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei und der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan, eindringlich nahe, sich untereinander eng abzustimmen, und ersucht den Generalsekretär, eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den Missionen zu gewährleisten;

18. *betont*, wie wichtig es ist, würdevolle und dauerhafte Lösungen für die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen herbeizuführen und ihre volle Mitwirkung an der Planung und Umsetzung dieser Lösungen zu gewährleisten, verlangt, dass alle am Konflikt in Darfur beteiligten Parteien Bedingungen schaffen, die einer freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde oder ihrer Integration vor Ort förderlich sind, nimmt Kenntnis von den potenziell erfreulichen Meldungen über die freiwillige Rückkehr einiger Binnenvertriebener in ihre Dörfer und an ihre Herkunftsorte, wie aus dem Bericht des Generalsekretärs vom 8. Juli 2011[330] hervorgeht, betont, wie wichtig der Gemeinsame Verifikationsmechanismus dabei ist, die Freiwilligkeit der Rückkehr nachzuprüfen, und bekundet seine tiefe Besorgnis über einige bürokratische Hindernisse, die die Wirksamkeit und Unabhängigkeit des Mechanismus untergraben;

19. *stellt fest*, dass ein sicheres Umfeld und Bewegungsfreiheit frühzeitige Wiederherstellungsmaßnahmen und eine Rückkehr zur Normalität in Darfur stark erleichtern werden, betont, wie wichtig frühzeitige Wiederherstellungsmaßnahmen in Darfur sind, wenn es sich dabei um geeignete Maßnahmen handelt, legt in dieser Hinsicht dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur nahe, im Rahmen seines derzeitigen Mandats die Arbeit des Landesteams der Vereinten Nationen und der Expertenagenturen auf dem Gebiet der frühzeitigen Wiederherstellung und des Wiederaufbaus in Darfur zu erleichtern, unter anderem durch die Gewährleistung der Gebietssicherung, und richtet die Aufforderung an alle Parteien, ungehinderten Zugang zu gewähren, und an die Regierung Sudans, alle Zugangsbeschränkungen aufzuheben, sich darum zu bemühen, die tieferen Ursachen der Krise in Darfur zu beseitigen, und verstärkt in frühzeitige Wiederherstellungsmaßnahmen zu investieren;

20. *würdigt* das Ergebnis der am 27. und 28. Juni 2011 in Khartum abgehaltenen Internationalen Darfur-Konferenz über Wasser als Schritt auf dem Weg zu dauerhaftem Frieden und fordert den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, sofern dies seinem Mandat entspricht, und alle anderen Organisationen der Vereinten Nationen, insbesondere das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, sowie die internationalen Akteure und Geber auf, ihre auf dieser Konferenz abgegebenen Zusagen einzuhalten;

21. *bekundet seine tiefe Besorgnis* über das Fortbestehen örtlich begrenzter Konflikte und Gewalttätigkeit und ihre Auswirkungen auf Zivilpersonen, stellt in diesem Zusammenhang allerdings fest, dass die Stammesauseinandersetzungen zurückgegangen sind, und fordert alle Parteien auf, diese Auseinandersetzungen zu beenden und eine Aussöhnung anzustreben, bekundet seine tiefe Besorgnis über die Verbreitung von Waffen, insbesondere Kleinwaffen und leichten Waffen, und ersucht in dieser Hinsicht den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, auch weiterhin lokale Mechanismen zur Konfliktbeilegung zu unterstützen, im Einklang mit seinem in Ziffer 9 der Resolution 1769 (2007) festgelegten Mandat zu überwachen, inwieweit Rüstungsgüter oder sonstiges Wehrmaterial in Darfur vorhanden sind, und in diesem Zusammenhang auch weiterhin mit der nach Resolution 1591 (2005) vom 29. März 2005 eingesetzten Sachverständigengruppe für Sudan zusammenzuarbeiten, um ihre Arbeit zu erleichtern;

22. *verlangt*, dass die am Konflikt beteiligten Parteien im Einklang mit Resolution 1820 (2008) vom 19. Juni 2008 sofort geeignete Maßnahmen ergreifen, um Zivilpersonen,

insbesondere Frauen und Kinder, vor allen Formen sexueller Gewalt zu schützen, ersucht den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, über sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt Bericht zu erstatten und die Fortschritte bei der Beseitigung der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt zu bewerten, betont ferner, dass der Schutz von Frauen und Kindern vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in die in Ziffer 3 genannte missionsweite Strategie zum Schutz von Zivilpersonen aufgenommen werden muss, und ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass der Einsatz die einschlägigen Bestimmungen der Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008), 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 und 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 durchführt, so auch in Bezug auf die Beteiligung von Frauen durch die Ernennung von Frauenschutzberatern, und in seine Berichterstattung an den Rat entsprechende Informationen aufzunehmen;

23. *ersucht* den Generalsekretär, sicherzustellen, dass *a*) eine fortlaufende Überwachung und Berichterstattung über die Lage der Kinder im Rahmen der in Ziffer 13 genannten Berichte stattfindet und dass *b*) mit den am Konflikt beteiligten Parteien ein fortlaufender Dialog mit dem Ziel geführt wird, termingebundene Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten und anderer gegen Kinder gerichteter Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen aufzustellen;

24. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, das Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur im Einklang mit dem in den einschlägigen Ratsresolutionen festgelegten Mandat des Einsatzes regelmäßig zu überprüfen und zu aktualisieren und dem Rat und den truppenstellenden Ländern im Rahmen der in Ziffer 13 genannten Berichte darüber Bericht zu erstatten;

25. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6597. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Am 29. Juli 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[332]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 27. Juli 2011 betreffend Ihre Absicht, Herrn Haile Menkerios (Südafrika) zu Ihrem Sondergesandten für Sudan und Südsudan zu ernennen[333], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben enthaltenen Entscheidung Kenntnis."

FRIEDENSKONSOLIDIERUNG NACH KONFLIKTEN[334]

Beschlüsse

Auf seiner 6396. Sitzung am 13. Oktober 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, Australiens, Bangladeschs, Chiles, Finnlands, Irlands, Kanadas, Kroatiens,

[332] S/2011/475.

[333] S/2011/474.

[334] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2005 verabschiedet.

Marokkos, Nepals, Pakistans, Perus, Portugals (Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit), Südafrikas, Thailands und der Tschechischen Republik, gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Friedenskonsolidierung nach Konflikten

Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Friedenskonsolidierung in der unmittelbaren Konfliktfolgezeit (S/2010/386)

Bericht des Generalsekretärs über die Beteiligung von Frauen an der Friedenskonsolidierung (S/2010/466)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Peter Wittig, den Ständigen Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[335]:

„Der Sicherheitsrat erinnert an die Erklärungen seines Präsidenten über die Friedenskonsolidierung nach Konflikten, insbesondere die Erklärungen vom 22. Juli 2009[336] und 16. April 2010[337], und bekräftigt, wie entscheidend wichtig die Friedenskonsolidierung als Grundlage für dauerhaften Frieden und nachhaltige Entwicklung im Gefolge eines Konflikts ist.

Der Rat begrüßt den Bericht des Generalsekretärs vom 16. Juli 2010[338] über die Fortschritte im Hinblick auf die Umsetzung des in seinem Bericht vom 11. Juni 2009[339] dargelegten Aktionsplans zur Verbesserung der Friedenskonsolidierungstätigkeiten der Vereinten Nationen als wichtigen Beitrag zu einem wirksameren und kohärenteren internationalen Herangehen an die Friedenskonsolidierung und legt dem Generalsekretär und allen maßgeblichen Akteuren eindringlich nahe, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, damit dieses zu einer erhöhten Wirksamkeit der Einsätze vor Ort führt.

Der Rat erklärt erneut, wie wichtig die nationale Eigenverantwortung bei den Friedenskonsolidierungstätigkeiten und der Festlegung der entsprechenden Prioritäten ist. Der Rat hebt die Notwendigkeit hervor, die Unterstützung des Aufbaus der nationalen Kapazitäten als vorrangige Aufgabe in alle Friedenskonsolidierungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen zu integrieren, und erwartet mit Interesse die Empfehlungen der Überprüfung der zivilen Kapazitäten Anfang 2011.

Der Rat betont die Notwendigkeit frühzeitiger und berechenbarer Unterstützung in den vorrangigen Bereichen der Friedenskonsolidierung, darunter die Reform des Sicherheitssektors, die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte, die Beendigung der Straflosigkeit, die Bekämpfung des unerlaubten

[335] S/PRST/2010/20.

[336] S/PRST/2009/23.

[337] S/PRST/2010/7.

[338] S/2010/386.

[339] S/2009/304.

Waffenhandels, des Drogenhandels und der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, die Unterstützung von Friedensprozessen, die Bereitstellung grundlegender Dienste, die Wiederherstellung der Kernfunktionen des Staates, die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Wiederbelebung der Wirtschaft. Der Rat unterstreicht die entscheidende Rolle der Vereinten Nationen, wenn es darum geht, die nationalen Instanzen dabei zu unterstützen, in engem Benehmen mit den internationalen Partnern frühzeitig eine Strategie auszuarbeiten, die diesen vorrangigen Bereichen nach Bedarf Rechnung trägt.

Der Rat ersucht den Generalsekretär erneut, mit den Bemühungen fortzufahren, die Rollen- und Aufgabenverteilung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen in den Kernbereichen der Friedenskonsolidierung weiter zu klären, die Kapazitäten zu stärken und mehr Rechenschaftspflicht bei der Bereitstellung der Hilfe zu gewährleisten.

Der Rat begrüßt und befürwortet mehr Koordinierung, Kohärenz und Integration der Friedenskonsolidierungstätigkeiten, einschließlich der Schaffung stärkerer Partnerschaften zwischen den Mitgliedstaaten, den regionalen und subregionalen Organisationen, der Weltbank und anderen internationalen Finanzinstitutionen, sonstigen multilateralen Partnern, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor, insbesondere mit dem Ziel, eine stärkere Wirkung und bessere Ergebnisse vor Ort zu erzielen.

Der Rat bekräftigt, von welch entscheidender Bedeutung eine rasche, flexible und berechenbare Finanzierung der Friedenskonsolidierung ist, und fordert die Mitgliedstaaten und die anderen Partner nachdrücklich auf, verstärkte Anstrengungen zur Erreichung dieses Zieles zu unternehmen, namentlich mittels der Wiederauffüllung des Friedenskonsolidierungsfonds und durch Multi-Geber-Treuhandfonds.

Der Rat betont, wie wichtig es ist, dass die Frauen an allen Anstrengungen zur Wahrung und Förderung des Friedens und der Sicherheit, einschließlich der Friedenskonsolidierung, gleichberechtigt und uneingeschränkt mitwirken. Der Rat erklärt erneut, wie wichtig es ist, den Bedürfnissen der Frauen bei der Friedenskonsolidierung Rechnung zu tragen und sie in die Entwicklung und Umsetzung von Postkonfliktstrategien einzubeziehen. Der Rat unterstreicht in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, verstärkt Ressourcen für Initiativen zu mobilisieren, die im Rahmen der Friedenskonsolidierung den diesbezüglichen Bedürfnissen der Frauen Rechnung tragen, die Gleichstellung der Geschlechter fördern und die Selbstbestimmung der Frauen stärken, und ermutigt die Mitgliedstaaten und die anderen Partner, Unterstützung bereitzustellen.

Der Rat nimmt mit Dank Kenntnis von dem Bericht des Generalsekretärs über die Beteiligung von Frauen an der Friedenskonsolidierung[340] und sieht seiner Behandlung, auch unter Mitwirkung der zuständigen Stellen des Systems der Vereinten Nationen, namentlich der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN-Frauen), erwartungsvoll entgegen.

Der Rat begrüßt die wichtige Rolle der Kommission für Friedenskonsolidierung bei der Förderung und Unterstützung eines integrierten und kohärenten Ansatzes zur Friedenskonsolidierung, der die Beteiligung der Frauen einschließt. Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für die Arbeit der Kommission und bekundet seine Bereitschaft, von der beratenden Rolle der Kommission stärker Gebrauch zu machen.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, den Rat und die Generalversammlung bis zum 13. Oktober 2011 über die weiteren Fortschritte bei der Umsetzung seines Ak-

[340] S/2010/466.

tionsplans zu unterrichten und spätestens am 13. Oktober 2012 einen diesbezüglichen Bericht vorzulegen, mit besonderem Schwerpunkt auf der dabei vor Ort erzielten Wirkung, einschließlich Fortschritten im Hinblick auf eine höhere Beteiligung der Frauen an der Friedenskonsolidierung, unter Berücksichtigung der Auffassungen der Kommission für Friedenskonsolidierung."

Auf seiner 6414. Sitzung am 29. Oktober 2010 behandelte der Rat den Punkt „Friedenskonsolidierung nach Konflikten".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ejeviome Otobo, den Direktor und Stellvertretenden Leiter des Büros zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Resolution 1947 (2010)
vom 29. Oktober 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolution 1645 (2005) vom 20. Dezember 2005, insbesondere ihre Ziffer 27,

in Bekräftigung der Wichtigkeit der von den Vereinten Nationen geleisteten Arbeit auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung und der Notwendigkeit dauerhafter Unterstützung und ausreichender Ressourcen für diese Arbeit,

in Anerkennung der Rolle der Kommission für Friedenskonsolidierung als eines zwischenstaatlichen Beratungsorgans mit dem besonderen Auftrag, den Bedürfnissen der Länder, die einen Konflikt überwunden haben, im Hinblick auf einen dauerhaften Frieden Rechnung zu tragen,

1. *begrüßt* den von den Komoderatoren vorgelegten Bericht über die Überprüfung der Architektur der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung[341], dem eingehende Konsultationen mit den Mitgliedern der Vereinten Nationen und anderen Interessenträgern zugrunde liegen;

2. *ersucht* alle maßgeblichen Akteure der Vereinten Nationen, die Empfehlungen des Berichts im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und nach Bedarf anzuwenden, mit dem Ziel, die Wirksamkeit der Kommission für Friedenskonsolidierung weiter zu verbessern;

3. *ist sich dessen bewusst*, dass die Maßnahmen der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung nachhaltige Unterstützung und ausreichende Ressourcen erfordern, damit die bestehenden Herausforderungen bewältigt werden können;

4. *ersucht* die Kommission für Friedenskonsolidierung, in ihren Jahresberichten anzugeben, welche Fortschritte bei der Anwendung der einschlägigen Empfehlungen des Berichts erzielt wurden;

5. *beschließt*, dass fünf Jahre nach der Verabschiedung dieser Resolution eine weitere umfassende Überprüfung nach dem Verfahren in Ziffer 27 der Resolution 1645 (2005) vorgenommen wird;

6. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6414. Sitzung einstimmig verabschiedet.

[341] S/2010/393, Anlage.

Beschlüsse

Am 30. Dezember 2010 richtete die Präsidentin des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[342]:

> „Ich beehre mich, auf die Resolution 1646 (2005) des Sicherheitsrats vom 20. Dezember 2005 Bezug zu nehmen, in der der Rat gemäß seiner Resolution 1645 (2005) gleichen Datums beschloss, dass die in Artikel 23 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen aufgeführten ständigen Mitglieder dem Organisationsausschuss der Kommission für Friedenskonsolidierung als Mitglieder angehören sollen und dass der Rat darüber hinaus jährlich zwei seiner gewählten Mitglieder für die Mitwirkung im Organisationsausschuss auswählt.
>
> Ich beehre mich daher, Ihnen mitzuteilen, dass sich die Ratsmitglieder im Anschluss an informelle Konsultationen darauf geeinigt haben, Gabun und Kolumbien als die beiden gewählten Ratsmitglieder auszuwählen, die für eine einjährige Amtszeit bis Ende 2011 im Organisationsausschuss mitwirken."

Auf seiner 6472. Sitzung am 21. Januar 2011 beschloss der Rat, die Vertreter Afghanistans, Ägyptens, Argentiniens, Armeniens, Australiens, Bangladeschs, Belgiens, Benins, Botsuanas, Costa Ricas, der Dominikanischen Republik, Japans, Kroatiens, Marokkos, Mexikos, Nepals, Neuseelands, Pakistans, Perus, der Republik Korea, Serbiens, Sloweniens, Timor-Lestes (Stellvertretender Ministerpräsident), der Türkei, Ugandas, der Ukraine und der Vereinigten Republik Tansania gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Friedenskonsolidierung nach Konflikten

Institutionenbildung

Schreiben des Ständigen Vertreters Bosnien und Herzegowinas bei den Vereinten Nationen vom 10. Januar 2011 an den Generalsekretär (S/2011/16)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Peter Wittig, den Ständigen Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Peter Schwaiger, den Stellvertretenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, und Frau Alice Mungwa, die Geschäftsträgerin des Büros des Ständigen Beobachters der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[343]:

> „Der Sicherheitsrat erinnert an die früheren Erklärungen seines Präsidenten über die Friedenskonsolidierung nach Konflikten. Der Rat betont, wie wichtig die Institutionenbildung als entscheidender Bestandteil der Friedenskonsolidierung ist, und unterstreicht, wie wichtig wirksamere und kohärentere nationale und internationale Maßnahmen in dieser Hinsicht sind, um Postkonfliktländer zur Wahrnehmung staatlicher Kernaufgaben zu befähigen, wie der friedlichen Regelung politischer Streitigkeiten, der Gewährleistung der Sicherheit und der Aufrechterhaltung der Stabilität, des Schutzes der Bevölkerung, der Gewährleistung der Achtung der Rechtsstaatlichkeit,

[342] S/2010/690.

[343] S/PRST/2011/2.

der Wiederbelebung der Wirtschaft und der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen, die für die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens unverzichtbar sind. Der Rat betont, wie wichtig in diesem Zusammenhang die nationale Eigenverantwortung ist.

Der Rat unterstreicht, dass die Hauptverantwortung für eine erfolgreiche Friedenskonsolidierung in Postkonfliktländern bei der Regierung und den maßgeblichen nationalen Akteuren, einschließlich der Zivilgesellschaft, liegt und dass die Vereinten Nationen beim Aufbau der nationalen Institutionen dieser Länder eine entscheidende Unterstützungsfunktion wahrnehmen können. Der Rat nimmt Kenntnis von der Notwendigkeit ständiger Verbesserungen bei den Unterstützungsmaßnahmen in der unmittelbaren Konfliktfolgezeit, um zur Stabilisierung der Lage beizutragen und gleichzeitig den längerfristigen Prozess der Institutionenbildung einzuleiten, namentlich der Bildung der Institutionen, die demokratische Prozesse fördern und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung begünstigen, mit dem Ziel eines dauerhaften Friedens.

Der Rat betont, dass die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft bei der Bedarfsbewertung und der Planung zugunsten einer wirksamen Institutionenbildung effektiver und koordinierter vorgehen und namentlich die vorhandenen nationalen Kapazitäten und Perspektiven besser nutzen müssen, um die nationale Eigenverantwortung zu gewährleisten. Der Rat hebt die Notwendigkeit hervor, die Unterstützung des Aufbaus der nationalen Kapazitäten als vorrangige Aufgabe in alle Friedenskonsolidierungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen zu integrieren, und unterstreicht, dass Friedenskonsolidierungsstrategien und Institutionenbildung im landesspezifischen Kontext zu betrachten sind.

Der Rat betont, dass die im Rahmen der Vereinten Nationen unternommenen Maßnahmen zur Unterstützung der Institutionenbildung in Postkonfliktländern stärker integriert werden, berechenbarer werden und größerer Rechenschaftspflicht unterliegen müssen. Der Rat hebt hervor, dass koordinierte, sektorweite und kontextabhängige Ansätze in den Bereichen Regierungsführung, wirtschaftliche Stabilität sowie Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und des Sicherheitssektors wichtig sind und unter nationaler Eigenverantwortung stehen müssen.

Der Rat unterstreicht seine Bereitschaft, die beratende Rolle der Kommission für Friedenskonsolidierung verstärkt zu nutzen. Der Rat vermerkt, dass die Kommission eine Rolle dabei spielen kann, zur Verwirklichung entscheidender Ziele der Friedenskonsolidierung beizutragen, darunter die Entwicklung tragfähiger und rechenschaftspflichtiger Institutionen in den Ländern, mit denen sie befasst ist. Der Rat betont außerdem, wie wichtig zielgerichtete und klar definierte Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen, den Entwicklungsorganisationen, bilateralen Partnern und allen weiteren maßgeblichen Akteuren, insbesondere den regionalen und subregionalen Organisationen, und den internationalen Finanzinstitutionen sind, um die auf eine wirksame Institutionenbildung gerichteten nationalen Strategien, die auf der Erzielung von Ergebnissen und auf gegenseitiger Rechenschaft gründen, umzusetzen.

Der Rat bekräftigt, von welch entscheidender Bedeutung eine rasche, flexible und berechenbare Finanzierung der Friedenskonsolidierung, einschließlich des Aufbaus von Institutionen und Kapazitäten, ist, und fordert die Mitgliedstaaten und die anderen Partner nachdrücklich auf, verstärkte Anstrengungen zur Erreichung dieses Zieles zu unternehmen, namentlich mittels der Wiederauffüllung des Friedenskonsolidierungsfonds und durch Multi-Geber-Treuhandfonds, in Anerkennung der bereits geleisteten Beiträge.

Der Rat bekundet seine Entschlossenheit, seine Prüfung und Erörterung der mit der Institutionenbildung zusammenhängenden Aufgaben in der Frühphase der Friedenskonsolidierung im Rahmen des Mandats und der Zusammensetzung von Friedenssicherungseinsätzen, besonderen politischen Missionen und integrierten Büros

für die Friedenskonsolidierung weiter zu verbessern, damit gegebenenfalls, je nach den erzielten Fortschritten, gewonnenen Erkenntnissen oder sich verändernden Umständen vor Ort, die erforderlichen Anpassungen vorgenommen werden können. In diesem Kontext nimmt der Rat mit Anerkennung Kenntnis von dem Beitrag, den Friedenssicherungskräfte und Friedenssicherungsmissionen in der Frühphase der Friedenskonsolidierung leisten, und ist sich der Notwendigkeit bewusst, den Sachverstand und die Erfahrungen der Missionen in die Entwicklung von Friedenskonsolidierungsstrategien einzubeziehen.

Der Rat sieht dem Anfang 2011 vorzulegenden Bericht über die internationale Überprüfung der zivilen Kapazitäten mit Interesse entgegen, in Anerkennung der Notwendigkeit verbesserter Mechanismen zur raschen Entsendung fachkundiger ziviler Experten, um die Institutionenbildung in Postkonfliktländern zu unterstützen. Der Rat ersucht den Generalsekretär, in den nächsten Folgebericht über die Friedenskonsolidierung in der unmittelbaren Konfliktfolgezeit eine Bewertung der Wirkung seiner Aktionsagenda als Beitrag zum Aufbau tragfähiger Institutionen in Postkonfliktländern aufzunehmen, samt zusätzlichen Empfehlungen dazu, wie die Vereinten Nationen wirksamer zu effektiveren, stabileren und dauerhafteren Institutionen beitragen können, die einen Rückfall in den Konflikt verhindern helfen können."

Auf seiner 6503. Sitzung am 23. März 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Friedenskonsolidierung nach Konflikten

Bericht der Kommission für Friedenskonsolidierung über ihre vierte Tagung (S/2011/41)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Eugène-Richard Gasana, den Ständigen Vertreter Ruandas bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6533. Sitzung am 12. Mai 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Friedenskonsolidierung nach Konflikten

Gleichlautende Schreiben des Generalsekretärs vom 18. Februar 2011 an den Präsidenten der Generalversammlung und den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/85)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Jean-Marie Guéhenno, den Vorsitzenden der Hochrangigen Beratungsgruppe für die Überprüfung der internationalen zivilen Kapazitäten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Susana Malcorra, die Untergeneralsekretärin für die Unterstützung der Feldeinsätze, und Herrn Eugène-Richard Gasana, den Ständigen Vertreter Ruandas bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

DIE SITUATION BETREFFEND IRAK[344]

Beschlüsse

Auf seiner 6368. Sitzung am 4. August 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 1883 (2009) (S/2010/406)

Verbalnote der Ständigen Vertretung Iraks bei den Vereinten Nationen vom 28. Juli 2010 an den Generalsekretär (S/2010/404)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ad Melkert, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6369. Sitzung am 5. August 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 1883 (2009) (S/2010/406)

Verbalnote der Ständigen Vertretung Iraks bei den Vereinten Nationen vom 28. Juli 2010 an den Generalsekretär (S/2010/404)".

Resolution 1936 (2010) vom 5. August 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren einschlägigen Resolutionen über Irak, insbesondere die Resolutionen 1500 (2003) vom 14. August 2003, 1546 (2004) vom 8. Juni 2004, 1557 (2004) vom 12. August 2004, 1619 (2005) vom 11. August 2005, 1700 (2006) vom 10. August 2006, 1770 (2007) vom 10. August 2007, 1830 (2008) vom 7. August 2008 und 1883 (2009) vom 7. August 2009,

in Bekräftigung der Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit Iraks,

betonend, wie wichtig die Stabilität und die Sicherheit Iraks für das Volk Iraks, die Region und die internationale Gemeinschaft sind,

der Regierung Iraks *nahelegend*, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit weiter zu stärken, die Sicherheit und die öffentliche Ordnung zu verbessern und den Terrorismus und die sektiererische Gewalt im ganzen Land zu bekämpfen, und mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung für das Volk und die Regierung Iraks bei ihren Bemühungen um den Aufbau einer sicheren, stabilen, föderalen, geeinten und demokratischen Nation auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte,

[344] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2005 verabschiedet.

erfreut darüber, dass sich die Sicherheitslage in Irak dank konzertierter Bemühungen im politischen und im Sicherheitsbereich gebessert hat, und betonend, dass in Irak nach wie vor Sicherheitsprobleme bestehen und die Verbesserungen durch einen ernsthaften politischen Dialog und nationale Einheit aufrechterhalten werden müssen,

die Notwendigkeit *unterstreichend*, dass alle Bevölkerungsgruppen in Irak am politischen Prozess und an einem alle Seiten einschließenden politischen Dialog teilnehmen, Erklärungen und Maßnahmen, die die Spannungen verschärfen könnten, unterlassen, eine umfassende Lösung für die Verteilung der Ressourcen herbeiführen, eine gerechte und faire Lösung für die internen Grenzstreitigkeiten erarbeiten sowie auf die nationale Einheit hinarbeiten,

bekräftigend, wie wichtig die Vereinten Nationen, insbesondere die Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, sind, wenn es darum geht, das Volk und die Regierung Iraks bei der Stärkung der demokratischen Institutionen, der Förderung eines alle Seiten einschließenden politischen Dialogs und der nationalen Aussöhnung, der Erleichterung des regionalen Dialogs, der Hilfe für schwächere Bevölkerungsgruppen, darunter Flüchtlinge und Binnenvertriebene, der Stärkung der Geschlechtergleichstellung, der Förderung des Schutzes der Menschenrechte und der Förderung der Justiz- und Gesetzesreformen zu beraten, zu unterstützen und ihnen dabei behilflich zu sein, und betonend, wie wichtig es ist, dass die Vereinten Nationen und insbesondere die Mission der Beratung, Unterstützung und Hilfe für das irakische Volk und die Regierung Iraks Vorrang einräumen, damit diese Ziele erreicht werden können,

mit dem Ausdruck seiner Glückwünsche an das Volk und die Regierung Iraks für die Abhaltung der Parlamentswahlen am 7. März 2010 und die Bestätigung der Wahlergebnisse durch den Obersten Bundesgerichtshof und mit der Aufforderung an die Führer Iraks, im Rahmen eines alle Seiten einschließenden politischen Prozesses und im Einklang mit der irakischen Verfassung möglichst rasch eine Regierung zu bilden, die Ausdruck des Willens und der Souveränität des irakischen Volkes und seiner Hoffnung auf ein starkes, unabhängiges, geeintes und demokratisches Irak ist,

in Würdigung der Anstrengungen der Mission zur Unterstützung der Unabhängigen Hohen Wahlkommission und der Regierung Iraks bei der Erarbeitung der Verfahren zur Abhaltung erfolgreicher Wahlen zum irakischen Nationalparlament im März 2010 und betonend, wie wichtig die Transparenz, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Kommission ist,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Regierung Iraks, sich mit den Herausforderungen und Anliegen im Menschenrechtsbereich auseinanderzusetzen sowie zusätzliche Schritte zur Unterstützung der Unabhängigen Hohen Kommission für Menschenrechte zu erwägen,

erklärend, wie wichtig die Auseinandersetzung mit den humanitären Problemen ist, denen sich das irakische Volk gegenübersieht, und betonend, dass zu ihrer Behebung weitere koordinierte Maßnahmen und die Bereitstellung ausreichender Ressourcen erforderlich sind,

unter Hervorhebung der Souveränität der Regierung Iraks, bekräftigend, dass alle Parteien auch weiterhin alle durchführbaren Schritte unternehmen und Modalitäten erarbeiten sollen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen, einschließlich Kindern, Frauen und Angehöriger religiöser und ethnischer Minderheitengruppen, zu gewährleisten, sowie Bedingungen schaffen sollen, die der freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde förderlich sind, unter Begrüßung der Zusagen der Regierung im Hinblick auf Hilfe für Binnenvertriebene, Flüchtlinge und Rückkehrer und sie zur Fortsetzung ihrer Anstrengungen ermutigend und feststellend, welche wichtige Rolle das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen auf der Grundlage seines Mandats dabei wahrnimmt, die Regierung in Abstimmung mit der Mission in diesen Fragen laufend zu beraten und zu unterstützen,

betonend, wie wichtig die Durchführung der Resolution 1882 (2009) des Sicherheitsrats vom 4. August 2009 ist, insbesondere nach Bedarf durch die Ernennung von Kinderschutzberatern bei der Mission,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Beteiligten, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, namentlich den Genfer Abkommen von 1949[345] und der Landkriegsordnung in der Anlage zum Haager Abkommen IV von 1907[346], humanitärem Personal vollen und ungehinderten Zugang zu allen hilfsbedürftigen Menschen zu gewähren und soweit möglich alle notwendigen Einrichtungen für ihre Tätigkeit zur Verfügung zu stellen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des humanitären Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals samt ihrem Material zu fördern,

anerkennend, wie wichtig es ist, dass Irak wieder den internationalen Status erlangt, den es vor der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) am 6. August 1990 innehatte, es begrüßend, dass Irak das Zusatzprotokoll zu seinem umfassenden Sicherungsabkommen[347] bis zu seiner Ratifikation vorläufig anwendet, und bekräftigend, wie wichtig es ist, dass Irak das Protokoll so bald wie möglich ratifiziert, sowie die Absicht der Regierung Iraks begrüßend, den Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper[348] zu unterzeichnen, und die Regierung Iraks auffordernd, alle weiteren notwendigen Schritte zu unternehmen, um ihren ausstehenden Verpflichtungen nachzukommen und insbesondere mit der gebührenden Eile und Sorgfalt auf den Abschluss des Programms „Öl für Lebensmittel“ hinzuarbeiten,

mit dem Ausdruck seines Dankes an den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak, Herrn Ad Melkert, für seine Anstrengungen und seine starke Führung der Mission und mit dem Ausdruck seines tief empfundenen Dankes an alle Mitarbeiter der Vereinten Nationen in Irak für ihre mutigen und unermüdlichen Anstrengungen,

1. *beschließt*, das Mandat der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak bis zum 31. Juli 2011 zu verlängern;

2. *beschließt außerdem*, dass der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Irak und die Mission auf Ersuchen der Regierung Iraks und unter Berücksichtigung des Schreibens des Außenministers Iraks vom 28. Juli 2010 an den Generalsekretär[349] auch weiterhin ihr in Resolution 1883 (2009) festgelegtes Mandat wahrnehmen werden;

3. *ist sich dessen bewusst*, dass die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen unerlässlich ist, damit die Mission ihre Tätigkeit zugunsten des Volkes von Irak ausüben kann, und fordert die Regierung Iraks und andere Mitgliedstaaten auf, auch weiterhin sicherheitsbezogene und logistische Unterstützung für die Präsenz der Vereinten Nationen in Irak bereitzustellen;

4. *begrüßt* die Beiträge, welche die Mitgliedstaaten leisten, indem sie der Mission die finanziellen, logistischen und sicherheitsbezogenen Ressourcen und die Unterstützung bereitstellen, die sie zur Erfüllung ihrer Mission benötigt, und fordert die Mitgliedstaaten auf, der Mission auch weiterhin ausreichende Ressourcen und Unterstützung bereitzustellen;

---

[345] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970–973. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1954 II S. 781; LGBl. 1989 Nr. 18-21; öBGBl. Nr. 155/1953; AS 1951 181 207 228 300.

[346] Siehe Carnegie Endowment for International Peace, *The Hague Conventions and Declarations of 1899 and 1907* (New York, Oxford University Press, 1915). Amtliche deutschsprachige Fassungen: dRGBl. 1910 S. 107; öRGBl. Nr. 180/1913; SR 0.515.112.

[347] International Atomic Energy Agency, Dokument INFCIRC/172/Add.2.

[348] A/57/724, Anlage. In Deutsch verfügbar unter http://www.un.org/depts/german/friesi/haager-verhkodex.pdf.

[349] S/2010/404, Anlage.

5. *erklärt seine Absicht*, das Mandat der Mission in zwölf Monaten oder früher, falls die Regierung Iraks darum ersucht, zu überprüfen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat alle vier Monate über die Fortschritte bei der Erfüllung aller Aufgaben der Mission Bericht zu erstatten;

7. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6369. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6418. Sitzung am 10. November 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Iraks (Leiter des Ausschusses der Finanzexperten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

Dritter Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 3 der Resolution 1905 (2009) (S/2010/563)

Verbalnote der Ständigen Vertretung Iraks bei den Vereinten Nationen vom 28. Oktober 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/567)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Jun Yamazaki, den Controller der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner nichtöffentlichen 6419. Sitzung am 10. November 2010 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Auf seiner nichtöffentlichen 6419. Sitzung am 10. November 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Die Situation betreffend Irak'.

Gemäß dem auf der 6418. Sitzung gefassten Beschluss würdigte der Präsident die Anwesenheit von Herrn Abdul Basit Turky Saed, dem Leiter des Ausschusses der Finanzexperten Iraks, gemäß Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates.

Der Präsident lud mit Zustimmung des Rates die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Australiens, Bahrains, Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Finnlands, Griechenlands, Indonesiens, Jordaniens, Kasachstans, Katars, Kuwaits, Malaysias, der Niederlande, der Philippinen, Polens, Portugals, Schwedens, der Schweiz, der Slowakei, Sloweniens, der Tschechischen Republik und Ungarns auf ihr Ersuchen ein, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes teilzunehmen.

Gemäß dem auf der 6418. Sitzung gefassten Beschluss würdigte der Präsident die Anwesenheit von Herrn Jun Yamazaki, dem Controller der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates.

Die Ratsmitglieder, Herr Yamazaki und Herr Turky Saed führten einen Meinungsaustausch."

Auf seiner 6423. Sitzung am 12. November 2010 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation betreffend Irak".

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[350]:

„Der Sicherheitsrat begrüßt die am 11. November 2010 in Irak erzielte Einigung über die Bildung einer Regierung der nationalen Partnerschaft.

Der Rat begrüßt den alle Seiten einschließenden politischen Prozess und das repräsentative Ergebnis und ermutigt die politischen Führer Iraks, mit erneutem Engagement die nationale Aussöhnung anzustreben.

Der Rat bekräftigt sein Bekenntnis zur Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit Iraks und betont, wie wichtig die Stabilität und die Sicherheit Iraks für dessen Volk, die Region und die internationale Gemeinschaft sind."

Auf seiner 6450. Sitzung am 15. Dezember 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

Schreiben der Ständigen Vertreterin der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen vom 9. Dezember 2010 an den Generalsekretär (S/2010/621)

Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 1936 (2010) (S/2010/606)

Schreiben des Ständigen Vertreters Iraks bei den Vereinten Nationen vom 9. Dezember 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/625)

Dritter Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 3 der Resolution 1905 (2009) (S/2010/563)

Verbalnote der Ständigen Vertretung Iraks bei den Vereinten Nationen vom 28. Oktober 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/567)

Verbalnote der Ständigen Vertretung Iraks bei den Vereinten Nationen vom 8. Dezember 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/618)

Schreiben des Generalsekretärs vom 8. Dezember 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/619)

Verbalnote der Ständigen Vertretung Iraks bei den Vereinten Nationen vom 8. Dezember 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/620)".

Resolution 1956 (2010)
vom 15. Dezember 2010

Der Sicherheitsrat,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Ministerpräsidenten Iraks vom 8. Dezember 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, das dieser Resolution als Anlage beigefügt ist,

anerkennend, dass sich in Irak positive Entwicklungen vollzogen haben und sich die in dem Land herrschende Lage erheblich von der unterscheidet, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) vom 6. August 1990 bestand, sowie anerken-

[350] S/PRST/2010/23.

nend, dass sich die irakischen Institutionen verfestigen, und ferner anerkennend, wie wichtig es ist, dass Irak wieder den internationalen Status erlangt, den es vor der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) innehatte,

unter Begrüßung des Schreibens des Ministerpräsidenten Iraks, in dem dieser die Entschlossenheit der Regierung Iraks bekräftigt, keine weiteren Verlängerungen der Regelungen für den Entwicklungsfonds für Irak zu beantragen, und anerkennend, dass der Ministerpräsident in seinem Schreiben außerdem die Entschlossenheit der Regierung bekräftigt, zu gewährleisten, dass die Einnahmen aus Erdölverkäufen weiterhin gerecht und im Interesse des irakischen Volkes verwendet werden und dass die Übergangsregelungen im Einklang mit der Verfassung und den internationalen bewährten Verfahren in Bezug auf Transparenz, Rechenschaftslegung und Integrität stehen,

in Anerkennung der bedeutenden Rolle, die dem Entwicklungsfonds für Irak und dem Internationalen Überwachungsbeirat sowie den Bestimmungen in den Ziffern 20 und 22 der Resolution 1483 (2003) vom 22. Mai 2003 zukommt, wenn es darum geht, der Regierung Iraks dabei behilflich zu sein, die transparente und verantwortliche Nutzung der Ressourcen des Landes zum Wohl des irakischen Volkes zu gewährleisten, sowie betonend, dass Irak den Übergang zu Nachfolgeregelungen für den Entwicklungsfonds und den Beirat abschließen muss,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die in Ziffer 20 der Resolution 1483 (2003) getroffenen Regelungen für die Einzahlung der Erlöse aus den Exportverkäufen von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas in den Entwicklungsfonds für Irak und die in Ziffer 12 der Resolution 1483 (2003) und Ziffer 24 der Resolution 1546 (2004) vom 8. Juni 2004 genannten Regelungen für die Überwachung des Entwicklungsfonds durch den Internationalen Überwachungsbeirat mit dem 30. Juni 2011 aufzuheben, und beschließt ferner, dass vorbehaltlich der in Ziffer 27 der Resolution 1546 (2004) vorgesehenen Ausnahme die Bestimmungen in Ziffer 22 der Resolution 1483 (2003) bis zu dem genannten Datum weiter Anwendung finden, auch im Hinblick auf die in Ziffer 23 der letztgenannten Resolution beschriebenen Gelder, finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen;

2. *begrüßt und billigt* den Beschluss der Regierung Iraks, keine weiteren Verlängerungen der Regelungen für den Entwicklungsfonds für Irak zu beantragen, und beschließt ferner, dass dies die letztmalige Verlängerung der Regelungen für den Entwicklungsfonds ist;

3. *beschließt*, dass die Bestimmung in Ziffer 20 der Resolution 1483 (2003), wonach alle Erlöse aus den Exportverkäufen von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas aus Irak in den Entwicklungsfonds für Irak einzuzahlen sind, nach dem 30. Juni 2011 keine Anwendung mehr findet, bekräftigt, dass die Bestimmung in Ziffer 21 von Resolution 1483 (2003), wonach 5 Prozent der Erlöse aus allen Exportverkäufen von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas in den im Einklang mit Resolution 687 (1991) vom 3. April 1991 und späteren Resolutionen geschaffenen Entschädigungsfonds der Vereinten Nationen einzuzahlen sind, weiter Anwendung findet, und beschließt ferner, dass 5 Prozent des Wertes aller nichtmonetären Zahlungen in Form von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas an Dienstleister in den Entschädigungsfonds einzuzahlen sind und dass, sofern die Regierung Iraks und der Verwaltungsrat der Entschädigungskommission der Vereinten Nationen, in Wahrnehmung seiner Befugnisse in Bezug auf die Methoden zur Gewährleistung von Zahlungen an den Entschädigungsfonds, nichts anderes beschließen, diese Bestimmungen für die Regierung Iraks verbindlich sind;

4. *fordert* die Regierung Iraks *auf*, eng mit dem Generalsekretär zusammenzuarbeiten, um bis zum 30. Juni 2011 oder früher den vollständigen und wirksamen Übergang zu einem Nachfolgemechanismus für den Entwicklungsfonds für Irak abzuschließen, der den Auflagen des Internationalen Währungsfonds im Zusammenhang mit Bereitschaftskreditvereinbarungen Rechnung trägt, Vorkehrungen für externe Prüfungen enthält und

sicherstellt, dass Irak seinen Verpflichtungen nach Ziffer 21 der Resolution 1483 (2003) auch künftig nachkommt, und ersucht die Regierung ferner, dem Sicherheitsrat spätestens am 1. Mai 2011 einen schriftlichen Bericht über die beim Übergang zu einem Nachfolgemechanismus für den Entwicklungsfonds erzielten Fortschritte vorzulegen;

5. *verfügt*, dass die gesamten Einnahmen aus dem Entwicklungsfonds für Irak auf das Konto oder die Konten der Nachfolgeregelungen der Regierung Iraks übertragen werden und dass der Entwicklungsfonds spätestens am 30. Juni 2011 aufgelöst wird, und verlangt eine schriftliche Bestätigung an den Rat, sobald die Übertragung und die Auflösung abgeschlossen sind;

6. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat laufend alle sechs Monate schriftliche Berichte über den Entschädigungsfonds der Vereinten Nationen vorzulegen, in denen die fortgesetzte Einhaltung der Bestimmungen in Ziffer 21 der Resolution 1483 (2003) bewertet wird, den ersten davon spätestens am 1. Januar 2012;

7. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6450. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Anlage

Schreiben von Herrn Nuri Kamel al-Maliki, dem Ministerpräsidenten Iraks, vom 8. Dezember 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[351]

Ich beziehe mich auf mein Schreiben vom 13. Dezember 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[352], in dem ich feststellte, dass die Regierung Iraks im Jahr 2010 geeignete, mit der Verfassung im Einklang stehende Regelungen für den Entwicklungsfonds für Irak und den Internationalen Überwachungsbeirat treffen werde, um zu gewährleisten, dass die Einnahmen aus Erdölverkäufen weiterhin gerecht und im Interesse des irakischen Volkes und im Einklang mit internationalen bewährten Verfahren in Bezug auf Transparenz, Rechenschaftslegung und Integrität verwendet werden.

Gemäß Resolution 1905 (2009) des Sicherheitsrats legte die Regierung Iraks in ihrem ersten vierteljährlichen Bericht[353] den erforderlichen Maßnahmen- und Zeitplan für den Übergang zu den Nachfolgeregelungen für den Entwicklungsfonds für Irak und den Internationalen Überwachungsbeirat vor. Später legte sie ihren zweiten[354] und dritten[355] Bericht über die erzielten Fortschritte vor. Der dritte Bericht enthielt Einzelheiten darüber, welche Teile des Maßnahmenplans vollständig umgesetzt waren und welche noch nicht. Erwähnt wurden auch die Situation in Irak und die Tatsache, dass die Verzögerung bei der Bildung einer neuen Regierung nach den am 7. März 2010 abgehaltenen Parlamentswahlen in verschiedener Weise die Fähigkeit der staatlichen Institutionen beeinträchtigte, rasch und wirksam im Hinblick auf die umfassende Umsetzung des Maßnahmenplans tätig zu werden.

Aus diesen Gründen und um die Sicherstellung der umfassenden Umsetzung des Maßnahmenplans und eines reibungslosen Übergangs zu den Nachfolgeregelungen zu ermöglichen, benötigt die Regierung Iraks noch einmal die Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Sie hofft daher, dass der Sicherheitsrat die Immunität des Entwicklungsfonds für Irak auf der Grundlage der in Ziffer 20 der Resolution 1483 (2003) des Sicherheitsrats

[351] Unter dem Dokumentensymbol S/2010/625 verteilt.

[352] Resolution 1905 (2009), Anlage.

[353] S/2010/308, Anlage.

[354] S/2010/365, Anlage.

[355] S/2010/567, Anlage.

vorgesehenen Regelungen ein weiteres und letztes Mal um sechs Monate bis zum 30. Juni 2011 verlängern wird.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben so schnell wie möglich an die Mitglieder des Sicherheitsrats weiterleiten und der Resolution über Irak, die derzeit ausgearbeitet wird, als Anlage beifügen würden.

Resolution 1957 (2010) vom 15. Dezember 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen über die Situation in Irak,

sowie unter Hinweis auf die Erklärung seines Präsidenten vom 26. Februar 2010[356], in der die Fortschritte Iraks bei der Einhaltung der Nichtverbreitungs- und Abrüstungsverpflichtungen begrüßt wurden,

anerkennend, wie wichtig es ist, dass Irak wieder den internationalen Status erlangt, den es vor der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) am 6. August 1990 innehatte,

unter Begrüßung des Schreibens des Außenministers Iraks vom 18. Januar 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[357], in dem bestätigt wird, dass die Regierung Iraks das internationale Nichtverbreitungsregime unterstützt, die Abrüstungsverträge und anderen einschlägigen internationalen Übereinkünfte einhält, entschlossen ist, in dieser Hinsicht zusätzliche Schritte zur Einhaltung der Nichtverbreitungs- und Abrüstungsnormen zu unternehmen, und sich außerdem verpflichtet hat, den Sicherheitsrat, die Internationale Atomenergie-Organisation und die anderen zuständigen Stellen über die Fortschritte zu unterrichten, die sie im Hinblick auf die Durchführung dieser Maßnahmen im Einklang mit den verfassungsmäßigen und gesetzgeberischen Verfahren der Regierung und unter Einhaltung der internationalen Normen und Verpflichtungen erzielt hat,

sowie unter Begrüßung des Schreibens des Generaldirektors der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 11. März 2010 an den Generalsekretär[358], in dem festgestellt wird, dass Irak bei der Durchführung seines umfassenden Sicherungsabkommens[359] mit der Organisation hervorragend zusammenarbeitet, und ausgehend von dem Beschluss der Regierung Iraks, ab dem 17. Februar 2010 das Zusatzprotokoll zu seinem umfassenden Sicherungsabkommen[347] bis zum Inkrafttreten des Zusatzprotokolls vorläufig anzuwenden,

ferner begrüßend, dass Irak dem Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen[360] beigetreten ist und am 12. Februar 2009 dessen einhundertsechsundachtzigster Vertragsstaat wurde,

es begrüßend, dass Irak am 11. August 2010 als einhunderteinunddreißigster Staat den Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper[348] unterzeichnet hat,

sowie begrüßend, dass Irak 2008 das Zusatzprotokoll zu seinem umfassenden Sicherungsabkommen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation unterzeichnet hat, das dem Parlament derzeit ebenso wie der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklear-

[356] S/PRST/2010/5.

[357] S/2010/37, Anlage.

[358] S/2010/150, Anlage.

[359] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 872, Nr. 12529.

[360] Ebd., Vol. 1974, Nr. 33757. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1994 II S. 806; LGBl. 1999 Nr. 235; öBGBl. III Nr. 38/1997; AS 1998 335.

versuchen[361] zur Ratifikation vorliegt, und es begrüßend, dass Irak der vorläufigen Anwendung des Zusatzprotokolls bis zu seiner Ratifikation zugestimmt hat,

erneut erklärend, wie wichtig es ist, dass Irak das Zusatzprotokoll möglichst bald ratifiziert,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die mit den Ziffern 8, 9, 10, 12 und 13 der Resolution 687 (1991) vom 3. April 1991 und Ziffer 3 *f*) der Resolution 707 (1991) vom 15. August 1991 verhängten und in späteren einschlägigen Resolutionen bekräftigten Maßnahmen betreffend Massenvernichtungswaffen, Flugkörper und zivile nukleare Tätigkeiten aufzuheben;

2. *fordert* Irak *nachdrücklich auf*, das Zusatzprotokoll zu seinem umfassenden Sicherungsabkommen[347] und den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen[361] so bald wie möglich zu ratifizieren;

3. *beschließt*, in einem Jahr die Fortschritte zu prüfen, die Irak im Hinblick auf seine Zusage zur Ratifikation des Zusatzprotokolls und zur Erfüllung seiner Verpflichtungen nach dem Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen[360] erzielt hat, und ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat darüber Bericht zu erstatten;

4. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6450. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Resolution 1958 (2010) vom 15. Dezember 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen über die Situation in Irak, insbesondere die Resolutionen 986 (1995) vom 14. April 1995, 1472 (2003) vom 28. März 2003, 1476 (2003) vom 24. April 2003, 1483 (2003) vom 22. Mai 2003 und 1546 (2004) vom 8. Juni 2004, sowie den Bericht des Generalsekretärs vom 27. Juli 2009, der gemäß Ziffer 5 der Resolution 1859 (2008) vom 22. Dezember 2008 vorgelegt wurde[362],

sowie unter Hinweis auf die Notwendigkeit des Programms „Öl für Lebensmittel" (im Folgenden „das Programm"), das nach Resolution 986 (1995) als vorübergehende Maßnahme zur Deckung des humanitären Bedarfs des irakischen Volkes eingerichtet wurde,

anerkennend, wie wichtig es ist, dass Irak wieder den internationalen Status erlangt, den es vor der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) am 6. August 1990 innehatte,

sowie anerkennend, wie wichtig die Tätigkeiten des gemäß Resolution 1284 (1999) vom 17. Dezember 1999 eingerichteten Büros des Hochrangigen Koordinators des Generalsekretärs sind,

unter Hinweis auf das Schreiben des Generalsekretärs vom 8. Dezember 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats und die ihm beigefügte Mitteilung[363], den dritten Bericht des Generalsekretärs vom 1. November 2010, der gemäß Ziffer 3 der Resolution 1905 (2009) vom 21. Dezember 2009 vorgelegt wurde[364], und den dritten vierteljährlichen Be-

[361] Siehe Resolution 50/245 der Generalversammlung. Amtliche deutschsprachige Fassung: dBGBl. 1998 II S. 1210.

[362] S/2009/385.

[363] S/2010/619.

[364] S/2010/563.

richt der Regierung Iraks, der gemäß Ziffer 5 der Resolution 1905 (2009) vorgelegt wurde[355],

Kenntnis nehmend von dem Schreiben der Regierung Iraks vom 6. Dezember 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[365],

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *ersucht* den Generalsekretär, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sämtliche Restaktivitäten des Programms abzuschließen, und stellt dabei fest, dass alle in Anhang I der Mitteilung des Generalsekretärs vom 8. Dezember 2010[363] aufgeführten, nicht abgewickelten Akkreditive mit behaupteter Lieferung gemäß den Akkreditivbedingungen verfallen sind, dass die Regierung Iraks keine Eingangsbestätigungen ausstellen wird und dass die Akkreditive für alle Zwecke des Programms erloschen sind, so auch für die Zwecke der Übertragung der mit diesen Akkreditiven verbundenen Mittel von dem als Sicherheit dienenden auf den anderen Teil des Irak-Kontos der Vereinten Nationen, unbeschadet etwaiger Rechte oder Ansprüche von Lieferanten mit behaupteter Lieferung auf Zahlung oder sonstige Leistung gegenüber der Regierung Iraks aufgrund ihrer jeweiligen Handelsverträge mit der Regierung Iraks;

2. *nimmt Kenntnis* von den zum 15. Dezember 2010 von der Regierung Iraks übermittelten und bei den Vereinten Nationen registrierten Eingangsbescheinigungen, bezüglich deren keine Zahlungen geleistet wurden, da, wie in den Ziffern 11 und 12 und den Anlagen II und III der Mitteilung des Generalsekretärs vom 8. Dezember 2010 ausgeführt, entweder die avisierende Bank die jeweiligen Begünstigten nicht ausfindig machen konnte oder der Begünstigte nicht die erforderlichen Unterlagen vorgelegt hat, und fordert die Regierung Iraks auf, sofort direkte Zahlung zu leisten, falls sie von den Begünstigten oder ihren Vertretern kontaktiert wird;

3. *ermächtigt* den Generalsekretär, für die Zwecke der Ziffern 4 und 5 dieser Resolution ein Treuhandkonto einzurichten, unabhängige Wirtschaftsprüfer für die Prüfung des Kontos zu bestellen und die Regierung Iraks voll unterrichtet zu halten;

4. *ermächtigt* den Generalsekretär *außerdem*, sicherzustellen, dass 20 Millionen US-Dollar des Irak-Kontos bis zum 31. Dezember 2016 auf dem Treuhandkonto belassen werden, für den ausschließlichen Zweck, die Ausgaben der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit der geordneten Abwicklung der Restaktivitäten des Programms, einschließlich der von der Organisation gewährten Unterstützung für Untersuchungen und Verfahren der Mitgliedstaaten in Bezug auf das Programm, und die Ausgaben des gemäß Resolution 1284 (1999) eingerichteten Büros des Hochrangigen Koordinators zu decken, und ersucht ferner darum, dass alle verbleibenden Mittel bis spätestens 31. Dezember 2016 an die Regierung Iraks überwiesen werden;

5. *ermächtigt* den Generalsekretär *ferner*, sicherzustellen, dass bis zu 131 Millionen Dollar des Irak-Kontos auf dem Treuhandkonto belassen werden, zu dem Zweck, die Vereinten Nationen, ihre Vertreter, Bevollmächtigten und unabhängigen Auftragnehmer für einen Zeitraum von sechs Jahren für alle mit dem Programm verbundenen Tätigkeiten seit seiner Einrichtung zu entschädigen, und ersucht ferner darum, dass alle verbleibenden Mittel bis spätestens 31. Dezember 2016 an die Regierung Iraks überwiesen werden;

6. *ermächtigt* den Generalsekretär, die möglichst baldige Überweisung aller verbleibenden Mittel, die nicht für die Zwecke der Ziffern 4 und 5 vorgesehen sind, von dem gemäß Ziffer 16 *d*) der Resolution 1483 (2003) eingerichteten Irak-Konto an den Entwicklungsfonds für Irak zu erleichtern;

[365] S/2010/618, Anlage.

7. *ersucht* den Generalsekretär, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die wirksame Durchführung dieser Resolution sicherzustellen, und möglichst bald alle erforderlichen Durchführungsregelungen oder -vereinbarungen mit der Regierung Irak zu schließen,

a) damit die Vereinten Nationen, ihre Vertreter, Bevollmächtigten und unabhängigen Auftragnehmer entsprechend Ziffer 5 für alle mit dem Programm verbundenen Tätigkeiten seit seiner Einrichtung angemessen entschädigt werden und

b) damit die Regierung Iraks auf alle künftigen Forderungen gegenüber den Vereinten Nationen, ihren Vertretern, Bevollmächtigten und unabhängigen Auftragnehmern in Bezug auf alle mit dem Programm verbundenen Tätigkeiten seit seiner Einrichtung entsprechend den Ziffern 19, 20 und 21 der Anlage der Mitteilung des Generalsekretärs vom 25. Juli 2008[366] verzichtet, und ersucht ihn, dem Rat Bericht zu erstatten, sobald er dies getan hat;

8. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, dem Rat jährlich über die Inanspruchnahme und die Ausgaben des in den Ziffern 4 und 5 genannten Treuhandkontos Bericht zu erstatten und diesbezügliche Analysen vorzulegen, wobei der erste Bericht spätestens am 31. März 2012 vorzulegen ist und der Schlussbericht drei Monate nach der bis spätestens 31. Dezember 2016 vorgesehenen Überweisung etwaiger verbleibender Mittel, die für die Zwecke der Ziffern 4 und 5 zurückbehalten wurden, an die Regierung Iraks, sofern der Rat keine anderweitige Ermächtigung erteilt;

9. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6450. Sitzung mit 14 Stimmen ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung (Frankreich) verabschiedet.

Beschlüsse

Ebenfalls auf der 6450. Sitzung gab der Präsident des Sicherheitsrats im Anschluss an die Verabschiedung der Resolution 1958 (2010) im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[367]:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt sein Bekenntnis zur Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit Iraks und betont, wie wichtig die Stabilität und die Sicherheit Iraks für dessen Volk, die Region und die internationale Gemeinschaft sind.

Der Rat unterstützt den alle Seiten einschließenden politischen Prozess und die Vereinbarung über die Machtteilung, die die irakischen Führer getroffen haben, um eine repräsentative Regierung der nationalen Partnerschaft zu bilden, die dem in den Parlamentswahlen vom 7. März 2010 zum Ausdruck gebrachten Willen des irakischen Volkes Rechnung trägt. Wir legen den irakischen Führern nahe, auch weiterhin auf ein föderales, demokratisches, pluralistisches und geeintes Irak hinzuarbeiten, das auf Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte gegründet ist.

Der Rat bekräftigt, dass alle Formen des Terrorismus bekämpft werden müssen und dass keine terroristische Handlung Irak von seinem Weg zu Frieden, Demokratie und Wiederaufbau abbringen kann, der von dem Volk und der Regierung Iraks und der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird.

Der Rat begrüßt die positiven Entwicklungen in Irak und erkennt an, dass sich die in dem Land derzeit herrschende Situation erheblich von der unterscheidet, die

[366] Siehe S/2008/492.

[367] S/PRST/2010/27.

zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) bestand. Im Einklang mit Resolution 1859 (2008) begrüßt der Rat außerdem die wichtigen Fortschritte, die Irak dabei erzielt hat, den internationalen Status wiederzuerlangen, den es vor der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) innehatte. In Anerkennung der Fortschritte Iraks bei der Unterstützung des internationalen Nichtverbreitungsregimes und der Einhaltung der Abrüstungsverträge und der anderen einschlägigen internationalen Übereinkünfte, seiner Zusage, zusätzliche Schritte in dieser Hinsicht zu unternehmen, und seiner vorläufigen Anwendung des Zusatzprotokolls zu seinem umfassenden Sicherungsabkommen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation[347] bis zu dessen Ratifikation hat der Rat die Resolution 1957 (2010) verabschiedet, mit der er die mit den Resolutionen 687 (1991) und 707 (1991) verhängten Beschränkungen betreffend Massenvernichtungswaffen und zivile nukleare Tätigkeiten aufhebt. In Anerkennung der Erfolge Iraks bei der Abwicklung der restlichen Verträge im Rahmen des Programms ‚Öl für Lebensmittel' hat der Rat außerdem die Resolution 1958 (2010) zur Beendigung der Restaktivitäten des Programms ‚Öl für Lebensmittel' verabschiedet. Und in Anerkennung der Fortschritte Iraks beim Übergang vom Entwicklungsfonds für Irak zu wirksamen und der Rechenschaft unterliegenden Nachfolgeregelungen hat der Rat die Resolution 1956 (2010) verabschiedet, mit der er die Regelungen für den Entwicklungsfonds mit Wirkung vom 30. Juni 2011 aufhebt. Unter Begrüßung der Fortschritte, die die Regierungen Iraks und Kuwaits bei der Lösung der zwischen den beiden Ländern offenen Fragen erzielt haben, und mit der Aufforderung an sie, weiter zusammenzuarbeiten, fordert der Rat Irak auf, seine noch ausstehenden Verpflichtungen, die sich aus den einschlägigen Resolutionen des Rates nach Kapitel VII der Charta betreffend die Situation zwischen Irak und Kuwait ergeben, rasch zu erfüllen.

Der Rat begrüßt die Wiedereingliederung Iraks in die Region und legt Irak und allen Staaten der Region nahe, ihre Beziehungen zu vertiefen und auszuweiten und diese Beziehungen in einem Geist der Partnerschaft und der Kooperation zu gestalten.

Der Rat bekräftigt, dass er die Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak voll dabei unterstützt, dem Volk und der Regierung Iraks Rat, Unterstützung und Hilfe zu gewähren, um die demokratischen Institutionen zu stärken, einen alle Seiten einschließenden Dialog und die nationale Aussöhnung voranzubringen, den regionalen Dialog zu erleichtern, schwächeren Bevölkerungsgruppen zu helfen, die Gleichstellung der Geschlechter zu stärken, den Schutz der Menschenrechte zu fördern, namentlich durch die Einrichtung der Unabhängigen Hohen Kommission für Menschenrechte, den Schutz betroffener Zivilpersonen zu fördern, namentlich von Kindern, Frauen und Angehörigen religiöser und ethnischer Minderheitengruppen, und Justiz- und Gesetzesreformen zu fördern.

Der Rat würdigt die Unterstützung, die die Mission unter der Leitung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak während des gesamten Wahlprozesses entsprechend ihrem Mandat geleistet hat.

Der Rat ermutigt die Mission, ihre Tätigkeit in Abstimmung mit der Regierung Iraks fortzusetzen, um Schutz zu gewähren und zur Schaffung günstiger Bedingungen für die freiwillige, sichere, würdevolle und vor allem dauerhafte Rückkehr der irakischen Flüchtlinge und Binnenvertriebenen beizutragen, und betont, wie wichtig es ist, dass alle Beteiligten dieser Frage fortgesetzte Aufmerksamkeit widmen.

Der Rat unterstreicht die wichtige Rolle der Mission bei der Unterstützung des Volkes und der Regierung Iraks, wenn es darum geht, den Dialog zu fördern, Spannungen abzubauen und eine ausgehandelte politische Vereinbarung über die umstrittenen Binnengrenzen zu begünstigen, und fordert alle maßgeblichen Parteien auf, sich zu diesem Zweck an einem alle Seiten einschließenden Dialog zu beteiligen."

Am 23. Dezember 2010 richtete die Präsidentin des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[368]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 21. Dezember 2010 betreffend die Einrichtung einer integrierten Sicherheitsstruktur der Vereinten Nationen für die Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak[369] den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Der Rat begrüßt die in Ihrem Schreiben vorgeschlagenen Regelungen und legt den Mitgliedstaaten eindringlich nahe, positiv darauf zu reagieren, indem sie Beiträge leisten."

Auf seiner 6511. Sitzung am 8. April 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

> Zweiter Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 1936 (2010) (S/2011/213)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ad Melkert, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6586. Sitzung am 19. Juli 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

> Dritter Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 1936 (2010) (S/2011/435)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ad Melkert, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6594. Sitzung am 28. Juli 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

> Dritter Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 1936 (2010) (S/2011/435)".

Resolution 2001 (2011) vom 28. Juli 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren einschlägigen Resolutionen über Irak, insbesondere die Resolutionen 1500 (2003) vom 14. August 2003, 1546 (2004) vom 8. Juni 2004, 1557 (2004) vom 12. August 2004, 1619 (2005) vom 11. August 2005, 1700 (2006) vom 10. August 2006, 1770 (2007) vom 10. August 2007, 1830 (2008) vom 7. August 2008, 1883 (2009) vom 7. August 2009 und 1936 (2010) vom 5. August 2010,

[368] S/2010/667.

[369] S/2010/666.

in Bekräftigung der Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit Iraks,

betonend, wie wichtig die Stabilität und die Sicherheit Iraks für das Volk Iraks, die Region und die internationale Gemeinschaft sind,

der Regierung Iraks *nahelegend*, auch weiterhin die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, die Sicherheit und die öffentliche Ordnung zu verbessern und den Terrorismus und die sektiererische Gewalt im ganzen Land zu bekämpfen, und mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung für das Volk und die Regierung Iraks bei ihren Bemühungen um den Aufbau einer sicheren, stabilen, föderalen, geeinten und demokratischen Nation auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte,

erfreut darüber, dass sich die Sicherheitslage in Irak dank konzertierter Bemühungen im politischen und im Sicherheitsbereich gebessert hat, und betonend, dass in Irak nach wie vor Sicherheitsprobleme bestehen und die Verbesserungen durch einen ernsthaften politischen Dialog und nationale Einheit aufrechterhalten werden müssen,

die Notwendigkeit *unterstreichend*, dass alle Bevölkerungsgruppen in Irak am politischen Prozess und an einem alle Seiten einschließenden politischen Dialog teilnehmen, Erklärungen und Maßnahmen unterlassen, die die Spannungen verschärfen könnten, eine umfassende Lösung für die Verteilung der Ressourcen herbeiführen und Stabilität gewährleisten sowie eine gerechte und faire Lösung für die internen Grenzstreitigkeiten erarbeiten und auf die nationale Einheit hinarbeiten,

bekräftigend, wie wichtig die Vereinten Nationen, insbesondere die Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, sind, wenn es darum geht, das Volk und die Regierung Iraks bei der Stärkung der demokratischen Institutionen, der Förderung eines alle Seiten einschließenden politischen Dialogs und der nationalen Aussöhnung, der Erleichterung des regionalen Dialogs, der Ausarbeitung von für die Regierung Iraks annehmbaren Prozessen zur Beilegung interner Grenzstreitigkeiten, der Hilfe für schwächere Bevölkerungsgruppen, darunter Flüchtlinge und Binnenvertriebene, der Stärkung der Geschlechtergleichstellung, der Förderung des Schutzes der Menschenrechte und der Förderung der Justiz- und Gesetzesreformen zu beraten, zu unterstützen und ihnen dabei behilflich zu sein, und betonend, wie wichtig es ist, dass die Vereinten Nationen und insbesondere die Mission der Beratung, Unterstützung und Hilfe für das Volk und die Regierung Iraks Vorrang einräumen, damit diese Ziele erreicht werden können,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Regierung Iraks, auch weiterhin die Menschenrechte zu fördern und zu schützen sowie zusätzliche Schritte zur Unterstützung der Unabhängigen Hohen Kommission für Menschenrechte zu erwägen,

in Anerkennung der Anstrengungen der Regierung Iraks bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte von Frauen, in Bekräftigung seiner Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 und 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 über Frauen und Frieden und Sicherheit und erneut erklärend, dass Frauen voll, gleichberechtigt und wirksam mitwirken müssen, in Bekräftigung der Schlüsselrolle, die Frauen bei der Wiederherstellung des gesellschaftlichen Gefüges spielen können, und betonend, dass sie in die Entwicklung nationaler Strategien einbezogen werden müssen, damit ihren Perspektiven Rechnung getragen wird,

erklärend, *wie wichtig* die Auseinandersetzung mit den humanitären Problemen ist, denen sich das irakische Volk gegenübersieht, und betonend, dass zu ihrer Behebung weitere koordinierte Maßnahmen und die Bereitstellung ausreichender Ressourcen erforderlich sind,

unter Hervorhebung der Souveränität der Regierung Iraks, bekräftigend, dass alle Parteien auch weiterhin alle durchführbaren Schritte unternehmen und Modalitäten erarbeiten sollen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen, einschließlich Kindern, Frauen

und Angehöriger religiöser und ethnischer Minderheitengruppen, zu gewährleisten, sowie Bedingungen schaffen sollen, die der freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde oder der Integration der Binnenvertriebenen vor Ort förderlich sind, unter Begrüßung der Zusagen der Regierung im Hinblick auf Hilfe für Binnenvertriebene, Flüchtlinge und Rückkehrer, sie zur Fortsetzung ihrer Anstrengungen ermutigend und feststellend, welche wichtige Rolle das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen auf der Grundlage seines Mandats dabei wahrnimmt, die Regierung in Abstimmung mit der Mission in diesen Fragen laufend zu beraten und zu unterstützen,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Beteiligten, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, namentlich den Genfer Abkommen von 1949[345] und der Landkriegsordnung in der Anlage zum IV. Haager Abkommen von 1907[346], humanitärem Personal vollen und ungehinderten Zugang zu allen hilfebedürftigen Menschen zu gewähren und soweit möglich alle notwendigen Einrichtungen für ihre Tätigkeit zur Verfügung zu stellen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des humanitären Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals samt ihrem Material zu fördern,

unter Begrüßung der wichtigen Fortschritte, die Irak dabei erzielt hat, den internationalen Status wiederzuerlangen, den es vor der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) am 6. August 1990 innehatte, mit der Aufforderung an die Regierung Iraks, die laufende Zusammenarbeit mit der Regierung Kuwaits fortzusetzen, um die noch offenen Fragen anzugehen, und seinen noch ausstehenden Verpflichtungen, die sich aus den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats nach Kapitel VII der Charta betreffend die Situation zwischen Irak und Kuwait ergeben, nachzukommen, und unterstreichend, wie wichtig es ist, dass Irak das Zusatzprotokoll zu seinem umfassenden Sicherungsabkommen[347] ratifiziert,

mit dem Ausdruck seines tief empfundenen Dankes an alle Mitarbeiter der Vereinten Nationen in Irak für ihre mutigen und unermüdlichen Anstrengungen,

1. *beschließt*, das Mandat der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak um einen Zeitraum von zwölf Monaten zu verlängern;

2. *beschließt außerdem*, dass der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Irak und die Mission auf Ersuchen der Regierung Iraks und unter Berücksichtigung des Schreibens des Außenministers Iraks vom 27. Juli 2011 an den Generalsekretär[370] auch weiterhin ihr in Resolution 1936 (2010) festgelegtes Mandat wahrnehmen werden;

3. *ist sich dessen bewusst*, dass die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen unerlässlich ist, damit die Mission ihre Tätigkeit zugunsten des Volkes von Irak ausüben kann, und fordert die Regierung Iraks und andere Mitgliedstaaten auf, auch weiterhin sicherheitsbezogene und logistische Unterstützung für die Präsenz der Vereinten Nationen in Irak bereitzustellen;

4. *begrüßt* die Beiträge, welche die Mitgliedstaaten leisten, indem sie der Mission die finanziellen, logistischen und sicherheitsbezogenen Ressourcen und die entsprechende Unterstützung bereitstellen, die sie zur Erfüllung ihres Auftrags benötigt, und fordert die Mitgliedstaaten auf, der Mission auch weiterhin ausreichende Ressourcen und Unterstützung bereitzustellen;

5. *erklärt seine Absicht*, das Mandat der Mission in zwölf Monaten oder früher, falls die Regierung Iraks darum ersucht, zu überprüfen;

[370] S/2011/464, Anlage.

6. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat alle vier Monate über die Fortschritte bei der Erfüllung aller Aufgaben der Mission Bericht zu erstatten;

7. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6594. Sitzung einstimmig verabschiedet.

NICHTVERBREITUNG[371]

Beschlüsse

Auf seiner 6384. Sitzung am 15. September 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Nichtverbreitung

Unterrichtung durch den Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006)“.

Auf seiner 6442. Sitzung am 10. Dezember 2010 behandelte der Rat den auf seiner 6384. Sitzung erörterten Punkt.

Auf seiner 6502. Sitzung am 22. März 2011 behandelte der Rat ebenfalls den auf der 6384. Sitzung erörterten Punkt.

Auf seiner 6552. Sitzung am 9. Juni 2011 behandelte der Rat den Punkt „Nichtverbreitung“.

Resolution 1984 (2011) vom 9. Juni 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren einschlägigen Resolutionen, namentlich die Resolutionen 1696 (2006) vom 31. Juli 2006, 1737 (2006) vom 23. Dezember 2006, 1747 (2007) vom 24. März 2007, 1803 (2008) vom 3. März 2008, 1835 (2008) vom 27. September 2008, 1887 (2009) vom 24. September 2009 und 1929 (2010) vom 9. Juni 2010, sowie die Erklärung seines Präsidenten vom 29. März 2006[372] und in Bekräftigung ihrer Bestimmungen,

sowie unter Hinweis darauf, dass gemäß Ziffer 29 der Resolution 1929 (2010) eine Sachverständigengruppe für die Islamische Republik Iran eingesetzt wurde, die unter der Leitung des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006) die in der genannten Ziffer vorgesehenen Aufgaben ausführt,

ferner unter Hinweis auf den am 4. Februar 2011 vorgelegten Zwischenbericht der vom Generalsekretär gemäß Ziffer 29 der Resolution 1929 (2010) eingesetzten Sachverständigengruppe und auf den Schlussbericht der Gruppe vom 7. Mai 2011,

unter Hinweis auf die in dem Bericht der Informellen Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für allgemeine Sanktionsfragen[373] enthaltenen methodologischen Standards für die Berichte der Sanktionsüberwachungsmechanismen,

---

[371] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2006 verabschiedet.

[372] S/PRST/2006/15.

[373] Siehe S/2006/997, Anlage.

in dieser Hinsicht *feststellend*, wie wichtig glaubhafte, auf Tatsachen gestützte und unabhängige Bewertungen, Analysen und Empfehlungen sind, entsprechend dem Mandat der Sachverständigengruppe,

feststellend, dass die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII Artikel 41 der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, das in Ziffer 29 der Resolution 1929 (2010) festgelegte Mandat der Sachverständigengruppe für die Islamische Republik Iran bis zum 9. Juni 2012 zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, die dafür erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen;

2. *ersucht* die Sachverständigengruppe, dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006) spätestens am 9. November 2011 einen Halbzeitbericht über ihre Arbeit vorzulegen, und ersucht darum, dass die Gruppe dem Rat nach Erörterung mit dem Ausschuss spätestens am 9. Dezember 2011 ihren Halbzeitbericht vorlegt, ersucht außerdem um Vorlage eines Schlussberichts an den Ausschuss spätestens dreißig Tage vor Ablauf des Mandats der Gruppe samt Feststellungen und Empfehlungen, und ersucht ferner darum, dass die Gruppe nach Erörterung mit dem Ausschuss dem Rat vor Ablauf des Mandats der Gruppe ihren Schlussbericht vorlegt;

3. *ersucht* die Sachverständigengruppe *außerdem*, dem Ausschuss spätestens dreißig Tage nach der Ernennung der Gruppe ihr geplantes Arbeitsprogramm vorzulegen, legt dem Ausschuss nahe, dieses Arbeitsprogramm regelmäßig zu erörtern, und ersucht die Gruppe ferner, den Ausschuss über jede Aktualisierung dieses Arbeitsprogramms zu unterrichten;

4. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und andere interessierte Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss und mit der Sachverständigengruppe voll zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über die Durchführung der mit den Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) und 1929 (2010) verhängten Maßnahmen übermitteln;

5. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6552. Sitzung mit 14 Stimmen ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung (Libanon) verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6563. Sitzung am 23. Juni 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Nichtverbreitung

Unterrichtung durch den Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006)“.

FRIEDENSKONSOLIDIERUNG IN WESTAFRIKA[374]

Beschlüsse

Auf seiner 6455. Sitzung am 17. Dezember 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Friedenskonsolidierung in Westafrika

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika (S/2010/614)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Said Djinnit, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westafrika und Leiter des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 20. Dezember 2010 richtete die Präsidentin des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[375]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 14. Dezember 2010 betreffend das Mandat des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika[376] den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist.

Die Mitglieder des Rates stimmen der in Ihrem sechsten Bericht über die Tätigkeit des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika[377] enthaltenen Empfehlung zu, das Mandat des Büros um einen weiteren Zeitraum von drei Jahren, vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013, zu verlängern. Die Ratsmitglieder legen Ihnen in dieser Hinsicht nahe, aktiv die Möglichkeit direkter Beiträge von Mitgliedstaaten zu sondieren, die zusätzlich zu den innerhalb der Vereinten Nationen bereitgestellten Ressourcen geleistet werden.

Die Ratsmitglieder nehmen außerdem von Ihrer Absicht Kenntnis, die Aufgabenstellung und die Aktivitäten des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika entsprechend dem Ihrem Schreiben beigefügten Mandatsentwurf, zu ändern. Die Ratsmitglieder ersuchen Sie, dem Rat alle sechs Monate darüber Bericht zu erstatten, inwieweit das Büro sein geändertes Mandat erfüllt.“

Auf seiner 6577. Sitzung am 8. Juli 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Friedenskonsolidierung in Westafrika

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika (S/2011/388)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Said Djinnit, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westafrika und Leiter des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

[374] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2006 verabschiedet.

[375] S/2010/661.

[376] S/2010/660.

[377] S/2010/614.

NICHTVERBREITUNG/ DEMOKRATISCHE VOLKSREPUBLIK KOREA[378]

Beschluss

Auf seiner 6553. Sitzung am 10. Juni 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Nichtverbreitung/Demokratische Volksrepublik Korea“.

Resolution 1985 (2011) vom 10. Juni 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren einschlägigen Resolutionen, namentlich die Resolutionen 825 (1993) vom 11. Mai 1993, 1540 (2004) vom 28. April 2004, 1695 (2006) vom 15. Juli 2006, 1718 (2006) vom 14. Oktober 2006, 1874 (2009) vom 12. Juni 2009, 1887 (2009) vom 24. September 2009 und 1928 (2010) vom 7. Juni 2010, sowie die Erklärungen seines Präsidenten vom 6. Oktober 2006[379] und 13. April 2009[380],

sowie unter Hinweis darauf, dass gemäß Ziffer 26 der Resolution 1874 (2009) die Sachverständigengruppe für die Demokratische Volksrepublik Korea eingesetzt wurde, die unter der Leitung des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1718 (2006) die in der genannten Ziffer vorgesehenen Aufgaben ausführt,

ferner unter Hinweis auf den am 12. November 2010 vorgelegten Zwischenbericht der vom Generalsekretär gemäß Ziffer 26 der Resolution 1874 (2009) eingesetzten Sachverständigengruppe und auf den Schlussbericht der Gruppe vom 12. Mai 2011,

unter Hinweis auf die in dem Bericht der Informellen Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für allgemeine Sanktionsfragen[381] enthaltenen methodologischen Standards für die Berichte der Sanktionsüberwachungsmechanismen,

in dieser Hinsicht *feststellend*, wie wichtig glaubhafte, auf Tatsachen gestützte und unabhängige Bewertungen, Analysen und Empfehlungen sind, entsprechend dem Mandat der Sachverständigengruppe,

feststellend, dass die Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen sowie ihrer Trägersysteme nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII Artikel 41 der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, das in Ziffer 26 der Resolution 1874 (2009) festgelegte Mandat der Sachverständigengruppe für die Demokratische Volksrepublik Korea bis zum 12. Juni 2012 zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, die dafür erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen;

2. *ersucht* die Sachverständigengruppe, dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1718 (2006) spätestens am 12. November 2011 einen Halbzeitbericht über ihre Arbeit vorzulegen, und ersucht darum, dass die Gruppe dem Rat nach Erörterung mit dem Ausschuss spätestens am 12. Dezember 2011 ihren Halbzeitbericht vorlegt, ersucht außerdem um Vorlage eines Schlussberichts an den Ausschuss spätestens dreißig Tage vor Ab-

[378] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2006 verabschiedet.

[379] S/PRST/2006/41.

[380] S/PRST/2009/7.

[381] Siehe S/2006/997, Anlage.

lauf des Mandats der Gruppe samt Feststellungen und Empfehlungen und ersucht ferner darum, dass die Gruppe nach Erörterung mit dem Ausschuss dem Rat vor Ablauf des Mandats der Gruppe ihren Schlussbericht vorlegt;

3. *ersucht* die Sachverständigengruppe *außerdem*, dem Ausschuss spätestens dreißig Tage nach der Ernennung der Gruppe ihr geplantes Arbeitsprogramm vorzulegen, legt dem Ausschuss nahe, dieses Arbeitsprogramm regelmäßig zu erörtern, und ersucht die Gruppe ferner, den Ausschuss über jede Aktualisierung dieses Arbeitsprogramms zu unterrichten;

4. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und andere interessierte Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss und mit der Sachverständigengruppe voll zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über die Durchführung der mit den Resolutionen 1718 (2006) und 1874 (2009) verhängten Maßnahmen übermitteln;

5. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6553. Sitzung einstimmig verabschiedet.

SCHREIBEN DES GENERALSEKRETÄRS VOM 22. NOVEMBER 2006 AN DEN PRÄSIDENTEN DES SICHERHEITSRATS[382]

Beschlüsse

Auf seiner 6377. Sitzung am 7. September 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Nepals gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2006/920)

Bericht des Generalsekretärs über das Ersuchen Nepals um die Hilfe der Vereinten Nationen zur Unterstützung seines Friedensprozesses (S/2010/453)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Karin Landgren, die Beauftragte des Generalsekretärs in Nepal und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Nepal, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6385. Sitzung am 15. September 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Nepals gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2006/920)

Bericht des Generalsekretärs über das Ersuchen Nepals um die Hilfe der Vereinten Nationen zur Unterstützung seines Friedensprozesses (S/2010/453)“.

[382] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2006 verabschiedet.

Resolution 1939 (2010) vom 15. September 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolution 1921 (2010) vom 12. Mai 2010, sowie die Erklärung seines Präsidenten vom 5. Mai 2009[383],

in Bekräftigung der Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit Nepals und seiner Eigenverantwortung für die Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens und späterer Abkommen,

unter Hinweis auf die Unterzeichnung eines Umfassenden Friedensabkommens durch die Regierung Nepals und die Kommunistische Partei Nepals (Maoisten) am 21. November 2006 und die von beiden Parteien eingegangene Verpflichtung, einen dauerhaften und tragfähigen Frieden herbeizuführen,

in Anerkennung des sehnlichen Wunsches des nepalesischen Volkes nach Frieden und der Wiederherstellung der Demokratie sowie der Wichtigkeit, die in dieser Hinsicht der Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens und späterer Abkommen durch die betroffenen Parteien zukommt,

mit dem Ausdruck seiner anhaltenden Bereitschaft, den Friedensprozess in Nepal im Hinblick auf die rasche und wirksame Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens und späterer Abkommen, insbesondere des Abkommens zwischen den politischen Parteien vom 25. Juni 2008, zu unterstützen, entsprechend dem Ersuchen der Regierung Nepals,

davon Kenntnis nehmend, dass die Frist für die Verkündung der neuen demokratischen Verfassung Nepals bis zum 28. Mai 2011 verlängert wurde,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die jüngsten Spannungen in Nepal,

mit der Aufforderung an alle Seiten, ihre Meinungsverschiedenheiten durch friedliche Verhandlungen beizulegen, und in diesem Zusammenhang Kenntnis nehmend von der am 13. September 2010 zwischen der Übergangsregierung Nepals und den politischen Parteien erzielten Vereinbarung, der zufolge i) die im Sonderausschuss erarbeiteten Dokumente in Kürze fertiggestellt werden, mit der Zielsetzung, den Friedensprozess voranzubringen, und die vereinbarten Dokumente umgesetzt werden, ii) die Kombattanten der maoistischen Armee der Aufsicht des Sonderausschusses unterstellt und sämtliche sie betreffende Informationen dem Sonderausschuss unverzüglich vorgelegt werden, iii) die im Rahmen des Friedensprozesses noch verbleibenden Aufgaben ab dem 17. September 2010 durchgeführt und bis zum 14. Januar 2011 abgeschlossen werden und iv) die Parteien wünschen, dass das Mandat der Mission der Vereinten Nationen in Nepal ein letztes Mal um vier Monate verlängert wird,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 2. September 2010 über die Mission[384],

unter Hinweis darauf, dass die zwei Phasen des Verifikationsprozesses abgeschlossen sind, es begrüßend, dass nach wie vor Hilfe bei der Überwachung des Umgangs mit den Waffen und dem bewaffneten Personal beider Seiten im Einklang mit Resolution 1740 (2007) vom 23. Januar 2007 und den Bestimmungen des Umfassenden Friedensabkommens gewährt wird, feststellend, wie wichtig eine dauerhafte langfristige Lösung ist und dass die noch offenen Fragen ohne weitere Verzögerung angegangen werden müssen, darunter die Vereinbarung der Modalitäten zur Beendigung der Präsenz der Mission in Nepal,

[383] S/PRST/2009/12.

[384] S/2010/453.

es begrüßend, dass der Prozess der Entlassung der nicht die Voraussetzungen erfüllenden Angehörigen der maoistischen Armee gemäß dem von der Regierung Nepals, der Vereinigten Kommunistischen Partei Nepals (Maoisten) und den Vereinten Nationen am 16. Dezember 2009 vereinbarten Aktionsplan für die Entlassung und Rehabilitation der als Minderjährige nicht die Voraussetzungen erfüllenden Angehörigen der maoistischen Armee abgeschlossen wurde, und alle Parteien auffordernd, diesen Aktionsplan mit der entsprechenden Überwachung und Berichterstattung im Einklang mit den Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 weiter umzusetzen,

unter Hinweis darauf, dass mit der erfolgreichen Abhaltung der Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung einige Elemente des in Resolution 1740 (2007) festgelegten Mandats der Mission bereits ausgeführt worden sind,

Kenntnis nehmend von den Schreiben der Übergangsregierung Nepals und der Vereinigten Kommunistischen Partei Nepals (Maoisten) vom 14. September 2010 an den Generalsekretär[385], in denen sie um eine letztmalige Verlängerung des Mandats der Mission bis zum 15. Januar 2011 ersuchen,

in der Erkenntnis, dass den Bedürfnissen und der Rolle der Frauen, Kinder und traditionell marginalisierten Gruppen im Friedensprozess besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, wie aus dem Umfassenden Friedensabkommen und aus der Resolution 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 hervorgeht,

sowie in Anerkennung der Notwendigkeit, die Straflosigkeit zu bekämpfen und die Menschenrechte zu fördern und zu schützen sowie die Kapazitäten der unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitutionen im Einklang mit den internationalen Grundsätzen zu stärken,

ferner in der Erkenntnis, dass die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei dem demokratischen Übergang und der Konfliktprävention spielen kann,

mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für den Beitrag der Beauftragten des Generalsekretärs in Nepal und die Anstrengungen ihres Teams in der Mission sowie des Landesteams der Vereinten Nationen, namentlich des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, das auf Ersuchen der Regierung Nepals die Menschenrechtssituation überwacht, und die Notwendigkeit der Koordinierung und Komplementarität der Anstrengungen zwischen der Mission und allen Akteuren der Vereinten Nationen im Missionsgebiet betonend, insbesondere damit bis zum Ablauf des Mandats Kontinuität gewährleistet ist,

1. *beschließt*, im Einklang mit dem Ersuchen der Regierung Nepals[385] das in Resolution 1740 (2007) festgelegte Mandat der Mission der Vereinten Nationen in Nepal bis zum 15. Januar 2011 zu verlängern, unter Berücksichtigung des Abschlusses einiger Elemente des Mandats und der laufenden Arbeiten zur Überwachung des Umgangs mit den Waffen und dem bewaffneten Personal im Einklang mit dem Abkommen zwischen den politischen Parteien vom 25. Juni 2008, die den Abschluss des Friedensprozesses unterstützen werden;

2. *beschließt außerdem*, im Einklang mit dem Ersuchen der Regierung Nepals, dass das Mandat der Mission am 15. Januar 2011 enden und die Mission Nepal danach verlassen wird;

3. *fordert* alle Parteien *auf*, den Sachverstand der Mission und ihre Bereitschaft, den Friedensprozess im Rahmen ihres Mandats zu unterstützen, in vollem Umfang zu nutzen, um den Abschluss der noch offenen Aspekte des Mandats der Mission bis zum 15. Januar 2011 zu erleichtern;

[385] Siehe S/2010/474.

4. *fordert* die Regierung Nepals und die Vereinigte Kommunistische Partei Nepals (Maoisten) *auf*, sowohl die am 13. September 2010 erzielte Vereinbarung als auch einen mit Fristen und klaren Zielmarken versehenen Aktionsplan für die Eingliederung und Rehabilitation der Angehörigen der maoistischen Armee durchzuführen, mit Unterstützung des Sonderausschusses für die Überwachung, Eingliederung und Rehabilitation der Angehörigen der maoistischen Armee und seines Technischen Ausschusses;

5. *fordert* alle politischen Parteien in Nepal *auf*, den Friedensprozess zu beschleunigen und in einem Geist der Kooperation, des Konsenses und des Kompromisses zusammenzuarbeiten, um den Übergang zu einer dauerhaften, langfristigen Lösung fortzusetzen und dem Land so den Schritt in eine friedliche und demokratische Zukunft in größerem Wohlstand zu ermöglichen;

6. *ersucht* die Parteien in Nepal, die notwendigen Schritte zur Förderung der Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Mission und des beigeordneten Personals bei der Durchführung der in dem Mandat festgelegten Aufgaben zu unternehmen;

7. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat im Anschluss an Erörterungen auf hoher Ebene zwischen den Vereinten Nationen, der Übergangsregierung Nepals und den politischen Parteien bis 15. Oktober 2010 über die Durchführung der Vereinbarung vom 13. September 2010 zwischen der Übergangsregierung Nepals und den politischen Parteien Bericht zu erstatten;

8. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6385. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6398. Sitzung am 14. Oktober 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Nepals gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2006/920)“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6465. Sitzung am 5. Januar 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Nepals gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2006/920)

> Bericht des Generalsekretärs betreffend das an die Vereinten Nationen gerichtete Ersuchen Nepals um Unterstützung seines Friedensprozesses (S/2010/658)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Karin Landgren, die Beauftragte des Generalsekretärs in Nepal und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Nepal, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6466. Sitzung am 14. Januar 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Nepals gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2006/920)

> Bericht des Generalsekretärs betreffend das an die Vereinten Nationen gerichtete Ersuchen Nepals um Unterstützung seines Friedensprozesses (S/2010/658)“.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[386]:

„Während die Mission der Vereinten Nationen in Nepal die Vorbereitungen für ihren Abzug am 15. Januar 2011 abschließt, spricht der Sicherheitsrat der Beauftragten des Generalsekretärs in Nepal, Frau Karin Landgren, und dem Missionsteam seinen Dank und seine Anerkennung für die Anstrengungen aus, mit denen sie das Volk Nepals bei seinen Bemühungen unterstützt haben, den Friedensprozess zum Abschluss zu bringen.

Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für den Friedensprozess und fordert die Übergangsregierung Nepals und alle politischen Parteien auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, weiter im Geist des Konsenses zusammenzuarbeiten, um die Verpflichtungen einzuhalten, die sie in dem Umfassenden Friedensabkommen und in anderen Abkommen eingegangen sind, und die noch offenen Fragen im Friedensprozess rasch zu lösen. Der Rat ermutigt Nepal dazu, seine neue Verfassung innerhalb der vorgesehenen Frist fertigzustellen, damit es eine bessere, gerechtere und demokratischere Zukunft für seine Bevölkerung aufbauen kann.

Der Rat begrüßt das Engagement, mit dem der Generalsekretär und die Organe der Vereinten Nationen den Friedensprozess und das Volk Nepals weiter unterstützen.

Der Rat wird den Friedensprozess in Nepal auch weiterhin unterstützen."

WAHRUNG DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT[387]

A. Sicherstellung der wirksamen Rolle des Sicherheitsrats bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Beschlüsse

Auf seiner 6389. Sitzung am 23. September 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Sicherstellung der wirksamen Rolle des Sicherheitsrats bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Schreiben des Ständigen Vertreters der Türkei bei den Vereinten Nationen vom 1. September 2010 an den Generalsekretär (S/2010/461)".

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[388]:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt die ihm nach der Charta der Vereinten Nationen obliegende Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Der Rat erinnert in dieser Hinsicht an seine Resolutionen und die

---

[386] S/PRST/2011/1.

[387] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2007 verabschiedet.

[388] S/PRST/2010/18.

Erklärungen seines Präsidenten zur vorbeugenden Diplomatie, Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung.

Der Rat anerkennt die Fortschritte, die in vielen Regionen der Welt im Hinblick auf die Schaffung eines friedlicheren und stabileren Umfelds erzielt worden sind. Der Rat ist sich jedoch der sich verändernden Herausforderungen und Bedrohungen für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bewusst, darunter bewaffnete Konflikte, Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Kleinwaffen und leichten Waffen, grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, Seeräuberei sowie Drogen- und Menschenhandel.

Der Rat bekräftigt somit, dass der Weltfrieden und die internationale Sicherheit nun einen umfassenderen und besser abgestimmten Ansatz erfordern. Der Rat unterstreicht außerdem, dass die tieferen Ursachen von Konflikten angegangen werden müssen, unter Berücksichtigung dessen, dass Entwicklung, Frieden und Sicherheit und die Menschenrechte miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig verstärken. Zu diesem Zweck bekundet der Rat seine nachdrückliche Entschlossenheit, zur Steigerung der Wirksamkeit der Vereinten Nationen während des gesamten Konfliktzyklus beizutragen.

Der Rat begrüßt die in den letzten Jahren erzielten beträchtlichen Fortschritte bei der Ausgestaltung und Stärkung der Kapazitäten der Vereinten Nationen zur vorbeugenden Diplomatie, Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung und verpflichtet sich, auch künftig zur Anpassung dieser Instrumente an veränderliche Bedingungen beizutragen. Der Rat unterstreicht außerdem, dass diese Instrumente nicht immer in einem sequenziellen Verhältnis zueinander stehen und dass es notwendig ist, sie in einer umfassenden, integrierten und flexiblen Weise einzusetzen.

Der Rat betont, dass der umfassende und kohärente Einsatz der Instrumente der vorbeugenden Diplomatie, der Friedensschaffung, der Friedenssicherung und der Friedenskonsolidierung eine wichtige Rolle bei der Schaffung der Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden spielt. Der Rat verpflichtet sich, die notwendige politische Unterstützung zur Verwirklichung dieses übergreifenden Ziels zu gewähren.

Der Rat bekundet außerdem erneut seine nachdrückliche Unterstützung für den Schutz von Zivilpersonen und bekräftigt seine Überzeugung, dass der Schutz von Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kindern, in bewaffneten Konflikten ein wichtiger Aspekt jeder umfassenden Strategie zur Konfliktbeilegung sein sollte. Der Rat bekundet ferner erneut seine Ablehnung der Straflosigkeit für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen.

Der Rat fordert die Mitgliedstaaten auf, Meinungsverschiedenheiten friedlich beizulegen, und weist insbesondere auf die Bedeutung hin, die der vorbeugenden Diplomatie als einer kostenwirksamen und effizienten Möglichkeit des Krisenmanagements und der Konfliktbeilegung zukommt. Der Rat ermutigt zu Bemühungen, die auf die Stärkung der Präventionskapazitäten der Mitgliedstaaten, der Vereinten Nationen und der regionalen und subregionalen Organisationen abzielen, und bekräftigt, dass er solche Bemühungen unterstützt. Der Rat betont insbesondere, wie wichtig es ist, dass diese Akteure Frühwarn-, Bewertungs-, Vermittlungs- und Reaktionskapazitäten aufbauen und für eine solide Koordinierung untereinander sorgen.

Der Rat würdigt die Anstrengungen, die der Generalsekretär unter Einsatz seiner Guten Dienste und seiner Beauftragten, Sondergesandten und Vermittler sowie die regionalen und subregionalen Organisationen unternehmen, um zur Förderung dauerhafter und umfassender Regelungen beizutragen, und verpflichtet sich, ihre Arbeit auch künftig zu unterstützen.

Der Rat verpflichtet sich ferner, bestehende und potenzielle Konfliktsituationen, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit beeinträchtigen können, aufmerksam zu verfolgen, mit den Parteien, die Präventionsmaßnahmen durchführen, zusammenzuwirken, Schritte zur Deeskalation von Spannungen und zum Aufbau von Vertrauen zu fördern und Anstrengungen zur Mobilisierung der benötigten Fachkenntnisse und Kapazitäten, die bei den und für die Vereinten Nationen zur Verfügung stehen, zu unterstützen. Der Rat ist sich außerdem der Wichtigkeit verstärkter Bemühungen bewusst, einschließlich der Koordinierung zwischen den bilateralen und multilateralen Gebern, um eine berechenbare, kohärente und rasche finanzielle Unterstützung für den optimalen Einsatz der Instrumente der vorbeugenden Diplomatie zu gewährleisten.

Der Rat unterstreicht seine Entschlossenheit, die allgemeine Wirksamkeit der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen auch künftig zu erhöhen. In dieser Hinsicht bekundet der Rat erneut seine Unterstützung für die laufenden Anstrengungen, die unter anderem die Generalversammlung und das Sekretariat unternehmen, um die Wirksamkeit und Effizienz der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen zu stärken und die Kapazität der Vereinten Nationen für die erfolgreiche Planung, Einrichtung, Entsendung, Durchführung, Überwachung und Evaluierung sowie die Überleitung und den Abschluss von Friedenssicherungseinsätzen, einschließlich Maßnahmen zur rascheren Entsendung von Sachverständigen für Polizeiwesen und Rechtsstaatlichkeit, zu verbessern. Der Rat begrüßt in dieser Hinsicht die Anstrengungen des Sekretariats der Vereinten Nationen, den Aufbau von Partnerschaften zwischen allen Beteiligten zu fördern.

Der Rat erkennt an, dass Friedenssicherungseinsätze eine zunehmend komplexe Aufgabe darstellen, die eine übergreifende politische Strategie für jede Mission, eine ihrem Mandat entsprechende Abschreckungskapazität, eine starke zivile und militärische Führung, eine angemessene Ressourcenausstattung sowie erfahrenes, ausgebildetes und ausgerüstetes Militär-, Polizei- und Zivilpersonal mit der Fähigkeit zur wirksamen Kommunikation mit der einheimischen Bevölkerung erfordert. Der Rat erkennt außerdem an, dass verbesserte militärische Fachkenntnisse gebraucht werden, und bekundet in diesem Zusammenhang seine Absicht, die Rolle des Generalstabsausschusses weiter zu prüfen.

Der Rat würdigt die wertvolle Rolle der truppen- und polizeistellenden Länder bei der Sicherung und Konsolidierung eines dauerhaften Friedens in vielen instabilen Gegenden der Welt und bekräftigt seine Entschlossenheit, die Konsultationen mit diesen Ländern zu stärken, wobei er die Mitgliedstaaten, die über die benötigten Kapazitäten verfügen, ermutigt, mehr Polizei-, Militär- und Zivilpersonal, namentlich auch weibliches Personal, für die Friedenssicherungs- und politischen Missionen der Vereinten Nationen zu stellen.

Der Rat betont, dass für eine wirksame Friedenskonsolidierung ein integrierter und umfassender Ansatz ausgehend von einer Kohärenz der Ziele in den Bereichen Politik, Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte, humanitäre Fragen und Rechtsstaatlichkeit vonnöten ist und dass Perspektiven der Friedenskonsolidierung von den ersten Phasen der Planung und Durchführung von Friedenssicherungseinsätzen an berücksichtigt werden müssen.

Der Rat unterstreicht, dass eine dauerhafte Friedenskonsolidierung auch die Übernahme nationaler Eigenverantwortung, den Aufbau nationaler Kapazitäten und die Stärkung der Stellung der vom Konflikt betroffenen Menschen erfordert. Der Rat betont, dass der Generalsekretär anhaltende Fortschritte bei der Umsetzung seines Aktionsplans zur Verbesserung der Friedenskonsolidierungsbemühungen der Vereinten Nationen erzielen muss, damit den von den betroffenen Ländern benannten Kernbedürfnissen und -prioritäten besser Rechnung getragen wird. Der Rat sieht insbe-

sondere dem Ergebnis der Überprüfung der zivilen Kapazitäten mit Interesse entgegen.

Der Rat betont außerdem die Wichtigkeit von Fortschritten bei der Präzisierung der Rolle und der Aufgaben der wichtigsten Akteure auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung und begrüßt insbesondere die wichtige Rolle der Kommission für Friedenskonsolidierung bei der Förderung und Unterstützung eines integrierten und kohärenten Ansatzes zur Friedenskonsolidierung. Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für die Arbeit der Kommission und bekundet seine Bereitschaft, von ihrer beratenden Rolle stärker Gebrauch zu machen. Der Rat sieht der Behandlung des Berichts der Moderatoren über die 2010 durchgeführte Überprüfung der Kommission mit Interesse entgegen.

Der Rat erkennt an, dass eine umfassende und integrierte Strategie für die Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung alle maßgeblichen Akteure einbeziehen und dabei die besonderen Umstände jeder Konfliktsituation berücksichtigen sollte. Der Rat erkennt ferner an, dass dauerhafter Frieden und dauerhafte Sicherheit am besten dank einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Parteien auf der Grundlage ihrer jeweiligen Fachkenntnisse herbeigeführt werden können.

Der Rat bekräftigt seine Entschlossenheit, bei der Konfliktprävention, Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung seine strategischen Partnerschaften mit regionalen und subregionalen Organisationen und die ihnen gewährte Unterstützung im Einklang mit Kapitel VIII der Charta zu stärken. Der Rat unterstreicht außerdem, dass er auch künftig seine Partnerschaften mit allen anderen maßgeblichen Akteuren sowohl auf strategischer Ebene als auch vor Ort, insbesondere mit der Generalversammlung, dem Wirtschafts- und Sozialrat, der Kommission für Friedenskonsolidierung, den internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank und mit der Zivilgesellschaft, stärken sollte.

Der Rat bekräftigt außerdem die wichtige Rolle von Frauen bei allen Aspekten der Verhütung und Beilegung von Konflikten sowie bei der Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung und erkennt an, dass ein abgestimmter und entschlossener Ansatz, der die tieferen Ursachen von Konflikten angeht, auch einen systematischen und umfassenden Ansatz zu Fragen erfordert, die Frauen und Frieden und Sicherheit betreffen. Der Rat sieht in dieser Hinsicht erwartungsvoll dem 10. Jahrestag der Resolution 1325 (2000) entgegen, den er begehen wird, indem er Beschlüsse zu einem umfangreichen Katalog von Indikatoren auf der Grundlage von Empfehlungen des Generalsekretärs fassen wird.

Der Rat ist sich der ihm durch die Charta übertragenen Verantwortlichkeiten und der gemeinsamen Bestrebungen der Völker der Welt vollauf bewusst, die ihn anspornen, wirksame Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und zur Ausmerzung der Geißel des Krieges zu ergreifen. Der Rat bekundet seine Entschlossenheit, seine Verantwortlichkeiten auch künftig mit höchster Wirksamkeit und in voller Zusammenarbeit mit seinen Partnern wahrzunehmen. Er ist sich ferner dessen bewusst, dass die erfolgreiche Erfüllung dieser Aufgabe einen ständigen Prozess der Reflexion und die laufende Anpassung seiner Praxis bei der vorbeugenden Diplomatie, Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung erfordert.“

B. Die Interdependenz von Sicherheit und Entwicklung

Beschlüsse

Auf seiner 6479. Sitzung am 11. Februar 2011 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, Argentiniens, Armeniens, Aserbaidschans, Australiens, Belgiens, Botsua-

nas, Burkina Fasos, Chiles, Costa Ricas (Minister für auswärtige Angelegenheiten), der Dominikanischen Republik, El Salvadors, Fidschis, Finnlands, Georgiens, Guatemalas, Honduras', Irans (Islamische Republik), Japans, Kanadas, Kasachstans, Kenias, Kubas, Luxemburgs, Malaysias, Marokkos, Mexikos, Nicaraguas, Pakistans, Papua-Neuguineas, Perus, der Philippinen, der Republik Korea, der Salomonen, der Schweiz, Senegals, Sloweniens (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Sri Lankas, Sudans, Thailands, der Türkei, Ugandas, Uruguays, Venezuelas (Bolivarische Republik) und der Vereinigten Republik Tansania, gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Die Interdependenz von Sicherheit und Entwicklung

Schreiben der Ständigen Vertreterin Brasiliens bei den Vereinten Nationen vom 2. Februar 2011 an den Generalsekretär (S/2011/50)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Eugène-Richard Gasana, den Ständigen Vertreter Ruandas bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Sarah Cliffe, die Sonderbeauftragte und Direktorin für den Weltentwicklungsbericht 2011 der Weltbank, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, und Frau Alice Mungwa, die Geschäftsträgerin des Büros des Ständigen Beobachters der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[389]:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt die ihm nach der Charta der Vereinten Nationen obliegende Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und seine Bereitschaft, in allen Situationen, mit denen er befasst ist, auf die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens hinzuwirken.

Der Rat unterstreicht, dass Sicherheit und Entwicklung eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig verstärken und eine wesentliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens sind. Der Rat ist sich dessen bewusst, dass diese Wechselbeziehung komplex, vielschichtig und von Fall zu Fall verschieden ist.

Der Rat erklärt erneut, dass es im Hinblick auf die Unterstützung eines Landes bei der dauerhaften Überwindung eines Konflikts erforderlich ist, einen umfassenden und integrierten Ansatz zu verfolgen, der Aktivitäten in den Bereichen Politik, Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einbezieht und die zwischen ihnen bestehende Kohärenz stärkt und die tieferen Ursachen des jeweiligen Konflikts angeht. In dieser Hinsicht stellt der Rat fest, dass es notwendig ist, die maßgeblichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Dimensionen des Konflikts zu prüfen.

[389] S/PRST/2011/4.

Der Rat stellt fest, dass Übernahme und Wahrnehmung nationaler Eigenverantwortung eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung eines dauerhaften Friedens sind. Der Rat bekräftigt, dass die nationalen Behörden die Hauptverantwortung dafür tragen, ihre Prioritäten und Strategien für die Friedenskonsolidierung nach Konflikten festzulegen, um die nationale Eigenverantwortung zu gewährleisten.

Der Rat betont erneut, wie wichtig es ist, Friedenskonsolidierungsmaßnahmen bereits in den ersten Phasen der Planung und Durchführung von Friedenssicherungseinsätzen zu berücksichtigen und einzuleiten, namentlich durch die Erteilung klarer und erfüllbarer Mandate. Der Rat betont, wie wichtig es ist, dass der Friedenssicherungseinsatz der Vereinten Nationen und das Landesteam der Vereinten Nationen sowie die anderen einschlägigen Akteure über klar definierte Rollen und Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Bereitstellung priorisierter Unterstützung für ein Land im Einklang mit seinen von den nationalen Behörden festgelegten konkreten Bedürfnissen und Prioritäten auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung verfügen, um eine wirksame Integration der Anstrengungen zu gewährleisten. Der Rat empfiehlt, besonderes Gewicht auf eine verbesserte Integration der Anstrengungen der Vereinten Nationen in Ländern zu legen, in denen Friedenssicherungsmissionen mit anderen Akteuren der Vereinten Nationen zusammenarbeiten, die Friedenskonsolidierungsmaßnahmen durchführen, wie in der Demokratischen Republik Kongo und in Sudan.

Der Rat stellt fest, dass die erfolgreiche Durchführung der vielen Aufgaben, mit denen Friedenssicherungseinsätze in den Bereichen Sicherheitssektorreform, Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte mandatiert werden können, ein Verständnis des engen Zusammenhangs zwischen Sicherheit und Entwicklung verlangt sowie erfordert, ausgehend von diesem Verständnis zu handeln. In diesem Zusammenhang nimmt der Rat mit Anerkennung Kenntnis von dem Beitrag, den Friedenssicherungskräfte und Friedenssicherungsmissionen in der Frühphase der Friedenskonsolidierung leisten, unter anderem indem sie ein förderliches Umfeld für die wirtschaftliche Erholung und die Bereitstellung grundlegender Dienste schaffen. Der Rat erkennt an, dass dieser Beitrag helfen kann, Vertrauen in die Mission zu schaffen und aufzubauen.

Der Rat verpflichtet sich, zu prüfen, wie Friedenssicherungseinsätze die nationalen Behörden gegebenenfalls am besten dabei unterstützen können, Prioritäten für die Friedenskonsolidierung zu formulieren, und wie sie bei ihrer Tätigkeit im Einklang mit diesen Prioritäten sowohl andere nationale und internationale Akteure bei der Durchführung von Friedenskonsolidierungsmaßnahmen unterstützen als auch bestimmte Aufgaben in der Frühphase der Friedenskonsolidierung selbst wahrnehmen können. Der Rat unterstreicht, dass der Wiederaufbau, die wirtschaftliche Neubelebung und der Kapazitätsaufbau wesentliche Elemente für die langfristige Entwicklung von Postkonfliktgesellschaften und die Schaffung eines dauerhaften Friedens darstellen, misst in dieser Hinsicht der nationalen Eigenverantwortung besondere Bedeutung bei und betont dabei die Wichtigkeit internationaler Hilfe.

Der Rat stellt fest, dass bei den von ihm behandelten Fragen der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit Konfliktanalysen und kontextbezogene Informationen unter anderem über soziale und wirtschaftliche Probleme wichtig sind, wenn diese Probleme den Konflikt antreiben, die Durchführung der vom Rat erteilten Mandate erschweren oder den Friedenskonsolidierungsprozess gefährden. In dieser Hinsicht ersucht der Rat den Generalsekretär, sicherzustellen, dass seine Berichte an den Rat solche kontextbezogenen Informationen enthalten.

Der Rat unterstreicht die Bedeutung, die er der Tragfähigkeit des Friedens in Postkonfliktsituationen beimisst. In dieser Hinsicht bekräftigt er, dass das übergreifende Ziel von Friedenssicherungsmissionen sein soll, dass es gelingt, die Bedingungen für Sicherheit und einen dauerhaften Frieden vor Ort zu schaffen und so die Neu-

gliederung oder den Abzug der betreffenden Friedenssicherungsmission zu ermöglichen.

Der Rat erinnert an die Rolle der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen bei der Schürung einiger Konflikte der Vergangenheit und der Gegenwart. In dieser Hinsicht stellt er fest, dass die Vereinten Nationen eine Rolle dabei spielen können, gegebenenfalls den betreffenden Staaten auf ihr Ersuchen und unter voller Achtung ihrer Souveränität über die natürlichen Ressourcen sowie unter Beachtung der nationalen Eigenverantwortung dabei behilflich zu sein, den illegalen Zugriff auf diese Ressourcen zu verhindern und die Grundlagen für ihre legale Ausbeutung im Hinblick auf die Förderung der Entwicklung zu schaffen, insbesondere indem die Regierungen in Postkonfliktsituationen in die Lage versetzt werden, ihre Ressourcen besser zu bewirtschaften.

Der Rat ermutigt zu einer engen Zusammenarbeit innerhalb des Systems der Vereinten Nationen und mit regionalen, subregionalen und anderen Organisationen vor Ort und am Amtssitz im Hinblick auf ein angemessenes Tätigwerden in Konflikt- und Postkonfliktsituationen im Einklang mit seinen Verpflichtungen nach der Charta und bekundet seine Bereitschaft, zu prüfen, wie sich diese Zusammenarbeit verbessern lässt.

Der Rat unterstreicht, dass das integrierte Vorgehen der Sicherheits- und Entwicklungsakteure vor Ort mit den nationalen Behörden abgestimmt werden muss und erheblich zur Stabilisierung und Verbesserung der Sicherheitslage und zur Gewährleistung des Schutzes von Zivilpersonen beitragen kann. Der Rat stellt außerdem fest, wie wichtig in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ist. Der Rat erklärt, dass ein dauerhafter Frieden und eine nachhaltige Entwicklung nicht ohne die Einbeziehung aller maßgeblichen Interessenträger herbeigeführt werden können, und unterstreicht, dass Frauen in alle Phasen der Friedenskonsolidierung, Friedensabkommen und Entwicklungsprogramme als aktive Teilnehmerinnen eingebunden werden müssen. Der Rat bekundet seine Bereitschaft, bei Bedarf mit anderen Akteuren, einschließlich der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen und der internationalen Finanzinstitutionen, in einen Dialog über konkrete Situationen auf seiner Tagesordnung einzutreten.

Der Rat ermutigt die Mitgliedstaaten, insbesondere diejenigen, die in den Lenkungsstrukturen der Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen vertreten sind, die Kohärenz der von den Vereinten Nationen geleisteten Arbeit in Konflikt- und Postkonfliktsituationen zu fördern.

Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für die Arbeit der Kommission für Friedenskonsolidierung und seine Bereitschaft, von der beratenden Rolle der Kommission stärker Gebrauch zu machen. Der Rat ist sich ferner der Notwendigkeit der Abstimmung und des Dialogs mit der Kommission bewusst. Der Rat fordert die Kommission auf, auch weiterhin einen integrierten und kohärenten Ansatz für die Friedenskonsolidierung zu fördern und dafür Sorge zu tragen, dass die von der Kommission unterstützten entwicklungs- und sicherheitsbezogenen Aktivitäten sich gegenseitig verstärken.

Der Rat hebt den Beitrag hervor, den der Wirtschafts- und Sozialrat bei der Bewältigung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme leisten kann, und unterstreicht, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit im Einklang mit Artikel 65 der Charta ist.“

C. Auswirkungen der HIV/Aids-Epidemie auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit

Beschlüsse

Auf seiner 6547. Sitzung am 7. Juni 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Auswirkungen der HIV/Aids-Epidemie auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit

Schreiben des Ständigen Vertreters Gabuns bei den Vereinten Nationen vom 6. Juni 2011 an den Generalsekretär (S/2011/340)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Michel Sidibé, den Exekutivdirektor des Gemeinsamen Programms der Vereinten Nationen für HIV/Aids, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Resolution 1983 (2011) vom 7. Juni 2011

Der Sicherheitsrat,

in großer Sorge darüber, dass in den dreißig Jahren seit dem Ausbruch der HIV-Epidemie mehr als 60 Millionen Menschen infiziert wurden, mehr als 25 Millionen Menschen an Aids gestorben sind und mehr als 16 Millionen Kinder durch Aids zu Waisen geworden sind,

unter Hinweis auf seine Sitzung vom 10. Januar 2000 zu dem Punkt „Die Situation in Afrika: die Auswirkungen von Aids auf den Frieden und die Sicherheit in Afrika" und seine späteren Sitzungen zum Punkt „Die Verantwortung des Sicherheitsrats bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit: HIV/Aids und internationale Friedenssicherungseinsätze" und in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur fortgesetzten und vollständigen, in einander ergänzender Weise erfolgenden Durchführung aller seiner einschlägigen Resolutionen, namentlich der Resolutionen 1308 (2000) vom 17. Juli 2000, 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1894 (2009) vom 11. November 2009 und 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010, und aller einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten,

in Bekräftigung der Verpflichtungserklärung zu HIV/Aids von 2001[390] und der Politischen Erklärung zu HIV/Aids von 2006[391], namentlich der Verpflichtung, das Ziel des allgemeinen Zugangs zur Prävention, Behandlung, Betreuung und Unterstützung zu erreichen, wofür neuerliche Anstrengungen auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene erforderlich sein werden,

unter Hinweis auf das Ergebnisdokument der Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über die Millenniums-Entwicklungsziele[392] und den Bericht des Sonderausschusses für Friedenssicherungseinsätze[393],

[390] Resolution S-26/2 der Generalversammlung, Anlage.

[391] Resolution 60/262 der Generalversammlung, Anlage.

[392] Siehe Resolution 65/1 der Generalversammlung.

[393] *Official Records of the General Assembly, Sixty-fifth Session, Supplement No. 19* (A/65/19).

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs über die Umsetzung der Verpflichtungserklärung und der Politischen Erklärung[394],

in der Erkenntnis, dass das HIV eine der gewaltigsten Herausforderungen für die Entwicklung, den Fortschritt und die Stabilität der Gesellschaften darstellt und außergewöhnliche und umfassende weltweite Maßnahmen erfordert, und mit Befriedigung Kenntnis nehmend von den beispiellosen weltweiten Maßnahmen der Mitgliedstaaten, öffentlich-privaten Partnerschaften und nichtstaatlichen Organisationen und der wichtigen Rolle der Zivilgesellschaft, der Gemeinwesen und der mit HIV/Aids lebenden oder davon betroffenen Menschen bei der Ausgestaltung dieser Maßnahmen,

hervorhebend, dass der Generalversammlung und dem Wirtschafts- und Sozialrat eine wichtige Rolle bei der HIV/Aids-Bekämpfung zukommt und dass alle zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen auch weiterhin koordinierte Anstrengungen im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat unternehmen müssen, um bei den weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung der Epidemie behilflich zu sein,

mit Lob für die Anstrengungen, die das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids unternimmt, um die globalen, regionalen, nationalen und lokalen Maßnahmen gegen HIV/Aids in allen geeigneten Foren zu koordinieren und zu verstärken, und für die ausschlaggebende Rolle des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria bei der Mobilisierung und Bereitstellung internationaler Hilfe, einschließlich Ressourcen, für die HIV/Aids-Bekämpfung,

in der Erkenntnis, dass die Ausbreitung des HIV einzigartig verheerende Auswirkungen auf alle Sektoren und Schichten der Gesellschaft haben kann und dass diese Auswirkungen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen möglicherweise noch tiefer zu spüren sind,

sowie in der Erkenntnis, dass die HIV-Epidemie durch die in Konflikt- und Postkonfliktsituationen herrschende Gewalt und Instabilität verschärft werden kann, unter anderem durch umfangreiche Bevölkerungsbewegungen, weit verbreitete Ungewissheit über die Lage, sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten und verminderten Zugang zu medizinischer Versorgung,

ferner in der Erkenntnis, dass Frauen und Mädchen besonders von dem HIV betroffen sind,

unterstreichend, wie wichtig konzertierte Anstrengungen sind, um die sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten zu beenden, Frauen in die Lage zu versetzen, ihre Gefährdung durch das HIV zu verringern, und das Risiko der vertikalen HIV-Übertragung von der Mutter auf das Kind in Konflikt- und Postkonfliktsituationen einzudämmen,

feststellend, dass der Schutz von Zivilpersonen durch Friedenssicherungseinsätze, sofern er Teil ihres Mandats ist, zu einem integrierten Vorgehen gegen das HIV und Aids beitragen kann, unter anderem durch die Verhütung von sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten,

unterstreichend, dass das HIV weiter negative Auswirkungen auf die Gesundheit und körperliche Verfassung des Personals der Missionen der Vereinten Nationen hat, und darüber besorgt, dass nach den vorhandenen Statistiken Gesundheitsprobleme seit 2000 zu einer der Haupttodesursachen im Feld geworden sind,

unter Begrüßung der Anstrengungen, die viele Mitgliedstaaten und die Vereinten Nationen unternehmen, um ihr uniformiertes Personal beziehungsweise ihr Zivilpersonal mit

[394] A/65/797.

Programmen zur HIV-Prävention und entsprechenden Behandlung, Betreuung und Unterstützung, einschließlich freiwilliger und vertraulicher Tests und Beratungen, auf den Einsatz in Missionen der Vereinten Nationen vorzubereiten,

eingedenk der Hauptverantwortung des Rates für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,

1. *unterstreicht*, dass nach wie vor dringende und koordinierte internationale Maßnahmen erforderlich sind, um die Auswirkungen der HIV-Epidemie in Konflikt- und Postkonfliktsituationen einzudämmen;

2. *stellt* in diesem Zusammenhang *fest*, dass ein wirksames und koordiniertes Vorgehen auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene zur Bekämpfung der Epidemie und zur Milderung ihrer Auswirkungen erforderlich ist und dass die Vereinten Nationen den Mitgliedstaaten bei der Bewältigung dieses Problems mit kohärenten Maßnahmen behilflich sein müssen;

3. *stellt außerdem fest*, dass die unverhältnismäßig starke Belastung von Frauen durch das HIV und Aids eines der fortbestehenden Hindernisse und Probleme bei der Gleichstellung der Geschlechter und der Ermächtigung der Frauen darstellt, und fordert die Mitgliedstaaten, die Institutionen der Vereinten Nationen, die internationalen Finanzinstitutionen und andere maßgebliche Interessenträger nachdrücklich auf, den Aufbau und die Stärkung der Kapazitäten der nationalen Gesundheitssysteme und zivilgesellschaftlichen Netzwerke zu unterstützen, damit den mit dem HIV lebenden oder davon betroffenen Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen dauerhafte Hilfe gewährt werden kann;

4. *erkennt an*, dass die Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen einen wichtigen Beitrag zu einer integrierten HIV/Aids-Bekämpfung leisten können, begrüßt es, dass die Aufklärung über das HIV Bestandteil der mandatsmäßigen Tätigkeiten und der Verbindungsarbeit mit gefährdeten Bevölkerungsgruppen ist, und befürwortet weitere derartige Maßnahmen;

5. *betont*, wie wichtig es ist, dass die zivile und militärische Führung der Missionen der Vereinten Nationen die HIV/Aids-Prävention, -Behandlung, -Betreuung und -Unterstützung nachdrücklich unterstützt und damit zur Verringerung der mit dem HIV und Aids verbundenen Stigmatisierung und Diskriminierung beiträgt;

6. *ersucht* den Generalsekretär, bei seinen Aktivitäten zur Verhütung und Beilegung von Konflikten, zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, zur Verhütung und Bekämpfung von sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten und zur Friedenskonsolidierung nach Konflikten die spezifischen Bedürfnisse der mit dem HIV lebenden, davon betroffenen oder dadurch gefährdeten Menschen, einschließlich Frauen und Mädchen, zu berücksichtigen;

7. *befürwortet* es, Programme zur HIV-Prävention und entsprechenden Behandlung, Betreuung und Unterstützung, einschließlich freiwilliger und vertraulicher Beratungen und Tests, nach Bedarf zu einem Bestandteil der Erfüllung der mandatsmäßigen Aufgaben der Friedenssicherungseinsätze zu machen, darunter die Bereitstellung von Hilfe für nationale Institutionen, die Reform des Sicherheitssektors und die Prozesse der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, und verweist auf die Notwendigkeit, sicherzustellen, dass derartige Präventions-, Behandlungs-, Betreuungs- und Unterstützungsprogramme sowohl während des Übergangs zu anderen Konfigurationen der Präsenz der Vereinten Nationen als auch danach fortgeführt werden;

8. *unterstreicht* die Notwendigkeit, die HIV-Präventionsmaßnahmen innerhalb der Missionen der Vereinten Nationen zu verstärken, nimmt Kenntnis von der Handlungsrichtlinie der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und der Hauptabteilung Unterstützung der Feldeinsätze zu der Rolle und den Aufgaben der für HIV/Aids zuständigen Einheiten in den Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen und ersucht den Generalsekretär,

die Durchführung von HIV/Aids-Aufklärungs- und -Präventionsprogrammen für Missionen der Vereinten Nationen sicherzustellen;

9. *ersucht* den Generalsekretär, die Anstrengungen zur Anwendung der Nulltoleranzpolitik gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in Missionen der Vereinten Nationen fortzusetzen und zu verstärken;

10. *begrüßt und befürwortet* es, dass die Mitgliedstaaten die Zusammenarbeit über ihre zuständigen nationalen Stellen fortsetzen, um nachhaltige Maßnahmen zur HIV/Aids-Prävention, -Behandlung, -Betreuung und -Unterstützung zu erarbeiten und durchzuführen, Kapazitäten aufzubauen sowie Programme und Richtlinien für das uniformierte und zivile Personal auszuarbeiten, das in den Missionen der Vereinten Nationen eingesetzt wird;

11. *bittet* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat nach Bedarf weitere Informationen bereitzustellen.

Auf der 6547. Sitzung einstimmig verabschiedet.

D. Auswirkungen des Klimawandels

Beschlüsse

Auf seiner 6587. Sitzung am 20. Juli 2011 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, Argentiniens, Australiens (Parlamentarischer Sekretär für Angelegenheiten der Pazifikinseln), Bangladeschs, Barbados', Belgiens, Boliviens (Plurinationaler Staat), Chiles, Costa Ricas, Dänemarks, Ecuadors, El Salvadors, Fidschis, Finnlands, Ghanas, Honduras', Islands, Irans (Islamische Republik), Irlands, Israels, Italiens, Japans, Kanadas, Kasachstans, Kenias, Kirgisistans, Kubas, Kuwaits, Luxemburgs, Mexikos, Naurus (Präsident), Neuseelands, Pakistans, Palaus, Papua-Neuguineas, Perus, der Philippinen, Polens, der Republik Korea, Singapurs, Sloweniens, Spaniens, Sudans, der Türkei, Ungarns, der Vereinigten Republik Tansania und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Auswirkungen des Klimawandels

Schreiben des Ständigen Vertreters Deutschlands bei den Vereinten Nationen vom 1. Juli 2011 an den Generalsekretär (S/2011/408)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Achim Steiner, den Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[395]:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt die ihm nach der Charta der Vereinten Nationen obliegende Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Der Rat betont, wie wichtig die Ausarbeitung von Strategien zur Konfliktprävention ist.

[395] S/PRST/2011/15.

Der Rat ist sich der der Generalversammlung und dem Wirtschafts- und Sozialrat übertragenen Verantwortung für Fragen der nachhaltigen Entwicklung, einschließlich des Klimawandels, bewusst.

Der Sicherheitsrat unterstreicht die Resolution 63/281 der Generalversammlung vom 3. Juni 2009, in der erneut erklärt wird, dass das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen[396] das Schlüsselinstrument für den Umgang mit dem Klimawandel ist, in der auf die Bestimmungen des Rahmenübereinkommens hingewiesen wird, namentlich die Erkenntnis, dass angesichts des globalen Charakters der Klimaänderungen alle Länder aufgerufen sind, so umfassend wie möglich zusammenzuarbeiten und sich an einem wirksamen und angemessenen internationalen Handeln entsprechend ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten, ihren jeweiligen Fähigkeiten sowie ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage zu beteiligen, und in der die zuständigen Organe der Vereinten Nationen gebeten werden, wie geboten und im Rahmen ihres jeweiligen Mandats ihre Bemühungen zu verstärken, den Klimawandel, einschließlich seiner möglichen Folgen für die Sicherheit, zu behandeln und ihm zu begegnen.

Der Rat nimmt Kenntnis von der Resolution 65/159 der Generalversammlung vom 20. Dezember 2010 ‚Schutz des Weltklimas für die heutigen und die kommenden Generationen'.

Der Rat stellt fest, dass der Generalsekretär der Generalversammlung aufgrund des Ersuchens in Versammlungsresolution 63/281 einen Bericht über den Klimawandel und seine möglichen Folgen für die Sicherheit[397] vorgelegt hat.

Der Rat bekundet seine Besorgnis darüber, dass mögliche nachteilige Auswirkungen des Klimawandels bestimmte bestehende Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit langfristig verschärfen können.

Der Rat bekundet seine Besorgnis darüber, dass der durch den Anstieg des Meeresspiegels verursachte Landverlust einiger Staaten Folgen für die Sicherheit haben kann, insbesondere in tiefliegenden kleinen Inselstaaten.

Der Rat stellt fest, dass bei den von ihm behandelten Fragen der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit Konfliktanalysen und kontextbezogene Informationen unter anderem über mögliche Folgen des Klimawandels für die Sicherheit wichtig sind, wenn diese Probleme den Konflikt antreiben, die Durchführung der vom Rat erteilten Mandate erschweren oder den Friedenskonsolidierungsprozess gefährden. In dieser Hinsicht ersucht der Rat den Generalsekretär, sicherzustellen, dass seine Berichte an den Rat solche kontextbezogenen Informationen enthalten."

---

[396] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1771, Nr. 30822. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1993 II S. 1783; LGBl. 1995 Nr. 118; öBGBl. Nr. 414/1994 1052.

[397] A/64/350.

DIE SITUATION IN TSCHAD, DER ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK UND DER SUBREGION[398]

Beschlüsse

Auf seiner 6371. Sitzung am 10. August 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Tschads und der Zentralafrikanischen Republik (Minister für auswärtige Angelegenheiten, regionale Integration und Frankophonie) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion

> Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad (S/2010/409)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Youssef Mahmoud, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Zentralafrikanische Republik und Tschad und Leiter der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6406. Sitzung am 20. Oktober 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Tschads und der Zentralafrikanischen Republik (Minister für auswärtige Angelegenheiten, regionale Integration und Frankophonie) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion

> Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad (S/2010/529)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Youssef Mahmoud, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Zentralafrikanische Republik und Tschad und Leiter der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6449. Sitzung am 14. Dezember 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Tschads und der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion

> Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad (S/2010/611)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Youssef Mahmoud, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Zentralafrikanische Republik und Tschad und Leiter der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6460. Sitzung am 20. Dezember 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Tschads und der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Ge-

[398] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2007 verabschiedet.

schäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion

Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad (S/2010/611)“.

Auf derselben Sitzung gab die Präsidentin im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[399]:

„Der Sicherheitsrat nimmt Kenntnis von dem Bericht des Generalsekretärs vom 1. Dezember 2010 über die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad[400] und den darin enthaltenen Erkenntnissen und Empfehlungen und bekundet seine Absicht, sie im Rahmen seiner laufenden Arbeit zur Erhöhung der allgemeinen Wirksamkeit der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen zu berücksichtigen.

Im Zusammenhang mit dem Ablauf des Mandats der Mission am 31. Dezember 2010 würdigt der Rat den Beitrag der Mission zur Gewährleistung der Sicherheit von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und humanitären Helfern im Osten Tschads, unbeschadet der Hauptverantwortung der Regierung Tschads, ebenso wie ihre Anstrengungen zur Stärkung der Kapazität des tschadischen Détachement intégré de sécurité. Der Rat stellt fest, wie wichtig die Maßnahmen sind, die die Regierung Tschads nach dem Abzug der Mission gegebenenfalls mit Unterstützung des Landesteams der Vereinten Nationen hinsichtlich der Justiz einschließlich des Strafvollzugs, der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt, des Kinderschutzes, der Menschenrechte, der lokalen Aussöhnung und der Antiminenprogramme ergreift.

Der Rat erinnert an die Entschlossenheit, die die Regierung Tschads im Schreiben des Ständigen Vertreters Tschads bei den Vereinten Nationen vom 7. September 2010 an den Präsidenten des Rates[401] bekundete, im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht die volle Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz der Zivilbevölkerung im Osten Tschads, einschließlich der Flüchtlinge, Binnenvertriebenen, Rückkehrer und Aufnahmegemeinden, insbesondere der Frauen und Kinder, sowie des Personals und des Materials der Vereinten Nationen und der humanitären Organisationen zu übernehmen.

Der Rat regt an, die Einrichtung der Coordination nationale pour le soutien aux humanitaires et au Détachement intégré de sécurité, die der Regierung Tschads ein effizientes Zusammenwirken mit humanitären Partnern und anderen wesentlichen Akteuren ermöglichen soll, zum Abschluss zu bringen. Er begrüßt die Einrichtung der Bureaux de sécurisation et des mouvements im Osten Tschads, die der lokalen Abstimmung mit humanitären Akteuren zu Sicherheitsfragen, gemeinsamen Analysen und Geleitschutz dienen.

Der Rat erkennt die entscheidende Rolle an, die das Détachement intégré de sécurité in absehbarer Zukunft in Bezug auf den Schutz von Zivilpersonen spielen muss. Er nimmt Kenntnis von dem überarbeiteten nationalen Plan für die Aufrechterhaltung des Détachement intégré de sécurité[402]. Der Rat begrüßt die Entschlossenheit der Regierung Tschads, den künftigen Bestand des Détachement intégré de sécurité

[399] S/PRST/2010/29.

[400] S/2010/611.

[401] S/2010/470.

[402] S/2010/536, Anlage.

zu sichern, und die von ihr zugesagte Finanzierung. Er begrüßt die Arbeit, die das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen gemeinsam mit den zuständigen nationalen tschadischen Behörden leisten, um einen Mechanismus zur Mobilisierung und Verwaltung der Geberunterstützung für das Détachement intégré de sécurité in der Zeit nach dem 1. Januar 2011 zu schaffen. Er begrüßt insbesondere die Einrichtung einer vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen verwalteten neuen Korbfinanzierung zur Unterstützung des Détachement intégré de sécurité. Der Rat fordert die Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass die erforderlichen Gebermittel zur Verfügung gestellt werden, um den Mittelbedarf des Détachement intégré de sécurité zu decken. Der Rat fordert die Regierung Tschads nachdrücklich auf, möglichst bald die volle Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Détachement intégré de sécurité zu übernehmen.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, zum Abschluss der Liquidationsphase der Mission am 30. April 2011 über die Fortschritte Bericht zu erstatten, die im Osten Tschads in Bezug auf den Schutz von Zivilpersonen, insbesondere von Frauen und Kindern, erzielt worden sind, namentlich über i) die Lage der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen und dauerhafte Lösungen für ihre Vertreibung, ii) den ungehinderten, sicheren und raschen Zugang für humanitäre Hilfe, einschließlich der Bewegungsfreiheit und Sicherheit des humanitären Personals und der Auslieferung humanitärer Hilfsgüter, iii) die in Reaktion auf Verstöße gegen das humanitäre Recht, die Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsrecht ergriffenen Maßnahmen und iv) die Auswirkungen der allgemeinen Sicherheitslage auf die humanitäre Lage.

Der Rat hat den am 15. November 2010 erfolgten vollständigen Abzug der Mission aus der Zentralafrikanischen Republik zur Kenntnis genommen. Er ist nach wie vor ernsthaft besorgt über die Herausforderungen, denen sich die Sicherheitskräfte der Regierung der Zentralafrikanischen Republik in Birao gegenübersehen, und betont, wie wichtig die Arbeit der bilateralen Partner ist, wenn es darum geht, die Kapazitäten der Streitkräfte der Zentralafrikanischen Republik zur Unterstützung des umfassenderen Prozesses der Reform des Sicherheitssektors zu stärken. Der Rat ist außerdem nach wie vor ernsthaft besorgt über die Sicherheitslage in der Zentralafrikanischen Republik. Er verurteilt alle von örtlichen und ausländischen bewaffneten Gruppen, einschließlich der Widerstandsarmee des Herrn, geführten Angriffe, die die Bevölkerung sowie den Frieden und die Stabilität der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion bedrohen. Der Rat befürwortet die weitere Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Zentralafrikanischen Republik, Tschads und Sudans zur Sicherung ihrer gemeinsamen Grenzen. Der Rat erkennt den Beitrag der Friedenskonsolidierungsmission in der Zentralafrikanischen Republik zur Unterstützung eines dauerhaften Friedens und dauerhafter Sicherheit in der Zentralafrikanischen Republik an und fordert die regionalen und die subregionalen Organisationen auf, auf Ersuchen der Regierung der Zentralafrikanischen Republik weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Sicherheit in der Zentralafrikanischen Republik, wie etwa eine Verstärkung der Friedenskonsolidierungsmission in der Zentralafrikanischen Republik, zu erwägen.

Der Rat lobt den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Zentralafrikanische Republik und Tschad, Herrn Youssef Mahmoud, für seine Führungsrolle und das Personal der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad für seinen Einsatz und würdigt das Engagement der truppenstellenden Länder für die Mission. Er legt der Regierung Tschads nahe, den geordneten Abzug des gesamten verbleibenden Personals und Materials der Mission aus dem Land bis zum Ende der Liquidationsphase auch weiterhin uneingeschränkt zu unterstützen.“

FRIEDEN UND SICHERHEIT IN AFRIKA[403]

Beschlüsse

Auf seiner 6409. Sitzung am 22. Oktober 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Algeriens, Äthiopiens, Australiens, Finnlands, Kenias, Portugals, Somalias, Südafrikas und Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Frieden und Sicherheit in Afrika

> Bericht des Generalsekretärs über die Unterstützung der von den Vereinten Nationen genehmigten Friedenssicherungseinsätze der Afrikanischen Union (S/2010/514)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters Gabuns bei den Vereinten Nationen vom 19. Oktober 2010 Herrn Ramtane Lamamra, den Kommissar für Frieden und Sicherheit der Kommission der Afrikanischen Union, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 19. Oktober 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[404]:

> „Der Sicherheitsrat erinnert an seine früheren einschlägigen Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten, in denen unterstrichen wird, wie wichtig der Aufbau wirksamer Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen, insbesondere der Afrikanischen Union, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und den entsprechenden Satzungen der Regionalorganisationen ist.
>
> Der Rat erklärt erneut, dass er nach der Charta die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit trägt, und weist darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit regionalen und subregionalen Organisationen in Fragen der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und in Übereinstimmung mit Kapitel VIII der Charta die kollektive Sicherheit verbessern kann.
>
> Der Rat begrüßt es, dass die Afrikanische Union und ihre subregionalen Organisationen in Übereinstimmung mit den Resolutionen und Beschlüssen des Rates auch weiterhin wichtige Anstrengungen unternehmen und eine erweiterte friedenssichernde Rolle wahrnehmen, um auf dem afrikanischen Kontinent Konflikte zu verhüten, in Konflikten zu vermitteln und diese beizulegen, und nimmt in Anbetracht der wachsenden Bedeutung der Konfliktverhütung mit Anerkennung Kenntnis von den positiven Anstrengungen zur Förderung von Frieden und Sicherheit in Afrika.
>
> Der Rat erkennt an, dass die Afrikanische Union mit der Durchführung von Friedenssicherungseinsätzen, die der Rat genehmigt hat, in einer mit Kapitel VIII der Charta vereinbaren Weise zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beiträgt.

---

[403] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2007 verabschiedet.

[404] S/PRST/2010/21.

Der Rat erinnert an die Erklärung seines Präsidenten vom 26. Oktober 2009[405], in der er den Generalsekretär ersuchte, einen Fortschrittsbericht darüber vorzulegen, wie die Vereinten Nationen die Afrikanische Union bei der Durchführung von den Vereinten Nationen genehmigter Friedenssicherungseinsätze unterstützen, im Anschluss an seinen Bericht vom 18. September 2009[406], in dem detailliert ausgeführt wird, wie die Vereinten Nationen wirksame Unterstützung bereitstellen können, einschließlich einer Bewertung der Empfehlungen in dem Bericht der Gruppe der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen über Modalitäten zur Unterstützung von Friedenssicherungseinsätzen der Afrikanischen Union[407].

Der Rat begrüßt den Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Unterstützung der von den Vereinten Nationen genehmigten Friedenssicherungseinsätze der Afrikanischen Union[408].

Der Rat bekräftigt die Bedeutung seiner Partnerschaft mit dem Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union, im Einklang mit Kapitel VIII der Charta, und seine Entschlossenheit, diese Partnerschaft zu stärken, indem er den Umfang der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten, der Friedenssicherung, der Friedenskonsolidierung, einschließlich der Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung, der Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Afrika überprüft, wie in den Kommuniqués ihrer Mitglieder, namentlich desjenigen vom 9. Juli 2010[409], hervorgehoben wird.

Der Sicherheitsrat bekräftigt die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der regelmäßigen Interaktion, Koordinierung und Konsultation zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse. Der Rat begrüßt in dieser Hinsicht das am 25. September 2010 in New York abgehaltene Gründungstreffen der Gemeinsamen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union für Friedens- und Sicherheitsfragen und legt der Arbeitsgruppe nahe, sich auf den Kontinent betreffende strategische und landesspezifische Fragen zu konzentrieren, die für beide Organisationen von Interesse sind.

Der Rat begrüßt die Einrichtung des Büros der Vereinten Nationen bei der Afrikanischen Union am 1. Juli 2010, das die Mandate des ehemaligen Verbindungsbüros der Vereinten Nationen bei der Afrikanischen Union, des Teams der Afrikanischen Union zur Unterstützung der Friedenssicherungsmaßnahmen, der Planungsgruppe der Vereinten Nationen für die Mission der Afrikanischen Union in Somalia und der unterstützenden Elemente des Gemeinsamen Unterstützungs- und Koordinierungsmechanismus des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur vereint, als einen konkreten Schritt auf dem Weg zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Sekretariat der Vereinten Nationen und der Kommission der Afrikanischen Union.

Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, in enger Abstimmung mit anderen internationalen Partnern die Durchführung des Zehnjahresprogramms der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union von 2006 zum Kapazitätsaufbau für die Afrikanische Union mit dem hauptsächlichen Schwerpunkt auf Frieden und Sicherheit zu beschleunigen, insbesondere die Herstellung der Einsatzfähigkeit der Afrikanischen Bereitschaftstruppe und die Inbetriebnahme des Kontinentalen Frühwarnsystems. Der Rat unterstützt die laufenden Anstrengungen zur Stärkung der Afrikanischen Frie-

[405] S/PRST/2009/26.

[406] S/2009/470.

[407] Siehe S/2008/813.

[408] S/2010/514.

[409] S/2010/392, Anlage.

dens- und Sicherheitsarchitektur und fordert die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Geber, erneut auf, die von ihnen eingegangenen und im Ergebnis des Weltgipfels 2005[410] bestätigten Verpflichtungen zu erfüllen.

Der Rat erklärt erneut, dass die Regionalorganisationen dafür verantwortlich sind, die benötigten personellen, finanziellen, logistischen und sonstigen Ressourcen für ihre Organisation zu beschaffen, namentlich über Beiträge ihrer Mitglieder und Unterstützung durch Partner. Der Rat begrüßt die wertvolle finanzielle Unterstützung, die die Partner der Afrikanischen Union unter anderem über die Friedensfazilität für Afrika für die Friedenssicherungseinsätze der Afrikanischen Union bereitgestellt haben, und fordert alle Partner auf, ihre Unterstützung zu verstärken.

Der Rat bekräftigt seine Resolution 1809 (2008), in der er die Notwendigkeit anerkennt, die Berechenbarkeit, Nachhaltigkeit und Flexibilität der Finanzierung der Regionalorganisationen zu erhöhen, wenn diese im Rahmen eines Mandats der Vereinten Nationen Friedenssicherungsmaßnahmen durchführen.

Der Rat nimmt Kenntnis von der Anmerkung des Generalsekretärs in seinem Bericht[408], wonach die Afrikanische Union zwar wichtige Maßnahmen trifft, um ihre institutionellen Kapazitäten zur Durchführung von Friedenssicherungseinsätzen mit Unterstützung durch die Vereinten Nationen und wichtige Partner auszubauen, dass jedoch die Sicherung einer nachhaltigen, berechenbaren und flexiblen Finanzierung nach wie vor eine erhebliche Herausforderung darstellt. Der Rat bekundet seine Entschlossenheit, im Einklang mit seiner Verantwortung nach der Charta weiter auf eine berechenbarere und nachhaltigere Lösung dieser Finanzierungsprobleme hinzuarbeiten.

Der Rat nimmt Kenntnis von den anhaltenden Anstrengungen, die die Afrikanische Union unternimmt, um ihre institutionellen Kapazitäten für die wirksame Planung, Verwaltung und Durchführung von Friedenssicherungseinsätzen auszubauen.

Der Rat fordert in dieser Hinsicht die Afrikanische Union auf, in Abstimmung mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen Partnern auf die Umsetzung eines langfristigen, umfassenden strategischen Rahmens für den Kapazitätsaufbau hinzuarbeiten.

Der Rat nimmt von der Absicht des Generalsekretärs Kenntnis, innerhalb von sechs Monaten einen Bericht vorzulegen, in dem unter anderem die strategische Vision des Sekretariats für die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union in Friedens- und Sicherheitsfragen festgelegt wird. Der Rat sieht diesem Bericht, in den die verschiedenen, insbesondere im Rahmen des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und der Mission der Afrikanischen Union in Somalia gewonnenen Erkenntnisse einfließen sollen, mit Interesse entgegen.“

Auf seiner 6561. Sitzung am 21. Juni 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Frieden und Sicherheit in Afrika

Unterrichtung durch das Büro der Vereinten Nationen bei der Afrikanischen Union (UNOAU)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Zachary Muburi-Muita, den Leiter des Büros der Vereinten Nationen bei der Afrikanischen Union gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

[410] Siehe Resolution 60/1 der Generalversammlung.

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN VEREINTEN NATIONEN UND DEN REGIONALEN UND SUBREGIONALEN ORGANISATIONEN BEI DER WAHRUNG DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT[411]

Beschlüsse

Auf seiner 6477. Sitzung am 8. Februar 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Europäische Union“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Baronin Ashton, die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

SCHREIBEN DES STÄNDIGEN VERTRETERS DER RUSSISCHEN FÖDERATION BEI DEN VEREINTEN NATIONEN VOM 18. DEZEMBER 2010 AN DEN PRÄSIDENTEN DES SICHERHEITSRATS

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6456. Sitzung am 19. Dezember 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Auf seiner nichtöffentlichen 6456. Sitzung am 19. Dezember 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Schreiben des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen vom 18. Dezember 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/646)‘.

Die Präsidentin lud mit Zustimmung des Rates die Vertreter der Demokratischen Volksrepublik Korea und der Republik Korea auf ihr Ersuchen ein, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates an der Sitzung teilzunehmen.

Wie zuvor in Konsultationen des Rates vereinbart, lud der Präsident Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta und Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Die Ratsmitglieder, Herr Pascoe, der Vertreter der Republik Korea und der Vertreter der Demokratischen Volksrepublik Korea führten einen Meinungsaustausch.“

---

[411] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2007 verabschiedet.

SCHREIBEN DES STÄNDIGEN VERTRETERS KAMBODSCHAS BEI DEN VEREINTEN NATIONEN VOM 6. FEBRUAR 2011 AN DEN PRÄSIDENTEN DES SICHERHEITSRATS

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6480. Sitzung am 14. Februar 2011 beschloss der Sicherheitsrat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Auf seiner nichtöffentlichen 6480. Sitzung am 14. Februar 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Schreiben des Ständigen Vertreters Kambodschas bei den Vereinten Nationen vom 6. Februar 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2011/58)'.

Die Präsidentin lud mit Zustimmung des Rates die Vertreter Ägyptens, Argentiniens, Australiens, Belgiens, Brunei Darussalams, der Demokratischen Volksrepublik Laos, Finnlands, Iraks, Irans (Islamische Republik), Irlands, Italiens, Japans, Kambodschas, Kanadas, Kroatiens, Malaysias, Mexikos, Myanmars, Neuseelands, Norwegens, der Philippinen, Polens, Rumäniens, Singapurs, Spaniens, Thailands, der Türkei und Vietnams auf ihr Ersuchen ein, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes teilzunehmen.

Der Rat ließ sich von Herrn B. Lynn Pascoe, dem Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, nach Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung unterrichten.

Der Rat hörte eine Erklärung von Herrn Hor Namhong, dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit Kambodschas.

Der Rat hörte eine Erklärung von Herrn Kasit Piromya, dem Außenminister Thailands.

Der Rat ließ sich von Herrn R. M. Marty M. Natalegawa, dem Außenminister Indonesiens und Vorsitzenden des Verbands Südostasiatischer Nationen, nach Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Hor, Herr Piromya, Herr Natalegawa und Herr Pascoe führten einen Meinungsaustausch."

DIE SITUATION IN LIBYEN[412]

Beschlüsse

Auf seiner nichtöffentlichen 6486. Sitzung am 22. Februar 2011 beschloss der Sicherheitsrat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

[412] Im Einklang mit einer Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 16. März 2011 (S/2011/141) vereinbarten die Ratsmitglieder, Fragen im Zusammenhang mit der Libysch-Arabischen Dschamahirija ab dem genannten Datum unter dem Punkt „Die Situation in Libyen" zu erörtern, unter dem auch die vom Rat früher unter dem Punkt „Frieden und Sicherheit in Afrika" geführten Erörterungen subsumiert werden.

„Auf seiner nichtöffentlichen 6486. Sitzung am 22. Februar 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Frieden und Sicherheit in Afrika'.

Die Präsidentin lud mit Zustimmung des Rates die Vertreter Afghanistans, Ägyptens, Algeriens, der Arabischen Republik Syrien, Argentiniens, Australiens, Bahrains, Belgiens, Boliviens (Plurinationaler Staat), Botsuanas, Brunei Darussalams, Bulgariens, Dänemarks, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Dschibutis, Ecuadors, Estlands, Finnlands, Georgiens, Ghanas, Griechenlands, Guatemalas, Iraks, Irans (Islamische Republik), Irlands, Islands, Italiens, Japans, Jemens, Jordaniens, Katars, der Komoren, Kroatiens, Kubas, Kuwaits, der Libysch-Arabischen Dschamahirija, Liechtensteins, der Malediven, Maltas, Malaysias, Marokkos, Mexikos, Neuseelands, Nicaraguas, der Niederlande, Nigers, Norwegens, Omans, Österreichs, Pakistans, Polens, der Republik Korea, Rumäniens, Saudi-Arabiens, Schwedens, der Schweiz, Serbiens, Simbabwes, Singapurs, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, Sudans, Tschads, der Tschechischen Republik, Tunesiens, der Türkei, der Ukraine, Ungarns, Uruguays, Venezuelas (Bolivarische Republik), der Vereinigten Arabischen Emirate, der Vereinigten Republik Tansania, Vietnams und Zyperns auf ihr Ersuchen ein, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates ohne Stimmrecht an der Behandlung des Punktes teilzunehmen.

Der Rat ließ sich von Herrn B. Lynn Pascoe, dem Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, nach Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung unterrichten.

Der Rat hörte eine Erklärung des Vertreters der Libysch-Arabischen Dschamahirija."

Auf seiner 6490. Sitzung am 25. Februar 2011 beschloss der Rat, den Vertreter der Libysch-Arabischen Dschamahirija gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Libyen" teilzunehmen.

Auf seiner 6491. Sitzung am 26. Februar 2011 beschloss der Rat, den Vertreter der Libysch-Arabischen Dschamahirija gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Libyen" teilzunehmen.

Resolution 1970 (2011) vom 26. Februar 2011

Der Sicherheitsrat,

mit dem Ausdruck großer Besorgnis über die Situation in der Libysch-Arabischen Dschamahirija und unter Verurteilung der Gewalttätigkeit und des Einsatzes von Gewalt gegen Zivilpersonen,

unter Missbilligung der groben und systematischen Verletzung der Menschenrechte, einschließlich der Unterdrückung friedlicher Demonstranten, mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über den Tod von Zivilpersonen und unter unmissverständlicher Ablehnung der von der höchsten Ebene der libyschen Regierung ausgehenden Aufstachelung zu Feindseligkeit und Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung,

begrüßend, dass die Liga der arabischen Staaten, die Afrikanische Union und der Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz die schweren Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, die derzeit in der Libysch-Arabischen Dschamahirija verübt werden, verurteilt haben,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Ständigen Vertreters der Libysch-Arabischen Dschamahirija bei den Vereinten Nationen vom 26. Februar 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats,

unter Begrüßung der Resolution S-15/1 des Menschenrechtsrats vom 25. Februar 2011[413], namentlich des Beschlusses, umgehend eine unabhängige internationale Untersuchungskommission zu entsenden mit dem Auftrag, alle behaupteten Verstöße gegen die internationalen Menschenrechtsnormen in der Libysch-Arabischen Dschamahirija zu untersuchen, die Tatsachen und Umstände dieser Verstöße und der begangenen Verbrechen aufzuklären und die dafür Verantwortlichen ausfindig zu machen, wo dies möglich ist,

in der Erwägung, dass die ausgedehnten und systematischen Angriffe gegen die Zivilbevölkerung, die in der Libysch-Arabischen Dschamahirija gegenwärtig begangen werden, möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Not der Flüchtlinge, die sich gezwungen sehen, vor der Gewalt in der Libysch-Arabischen Dschamahirija zu fliehen,

sowie mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über Meldungen, wonach es an medizinischen Gütern zur Versorgung der Verwundeten mangelt,

unter Hinweis auf die Verantwortung der libyschen Behörden, die libysche Bevölkerung zu schützen,

unterstreichend, dass das Recht, sich friedlich zu versammeln, und das Recht der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Medienfreiheit, geachtet werden müssen,

betonend, dass die Verantwortlichen für die Angriffe auf Zivilpersonen, einschließlich Angriffen, die von ihrer Kontrolle unterstehenden Kräften begangen werden, zur Rechenschaft gezogen werden müssen,

unter Hinweis auf Artikel 16 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs[414], wonach der Gerichtshof für einen Zeitraum von zwölf Monaten nach einem entsprechenden Ersuchen des Sicherheitsrats keine Ermittlungen und keine Strafverfolgung einleiten oder fortführen darf,

mit dem Ausdruck seiner Sorge um die Sicherheit ausländischer Staatsangehöriger und ihre Rechte in der Libysch-Arabischen Dschamahirija,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit der Libysch-Arabischen Dschamahirija,

eingedenk dessen, dass ihm nach der Charta der Vereinten Nationen die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit obliegt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta und Maßnahmen nach deren Artikel 41 ergreifend,

1. *verlangt* ein sofortiges Ende der Gewalt und fordert, dass Schritte unternommen werden, um die legitimen Forderungen der Bevölkerung zu erfüllen;

2. *fordert* die libyschen Behörden *nachdrücklich auf*,

a) äußerste Zurückhaltung zu üben, die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu achten und internationalen Menschenrechtsbeobachtern sofortigen Zugang zu gewähren;

---

[413] Siehe *Official Records of the General Assembly, Sixty-sixth Session, Supplement No. 53* (A/66/53), Kap. I.

[414] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2187, Nr. 38544. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2000 II S. 1394; LGBl. 2002 Nr. 90; öBGBl. III Nr. 180/2002; AS 2002 3743.

b) die Sicherheit aller ausländischen Staatsangehörigen und ihrer Vermögenswerte zu gewährleisten und denjenigen, die das Land verlassen wollen, die Ausreise zu erleichtern;

c) freies Geleit in das Land für humanitäre und medizinische Versorgungsgüter sowie humanitäre Organisationen und Helfer zu gewährleisten und

d) sofort die Medien aller Art auferlegten Einschränkungen aufzuheben;

3. *ersucht* alle Mitgliedstaaten, so weit wie möglich bei der Evakuierung der ausländischen Staatsangehörigen, die das Land verlassen wollen, zusammenzuarbeiten;

Überweisung an den Internationalen Strafgerichtshof

4. *beschließt*, die Situation in der Libysch-Arabischen Dschamahirija seit dem 15. Februar 2011 dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs zu unterbreiten;

5. *beschließt außerdem*, dass die libyschen Behörden gemäß dieser Resolution mit dem Internationalen Strafgerichtshof und dem Ankläger uneingeschränkt zusammenarbeiten und ihnen jede erforderliche Unterstützung gewähren müssen, und fordert, wenngleich er anerkennt, dass den Staaten, die nicht Vertragspartei des Römischen Statuts des Gerichtshofs[414] sind, keine Verpflichtung nach dem Römischen Statut obliegt, alle Staaten und zuständigen regionalen und anderen internationalen Organisationen nachdrücklich auf, mit dem Gerichtshof und dem Ankläger uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

6. *beschließt ferner*, dass Staatsangehörige, derzeitige oder ehemalige Amtsträger sowie derzeitiges oder ehemaliges Personal eines Staates außerhalb der Libysch-Arabischen Dschamahirija, der nicht Vertragspartei des Römischen Statuts ist, in Bezug auf alle behaupteten Handlungen oder Unterlassungen aufgrund von oder im Zusammenhang mit Einsätzen in der Libysch-Arabischen Dschamahirija, die vom Sicherheitsrat eingerichtet oder genehmigt wurden, der ausschließlichen Gerichtsbarkeit dieses Staates unterliegen, es sei denn, dass dieser Staat auf die ausschließliche Gerichtsbarkeit ausdrücklich verzichtet;

7. *bittet* den Ankläger, den Rat innerhalb von zwei Monaten nach der Verabschiedung dieser Resolution und alle sechs Monate danach über die gemäß dieser Resolution ergriffenen Maßnahmen zu unterrichten;

8. *stellt fest*, dass die im Zusammenhang mit der Unterbreitung der Situation entstehenden Kosten, einschließlich der damit verbundenen Ermittlungs- oder Strafverfolgungskosten, nicht von den Vereinten Nationen getragen werden, sondern von den Vertragsparteien des Römischen Statuts und von denjenigen Staaten, die freiwillige Beiträge zu leisten wünschen;

Waffenembargo

9. *beschließt*, dass alle Mitgliedstaaten sofort die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um die Lieferung, den Verkauf oder die Weitergabe, sei es auf direktem oder indirektem Weg, von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und Ersatzteilen für dieselben, sowie die Bereitstellung von technischer Hilfe, Ausbildung sowie finanzieller und anderer Hilfe im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten oder mit der Bereitstellung, der Wartung oder dem Einsatz von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial, einschließlich der Bereitstellung bewaffneter Söldner, gleichviel ob sie aus ihrem Hoheitsgebiet kommen oder nicht, von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch ihr Hoheitsgebiet oder durch ihre Staatsangehörigen oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen an die Libysch-Arabische Dschamahirija zu verhindern, und beschließt ferner, dass diese Maßnahme keine Anwendung findet auf

a) Lieferungen nichtletalen militärischen Geräts, das ausschließlich für humanitäre oder Schutzzwecke bestimmt ist, und damit zusammenhängende technische Hilfe und Ausbildung, soweit der Ausschuss des Sicherheitsrats nach Ziffer 24 dazu im Voraus seine Genehmigung erteilt hat;

b) Lieferungen von Schutzkleidung, einschließlich Körperschutzwesten und Militärhelmen, die von Personal der Vereinten Nationen, Medienvertretern sowie humanitären Helfern, Entwicklungshelfern und beigeordnetem Personal ausschließlich zum persönlichen Gebrauch vorübergehend in die Libysch-Arabische Dschamahirija ausgeführt werden, oder

c) andere Verkäufe oder Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial oder die Bereitstellung von Hilfe oder Personal, soweit der Ausschuss dazu im Voraus seine Genehmigung erteilt hat;

10. *beschließt außerdem*, dass die Libysch-Arabische Dschamahirija die Ausfuhr aller Rüstungsgüter und sonstigen Wehrmaterials einzustellen hat und dass alle Mitgliedstaaten die Beschaffung solcher Gegenstände von der Libysch-Arabischen Dschamahirija durch ihre Staatsangehörigen oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen, und gleichviel ob sie ihren Ursprung in der Libysch-Arabischen Dschamahirija haben oder nicht, verbieten werden;

11. *fordert* alle Staaten, insbesondere die Nachbarstaaten der Libysch-Arabischen Dschamahirija, *auf*, nach Maßgabe ihrer nationalen Befugnisse und Rechtsvorschriften und im Einklang mit dem Völkerrecht, insbesondere dem Seerecht und den einschlägigen internationalen Übereinkünften auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt, in ihrem Hoheitsgebiet, einschließlich ihrer Seehäfen und Flughäfen, alle Ladungen auf dem Weg in die oder aus der Libysch-Arabischen Dschamahirija zu überprüfen, falls der betreffende Staat über Informationen verfügt, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass die Ladung Artikel enthält, deren Lieferung, Verkauf, Weitergabe oder Ausfuhr nach den Ziffern 9 oder 10 verboten ist, zu dem Zweck, die strikte Einhaltung dieser Bestimmungen zu gewährleisten;

12. *beschließt*, alle Mitgliedstaaten zu ermächtigen, von ihnen entdeckte Artikel, deren Lieferung, Verkauf, Weitergabe oder Ausfuhr nach den Ziffern 9 oder 10 verboten ist, zu beschlagnahmen und zu entsorgen (sei es durch Vernichtung, Unbrauchbarmachung, Lagerung oder Weitergabe an einen anderen Staat als die Herkunfts- oder Zielstaaten zum Zwecke der Entsorgung), und dass alle Mitgliedstaaten gehalten sind, so zu verfahren, und beschließt ferner, dass alle Mitgliedstaaten bei diesen Anstrengungen zusammenarbeiten werden;

13. *verlangt*, dass jeder Mitgliedstaat, wenn er eine Überprüfung nach Ziffer 11 durchführt, dem Ausschuss rasch einen ersten schriftlichen Bericht vorlegt, der insbesondere eine Erläuterung der Gründe für die Überprüfung, die Ergebnisse der Überprüfung sowie Angaben darüber enthält, ob Zusammenarbeit gewährt wurde, und verlangt ferner, falls Artikel gefunden werden, deren Weitergabe verboten ist, dass diese Mitgliedstaaten dem Ausschuss später einen schriftlichen Folgebericht vorlegen, der maßgebliche Einzelheiten über die Überprüfung, Beschlagnahme und Entsorgung sowie maßgebliche Einzelheiten über die Weitergabe enthält, einschließlich einer Beschreibung der Artikel, ihrer Herkunft und des vorgesehenen Bestimmungsorts, sofern diese Informationen in dem ersten Bericht nicht enthalten waren;

14. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, Schritte zu unternehmen, um ihre Staatsangehörigen nachdrücklich davon abzuhalten, sich in die Libysch-Arabische Dschamahirija zu begeben, um sich im Namen der libyschen Behörden an Aktivitäten zu beteiligen, bei denen man vernünftigerweise davon ausgehen kann, dass sie zur Verletzung von Menschenrechten beitragen könnten;

Reiseverbot

15. *beschließt*, dass alle Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um zu verhindern, dass die in Anlage I dieser Resolution genannten oder von dem Ausschuss nach Ziffer 24 benannten Personen in ihr Hoheitsgebiet einreisen oder durch ihr Hoheitsgebiet durchreisen, wobei kein Staat durch diese Bestimmung verpflichtet wird, seinen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern;

16. *beschließt außerdem*, dass die mit Ziffer 15 verhängten Maßnahmen keine Anwendung finden,

a) wenn der Ausschuss im Einzelfall bestimmt, dass die betreffende Reise aus humanitären Gründen, einschließlich religiöser Verpflichtungen, gerechtfertigt ist;

b) wenn die Ein- oder Durchreise zur Durchführung eines Gerichtsverfahrens erforderlich ist;

c) wenn der Ausschuss im Einzelfall bestimmt, dass eine Ausnahme die Ziele des Friedens und der nationalen Aussöhnung in der Libysch-Arabischen Dschamahirija und der Stabilität in der Region fördern würde oder

d) wenn ein Staat im Einzelfall bestimmt, dass eine solche Ein- oder Durchreise zur Förderung des Friedens und der Stabilität in der Libysch-Arabischen Dschamahirija erforderlich ist, und er den Ausschuss binnen achtundvierzig Stunden nach dieser Entscheidung benachrichtigt;

Einfrieren von Vermögenswerten

17. *beschließt ferner*, dass alle Mitgliedstaaten alle sich in ihrem Hoheitsgebiet befindenden Gelder, anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der in Anlage II zu dieser Resolution genannten oder von dem Ausschuss nach Ziffer 24 benannten Personen oder Einrichtungen oder von Personen oder Einrichtungen, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln, oder von in ihrem Eigentum oder unter ihrer Kontrolle befindlichen Einrichtungen stehen, unverzüglich einfrieren werden, und beschließt ferner, dass alle Mitgliedstaaten sicherstellen werden, dass ihre Staatsangehörigen oder Personen oder Einrichtungen innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die in Anlage II dieser Resolution genannten oder von dem Ausschuss benannten Personen oder Einrichtungen oder zu ihren Gunsten keine Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen;

18. *bekundet seine Absicht*, sicherzustellen, dass die gemäß Ziffer 17 eingefrorenen Vermögenswerte zu einem späteren Zeitpunkt dem Volk der Libysch-Arabischen Dschamahirija und zu dessen Nutzen zur Verfügung gestellt werden;

19. *beschließt*, dass die mit Ziffer 17 verhängten Maßnahmen nicht für Gelder, andere finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen gelten, die nach Feststellung der betreffenden Mitgliedstaaten

a) für grundlegende Ausgaben erforderlich sind, namentlich für die Bezahlung von Nahrungsmitteln, Mieten oder Hypotheken, Medikamenten und medizinischer Behandlung, Steuern, Versicherungsprämien und Gebühren öffentlicher Versorgungsunternehmen, oder ausschließlich der Bezahlung angemessener Honorare und der Rückerstattung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Bereitstellung rechtlicher Dienste, im Einklang mit nationalen Rechtsvorschriften, oder der Bezahlung von Gebühren oder Kosten, im Einklang mit nationalen Rechtsvorschriften, für die routinemäßige Verwahrung oder Verwaltung eingefrorener Gelder, anderer finanzieller Vermögenswerte und wirtschaftlicher Ressourcen dienen, sofern der betreffende Staat dem Ausschuss seine Absicht mitgeteilt hat, gegebenenfalls den Zugang zu diesen Geldern, anderen finanziellen Vermögenswerten oder

wirtschaftlichen Ressourcen zu genehmigen, und der Ausschuss innerhalb von fünf Arbeitstagen nach einer solchen Mitteilung keine ablehnende Entscheidung getroffen hat;

b) für außerordentliche Ausgaben erforderlich sind, vorausgesetzt, dass diese Feststellung dem Ausschuss von den betreffenden Staaten oder Mitgliedstaaten mitgeteilt und von dem Ausschuss gebilligt wurde, oder

c) Gegenstand eines Pfandrechts oder einer Entscheidung eines Gerichts, einer Verwaltungsstelle oder eines Schiedsgerichts sind, in welchem Fall die Gelder, anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen für die Erfüllung von Forderungen aus diesem Pfandrecht oder dieser Entscheidung verwendet werden können, vorausgesetzt, das Pfandrecht oder die Entscheidung entstand beziehungsweise erging vor dem Datum dieser Resolution, begünstigt nicht eine gemäß Ziffer 17 benannte Person oder Einrichtung und wurde dem Ausschuss durch die betreffenden Staaten oder Mitgliedstaaten mitgeteilt;

20. *beschließt außerdem*, dass Mitgliedstaaten gestatten können, dass den nach Ziffer 17 eingefrorenen Konten fällige Zinsen oder sonstige Erträge dieser Konten oder fällige Zahlungen aufgrund von Verträgen, Vereinbarungen oder Verpflichtungen, die vor dem Datum geschlossen beziehungsweise eingegangen wurden, ab dem diese Konten den Bestimmungen dieser Resolution unterliegen, gutgeschrieben werden, unter dem Vorbehalt, dass diese Zinsen, sonstigen Erträge und Zahlungen weiterhin diesen Bestimmungen unterliegen und eingefroren bleiben;

21. *beschließt ferner*, dass die in Ziffer 17 enthaltenen Maßnahmen eine benannte Person oder Einrichtung nicht daran hindern, Zahlungen zu leisten, die aufgrund eines vor der Aufnahme der Person oder Einrichtung in die Liste geschlossenen Vertrags geschuldet werden, wenn nach Feststellung der betreffenden Staaten die Zahlung weder direkt noch indirekt von einer nach Ziffer 17 benannten Person oder Einrichtung entgegengenommen wird und nachdem die betreffenden Staaten dem Ausschuss die Absicht mitgeteilt haben, solche Zahlungen zu leisten oder entgegenzunehmen oder gegebenenfalls die Aufhebung der Einfrierung von Geldern, anderen finanziellen Vermögenswerten oder wirtschaftlichen Ressourcen zu diesem Zweck zu genehmigen, wobei diese Mitteilung zehn Arbeitstage vor einer solchen Genehmigung zu erfolgen hat;

Benennungskriterien

22. *beschließt*, dass die in den Ziffern 15 und 17 genannten Maßnahmen auf die von dem Ausschuss gemäß Ziffer 24 *b*) beziehungsweise *c*) benannten Personen und Einrichtungen Anwendung finden, die

a) an der Anordnung, Kontrolle oder anderweitigen Steuerung schwerer Menschenrechtsverletzungen an Personen in der Libysch-Arabischen Dschamahirija unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, auch indem sie an der Planung, Befehligung, Anordnung oder Durchführung völkerrechtswidriger Angriffe auf die Zivilbevölkerung oder zivile Einrichtungen, einschließlich Bombenangriffen, unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, oder

b) für die unter Buchstabe *a* genannten Personen oder Einrichtungen oder in deren Namen oder auf deren Anweisung handeln;

23. *legt* den Mitgliedstaaten *eindringlich nahe*, dem Ausschuss die Namen von Personen vorzulegen, die die in Ziffer 22 festgelegten Kriterien erfüllen;

Neuer Sanktionsausschuss

24. *beschließt*, im Einklang mit Regel 28 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einen aus allen Ratsmitgliedern bestehenden Ausschuss des Sicherheitsrats („der Ausschuss“) einzusetzen, der die folgenden Aufgaben wahrnehmen wird:

a) die Durchführung der in den Ziffern 9, 10, 15 und 17 verhängten Maßnahmen zu überwachen;

b) die Personen zu benennen, die den mit Ziffer 15 verhängten Maßnahmen unterliegen, und Anträge auf Ausnahmen gemäß Ziffer 16 zu prüfen;

c) die Personen zu benennen, die den mit Ziffer 17 verhängten Maßnahmen unterliegen, und Anträge auf Ausnahmen gemäß den Ziffern 19 und 20 zu prüfen;

d) die erforderlichen Richtlinien zur Erleichterung der Durchführung der verhängten Maßnahmen festzulegen;

e) dem Rat binnen dreißig Tagen den ersten Bericht über seine Arbeit vorzulegen und ihm danach Bericht zu erstatten, wenn der Ausschuss es für notwendig erachtet;

f) einen Dialog zwischen dem Ausschuss und interessierten Mitgliedstaaten, insbesondere denjenigen in der Region, anzuregen, so auch indem Vertreter dieser Staaten eingeladen werden, sich mit dem Ausschuss zu treffen, um die Durchführung der Maßnahmen zu erörtern;

g) von allen Staaten alle von ihm für nützlich erachteten Informationen über die von ihnen unternommenen Schritte zur wirksamen Durchführung der verhängten Maßnahmen einzuholen;

h) Informationen über behauptete Verstöße gegen die in dieser Resolution enthaltenen Maßnahmen oder die Nichtbefolgung dieser Maßnahmen zu prüfen und daraufhin geeignete Maßnahmen zu ergreifen;

25. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, dem Ausschuss innerhalb von einhundertzwanzig Tagen nach Verabschiedung dieser Resolution über die Schritte Bericht zu erstatten, die sie im Hinblick auf die wirksame Durchführung der Ziffern 9, 10, 15 und 17 unternommen haben;

Humanitäre Hilfe

26. *fordert* alle Mitgliedstaaten *außerdem auf*, in Zusammenarbeit miteinander und mit dem Generalsekretär die Rückkehr der humanitären Organisationen zu erleichtern und zu unterstützen und humanitäre und damit zusammenhängende Hilfe in der Libysch-Arabischen Dschamahirija bereitzustellen, ersucht die beteiligten Staaten, den Rat regelmäßig über den Stand der gemäß dieser Ziffer ergriffenen Maßnahmen unterrichtet zu halten, und bekundet seine Bereitschaft, nötigenfalls weitere geeignete Maßnahmen zu erwägen, um dies zu erreichen;

Zusicherung der Überprüfung

27. *bekräftigt*, dass er die Aktivitäten der libyschen Behörden laufend weiter verfolgen wird und dass er bereit sein wird, die Angemessenheit der in dieser Resolution enthaltenen Maßnahmen zu überprüfen, einschließlich ihrer Stärkung, Modifizierung, Aussetzung oder Aufhebung, wenn dies zu einem bestimmten Zeitpunkt im Lichte der Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen dieser Resolution durch die libyschen Behörden erforderlich sein sollte;

28. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6491. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Anlage I

Reiseverbot

1. Al-Baghdadi, Dr. Abdulqader Mohammed

   Reisepass-Nummer: B010574. Geburtsdatum: 01.07.1950.

   Leiter des Verbindungsbüros der Revolutionskomitees. Die Revolutionskomitees sind an der Gewalt gegen Demonstranten beteiligt.

2. Dibri, Abdulqader Yusef

   Geburtsdatum: 1946. Geburtsort: Houn (Libyen).

   Persönlicher Sicherheitschef von Muammar al-Gaddafi. Verantwortlich für die Sicherheit des Regimes. Hat in der Vergangenheit den Einsatz von Gewalt gegen Dissidenten gelenkt.

3. Dorda, Abu Zayd Umar

   Direktor, Organisation für äußere Sicherheit. Regimetreu. Leiter des Auslandsnachrichtendiensts.

4. Jabir, Generalmajor Abu Bakr Yunis

   Geburtsdatum: 1952. Geburtsort: Jalo (Libyen).

   Verteidigungsminister. Trägt die Gesamtverantwortung für Aktionen der Streitkräfte.

5. Matuq, Matuq Mohammed

   Geburtsdatum: 1956. Geburtsort: Khoms (Libyen).

   Sekretär für Versorgungsleistungen. Hochrangiges Mitglied des Regimes. Beteiligung an den Revolutionskomitees. Hat sich in der Vergangenheit an der Unterdrückung abweichender Meinungen und an Gewalthandlungen beteiligt.

6. Qadhaf Al-dam, Sayyid Mohammed

   Geburtsdatum: 1948. Geburtsort: Surt (Libyen).

   Cousin von Muammar al-Gaddafi. In den 1980er Jahren war Sayyid an der Kampagne zur Ermordung von Dissidenten beteiligt und soll für die Tötung mehrerer Personen in Europa verantwortlich sein. Er soll außerdem an der Beschaffung von Rüstungsgütern beteiligt gewesen sein.

7. Al-Gaddafi, Aisha Muammar

   Geburtsdatum: 1978. Geburtsort: Tripolis (Libyen).

   Tochter von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime.

8. Al-Gaddafi, Hannibal Muammar

   Reisepass-Nummer: B/002210. Geburtsdatum: 20.09.1975. Geburtsort: Tripolis (Libyen).

   Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime.

9. Al-Gaddafi, Khamis Muammar

   Geburtsdatum: 1978. Geburtsort: Tripolis (Libyen).

   Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime. Befehligt Militäreinheiten, die an der Niederschlagung von Demonstrationen beteiligt sind.

10. Al-Gaddafi, Mohammed Muammar

    Geburtsdatum: 1970. Geburtsort: Tripolis (Libyen).

    Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime.

11. Al-Gaddafi, Muammar Mohammed Abu Minyar

    Geburtsdatum: 1942. Geburtsort: Surt (Libyen).

    Revolutionsführer, Oberster Befehlshaber der Streitkräfte. Verantwortlich für die Anordnung zur Niederschlagung von Demonstrationen, Menschenrechtsverletzungen.

12. Al-Gaddafi, Mutassim

    Geburtsdatum: 1976. Geburtsort: Tripolis (Libyen).

    Nationaler Sicherheitsberater. Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime.

13. Al-Gaddafi, Saadi

    Reisepass-Nummer: 014797. Geburtsdatum: 25.05.1973. Geburtsort: Tripolis (Libyen).

    Kommandeur der Sonderstreitkräfte. Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime. Befehligt Militäreinheiten, die an der Niederschlagung von Demonstrationen beteiligt sind.

14. Al-Gaddafi, Saif al-Arab

    Geburtsdatum: 1982. Geburtsort: Tripolis (Libyen).

    Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime.

15. Al-Gaddafi, Saif al-Islam

    Reisepass-Nummer: B014995. Geburtsdatum: 25.06.1972. Geburtsort: Tripolis (Libyen).

    Direktor, Gaddafi-Stiftung. Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime. Hetzerische öffentliche Erklärungen, die zu Gewalt gegen Demonstranten aufstacheln.

16. Al-Senussi, Oberst Abdullah

    Geburtsdatum: 1949. Geburtsort: Sudan.

    Direktor, Militärischer Nachrichtendienst. Der Militärische Nachrichtendienst ist an der Niederschlagung von Demonstrationen beteiligt. Al-Senussi steht unter dem Verdacht, an dem Massaker im Abu-Selim-Gefängnis beteiligt gewesen zu sein. Wurde wegen des Bombenanschlags auf den UTA-Flug in Abwesenheit verurteilt. Schwager von Muammar al-Gaddafi.

Anlage II

Einfrieren von Vermögenswerten

1. Al-Gaddafi, Aisha Muammar

   Geburtsdatum: 1978. Geburtsort: Tripolis (Libyen).

   Tochter von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime.

2. Al-Gaddafi, Hannibal Muammar

   Reisepass-Nummer: B/002210. Geburtsdatum: 20.09.1975. Geburtsort: Tripolis (Libyen).

   Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime.

3. Al-Gaddafi, Khamis Muammar

   Geburtsdatum: 1978. Geburtsort: Tripolis (Libyen).

   Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime. Befehligt Militäreinheiten, die an der Niederschlagung von Demonstrationen beteiligt sind.

4. Al-Gaddafi, Muammar Mohammed Abu Minyar

   Geburtsdatum: 1942. Geburtsort: Surt (Libyen).

   Revolutionsführer, Oberster Befehlshaber der Streitkräfte. Verantwortlich für die Anordnung zur Niederschlagung von Demonstrationen, Menschenrechtsverletzungen.

5. Al-Gaddafi, Mutassim

   Geburtsdatum: 1976. Geburtsort: Tripolis (Libyen).

   Nationaler Sicherheitsberater. Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime.

6. Al-Gaddafi, Saif al-Islam

   Reisepass-Nummer: B014995. Geburtsdatum: 25.06.1972. Geburtsort: Tripolis (Libyen).

   Direktor, Gaddafi-Stiftung. Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime. Hetzerische öffentliche Erklärungen, die zu Gewalt gegen Demonstranten aufstacheln.

Beschlüsse

Am 11. März 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[415]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 10. März 2011 betreffend Ihre Entscheidung, Herrn Abdel-Elah Mohamed Al-Khatib, den ehemaligen Minister für auswärtige Angelegenheiten Jordaniens, zu Ihrem Sondergesandten für die Libysch-Arabische Dschamahirija zu ernennen[416], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben enthaltenen Entscheidung Kenntnis."

Auf seiner 6498. Sitzung am 17. März 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Libyen".

Resolution 1973 (2011)
vom 17. März 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolution 1970 (2011) vom 26. Februar 2011,

missbilligend, dass die libyschen Behörden die Resolution 1970 (2011) nicht befolgen,

mit dem Ausdruck seiner großen Besorgnis über die sich verschlimmernde Lage, die Eskalation der Gewalt und die zahlreichen Opfer unter der Zivilbevölkerung,

erneut erklärend, dass die libyschen Behörden dafür verantwortlich sind, die libysche Bevölkerung zu schützen, und bekräftigend, dass die an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien die Hauptverantwortung dafür tragen, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um den Schutz der Zivilpersonen zu gewährleisten,

[415] S/2011/127.

[416] S/2011/126.

unter Verurteilung der groben und systematischen Verletzung von Menschenrechten, insbesondere willkürlicher Inhaftierungen, des Verschwindenlassens, der Folter und summarischer Hinrichtungen,

sowie unter Verurteilung der von den libyschen Behörden begangenen Gewalthandlungen und Einschüchterungsmaßnahmen gegen Journalisten und andere Medienangehörige und dazugehöriges Personal und mit der nachdrücklichen Aufforderung an die libyschen Behörden, ihren in Resolution 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 genannten Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht nachzukommen,

in der Erwägung, dass die in der Libysch-Arabischen Dschamahirija derzeit stattfindenden ausgedehnten und systematischen Angriffe gegen die Zivilbevölkerung möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen,

unter Hinweis auf Ziffer 26 der Resolution 1970 (2011), in der der Sicherheitsrat seine Bereitschaft bekundete, nötigenfalls weitere geeignete Maßnahmen zu erwägen, um die Rückkehr der humanitären Organisationen zu erleichtern und zu unterstützen und humanitäre und damit zusammenhängende Hilfe in der Libysch-Arabischen Dschamahirija bereitzustellen,

mit dem Ausdruck seiner Entschlossenheit, den Schutz der Zivilpersonen und der von der Zivilbevölkerung bewohnten Gebiete sowie den raschen und ungehinderten Durchlass humanitärer Hilfe und die Sicherheit der humanitären Helfer zu gewährleisten,

unter Hinweis darauf, dass die Liga der arabischen Staaten, die Afrikanische Union und der Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz die schweren Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, die in der Libysch-Arabischen Dschamahirija begangen wurden und werden, verurteilt haben,

Kenntnis nehmend von dem Schlusskommuniqué der Organisation der Islamischen Konferenz vom 8. März 2011 und dem Kommuniqué des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 10. März 2011, mit dem dieser den Ad-hoc-Ausschuss auf hoher Ebene für Libyen einsetzte,

sowie Kenntnis nehmend von dem Beschluss des Rates der Liga der arabischen Staaten vom 12. März 2011 mit dem Aufruf zur Verhängung einer Flugverbotszone für den libyschen militärischen Luftverkehr und zur Einrichtung von Sicherheitszonen an Orten, die Beschuss ausgesetzt sind, als Vorsichtsmaßnahme zum Schutz der libyschen Bevölkerung und der in der Libysch-Arabischen Dschamahirija ansässigen ausländischen Staatsangehörigen[417],

ferner Kenntnis nehmend von dem Aufruf des Generalsekretärs vom 16. März 2011 zu einer sofortigen Waffenruhe,

unter Hinweis auf seinen Beschluss, die Situation in der Libysch-Arabischen Dschamahirija seit dem 15. Februar 2011 dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs zu unterbreiten, und betonend, dass diejenigen, die für die Angriffe gegen die Zivilbevölkerung, einschließlich aus der Luft und von See, verantwortlich sind oder daran mitbeteiligt waren, zur Rechenschaft gezogen werden müssen,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Besorgnis über die Not der Flüchtlinge und der ausländischen Arbeiter, die sich gezwungen sehen, vor der Gewalt in der Libysch-Arabischen Dschamahirija zu fliehen, unter Begrüßung der Reaktion der Nachbarstaaten, insbesondere Tunesiens und Ägyptens, auf die Bedürfnisse dieser Flüchtlinge und ausländischen Arbeiter und mit der Aufforderung an die internationale Gemeinschaft, diese Anstrengungen zu unterstützen,

[417] Siehe S/2011/137, Anlage.

missbilligend, dass die libyschen Behörden weiter Söldner einsetzen,

in der Erwägung, dass die Verhängung eines Verbots aller Flüge im Luftraum der Libysch-Arabischen Dschamahirija ein wichtiges Element für den Schutz von Zivilpersonen und die sichere Lieferung humanitärer Hilfsgüter und einen entscheidenden Schritt zur Einstellung der Feindseligkeiten in der Libysch-Arabischen Dschamahirija darstellt,

mit dem Ausdruck seiner Sorge um die Sicherheit ausländischer Staatsangehöriger und ihre Rechte in der Libysch-Arabischen Dschamahirija,

es begrüßend, dass der Generalsekretär Herrn Abdel-Elah Mohamed Al-Khatib zu seinem Sondergesandten für die Libysch-Arabische Dschamahirija ernannt hat, und seine Anstrengungen unterstützend, eine dauerhafte und friedliche Lösung der Krise in der Libysch-Arabischen Dschamahirija herbeizuführen,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit der Libysch-Arabischen Dschamahirija,

feststellend, dass die Situation in der Libysch-Arabischen Dschamahirija auch weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *verlangt* eine sofortige Waffenruhe und ein vollständiges Ende der Gewalt und aller Angriffe und Missbrauchshandlungen gegen Zivilpersonen;

2. *betont*, dass verstärkte Anstrengungen unternommen werden müssen, um eine Lösung für die Krise zu finden, die den legitimen Forderungen des libyschen Volkes gerecht wird, und nimmt Kenntnis von dem Beschluss des Generalsekretärs, seinen Sondergesandten in die Libysch-Arabische Dschamahirija zu entsenden, sowie von dem Beschluss des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union, seinen Ad-hoc-Ausschuss auf hoher Ebene für die Libysch-Arabische Dschamahirija zu entsenden, mit dem Ziel, einen Dialog zu erleichtern, der zu den politischen Reformen führt, die für eine friedliche und tragfähige Lösung notwendig sind;

3. *verlangt*, dass die libyschen Behörden ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, namentlich dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht, nachkommen und alle Maßnahmen ergreifen, um Zivilpersonen zu schützen und ihre Grundbedürfnisse zu decken sowie den raschen und ungehinderten Durchlass humanitärer Hilfe zu gewährleisten;

Schutz von Zivilpersonen

4. *ermächtigt* die Mitgliedstaaten, die eine Notifizierung an den Generalsekretär gerichtet haben und die einzelstaatlich oder über regionale Organisationen oder Abmachungen und in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär tätig werden, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, ungeachtet der Ziffer 9 der Resolution 1970 (2011), um von Angriffen bedrohte Zivilpersonen und von der Zivilbevölkerung bewohnte Gebiete in der Libysch-Arabischen Dschamahirija, einschließlich Bengasis, zu schützen, unter Ausschluss ausländischer Besatzungstruppen jeder Art in irgendeinem Teil libyschen Hoheitsgebiets, und ersucht die betreffenden Mitgliedstaaten, den Generalsekretär sofort von den Maßnahmen zu unterrichten, die sie gemäß der in dieser Ziffer erteilten Ermächtigung ergriffen haben, die sofort dem Sicherheitsrat zur Kenntnis zu bringen sind;

5. *anerkennt* die wichtige Rolle der Liga der arabischen Staaten in Angelegenheiten der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region und ersucht eingedenk des Kapitels VIII der Charta der Vereinten Nationen die Mitgliedstaaten der Liga der arabischen Staaten, mit den anderen Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Ziffer 4 zusammenzuarbeiten;

Flugverbotszone

6. *beschließt*, ein Verbot aller Flüge im Luftraum der Libysch-Arabischen Dschamahirija zu verhängen, um zum Schutz der Zivilpersonen beizutragen;

7. *beschließt außerdem*, dass das mit Ziffer 6 verhängte Verbot nicht für Flüge gilt, die einen ausschließlich humanitären Zweck haben, wie die Bereitstellung oder die Erleichterung der Bereitstellung von Hilfe, namentlich medizinischen Versorgungsgütern, Nahrungsmitteln, humanitären Helfern und damit zusammenhängender Hilfe, oder die zur Evakuierung ausländischer Staatsangehöriger aus der Libysch-Arabischen Dschamahirija durchgeführt werden, und auch nicht für mit Ziffer 4 oder 8 genehmigte Flüge gilt oder für andere Flüge, die von Staaten, die kraft der in Ziffer 8 erteilten Ermächtigung tätig werden, im Interesse des libyschen Volkes für notwendig erachtet werden, und dass diese Flüge mit einem nach Ziffer 8 eingerichteten Mechanismus abzustimmen sind;

8. *ermächtigt* die Mitgliedstaaten, die eine Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten gerichtet haben und die einzelstaatlich oder über regionale Organisationen oder Abmachungen tätig werden, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Befolgung des mit Ziffer 6 verhängten Flugverbots den Erfordernissen entsprechend durchzusetzen, und ersucht die betreffenden Mitgliedstaaten, in Zusammenarbeit mit der Liga der arabischen Staaten, sich bei den von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Durchführung dieses Verbots eng mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen abzustimmen, namentlich indem sie einen geeigneten Mechanismus zur Durchführung der Bestimmungen in den Ziffern 6 und 7 einrichten;

9. *fordert* alle Mitgliedstaaten, die einzelstaatlich oder über regionale Organisationen oder Abmachungen tätig werden, *auf*, Hilfe zum Zweck der Durchführung der Ziffern 4, 6, 7 und 8 zu gewähren, einschließlich der Erteilung aller notwendigen Überfluggenehmigungen;

10. *ersucht* die betreffenden Mitgliedstaaten, sich bei den von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Durchführung der Ziffern 4, 6, 7 und 8, einschließlich praktischer Maßnahmen zur Überwachung und Genehmigung autorisierter humanitärer Flüge und Evakuierungsflüge, untereinander und mit dem Generalsekretär eng abzustimmen;

11. *ersucht* die betreffenden Mitgliedstaaten, den Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten sofort von den Maßnahmen zu unterrichten, die sie aufgrund der mit Ziffer 8 erteilten Ermächtigung ergriffen haben, und insbesondere ein Einsatzkonzept vorzulegen;

12. *ersucht* den Generalsekretär der Vereinten Nationen, den Sicherheitsrat sofort von allen Maßnahmen zu unterrichten, die von den betreffenden Mitgliedstaaten aufgrund der mit Ziffer 8 erteilten Ermächtigung ergriffen werden, und dem Rat binnen sieben Tagen und danach jeden Monat über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten, einschließlich Angaben über jeden Verstoß gegen das mit Ziffer 6 verhängte Flugverbot;

Durchsetzung des Waffenembargos

13. *beschließt*, dass Ziffer 11 der Resolution 1970 (2011) durch die folgende Ziffer ersetzt wird: „fordert alle Mitgliedstaaten, insbesondere die Staaten der Region, die einzelstaatlich oder über regionale Organisationen oder Abmachungen tätig werden, auf, zur Gewährleistung der strikten Einhaltung des mit den Ziffern 9 und 10 der Resolution 1970 (2011) verhängten Waffenembargos in ihrem Hoheitsgebiet, einschließlich ihrer Seehäfen und Flughäfen, und auf Hoher See Schiffe und Luftfahrzeuge, deren Ziel- oder Ausgangsland die Libysch-Arabische Dschamahirija ist, zu überprüfen, falls der betreffende Staat über Informationen verfügt, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass die Ladung Artikel enthält, deren Lieferung, Verkauf, Weitergabe oder Ausfuhr nach Ziffer 9 oder 10 der Resolution 1970 (2011) in der durch diese Resolution geänderten Fassung verboten ist, einschließlich der Bereitstellung bewaffneter Söldner, fordert alle Flaggenstaaten dieser Schiffe und Luftfahrzeuge auf, bei solchen Überprüfungen zu kooperieren, und er-

mächtigt die Mitgliedstaaten, alle unter den besonderen Umständen zur Durchführung solcher Überprüfungen angemessenen Maßnahmen zu ergreifen“;

14. *ersucht* die Mitgliedstaaten, die Maßnahmen auf Hoher See nach Ziffer 13 ergreifen, sich untereinander und mit dem Generalsekretär eng abzustimmen, und ersucht die betreffenden Staaten ferner, den Generalsekretär und den Ausschuss des Sicherheitsrats nach Ziffer 24 der Resolution 1970 (2011) („Ausschuss“) sofort von den Maßnahmen zu unterrichten, die sie aufgrund der mit Ziffer 13 erteilten Ermächtigung ergreifen;

15. *verlangt*, dass jeder Mitgliedstaat, gleichviel ob er einzelstaatlich oder über regionale Organisationen oder Abmachungen tätig wird, der eine Überprüfung nach Ziffer 13 vornimmt, dem Ausschuss rasch einen ersten schriftlichen Bericht vorlegt, der insbesondere eine Erläuterung der Gründe für die Überprüfung, die Ergebnisse der Überprüfung sowie Angaben darüber enthält, ob Zusammenarbeit gewährt wurde, und verlangt ferner, falls Artikel gefunden werden, deren Weitergabe verboten ist, dass diese Mitgliedstaaten dem Ausschuss später einen schriftlichen Folgebericht vorlegen, der maßgebliche Einzelheiten über die Überprüfung, Beschlagnahme und Entsorgung sowie maßgebliche Einzelheiten über die Weitergabe enthält, einschließlich einer Beschreibung der Artikel, ihrer Herkunft und ihres vorgesehenen Bestimmungsorts, sofern diese Informationen in dem ersten Bericht nicht enthalten waren;

16. *missbilligt* den anhaltenden Zustrom von Söldnern in die Libysch-Arabische Dschamahirija und fordert alle Mitgliedstaaten auf, ihre Verpflichtungen nach Ziffer 9 der Resolution 1970 (2011) streng einzuhalten, um die Bereitstellung bewaffneter Söldner für die Libysch-Arabische Dschamahirija zu verhindern;

Flugverbot

17. *beschließt*, dass alle Staaten jedem Luftfahrzeug, das in der Libysch-Arabischen Dschamahirija eingetragen ist oder im Eigentum libyscher Staatsangehöriger oder Unternehmen steht oder von diesen betrieben wird, die Erlaubnis zum Start oder zur Landung in ihrem Hoheitsgebiet oder zum Überfliegen ihres Hoheitsgebiets verweigern, es sei denn, der Flug wurde vom Ausschuss im Voraus genehmigt oder im Falle einer Notlandung;

18. *beschließt außerdem*, dass alle Staaten jedem Luftfahrzeug die Erlaubnis zum Start oder zur Landung in ihrem Hoheitsgebiet oder zum Überfliegen ihres Hoheitsgebiets verweigern, wenn sie über Informationen verfügen, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass das Luftfahrzeug Artikel enthält, deren Lieferung, Verkauf, Weitergabe oder Ausfuhr nach den Ziffern 9 und 10 der Resolution 1970 (2011) in der durch diese Resolution geänderten Fassung verboten ist, einschließlich der Bereitstellung bewaffneter Söldner, ausgenommen im Falle einer Notlandung;

Einfrieren von Vermögenswerten

19. *beschließt ferner*, dass das mit den Ziffern 17, 19, 20 und 21 der Resolution 1970 (2011) verhängte Einfrieren von Vermögenswerten auf alle sich in ihrem Hoheitsgebiet befindenden Gelder, anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen Anwendung findet, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der von dem Ausschuss benannten libyschen Behörden oder von in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handelnden Personen oder Einrichtungen oder von in ihrem Eigentum oder unter ihrer Kontrolle stehenden Einrichtungen stehen, soweit von dem Ausschuss benannt, beschließt ferner, dass alle Staaten sicherstellen, dass ihre Staatsangehörigen oder Personen oder Einrichtungen innerhalb ihres Hoheitsgebiets den oder zugunsten der von dem Ausschuss benannten libyschen Behörden oder in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handelnden Personen oder Einrichtungen oder in ihrem Eigentum oder unter ihrer Kontrolle stehenden Einrichtungen, soweit von dem Ausschuss benannt, keine Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen, und weist den Ausschuss an, innerhalb von dreißig Tagen nach Verabschiedung dieser Re-

solution und gegebenenfalls auch danach die betreffenden libyschen Behörden, Personen oder Einrichtungen zu benennen;

20. *bekräftigt seine Entschlossenheit*, dafür zu sorgen, dass die gemäß Ziffer 17 der Resolution 1970 (2011) eingefrorenen Vermögenswerte zu einem späteren Zeitpunkt so bald wie möglich dem Volk der Libysch-Arabischen Dschamahirija zur Verfügung gestellt werden und zugute kommen;

21. *beschließt*, dass alle Staaten ihre Staatsangehörigen, die ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Personen und die in ihrem Hoheitsgebiet eingetragenen oder ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Firmen verpflichten, Wachsamkeit zu üben, wenn sie mit in der Libysch-Arabischen Dschamahirija eingetragenen oder deren Hoheitsgewalt unterstehenden Einrichtungen und mit in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handelnden Personen oder Einrichtungen und mit in ihrem Eigentum oder unter ihrer Kontrolle stehenden Einrichtungen Geschäfte tätigen, wenn die Staaten über Informationen verfügen, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass diese Geschäfte zu Gewalttätigkeit und zum Einsatz von Gewalt gegen Zivilpersonen beitragen könnten;

Benennungen

22. *beschließt außerdem*, dass die in Anlage I aufgeführten Personen den mit den Ziffern 15 und 16 der Resolution 1970 (2011) verhängten Reisebeschränkungen unterliegen, und beschließt ferner, dass die in Anlage II aufgeführten Personen und Einrichtungen dem Einfrieren ihrer Vermögenswerte gemäß den Ziffern 17, 19, 20 und 21 der Resolution 1970 (2011) unterliegen;

23. *beschließt ferner*, dass die in den Ziffern 15, 16, 17, 19, 20 und 21 der Resolution 1970 (2011) genannten Maßnahmen auch auf Personen und Einrichtungen Anwendung finden, die nach Feststellung des Rates oder des Ausschusses gegen die Bestimmungen der Resolution 1970 (2011), insbesondere die Ziffern 9 und 10, verstoßen haben oder anderen bei Verstößen dagegen behilflich waren;

Sachverständigengruppe

24. *ersucht* den Generalsekretär, im Benehmen mit dem Ausschuss für einen Anfangszeitraum von einem Jahr eine Gruppe von bis zu acht Sachverständigen („Sachverständigengruppe“) einzusetzen, die unter der Leitung des Ausschusses die folgenden Aufgaben ausführt:

a) dem Ausschuss bei der Durchführung seines in Ziffer 24 der Resolution 1970 (2011) und in dieser Resolution festgelegten Mandats behilflich zu sein;

b) von den Staaten, den zuständigen Organen der Vereinten Nationen, den Regionalorganisationen und anderen interessierten Parteien stammende Informationen über die Durchführung der in Resolution 1970 (2011) und in dieser Resolution beschlossenen Maßnahmen, insbesondere über Fälle der Nichtbefolgung, zu sammeln, zu prüfen und zu analysieren;

c) Empfehlungen zu Schritten abzugeben, die der Rat, der Ausschuss oder der Staat prüfen könnten, um die Durchführung der entsprechenden Maßnahmen zu verbessern, und

d) dem Rat spätestens neunzig Tage nach der Ernennung der Sachverständigengruppe einen Zwischenbericht über ihre Arbeit und spätestens dreißig Tage vor Ablauf ihres Mandats einen Schlussbericht mit ihren Feststellungen und Empfehlungen vorzulegen;

25. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und andere interessierte Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss und der Sachverständigengruppe uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Ver-

fügung stehenden Informationen über die Durchführung der in Resolution 1970 (2011) und in dieser Resolution beschlossenen Maßnahmen übermitteln, insbesondere über Fälle der Nichtbefolgung;

26. *beschließt*, dass das in Ziffer 24 der Resolution 1970 (2011) festgelegte Mandat des Ausschusses auch für die in dieser Resolution beschlossenen Maßnahmen gilt;

27. *beschließt außerdem*, dass alle Staaten, einschließlich der Libysch-Arabischen Dschamahirija, die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass im Zusammenhang mit einem Vertrag oder einem anderen Rechtsgeschäft, dessen Erfüllung durch die vom Rat in der Resolution 1970 (2011), in dieser Resolution und in damit zusammenhängenden Resolutionen beschlossenen Maßnahmen beeinträchtigt wurde, keine Forderung zugelassen wird, die auf Betreiben der libyschen Behörden oder einer Person oder Stelle in der Libysch-Arabischen Dschamahirija oder einer über eine solche Person oder Stelle oder zu deren Gunsten tätig werdenden Person geltend gemacht wird;

28. *bekräftigt seine Absicht*, die Handlungen der libyschen Behörden laufend weiter zu verfolgen, und unterstreicht seine Bereitschaft, die mit dieser Resolution und der Resolution 1970 (2011) verhängten Maßnahmen jederzeit zu überprüfen, einschließlich ihrer Verstärkung, Aussetzung oder Aufhebung, nach Maßgabe der Einhaltung dieser Resolution und der Resolution 1970 (2011) durch die libyschen Behörden;

29. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6498. Sitzung mit 10 Stimmen ohne Gegenstimme bei 5 Enthaltungen (Brasilien, China, Deutschland, Indien und Russische Föderation) verabschiedet.

Libyen: Nach Resolution 1973 (2011) des Sicherheitsrats benannte Personen und Einrichtungen

Nummer	*Name*	*Begründung*	*Identifizierungsangaben*
Anlage I: Reiseverbot			
1	QUREN SALIH QUREN AL-GADDAFI	Libyscher Botschafter in Tschad. Hat Tschad verlassen, um nach Sabha zu reisen. Ist unmittelbar an der Rekrutierung und Koordinierung von Söldnern für das Regime beteiligt.	
2	Oberst AMID HUSAIN AL KUNI	Gouverneur von Ghat (Südlibyen). Ist unmittelbar an der Rekrutierung von Söldnern beteiligt.	

Nummer	*Name*	*Begründung*	*Identifizierungsangaben*
Anlage II: Einfrieren von Vermögenswerten			
1	Dorda, Abu Zayd Umar	Position: Direktor, Organisation für äußere Sicherheit	
2	Jabir, Generalmajor Abu Bakr Yunis	Position: Verteidigungsminister	**Titel**: Generalmajor **Geburtsdatum**: --.--1952 **Geburtsort**: Jalo (Libyen)

Nummer	*Name*	*Begründung*	*Identifizierungsangaben*
3	Matuq, Matuq Mohammed	Position: Sekretär für Versorgungseinrichtungen	**Geburtsdatum**: --.--1956 **Geburtsort:** Khoms (Libyen)
4	Al-Gaddafi, Mohammed Muammar	Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime	**Geburtsdatum**: --.--1970 **Geburtsort**: Tripolis (Libyen)
5	Al-Gaddafi, Saadi	Kommandeur Sondereinheiten. Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime. Befehligt Militäreinheiten, die an der Niederschlagung von Demonstrationen beteiligt sind	**Geburtsdatum**: 25.05.1973 **Geburtsort**: Tripolis (Libyen)
6	Al-Gaddafi, Saif al-Arab	Sohn von Muammar al-Gaddafi. Enge Verbindung zum Regime	**Geburtsdatum**: --.--1982 **Geburtsort**: Tripolis (Libyen)
7	Al-Senussi, Oberst Abdullah	Position: Direktor, Militärischer Nachrichtendienst	**Titel**: Oberst **Geburtsdatum**: --.--1949 **Geburtsort**: Sudan
Einrichtungen			
1	Central Bank of Libya (Zentralbank Libyens)	Unter der Kontrolle Muammar al-Gaddafis und seiner Familie und eine potenzielle Finanzierungsquelle für sein Regime	
2	Libyan Investment Authority (Staatsfonds Libyens)	Unter der Kontrolle Muammar al-Gaddafis und seiner Familie und eine potenzielle Finanzierungsquelle für sein Regime	**Auch bekannt als**: Libyan Arab Foreign Investment Company (LAFICO) **Adresse**: 1 Fateh Tower Office, No. 99 22nd Floor, Borgaida Street, Tripolis, Libyen, 1103
3	Libyan Foreign Bank (Libysche Auslandsbank)	Unter der Kontrolle Muammar al-Gaddafis und seiner Familie und eine potenzielle Finanzierungsquelle für sein Regime	
4	Libyan Africa Investment Portfolio	Unter der Kontrolle Muammar al-Gaddafis und seiner Familie und eine potenzielle Finanzierungsquelle für sein Regime	**Adresse**: Jamahiriya Street, LAP Building, PO Box 91330, Tripolis, Libyen

Nummer	*Name*	*Begründung*	*Identifizierungsangaben*
5	Libyan National Oil Corporation (Nationale Ölgesellschaft Libyens)	Unter der Kontrolle Muammar al-Gaddafis und seiner Familie und eine potenzielle Finanzierungsquelle für sein Regime	**Adresse**: Bashir Saadwi Street, Tripolis, Tarabulis, Libyen

Beschlüsse

Am 18. März 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[418]:

„Ich beehre mich, das beigefügte Schreiben des Ständigen Beobachters der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen vom 18. März 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats betreffend den Besuch des Ad-hoc-Ausschusses auf hoher Ebene der Afrikanischen Union für Libyen in Tripolis und Bengasi zu übermitteln (siehe Anlage)“.

Anlage

Ich wurde vom Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, Herrn Jean Ping, angewiesen, Sie darüber zu unterrichten, dass der gemäß dem Kommuniqué der 265. Sitzung des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union eingesetzte Ad-hoc-Ausschuss auf hoher Ebene der Afrikanischen Union für Libyen plant, am morgigen Samstag, den 19. März 2011 nach Tripolis zu reisen, um mit den libyschen Behörden zusammenzutreffen.

Der Ausschuss plant außerdem, am Montag, den 21. März 2011 nach Bengasi zu reisen.

Der genannte Ausschuss auf hoher Ebene besteht aus den Staatschefs der Islamischen Republik Mauretanien, der Republik Kongo, der Republik Mali, der Republik Südafrika und der Republik Uganda sowie dem Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union.

In Anbetracht der Verabschiedung der Resolution 1973 (2011) des Sicherheitsrats möchte die Afrikanische Union sicherstellen, dass diese Mission ohne Sicherheitsprobleme durchgeführt wird.“

Auf seiner 6505. Sitzung am 24. März 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in Libyen

Unterrichtung durch den Generalsekretär gemäß Ziffer 12 der Resolution 1973 (2011) des Sicherheitsrats“.

Auf seiner 6507. Sitzung am 28. März 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in Libyen

Unterrichtung durch den Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1970 (2011)“.

Auf seiner 6509. Sitzung am 4. April 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Libyen“.

[418] S/2011/151.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Abdel-Elah Mohamed Al-Khatib, den Sondergesandten des Generalsekretärs für die Libysch-Arabische Dschamahirija, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6527. Sitzung am 3. Mai 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Libyen".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Abdel-Elah Mohamed Al-Khatib, den Sondergesandten des Generalsekretärs für die Libysch-Arabische Dschamahirija, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6528. Sitzung am 4. Mai 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Libyen".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Luis Moreno-Ocampo, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6530. Sitzung am 9. Mai 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Libyen".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Valerie Amos, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinatorin, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6541. Sitzung am 31. Mai 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Libyen".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6555. Sitzung am 15. Juni 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Libyen".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Hamady Ould Hamady, den Minister für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit Mauretaniens, der im Namen des Ad-hoc-Ausschusses auf hoher Ebene der Afrikanischen Union für Libyen das Wort ergreift, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6556. Sitzung am 27. Juni 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Libyen".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6595. Sitzung am 28. Juli 2011 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Libyen".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Teil II. Weitere vom Sicherheitsrat behandelte Fragen

DOKUMENTATION, ARBEITSMETHODEN UND VERFAHREN DES SICHERHEITSRATS

Beschlüsse

Am 21. Dezember 2010 gab die Präsidentin des Sicherheitsrats die folgende Mitteilung heraus[419]:

> „Im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats wurde vereinbart, dass die am 1. März 2002 für zunächst ein Jahr eingerichtete Ad-hoc-Arbeitsgruppe für Konfliktprävention und Konfliktlösung in Afrika[420] ihre Arbeit bis zum 31. Dezember 2011 fortsetzen wird."

Mit Schreiben vom 30. Dezember 2010 unterrichtete die Präsidentin des Sicherheitsrats den Generalsekretär über die Auswahl Gabuns und Kolumbiens für eine einjährige Amtszeit bis Ende 2011 als die beiden vom Rat gewählten Mitglieder des Organisationsausschusses der Kommission für Friedenskonsolidierung[421].

Am 30. Juni 2011 gab der Präsident des Sicherheitsrats die folgende Mitteilung heraus[422]:

> „Gemäß Ziffer 4 *b*) der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 30. Oktober 1998[423] und im Anschluss an Konsultationen unter den Ratsmitgliedern wurde beschlossen, die Vorsitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden der Nebenorgane für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2011 wie folgt zu wählen:
>
> *Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 751 (1992) und 1907 (2009) betreffend Somalia und Eritrea*
>
> Vorsitzender: Hardeep Singh Puri (Indien)
> Stellvertretende Vorsitzende: Libanon und Nigeria
>
> *Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) betreffend Al-Qaida und mit ihr verbundene Personen und Einrichtungen*[424]
>
> Vorsitzender: Peter Wittig (Deutschland)
> Stellvertretende Vorsitzende: Brasilien und Russische Föderation

[419] S/2010/654.

[420] Siehe S/2002/207.

[421] Das Schreiben, das als Dokument S/2010/690 des Sicherheitsrats herausgegeben wurde, findet sich auf Seite 406 dieses Bandes.

[422] S/2011/2/Rev.2. Bereits am 4. Januar, 9. und 11. März und 30. Juni 2011 als Dokumente S/2011/2 und Add.1 und 2 und S/2011/2/Rev.1 herausgegeben.

[423] S/1998/1016.

[424] Am 30. Juni 2011 änderte der Sicherheitsrat den Namen des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999) betreffend Al-Qaida und die Taliban und mit ihnen verbundene Personen und Einrichtungen in „Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) betreffend Al-Qaida und mit ihr verbundene Personen und Einrichtungen".

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1373 (2001) betreffend die Bekämpfung des Terrorismus

Vorsitzender: Hardeep Singh Puri (Indien)

Stellvertretende Vorsitzende: Frankreich, Gabun und Russische Föderation

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1518 (2003)

Vorsitzende: U. Joy Ogwu (Nigeria)

Stellvertretender Vorsitzender: Indien

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1521 (2003) betreffend Liberia

Vorsitzender: Nawaf Salam (Libanon)

Stellvertretende Vorsitzende: Portugal und Südafrika

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1533 (2004) betreffend die Demokratische Republik Kongo

Vorsitzende: Maria Luiza Ribeiro Viotti (Brasilien)

Stellvertretende Vorsitzende: Gabun und Libanon

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 (2004)

Vorsitzender: Baso Sangqu (Südafrika)

Stellvertretende Vorsitzende: Libanon, Portugal und Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) betreffend Côte d'Ivoire

Vorsitzende: Maria Luiza Ribeiro Viotti (Brasilien)

Stellvertretende Vorsitzende: Deutschland und Südafrika

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1591 (2005) betreffend Sudan

Vorsitzender: Néstor Osorio (Kolumbien)

Stellvertretende Vorsitzende: Bosnien und Herzegowina und Indien

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1636 (2005)

Vorsitzender: Nelson Messone (Gabun)

Stellvertretende Vorsitzende: Bosnien und Herzegowina und Deutschland

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1718 (2006)

Vorsitzender: José Filipe Moraes Cabral (Portugal)

Stellvertretende Vorsitzende: Libanon und Nigeria

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006)

Vorsitzender: Néstor Osorio (Kolumbien)
Stellvertretender Vorsitzender: Nigeria

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1970 (2011) betreffend die Libysch-Arabische Dschamahirija

Vorsitzender: José Filipe Moraes Cabral (Portugal)
Stellvertretender Vorsitzender: Indien

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1988 (2011)

Vorsitzender: Peter Wittig (Deutschland)
Stellvertretende Vorsitzende: Brasilien und Russische Föderation

Arbeitsgruppe für Friedenssicherungseinsätze

Vorsitzende: U. Joy Ogwu (Nigeria)

Ad-hoc-Arbeitsgruppe für Konfliktprävention und Konfliktlösung in Afrika

Vorsitzender: Baso Sangqu (Südafrika)

Arbeitsgruppe nach Resolution 1566 (2004)

Vorsitzender: Hardeep Singh Puri (Indien)

Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte

Vorsitzender: Peter Wittig (Deutschland)

Informelle Arbeitsgruppe für Dokumentation und andere Verfahrensfragen

Vorsitzender: Ivan Barbalić (Bosnien und Herzegowina)

Informelle Arbeitsgruppe für die internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshöfe

Vorsitzender: José Filipe Moraes Cabral (Portugal)“

BEHANDLUNG DES ENTWURFS DES BERICHTS DES SICHERHEITSRATS AN DIE GENERALVERSAMMLUNG

Beschluss

Auf seiner 6413. Sitzung am 28. Oktober 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Behandlung des Entwurfs des Berichts des Sicherheitsrats an die Generalversammlung“.

Der Beschluss des Rates fand in der folgenden Mitteilung des Präsidenten seinen Niederschlag[425]:

„Auf seiner 6413. Sitzung am 28. Oktober 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Entwurf seines Berichts an die Generalversammlung für den Zeitraum vom 1. August 2009 bis 31. Juli 2010. Der Rat hat den Entwurf des Berichts ohne Abstimmung verabschiedet."

INTERNATIONALER GERICHTSHOF[426]

Wahl eines Mitglieds des Internationalen Gerichtshofs

Beschluss

Am 9. September 2010 wählten der Sicherheitsrat auf seiner 6381. Sitzung und die Generalversammlung auf der 118. Plenarsitzung ihrer vierundsechzigsten Tagung Frau Joan E. Donoghue (Vereinigte Staaten von Amerika) in den Internationalen Gerichtshof, um einen durch den Rücktritt von Richter Thomas Buergenthal (Vereinigte Staaten von Amerika) frei gewordenen Sitz zu besetzen.

EMPFEHLUNG BETREFFEND DIE ERNENNUNG DES GENERALSEKRETÄRS DER VEREINTEN NATIONEN[426]

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6556. Sitzung am 17. Juni 2011 behandelte der Sicherheitsrat die Frage der Empfehlung betreffend die Ernennung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen.

Resolution 1987 (2011) vom 17. Juni 2011

Der Sicherheitsrat,

nach Behandlung der Frage der Empfehlung betreffend die Ernennung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen,

empfiehlt der Generalversammlung, Herrn Ban Ki-moon für eine zweite Amtszeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2016 zum Generalsekretär der Vereinten Nationen zu ernennen.

Auf der 6556. (nichtöffentlichen) Sitzung durch Akklamation verabschiedet.

---

[425] S/2010/552.

[426] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1946 verabschiedet.

AUFNAHME NEUER MITGLIEDER IN DIE VEREINTEN NATIONEN[426]

Beschlüsse

Auf seiner 6580. Sitzung am 11. Juli 2011 beschloss der Sicherheitsrat nach Verabschiedung seiner Tagesordnung, den Antrag der Republik Südsudan auf Aufnahme in die Vereinten Nationen[427] gemäß Regel 59 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Prüfung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Aufnahme neuer Mitglieder zu überweisen.

Auf seiner 6582. Sitzung am 13. Juli 2011 erörterte der Rat den Bericht des Ausschusses für die Aufnahme neuer Mitglieder betreffend den Antrag der Republik Südsudan auf Aufnahme in die Vereinten Nationen[428].

Resolution 1999 (2011) vom 13. Juli 2011[429]

Der Sicherheitsrat,

nach Prüfung des Antrags der Republik Südsudan auf Aufnahme in die Vereinten Nationen[427],

empfiehlt der Generalversammlung, die Republik Südsudan als Mitglied in die Vereinten Nationen aufzunehmen.

Auf der 6582. Sitzung ohne Abstimmung verabschiedet.

Beschluss

Ebenfalls auf der 6582. Sitzung gab der Präsident des Sicherheitsrats nach Verabschiedung der Resolution 1999 (2011) im Namen der Ratsmitglieder die folgende Erklärung ab[430]:

> „Der Sicherheitsrat hat beschlossen, der Generalversammlung die Aufnahme der Republik Südsudan als Mitglied in die Vereinten Nationen zu empfehlen. Im Namen der Mitglieder des Rates möchte ich die Republik Südsudan zu diesem historischen Anlass beglückwünschen.
>
> Der Rat nimmt mit großer Genugtuung zur Kenntnis, dass sich die Republik Südsudan feierlich verpflichtet hat, die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen hochzuhalten und alle darin enthaltenen Verpflichtungen zu erfüllen.

---

[427] S/2011/418, Anlage.

[428] S/2011/420.

[429] Der Präsident des Sicherheitsrats übermittelte dem Präsidenten der Generalversammlung den Wortlaut der Resolution 1999 (2011) mit Schreiben vom 13. Juli 2011 (A/65/905).

[430] S/PRST/2011/14.

Wir freuen uns darauf, dass die Republik Südsudan ihren Platz als Mitglied der Vereinten Nationen unter uns einnehmen wird, und sehen einer engen Zusammenarbeit mit ihren Vertretern gern entgegen.“

Vom 1. August 2010 bis 31. Juli 2011 erstmals in die Tagesordnung des Sicherheitsrats aufgenommene Punkte

ANMERKUNG: Es ist Praxis des Sicherheitsrats, auf jeder Sitzung auf der Grundlage einer im Voraus verteilten vorläufigen Tagesordnung die Tagesordnung für die betreffende Sitzung anzunehmen; die Tagesordnungen der einzelnen Sitzungen in der Zeit vom 1. August 2010 bis 31. Juli 2011 finden sich in den Wortprotokollen der 6367. bis 6597. Sitzung (S/PV.6367-6597).

In der nachstehenden Liste sind die Sitzungen aufgeführt, auf denen der Rat während dieses Zeitraums beschlossen hat, einen bisher nicht auf der Tagesordnung stehenden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen.

Punkt	*Sitzung*	*Datum*
Schreiben des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen vom 18. Dezember 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats	6456.	19. Dezember 2010
Schreiben des Ständigen Vertreters Kambodschas bei den Vereinten Nationen vom 6. Februar 2011 an den Präsidenten des Sicherheitsrats	6480.	14. Februar 2011
Die Situation in Libyen	6486.	22. Februar 2011

Verzeichnis der vom 1. August 2010 bis 31. Juli 2011 vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen

Resolution	*Datum*	*Punkt*	*Seite*
1936 (2010)	5. August 2010	Die Situation betreffend Irak	409
1937 (2010)	30. August 2010	Die Situation im Nahen Osten	5
1938 (2010)	15. September 2010	Die Situation in Liberia	31
1939 (2010)	15. September 2010	Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats	429
1940 (2010)	29. September 2010	Die Situation in Sierra Leone	140
1941 (2010)	29. September 2010	Die Situation in Sierra Leone	141
1942 (2010)	29. September 2010	Die Situation in Côte d'Ivoire	310
1943 (2010)	13. Oktober 2010	Die Situation in Afghanistan	121
1944 (2010)	14. Oktober 2010	Die Frage betreffend Haiti	108
1945 (2010)	14. Oktober 2010	Berichte des Generalsekretärs über Sudan	356
1946 (2010)	15. Oktober 2010	Die Situation in Côte d'Ivoire	311
1947 (2010)	29. Oktober 2010	Friedenskonsolidierung nach Konflikten	405
1948 (2010)	18. November 2010	Die Situation in Bosnien und Herzegowina	74
1949 (2010)	23. November 2010	Die Situation in Guinea-Bissau	172
1950 (2010)	23. November 2010	Die Situation in Somalia	42
1951 (2010)	24. November 2010	Die Situation in Côte d'Ivoire	314
1952 (2010)	29. November 2010	Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo	148
1953 (2010)	14. Dezember 2010	Die Situation in Zypern	11
1954 (2010)	14. Dezember 2010	Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht	81
1955 (2010)	14. Dezember 2010	Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind.	85
1956 (2010)	15. Dezember 2010	Die Situation betreffend Irak	413
1957 (2010)	15. Dezember 2010	Die Situation betreffend Irak	416
1958 (2010)	15. Dezember 2010	Die Situation betreffend Irak	417
1959 (2010)	16. Dezember 2010	Die Situation in Burundi	116
1960 (2010)	16. Dezember 2010	Frauen und Frieden und Sicherheit	257
1961 (2010)	17. Dezember 2010	Die Situation in Liberia	34
1962 (2010)	20. Dezember 2010	Die Situation in Côte d'Ivoire	315

Resolution	*Datum*	*Punkt*	*Seite*
1963 (2010)	20. Dezember 2010	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen	274
1964 (2010)	22. Dezember 2010	Die Situation in Somalia	49
1965 (2010)	22. Dezember 2010	Die Situation im Nahen Osten	7
1966 (2010)	22. Dezember 2010	Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht	
		Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind	90
1967 (2011)	19. Januar 2011	Die Situation in Côte d'Ivoire	319
1968 (2011)	16. Februar 2011	Die Situation in Côte d'Ivoire	321
1969 (2011)	24. Februar 2011	Die Situation in Timor-Leste	22
1970 (2011)	26. Februar 2011	Die Situation in Libyen	452
1971 (2011)	3. März 2011	Die Situation in Liberia	37
1972 (2011)	17. März 2011	Die Situation in Somalia	57
1973 (2011)	17. März 2011	Die Situation in Libyen	461
1974 (2011)	22. März 2011	Die Situation in Afghanistan	127
1975 (2011)	30. März 2011	Die Situation in Côte d'Ivoire	323
1976 (2011)	11. April 2011	Die Situation in Somalia	59
1977 (2011)	20. April 2011	Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen	347
1978 (2011)	27. April 2011	Berichte des Generalsekretärs über Sudan	371
1979 (2011)	27. April 2011	Die Situation betreffend Westsahara	18
1980 (2011)	28. April 2011	Die Situation in Côte d'Ivoire	328
1981 (2011)	13. Mai 2011	Die Situation in Côte d'Ivoire	332
1982 (2011)	17. Mai 2011	Berichte des Generalsekretärs über Sudan	372
1983 (2011)	7. Juni 2011	Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit: Auswirkungen der HIV/Aids-Epidemie auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit	439
1984 (2011)	9. Juni 2011	Nichtverbreitung	424
1985 (2011)	10. Juni 2011	Nichtverbreitung/Demokratische Volksrepublik Korea	427
1986 (2011)	13. Juni 2011	Die Situation in Zypern	14
1987 (2011)	17. Juni 2011	Empfehlung betreffend die Ernennung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen	474
1988 (2011)	17. Juni 2011	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen	282

Resolution	*Datum*	*Punkt*	*Seite*
1989 (2011)	17. Juni 2011	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen	292
1990 (2011)	27. Juni 2011	Berichte des Generalsekretärs über Sudan	382
1991 (2011)	28. Juni 2011	Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo	156
1992 (2011)	29. Juni 2011	Die Situation in Côte d'Ivoire	334
1993 (2011)	29. Juni 2011	Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht	83
1994 (2011)	30. Juni 2011	Die Situation im Nahen Osten	9
1995 (2011)	6. Juli 2011	Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind	87
1996 (2011)	8. Juli 2011	Berichte des Generalsekretärs über Sudan	385
1997 (2011)	11. Juli 2011	Berichte des Generalsekretärs über Sudan	393
1998 (2011)	12. Juli 2011	Kinder und bewaffnete Konflikte	165
1999 (2011)	13. Juli 2011	Aufnahme neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen (Republik Südsudan)	475
2000 (2011)	27. Juli 2011	Die Situation in Côte d'Ivoire	336
2001 (2011)	28. Juli 2011	Die Situation betreffend Irak	421
2002 (2011)	29. Juli 2011	Die Situation in Somalia	68
2003 (2011)	29. Juli 2011	Berichte des Generalsekretärs über Sudan	395

In offizieller Sitzung behandelte und nicht verabschiedete Resolutionsentwürfe

Resolutions-entwurf	*Punkt*	*Sitzung*	*Datum*	*Seite*
S/2011/24	Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage	6484.	18. Februar 2011	3

Verzeichnis der vom 1. August 2010 bis 31. Juli 2011 vom Präsidenten des Sicherheitsrats abgegebenen Erklärungen

Datum	*Punkt*	*Seite*
25. August 2010	Die Situation in Somalia (S/PRST/2010/16)	39
17. September 2010	Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo (S/PRST/2010/17)	146
23. September 2010	Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit: Sicherstellung der wirksamen Rolle des Sicherheitsrats bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (S/PRST/2010/18)	432
27. September 2010	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen (S/PRST/2010/19)	270
13. Oktober 2010	Friedenskonsolidierung nach Konflikten (S/PRST/2010/20)	403
22. Oktober 2010	Frieden und Sicherheit in Afrika (S/PRST/2010/21)	447
26. Oktober 2010	Frauen und Frieden und Sicherheit (S/PRST/2010/22)	254
12. November 2010	Die Situation betreffend Irak (S/PRST/2010/23)	413
16. November 2010	Berichte des Generalsekretärs über Sudan (S/PRST/2010/24)	360
22. November 2010	Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten (S/PRST/2010/25)	177
14. Dezember 2010	Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik (S/PRST/2010/26)	162
15. Dezember 2010	Die Situation betreffend Irak (S/PRST/2010/27)	419
16. Dezember 2010	Berichte des Generalsekretärs über Sudan (S/PRST/2010/28)	364
20. Dezember 2010	Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion (S/PRST/2010/29)	445
22. Dezember 2010	Die Situation im Nahen Osten (S/PRST/2010/30)	8
14. Januar 2011	Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/PRST/2011/1)	432
21. Januar 2011	Friedenskonsolidierung nach Konflikten: Institutionenbildung (S/PRST/2011/2)	406
9. Februar 2011	Berichte des Generalsekretärs über Sudan (S/PRST/2011/3)	366
11. Februar 2011	Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit: die Interdependenz von Sicherheit und Entwicklung (S/PRST/2011/4)	436
28. Februar 2011	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen (S/PRST/2011/5)	280
10. März 2011	Die Situation in Somalia (S/PRST/2011/6)	55
6. April 2011	Die Frage betreffend Haiti (S/PRST/2011/7)	113
21. April 2011	Berichte des Generalsekretärs über Sudan (S/PRST/2011/8)	368
2. Mai 2011	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen (S/PRST/2011/9)	281
11. Mai 2011	Die Situation in Somalia (S/PRST/2011/10)	65
18. Mai 2011	Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo (S/PRST/2011/11)	153
3. Juni 2011	Berichte des Generalsekretärs über Sudan (S/PRST/2011/12)	379
24. Juni 2011	Die Situation in Somalia (S/PRST/2011/13)	67

Datum	*Punkt*	*Seite*
13. Juli 2011	Aufnahme neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen (Republik Südsudan) (S/PRST/2011/14)	475
20. Juli 2011	Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit: Auswirkungen des Klimawandels (S/PRST/2011/15)	442

Druck: Vereinte Nationen, New York

ISSN 1020-1084

12-41377 – Juli 2012